



40

Nov.

1032 (1842)







# Amts-Blatt



Der

**Königlich Preussischen Regierung**

zu

**Merseburg.**

Abgegeben v. d.  
Bibliothek d.  
Auswärtigen Amts.

---

**1842.**

---

**Merseburg,**  
gedruckt bei Robitschens Erben.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO  
LIBRARY

# A m t s - B l a t t

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**1. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 8. Januar 1842.

- Das 22. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2207. Verordnung über die Disziplinar-Bestrafung in der Armee. Vom 21. Oktober 1841.
- Nr. 2208. Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. Dezember 1841., betreffend die Kompetenz-Verhältnisse zwischen den Senaten des Kammergerichts und bei den Ober-Gerichten der Provinz Preußen, in Untersuchungen wegen Diebstahls und Raubes.
- Nr. 2209. Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Dezember 1841., die Aufhebung der Lohnfuhr-Abgabe betreffend.

Nr. 1.

- Das 23. Stück der Gesetz-Sammlung:
- Nr. 2210. Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits und Lippe andererseits, den Anschluß des Fürstenthums Lippe an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend. Vom 18. Oktober 1841.
- Nr. 2211. Vertrag zwischen Preußen und Lippe wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse im Fürstenthume Lippe. Vom 18. Oktober 1841.
- Nr. 2212. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe, den erneuerten Anschluß der Fürstlich Lippschen Gebietsheile Lipperode, Cappel und Grevenhagen an das Preussische Zoll- und indirekte Steuersystem betreffend. Vom 18. Oktober 1841.
- Nr. 2213. Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits und Braunschweig andererseits, wegen des Anschlusses des Herzogthums Braunschweig an den Gesamt-Zollverein der ersteren Staaten. Vom 19. Oktober 1841.
- Nr. 2214. Uebereinkunft zwischen Preußen und Braunschweig wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse. Vom 19. Oktober 1841.
- Nr. 2215. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig und Lüneburg, betreffend

die Ausführung des gemeinsamen Zollsystems in dem Fürstenthume Blankenburg nebst dem Stiftsamte Walkenried, so wie in dem Amte Galvörde, imgleichen die Besteuerung innerer Erzeugnisse in diesen Herzoglichen Landestheilen. Vom 19. Oktober 1841.

- Nr. 2216. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig und Lüneburg, betreffend die Ausführung des gemeinsamen Zollsystems in den Preussischen Gebietstheilen Wolfsbürg, Heflingen, Heflingen und Luchtringen, imgleichen die Besteuerung innerer Erzeugnisse in diesen Gebietstheilen. Vom 19. Oktober 1841.

Das 24. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 2217. Patent über die Publikation des Bundestags-Beschlusses vom 22. April 1841. wegen des den Verfassern musikalischer Kompositionen und dramatischer Werke zu gewährenden Schutzes. D. d. den 6. November 1841.
- Nr. 2218. Vertrag zwischen Preußen für sich und in Vertretung der übrigen Mitglieder des Zoll- und Handelsvereins einerseits und Kurheffen andererseits, den Anschluß der Grafschaft Schaumburg an den Zollverein betreffend. Vom 13. November 1841.
- Nr. 2219. Vertrag zwischen Preußen und Kurheffen wegen Besteuerung des Branntweins und des Runkelrübenzuckers in der Kurheffischen Grafschaft Schaumburg. Vom 13. November 1841.

Nr. 2.  
Das Anbringen  
unbegrenzter Immediat-Gesuche  
betr.

Ungeachtet durch frühere, oftmals in Erinnerung gebrachte Verordnungen, insbesondere durch das Publicandum vom 14. Februar 1810, das Anbringen von ungegründeten und nicht gehörig vorbereiteten Immediat-Beschwerden und Gesuchen verboten worden: so hat dennoch die Zahl derselben in einem so großen Maße zugenommen, daß das Publikum wiederholentlich auf die deshalb bestehenden Bestimmungen verwiesen werden muß.

Zugleich wird aber den Bittstellern auf Allerhöchsten Befehl folgendes bemerkt gemacht:

- 1) Eine Immediat-Entscheidung kann überhaupt nicht erfolgen, bevor nicht der Weg durch die Orts-, Provinzial- und Ministerial-Behörden gehörig verfolgt ist. Gesuche und Beschwerden, in denen dies nicht geschieht, werden ohne Verfügung den betreffenden Ministerien zur Bescheidung der Bittsteller zugestellt; und auch diese sind demnächst genöthigt, sie den untergeordneten Behörden zuzuwenden, wenn letztere übergangen worden. Dadurch aber wird, selbst wenn die Gesuche zulässig sind, zum eigenen Nachtheile der Bittsteller Zeitverlust herbeigeführt.
- 2) Es ist durchaus erforderlich, daß der Immediat-Eingabe die abschläglichen Bescheide der Ministerien und der denselben untergeordneten Behörden und zwar, da sie gewöhnlich bezugsweise auf einander abgefaßt sind, insgesammt beigelegt werden. — Die Unterlassung dieser Vorschrift veranlaßt in den

mehrsten Fällen Zeitverlust und hindert eine schnelle Erledigung der Sache. Nach Bewandniß der Umstände werden den Vittelstellern dergleichen Gesuche ohne Bescheid zurückgesandt werden.

- 3) Eben so sind Wiederholungen bereits zurückgewiesener Immediat-Gesuche, wenn keine neuen Thatsachen angeführt werden, ganz zwecklos und ist künftig darauf gar keine Bescheidung zu erwarten.
- 4) Die große Zahl derjenigen, welche um fortlaufende Unterstützung oder Verstärkung ihrer Pension bitten, erkennt, daß die Staatsmittel nicht hinreichen, ihre Wünsche zu befriedigen; es ist daher darauf jedesmal abschlägiger Bescheid zu erwarten.

Eben so wird

- 5) auf Anstellungsgesuche solcher Personen, welche grundsätzlich dazu nicht geeignet sind, jedesmal Zurückweisung erfolgen.
- 6) Die Einsendung von Kunstproducten, Manufactursachen, Büchern und Musikalien darf niemals ohne vorgängige Anfrage und darauf erteilte Erlaubniß erfolgen; wenn letztere fehlt, werden den Einsendern dergleichen Sachen ohne Bescheid auf ihre Kosten zurückgesendet werden.

Jeder, welcher beabsichtigt, bei Seiner Königl. Majestät ein Gesuch oder eine Beschwerde anzubringen, hat obige Vorschriften gehörig zu beachten.

Magdeburg, den 10. März 1836.

Der Geheime Staats-Minister von Kewitz.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch in Folge höherer Anweisung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 21. März 1838.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zu Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 4. September 1831. wird hierdurch wiederholt in Erinnerung gebracht, daß Militairpflichtige durch Verheirathung oder Aufassigmachung ihrer Militairdienstpflicht nicht enthoben werden.

Sämmtliche Herren Geistliche weisen wir an, die Militairpflichtigen bei Nachsuchung des Aufgebots an diese Bestimmung zu erinnern, und darüber zu ihrem Ausweis eine Verhandlung aufzunehmen, wozu jedoch ein Stempel nicht zu verwenden ist.

Merseburg, den 19. December 1841.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehend genannte Militairpflichtige:

- 1) Carl August Rothe aus Artern,
- 2) Johann Gottfried Werner aus Ebersleben,
- 3) Carl August Blöschmann aus Stolberg,
- 4) Friedrich Carl Greger aus Gräfenhainichen,
- 5) Friedrich Gottlieb Minkwitz aus Capelle,
- 6) Gottlieb Jentsch aus Wolfen,

Nr. 3.  
Die Verheirathung militairpflichtiger Individuen betr.

Nr. 4.  
Aufsicht aus-  
getretene Mi-  
litairpflichtige.

haben sich zur Ableistung ihrer Militairpflicht vor der Kreis-Ersatz-Commission ihres Heimathsortes nicht gestellt, auch alle und jede Meldung in dieser Beziehung unterlassen.

Dieselben werden daher hierdurch, selbst wenn sie sich schon vor einer andern Ersatz-Commission gestellt, oder bereits freiwillig Militairdienste genommen haben sollten, so wie auch eventualiter ihre sämmtliche Angehörige, aufgefordert, sich spätestens den 15. Juni 1842., bei der unterzeichneten Regierung mündlich oder schriftlich zu melden, um die Ursache der verspäteten Meldung anzugeben.

Erfolgt diese Angabe innerhalb der hier bestimmten Frist nicht, so tritt gegen die obgenannten Individuen das gegen ausgetretene Militairpflichtige angeordnete Verfahren ein, vermöge dessen das bereits mit Beschlagnahme belegte Vermögen im Wege des Confiscations-Prozesses vom Königl. Fiskus in Anspruch genommen werden wird.

Merseburg, den 20. December 1841.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 5. Wir bringen hiermit die bestehende Vorschrift in Erinnerung, nach welcher junge Leute, welche der Begünstigung des einjährigen Militairdienstes theilhaftig werden wollen, ihre vorfalligen Gesuche vor dem 1. August desjenigen Jahres, in welchem sie ihr zwanzigstes Lebensjahr vollenden, bei der betreffenden Departements-Prüfungs-Commission schriftlich einreichen müssen und denselben nachstehende Atteste, als:

- 1) ihren Geburtschein,
- 2) den Consens ihrer Eltern oder Vormünder,
- 3) ein amtliches Attest über ihre seitherige sittliche Führung,
- 4) eine Bescheinigung des Landraths ihres heimatlichen Kreises, daß sie demselben ihre Absicht, sich zum freiwilligen einjährigen Dienst zu melden, angezeigt haben und
- 5) je nachdem sie ihren Unterricht auf einem Gymnasio oder auf anderem Wege erhalten haben, eine beglaubigte Abschrift des Zeugnisses des betreffenden Gymnasiums oder ihrer Lehrer über den Grad der erlangten wissenschaftlichen Bildung beizufügen haben.

Zugleich bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß im laufenden Jahre vor der hiesigen Königl. Departements-Prüfungs-Commission drei Termine und zwar:

auf den Siebenten März,

auf den Sechsten Juni,

auf den Funfzehnten August

dieses Jahres zur Abhaltung der Prüfung anstehen, welcher sich diejenigen jungen Leute zu unterwerfen haben, deren Zulassung zu der nachgesuchten Begünstigung des einjährigen freiwilligen Militairdienstes nach Maassgabe der sub No. 5. gedachten Zeugnisse von dem Bestehen einer solchen Prüfung gesetzlich bedingt ist.

Schließlich bemerken wir noch, daß dergleichen junge Leute ihre fraglichen Gesuche nebst den erforderlichen Unterlagen an unsern Militair-Departements-Rath, Herrn Regierungs-Rath Danneil hieselbst portofrei und zugleich unter Bezeichnung des Gegenstandes als Militairdienst-Sache, zu richten haben.

Merseburg, den 2. Januar 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

In §. 10. unserer Verordnung vom 10. Mai v. Jz., die Publication freis- und localpolizeilicher Verordnungen betreffend, (Amtsblatt S. 134.) ist bestimmt, daß die mit Verwaltung der Polizeigerichtsbarkeit beauftragten Behörden, so oft ihrerseits wegen Uebertretung einer freis- oder localpolizeilichen Vorschrift eine Strafe festgesetzt und von dem Denunciaten gegen ihre Entscheidung der Recurs eingelegt, oder in den dazu geeigneten Fällen auf gerichtliche Untersuchung provocirt ist, bei Einsendung der Untersuchungs-Verhandlungen an uns, oder an die Gerichte jedesmal die Polizeiverordnung, auf welche sich ihre Strafverfügung gründet, beifügen und zugleich auch darüber, daß die Verordnung vorchriftsmäßig publicirt worden ist, durch Einreichung der hierauf bezüglichen Acten den näheren Nachweis führen sollen. Diese Bestimmung ist in vielen Fällen ganz unbeachtet geblieben. Wir finden uns daher veranlaßt, sämmtlichen Polizeibehörden unseres Verwaltungsbezirks die pünctliche Befolgung derselben zur Pflicht zu machen und bemerken, daß wir im Unterlassungsfalle die Nachsendung der fehlenden Acten unter portopflichtigem Inbrium auf Kosten der betreffenden Behörde anordnen oder nach Befinden das begangene Versähen durch Ordnungsstrafe rügen werden.

Nr. 6.  
Das Verfahren  
in Contraven-  
tionsfällen  
wider freis-  
oder localpoli-  
zeiliche Verord-  
nungen betr.

Damit aber die fragliche Bestimmung ihren Zweck erfülle, ist es erforderlich, daß über die erfolgte Publication einer jeden freis- oder localpolizeilichen Verordnung der Nachweis unter Beachtung der im §. 6. a. a. D. gegebenen Vorschrift jedesmal zu den betreffenden Acten gebracht werde.

Wird ein polizeiliches Verbot nach §. 7. a. a. D. nur durch eine Warnungstafel erlassen; so genügt in dieser Hinsicht ein amtlicher Vermerk über die geschehene Aufstellung der Warnungstafel. Abgesehen von diesem muß jedoch auch noch in jedem einzelnen Contraventionsfalle über das fortdauernde Vorhandenseyn dieser Tafel eine amtliche Bescheinigung in das Strafresolüt aufgenommen oder sonst zu den Untersuchungs-Acten gebracht werden, wenn der Denunciat dasselbe nicht ausdrücklich anerkannt hat.

Vorstehende Vorschriften sind bei Vermeidung des oben ange deuteten Nachtheils gleichfalls genau zu beachten.

Merseburg, den 27. December 1841.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nach der in unserer Bekanntmachung vom 9. Februar 1825. (Amtsblatt von 1825. S. 87.) erwähnten Bestimmung des Königl. Finanz-Ministeriums vom 10. December 1824. soll zwar künftig bei den für Rechnung des Fiskus statt findenden Auctionen der Gebrauch des Stempel-Papiers zu den Auctions-Protocollen wegfallen, welche Bestimmung darin begründet ist, daß bei allen Auctionen der Licitant weder mit dem Auctionator noch mit dem, für dessen Rechnung die Versteigerung erfolgt, einen schriftlichen Vertrag abschließt, also von dem Licitanten eine Stempel-Abgabe nicht gefordert werden kann, vielmehr nur der Stempel nach §. 7. des Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822. nach dem reinen Ertrage der Lösung zu berechnen und folchemnach nur derjenige, für dessen Rechnung die Auction statt findet, den Stempel zu tragen verpflichtet ist; wenn aber die Auction für Rechnung des Fiskus statt fin-

Nr. 7.  
Den Gebrauch  
des Stempel-  
Papiers zu  
Auctionen-  
Protocollen  
betr.

det, der Stempel wegen der gesetzlichen Stempelbefreiung des Fiscus wegfällen muß. Diese unsere Bekanntmachung kann aber nur lediglich auf Verkäufe beweglicher Gegenstände, welche auf dem Wege der Auction für Rechnung des Fiscus statt finden und nicht auf andere Verhandlungen, namentlich nicht auf Aicitations-Protocolle, welche die Stelle von Verträgen über Handlungen vertreten, bezogen werden, wohn z. B. Aicitations-Protocolle zur Verpachtung von Grundstücksnutzungen und zur Leistung von Fuhrten oder Lieferungen gegen Bezahlung, wenn diese Verhandlungen demnachst die Stelle schriftlicher Contracte vertreten, gehören, in welchen Fällen die darstellbare Hälfte des Stempels, weil die fiscalische Behörde Mitcontrahent ist, von dem Ersteher berichtigt werden muß.

Zur Vermeidung irrthümlicher Anwendung unserer Bekanntmachung vom 9. Februar 1825. machen wir solches hierdurch bekannt.

Merseburg, den 13. December 1841.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 8. In Folge des Beitritts der Herzoglich Braunschweigischen Hauptlande zum Zollverein treten mit dem ersten dieses Monats die

bezüglich der Zurückführung aus dem Zollvereins-Gebiete zu den Messen in Braunschweig eingeführter Waaren in dasselbe durch die Käufer der Waaren bisher gültig gewesenen Bestimmungen, als entbehrlich außer Kraft, wogegen dieselben Bestimmungen rückfichtlich der in Lüneburg statt findenden Messen fernerhin Anwendung finden und zwar mit der Maßgabe, daß der steuerfreie Eingang solcher Waaren in das Zollvereins-Gebiet auch über das Haupt-Zoll-Amt zu Braunschweig zulässig ist.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Magdeburg, den 1. Januar 1842.

Königliche Provinzial-Steuer-Direction.

### Personal-Chronik.

Nr. 9. Der bisherige Oberprediger und Propst Heinrich Alexander Förster in Wettin ist am 14. December 1841. im 51sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Königl. Patronats- und wird in 2 Monaten wieder besetzt.

Nr. 10. Der Feldjäger im reitenden Corps und Candibat der Feldmehrkunst Julius Siegmund Reizenstein ist zum Feldmesser ernannt und als solcher verpflichtet worden.

Nr. 11. Der Kaufmann Friedrich August La Baume zu Halle ist unterm 1. December 1841. als Agent des Versicherungs-Vereins „Riunione Adriatica di Sicurtà“ zu Triest für die Stadt Halle und Umgegend bestätigt worden.

Nr. 12. Der Kammergerichts-Assessor Herrmann Schulze zu Delitzsch ist zum Verwalter des Patrimonial-Gerichts über Beerendorf neu erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Torgauer landrätthlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{4}$  Bogen für den Merseburger landrätthlichen Kreis.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 2. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 15. Januar 1842.

Nr. 13.

Das 25. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter

- Nr. 2220. Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits und Waldeck andererseits, den Anschluß des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend. Vom 11. Dezember 1841.
- Nr. 2221. Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen der Besteuerung innerer Erzeugnisse und wegen des Salzbedarfs im Fürstenthume Pyrmont. Vom 11. Dezember 1841.

Das 26. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 2222. Regulativ wegen Unterhaltung der durch die Staatswaldungen in der Provinz Westphalen und der Rheinprovinz führenden öffentlichen Wege, mit Ausschluß der ausgebauten Staats- und Bezirksstraßen. Vom 17. November 1841.
- Nr. 2223. Berichtigung eines Druckfehlers bezüglich auf die unter Nr. 463. (Seite 20. Jahrgang 1818.) abgedruckte Allerhöchste Verordnung vom 16. März 1818. D. d. den 30. November 1841.
- Nr. 2224. Vertrag zwischen Preußen, — für sich und in Vertretung der übrigen Mitglieder des Zoll- und Handelsvereins, — und Braunschweig einerseits und Hannover und Oldenburg andererseits, betreffend die steuerlichen Verhältnisse verschiedener Herzoglich Braunschweigischer Landesheile. Vom 16. December 1841.
- Nr. 2225. Vertrag zwischen Preußen, — für sich und in Vertretung der sämmtlichen übrigen Mitglieder des Zoll- und Handelsvereins, — Hannover, Oldenburg und Braunschweig, betreffend die Erneuerung des unter dem 1. November 1837. abgeschlossenen Vertrages wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse. Vom 17. Dezember 1841.
- Nr. 2226. Uebereinkunft zwischen Preußen und Hannover, betreffend die Erneuerung der Uebereinkunft vom 1. November 1837. wegen der gleichen Besteuerung innerer Erzeugnisse in den dem Zollvereine Preußens und der mit diesem zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelssysteme verbundenen

Staaten angeschlossenen hannoverschen Landestheilen. Vom 17. December 1841.

Nr. 14.  
Die Aufstel-  
lung der Land-  
besitzer betr.

Den Pferdebesitzern wird hierdurch bekannt gemacht, daß die für nachbenannte Stationen, als:

Helbrungen, Oberröblingen, Verga, Oleina, Weidensee, so wie für die in diesem Jahre neu errichtete Beschälstation Bedra bestimmten königlichen Beschäler sächsischen Landgestüts wiederum, wie in den frühern Jahren, den 20. Januar, wenn anders die Witterung dem Transporte selbst nicht hindernd in den Weg tritt, aus dem hiesigen Marstalle abgehen, und in den ersten Tagen des Monats Juni ihren Rückmarsch von den Stationen antreten.

Die Bedeckung wird, wie gewöhnlich, zwei Tage nach dem Eintreffen der Beschäler an ihren Bestimmungsortern beginnen.

Im Betreff der übrigen im diesseitigen Regierungsbezirk zu besetzenden Stationen wird die weitere Bekanntmachung noch vorbehalten.

Hauptgestüt Grabit, den 2. Januar 1842.

Der königliche Landstallmeister gez. v. Thielau.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Merseburg, den 8. Januar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 15.  
Die Einrich-  
tung des Hypo-  
thekenwesens  
in dem Königl.  
Preuß. Herzog-  
thume Sachsen  
betr.

Von nachbenannten errenten Gütern und Grundstücken:

- 1) dem, im Langensalzaer Kreise gelegenen, vormals von Dachrobenischen Alodial-Rittergute Kirchheilingen,
  - 2) dem im Sangerhäuser Kreise gelegenen Amte Heringen und
  - 3) den, zu dem im Königreiche Sachsen gelegenen Rittergute Mausitz gehörigen, dießseits im Merseburger Kreise liegenden Vertunzenzien,
- sind die, sämtliche drei Rubriken des Hypothekenbuchs in sich fassenden Hypotheken-Tabellen aufgestellt worden und können während des Zeitraums

vom 1. Februar bis 31. März 1842.

im Hypotheken-Archive des hiesigen Königl. Oberlandesgerichts von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern die Interessenten dazu auf, mit dem Bedeuten, daß, nach Ablauf des gedachten zweimonatlichen Zeitraums, keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 31. December 1841.

Hypotheken-Deputation des Königl. Preuß. Oberlandesgerichts.

Nr. 16.  
Beschreibung  
der Plancoll-  
nie im den

Nach dem im 23. Stücke der diesjährigen Gesetz-Sammlung publicirten, zwischen den Regierungen von Preußen und Braunschweig untern 19. October 1841. abgeschlossenen Staats-Vertrage, ist der Zutritt des östlichen Theils des Herzogthums Braunschweig zum deutschen Zoll-Vereine mit dem 1. Januar 1842. erfolgt. Der

selbe hat es zulässig gemacht, daß die Binnenlinie in den Bezirken der Haupt-Zoll-  
Ämter zu Halberstadt und Salzwedel theilweise anderweit und namentlich da-  
hin bestimmt werde, daß

Haupt-Zoll-  
Ämter: Bezir-  
ken Halberstadt  
u. Salzwedel.

1) im Haupt-Zoll-Amts-Bezirke Halberstadt

die Binnenlinie von Derenburg an, diesen Ort östlich einschließend, fortläuft und dann auf der alten Poststraße über Dannstedt zwischen den Etablissements Oberzoll- und Vorwerk Sonnenburg durchgehend, Ersteres aus dem Grenzbezirke, Letzteres hingegen in denselben schließend, bis zu dem Punkte, wo diese Straße zwischen Althensiedt und Dardeshelm in die Halberstadt-Braunschweigische Chaussee mündet, und von hier den Lauf dieser Chaussee verfolgend, über Dardeshelm bis zu dem zwischen der Chaussee-Barriere und dem Braunschweigischen Vorwerke Heffen ober „Neubau“ auf der Landesgrenze stehenden Preussischen Höhepfahle sich hinziehet; von dort in grader Linie auf den in westlicher Richtung befindlichen Grenzstein bis zu dem nach Zilly führenden Communications-Wege; diesen südlich bis zum Grenzsteine folgend, fortläuft; dann in südwestlicher Richtung auf die Weiden-Allee und dieser auf der Amtschäfer-Wiese nördlich folgend bis zum Graben gehet; ferner in westlicher Richtung die Weiden-Allee weiter verfolgend bis zum Auebache, welchem sie nördlich bis zur Einmündung des Grenz-Grabens folgt, und auf letzteren in westlicher Richtung nach dem Fallsteine bis zu dem dort befindlichen Grenzsteine läuft. Von hier ab zieht sie der in kurzen Entfernungen mit Grenzsteinen bezeichneten Landesgrenze in nordwestlicher Richtung in das Gehölz, circa  $\frac{1}{2}$  Stunde weit, bis zum äußersten Grenzsteine und von hier in nördlicher Richtung den Grenzsteinen bis zum Hafenwinkel nach. Hierauf folgt sie östlich den Grenzsteinen bis zum Schmeiden-Anger und über denselben in östlicher Richtung neben der Welzheimer Feldmark bis zu dem von Heffen nach Weltheim führenden Communications-Wege; dann auf diesem bis zum Dorfe Weltheim. Von hier folgt die Binnenlinie dem durch das Bruch ziehenden Wege bis zu dem über den Schiffgraben führenden Stege, überschreitet solchen und folgt dem auf Roclum weiter gehenden Wege bis kurz vor diesem Orte, wo derselbe in die Halberstadt-Braunschweiger Chaussee beim  $\frac{1}{2}$  Meilensteine einmündet.

Von hier ab bildet diese Chaussee, welche über Roclum in der Richtung auf Emmenstedt gehet, bis zu dem zwischen beiden Orten befindlichen Preussischen Grenzpfahle die Binnenlinie und tritt hier in das Braunschweigische Gebiet über.

2) Im Haupt-Zoll-Amts-Bezirke Salzwedel.

Die Binnenlinie, welche im Braunschweigischen über das Dorf Wahrstedt und das Rittergut Büstedt bis zur ersten Brücke über die Aller läuft und von dort dem Laufe der Aller bis Göhrendorf folgt, verläßt bei Göhrendorf die Aller und wird von dort durch den auf Rählingen führenden Communications-Weg gebildet, von wo ab sie den in nordöstlicher Richtung durch den Drömling führenden Damm auf Nießerhorst und von hier die große Frachtstraße nach Garbelzen bis Nieße folgt, von diesem Orte aber auf dem Wege fortläuft, welcher die Nießesche Windmühle hart links liegen läßt, und in nördlicher Richtung über Seggau und durch die königliche Glöper Forst bis Glöpe fährt.

Von der Stadt Elbge — welche mit den oben genannten Orten Rätzlingen, Mieserhorst, Miese und Zeggau im Grenzbezirke verbleibt — läuft die schon bestehende Binnenlinie in unveränderter Richtung nach Salzwehel, bis zur Elbe fort.

Indem dieser Lauf der Binnenlinie hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, bemerke ich zugleich, daß durch den eingangs erwähnten Staats-Vertrag auch die, durch Herzoglich Braunschweigische Landesheile enclavirten Preussischen Ortschaften Wolfsburg, Gehlingen und Gehlingen, desgleichen der Preussische Ort Roelum zum deutschen Zoll-Vereine — die drei Erstgenannten unter Herzoglich Braunschweigischer Verwaltung — übergehen, und im Grenzbezirke liegen.

Magdeburg, den 7. Januar 1842.

Der Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung: der Geheime Regierungs-Rath Ödring.

Nr. 17. Die nachfolgende

### B e k a n n t m a c h u n g

der Herzoglich Braunschweig-Lüneburgschen Zoll- und Steuer-Direction vom 1. d. Mts., wegen Schärfung der Zoll-Controle im Binnenlande, während der ersten Hälfte des Jahres 1842.

Zur Verhinderung der Defraude mit der Nachsteuer unterworfenen Waaren ist bestimmt worden, daß die Zoll-Controle im Binnenlande (§. 92. bis 98. der Zoll-Ordnung vom 21. v. Mts.) vom 1. Januar bis zum 30. Juni d. J. in folgender Art geschärft werde, weshalb Wir Nachstehendes unter Autorisation des Herzoglichen Staats-Ministeriums hiermit verfügen.

1) Wer im Binnenlande folgende Waaren-Artikel, als:

- a) baumwollene und dergleichen mit anderen Gespinnten, gemischte Stuhlwaaren und Zeuge; b) Zucker aller Art; c) Kaffee; d) Tabacksfabrikate;

e) Wein und f) Branntwein aller Art,

versendet, muß solche, wenn deren Menge 25 Pfund Zollgewicht netto übersteigt, mit einem Frachtbriefe versehen. Die hiervon nicht abweichenden Bestimmungen der Zoll-Ordnung §. 93. bis 97. finden auch auf diese Frachtbriefe, und auf den Transport der vorgedachten Waaren-Artikel in Mengen unter einem halben, beziehungsweise einem ganzen Centner, jedoch über 25 Pfund Zoll-Gewicht netto, Anwendung.

2) Die Vorschriften der Zoll-Ordnung §. 92. bis 98. über die Controle im Binnenlande und die vorsehende Bestimmung finden auch auf die Versendungen mit den Fahrposten Anwendung.

3) Wer im Binnenlande baumwollene und dergleichen mit anderen Gespinnten gemischte Stuhlwaaren und Zeuge in Mengen über 25 Pfund Zollgewicht netto versendet, muß solche in dem oben unter No. 1. erwähnten Frachtbriefe mit einer speciellen Angabe der Art der Waaren nach deren gewerblichen — handelsgebräuchlichen — Waaren-Bezeichnung versehen.

Nach den vorstehenden Bestimmungen haben sich Alle, die es angeht, bei Verurtheilung der im Zollstrafgesetze §. 18. angedrohten Ordnungsstrafe zu achten.

Braunschweig, den 1. Januar 1842.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgsche Zoll- u. Steuer-Direction.

wird in Folge Erlasses des Herrn Finanz-Ministers Excellenz vom 4. d. M. III. 29,931. und unter Bezugnahme auf den §. 98. der Zoll-Ordnung vom 23. Januar 1838. mit dem Hinzufügen zur Kenntniß des Publicums gebracht, daß auf die aus dem Herzogthume Braunschweig nach Preußen übergehenden, nach Inhalt obiger Bekanntmachung der Controle im Binnenlande unterworfenen Waaren auch die Vorschriften der Zoll-Ordnung in den §§. 94. bis einschließlich 97. zur Anwendung kommen sollen.

Magdeburg, den 7. Januar 1842.

Der Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung: der Geheime Regierungs-Rath Ödring.

In Gemäßheit des §. 47. der Statuten hat auch in diesem Jahre wiederum eine Ausloosung von zwei Mitgliedern des unterzeichneten Kuratoriums und von zwei Stellvertretern, welche zu Ende dieses Jahres ihre Functionen niederlegen, stattgefunden, und dabei das Loos zum Abgange getroffen von Erstern:

den Herrn Geheimen Ober-Finanz-Rath Paalzow und

den Banquier Herrn J. Mendelssohn,

und von Letzern

den Kaufmann Herrn Junge und

den Kaufmann Herrn Dittmann,

und es sind in der am 22. v. Mts. hier stattgehabten General-Versammlung der Interessenten der Anstalt zum Ersatz dieses Abganges und zur Theilnahme an der Verwaltung derselben nachbezeichnete Mitglieder der Gesellschaft respective wiedergewählt und gewählt worden, und haben dieselben die auf sie gefallene Wahl angenommen

a) zu Mitgliedern des Kuratoriums:

Herr J. Mendelssohn, Banquier, und

Herr Jung, Justizrath und Notar,

b) zu Stellvertretern:

Herr Schulz, Geheimer Regierungsrath, Mitglied der General-Commission zur Regulirung der gütsherrlich bäuerlichen Verhältnisse für die Kurmark,

Herr J. A. Basse, Banquier.

In Gemäßheit des §. 44. der Statuten wird diese Veränderung hierdurch zur Kenntniß des Publicums gebracht, mit der Bemerkung, daß nunmehr eine Ausloosung der vorgebachten Art ferner nicht vorkommen, der Abgang an Mitgliedern des Kuratoriums und Stellvertretern vielmehr künftig durch das Dienstalter derselben bestimmt wird.

Auch in Ansehung der beiden Revisions-Commissionen und deren Stellvertreter hat nach §. 55. der Statuten und nach zweijähriger Function eine neue Wahl stattgefunden, und solche das Resultat gehabt, daß

Nr. 18.  
Die Preussische  
Renten-Ver-  
sicherungs-  
An-  
stalt betr.

Herr Schimmelpfennig, Rechnungs-Rath und Director des Haupt-Stempel-Magazins,

Herr Mezse, Buchhalter bei der Königlichen Seehandlung,  
zu Revisions-Commissarien, und

Herr Heegewaldt, Geheimer Hofrath und Rentant der Königlichen Staats-Schulden-Eilungs-Kasse,

zum Stellvertreter wieder erwählt worden, und die durch Abgang des Herrn Rechnungs-Raths Weber sich erlebende Stellvertreterstelle durch den Herrn Meroni, Buchhalter bei der Königlichen Seehandlung, wiederum besetzt werden wird.

Berlin, den 22. December 1841.

Das Kuratorium der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nr. 19.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die Hypothekentabellen über die nachstehend verzeichneten, in dem Dorfe Jörnigall gelegenen Wohnhäuser, als: 1) der Wittwe Andreas; 2) des Christian Wätcher und Ehefrau; 3) des Christian Veltz und Ehefrau; 4) der Marie Elisabeth Lindemann; 5) des Martin Bornemann; 6) des Gottlob Lehmann und Ehefrau; 7) des Gottlob Krause und Ehefrau; 8) des Friedrich Tippenau; 9) des Johann Christian Rahn; 10) des Gottlieb Lehmann und Ehefrau; 11) des Carl Wittig und Ehefrau, sind fertig und können von den Interessenten in dem Zeitraume vom 20. Januar bis 20. März 1842. in unserer Hypotheken-Registratur Wohnung der etwa anzubringenden Erinnerungen, welche nach Ablauf dieser Frist nicht mehr statt finden, eingesehen werden.

Zugleich machen wir bekannt, daß das Hypothekenbuch über den sogenannten Globiger Werder (Amtsbl. vom Jahr 1829. 23. Stück) vollendet ist, und mithin der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Bezug auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 21. December 1841.

Königliches Landgericht.

Nr. 20.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die in der Beilage zum 34. Stück des Merseburger Regierungs-Amtsblatts 1841., unterm resp. 20. und 31. August d. J. von uns bekannt gemachten Hypothekentabellen über die walzenden Grundstücke des Karl Ernst Deodat Troitzsch und Genossen zu Jüchernitz und des Gutsbesizers Gottlieb Stoppe zu Zaasch, sind in das Hypothekenbuch übertragen worden. Es treten daher von jetzt ab hinsichtlich des Erwerbs neuer Hypothekenrechte bei diesen Grundstücken die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung ein.

Delitzsch, den 13. December 1841.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Nr. 21.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die in unserer Bekanntmachung vom 12. August 1841., aufgenommen in der Beilage zum 39. Stück des Regierungs-Amtsblattes pro 1841., verzeichneten fünf

Hypothekentabellen sind in die Hypothekenbücher übertragen worden, was mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, so wie der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 2. Januar 1842.

### P a t r i m o n i a l - L a n d g e r i c h t.

Die Hypothekentabellen über die der Johanne Friederike verchel. Schumann zu Kretschkau und der Pfarre das. gehörigen Grundstücke sind in das Hypothekenbuch übertragen worden und es können daher neue Hypothekenrechte nur nach Vorschrift des Allg. Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung erworben werden.

Droyßig, den 13. December 1841.

### F ü r s t l. S c h ö n b u r g s c h e s G e r i c h t.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

Die, durch den Abgang des auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzten Geheimen Regierungs- und Bauraths Pfeiffer, bei dem hiesigen Collegio zur Erledigung gekommene Regierungs- und Bauraths-Stelle, ist dem seitherigen Bau-Inspecteur Ritter verliehen worden.

Der bisherige Regierungs-Assessor Herr Brebored, ist zum Regierungsrath befördert worden, und wird bis auf weitere Bestimmung noch ferner seine Beschäftigung bei der hiesigen königlichen Regierung finden.

Die durch den Tod des Botenmeisters Yorke bei der hiesigen Regierung zur Erledigung gekommene Botenmeisterstelle ist dem seitherigen Kanzleidienere Buchler verliehen worden.

Der Kaufmann Karl Friedrich Jahn zu Zeitz ist an Stelle des verstorbenen Kaufmann Albrecht daselbst als Agent der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt unterm 25. August 1841. bestätigt worden.

Der Kaufmann Johann Christian Jahn zu Torgau ist als Agent der Cölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für die Stadt Torgau und Umgegend unterm 12. December 1841. bestätigt worden.

Der Kaufmann Karl Mehlmann zu Eilenburg ist unterm 6. December 1841. als Agent der Cölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für die Stadt Eilenburg und Umgegend bestätigt worden.

Der Oekonom Friedrich Gottlieb Fielich in Schilbau ist zum dortigen Schiedsmann für die Jahre 1841—1844. erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Sangerhäuser landrätlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Schweiniger landrätlichen Kreis.

Nr. 30.

# Nachweisung

der

im Monat December 1841

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartoff. fein	Brannt- wein	Rauhfutter.								
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Heu	Stroh													
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel								Schf.	Quart	à Cent.	à Schock					
	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.		
1	Merseburg	2	7	4	1	5	—	—	24	7	—	13	9	—	—	1 15	—	2 15	—	16	—	4	—	—	25	—	6	—	
2	Halle	2	9	8	1	9	10	—	24	3	—	15	6	5	10	—	2	—	2 15	—	12	6	5	—	25	—	5 15	—	
3	Raumburg	2	6	6	1	5	7	—	20	9	—	13	9	3	8	2	1 20	—	2	—	10	—	4	—	27	6	6	5	
4	Torgau	2	14	3	1	6	4	—	22	4	—	16	9	4	10	—	1 15	—	2 25	—	7	—	4	9	—	25	—	6	—
5	Wittenberg	2	27	3	1	10	4	—	27	7	—	17	8	—	—	—	1 15	—	—	—	8	9	5	—	25	—	7	—	
6	Eisleben	2	8	—	1	11	2	—	25	8	—	17	5	—	—	—	—	—	12	6	5	—	—	26	4	5 24	6	—	
7	Zeitz	2	7	8	1	7	8	—	22	3	—	13	11	—	—	—	—	—	10	1	5	—	—	25	—	4 29	6	—	
8	Querfurth	2	17	6	1	8	9	—	23	9	—	16	3	—	—	—	—	—	12	6	4	—	—	25	—	5	—	—	
9	Bitterfeld	2	18	—	1	7	8	—	23	8	—	16	3	—	—	—	1 12	6	—	10	—	5	—	—	27	6	5	—	

Merseburg, den 6. Januar 1842.

Königlich Preussische Regierung.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 3. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 22. Januar 1842.

Von den im 5. Stücke unser<sup>s</sup> Amtsblatts v. J. 1840. S. 26., vorläufig angezeigten Erdgloben, welche in dem Institute des Garnisonsschullehrers Adami in Potsdam für geographische Lehrapparate angefertigt werden, liegt jetzt der am angeführten Orte unter Nr. 1. beschriebene Relief-Erdglobus von 12 $\frac{1}{2}$  Zoll Durchmesser und vor. Der Preis ist 4 Thaler; bei einer Bestellung von 50. Exemplaren 3 Thaler für das Stück, doch ausschließlich der Verpackungs- und Versendungskosten. Da der Preis sehr billig, und die Arbeit selbst so gelungen ist, daß die Brauchbarkeit dieser Globen für den geographischen und damit verwandten Unterricht in größeren Land- und städtischen Schulen keinem Zweifel unterliegt; so wünschen wir die Verbreitung derselben, und haben Veranlassung getroffen, daß, wenn Subscriptionen darauf, binnen drei Monaten, unter Adresse unserer Registratur bei uns eingehe, die Bestellung und Versendung von hier aus besorgt werden wird.

Nr. 31.  
Die Relief-  
Erdgloben des  
Garnisonsschul-  
lehrers  
Adami in  
Potsdam  
betr.

Andre Erdgloben von gleicher Größe, sauber gravirt, mit mathematischem Netz u. s. w. sind im Einzelnen für 5 $\frac{1}{2}$  Thlr., in Parthien zu 25 Stück für 3 $\frac{1}{2}$  Thlr., noch andre, ebenfalls von 12 $\frac{1}{2}$  Zoll Durchmesser, mit messingnenem Meridian, Stundenring, Höhenquadrant, Compass und Anweisung zum Gebrauche, für 12, resp. 10 Thlr. zu haben. Auch die kleineren Erdgloben von 4 Zoll Durchmesser und ähnlicher Einrichtung, im Preise von 1 $\frac{1}{2}$ , 1 $\frac{1}{4}$  und 3 $\frac{1}{2}$  Thlr., dürften manchen Schulen willkommen seyn.

Bei etwanigen Bestellungen ist der Durchmesser und der angegebene Preis des einzelnen Stücks genau zu bezeichnen.

Merseburg, den 13. Januar 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Den Abgabepflichtigen des Königl. Domainen-Amtes Roitzsch wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Erhebung der Gefälle dieses Amtes, mit Ausschluß der Zinsgänse und des Natural-Getreides vom Jahre 1842. ab, an das Königl. Rent-Amte zu Bitterfeld übergeht und sie künftig den Aufforderungen des genannten Rent-Amtes bezüglich der Prästationsverhältnisse Folge zu leisten und sich dahin zu wenden haben.

Nr. 32.  
Die Abgabepflichtigen des  
Königl. Domainen-Amtes  
Roitzsch betr.

Die Zinsgänse und das Natural-Getreide sind dagegen ferner an das Königl. Domainen-Amt Roßsch zu entrichten.

Merseburg, den 31. December 1841.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

## N a c h w e i s u n g

Nr. 33.  
14 jährige  
Martini-  
Durchschnitts-  
Getreide-  
Marktpreise  
detr.

der 14 jährigen Martini-Durchschnitts-Getreide-Marktpreise, unter Weglassung der 2 theuersten und der 2 wohlfeilsten Jahre, welche nach Maassgabe der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821. §. 27. bei Ablösung der Getreide-Prästationen in den vormaligen sächsischen Landestheilen des hiesigen Regierungsbezirks für den Zeitraum von Martini 1841. bis Martini 1842. zum Grunde zu legen sind.

Nr.	Namen der Markt-Städte.	Der Preussische Scheffel							
		Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
		Ebl. gar. pf.		Ebl. gar. pf.		Ebl. gar. pf.		Ebl. gar. pf.	
1.	Halke. . . . .	1 27	2	1 10	6	— 28	5	— 20	1
2.	Weissenfels. . . .	1 28	—	1 11	3	— 27	4	— 17	9
3.	Leipzig. . . . .	2 7	3	1 16	9	— 29	11	— 21	8
4.	Raumburg. . . . .	1 28	—	1 10	11	— 27	1	— 17	3
5.	Zeitz. . . . .	1 28	6	1 13	4	— 28	1	— 19	1
6.	Wittenberg. . . . .	1 28	2	1 13	—	1 1	7	— 23	7
7.	Torgau. . . . .	1 28	—	1 12	2	1	— 8	— 22	6
8.	Nordhausen. . . .	1 26	5	1 11	10	1 1	—	— 19	1

für die ehemals sächsischen Landestheile.

Merseburg, den 14. Januar 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 34.  
Die an die königlichen Kassen zu entrichtenden Leudemien, Lehnwaaren, Weinkäufe, oder unter ähnlichen Namen zu entrichtenden Steuern der Art betr.

Des Königs Majestät haben den Besitzern landemialspflichtiger Grundstücke, die, in Folge Allerhöchsthies Regierung-Antritts an die Königl. Kassen zu entrichten den Leudemien, Lehnwaaren, Weinkäufe, oder unter ähnlichen Namen zu entrichtenden Gefälle der Art, in Gnaden zu erlassen geruht, ohne jedoch die Verbindlichkeit der gedachten Verpflichteten zur Entrichtung dieser Gefälle für die Folge aufzuheben.

Wir eröffnen dies den betreffenden Interessenten mit dem Bemerken hierdurch, daß die etwa ihresrechts, bereits vor der Bekanntwerdung dieses Erlasses, an die Domainen- oder Rentamts-Kassen des hiesigen Regierungsbezirks eingezahlten Abgaben dieser Art, namentlich die sogenannten Lehngelber, bei den gedachten Kassen wieder gegen Quittung zurück zu erheben sind, diese Zurückstattung jedoch auf die mit ein-

gezählten Nebenkosten an Lehnseingebühren, Ab- und Zuschreibgebühren, Stempel u. keine Anwendung findet.

Merseburg, den 15. Januar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Da unsere Bekanntmachung vom 27. Mai pr., wonach nicht bloß Kosten, sondern alle Gelder, welche nicht zum Depositum, sondern zur Salarien-Kasse gehören, wie namentlich Criminal-Verläge, Arbeits-Verdienst der Gefangenen, Werthstempel-Lantime, Abzüge zum Pensions-Fonds, reservirtes Porto u. nicht unter der Adresse des Oberlandesgerichts, sondern unmittelbar an die Oberlandesgerichts-Salarien-Kasse hieher einzusenden sind, nicht genug beachtet wird, so bringen wir solche in Erinnerung und wünschen, uns durch Nichtbeachtung nicht zu unangenehmen Verfügungen veranlaßt zu sehen.

Raumburg, den 8. Januar 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Das Publikum wird hierdurch benachrichtigt, daß höherer Bestimmung zufolge, die in der Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz vom 12. December 1841. (Amtsblatt Nr. 47. pro 1841.) unter 2. 2. a. genannte Steuerstelle Buttlar aus der Zahl derjenigen Aemter, welche zur Abfertigung von Branntwein befugt sind, der gegen Steuer-Vergütung nach Vereinsstaaten übergeführt wird, ausscheiden soll, daß dagegen aber über die Steuerstellen zu Geisa und Wacha, und zwar über Erstere nach Bayern und Kurheffen, über Letztere nach Kurheffen, Branntwein mit dem Ansprüche auf Steuer-Vergütung ausgeführt werden darf.

Magdeburg, den 11. Januar 1842.

Der Geheimen Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.  
In Vertretung: der Geheimen Regierungs-Rath Göring.

### Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruhet den bisherigen ersten Kreis-Deputirten, Kammerherrn und Major a. D. Grafen von Seydewitz auf Püßwerba an die Stelle des verstorbenen Landraths von Bose zum Landrath des Torgauer Kreises zu ernennen.

Der früher bei der Königl. Regierung in Posen angestellt gewesene Registrations-Referendar Kühnast ist zum Regierungs-Offessor bei dem hiesigen Collegio ernannt worden.

Der Kantor, Organist und erster Lehrer an der Schule in der Vorstadt Neumarkt vor Halle, Christian Friedrich Ferdinand Kaiser, ist am 24. December v. J. gestorben. Die Stelle ist Königl. Patronats und wird ihre Wiederbesetzung bis Ende März cr. erfolgen.

Nr. 35.  
Die Einkünfte der Kosten und Gelder für das Oberlandesgericht betr.

Nr. 36.  
Die Branntweinsteuer-Vorrichtung bei Abfertigung einiger Steuerstellen nach den Vereinsstaaten betr.

Nr. 37.

Nr. 38.

Nr. 39.

Nr. 40. Das Pfarramt zu Tiefensee, Ephorie Eilenburg, ist durch Weiterbeförderung des bisherigen Inhabers erledigt und wird vermöge Reverses diesmal von der Königl. Regierung binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 41. 1) Der Oberlandesgerichts-Assessor, Gerichts-Amtmann Bromme zu Herzberg ist den 1. November pr. an das Ober-Appellationsgericht zu Posen versetzt und dessen Stelle zu Herzberg den 12. November pr. dem Land- und Stadtrichter Dyckerhoff in Publiz verliehen;

2) dem Land- und Stadtgerichts-Assessor Rothe zu Weissensee ist die Gerichts-Commissariatsstelle zu Bitterfeld und die Stelle des Assessors Rothe zu Weissensee ist dagegen dem Oberlandesgerichts-Assessor Stecher, bisher in Gölseda, den 26. November pr.,

3) die jüngste Assessorstelle bei dem Landgerichte zu Torgau ist dem Kammergerichts-Assessor Friedrich Wilhelm Henke den 29. November pr. übertragen;

4) der Oberlandesgerichts-Assessor Friedrich Christoph Samuel Rittler in Raumburg ist den 22. November pr. zum Justiz-Commissarius für die Gerichts-Nemter und Patrimonial-Gerichte im Herzberger Kreise mit der Befugniß zur Praxis bei dem Landgerichte zu Torgau in Angelegenheiten der Kreis-Eingesessenen, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Herzberg, und zugleich zum Notar im Departement des Oberlandesgerichts ernannt;

5) der Oberlandesgerichts-Referendarius Ferdinand Eduard Gröschner in Raumburg ist den 16. December pr. zum Secretair bei dem Land- und Stadtgerichte in Worbis ernannt;

6) der Landgerichts-Secretair Kretschmar zu Torgau ist den 7. November pr. gestorben und der Secretariats-Assistent, Referendar Pechmann den 10. December pr. zum Landgerichts-Secretair daselbst ernannt;

7) der Oberlandesgerichts-Referendarius Heinrich Theodor Breitenbach ist den 3. December pr. von dem Oberlandesgerichte in Halberstadt wieder zu dem in Raumburg versetzt;

8) dem Oberlandesgerichts-Referendarius Karl Matthias Schede in Raumburg ist die nachgesuchte Entlassung aus diesem seinen Justizdienst-Verhältnisse zum Behuf des Uebergangs zur Königl. Regierung in Merseburg den 3. December des vorigen Jahres ertheilt;

9) der Auscultator Friedrich Christian Reifig ist den 4. December pr. von dem Kammergericht in Berlin zu dem Oberlandesgerichte in Raumburg versetzt;

10) der Kanzlist bei der Gerichts-Commission zu Börzig, Johann Karl Wiebel ist den 9. November pr. verstorben;

11) der Hülfsbote, invalide Oberfeuerwerker Karl Weighardt ist den 13. December pr. zum interimistischen Boten und Executor bei dem Gerichts-Amte zu Gräfenhainichen bestellt.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen Kart, für den Duerfurter landrätlichen Kreis.

# A m t s = B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 4. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 29. Januar 1842.

Bei dem Kriegs-Ministerium gehen fortwährend so viele Gesuche von Kaufleuten, Handwerkern und Lieferanten um Ertheilung von Aufträgen zu Arbeiten und Lieferungen für die Armee ein, daß sich dasselbe veranlaßt findet, hierdurch öffentlich bekannt zu machen, daß Aufträge gedachter Art von dem Kriegs-Ministerium in der Regel nicht ertheilt werden, vielmehr, soweit die Beschaffung der Bekleidungsgegenstände nicht den Truppen überlassen ist, von den Provinzial-Militair-Administrationsbehörden — den Intendanturen — ausgehen, welche die abzuhaltenden Submissions- und Licitations-Termine durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß bringen, wodurch jeder, der an dergleichen Lieferungen Theil zu nehmen wünscht, Gelegenheit dazu erhält.

Nr. 42.  
Gesuche von Kaufleuten, Handwerkern u. Lieferanten um Ertheilung von Aufträgen zu Arbeiten u. Lieferungen für die Armee etc.

Die Lieferung des zur Bekleidung der Armee erforderlichen Tuches wird zwar von dem Militair-Deconomie-Departement veranlaßt, es werden jedoch bereits so viele, seit langer Zeit als zuverlässig bekannte Fabriken in allen Provinzen hiermit beschäftigt, daß die Annahme noch mehrerer unzulässig ist.

Das gewerbtreibende Publikum wird hieraus entnehmen, daß es von keinem Erfolg seyn kann, Gesuche der Art an das Kriegs-Ministerium direct zu richten, daß es ihm vielmehr nur überlassen bleiben muß, sich mit seinen Anträgen an jene genannte Behörden oder Truppentheile zu wenden.

Berlin, den 16. December 1841.

Kriegs-Ministerium.  
(gez.) von Gosh.

Militair-Deconomie-Departement.  
(gez.) von Döring.

### P u b l i c a n d u m,

Kündigung der in der 1sten Verloosung gezogenen Kurz- und Reumärtschen Schulderschreibungen.

Unserer Bekanntmachung vom 30. v. M. gemäß, sind die zur Tilgung für das erste Semester d. J. bestimmten 66,950 Thlr. Kurzmärtsche Schulderschreibungen, und 16,400 Thlr. Reumärtsche Schulderschreibungen in der am heutigen Tage statt gehaltenen 1sten Verloosung gezogen worden, und werden, in dem als Anlage hier beigefügten Verzeichnisse nach ihren Littern, Nummern und Gelddeträgen geordnet, den Besitzern hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Nominalwerth derselben, und zwar der Kurzmärtschen Schulderschreibungen am 1. Mai, und der Reumärtschen

Nr. 43.

Schuldverschreibungen am 1. Juli d. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1. Uhr, bei der Kontrolle der Staats-Papiere hier in Berlin, Taubenstraße Nr. 30., baar abzuheben.

Da die weitere Verzinsung dieser Schuldverschreibungen, namentlich der Kurmärkschen, vom 1. Mai d. J. ab, und der Neumärkschen vom 1. Juli d. J. ab, aufhört, indem nach §. V. der Verordnung vom 17. Januar 1820. (S. S. Nr. 577.) die ferneren Zinsen dem Tilgungsfonds zufallen; so müssen mit ersteren die zu denselben gehörigen drei Zins-Coupons Ser. I. Nr. 6., 7. und 8., welche die Zinsen vom 1. Mai 1842. bis 1. November 1843., umfassen und mit letzteren die zu denselben gehörigen zwei Zins-Coupons Ser. I. Nr. 7. und 8. über die Zinsen vom 1. Juli 1842., bis dahin 1843., unentgeltlich abgeliefert werden; widrigenfalls für einen jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben von der Capital-Valuta abgezogen werden wird, um für den später sich meldenden Inhaber des Coupons reservirt zu werden.

Ueber den Capitalwerth der betreffenden Kur- und Neumärkschen Schuldverschreibungen muß für jede dieser beiden Schuldbestimmungen auf einem besonderen Blatte quittirt werden und sind in die diesfälligen Quittungen die Schuldverschreibungen einzeln mit Litter, Nummer und Gelbbetrag, so wie mit der Stückzahl der unentgeltlich einzuliefernden Zins-Coupons aufzunehmen.

Da übrigens wir so wenig, als die Kontrolle der Staats-Papiere mit den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern solcher gekündigten Kur- und Neumärkschen Schuldverschreibungen, wegen Realisirung derselben, in Correspondenz treten können, so müssen wir denselben überlassen, diese Effecten an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Haupt-Kasse zur weiteren Beförderung an die Kontrolle der Staats-Papiere einzusenden.

Berlin, den 6. Januar 1842.

#### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 44. Die Censur der philosophischen und belletristischen Schriften ist nach dem erfolgten Tode des Stadtraths Gerloff dem bisherigen Stellvertreter desselben im Censur-Amte von Heydenreich, Lehrer an der höhern Gewerbs- und Handlungs-Schule hieselbst provisorisch übertragen worden.

Es sind demnach die von dem ic. Gerloff zeither censurten Schriften bis auf Weiteres an den ic. von Heydenreich zur Censur einzusenden, wovon das betreffende Publikum hierdurch in Kenntniß gesetzt wird.

Magdeburg, den 18. Januar 1842.

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, F. v. Hottwell.

Nr. 45. Nach unserer Amtsblatt-Verordnung vom 20. September 1825. (S. 397.) sollen alle Pässe ohne Unterschied auf dem dafür vorgeschriebenen Formulare ausgestellt werden und soll letzteres auch statt der in §. 35. sqq. der General-Pass-Instruction vom 12. Juli 1817. gedachten Legitimationskarten benutzt werden.

Dieser Vorschrift zuwider werden noch jetzt von vielen Polizeibehörden unseres Verwaltungsbezirks Legitimationsurkunden zu Reisen im Inlande und selbst im Auslande nach anderem, oft ganz willkürlich gewählten Formulare unter dem Namen

von Reiselegitimationscheinen u. ausgegeben. Um die Fortbauer dieses Mißbrauchs zu verhüten, sehen wir uns veranlaßt, den uns untergebenen Polizeibehörden die Ausstellung von Reiselegitimationsurkunden auf anderem als dem vorgeschriebenen Paß-Formulare hiermit bei einer Ordnungsstrafe von Einem bis Fünf Thaler für jeden Contraventionsfall ausdrücklich zu untersagen und ihnen zugleich die sofortige Vernichtung aller bei ihnen etwa noch in Vorrath befindlichen vorschriftswidrigen Formulare dieser Art aufzugeben.

Regierungs-  
Ein- und Aus-  
gangspässe  
betr.

Zugleich wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß nur die in den Amtsblatt-Verordnungen vom 26. August 1835. (S. 181.), vom 11. August 1837. (S. 197.) und vom 30. November 1841. (S. 299.) aufgeführten Behörden zur Ausstellung von Ein- und Ausgangs-Pässen befugt sind und daß daher alle übrigen Polizeibehörden sich der Ausstellung anderer als der bloßen Inlandspässe gänzlich zu enthalten haben. Merseburg, den 20. Januar 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Gemeinde Kayna in der Ephorie Zeitz hat, um ein harmonisches Geläute zu erhalten, ihre 3 Kirchenglocken mit einem Kostenaufwande von 335 Thlr., welche durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden sind, umgießen lassen, welches hierdurch im Anerkennniß des löblichen kirchlichen Sinnes der genannten Gemeinde zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Nr. 46.  
Belobung.

Merseburg, den 15. Januar 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nach §. 40. des Gesetzes vom 21. April 1825. über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse und über die Realberechtigungen in den Landestheilen, welche vormals eine Zeit lang zum Königreich Westphalen gehört haben, (Gesetz-Sammlung do anno 1825. Seite 74.) ist zu allen Zurückstellungen solcher Grundstücke, auf welchen noch irgend eine bürgerliche Leistung haftet, ohne Unterschied, ob der Besitzer das volle oder nur das nützliche Eigenthum hat, die Einwilligung des Berechtigten nöthig, welcher dieselbe in jedem Falle zu versagen befugt ist.

Nr. 47.  
Publicandum  
wegen Anwen-  
dung des §. 40.  
des Gesetzes v.  
21. April 1825  
über die den  
Grundbesitz be-  
treffenden  
Rechtsverhält-  
nisse und über  
die Realberech-  
tigungen in  
den Landes-  
theilen, welche  
vormals eine  
Zeit lang zum  
Königreich  
Westphalen ge-  
hört haben.

Hiernach genügt in denjenigen Landestheilen, in welchen das allegirte Gesetz vom 21. April 1825. zur Anwendung kommt, das gewöhnliche in andern Landestheilen für Dismembrationen vorgeschriebene Verfahren nicht; es ist vielmehr die Zulässigkeit der Dismembration selbst von der Einwilligung des Berechtigten abhängig, dergestalt, daß, bevor dieselbe beigebracht worden, auch von keinem Arrangement wegen Vertheilung der Leistungen die Rede seyn kann.

Diese Beschränkungen der Zurückstellung gelten indessen nur insoweit, als sie schon vor Einführung der fremden Gesetzgebung zulässig waren.

Indem wir die Untergerichte unseres Departements in den betreffenden Landestheilen auf die genaue Befolgung dieser gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam machen, weisen wir dieselben zugleich an, sich vorkommenden Falls durch eine von den Interessenten beizubringende landrättsliche Bescheinigung zureichernde Gewißheit darüber zu

verschaffen, daß das betreffende Etablissement nicht mit einer Realabgabe belastet sey, deren Eintragung in das Hypothekenbuch nicht nothwendig gewesen ist.

Raumburg, den 10. Januar 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 48. Von der unterzeichneten Hypotheken-Deputation des hiesigen Königl. Ober-landesgerichts wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Hypothekenbuch über nachfolgende, eremte Güter, Grundstücke und Gerechtigsame, als:

Die Clarich-  
tung des Hypo-  
thekenwesens  
in dem Königl.  
Preuss. Herzog-  
thume Sachsen  
betr.

im Bitterfelder Kreise:

das Allodial-Rittergut Löberitz, vormals Schilling'schen Antheils; das Allodial-Rittergut Möbgen;

im Gartshergaer Kreise:

die zum Großherzoglich Sachsen-Weimari'schen Amte Orlisleben gehörige Schäferei zu Bretleben; das Allodial-Rittergut Schloß Helbrungen;

im Mannsfelder Kreise:

die im Bezirke der vormaligen Forstinspektion Pölsfeld liegenden Forstreviere Braunschwenne und Bräunrode;

im Merseburger Kreise:

die Dorfmark Ambsdorf ober Schönhed, bei Schkopau;

im Saal-Kreise:

das Allodial-Rittergut Kroßitz; das Allodial-Rittergut Wicksau;

im Sangerhäuser Kreise:

das Amt Kelbra;

im Schweiniger Kreise:

das Allodial-Rittergut Striesä, nebst den Pudack'schen und Bartels'schen Allodial-Hüfnergütern; das freie Allodialgut Jagsall;

im Torgauer Kreise:

die, zu dem, im Königreiche Sachsen gelegenen Rittergute Dahlen gehörigen 5 Patig-Wiesen;

im Weissenfeller Kreise:

die dieseitigen Pertinentien des Erb- und Allodial-Ritterguts Lannewitz; die dieseitigen Pertinentien des Ritterguts Oderwitz; die dieseitigen Pertinentien des Ritterguts Elstertrebnitz, obern Theils; die dieseitigen Pertinentien des Allodial-Ritterguts Greißhüh;

im Weissenfeerer Kreise:

die, in den Fluren Gebesee, Groß- und Klein-Ballhausen gelegenen, zu dem Rittergute Großen-Ehrig, Unterhof, im Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen pertinentialiter gehörigen fünfzehn Acker Wiesen; die zu dem Rittergute Großen-Ehrig, Oberhof, im Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen pertinentialiter gehörigen vier und zwanzig Acker Wiesen in den Fluren Groß- und Kleinballhausen, die Jacobs- und Wechselwiesen genannt;

im Zeitzer Kreise:

die Milkau'schen Lehn- und Zinsen; die dieseitigen Pertinentien des Mannlehn-



Rittergutes Gostewitz; die diesseitigen Pertinentien des Allodial-Rittergutes Traut-  
schen; die, zu dem Erb-Allodial- und Fideicommiss-Rittergute Pflege-Pöbnitz  
gehörigen, diesseits in Profener Flur gelegenen Wiesen;

im Ziegenröder Kreise:

daß zum Rittergute Schleitwein gehörige Vorwerk Tranroba,  
vollendet und der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte, in Gemäßheit des §. 14. des  
Hypotheken-Patents vom 16. Juni 1820., nunmehr lebiglich nach den Vorschriften  
des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenord-  
nung, zu bestimmen ist.

Raumburg, den 7. Januar 1842.

Hypotheken-Deputation des Königl. Oberlandesgerichts.

Dem Tischlermeister Ernst Ferdinand Schob in Berlin ist unterm 29. Decem-  
ber 1841. ein Patent auf eine durch Modell dargestellte neue Art eines Verschlußes  
für Fensterflügel auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, für den Umfang der  
Monarchie ertheilt worden.

Nr. 49.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem C. G. Th. Goype in Berlin ist unter dem 27. December 1841. ein  
sechs hinter einander folgende Jahre und für den Umfang des Staats gültiges Pa-  
tent auf eine für Lokomotiven und Dampfmaschinen geeignete Expansions-Vorrichtung  
in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, ertheilt worden.

Nr. 50.  
Patent-  
Ertheilung.

Von dem unterzeichneten General-Director wird Befuß des Ausschreibens  
pro II. Semester 1841. bekannt gemacht:

Nr. 51.  
Brandlosen-  
Beiträge betr.

# I. Stand der Versicherung im II. Semester 1841.

Klasse	Versicherungs- Summe im I. Semester 1841. Thlr.	Durch Nachträge entstand		Versicherungs- Summe im II. Semester 1841. Thlr.	Reducirte Bei- tragssumme pro II. Semester 1841. Thlr.
		Zugang. Thlr.	Abgang. Thlr.		
I.	1,231,280	5,320	—	1,236,600	618,300
II.	6,585,690	32,460	—	6,618,150	4,412,100
III.	15,385,656	44,544	—	15,430,200	12,858,500
IV.	10,964,540	—	6,160	10,958,380	10,958,380
Summa.	34,167,166	82,324	6,160	34,243,330	28,847,280
		76,164			

Also: 28,847,280 Thlr. reducirt Beitragssumme, davon ab:

800,765 „ Remiß auf die Kirchenbeitragssummen, mithin

28,040,515 Thlr. reine Beitragssumme pro II. Semester 1841.

## II. Brandschaden.

In der Zeit vom 1. Juli bis ulto. December 1841. sind 49 Brände zur  
Liquidation gekommen, wovon

5	durch	Blitz,
14	"	muthmaaßliche Brandstiftung,
2	"	fehlerhafte Bauart,
1	"	ermittelte Verwahrlosung,
5	"	muthmaaßliche Verwahrlosung,
1	"	Zufall und
21	"	unermittelte Ursachen

Summa wie oben

veranlaßt wurden.	Hierdurch sind beschädigt:	total	und	partiell
a)	Wohnhäuser . . . . .	42	"	41
b)	Ställe, Schuppen und Seitengebäude . . . . .	94	"	17
c)	Scheunen . . . . .	56	"	6
d)	Badhäuser . . . . .	5	"	1
e)	Graupenmühlen . . . . .	1	"	—
f)	Schneidemühlen . . . . .	1	"	—
g)	Brau-, Malz- und Brennhäuser . . . . .	1	"	—

Summa 265 beschädigte Gebäude, welche 108 Grundbesitzern gehörig waren und an Brandvergütungsgeldern einen Aufwand von 54,677 Thlr. — Sgr. 3 Pf. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben vorstehende Brandvergütungsgelder im Laufe des zweiten Halbjahres 1841. angewiesen erhalten, wie folgt:

Name der Kreise.	I. Klasse.			II. Klasse.			III. Klasse.			IV. Klasse.			Summa der erhaltenen Brand- vergütungsgelder.		
	Thlr.	sgr.	pf.	Thlr.	sgr.	pf.	Thlr.	sgr.	pf.	Thlr.	sgr.	pf.			
Bitterfeld . . . . .	—	—	—	445	20	5	132	—	—	—	—	—	577	20	5
Delfisch . . . . .	—	—	—	15	—	—	2,840	12	—	1,400	—	—	4,255	12	—
Geartsberga . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	588	20	—	588	20	—
Liebenwerda . . . . .	—	—	—	—	—	—	261	—	—	1,944	24	—	2,205	24	—
Merseburg . . . . .	—	—	—	—	—	—	65	15	7	521	—	—	586	15	7
Querfurth . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	—	9	—	—
Sangerhausen . . . . .	—	—	—	15	—	—	—	—	—	1,345	25	—	1,360	25	—
Schweinitz . . . . .	—	—	—	—	—	—	327	9	—	7,750	—	—	8,077	9	—
Torgau . . . . .	—	—	—	4,685	—	—	3,470	—	—	1,833	15	—	9,988	15	—
Weissenfels . . . . .	—	—	—	24	—	—	—	—	—	409	6	—	433	6	—
Weissensee . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,340	—	—	9,340	—	—
Wittenberg . . . . .	—	—	—	—	—	—	1,740	—	—	1,270	—	—	3,010	—	—
Zeitz . . . . .	—	—	—	2	7	6	8,436	12	5	4,794	26	10	13,233	16	9
Ziegenrück . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	—	—	30	—	—
Halle'scher Saalkr.	—	—	—	—	—	—	666	24	—	313	22	6	980	16	6

Summa . . . . . 5,186 27 11 17,939 13 — 31,550 19 4 54,677 — 3

In den übrigen Kreisen sind Brandschäden nicht vorgekommen.

### III. Aufwand für die Zeit vom 1. Juli bis ultimo December 1841. und Beiträge.

54,677 Thlr. —	Egr. 3 Pf.	Angewiesene Brandvergütungsgelder,
1,605 " —	" — "	Gehalt der Beamten der General-Direction nebst
		Hülfsarbeitern und der Kasse,
143 " 4	" — "	Büreaufwand,
1,406 " 15	" — "	Gehalte der Kreis-Directoren,
236 " 16	" 3 "	Kosten bei Taxationen,
275 " 24	" 2 "	Feuerlösch-Geräthe: Schäden: Vergütungen und
		Prämien,
545 " 7	" — "	Lantieme-Anschlag,
183 " 14	" 8 "	Gratificationen, Remuneration und niedergeschla-
		gene Reste etc.,
5,261 " 26	" 2 "	zu noch nicht angemeldeten Ausgaben event. zum
		Reservefonds.

64,334 Thlr. 17 Egr. 6 Pf. Summa.

Um diesen Aufwand zu bestreiten, ist, mit Hinzurechnung des Bestandes aus dem vorigen Semester, ein Beitrag von 5 Egr. 10 Pf. pro 100 Thlr. reiner Beitragssumme nöthig, d. i.

in der ersten Klasse 7 Silbergpfennige von 20 Thln. Versicherungssumme,

" " zweiten " 7 " 15 " "

" " dritten " 7 " 12 " "

" " vierten " 7 " 10 " "

von welchen Sätzen die Kirchen die Hälfte zu tragen haben.

Schloß Bedra, den 7. Januar 1842.

Der General-Director der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen,

H. F. v. Helldorff.

Die Hypothekentabellen von den in unsern Bekanntmachungen vom 28. December 1840., 25. Mai und 6. September 1841. (Amtsblatt Beilage zum 7. Stück, Nr. 52. Hypotheken-Sachen. 25. Stück und 39. Stück 1841.) verzeichneten geschlossenen Gütern und welschen Grundstücken sind in die betreffenden Hypothekenbücher übertragen worden und wird nunmehr der Erwerb neuer Realrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den Vorschriften des Allgem. Landrechts, so wie der Allgem. Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Preßsch, den 30. December 1841.

Königliches Gerichtsam t.

Die in der Beilage zum 37. Stück des Amtsblatts pro 1841. bekannt gemachte Hypotheken-Tabelle über das Pertinenzgrundstück des Sattlermeisters Johann Gottfried Meinhardt zu Gröb ist in das Hypothekenbuch übertragen und können in Nr. 53. Hypotheken-Sachen.

Ansehung dieses Grundstücks neue Hypothekenrechte nur nach Vorschrift des Allg. Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung erworben werden.

Jörbig, den 21. December 1841.

Königliche Gerichts-Commission.

Nr. 54.  
Hypotheken-  
Sachen.

Die alle 3 Rubriken enthaltenden Tabellen über nachverzeichnete waltzende Grundstücke sind fertig und liegen vom 29. Januar bis 29. März cr. in unserer Registratur zur Einsicht bereit, was hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieser Frist keine Einwendungen dagegen mehr angebracht werden können.  
Bitterfeld, den 11. Januar 1842.

Königliche Gerichts-Commission.

In Bitterfelder Stadtflur.

Nr. 1. Christiane Rosine verwittwete Meyer geborne Schmidt hier,  $\frac{1}{2}$  Hufe Horteilsfeld. Nr. 2. Gutsbesitzer Johann Gottlieb Pannicke in Sandersdorf, 1 Ader Wiese im Sernicker Gaim Nr. 497. des Bitterfelder Steuer-Catasters.

In Holzweißiger Flur.

Nr. 1. der Königl. Fiskus, 2 Ader 95 Ruthen Wiese am Schwedenwinkel.  
In Sandersdorfer Flur.

Nr. 1. der Gutsbesitzer Johann Gottlieb Pannicke in Sandersdorf, 1 Ader 180 Ruthen Wiese in den Herzogswiesen. 2) ein halbes Gemeindefstück, sonst zum Christoph Dittrichschen Gute gehörig. 3) die sogenannte Leichbreite, ein Stück Feld von 4 Morgen 94 Ruthen in Golpin Mark.

Personal-Chronik.

Nr. 55.

Der bisherige hiesige Regierungs-Assessor Wendemann ist zum Regierungsrath bei der Königlichen Regierung zu Stettin ernannt, und der bisher bei der Königlichen General-Commission zu Berlin beschäftigt gewesene Regierungs-Assessor zur Megebe zu dem hiesigen Regierungs-Collegio versetzt worden.

Nr. 56.

Der seit dem Jahre 1830. in Ruhestand versetzte Pfarrer an der Othmarische zu Raumburg, M. Friedrich Gottlob Stapf, ist am 23. December v. J. im 84sten Lebensjahre gestorben.

Nr. 57.

Der Kaufmann Ferdinand Stahl Schmidt zu Halle hat die Agentur der Colnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt.

Nr. 58.

Der Rittergutspachter Amtmann Christian Carl Eichel in Rigen ist zum Schiedsmann für den 14ten Merseburger Landbezirk erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 59.

Bei hiesiger Amtsblatts-Redaction ist das alphabetische Register zum Amtsblatt pro 1841. 2 $\frac{1}{2}$  Bogen stark à 5 Sgr. erschienen. Auch sind vergl. für die frühern Jahrgänge à 5 Sgr. noch zu haben und durch alle Königl. Postbehörden zu beziehen.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 5. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. Februar 1842.

- Das 1. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2227. Ministerial-Erklärung über die zwischen der Königlich Preussischen und Herzoglich Braunschweigischen Regierung getroffene Uebereinkunft zur Beförderung der Rechtspflege. Vom <sup>4. December</sup><sub>9. December</sub> 1841.
- Nr. 2228. Allerhöchste Order vom 11. December 1841., betreffend den Zahlungs-Termin der Kaufgelder im Subhastations-Verfahren in der Rhein-Province.
- Nr. 2229. Verordnung wegen näherer Bestimmung der im §. 5. der Kreis-Ordnung für das Herzogthum Pommern und Fürstenthum Nügen vom 17. August 1825. enthaltenen Vorschriften über die Vertretungen im Stande der Ritterschaft. Vom 13. December 1841.
- Nr. 2230. Allerhöchste Kabinettsorder vom 22. December 1841., betreffend die Auslegung der Deklaration vom 6. April 1839. in Ansehung der Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse über Bagatel-Objecte.
- Das 2. Stück der Gesetz-Sammlung:
- Nr. 2231. Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. December 1841., die Gültigkeit und exekutorische Kraft der von den General-Kommissionen und übrigen Aus-einandersehungs-Behörden bestätigten Rezepte.
- Nr. 2232. Allerhöchste Kabinettsorder vom 31. December 1841., den Tarif der am Rhein und an der Mosel zu erhebenden Schiffahrts-Abgaben betreffend.
- Nr. 2233. Allerhöchste Kabinettsorder vom 11. Januar 1842., wegen Abänderung der in dem Zolltarif vom 24. October 1839., zweite Abtheilung, Artikel 25. pos. X. vorgeschriebenen Zollsätze vom eingehenden Zucker.

Nr. 60.

Im Monat Juni vorigen Jahres wurde die Stadt Vibra im Edartsbergaer Kreise, durch Wassersnoth, welche nach heftigen Gewitter-Regengüssen der stark angeschwollene durch Vibra fließende Bach erzeugte, schwer heimgesucht.

Bei der Lebensrettung mehrerer, durch dieselbe verunglückten Personen, haben sich Nachbenannte:

- 1) der Polizeidienster Schmidt, 2) der Handarbeiter Hering, 3) der Handarbeiter Rötterigsch, 4) der Glasermeister Lauer, 5) der Färber Kneist, 6) der Schreiber Bornschein, 7) der Kaufmann Loth, 8) der Schuhmachergesell Roth, 9) der Handarbeiter Herzog, 10) der Maurergesell Rathje,

Nr. 61.  
Öffentliche  
Belobung.

durch seltenen Muth und ungemeine mit eigener Lebensgefahr verbundene Kräfteanstrengung besonders ausgezeichnet.

In Anerkennung dessen haben des Königs Majestät auf unsern Antrag dem Polizeibliener Schmidt und Handarbeiter Hering die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen geruht, und dem Handarbeiter Kötterich, so wie dem Glasermeister Lauer haben wir, Jedem, eine Prämie von 10 Thalern aus unserm Prämienfonds bewilligt.

Zugleich finden wir uns veranlaßt, die verdienstlichen Bestrebungen der 6 zuletzt genannten Personen, von welchen der Färber Kueitz, der Schreiber Bornschein und der Kaufmann Roth auf jede Belohnung verzichtet haben, hiermit öffentlich zu beloben.

Merseburg, den 14. Januar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 62.  
Die Loose einer  
über die Gewehr-  
sammlung des verst.  
Herzogs Heinrich  
von Württemberg veran-  
stalteten Lotterie  
die betr.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 27. v. M. der verwittweten Frau Herzogin Heinrich von Württemberg zu Mannheim zu gestatten geruht, die Loose einer über die Gewehr-sammlung ihres verstorbenen Gemahls veranstalteten Lotterie auch im Preussischen zu debittiren, wovon wir die Unterbehörden unseres Verwaltungsbezirks hierdurch zur Beachtung in Kenntniß setzen.

Merseburg, den 27. Januar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 63.  
Edictal-Extra-  
tion.

Es sind die beiden vormals Königl. Sächsischen, jetzt Königl. Preussischen veredicteten, im Leipziger Neujahrsmärkte des Jahres 1764. ausgestellt, mit lit. D. und Nr. 1573. und 5580. bezeichneten, auf jeden Inhaber gestellten und dem Häusler Johann Gottlieb Mai zu Langburkersdorf im Königreich Sachsen gehörigen Steuer-Credit-Kassenscheine, wovon jeder auf die Summe von Einhundert Thaler Conventionsgeld lautet — jedoch ohne Talons und Coupons, welche noch unverfehrt vorhanden sind, — angeblich vernichtet und dadurch verloren worden.

Dieser Verlust ist auch unter dem 14. Februar 1839. — im 9. Stücke des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 46. der Leipziger Zeitung — öffentlich bekannt gemacht, die gedachten Steuer-Credit-Kassenscheine sind aber bis jetzt nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher der Häusler Johann Gottlieb Mai auf Amortisation dieser Steuer-Credit-Kassenscheine angetragen und die etwaigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis zum 8ten Zins-Zahlungsstermine, Michaelis 1842., spätestens aber jeden Falls in dem zu diesem Behuf auf

den 21. December 1842., Vormittags 11 Uhr, vor dem Oberlandesgerichts-Referendar Löser, in unserm Geschäfts-Local ausgesetzten Termine entweder persönlich, oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten, aus der Zahl der hiesigen Oberlandesgerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit, der Justiz-Rath Müller, Reinflein und Nießsch, in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre An-

sprüche an den fragl. Steuer-Credit-Kassenscheinen nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt und mit gänzlicher Amortisation der Steuer-Credit-Kassenscheine verfahren werden wird.

Raumburg, den 27. October 1841.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht. Erster Senat.

Das Publikum, so wie sämtliche und untergeordnete Gerichte werden hierdurch davon in Kenntniß gesetzt, daß nach einer Bestimmung Sr. Majestät des Königs in der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 18. December v. J. die im §. 33. Tit. 2. der Depositat-Ordnung erwähnten vollwichtigen Karls- und Louisd'or von der Annahme unter den zum Ausleihen bestimmten Geldern bei den Depositorien gänzlich ausgeschlossen seyn sollen, und daß hiernach keine andern Goldmünzen, als preussische Friedrichsd'or bei den Depositorien, Behufs des Ausleihens, angenommen werden dürfen.

Raumburg, den 21. Jannar 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Dem Uhrmacher Karl Grawert zu Berlin ist unterm 20. Jannar 1842. ein Patent auf ein Schappement, so wie es durch Modell erläutert worden, auf Fünf Jahre, von jenem Termine an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 64.  
Verbot der Annahme fremder Goldmünzen zu den gerichtlichen Depositorien betr.

Nr. 65.  
Patent-  
Ertheilung.

I. Die nach unserer Bekanntmachung vom 4. October 1841. (Beilage zum 40. Stück des vorjährigen Amtsblattes) ausgelegte Hypothekentabelle ist in das betreffende Hypothekenbuch übertragen und von jetzt ab die im Betreff der darin bezeichneten Grundstücke zu erwerbenden Rechte lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

II. Die alle drei Rubriken enthaltenden Hypothekentabellen: a) über eine in Wegwiger Flur gelegene Wiese des Johann Friedrich Blumentritt und dessen Ehefrau Marie Christine geb. Hennig zu Wegwig als Pertinenz deren in Wegwig gelegenen Hauses; b) über eine Wiese Nr. 280 b. und 3 Stücken verglichen in Rastniger Flur, dem Johann Andreas Passch in Pritschona gehörig, sind fertig und liegen innerhalb 2 Monaten, vom Tage der Insertion dieser Bekanntmachung an gerechnet, zur Einsicht bereit. Spätere Erinnerungen dagegen können nicht berücksichtigt werden.

Schkeuditz, den 7. Jannar 1842.

Königliche Gerichts-Commission.

Nachdem das Königliche Oberlandesgericht zu Raumburg entschieden hat, daß die Jurisdiction über die zwischen der Gorbethaer und Schöpaner Flur belegenen Schöneicher Mark, nicht dem Königlichen Land- und Stadtgericht zu Merseburg, sondern uns zusteht, so haben wir die Hypothekentabellen über alle Grundstücke dieser Mark aufgestellt, und machen hierdurch bekannt, daß diese Tabellen zur Einsicht für jeden Interessenten zwei Monate lang vom Tage des Abdrucks dieser Bekanntmachung gerechnet, in unsrer hiesigen Expedition offen liegen. Später eingehende Erinnerungen können nicht berücksichtigt werden. Merseburg, den 18. Jannar 1842.

Das Patrimonial-Gericht Schkopau.

Nr. 66.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 67.  
Hypotheken-  
Sachen.

Nr. 68. Die Hypothekentabellen über die Häuser Nr. 3. und Nr. 6. des alten Katasters zu Wegwitz und über die Baustelle Nr. 2. daselbst, sind fertig und liegen in unsrer hiesigen Expedition 2 Monate lang, vom Tage des Abdrucks dieser Bekanntmachung gerechnet, für Jeden, der ein Interesse dabei hat, zur Einsicht offen. Spätere Erinnerungen können nicht berücksichtigt werden. Merseburg, den 17. Januar 1842.

Das Patrimonial-Gericht Wegwitz.

Nr. 69. Die Hypothekentabelle über ein in Oberfrankleber Flur unter Nr. 139. 200. 235. 548. 642. des Flurbuchs belegenes, dem Johann Gottfried Bartolomäus sen. zu Oberfrankleben gehöriges halbes Viertelandes Feld, ist vollendet und liegt innerhalb zweier Monate, vom achten Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur zur Einsicht bereit. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen nicht weiter zulässig.

Merseburg, den 20. December 1841.

Das Patrimonial-Gericht Oberfrankleben.

### Personal-Chronik.

Nr. 70. Der Superintendent M. Hofmann zu Elsterwerda ist am 18. Januar cr. im bald vollendeten 83ten Lebensjahre gestorben. Die verfassungsmäßigen Vorschläge zu Wiederbesetzung dieser Stelle werden nach einer Frist von 2 Monaten gemacht werden. Die einstweilige Verwaltung der Ephorie während der Vacanz ist dem Diaconus Grees daselbst übertragen worden.

Nr. 71. Unter Bezugnahme auf die früheren Bekanntmachungen der Königl. General-Commission zu Stendal vom 18. Februar und 12. November 1835., 14. Januar und 14. Juni 1836., 26. Juli 1837., 5. Februar 1838., 19. Januar 1839. und 20. Januar 1840. wird hierdurch zur Kenntniß des theilhaftigen Publicums gebracht, daß für die Kreise:

- 1) Bittersfeld: der Rittergutsbesitzer Böttcher zu Roitzsch, für den verstorbenen Ober-Amtmann, Domänen- und Rentbeamten Gainer zu Strohwalde;
- 2) Mansfelder See: der Rittergutsbesitzer Amtmann Göbcke zu Erdeborn, für den verstorbenen Rittergutsbesitzer, Ober-Amtmann Bartels zu Leutgenthal;
- 3) Querfurt: a) der Deconomie-Amtmann und Rittergutspächter Höckner zu Balgstädt, b) der Deconomie-Amtmann und Rittergutsbesitzer Leiter zu Herwünsch und c) der Deconom und Ortsrichter Pfeiffer zu Gatterstedt, für ad a. den verstorbenen Rittergutsbesitzer, Major a. D. von Seufau zu Oberfarnstädt, ad b. den ins Ausland gezogenen Deconomie-Inspector Sturm zu Gleina und ad c. den um seine Entlassung nachgesuchten Deconomie-Amtmann und Rittergutspächter Koch zu Oberfarnstädt, zu Kreisverordneten erwählt und bestätigt worden sind.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Liebenwerdaer landrätthlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Zeitzer landrätthlichen Kreis.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 6. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. Februar 1842.

In Gemäßheit der in den Nummern 23. 24. 25. und 26. der vorjährigen Gesetzsammlung publicirten Staatsverträge vom 18. und 19. October, 13. November und 11. 16. und 17. December v. J. sind vom 1. d. Mts. ab Nr. 72.

- 1) das Herzogthum Braunschweig, jedoch vorerst mit Ausnahme des Harz- und Weiserdistricts, so wie einiger im hannoverschen Gebiete belegenen Erclaven,
- 2) das Fürstenthum Lippe,
- 3) das Fürstenthum Pyrmont,
- 4) die Kurfürstlich Heßische Grafschaft Schaumburg, und
- 5) der südliche Theil des Königlich hannoverschen Amtes Fallerleben

in den Verband des Gesamt-Zollvereins aufgenommen worden und es tritt, nachdem die Einrichtung der Zollverwaltung in den gedachten Ländern und Gebietstheilen jetzt beendigt ist, der vertragsmäßige freie Verkehr mit denselben nunmehr in seinem ganzen Umfange ein.

Auch in Abicht der in Preußen einer innern Steuer unterliegenden Erzeugnisse (Branntwein, Bier, Traubenmost und Wein und Taback) findet zwischen Preußen und den oben genannten Ländern und Gebietstheilen eine völlige Freiheit des gegenseitigen Verkehrs, mit der alleinigen Ausnahme Statt, daß in Preußen von dem aus der Kurheßischen Grafschaft Schaumburg eingehenden Bier eine Uebergangs-Abgabe von 7½ Sgr. für den Preussischen Centner erhoben wird.

Gleichzeitig mit dem Anschlusse der vorerwähnten Länder und Gebietstheile an den Zollverein sind auch folgende von dem letztern bisher ausgeschlossen gewesene Preussische Gebietstheile, nämlich

- 1) die zum Regierungsbezirke Magdeburg gehörigen Ortschaften Wolfsburg, Gehlingen, Gehlingen und Roclum und
  - 2) das zum Regierungsbezirke Minden gehörige Amt Lügde
- in den Zollverein aufgenommen worden und es tritt demnach zwischen diesen und den übrigen Theilen des Preussischen Staatsgebiets ein völlig freier Verkehr ein.

Die in der Bekanntmachung vom 25. Januar 1838. näher bezeichneten, zum Regierungsbezirke Minden gehörigen Gebietstheile und Ortschaften bleiben in Gemäßheit des Staatsvertrages vom 17. December v. J. dem Hannover-Odenburgschen Steuervereine angeschlossen und sind daher für die Dauer jenes Vertrages, in Bezug

auf Zoll- und Verkehrsverhältnisse dem Auslande ferner gleich zu achten. Berlin, den 29. Januar 1842.

Der Finanz-Minister gez. Graf von Alvensleben.

Nr. 73.  
Die Klassen-  
steuerpflichtig-  
keit der Geist-  
lichen u. Schul-  
lehrer betr.

Nachstehende, in Bezug auf die Klassensteuerpflichtigkeit der Geistlichen und Schul-  
lehrer von den Königl. Höhen Ministerien der Finanzen und der Geistlichen Angele-  
genheiten erlassene Bestimmungen:

Es sind Zweifel darüber erhoben worden, ob und in welchem Maaße die ihres  
persönlichen Standes wegen von der Klassensteuer befreieten Geistlichen und Schul-  
lehrer, wenn sie außer dem Einkommen aus ihren geistlichen und Schul-Ämtern,  
sonstiges Einkommen beziehen, zu dieser Steuer heranzuziehen sind.

Wir sehen uns veranlaßt, der Königl. Regierung dieserhalb Folgendes zu  
eröffnen:

- 1) Der Bestimmung des §. 2. d. des Klassensteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820.  
analog wird die Befreiung von der Klassensteuer der ihres persönlichen Stan-  
des wegen dieser Steuer nicht unterliegenden Geistlichen und Schullehrer nur  
dann aufgehoben, wenn sie selbst oder die in ihren Haushaltungen lebenden  
Angehörigen, auf anderen als den Total-Grundstücken, Landwirtschaft oder  
aber Gewerbe betreiben.
- 2) Der Besitz von Häusern und Gärten außer den Dienst-Grundstücken, von  
Kapital- und beweglichen Vermögen, der Genuß von Renten, Geld- und  
Natural-Prästationen, von Einkommen aus anderen Ämtern, verpflichtet  
Geistliche und Schullehrer nicht zur Klassensteuer.
- 3) Der Besitz von Grundstücken (ohne Rücksicht auf deren Größe), welche von  
den Geistlichen und Schullehrern oder von den in ihren Haushaltungen leben-  
den Angehörigen nicht selbst bewirtschaftet, also z. B. durch Zeierverpachtung  
benutzt werden, hebt die Klassensteuer-Freiheit gleichfalls nicht auf.
- 4) Die Steuerpflichtigkeit tritt auch dann nicht ein, wenn die selbstbewirtschaf-  
teten Grundstücke unerheblich oder deren Benutzung von der Art ist, daß der  
Begriff einer selbstständigen Landwirtschaft darauf nicht Anwendung findet.  
Ob eine selbstständige Landwirtschaft vorhanden ist, muß in den einzelnen  
vorkommenden Fällen, wo darüber Zweifel Statt finden, nach den obwalten-  
den Verhältnissen von den Veranlagungs-Behörden beziehungsweise der Kö-  
niglichen Regierung näher geprüft und festgestellt werden.
- 5) Als Gewerbe, deren Betrieb Geistlichen und Schullehrern die Klassensteuer-  
Freiheit entzieht, sind nur diejenigen anzusehen, von welchen Gewerbesteuer zu  
entrichten ist.
- 6) Steht hiernach die Klassensteuerpflichtigkeit eines Geistlichen und Schullehrers  
fest, so bestimmt sich das Maaß der Steuer nach den allgemeinen gesetzlichen  
Veranlagungs-Grundsätzen. Unvereinbar hiermit würde es seyn, wenn bei  
der Bemessung des Klassensteuerjahres steuerpflichtiger Geistlichen und Schul-

Lehrer das Einkommen aus dem geistlichen oder Schul-Amte bei der Besteuerung unberücksichtigt bliebe. Berlin, den 30. December 1841.

(gez.) v. Mvenkleben

(gez.) Eichhorn.

bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 1. Februar 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Zur Verhütung der Verraubungen, namentlich der Salz-Transporte von Seiten der Schiffer, finden wir uns veranlaßt, die Allerhöchste Verordnung vom 5. Mai 1809. (Gesetz-Sammlung v. J. 1806. bis 1810. S. 573.) nachstehenden Inhalts:

Da die Schiffer und Schiffsknechte öfters die ihnen anvertraute Ladung veruntreuen, auch wohl, durch deren Anfeuchtung ihre Schwere zu vergrößern suchen, damit sie das alsdann sich ergebende Uebergewicht, unter dem Namen von Ueberfahm oder Sprott, verkaufen können; so verordnen Wir, wie folget:

- 1) Was der Schiffer von seiner Ladung verkauft, ist, in der Regel, als gestohlen zu betrachten.
- 2) Besonders gilt dieß von dem Falle, wenn der Schiffer, dem Getreide und ähnlichen Ladungen, durch Anfeuchtung, ein Uebergewicht zu verschaffen sucht, oder dieses durch die natürliche Feuchtigkeit bewirkt wird, und er sodann den, das bestimmte Gewicht übersteigenden Theil der Ladung, unter dem Namen von Sprott, Ueberfahm u. s. w. verkauft.
- 3) Wer den Schiffen oder den Schiffsknechten von der Ladung der Rähne oder Stromschiffe wissentlich etwas abkauft, wird, wie ein Diebeshehler, dem Diebe gleich, bestraft. (Allg. Landrecht Th. II. Tit. 20. §. 1238.)
- 4) Da, Schiffer, in der Regel, nicht für Getreide- und Holzhändler, oder Landwirthe, Kaufleute oder Krämer gehalten werden können, so ist auch der, als ein Diebeshehler anzusehen, welcher unbekannten Schiffen oder Schiffsknechten, Getreide, Heu, Holz, Kaufmannswaaren, und andere gewöhnliche Schiffsladungen, abkauft, wenn auch diese Sachen außer dem Rähne befinden.
- 5) Auch der, welcher weiß, daß der Schiffer in seiner Heimath, Holz, Garten- oder Feldfrüchte anbauet, wird doch, wegen des Ankaufes solcher Sachen von dem Schiffer, nur alsdann entschuldigt, wenn die übrigen Umstände des Kaufs, an der einen, und des Verkaufs von der andern Seite, keinen gegnübten Verdacht erregen können.

hierdurch, wiederholt, zur genauesten Beachtung, bekannt zu machen.

Merseburg, den 6. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund des kürzlich bei uns angemeldeten Ausbruchs der Menschenblattern in den Städten Zeitz, Halle und Eilenburg fordern wir die Impfsärzte unserer Departements auf, die nöthigen Einleitungen zur Beschaffung der Schutzpocken-Lymphe sofort zu treffen, und sich mit regem Eifer, namentlich in den von der Ansteckung bedrohten Gegenden, der Impfung zu unterziehen.

Nr. 74.

Den verbottenen Ankauf von Salz, Getreide, Holz und andern Schiffsladungen von Schiffen und deren Leuten, betr.

Nr. 75.

Den Ausbruch der Menschenblattern in den Städten Zeitz, Halle und Eilenburg betr.

In den Communen, in welchen sich die Blatternkrankheit zeigen sollte, werden die Magistrate und Ortsobrigkeiten die Einwohnerschaft auf die geeignete Weise mit den Anordnungen des unter dem 18. October 1835. Allerhöchst bestätigten Regulativs bekannt machen, und auf deren pünktliche Ausführung mit Sorgfalt und Strenge halten.

Die in Folge unser Amtsblatt-Verordnung vom Jahre 1836. St. 24. S. 167. in den größern Städten constituirten Sanitäts-Commissionen treten, sobald die Blattern sich zu verbreiten anfangen, in Function, nachdem sie, wo es nöthig geworden, in ihrer Zusammensetzung vervollständigt seyn werden, so wie wir denn auch zur Bildung neuer Sanitäts-Commissionen in den von der Seuche in bedeutendem Maße heimgesuchten kleinen Stadt- und Landgemeinden die Herrn Landräthe bevollmächtigen, nachdem dieselben über die Bedürfnisfrage mit den Königl. Kreis-Physici sich vernommen haben.

Sämmtliche Commun-Vorstände der Orte, in welchen die fr. Seuche ausgebrochen, werden, so lange dieselbe anhält, von 14 zu 14 Tagen den Königl. Landrathsämtern, und diese wiederum uns, mittelst genauer Zahlangabe, der an den eckten und mobilisirten Blattern Erkrankten, der Genesenen und Gestorbenen, über den jedesmaligen Stand der Krankheit und den Fortgang der medicinal-polizeilichen Beschränkungsmaßregeln berichten.

Merseburg, den 8. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 76.  
Die Anstalt-  
lung der Land-  
rathsämter b. d.

Mit Bezugnahme auf meine unterm 2. d. Mts. erlassene Bekanntmachung — Amtsblatt 1842. Seite 10. Nr. 14. — werden die Pferdezüchter hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die zur Bedeckung der Landstuten bestimmten Beschäler des Sächsischen Landgestüts auf den Königl. Gestüthöfen

Grabitz, Döhlen und Alexitz

vom 1. März d. Js. ab, bereit stehen, wohingegen die für die Stationen Döbelitz, Arien, Preßsch, Raditz, Seyda, Schweinitz, Döben, Delitzsch und Neumühl

designirten Hengste erst am genannten Tage aus dem hiesigen Markalle nach ihren Bestimmungs-Orten abgehen werden, und demnach die Bedeckung zwei Tage nach dem Eintreffen der Beschäler beginnen kann.

Hauptgestüt Grabitz, den 29. Januar 1842.

Der Königl. Landstallmeister gez. v. Thielau.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Merseburg, den 4. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Weissenfelder landrätlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Schweinitzer landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. Februar 1842.

- Das 3. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2234. Genehmigungs-Urkunde der Zusatz-Artikel XIV. und XV. zur Rheinschiffahrts-Akte vom 31. März 1831. D. d. den 8. Oktober 1841.
  - Nr. 2235. Verordnung in Betreff der bürgerlichen Rechte bescholener Personen in den mit der Städteordnung vom 19. November 1808. beliehenen Städten der Provinz Preußen. D. d. den 18. Dezember 1841.
  - Nr. 2236. Allerhöchste Kabinettsorder vom 4. Januar 1842. die Erhöhung der Salzpreise, in den Kreisen Schleusungen und Ziegenrück betreffend.
  - Nr. 2237. Allerhöchste Kabinettsorder vom 5. Januar 1842., betreffend die Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der älteren Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zinscheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822.

Nr. 77.

### P u b l i c a n d u m,

Nr. 78.

Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der älteren Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822.

In Gemäßheit der, wegen Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung sämtlicher älteren Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822., an uns ergangenen, in der Gesetzsammlung unter Nr. 2237. abgedruckten, Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 5. Januar d. J. wird das Publicum hiermit benachrichtiget, daß mit dem 31. August d. J. die Einlösung dieser Zins-Coupons und Zins-Scheine gänzlich geschlossen wird, und die alsdann nicht zur Einlösung präsentirten derartigen Papiere erloschen und gänzlich werthlos seyn werden. Zugleich werden die Inhaber solcher Papiere mit Bezugnahme auf unsere, die Einlösung von diesfälligen Zinsen-Rückständen aus der Zeit vor dem 1. Mai und vor dem 1. Juli 1818. betreffenden, durch die Amtsblätter sämtlicher Königlicher Regierungen, die Staatszeitung, und die beiden anderen hiesigen Zeitungen, so wie das Intelligenzblatt erlassenen Bekanntmachungen vom 25. Februar und 19. Juli v. J. hierdurch aufgefordert, ihre aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822. herrührenden Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine vor Ablauf der Präklusiv-Frist, mithin bis spätestens am 31. August d. J., nebst speciellen, nach den verschiedenen Gattungen sowohl für die Kurmark, als auch für die Neu-

mark abgesonderten Verzeichnissen derselben, bei der Controle der Staatspapiere hier in Berlin, Taubenstraße Nr. 30., in den Vormittagsstunden zur baaren Einlösung einzureichen. Diese Verzeichnisse müssen die Buchstaben und die laufenden Nummern der ursprünglichen Obligationen oder Interims-Scheine, hinter einander aufgeführt, enthalten, auch die Nummern der einzelnen Zins-Coupons und Zins-Scheine auführen, und den Selbstbetrag derselben einzeln ergeben. Ueber den Empfang der baaren Baluta sind der Controle der Staatspapiere besondere Quittungen über die nach den verschiedenen Verzeichnissen abgesonderten Beträge auszustellen. Schemata dazu wird die Controle der Staats-Papiere auf Verlangen verabfolgen.

Berlin, den 4. Februar 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

**Nr. 79.** Das Königl. Sächsishe Finanz-Ministerium hat unterm 22. December 1841. eine, sowohl in der Leipziger Zeitung (Stück Nr. 309. Jahrgang 1841. und Nr. 7. Jahrgang 1842.) als in dem Königl. Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Stück 26. vom Jahre 1841.) abgedruckte Bekanntmachung erlassen, wonach die Sächsischen  $\frac{1}{2}$  Thalerstücke nur noch bis zum 31. März d. J. als Conventionsgelde gelten, bis dahin aber gegen Courant mit einem Aufgelbe von 2 $\frac{1}{2}$  Procent von den hierzu beauftragten jenseitigen Special-Kassen eingewechselt, oder von diesen bis zu jenem Zeitpunkte auch auf Staatsgefälle sowohl als Währung des 20 Guldenfußes, als im Courantwerth nach dem 14 Thalerfusse mit Zugutrechnung des vorbemerkten gesetzlichen Aufgelbes, angenommen, vom 1. April d. J. ab dagegen lediglich als Schreibemünzstücke nach dem Werthe von 2 Neugroschen 5 Pfennigen couriren sollen.

In Folge eines Rescripts des hiesigen Finanz-Ministeriums vom 29. Januar d. J. machen wir die Eingeseffenen des hiesigen Regierungsbezirks auf obige Bestimmung aufmerksam, damit sie sich durch rechtzeitigen, auf die angeordnete Weise bei Königl. Sächsischen Kassen zu bewirkenden Umtausch der etwa in ihren Händen sich befindenden dergleichen Geldstücke vor Verlusten bewahren.

Zugleich bringen wir, in Folge des uns gewordenen Auftrages, zur Kenntniß der dabei theilhaftigen Kassen und Eingeseffenen unsers Bezirks, daß in allen den Fällen, in welchen auf Grund besonderer Verpflichtungen Zahlungen an Königlich Preussische Kassen oder aus letzteren in Conventionsgelde zu leisten sind, die Königl. Sächsischen  $\frac{1}{2}$  Thalerstücke nur noch bis zum 28. Februar d. J. als solches angenommen werden dürfen, indem die Frist vom 1. bis ultimo März nur zum Austausch dieser, hiesseits noch eingenommenen Münzsorten, bei den Königl. Sächsischen Kassen bestimmt ist.

Die mit der hiesigen Regierungskasse in Geschäfts-Verbindung stehenden Specialkassen des Regierungs-Bezirks werden daher aufgefordert, die bei ihnen aus vertragmäßigen Leistungen etwa eingegangenen, oder bis zum 28. Februar d. J. noch eingehenden Königl. Sächsischen  $\frac{1}{2}$  Thalerstücke, nach dem 28. Februar d. J. unverzüglich und spätestens bis zum 8. März d. J. an genannte Hauptkasse einzureichen. Merseburg, den 11. Februar 1842.

Königlich Preussische Regierung.

In mehreren Fällen ist zeither bemerkt worden, daß die Stadtverordneten in Angelegenheiten, in welchen sie sich mit ihren Beschwerden und Anträgen an den Magistrat hätten wenden sollen, sich an das Ministerium oder auch unmittelbar an Seine Majestät den König gewandt haben. Es ist daher nöthig, sie über die Grenzen ihres Ressorts aufzuklären.

Nach den beiden Städte-Ordnungen ist der Magistrat die alleinige ausführende Behörde. Beschließen daher die Stadtverordneten, irgend einen Gegenstand, welcher ihrer Wirksamkeit gesellig angehört, zum Gegenstande einer Beschwerde bei den Staatsbehörden und bei Seiner Majestät dem Könige allerhöchste selbst zu machen, so steht es ihnen nicht zu, diesen Beschluß selbst auszuführen, vielmehr müssen sie sich mit dem Antrage, sich des Interesses der Stadt anzunehmen, an den Magistrat wenden. Dieser hat sodann entweder ihrem Beschlusse, wenn er solchen wohlbe-gründet findet, Folge zu geben, oder sie motivirt zu beschreiben, aus welchen Grün-den er ihren Antrag oder ihre Beschwerde höhern Orts nicht befürworten könne.

Es versteht sich von selbst, daß eine Ausnahme von dieser Regel dann statt-findet, wenn die Stadtverordneten sich über den Magistrat selbst zu beschweren haben, in welchem Falle die Verwendung an die höhere Behörde §. 188. der Städte-Ordnung vom 19. November 1808. ausdrücklich nachgelassen ist, in Orten, wo die revibirte Städte-Ordnung gilt, aber der Natur der Sache nach eben so unbedenklich erfolgen kann.

Diese Verwendung ist daher auch dann zulässig, wenn der Magistrat einem von den Stadtverordneten im Interesse der Stadtgemeinde gemachten Antrage Folge zu geben sich weigert.

Berlin, den 10. Januar 1842.

Der Minister des Innern und der Polizei gez. v. Kochow.

Vorstehendes Rescript wird hiermit zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht mit dem Bemerken, daß wenn in einem anderen als den vorstehend ausgenommenen Fällen die Stadtverordneten sich mit Umgehung des Magistrats unmittelbar an uns wenden sollten, wir deren Vorstellung lediglich an den Magistrat abgeben würden.

Merseburg, den 31. Januar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Durch die Bekanntmachung vom 6. October 1836. (Amtsblatt Städt 47. Nr. 516.) ist in Gemäßheit des §. 11. und 18. der Paß-Instruction vom 12. Juli 1817. festgesetzt worden, daß wandernden Gewerbs-Gehülfen neue Pässe nur von der com-petenten heimatlichen Polizeibehörde ausgestellt werden, zu diesem Besufe jedoch die Polizeibehörden des jedesmaligen Aufenthaltsorts verpflichtet seyn sollen, derartige Anträge von Gewerbs-Gehülfen unter Beifügung ihres alten Passes an die vorge-dachte Behörde zur weiteren Veranlassung gelangen zu lassen.

Zur Vermeidung unverhältnißmäßiger Kosten, welche durch vorläufige Erhe-bung oder Uebersendung der Paß-Gebühren durch die Post erwachsen sind, hat das Königl. hohe Ministerium des Innern und der Polizei mittelst Circular-Rescripts vom 24. Januar c. allen Polizeibehörden, welche zur Ausstellung von Wanderpässen

Nr. 80.

Die Grenzen des Ressorts der Stadtverordneten hinsichtlich der Wahrung ihrer Beschwerden und Anträge betr.

Nr. 81.

Die Erneuerung der Wanderpässe für Gewerbsgehülfen betr.

für Gewerbs-Gehülfen überhaupt befugt sind, die Ermächtigung ertheilt, neue Wanderpässe auch für solche Handwerks-Gesellen auszufertigen, welche sich in ihrem Bezirke aufhalten, ohne demselben anzugehören, dabei jedoch ausdrücklich angeordnet, daß

- 1) vor jeder Paßertheilung an einen solchen fremden Handwerks-Gesellen, dessen heimatliche Obrigkeit sich, namentlich mit Rücksicht auf die Militairpflicht des Ertrahenten, über die Dauer und Ausdehnung des Passes zustimmend erklärt haben, und
- 2) in solchen Fällen der Paß die ausdrückliche Bemerkung enthalten muß, daß die Ausfertigung unter Zustimmung der (namentlich zu bezeichnenden) Heimathsbehörde erfolgt ist.

Indem wir diese Bestimmungen zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß sie auf ausländische Handwerks-Gesellen, denen Preussische Pässe überhaupt nicht zu ertheilen sind, keine Anwendung finden, und daß die übrigen in Beziehung auf das Wandern der Gewerbs-Gehülfen ergangenen Vorschriften eine Abänderung hierdurch nicht erleiden.

Merseburg, den 11. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 82. Im Einverständnisse mit dem Königl. Ministerio des Innern und der Polizei der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Regierung den Magistraten der Grenzstädte:

großh. Mecklenburg-Schwerinsche Pässe in den Königl. Preuss. Staaten betr.

Rostock, Ribnitz, Marlow, Sülz, Gnien, Neukalden, Malchin, Stavenhagen, Penzlin, Waren, Rabel, Malchow, Plau, Lütz, Parchim, Grabow, Neustadt und Dömitz

die Ermächtigung ertheilt, vom 1. März d. J. für Mecklenburgische Unterthanen Pässe in die Königl. Preussischen Staaten auszufertigen.

Es sind daher dieselben ebenso als gültige Reise-Legitimations-Documente anzuerkennen, als wenn dieselben in Gemäßheit des §. 3. des Paßedicts vom 22. Juni 1817. von einer Mecklenburgischen Provinzial-Regierungs-Behörde ausgestellt worden wären.

Dies wird hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 11. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 83. Verbot der Vertheilung des Pomades der Haare feil geboten wird. Die veranfaltete chemische Untersuchung dieser Salbe hat ergeben, daß dieselbe ein die Gesundheit gefährdendes Quecksilberpräparat (Salomel) in großer Menge enthält. Auf den Grund des §. 693. und 694. des Allgem. Landrechts Thl. II. Tit. 20. wird deshalb der Verkauf derselben hierdurch bei einer Geldstrafe von 20 bis 100 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe unter gleichzeitiger Confiscation des Vorraths untersagt und werden die Königl. Landräthe, Magistrate und Ortsbehörden angewiesen, überall jene Pomade, wo sie feil

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß an mehreren Orten unsers Departements eine Salbe unter dem Namen „Löwen-Pomade“ zur Beförderung des Wachstums der Haare feil geboten wird. Die veranfaltete chemische Untersuchung dieser Salbe hat ergeben, daß dieselbe ein die Gesundheit gefährdendes Quecksilberpräparat (Salomel) in großer Menge enthält. Auf den Grund des §. 693. und 694. des Allgem. Landrechts Thl. II. Tit. 20. wird deshalb der Verkauf derselben hierdurch bei einer Geldstrafe von 20 bis 100 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe unter gleichzeitiger Confiscation des Vorraths untersagt und werden die Königl. Landräthe, Magistrate und Ortsbehörden angewiesen, überall jene Pomade, wo sie feil



geboten wird, in Beschlag zu nehmen und zu vernichten, und die gesetzliche Bestrafung des Verkäufers zu veranlassen.

Merseburg, den 3. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Im Laufe des Jahres 1841. sind durch die Königl. Gendarmerie in unserem **Nr. 84.**  
Departement

744 Verbrecher,

6234 Wagabunden und Bettler,

1490 Personen wegen begangener Excesse, Desrauben und polizeilicher Vergehen, **Die im Jahre 1841. durch die Königl. Gendarmerie aufgegriffenen Verbrecher u. betr.**  
arrestirt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 3. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Diesjenigen jungen Leute, welche dies Jahr in das Königl. Schullehrer-Seminar zu Weissenfels aufgenommen zu werden wünschen, haben, mit Beachtung **Nr. 85.**  
unserer Erlasse in den Merseburger Amtsblättern, Jahrgang 1829. S. 106—109.  
und Jahrgang 1836. S. 170. folgende Papiere an den Seminar-Director Dr. Har- **Die Recepten- ten - Prüfung bei dem Schullehrer - Seminar zu Weissenfels teilt.**  
nisch bis zum 30. April postfrei einzusenden, als: 1) einen Tauffchein, 2) einen Revaccinationschein, welcher die Revaccination in den 2 letzten Jahren nachweist, 3) einen Gesundheitschein, 4) die lückenlosen Bildungs- und Sittenzeugnisse von der Confirmation an bis zur Meldungszeit, 5) eine von einem Patrimonial- oder Stadt- und Landgerichte ausgestellte Erklärung, daß die Eltern oder sonstigen Verwandte im Stande und gewillt sind, 100 Thlr. zur Ausbildung des Meldlings während seines Aufenthaltes im Seminar auf ihn zu verwenden. In allen Zeugnissen, besonders in den Taufzeugnissen ist dem Ausstellungsorthe auch die Kreisstadt beizufügen, und sind nach den Merseburger Amtsblättern Jahrgang 1839. S. 354. alle erwähnten Documente ohne Anwendung des Stempelpapieres auszufertigen.

Die, welche ihre Zeugnisse eingefandt haben, finden sich, ohne Verweil abzuwarten den 12. Mai Nachmittags 3 Uhr in dem Seminar selbst ein, werden den 13. geprüft und den 14. über ihre Aufnahme beschieden. Die Aufgenommenen treten den 28. Mai in die Anstalt selbst ein.

Magdeburg, den 27. Januar 1842.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Auf Veranlassung einer Anzeige der Königl. Regierung zu Erfurt werden **Nr. 86.**  
sämmliche Untergerichte unseres Departements hierdurch angewiesen, zur Vermeidung **Die Ertheilung der Erlaubnis in obervormundschaftlicher Genehmigung, bei Auswanderung, u. betr.**  
von Mißbräuchen, die obervormundschaftliche Genehmigung zu Auswanderungen in vorkommenden Fällen so zu fassen, daß aus dem betreffenden Atteste noch die Nothwendigkeit der Ertheilung des Auswanderungs-Consenses Seitens der Provinzial-Polizeibehörde in Gemäßheit des Gesetzes vom 15. September 1818. hervorgeht, in- dem es vollkommen dem Zwecke entspricht, wenn darin gesagt ist, daß gegen die nach

dem allegirten Gesetze der Provinzial-Regierung zustehende Ertheilung eines Auswanderungs-Consenses von Oberwurmudschafswegen nichts zu erinnern sey.  
Raumburg, den 28. Januar 1842.

**Königlich Preussisches Oberlandesgericht.**

Nr. 87. Von den, in dem Herzogthume Sachsen, namentlich in den Kreisen Zeitz, Weissenfels und Merseburg und in den Dörfern und Fluren von Bornitz, Deuben, Dobitz, Draschwitz, Eisdorf, Lützlowitz, Prosen, Seegel, Tackau, Werben, wüste Mark Zangenberg und Zitzschen belegenen Zehmisch-Gaaderes Lehen und Zinsen, ist die, sämmtliche drei Rubriken des Hypothekenbuchs in sich fassende Hypotheken-Tabelle, aufgestellt worden und kann während des Zeitraumes

vom 10. Februar bis 10. April d. J.

von den Interessenten im Hypotheken-Archive des hiesigen Königl. Oberlandesgerichts eingesehen werden.

Wir fordern die Interessenten dazu auf, mit dem Bedeuten, daß, nach Ablauf des gedachten zweimonatlichen Zeitraumes, keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 31. Januar 1842.

Hypotheken-Deputation des Königl. Preuß. Oberlandesgerichts.

**P e r s o n a l - C h r o n i k .**

Nr. 88. Der bisher bei der königlichen Regierung zu Oypeln angestellt gewesene Regierungsrath von Robe ist in gleicher Eigenschaft zu dem hiesigen Regierungs-Collegio versetzt worden.

Nr. 89. Der Pfarrer Johann Gottfried Dswald zu Spora, Exhorie Zeitz, ist den 9. Januar d. J. im 80sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist königlichen Patronats und wird in 2 Monaten wieder besetzt werden.

Nr. 90. Der ehemalige Unterofficier Moriz Kühne vom königlichen 20sten Infanterie-Regimente ist zum interimistischen Rentamtsdiener, Fruchtmeßer und Executor bei den combinirten Rentämtern Raumburg und Eckartsberga bestellt worden.

Nr. 91. Der Löpfermeister Christian Friedrich Erdmann Seyin in Zeitz ist zum Schiedsmann für den dortigen dritten Stadtbezirk erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 92. Der Erblehrer Friedrich Wilhelm Lichtenberger zu Rodrehna ist als Schiedsmann für den 5ten Torgauer Landbezirk erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 93. Es ist als Schiedsmann für die Stadt Wittenberg auf die Jahre 1844  
1) der Landchaftsmaler Friedrich Merz für das Markt- und Gadower Viertel,  
2) der Kaufmann Karl Giese für das Elster- und Zuden-Viertel und  
3) der Papierfabrikant Karl August Bernau für die Schloß- und Elster-Vorstadt, so wie für die Friedriessstadt, erwählt und verpflichtet worden.

1) Der Oberlandesgerichts-Assessor Frige in Raumburg hat den 24. December pr. den Auftrag erhalten, eine Assessorstelle bei dem Land- und Stadgericht in Alsfeld zu verwalten;

2) die Oberlandesgerichts-Referendarien Hermann Wilhelm Gronau und Wilhelm Schulze I. in Raumburg sind resp. den 10. und 8. Januar c. zu Oberlandesgerichts-Assessoren daselbst ernannt;

3) dem Oberlandesgerichts-Referendar H. R. Friedrich Pieschel I. in Raumburg ist die von ihm nachgesuchte Entlassung aus diesem seinem Justizdienst-Verhältnisse, unter Vorbehalt des Charakters eines Referendars und des Rechts zum Wiedereintritte, den 31. Januar c. bewilligt;

4) der Oberlandesgerichts-Referendar Ludwig Gottfried Romeis ist den 13. Januar c. von dem königlichen Kammergerichte in Berlin zu dem königlichen Oberlandesgericht in Raumburg versetzt;

5) die Auscultatoren Friedrich Adolph Heffe und Emil Theodor Lasewald in Raumburg sind den 30. December pr. zu Oberlandesgerichts-Referendarien ernannt;

6) der Oberlandesgerichts-Auscultator Otto Moritz Wettig in Raumburg den 10. Januar c. von dem Landgericht in Torgau zu dem Oberlandesgericht in Halberstadt entlassen;

7) dem Patrimonial-Richter von Stieglitz zu Mühlberg ist die Uebernahme der Stelle des Untersuchungs-Richters bei dem Haupt-Steuer-Amte zu Mühlberg den 18. December pr. gestattet;

8) dem Patrimonial-Landrichter Schreyer zu Belgern ist zugleich die Verwaltung des Patrimonial-Gerichts zu Schirmenitz und Dreikuttin den 4. Januar c. übertragen;

9) der 1ste Land- und Stadgerichtsbote zu Erfurt, Botenmeister Martin Moos, ist den 9. Januar c. gestorben;

10) der Hülfsbote Christian Friedrich August Treiber zu Tennstedt ist zum Gerichtsboten und Executor bei der Gerichts-Commission zu Tennstedt den 24. December pr.,

11) der Hülfsbote und invalide Unteroffizier Johann Zander zum interimistischen Verwalter einer Boten- und Executorstelle bei dem Landgericht zu Torgau den 13. December pr.,

12) die interimistischen Landgerichtsboten und invaliden Unteroffiziere Gottfried Köppe und Johann Zander sind den 8. Januar c. zu Gerichtsboten und Executoren bei dem Landgerichte zu Torgau,

13) die interimistischen Gerichtsamtboten, der ehemalige freiwillige Jäger Friedrich Adolph Kresschmar, der invalide Soldat Heinrich Gottbold Reichmann und der invalide Oberfeuerwerker Karl Weighardt sind den 8. Januar resp. 14. Januar c. zu Gerichtsboten und Executoren bei den Gerichtsämtern zu Dommitzsch, Mühlberg und resp. Gräfenhainchen bestellt.

im Monat Januar 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandener  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln	Brann- wein	Rauchfutter.								
	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Hirse		Erbsen		Linsen				Heu		Stroh						
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel								Cent.	Quar.	Cent.	Sack					
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.					
1 Merseburg	2	11	6	1	6	4	—	24	4	—	15	11	—	—	1	15	—	2	15	—	15	—	4	4	—	25	—	6	—
2 Halle	2	12	4	1	10	—	—	23	9	—	16	—	5	10	—	2	—	2	15	—	12	6	5	—	20	—	5	—	
3 Naumburg	2	4	4	1	5	2	—	21	1	—	14	—	3	8	2	1	20	—	2	—	12	6	4	—	27	6	6	7	6
4 Torgau	2	17	6	1	6	2	—	22	6	—	16	11	4	10	—	1	15	—	3	—	8	—	4	9	—	25	—	6	—
5 Wittenberg	2	28	1	1	10	1	—	27	3	—	18	7	—	—	—	—	—	—	8	9	5	—	22	6	7	—	—	—	
6 Eisleben	2	6	7	1	9	8	—	24	10	—	18	11	—	—	—	—	—	—	12	2	5	—	24	9	5	24	8	—	
7 Zeitz	2	7	8	1	7	4	—	21	3	—	13	8	—	—	—	—	—	—	10	—	5	—	29	4	5	—	—	—	
8 Querfurth	2	15	—	1	7	6	—	22	6	—	16	3	—	—	—	—	—	—	12	6	4	—	25	—	5	—	—	—	
9 Bitterfeld	2	18	1	1	8	8	—	23	5	—	16	8	—	—	1	12	6	1	20	—	12	6	5	—	25	—	5	—	

Merseburg, den 7. Februar 1842.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
8. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 26. Februar 1842.

- Das 4. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2238. Verordnung über die Befugnisse der Kreisstände im Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und dem Preussischen Markgraithum Ober-Lausitz, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingekessenen dadurch zu verpflichten. Vom 7. Januar 1842. Nr. 96.
- Nr. 2239. Ministerial-Erklärung wegen Erneuerung der mit der Herzoglich Sachsen-Coburg- und Gotha'schen Regierung unterm 27. October 1829. abgeschlossenen Durchmarsch- und Etappen-Konvention. D. d. den 10. Januar 1842.
- Nr. 2240. Verordnung wegen Aufnahme des Ortes Neustadt im Kreise Gommersbach in den Stand der Städte. Vom 15. Januar 1842.

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntniß: daß die Königliche Schäfer-Unterrichts-Anstalt zu Frankenselde in der bisherigen Art auch fernerhin fortbestehen und in der zweiten Hälfte des Monats Mai d. J. ein neuer Lehrkursus beginnen wird, zu welchem sich etwanige Competenten spätestens bis den 1. April zur Annahme bei der Administration der Stamm Schäferei in Frankenselde zu melden haben. Nr. 97.  
Magdeburg, den 7. Februar 1842. Die Königl. Schäfer-Unterrichts-Anstalt zu Frankenselde betr.

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Flottwell.

Die nachstehende Allerhöchste Cabinet-Bordre vom 15. Januar 1842. nebst dem darin in Bezug genommenen Nachtrage zum Statut der Magdeburg-Göthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft wird hiedurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach der ausdrücklichen Bestimmung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz noch die Bebingung gestellt worden, daß die Kündigung der bisherigen Prioritäts-Actien wenigstens 3 Monate vor dem Zahlungstage durch die im §. 11. bestimmten öffentlichen Blätter erfolgen muß, da dieses Punctes in dem Nachtrage nicht gedacht worden ist. Nr. 98.

Merseburg, den 16. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachdem die Magdeburg-Göthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft in der General-Versammlung vom 15. December v. J. die Vermehrung des Gesell-

Die Vermehrung des Capital der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft um 1,100,000 Thlr. betr.

schafts=Capitals um 1,100,000 Thlr. durch Ausgabe anderweiter sogenannter Prioritäts=Actien beschlossen hat, will Ich diese Vermehrung des nach der Ordre vom 28. März 1840. auf 3,000,000 Thlr. erhöhten Actien=Capitals nach Ihrem Antrage vom 7. d. Mts. hiermit genehmigen, und den von der General=Versammlung der Actionaire angenommenen, hier angeschlossenen fernerer Nachtrag zu dem unterm 13. November 1837. confirmirten Statute, mit Vorbehalt der Rechte jedes Dritten, hierdurch bestätigen.

Der gegenwärtige Erlass ist nebst dem Nachtrage durch die Amtsblätter der Regierungen zu Magdeburg und Merseburg bekannt zu machen.

Berlin, den 15. Januar 1842.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats= und Finanz=Minister Grafen von Alvensleben.

## Nachtrag zum Statut

der

Magdeburg=Edthen=Halle=Leipziger Eisenbahn=Gesellschaft.

Plan und Bedingungen zur Vermehrung des Gesellschafts=Capitals von 1,100,000 Thlr.

### §. 1.

Das Gesellschafts=Capital soll durch Ausgabe von 11,000 Stück Actien, jede zu 100 Thlr., unter den Bedingungen der nachfolgenden Paragraphen, um noch Eine Million Einmal Hundert Tausend Thaler vermehrt werden.

### §. 2.

Außerdem werden die bereits früher creirten 7000 Actien zum Betrage von Siebenmal Hundert Tausend Thaler soweit sie nicht bereits amortisirt sind, beibehalten.

### §. 3.

Diese Actien sollen aber den neu zu creirenden in jeder Beziehung gleich gestellt werden, namentlich auch in Beziehung auf Priorität und Amortification.

Zu diesem Zwecke sollen diese Actien gekündigt und zurückgezahlt werden, es sey denn, daß sie binnen einer zu bestimmenden Frist präsentirt würden, um mit folgender Abstempelung versehen zu werden.

„Diese Actie ist den durch den Beschluß vom 15. December 1841. creirten „neuen Prioritäts=Actien überall und namentlich rücksichtlich der Priorität „und Amortification völlig gleich gestellt.“

### §. 4.

Diesenigen Actien, welche nicht Behuß dieser Abstempelung präsentirt werden, sollen zurückgezahlt, und nachdem sie auf diese Weise eingelöst sind, ebenfalls abgestempelt und von Neuem ausgegeben werden.

### §. 5.

Die neuen Prioritäts=Actien werden in laufenden Nummern von Sieben Tausend Eins bis Achtzehn Tausend gegen sofortige Einzahlung ihres vollen Nennwerth=Betrages, nach dem unter A. anliegenden Schema auf farbigem Papiere aus-

gegeben und erhalten Zinscoupons nach dem beigefügten Muster B. zu je 4 und 4 Jahren.

Auf der Rückseite der Actien wird der gegenwärtige Nachtrag des Statuts abgedruckt.  
§. 6.

Diese Prioritäts-Actien werden mit 4 pro Cent jährlich verzinst und die Zinsen in halbjährigen Terminen am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres gezahlt. An den Dividenden nehmen diese Prioritäts-Actien keinen Theil. Dagegen erhalten sie für die ihnen zugesicherten Vier pro Cent Zinsen das Vorrecht vor allen ursprünglichen Actien, dergestalt, daß die Zinsen der ersteren bei der jährlichen Einnahme von der Dividende der ursprünglichen Actien in Abzug gebracht werden. Auch den Capitalien dieser neu creirten Prioritäts-Actien steht das Vorzugsrecht vor den Capitalien der ursprünglichen Actien zu. Mit den früher creirten und nach §. 3. beibehaltenen abgestempelten Prioritäts-Actien erhalten sie, so wie diese mit ihnen, gleiche Rechte und gleiche Priorität.

### §. 7.

Die sämtlichen Prioritäts-Actien unterliegen einer gemeinsamen Amortisation und es wird für diese alljährlich die Summe von Neun Tausend Thaler Courant unter Zuschlag der durch die eingelieferten Actien erparten Zinsen und etwaniger Zinseszinsen aus dem Ertrage des Eisenbahn-Unternehmens verwendet. Die Zurückzahlung der zu amortisirenden Actien erfolgt am 1. Juli jeden Jahres. Es bleibt jedoch der General-Versammlung der Eisenbahn-Gesellschaft vorbehalten, mit Genehmigung der Staats-Verwaltung den Amortisations-Fonds zu verstärken, und so die Tilgung der Prioritäts-Actien zu beschleunigen. Auch steht der Eisenbahn-Gesellschaft das Recht zu, außerhalb des Amortisations-Verfahrens unter Genehmigung der Staats-Verwaltung sämtliche Actien der gegenwärtigen Emittirung durch die öffentlichen Blätter zu kündigen und durch Zahlung des Nennwerthes einzulösen.

Ueber die Amortisation muß dem für das Eisenbahn-Unternehmen bestellten Königlichem Commissarius alljährlich ein Nachweis vorgelegt werden.

### §. 8.

Obgleich die Inhaber der Prioritäts-Actien, als solche, Mitglieder der Eisenbahn-Gesellschaft sind, so sollen sie doch in folgenden Fällen den Nennwerth dieser Actien, unter Ausschreibung aus der Gesellschaft, von derselben zurückzufordern berechtigt seyn,

- a) wenn ein Zinszahlungs-Termin länger als 3 Monate unberichtigt bleibt,
- b) wenn der Transportbetrieb auf der Eisenbahn mit Dampfwagen länger als 6 Monate ganz aufhört,
- c) wenn gegen die Eisenbahn-Gesellschaft Schulden halber Execution vollstreckt wird,
- d) wenn Umstände eintreten, die einen Gläubiger nach allgemeinen gesetzlichen Grundsätzen berechtigten würden, einen Arrestschlag gegen die Gesellschaft zu begründen,
- e) wenn die im §. 7. festgesetzte Amortisation der Prioritäts-Actien nicht inne gehalten wird.

In den Fällen zu a. bis d. bedarf es einer Kündigungsfrist nicht, sondern das Capital kann an demselben Tage, wo einer dieser Fälle eintritt, zurückgefordert werden und zwar zu a., bis zur Zahlung des betreffenden Zinscoupons; zu b. bis zur

Wiederherstellung des unterbrochenen Transport-Betriebes; zu c. bis zum Ablaufe eines Jahres nach Aufhebung der Exccution; zu d. bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem jene Umstände aufgehört haben.

In dem sub c. vorgezeichneten Falle ist jedoch eine dreimonatliche Kündigungsfrist zu beobachten, auch kann der Inhaber einer Prioritäts-Actie von diesem Kündigungsrechte nur innerhalb drei Monate von dem Tage ab Gebrauch machen, wo die Zahlung des Amortisations-Quantums hätte erfolgen sollen. Bei Geltendmachung des vorstehenden Rückforderungs-Rechts treten die Actien-Inhaber in das Verhältniß von Gläubigern gegen die Gesellschaft und ist ihnen in dieser Beziehung das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gesellschaft verpfändet.

#### §. 9.

So lange nicht die sämmtlichen Prioritäts-Actien eingelöst, oder der Einlösungsbetrag doch gerichtlich deponirt ist, darf die Gesellschaft mit Ausnahme

- a) der längs der Bahnlinie neben der Bahn belegenen, zum Betrieb nicht benutzbaren, bei der Expropriation und resp. dem Bau erworbenen kleinen Ackerstücke,
- b) der entbehrenden Theile der Bahnhöfe bei Dackau, Schönebeck, Göttern und Halle keines ihrer Grundstücke veräußern, auch eine weitere Actien-Emission so wenig, als ein Anlehn-Geschäft unternehmen, es müßte seyn, daß den Actien der jetzigen Emission für Capital und Zinsen das Vorrecht vor den fernher auszugehenden Actien oder auszustellenden Schuldscheinen reservirt und gesichert wird.

#### §. 10.

Die Nummern der nach der Bestimmung des §. 7. zu amortisirenden Actien werden jährlich durch das Loos bestimmt und wenigstens Drei Monate vor dem Zahlungstage öffentlich bekannt gemacht.

#### §. 11.

Die Verloosung geschieht durch das Gesellschafts-Directorium in Gegenwart zweier gerichtlichen Notare, in einem 14 Tage vorher zur öffentlichen Kenntniß zu bringenden Termine, zu welchem den Inhabern der gegenwärtigen Actien der Zutritt gestattet ist.

#### §. 12.

Die Auszahlung der ausgelosten Actien erfolgt an dem dazu bestimmten Tage in Magdeburg von der Gesellschafts-Kasse nach dem Nominalwerthe an die Vorzeiger der Actien gegen Auslieferung derselben. Mit diesem Tage hört die Verzinsung der ausgelosten Actien auf. Mit letzteren sind zugleich die ausgereichten, noch nicht fälligen Zinscoupons einzuliefern. Geschieht dies nicht, so wird der Betrag der fehlenden Zinscoupons von dem Capitale gefügt und zur Einlösung der Coupons verwendet.

Die im Wege der Amortisation eingelösten Actien sollen in Gegenwart zweier gerichtlichen Notare verbrannt und daß dies geschehen, durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

Die Actien aber, welche in Folge der Rückforderung oder Kündigung der Inhaber außerhalb der Amortisation eingelöst werden, kann die Gesellschaft sogleich wieder verausgaben.



§. 13.

Rückfichtlich der Actien, welche ausgelooft sind, und, der Bekanntmachung ungeachtet durch die öffentlichen Blätter, nicht binnen Sechs Monaten nach dem Zahlungs-termin zur Einlösung präsentirt werden, tritt das gerichtliche Depositions-Verfahren ein. Es sollen übrigens bei jeder neuen Amortisation sämmtliche schon früher ausgelooft und nicht abgehobene Actien zu gleicher Zeit mit bekannt gemacht werden.

§. 14.

Die vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Magdeburg, durch die Magdeburgische Zeitung, durch die Preussische Staats-Zeitung, Leipziger Zeitung und die Hamburger Börsenhallen-Liste.

§. 15.

Die Inhaber der Prioritäts-Actien sind zwar berechtigt an den General-Versammlungen Theil zu nehmen, sind aber weder stimm- noch wahlfähig.

§. 16.

Alle durch den gegenwärtigen Nachtrag nicht geänderten Bestimmungen des Gesellschafts-Statuts vom 13. November 1837. finden auch auf die gegenwärtig zu emittirenden Prioritäts-Actien Anwendung.

§. 17.

Die Bestimmungen des früheren Nachtrages zum Statute werden, so weit sie mit diesem gegenwärtigen Nachtrage nicht übereinstimmen, aufgehoben.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 22. März v. J. (Amtsblatt 1841. Stück 11. Seite 71. Nr. 127.) und die darin angezogenen denselben Gegenstand betreffenden frühern Erlasse, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die diesjährige Aufnahme neuer Schüler in der Gewerbeschule zu Raumburg auf den 1. April d. J. angesetzt ist. Wir fordern demgemäß alle diejenigen, welche ihren Söhnen oder Pflegebefohlenen zu gründlicher Vorbereitung auf künftigen Gewerbetrieb, wissenschaftlichen Unterricht in der Elementar- und höhern Mathematik, dem Zeichnen, den physikalischen, chemischen und Naturwissenschaften mit fester Verbindung auf das Praktische, ertheilt zu sehen wünschen, auf, sich dieser Anstalt zu bedienen.

Nr. 99.  
Die Aufnahme  
von Zöglingen  
in der Gewer-  
schule zu  
Raumburg  
bezt.

Das Ostern und Michael voraus zu bezahlende Schulgeld beträgt wie früher, jährlich 12 Thlr., auch ist Gelegenheit dargeboten, andern, namentlich Sprachunterricht gegen verhältnismäßig sehr billiges Honorar zu erhalten.

Die Aufzunehmenden, bei welchen nur die in den gewöhnlichen Bürgerschulen zu erlangenden Kenntnisse vorausgesetzt werden, haben sich bei Zeiten bei dem Oberlehrer Herrn Hertel zu melden, um von diesem über die weitem Bedingungen der Aufnahme nähere Auskunft zu erhalten. Auch wird noch bemerkt, daß den Zöglingen der Gewerbeschule bei Aufnahme in das königl. Gewerbe-Institut zu Berlin, bei gleichen Befähigungen, vor andern Bewerbern, stets der Vorzug eingeräumt wird.

Merseburg, den 18. Februar 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 100.

Die Uebersicht der Civil-Bevölkerungs-Tabelle vom Regierungs-Bezirk Merseburg für das Jahr 1841.

Geboren sind 13,337 männlichen und 12,537 weiblichen Geschlechts, überhaupt 25,874  
 Gestorben sind 8,981 männlichen und 8,480 weiblichen Geschlechts, überhaupt 17,461  
 mithin sind mehr geb. 4,356 männlichen und 4,057 weiblichen Geschlechts, überhaupt 8,413

Im Jahre 1840 sind 24,692 geboren und 16,923 gestorben,  
 mithin Ueberschuß 7,769

folglich ist die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren vermehrt um . . . 16,182

Todtgeboren sind:

a) in den Städten . .  
 b) auf dem Lande . .

eheliche Kinder		uneheliche Kinder		zusammen	
Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
189	137	27	19	216	156
358	273	46	36	404	309
547	410	73	55	620	465
957.		128.		1,085.	

Das Verhältniß der Todtgeborenen zu den Geborenen stellt sich in den Städten und auf dem Lande: wie 1 zu 24.

Uneheliche Kinder sind geboren:

a) in den Städten . . . . .  
 b) auf dem Lande . . . . .

Knaben	Mädchen	zusammen
470	483	953
839	773	1,612
überhaupt . . .	1,309	1,256
		2,565

unter 25,874 Geborenen, also Eins unter 10.

Zwillings-Geburten hatten Statt:

a) in den Städten . . . . . 94  
 b) auf dem Lande . . . . . 213  
 überhaupt . . 307

Drillings-Geburten: a) in den Städten . . 1  
 b) auf dem Lande . . 5  
 überhaupt . . 6

Getrauet wurden: a) in den Städten . . . . . 1,804 Paare,  
 b) auf dem Lande . . . . . 3,897 „  
 überhaupt . . 5,701 „

Unter den Getraueten befinden sich 30 Männer über 60 Jahre, wovon 5 mit Frauen unter 30 Jahren, 14 mit Frauen über 30 und unter 45 Jahren, und 11 mit Frauen über 45 Jahre, sich ehelich verbunden haben.

Gestorben sind, nämlich:

a) dem Alter nach:				
vor vollendetem 1. Jahre . . . . .				4,960
nach dem 1. und vor vollendetem 14. Jahre . . . . .				2,809
„ „ 14. „ „ „ 30. „ . . . . .				1,170
„ „ 30. „ „ „ 45. „ . . . . .				1,363
„ „ 45. „ „ „ 60. „ . . . . .				1,881
„ „ 60. „ „ „ 80. „ . . . . .				3,609
„ „ 80. „ „ „ 90. „ . . . . .				541
über 90 Jahre . . . . .				43

b) den Krankheiten und andern Todesarten nach:

1) an Altersschwäche und Entkräftung:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	354	395	749
auf dem Lande . . . . .	829	940	1,769
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>1,183</b>	<b>1,335</b>	<b>2,518</b>
2) durch Selbstmord:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	37	6	43
auf dem Lande . . . . .	44	31	75
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>81</b>	<b>37</b>	<b>118</b>
3) durch allerlei Unglücksfälle:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	60	9	69
auf dem Lande . . . . .	144	34	178
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>204</b>	<b>43</b>	<b>247</b>
4) bei der Niederkunft und im Kindbette:			
in den Städten . . . . .	54		
auf dem Lande . . . . .	162		
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>216</b>		
Hiernach ist { a) in den Städten von 165 Gebärenden } Eine gestorben.			
{ b) auf dem Lande von 103 Gebärenden }			
5) durch die Pocken:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	20	27	47
auf dem Lande . . . . .	30	27	57
<b>zusammen . . . . .</b>	<b>50</b>	<b>54</b>	<b>104</b>

davon: im Delitzscher Kreise 43, im Liebenwerdaer Kreise 14 und im Zeißer Kreise 31. In den übrigen Kreisen sind nur einzelne Fälle vorgekommen.

6) durch innere hitzige Krankheiten:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	562	551	1,113
auf dem Lande . . . . .	1,009	1,025	2,034
zusammen . . . . .	1,571	1,576	3,147
7) durch innere langwierige Krankheiten:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	1,444	1,293	2,737
auf dem Lande . . . . .	2,254	2,062	4,316
zusammen . . . . .	3,698	3,355	7,053
8) durch schnell tödtliche Krankheiten, Blut-, Sticks- und Schlagflüsse:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	440	446	886
auf dem Lande . . . . .	601	482	1,083
zusammen . . . . .	1,041	928	1,969
9) an äußern Krankheiten und Schäden:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	46	29	75
auf dem Lande . . . . .	92	108	200
zusammen . . . . .	138	137	275
10) an unbestimmten Krankheiten:	männlich	weiblich	überhaupt
in den Städten . . . . .	81	97	178
auf dem Lande . . . . .	314	237	551
zusammen . . . . .	395	334	729

Merseburg, den 21. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Personal-Chronik.

Nr. 101. Der bereits im Jahre 1839. als Neben-Agent der Feuerversicherungs-Anstalt Sun fire Office zu London beställigte Kaufmann Baurmeister zu Bitterfeld ist zum Agenten der gedachten Anstalt ernannt und als solcher zur selbstständigen Annahme von Versicherungs-Aufträgen in dem Bitterfelder Kreise mit Ausnahme der Stadt Döben und deren Umgegend autorisirt worden.

Nr. 102. Der bisherige Agent der Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft, Obersteuer-Controleur Groloß zu Herzberg, ist am 14. December 1841. mit Tode abgegangen.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 1 Bogen für den Ebersberg'schen landrätlichen Kreis und
- 2) eine à ½ Bogen für den Torgauer landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 9. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. März 1842.

### P u b l i c a n d u m,

Nr. 103.

Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der ältern Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822.

In Gemäßheit der, wegen Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung sämmtlicher ältern Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822., an uns ergangenen, in der Gesetzsammlung unter Nr. 2237. abgedruckten, Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. Januar d. J. wird das Publicum hiermit benachrichtiget, daß mit dem 31. August d. J. die Einlösung dieser Zins-Coupons und Zins-Scheine gänzlich geschlossen wird, und die alsdann nicht zur Einlösung präsentirten derartigen Papiere erloschen und gänzlich werthlos seyn werden. Zugleich werden die Inhaber solcher Papiere mit Bezugnahme auf unsere, die Einlösung von dießfälligen Zinsen-Rückständen aus der Zeit vor dem 1. Mai und vor dem 1. Juli 1818. betreffenden, durch die Amtsblätter sämmtlicher Königlich-Regierungen, die Staatszeitung, und die beiden anderen hiesigen Zeitungen, so wie das Intelligenzblatt erlassenen Bekanntmachungen vom 25. Februar und 19. Juli v. J. hierdurch aufgefordert, ihre aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822. herrührenden Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine vor Ablauf der Präklusiv-Frist, mithin bis spätestens am 31. August d. J., nebst speciellen, nach den verschiedenen Gattungen sowohl für die Kurmark, als auch für die Neumark abgeordneten Verzeichnissen derselben, bei der Controle der Staatspapiere hier in Berlin, Taubenstraße Nr. 30., in den Vormittagsstunden zur baaren Einlösung einzureichen. Diese Verzeichnisse müssen die Buchstaben und die laufenden Nummern der ursprünglichen Obligationen oder Interims-Scheine, hinter einander aufgeführt, enthalten, auch die Nummern der einzelnen Zins-Coupons und Zins-Scheine auführen, und den Geldbetrag derselben einzeln ergeben. Ueber den Empfang der baaren Valuta sind der Controle der Staatspapiere besondere Quittungen über die nach den verschiedenen Verzeichnissen abgeordneten Beträge auszustellen. Schemata dazu wird die Controle der Staats-Papiere auf Verlangen verabfolgen.

Berlin, den 4. Februar 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 104. Durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 22. December v. J. sind dem in Merseburg gestifteten Bürger-Rettungs-Institute die Rechte einer Corporation, so weit solche zum Erwerb von Grundstücken und Capitalien erforderlich sind, so wie die Sportul- und Stempel-Freiheit, letztere in dem Umfange, wie sie nach den jetzmaligen Bestimmungen der Stempelgesetze ähnlichen Wohlthätigkeits-Anstalten zukommt, verliehen worden.

Merseburg, den 19. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 105. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die sich in einem polizeiwidrigen Zustande befindende Fäbrie zu Culsau an der Saale im Kreise Dursburg bis zu ihrer Wiederherstellung außer Gebrauch gesetzt worden ist.

Merseburg, den 19. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 106. Am Schlusse des Jahres 1840. befanden sich in der nebengenannten, für den hiesigen Regierungsbezirks und für die vormaligen sächsischen Districte des Erfurter Regierungsbezirks, bestimmten Anstalt:

Die Resultate der Verwaltung der Correctionen, Landarmen u. Irren - Aufbewahrung.	74 männliche,	24 weibliche	Corrigenden, daher überhaupt . . . . .	98
	65 "	30 "	Landarme und Zöglinge, . . . . .	95
	49 "	45 "	Gemüthsfranke, . . . . .	94

in Summa 287 Personen.

Im Jahre 1841. sind hinzugekommen:

98 männliche,	27 weibliche	Corrigenden, mithin . . . . .	125
22 "	6 "	Landarme und Zöglinge, . . . . .	28
11 "	7 "	Gemüthsfranke, . . . . .	18

zusammen 171 Personen.

Dagegen sind in demselben Jahre zur Entlassung und in Abgang gekommen:

82 männliche,	35 weibliche	Corrigenden, mithin . . . . .	117
28 "	9 "	Landarme und Zöglinge, . . . . .	37
7 "	4 "	Gemüthsfranke, . . . . .	11

zusammen 165 Personen,

und daher am Schlusse des Jahres 1841. als Bestand in der Anstalt anwesend verblieben:

90 männliche,	16 weibliche	Corrigenden, mithin überhaupt . . . . .	106
59 "	27 "	Landarme und Zöglinge, . . . . .	86
		Hierunter befanden sich 13 männliche,	
		7 weibliche Zöglinge der Erziehungs-	
		Anstalt für jugendliche Verbrecher,	
53 "	48 "	Gemüthsfranke, . . . . .	101

also zusammen 293 Personen.

Die tägliche Durchschnittszahl der in der Anstalt zu unterhalten gewesenen Personen betrug:

77	männliche,	20	weibliche	Corrigenden, überhaupt.	97
64	"	28	"	Landarme und Zöglinge, . . . . .	92
50	"	44	"	Gemüthsfranke, . . . . .	94

mithin zusammen 283 Personen, wonach sich die Gesamtzahl der Hauslinge gegen das Jahr 1840. an 284 Personen, nur um einen Kopf vermindert hat.

Unter den im Jahre 1841. in die Corrections-Anstalt eingelieferten 98 männlichen und 27 weiblichen Individuen haben sich überhaupt 59 Rückfällige befunden, von denen:

25 männliche und 1 weibliche zum 2. Male, 13 männliche, 5 weibliche zum 3. Male, 8 männliche, 2 weibliche zum 4. Male, 1 männliche und 1 weibliche zum 5. Male, 2 männliche zum 6. Male, 1 männliche zum 7. Male, wieder eingeliefert worden sind.

Außer denen am Schlusse des Jahres 1841. im Bestande verbliebenen 293 Personen gehören der Anstalt noch 32 Individuen an, von denen

10 ehemalige Zöglinge der Erziehungs-Anstalt für jugendliche Verbrecher sich bei Handwerksmeistern in Lehre befinden und von der Anstalt in Kleidung und Wäsche unterhalten werden,

15 Personen aus der Anstalts-Kasse eine bestimmte Geld-Unterstützung erhalten, die im abgewichenen Jahre die Summe von überhaupt 357 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. betragen hat, und

7 Kinder auf Kosten der Anstalt in der Stadt Zeitz bei Pflegeeltern untergebracht sind.

Es hat daher die Gesamtzahl der am Schluß des Jahres 1841. zu unterhalten gewesenen Personen überhaupt 325 Personen betragen.

Von den im vorigen Jahre in Abgang gekommenen 165 Personen sind

19 gestorben,

3 heurathet,

11 an andere Behörden und Anstalten abgegeben,

129 in ihre Heimath entlassen und in Lehre, Dienste und Pflege untergebracht und endlich

3 entwichen und demnächst wieder erlangt worden.

uts.

Die als arbeitsfähig zu betrachtenden Hauslinge haben im abgelautenen Jahre baar verdient und zwar:

a)	die Corrigenden . . . . .	2223	Thlr.	23	Sgr.	5	Pf.,
b)	die Landarmen und Gemüthsfranken . . . . .	770	"	22	"	7	"

in Summa 2994 Thlr. 16 Sgr. — Pf.

Außerdem sind nach einer billigen Veranschlagung für die für die Anstalt selbst verrichteten Arbeiten zu berechnen gewesen:

a) von den Corrigenden . . . . .	604	Thlr.	11	Sgr.	10	Pf.	und
b) von den Landarmen und Iren . . . . .	1349	„	24	„	2	„	

in Summa 1954 Thlr. 6 Sgr. — Pf.

Die theils für Fremde, theils für die Anstalt erzielten Leistungen haben in Folgendem bestanden:

### A. Für Fremde.

- 1) Von durchschnittlich 24½ Häuslingen sind auf durchschnittlich 16 Stühlen überhaupt 956 Stück Kattun von verschiedener Breite hergestellt und dazu alle erforderlich gewesen Vorarbeiten mit verrichtet worden.
- 2) Von 41½ Häuslingen sind überhaupt 15710 Pfund Schaafwolle geschlagen und davon beim Kämmen 6122 Pfund Zeug größtentheils von A. A. geliefert worden.
- 3) Beim Federreißen wurden überhaupt 26 zu andern Arbeiten unfähige Personen beschäftigt und von ihnen 793½ Pfund gerissen.
- 4) Von ¼ Person sind überhaupt 16 Pfund baumwollene Abgangsfäden gerissen, gegrempeit und gesponnen, 10½ Pfund Schaafwolle zu Strumpfgarn gefertigt und 1 Unterjacke, 3 Paar Strümpfe und 11 Paar Müsschen gestrickt worden.
- 5) Von 1 Person sind 320 Zahlen Glachs und 128 Zahlen Werrig gesponnen worden.
- 6) Von 3 Personen wurden 20 Paar Lederhosen und 5 Paar Handschuhe gefertigt, und
- 7) Mit Handarbeiten nach Tagelohn wurden überhaupt 13½ Personen im Durchschnitt beschäftigt und von ihnen dadurch 689 Thlr — Sgr. 5 Pf. verdient.

### B. Für die Anstalt selbst wurden:

- 1) 528 Pfund rohe Schaafwolle gerissen, gegrempeit und gestrichen und daraus 2665 Zahlen Tuchgarn gesponnen,
- 2) 46 Pfund dergleichen Wolle und Abgänge gerissen, gegrempeit und zu Leistengarn gesponnen,
- 3) 192 Pfund Wolle zur Strumpffabrication gerissen, gegrempeit, gestrichen und zu 960 Zahlen Garn gesponnen, auch 182 Pfund Garn gewickelt und gezwirnt,
- 4) 732 Zahlen Glachs und 135 Zahlen Werrig gesponnen,
- 5) 381 Zahlen Nähzwirn gefertigt,
- 6) 105 Zahlen Ganggarn für die Schuhmacherei gesponnen,
- 7) 141 Paar Strümpfe und 190 Paar Socken gestrickt,
- 8) 14 Stück Tuch von überhaupt 304½ Ellen Inhalt und
- 9) 564 Ellen Hemdenleinwand, 157½ Ellen Futterleinwand und 97 Ellen Strohsackleinwand gewebt,
- 10) 186½ Paar Leberschuhe verschiedener Gattung und 36 Paar Holzphantoffeln neu gefertigt und 719 Paar alte Schuhe besohlt und 1136 Paar dergleichen bestickt und resp. ausgebessert,
- 11) sämtliche neue Kleidungsstücke, Leib- und Bettwäsche angefertigt und die alten Stücke durch Ausbesserung in brauchbarem Stande erhalten. Endlich sind auch
- 12) alle diejenigen Arbeiten, welche die Reinigung der Wäsche, das Reinigen und Scheuern der Lokale, das Ausweissen sämtlicher Anstaltsräume, die Bearbeitung des Gartens, die Anfertigung und der Transport der Lorziegel, die Wartung un-



ruhiger und unreinlicher Irren, und der körperlich kranken Häuslinge, die Unterhaltung und Reparatur der verschiedenen Hausutensilien erforderten, durch die Häuslinge selbst ausgeführt, auch ein Theil derselben zur Hülfleistung in der Expedition verwendet und dadurch jeder baare Aufwand in dieser Beziehung möglichst vermieden worden.

Die Kosten der Verpflegung und Bekleidung der Häuslinge haben im abgewichenen Jahre betragen, und zwar:

a) die Speisungs-Kosten

α) für die durchschnittlich unterhaltenen 97 Corrigenden überhaupt . . . . .	1875 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf.,
mithin pro Kopf jährlich . . . . .	19 " 10 " 1 "
und täglich . . . . .	— " 1 " 7 "
β) für Landarme und Gemüthsfranke, von denen 13 Personen die Kost II. Klasse und 173 Personen die Kost III. Klasse, so wie die Krankenkost erhalten haben:	
für die Kost II. Klasse überhaupt . . . . .	532 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf.,
mithin für den Kopf jährlich . . . . .	40 " 28 " 9 "
und täglich . . . . .	— " 3 " 4 "
für die Kost III. Klasse, so wie die Kranken-	
kost, überhaupt . . . . .	3974 " 14 " — "
mithin für den Kopf jährlich . . . . .	22 " 29 " 3 "
und täglich . . . . .	— " 1 " 11 "

b) die Bekleidungs-Kosten

α) für 97 Corrigenden überhaupt . . . . .	622 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf.,
mithin pro Kopf jährlich . . . . .	6 " 12 " 6 "
β) für 202 Landarme und Gemüthsfranke, mit Einschluß von 16 in Lehre und Pflege außerhalb der Anstalt befindlichen Zöglingen und Kindern, überhaupt	1427 " 11 " 7 "
und mithin pro Kopf jährlich . . . . .	7 " 2 " — "

Hierzu kommen nun noch die Administrations-Kosten, welche in dem Gehalte der Beamten und Dienstleute, Speisungskosten einiger Unterbeamten, den an mehreren außerhalb der Anstalt untergebrachte Häuslinge gezahlten Unterstützungen, den Kosten für Feuerungs-, Erleuchtungs- und Reinigungs-Material, Lagergeräthe, Arbeits- und Wirtschafts-Utensilien, Medicin- und Transportkosten, Abgaben, Baukosten, Bureau-Aufwand, Ueberverdienst der Häuslinge und extraordinairten Ausgaben bestehen und im abgewichenen Jahre die Summe von 9982 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf. erreicht haben. Hiervon fällt daher bei durchschnittlich in der Anstalt anwesend gewesenen 283 Häuslingen, auf den Kopf die Summe von 35 Thlr. 8 Sgr. 3 jährlich.

Die Zusammenstellung der Gesamtkosten für Speisung, Bekleidung und Administrations-Aufwand ergiebt für das Jahr 1841. eine Hauptsumme von

18415 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf.

und nach Abrechnung des Arbeits-Verdienstes beträgt daher der Netto-Aufwand für Unterhaltung

eines Corrigen den jährlich . . . . .	31	Thlr.	26	Sgr.	2	Pf.
und täglich . . . . .	—	"	2	"	7	"
eines P fleg lings II. Klasse jährlich . . . . .	83	"	9	"	—	"
und täglich . . . . .	—	"	6	"	10	"
eines P fleg lings III. Klasse jährlich . . . . .	53	"	1	"	9	"
und täglich . . . . .	—	"	4	"	4	"

wobei noch bemerkt wird, daß die bis mit dem Jahre 1839. bei den Jren stattgefun dene Verpflegung mit Kost I. Klasse, auch im verfloßnen Jahre nicht verabreicht worden ist, da Individuen, welche darauf Anspruch zu machen hatten, in der Anstalt nicht befindlich gewesen sind.

Merseburg, den 25. Februar 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 107.

Die Wahl fähig keits - Prü fungen der Schullehrer ic. in Weißenfels betr.

Der Bekanntmachung im Amtsblatt 1838. Stück 3. Seite 19. zu Folge be ginnen die Wahl fähig keits - Prü fungen angehörender Schullehrer und die mit denselben zeitlich gewöhnlich verbundenen Prü fungen in Weißenfels für dieses Jahr am 23. Mai.

Die außerhalb eines Seminars vorbereiteten, im Eckartsbergaer, Naumburger, Zeiger, Weißenfeler, Querfurter, Merseburger, Delitzscher und Liebenwerdaer Kreise wohnhaften Schu la ments - Be wer ber haben sich zu diesem Behufe, nachdem sie hier auf dem gewöhnlichen Wege angemeldet worden sind, am 22. Mai Nachmittags 2 Uhr bei dem Seminar - Director Herrn Dr. Harnisch in Weißenfels zu melden.

Die zur Prü fung bei uns angemeldeten Can didaten der Theologie und andern Literaten melden sich, nach erhaltenem Bescheide, in Weißenfels am 23. Mai Abends 7 Uhr.

Die zur abermaligen Prü fung beschiedenen provisori sch ange stellten Schu lehrer mögen sich am 24. Mai in Weißenfels einfinden, und sich ebenfalls Abends 7 Uhr dajelbst melden.

Im Uebrigen werden die der Bekanntmachung Amtsblatt 1838. Stück 3. angefügten Erinnerungen nochmals zur Beachtung empfohlen.

Merseburg, den 28. Februar 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 108.

Aufsuch un der kannter Depo si tal - Massen betr.

In unserm Depositorio befinden sich:

- 1) 59 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf., welche dem Schachtmeister Carl Friedrich Schiller aus Rottwih, Saganischen Kreises, als muthmaßlich veruntreute Gelder, und
- 2) 30 Thlr., welche dem Schachtmeister Carl Friedrich Thiel aus Nieder-Leschen, Spottauer Kreises, als geständiglich veruntreute Gelder, abgenommen worden.

Beiderlei Beträge sind von dem Schiller und Thiel am 9. Mai 1840. auf dem Bureau der Leipzig-Magdeburger Eisenbahn bei Leipzig für ihre Arbeiter-Mannschaften erhoben. Als Theilhaber an dem Schillerschen Gelde haben sich ermittelt:

1) Christian Gottlob Frischke aus Gröppendorf in Sachsen, 2) Gottlob Schumann, 3) Wilhelm Fichtner, 4) Friedrich Schubert, 5) Carl Risse, 6) Gottlieb Rood, 7) Gottlob Landmann, 8) Friedrich Mehlgarten, 9) Johann Finke, 10) Gottlob Nischmann, 11) Johann Röhger, 12) Carl Stod, 13) Friedrich Riemer, 14) Gottlieb Krause, 15) Carl Kriegenhart.

Als Theilnehmer an dem Thiel'schen Gelde haben sich dagegen nur ermittelt: 1) Johann Christian Hüner aus Neundorf, Bunzlauer Kreises, 2) Johann Gottfried Eberlein von dort, 3) Friedrich Wilhelm Dertel aus Papitz bei Schandzig, 4) Schneider, 5) Gottfried Weinsch aus Neundorf, Bunzlauer Kreises, 6) Gottlieb Hein zu Nieder-Schönfeld, 7) Gottfried Lorenz zu Neundorf, 8) Hohlberg, vielleicht aus Gröbischewitz bei Löwenberg, 9) Grande daselbst, 10) Helbig aus Nieder-Schönfeld, 11) Vogel aus Sachsen.

Diese Personen, und andre, die etwa Ansprüche an obige Arbeitslöhne haben, werden aufgefordert, sich deshalb bei uns schriftlich oder spätestens im Termine

den 22. April d. J., Vormittags 10 Uhr,

persönlich in unserem Geschäftslocale zu melden, und sich über ihre Ansprüche auszuweisen, widrigenfalls die Schiller'schen Gelder zur Deckung der Untersuchungs-Kosten verwendet, die Thiel'schen Gelder aber zur Justiz-Officianten-Witwen-Kasse eingezahlt werden sollen.

Grünberg in Schlesien, den 22. Februar 1842.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

Dem Gerber Julius Roscholl zu Kassbach, im Kreise Neumark, Regierungsbezirk Koblenz, ist unter dem 23. Januar 1842. ein Patent auf einen als neu und eigenthümlich erkannten Zusatz zur Lohe beim Gerben des lothgaaren Leders für den Zeitraum von fünf Jahren, von jenem Tage an gerechnet und den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Nr. 109.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Kaufmann G. W. Ulmann in Berlin ist unter dem 23. Januar 1842. ein Patent 1) auf eine mechanische Vorrichtung zum Zertheilen von Glas, Hanf und anderen faserigen Materialien, so wie 2) auf eine mechanische Vorrichtung, um Baumwollengarn mit feinen Bändchen aus obigen Materialien zu überziehen, auf fünf Jahre, von jenem Termine an gerechnet und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Nr. 110.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Schlossermeister Steinbach zu Gladbach ist unter dem 27. Januar 1842. ein Patent auf eine für neu und eigenthümlich erachtete, durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Schnupftabaks-Rappier-Maschine auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Nr. 111.  
Patent-  
Ertheilung.

# Personal-Chronik.

Nr. 112. Die durch den Tod des Kreissecretairs Sonnemann zu Zeitz zur Erledigung gekommene Kreissecretairstelle, ist dem seitherigen Civil-Supernumerar Steinbrück verliehen worden.

Nr. 113. Der Gerichts-Actuarius Jost zu Weissenfels hat die Agentur der Kölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft aufgegeben.

Nr. 114. Die Schul- und Küsterstelle in Hohenlohe, Ephorie Lützen, ist durch den Tod ihres Inhabers am 12. Januar d. J. erledigt worden. Dieselbe ist Privatpatronats.

Nr. 115. Das Diaconat zu Seyda, Königl. Patronats, ist erledigt und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 116. Der bisherige Rentamtsdiener, Executor und Fruchtmesser W. G. Frißsche zu Eckartsberga ist in gleicher Eigenschaft interimistisch bei der Rentamts- und Forst-Kasse zu Zeitz bestellt worden.

Nr. 117. Im Laufe des IV. Quartals v. Js. sind zu Magdeburg nachfolgende Candidaten des Predigt-Amtes:

1) Carl Herrmann Hilbebrandt aus Eilsdorf; 2) August Ferdinand Kläber aus Bockow; 3) Albrecht Moritz Gustav Rienäcker aus Halle; 4) Carl Wilhelm Georg Sadewasser aus Salzwehel; 5) Gustav Wilhelm Scheele aus Magdeburg; 6) Adolph Wilhelm Ferdinand Schmidt aus Berlin; 7) Christian Wilhelm Sieboldt aus Ober-Wiebersiedt; 8) Friedrich Wilhelm Sonberhoff aus Groß-Werther; 9) Friedrich Wilhelm Braun aus Groß-Dörschleben; 10) Hermann Franz Theodor Burkhart aus Groß-Korbeth; 11) Johann Christoph Cyle aus Mühlhausen; 12) Friedrich August Ferdinand Gerlach aus Niemberg; 13) Carl Gustav Wilhelm Hofmann aus Magdeburg; 14) Rudolph Julius Märker aus Burzen im Königreich Sachsen; 15) Carl Friedrich Gabriel Weise aus Woffleben; 16) Bernhard Leopold Friedrich Ludwig Wöpe aus Dessau; 17) Franz Wilhelm Göltzsche aus Eisleben; 18) Friedrich Wilhelm Haase aus Halle; 19) Hugo Kämmerer aus Hofsiedt; 20) Johann Christian Karl Knappe aus Wettin; 21) Franz Wilhelm Liebe aus Wildenau; 22) Ernst Albert Julius Mellin aus Magdeburg; 23) Carl Heinrich Müller aus Welsleben; 24) Friedrich Carl Voigt aus Eisleben,

pro ministerio geprüft und mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden.

Nr. 118. Es sind die Deconomen: 1) Christian Friedrich Eschrich zu Gorsleben; 2) Friedrich Heinrich Koch zu Halle; 3) Friedrich Karl Krebs zu Krimpe; 4) Johann Christian Wille zu Dornstedt; 5) Hufenrichter Heinrich Schnürpel zu Annaburg, zu Kreis-Boniteurs bestellt und als solche generaliter vereidigt worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Zeitzer landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
10. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. März 1842.

- Das 5. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2241. Allerhöchste Kabinettsordre vom 14. Januar 1842., die Anlage einer Eisenbahn von Magdeburg nach Halberstadt und nach Braunschweig betreffend.
- Nr. 2242. Staatsvertrag zwischen Preußen, Hannover und Braunschweig, über die Ausführung einer Eisenbahn von Magdeburg, Braunschweig, Hannover nach Minden. Vom 10. April 1841.
- Nr. 2243. Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig über die Herstellung einer Eisenbahn von Magdeburg nach Braunschweig. Vom 10. April 1841.
- Nr. 2244. Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde vom 14. Januar 1842., für die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft; so wie des Statuts der letzteren, vom 13. September 1841.
- Nr. 2245. Verordnung, betreffend die im Herzogthum Berg vor dem Jahre 1810. entstandenen Pfandschaften. Vom 16. Januar 1842.

Nr. 119.

**P u b l i c a n d u m,**

Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der ältern Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822.

Nr. 120.

In Gemäßheit der, wegen Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung sämtlicher ältern Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822., an uns ergangenen, in der Gesetzsammlung unter Nr. 2237. abgedruckten, Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 5. Januar d. J. wird das Publicum hiernit benachrichtiget, daß mit dem 31. August d. J. die Einlösung dieser Zins-Coupons und Zins-Scheine gänzlich geschlossen wird, und die alsdann nicht zur Einlösung präsentirten derartigen Papiere erloschen und gänzlich werthlos seyn werden. Zugleich werden die Inhaber solcher Papiere mit Bezugnahme auf unsere, die Einlösung von diesfälligen Zinsen-Rückständen aus der Zeit vor dem 1. Mai und vor dem 1. Juli 1818. betreffenden, durch die Amtsblätter sämtlicher Königlich-Regierungen, die Staatszeitung, und die beiden anderen hiesigen Zeitungen, so wie das Intelligenzblatt erlassenen Bekanntmachungen vom 25. Februar und 19. Juli v. J. hierdurch aufgefordert, ihre aus der Zeit vor dem 1. Januar 1822. herrührenden Kur- und Neumärkischen Zins-Coupons und Zins-Scheine vor Ablauf

der Præclustiv-Krist, mithin bis spätestens am 31. August d. J., nebst speciellen, nach den verschiedenen Gattungen sowohl für die Kurmark, als auch für die Neumark abgesonderten Verzeichnissen derselben, bei der Controle der Staatspapiere hier in Berlin, Taubenstraße Nr. 30., in den Vormittagsstunden zur baaren Einlösung einzureichen. Diese Verzeichnisse müssen die Buchstaben und die laufenden Nummern der ursprünglichen Obligationen oder Interims-Scheine, hinter einander aufgeführt, enthalten, auch die Nummern der einzelnen Zins-Coupons und Zins-Scheine auführen, und den Geldbetrag derselben einzeln ergeben. Ueber den Empfang der baaren Valuta sind der Controle der Staatspapiere besondere Quittungen über die nach den verschiedenen Verzeichnissen abgesonderten Beträge auszustellen. Schemata dazu wird die Controle der Staats-Papiere auf Verlangen verabfolgen.

Berlin, den 4. Februar 1842.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 121.  
Die verloosten  
und zur baaren  
Auszahlung  
am 1. Juli  
1842, gekün-  
digten Staats-  
Schuldscheine  
im Betrage von  
974,000 Thlr.  
betr.

Unter Hinweisung auf das bereits durch die Staatszeitung, die beiden andern Berliner Zeitungen und das dortige Intelligenzblatt zur öffentlichen Kenntniß gebrachte, nachstehend abgedruckte Publicandum der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden zu Berlin vom 15. Februar d. J., wird, in Folge einer von dieser Behörde unter demselben Tage an uns ergangenen Verfügung, ein Exemplar des Verzeichnisses der in der 18ten Verloosung für den Tilgungs-Fonds zur Ziehung gekommenen und durch erwähntes Publicandum zur baaren Auszahlung am 1. Juli 1842. gekündigten Staats-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 974,000 Talern Schufus mehrerer Verbreitung im Publico mit gegenwärtigem Stücke des Amtsblatts ausgegeben.

Diejenigen Inhaber von dergleichen verloosten Staats-Schuldscheinen, welche selbige durch die hiesige Regierungs-Haupt-Kasse realisiren lassen wollen, haben diese Papiere selbst und den dazu gehörigen letzten Coupon Scr. VIII. Nr. 8. über die Zinsen vom 1. Juli bis zum letzten December 1842., mittelst eines doppelt ausgefertigten Verzeichnisses unfehlbar bis Ende Mai d. J., an die gedachte Haupt-Kasse portofrei einzusenden, von welcher der Einsender vorläufig das Dupli cat des Verzeichnisses mit einer Interimsquittung versehen zurückerlangen wird.

Sobald dann der Baarbetrag für die nach Berlin zur Einsicht und Vergleichung gesandten Staats-Schuldscheine hieher überwiesen seyn wird, soll jeder Eigentümer des Capitals bloß unter Couvert ein bereits ausgefülltes Formular zu der von ihm über den Empfang des baaren Betrages auszustellenden Quittung zugefer tigt erhalten, welches er zugleich als Benachrichtigung, daß die Gelder erhoben wer den können, zu betrachten, dasselbe jedoch sogleich durch eigenhändige Unterschrift und Weidruckung seines Amts- oder Privatiegels zu vollziehen und nebst dem zurückerhal tenen quittirten Dupli cat-Verzeichnisse an die Regierungs-Haupt-Kasse hieselbst po rtofrei zurückzusenden hat, worauf Letztere ohne Vergütung die Zusendung des Geldbe trages bewirken wird.

Die genaue Beachtung vorstehender Bestimmungen wird um so mehr empfohlen, als sonst, nächst unnußigem Verzuge und Schreibwerk für alle dabei Theiligitte, jeden falls auch ein vermehrter Porto-Aufwand für Rechnung des Capitals-Eigentümers entstehen würde.

Dem von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatschulden gestellten, durch mehrseitig, besonders in den Städten, geäußerte Wünsche hervorgerufenen Verlangen gemäß, verordnen wir hierdurch zugleich, daß das mit gegenwärtigem Stücke des Amtsblatts auszugebende Exemplar der Verloosungsliste von der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse, von der Kreis-Steuer-Kämmerei- und anderen Communal-Kassen, namentlich zur Zeit der Couponsrealisirung, ausgehängt werde.

Auch veranlassen wir die Herren Prediger und Ortsvorstände für die gehörige Publication gegenwärtiger Bekanntmachung vorzugsweise Sorge zu tragen.

Merseburg, den 9. März 1842.

Königlich Preussische Regierung.

### P u b l i c a n d u m,

die Kündigung von 974,000 Thlr. Staatschuldscheine zur baaren Auszahlung am 1. Juli 1842. betreffend.

Bei der, unserer Bekanntmachung vom 4. d. Mts. gemäß, heute Statt gehaltenen 18. Verloosung, sind die in dem beigefügten Verzeichnisse, nach ihren Nummern, Litern und Geldbeträgen aufgeführten Staatschuldscheine gezogen worden. Diese werden daher den Besitzern hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Nominal-Betrag derselben am 1. Juli d. J. bei der Controle der Staatspapiere hier in Berlin, Taubenstraße Nr. 30. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr baar abzuheben, da von dem eben gedachten 1. Juli d. J. ab, die weitere Verzinsung dieser Staatschuldscheine aufhört, und die ferneren Zinsen nach §. V. der Verordnung vom 17. Januar 1820. (O. S. Nr. 577.) dem Tilgungs-Fonds zufallen.

Es muß demnach mit den Staatschuldscheinen auch ihr letzter Coupon Ser. VIII. Nr. 8. über die Zinsen vom 1. Juli bis zum letzten December 1842. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für diesen fehlenden Coupon der Betrag von der Capital-Valuta abgezogen werden wird, um für den spätern Präsentanten desselben reservirt zu werden.

In der über den Capitalwerth der Staatschuldscheine auszustellenden Quittung sind diese einzeln mit Nummer, Litter und Geldbetrag, so wie mit der Stückzahl des unentgeltlich eingelieferten Zinscoupons aufzunehmen.

Da übrigens weder wir, noch die Controle der Staatspapiere mit den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern, solcher am 1. Juli d. J. zur baaren Auszahlung kommenden Staatschuldscheine, wegen Realisirung derselben, in Correspondenz treten können; so muß denselben überlassen werden, diese Efficien an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Haupt-Kasse, zur weiteren Beförderung an die Controle der Staatspapiere einzusenden. Berlin, den 15. Februar 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nachstehender Tarif, welcher von des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 20. December v. J. unter Vorbehalt einer Revision von 10 zu 10 Jahren genehmigt worden ist, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Merseburg, den 23. Februar 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 122.

Den Tarif für die Fähranhalte aber die Saale bei Wernera im Saalfreise betr.

# T a r i f,

nach welchem das Fährgehd bei der Fähranstalt über die Saale zu Mucrena im Saalkreise, Regierungsbezirks Merseburg, zu erheben ist.

Es wird entrichtet für das Uebersezen:

- I. Von Personen: einschließlich dessen, was sie tragen: a) wenn die gewöhnliche Ueberfahrt abgewartet wird, für jede Person 4 Pf.; b) für die besondere unverzügliche Ueberfahrt mittelst eines Kahns, welche auf Verlangen geschehen muß, wird von den übersehenden Personen zusammen wenigstens 1 Sgr. 6 Pf. entrichtet, wenn die Abgabe nach dem Saße zu a. von den Einzelnen erhoben, nicht mehr beträgt.
- II. Von Thieren: a) für ein Pferd oder einen Maulesel, lebig, geritten oder im Geschirr, 1 Sgr. 3 Pf.; b) für ein Stück Rindvieh oder einen Esel 1 Sgr. 3 Pf.; c) für ein Kalb 8 Pf.; d) für ein Fohlen, Schaaf, Schwein, eine Ziege oder anderes kleines Vieh, welches frei geführt oder getrieben wird, 4 Pf.; e) für Federvieh, welches getrieben wird, für jede 10 Stück 3 Pf., wenn Federvieh in geringerer Zahl, als 10 Stück oder auf einem Fuhrwerke, oder in einem Tragkorbe übersezt wird, so wird dafür keine besondere Abgabe erhoben.
- III. Vom Fuhrwerke: für einen Handwagen, Handschlitten, Handkarren, beladen oder unbeladen, 4 Pf.

Personen, welche Thiere reiten, treiben oder führen (II.) oder ein Fuhrwerk begleiten (III.) zahlen, außer den Säzen zu II. oder III. noch das zu I. des Tarifs bestimmte Personengehd.

Fuhrwerk, für dessen Zugthiere der Saß II. a. oder b. des Tarifs entrichtet wird, ist frei von der Abgabe.

- IV. Von unverladenen Gegenständen wird die Abgabe erhoben, welche die Personen, das Fuhrwerk und die Thiere betreffen würde, wodurch sie zur Fährstelle gebracht sind.

## Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Die vorstehenden Säze werden bei jedem Wasserstande erhoben, so lange die Säde bei Mucrena nicht aus ihren Ufern tritt und nicht den Werkspaß überschreitet. In diesem Falle und so lange dieser höhere Wasserstand dauert, werden dieselben doppelt erhoben.
- 2) Von 10 zu 10 Jahren wird eine Revision des Tarifs vorbehalten.

## B e f r e i u n g e n.

Es wird kein Fährgehd entrichtet:

- 1) für Equipagen und Thiere, welche den Hofhaltungen des königlichen Hauses, in gleichen den königlichen Gefüuten angehören;
- 2) für Transporte, welche für unmittelbare Rechnung des Staats geschehen;
- 3) für Hülfzufuhren bei Feuersbrünsten und ähnlichen Nothständen.

Andersweitige Befreiungen, soweit dieselben gegen den Berechtigten als erworben oder bestehend nachgewiesen werden sollten, bleiben vorbehalten. Charlottenburg, den 20. December 1841.

(L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm.  
(gegegenges.) Graf von Alvensleben.



Dem Fabrikbesitzer F. A. Dörfmann zu Beckermühl bei Sorau ist unter dem 13. Februar 1842. ein Patent auf Verbesserung der Streichmaschinen zur Gewinnung von Locken ohne Ende in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, insoweit solche als neu und eigenthümlich erkannt worden, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, für den Zeitraum von sechs Jahren, von jenem Tage an gerechnet, und den Umfang der Monarchie ertheilt worden. Nr. 123.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Maschinen- und Metall-Arbeiter W. A. Steiger zu Köln ist unter dem 17. Februar 1842. ein Patent auf einen durch Modell dargestellten für neu und eigenthümlich erachteten mechanischen Lesekamm (Dessner) für die Weberei, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden. Nr. 124.  
Patent-  
Ertheilung.

Das dem George Preston zu Aachen unterm 21. März 1841. ertheilte Patent auf eine Druckmaschine mit mehreren Farben für Kattun, Papier &c. in den durch Zeichnungen und Beschreibungen nachgewiesenen Ausführungen und Zusammenfassungen ist, da die Ausführung in der bestimmten Frist nicht nachgewiesen, aufgehoben worden. Nr. 125.  
Patent-  
Aufhebung.

Die Hypotheken-Tabellen von den in unserer Bekanntmachung vom 3. Juli 1841. (Amtsblatt 30. Stück pag. 207.) bezeichneten walzenden Grundstücken auf Zahnaer Flur sind in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird nunmehr der Erwerb der Realrechte in Bezug auf diese Immobilien lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt. Nr. 126.  
Hypotheken-  
Sachen.

Zahna, den 22. Januar 1842.

Königlich Preussisches Gerichtsammt.

Die in unserer Bekanntmachung vom 3. August v. J., abgedruckt in der Beilage zum 36. Stück des Regierungs-Amtsblatts pro 1841., ausgelegten Landungs-Tabellen der Thüringer, Rosflaer, Rosperwender und Bergaer Flur, sind in das Hypothekenbuch übertragen; es ist daher von jetzt ab der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken nur nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Nr. 127.  
Hypotheken-  
Sachen.

Rosfla, den 18. Januar 1842.

Gräflich Stolberg'sches Landgericht.

### Personal-Chronik.

Der Kaufmann Karl Schilling zu Großen ist unterm 8. November 1841. als Neben-Agent der Aachen-Mänchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Aachen beschäftigt worden. Nr. 128.

Der Pfarrer Johann Karl Gottlob Jacob zu Wittgendorf, Ephorie Zeig, ist am 13. Februar d. J. im 44ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats. Nr. 129.

- Nr. 130. Der Pfarrer Wilhelm Theodor Merker zu Schkeiſſbar, Epſhorie Lützen, iſt am 26. Februar d. J. 54 Jahr alt geſtorben. Die Stelle iſt Privat-Patronats.
- Nr. 131. Die Schulſtelle in Neumarkt vor Halle iſt, wie mit Beziehung auf die Beſamtnachung im 3. Stücke des Amtsblatts bemerkt wird, ſtädtiſchen Patronats, auch iſt bereits über deren Wiederbeſetzung entſchieden.  
Die Schulſtelle in Gröllwitz, Epſhorie Merſeburg, Königl.ichen Patronats, wird demnächſt erledigt und neu beſetzt werden.
- Nr. 132. Das Pfarramt zu Muſſchau, Epſhorie Weiſenfels, wird jezt erledigt. Es iſt daſſelbe Privat-Patronats.
- Nr. 133. 1) Der Land- und Stadtgerichts-Aſſeſſor und Gerichts-Commiſſarius Auguſt Knorr zu Lützen iſt mittelſt Allerhöchſt vollzogener Beſtallung vom 15. Januar c. zum Land- und Stadtgerichts-Rath ernannt;  
2) der biſherige Land- und Stadtgerichts-Aſſeſſor in Halle, Eduard Ehrhardt iſt den 24. Januar c. als Actuar mit Richter-Qualität bei der Gerichts-Commiſſion zu Lützen angeſtellt;  
3) dem Oberlandesgerichts-Aſſeſſor Chriſtoph Auguſt Adolph Ziberg in Raumburg iſt eine Hilfsſchreiberſtelle bei dem Land- und Stadtgerichte zu Gräz im Departement des Oberlandesgerichts zu Poſen den 14. Januar c. übertragen;  
4) der Oberlandesgerichts-Aſſeſſor Friedrich Carl Bertram iſt mittelſt der am 14. Januar c. Allerhöchſt beſtätigten Beſtallung vom 2. April pr. zum Kanzlei-Rath bei der Gräfl. Juſtiz-Kanzlei und dem Conſiſtorium in Stolberg,  
5) der Oberlandesgerichts-Reſerendar Bobo Richard Freiherr v. Roſow u. Hamn iſt den 5. Februar c. zum Oberlandesgerichts-Aſſeſſor in Raumburg,  
6) der biſherige Oberlandesgerichts-Reſerendar Carl Adolph Ludwig du Bois iſt den 17. Januar c. zum Land- und Stadtgerichts-Secretair in Suhl ernannt;  
7) der Oberlandesgerichts-Reſerendar Friedrich Wilhelm Herrmann Müller in Raumburg iſt den 11. Februar c. an das Königl. Kammergericht in Berlin verſetzt;  
8) die Oberlandesgerichts-Auſcultatoren Friedrich Wilhelm Löbniß und Franz Ludwig Bernhardt v. Könnernitz in Raumburg ſind den 4. Februar c. zu Reſerendarien ernannt;  
9) der Oberlandesgerichts-Auſcultator Johann Gottfried Baumgarten in Raumburg iſt den 12. Februar c. an das Königl. Oberlandesgericht zu Magdeburg entlaſſen;  
10) das Patrimonialgericht Langendorf, Leuticher Antheils, iſt mit dem Patrimonialgericht Falkenhain vereinigt und die Verwaltung dieſes vereinigten Gerichts dem Patrimonialrichter Friedrich Auguſt Conſtantin in Zeitz den 14. Januar c. mit übertragen;  
11) die Verwaltung des Patrimonialgerichts zu Kloſter-Gälbenſtern mit Wendiß Vorſchütz iſt den 4. Februar c. dem Patrimonialrichter v. Stieglitz mit übertragen;  
12) der Land- und Stadtgerichts-Secretair Bolze zu Sangerhauſen iſt den 31. Januar c.,

13) der Gerichtsamtshote Schöl zu Jessen ist den 1. Januar c. verstorben;  
14a) der bisherige Botengehülfe, invalide Unterofficier Friedrich König ist zum Gerichtsboten und Gefangenwärter bei dem Land- und Stadtgerichte zu Querfurt den 11. December pr. und

14b) der invalide Gefreite Ludwig Schulz den 16. Februar c. an der Stelle des, seines Amtes entsetzten, Zimmermann zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamt zu Kemberg,

15) der vormalige freiwillige Jäger Friedrich Wiebecke ist den 17. December pr. zum Gerichtsboten und Executor bei dem Land- und Stadtgerichte in Halle,

16) der Botengehülfe, invalide Unterofficier Johann Georg Gottlieb Marpert ist, nach dem Tode des u. Dietrich, zum Land- und Stadtgerichtsboten und Executor in Halle den 8. Februar c. und

17) der Criminalbote Heinrich Fette zu Liebenwerda ist zum Gefangen-Aufscher bei dem Inquisitoriate daselbst an des pensionirten Scharisch Stelle den 8. Februar c. bestellt.

Bei dem, nach Ablaufe der II. Wahlperiode der Schiedsmänner in dem I. bis Nr. 134. mit IX. und in dem XI. Landbezirke des Querfurter Kreises statt gefundenen anderweiten Wahlen ist:

für den I. Bezirk: der Oekonom Paul Reuter zu Großosterhausen;

für den II. Bezirk: der Ziegeleibesitzer Friedrich August Schreibe zu Lobersleben;

für den III. Bezirk: der Rittergutsbesitzer Bernhard Striene zu Obhausen-Nicolai;

für den IV. Bezirk: der vormalige Bürgermeister Karl Gottlob Fischer zu Wippenburg;

für den V. Bezirk: der Ortsherber und Kirchenrentant Friedrich Heinge zu Rosleben;

für den VI. Bezirk: der Polizeirichter Schöneburg zu Tröbsdorf;

für den VIII. Bezirk: der Rentant Karl Gottlob Kampf zu St. Ulrich;

für den IX. Bezirk: der Kreis-Feuer-Societäts-Director Dr. Wilde zu Gelfersdöhlitz und für

den XI. Bezirk: der Polizeirichter Ferber zu Balgstedt,  
zu Schiedsmännern pro 1844. neu gewählt;

für den VII. Bezirk aber: der Rittergutsbesitzer von Hellsdorf auf Oleina,  
wieder gewählt worden.

Nr. 135.

Der Rittergutsdpachter Amtmann Friedrich Dieck jun. zu Jöschten ist zum Schiedsmanne des 7ten Merseburger Landbezirks erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 136.

Der Stadtverordnete Leberecht Henningsen in Gonnern ist zum Schiedsmann für dassige Stadt erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 2 Bogen stark, für den Saengerhäuser landrätthlichen Kreis.

Nr. 137.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monat Februar 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartoffeln		Branntwein		Rauchfutter.									
	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Hirse		Erbsen		Linsen						Heu		Stroh							
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel						Schf.		Quart		à Cent.		à Scho							
	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.		
1	Merseburg	2	11	5	1	6	7	—	25	7	—	15	6	—	—	—	—	1	15	—	2	15	—	15	—	4	4	—	25	—	6	—
2	Halle	2	8	4	1	9	9	—	23	9	—	15	4	5	—	2	—	2	15	—	12	6	4	8	—	20	—	5	—	—	—	
3	Naumburg	2	5	3	1	4	2	—	20	3	—	14	4	3	12	—	120	—	2	—	12	6	4	—	26	3	5	27	6	—	—	
4	Torgau	2	27	6	1	6	2	—	22	6	—	16	10	4	10	—	1	15	—	3	—	10	—	4	9	—	25	—	6	—	—	
5	Wittenberg	2	26	7	1	9	8	—	25	10	—	18	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	2	5	—	22	6	7	—	—	
6	Eisleben	2	7	6	1	9	6	—	23	11	—	17	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	6	5	—	24	6	5	26	—	
7	Zeitz	2	8	7	1	6	8	—	21	5	—	13	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	3	5	—	1	—	5	—	—	
8	Querfurth	2	7	6	1	7	6	—	22	6	—	16	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	6	4	—	25	—	5	—	—	
9	Bitterfeld	2	15	9	1	7	8	—	23	—	—	16	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	5	—	22	6	5	—	—	

Merseburg, den 5. März 1842.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

11. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 26. März 1842.

Das 6. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 138.

- Nr. 2246. Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. Januar 1842., die Aufhebung des unbedingten Verbots des Besuchs der Universitäten Zürich und Bern betreffend.
- Nr. 2247. Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde vom 18. Februar 1842. nebst dem dazu gehörigen zweiten Nachtrag zu dem Statute der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft in Betreff der Veräußerung von 500,000 Rthlr. Prioritäts-Aktien.

Das 7. Stück der Gesetz-Sammlung:

- Nr. 2248. Nachtrag zu dem Statute der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft nebst Genehmigungs-Urkunde vom 26. Februar 1842.
- Nr. 2249. Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Februar 1842., wegen Ernennung des Geheimen Ober-Revisionsraths Dr. von Savigny zum Staats- und Justizminister.

Im Interesse der Absender und Empfänger von Etsafetten, ist die Anordnung getroffen worden, daß, insofern der Absender nicht ausdrücklich das Gegentheil verlangt hat, die Etsafetten-Depechen in dem Falle auf den Eisenbahnen befördert werden sollen, wenn dadurch eine Beschleunigung zu erreichen ist.

Nr. 139.  
Die Beförderung von Etsafetten auf den Eisenbahnen betr.

Das Publikum wird hieron mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß für verglichen Etsafetten-Sendungen, außer der reglementsmäßigen Expeditions-Gebühr und dem Bestellgelde, nur das taritmäßige Porto für reccommandirte Briefe, nach Maßgabe des Gewichts und mit Berücksichtigung des declarirten Inhalts, für die Strecke, auf welcher die Eisenbahn benutzt wird, zu entrichten ist.

Uebrigens behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

Berlin, den 28. Februar 1842.

G e n e r a l - P o s t - A m t .

In dem Bureau des Königlichen Hohen Ministeriums des Innern und der Polizei wird binnen Kurzem ein Werk unter dem Titel:

Nr. 140.  
Ankündigung des Werks: „Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preussens“ betr.

„Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preussens, eine Zusammenstellung und Erläuterung der seit dem 9. October 1807. ergangenen Gesetze über den Grundbesitz, in besonderer Beziehung auf die Beförderung der Bodenkultur, auf die Regulirung gutsherrlich-bäuerlicher Verhältnisse,

„auf Ablösung von Reallasten und auf Gemeinheits-Theilung, im Höhern Auftrage, mit Benutzung amtlicher Quellen, entworfen und herausgegeben vom Geheimen Regierungs-Rath Dönniges“  
erscheinen, und zwar in 6 zwanglosen Heften, von je etwa 20 Bogen.

Das erste Heft, die persönlichen Verhältnisse der Einwohner des Staats und den freien Gebrauch des Grundeigenthums betreffend, liegt zur Ausgabe bereit. Das zweite bereits im Druck befindliche Heft, die Gesetze über die Regulirung gutherrlich-bäuerlicher Verhältnisse enthaltend, wird dem ersten unmittelbar, die übrigen einzelnen Hefte werden in mäßigen Zwischenräumen folgen.

Subscription auf das ganze Werk wird in den landrätthlichen Büreaus unseres Verwaltungsbezirks, bei sämmtlichen Special-Commissarien der Königl. General-Commission zu Stendal, bei dem Magistrat zu Halle und in unserm Geschäfts-Local, von dem Registrations-Secretair Sande, angenommen.

Der Subscriptionspreis für das ganze Werk (ohne Register) ist auf Drei Thaler festgesetzt, welcher bei Ablieferung jedes erscheinenden Hefts mit 15 Sgr. zu erlegen ist. Merseburg, den 14. März 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 141.

Befolgung.

Während des Jahres 1841. sind durch die Schiedsmänner unseres Departements von den bei ihnen aus dem vorigen Jahre unerledigt gebliebenen 273 und neu angebrachten 7736, mithin zusammen 8009 Sachen, 6315 durch Vergleich, 547 durch Entsagung und 1002 durch Ueberweisung an den Richter, also überhaupt 7864 abgemacht, und es sind nur 145 unbeeidigt geblieben.

Hierbei haben sich unter den Schiedsmännern des Regierungsbezirks Merseburg: 1) der Wundarzt Vernickel zu Riesa, 2) der Schulze Einide zu Wettin, 3) der Premier-Lieutenant Dammann zu Hettstädt, 4) der Hauptmann Rischke zu Eisleben, 5) der Kaufmann Meise zu Gerbstedt, 6) der Post-Expeditur Apel zu Eisleben, 7) der Polizei-Commissar Hecker zu Tilleda, 8) der Wötkermeister Hehne zu Halle, 9) der Möbeler Flöthe Baselitz, 10) der pensionirte Bürgermeister, Hauptmann Meyer in Lößjün, 11) der Leinwandhändler Richter in Naumburg, 12) der Bürgermeister, Rittmeister Kirchheim in Tilleda, 13) der Patrimonialgerichts-Actuar Gottlöber Baselitz, 14) der Bürgermeister Prater zu Vibra, 15) der Schulze Probst zu Eisleben, 16) der Magistrats-Assessor Kopp zu Hohenmölsen, 17) der Stadtverordnete und Auktions-Commissar Rapp in Zeitz, 18) der Bürgermeister Wagner in Düben, 19) der pensionirte Gerichts-Actuar Claus zu Zörbig, 20) der Polizeirichter Zeising zu Roitzsch, 21) der Kaufmann Noll zu Eilenburg und 22) der Schießhausbesitzer Wendt zu Herzberg, durch Thätigkeit und die Anzahl der vermittelten Vergleiche besonders ausgezeichnet, welches hierdurch belobend anerkannt wird.

Naumburg, den 1. März 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Auf Grund der, von den Gewerken der Braunkohlengrube Anna bei Döblau Nr. 142. (Vergamts-Bezirk Witten) unter dem 1. Februar a. c. abgegebenen Erklärung, sich Die Freiwerlung des Eigenthums dieser Zeche begeben zu wollen, ist die Grube mittelst Verfügung Bergfreie Grube bei Döblau betr. von demselben dato für frei erklärt, und demnach in das laubesherrliche Bergfreie zurückgefallen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Halle, den 16. März 1842.

Königl. Preuß. Nieder-sächsisch-Thüring'sches Ober-Berg-Amt.

## V e r z e i c h n i s s

Nr. 143.

der Vorlesungen an der Königl. medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu Magdeburg im Sommer-Semester 1842.

Herr Regierungs-Medicinal-Rath Dr. André wird Montags und Donnerstags von 10—11 Uhr und Sonnabends von 3—5 Uhr die allgemeine Pathologie und Semiotik, Dienstags von 4—6 und Freitags von 4—5 Uhr die gerichtliche Medicin vortragen, außerdem practischen Unterricht in der Augenheilkunde erteilen.

Herr Dr. Bocke wird Mittwochs und Freitags von 7—8 Uhr die pathologische Anatomie und Dienstags von 9—10 Uhr und Sonnabends von 8—9 Uhr die Oekologie repetiren.

Herr Medicinal-Rath Dr. Dohhoff wird Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3—4 Uhr den zweiten Theil der speciellen Chirurgie vortragen, und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 12—1 Uhr klinisch-chirurgischen Unterricht erteilen.

Herr Regiments-Arzt Dr. Elsholz wird Montags und Sonnabends von 5—7 Uhr Anleitung im chirurgischen Verbands geben, Freitags von 5—7 Uhr die Lehre von den Knochenbrüchen und Verrenkungen vortragen und außerdem die Uebungen in der Verrichtung chirurgischer Operationen am Cadavre leiten.

Herr Dr. Faber wird Montags, Dienstags und Donnerstags von 7—8 Uhr über allgemeine Pathologie und Mittwochs und Freitags von 7—8 Uhr über Naturwissenschaften Repetitionen halten.

Herr Medicinal-Rath Dr. Frize wird Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags früh von 6—7 Uhr über Materia medica und das Formulare Vorlesungen halten, und Sonnabends von 6—7 Uhr die wichtigsten Lehren der Diätetik vortragen.

Herr Prediger Dr. Jentsch wird Dienstags und Mittwochs von 11—12 Uhr und Donnerstags von 3—4 Uhr die Uebungen in der lateinischen Sprache und in der Anfertigung deutscher Aufsätze leiten.

Herr Dr. Kersten wird Montags, Dienstags und Donnerstags von 4—5 Uhr den zweiten Theil der speciellen Therapie und Freitags von 4—5 Uhr die Lehre von den Kinderkrankheiten vortragen, und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 11—12 Uhr die medicinisch-klinischen Uebungen leiten.

Herr Dr. Kessler wird Mittwochs und Donnerstags von 5—6 Uhr die Materia medica, Montags und Donnerstags früh von 7—8 Uhr die specielle Therapie und Dienstags und Freitags von 3—4 Uhr die gerichtliche Medicin repetiren.

Herr Medicinal-Rath Michaelis wird Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8 — 9 Uhr in dem Vortrage über Encyclopädie der Naturwissenschaften fortfahren.

Herr Medicinal-Assessor Dr. Schülke wird Montags und Donnerstags von 8 — 9 Uhr die pathologische Anatomie und an denselben Tagen von 4 — 5 Uhr die Osteologie vortragen.

Herr Medicinal-Assessor Barges wird Montags, Mittwochs und Freitags früh von 6 — 7 Uhr die Chirurgie, Sonnabends von 6 — 8 Uhr die Bandagenlehre, an demselben Tage von 8 — 9 Uhr die Lehre von Knochenbrüchen und Verrenkungen und Dienstags und Donnerstags von 6 — 7 Uhr die Geburtshülfe repetiren.

Herr Kreis-Physicus Dr. Voigtel wird Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 7 — 8 Uhr die Geburtshülfe theoretisch und practisch lehren.

Außerordentliche Zöglinge, d. h. solche, welche ihre anderweit bereits erlangten medicinisch-chirurgischen Kenntnisse durch den Besuch einzelner Vorlesungen zu vervollständigen wünschen, haben sich, mit dem Zeugniß über ihr letztes Lebensverhältniß versehen, bis zum 8. April dieses Jahres bei dem Regierungs-Medicinal-Rath Dr. Andrea zu melden.

Die Aufnahme ordentlicher Zöglinge ist erst mit dem Beginn eines neuen Curses im bevorstehenden Herbst wiederum statthast.

Die Vorlesungen für das Sommerhalbjahr nehmen mit dem 11. April dieses Jahres ihren Anfang. Magdeburg, den 17. März 1842.

### Personal-Chronik.

Nr. 144. Die interimistische Verwaltung der durch die Beförderung des bisherigen Landraths des Schweiniger Kreises, Sommer, zum Ober-Regierungs-Rath in Magdeburg, erledigte Landrathsstelle, ist dem Regierungs-Assessor v. Borstell übertragen worden.

Nr. 145. Der seitherige Secretariats-Assistent Heyse ist zum Regierungs-Secretair befördert worden.

Nr. 146. Der Pfarrer M. Benjamin Gregor König in Weltewitz, Ephorie Eilenburg, ist am 19. Februar a. c. im 69sten Jahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Nr. 147. Der invalide Unterofficier Friedrich Wilhelm Gähler ist als Amtsdienner und Excutor bei dem Königl. Rentamte Torgau und der damit verbundenen Forstkasse angestellt worden.

Nr. 148. An die Stelle des zu einer anderweiten Bestimmung berufenen dieseitigen Special-Commissarius, des Deconomie-Commissarius, Dr. Schilling zu Halle, ist der Deconomie-Commissions-Rath Wagener von Halberstadt nach Halle versetzt und wird dort vom 1. April c. ab die bisher von dem zc. Schilling bearbeiteten Geschäfte übernehmen, welches hierdurch zur Kenntnissnahme und Nachachtung für die bei dieseitigen Regulirungen theilhaftigen Interessenten bekannt gemacht wird.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Quersfurter landrätthlichen Kreis und
- 2) eine à 1 Bogen für den Ebersberggaer landrätthlichen Kreis.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

12. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. April 1842.

- Das 8. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2250. Deklaration, die erfolgte Aufhebung der Bestimmungen im Theil II. Buch 4. Titel 5. Artikel 9. §§. 4. und 5. des Preussischen Landrechts von 1721. betreffend. Vom 11. Dezember 1841.
- Nr. 2251. Verordnung, wegen Abänderung der Vorschriften der Kabinettsordres vom 6. März 1821. und vom 2. August 1834. über die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und der Beamten, im Bezirk des Appellationshofes zu Köln. Vom 18. Februar 1842.
- Das 9. Stück der Gesetz-Sammlung:
- Nr. 2252. Allerhöchste Kabinettsorder vom 16. Januar 1842. in Betreff der Stif- tung einer Auszeichnung für pflichttreue Dienste in der Landwehr.
- Nr. 2253. Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kur- hessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringer Zoll- und Handels-Vereine gehörigen Staaten, den Herzogthümern Braunschweig und Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits, und dem Groß- herzogthum Luxemburg andererseits, wegen des Anschlusses des Groß- herzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins. D. d. Haag, den 8. Februar 1842.
- Nr. 2254. Ministerial-Erklärung über die mit dem Senate der freien und Hanse- stadt Lübeck getroffene Uebereinkunft wegen Ausdehnung der Freizügig- keit auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provin- zen, d. d. den 3. März, bekannt gemacht den 19. März 1842.

Nr. 149.

Das General-Kommando des vierten Armee-Korps, hat in seinem Berichte Nr. 150. über die vorjährigen Herbstübungen der beiden Divisionen desselben Mr. Anzeige vom Allerhöchste Kabinettsorder wegen der den Kreisen Wolmirsdorf, Oschersleben und Neuhaubensleben, und denen der Truppen der 7. Division im Sangerhäuser, Mansfelder Gebirgs- und See-, Quer- fūrter und Eckartsberger Kreise zu Theil geworden ist. Ich trage Ihnen auf, den theilhaftigen Einwohnern jener Kreise dieserhalb Mein Wohlgefallen zu erkennen zu geben. Berlin, den 10. März 1842.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats-Minister von Kopenhagen.

in den neben-  
bezeichneten  
Aufnahme ic.  
beir.

Vorstehende mir durch des Herrn Ministers des Innern und der Polizei mitgetheilte Allerhöchste Cabinets-Ordre bringe ich mit der freudigsten Theilnahme zur Kenntniß der Kreisbeingesessenen.

Magdeburg, den 29. März 1842.

Der Wirkliche Geheim Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Flottwell.

Nr. 151. Mitteltst Rescript des Königl. hohen Ministerien des Innern und der Finanzen vom 28. v. Mts. ist uns eröffnet worden, daß des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 7. v. Mts. denjenigen Staats-Beamten, welche der Graf von der Schulenburgschen allgemeinen Wittwen-, Pensions- und Unterstützungskasse in Berlin beitreten, für die von denselben beizubringenden Aufnahmestücke die Stempelfreiheit in eben der Art Allergnädigst zu bewilligen geruhet haben, wie solche den Interessenten der Königl. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt nach §. 15. ihres Reglements vom 28. December 1775. zugestanden ist.

Wir setzen die betreffenden Staatsbeamten von dieser Allerhöchsten Bestimmung unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 24. August v. Js. (abgedruckt im Amtsblatt pro 1841. Stück 33. S. 217. u. 218.) hierdurch mit dem Beifügen in Kenntniß, daß wir, in Folge des Eingangs gedachten Rescript, die Beiträge von den bei jener Anstalt bereits theilhaftigen, oder derselben künftig noch beitreten den Beamten unsers Ressorts in derselben Art durch Gehaltsabzüge decken und weiter abführen lassen werden, wie es bei den der Königl. Anstalt associirten Beamten geschieht.

Merseburg, den 19. März 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 152: Da nach Ihrem Bericht vom 30. v. Mts. in keinem Theile des Königreichs Dänemark fremde Handwerksgefallen aus dem Grunde, weil sie Juden sind, gesetzlich gehindert sind, in Arbeit zu treten, so will Ich nach Ihrem Antrage genehmigen, daß auch den jüdischen Handwerksgefallen aus Dänemark unter den in der Ordre vom 14. October 1838. festgesetzten Bedingungen gestattet werde, bei inländischen Meistern als Gefellen zu arbeiten. Sie haben diese Bestimmung durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 19. Februar 1842.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats-Minister von Rochow und das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Auf den Grund eines Ministerial-Rescript vom 9. v. M. und in Verfolg unseres den Aufenthalt fremder jüdischer Handwerksgefallen in den Preussischen Staaten betreffenden Erlasses vom 19. Januar 1839. (Amtsblatt 1839. Stück 5. Nr. 61.) wird vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 19. Februar d. J. hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Merseburg, den 30. März 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Einrichtung der für schwerere Verbrecher männlichen Geschlechts aus dem Nr. 153. Gebiete der Provinz Sachsen bestimmten Königl. Strafanstalt zu Halle ist nunmehr soweit gebiehn, daß dieselbe im Laufe des Monats Mai d. J. eröffnet werden wird.

Indem wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir Nicht zu Hade  
zugleich, daß: betr.

- 1) der Premier-Lieutenant a. D. von Boße zum interimistischen Director,
- 2) der bisherige erste Inspector bei der Königl. Strafanstalt zu Sonnenburg, Richter, zum ersten Inspector,
- 3) der bisherige erste Inspector bei der Königl. Straf- und Besserungs-Anstalt zu Lichtenburg, Finsterwaber, zum zweiten Inspector,
- 4) der bisherige Supernumerarius Solle zum dritten Inspector, bei der gedachten Anstalt ernannt und
- 5) der bisherige Hausvater bei der Königl. Straf- und Besserungs-Anstalt zu

Alle an die Anstalts-Verwaltung ergehenden Eingaben und Schreiben sind entweder an den sub 1. genannten Anstalts-Vorsteher persönlich oder „an die Direction der Königl. Strafanstalt zu Halle“ zu adressiren, so weit sie sich nicht lediglich auf die dem Strafanstalts-Director Hauptmann a. D. v. Grabowski zu Lichtenburg übertragene erste Einrichtung der Anstalt beziehen und also an diesen letzteren zu richten sind. Merseburg, den 2. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Wittve des Juris practicus Johann Michael Regler zu Dresden, Johanne Christiane Regler geborne Maß, hat in ihrem am 17. Juli 1788. eröffneten Testamente ein Capital von 1500 Thalem ausgesetzt, dessen jährliche Zinsen Studirenden aus den Reglerschen Familien in Eckartsberga zum Stipendio gereicht, außerdem zur Ausstattung eines oder einiger Mädchen von der Reglerschen Familie verwendet, in deren Ermangelung aber an arme Studirende gegeben werden sollen. Das Stiftungs-Kapital beträgt gegenwärtig 1675 Thaler in Staatskassenscheinen. Da sich seit einiger Zeit und namentlich seit dem öffentlichen Aufgebote vom 8. December 1837, stiftungsberechtigte Personen nicht gemeldet haben, so werden die unbekannten Interessenten aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche spätestens in dem auf den Fünften Juli 1842, Vormittags Elf Uhr, vor dem Deputirten, Referendarius Gutke, in unserem hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls über das Stipendium, der Stiftung gemäß, anderweit verfügt werden wird. Naumburg, den 18. März 1842.

Königlich Preussisches Puppen-Collegium.

Mit Bezug auf die allgemeine Bestimmung vom 8. April 1840 wird hierdurch Nr. 155. zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nachweisung von den im Laufe des Jahres 1841 erfolgten und bei uns gebuchten Nachtragszahlungen auf unvollständige Die Preussische Renten-Versicherungsgesetz, §. 11. Einlagen aller bestehenden Jahresgesellschaften, in unserem Bureau sowohl als bei sämmtlichen Agenturen vom 15. April d. J. ab, auf 4 Wochen ausliegen wird. Stark herr.

Jedem der im Jahre 1841 hier oder bei den Agenturen Nachtragszahlungen auf unvollständige Einlagen geleistet hat, bleibt es überlassen, sich aus jener Nachweisung zu überzeugen, ob die darin bei seinen Nummern aufgeführten Nachtragszahlungen mit den Quittungen auf den Interimsscheinen übereinstimmen und jede bemerkte Abweichung innerhalb 4 Wochen, nach Auslegung der Liste und unmittelbar zu melden, indem die Anstalt, unterbleibt eine solche Meldung, nur für die in der Nachweisung aufgeführten Nachtragszahlungen verhaftet ist.

Berlin, den 14. März 1842.

Direction der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

### Personal-Chronik.

- Nr. 156. Der seitherige Wegebaumeister Kawerau zu Gisleben ist zum Bauinspector in Münster befördert und in Stelle desselben der Bauconducteur Gerike zum Wegebaumeister für den Gislebner Wegebaukreis ernannt worden.
- Nr. 157. Der Magistrats-Registrator Karl Gottfried Hoyer zu Weissenfels ist als Agent der Cölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft für die Stadt Weissenfels und Umgegend unterm 5. März c. bestätigt worden.
- Nr. 158. Der Kaufmann Robert Lehmann zu Halle ist unterm 26. Februar c. als Agent der Cölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft für die Stadt Halle und Umgegend bestätigt worden.
- Nr. 159. Der Kämmerer Kittel zu Wettin hat die Nebenagentur der Mobiliar-Feuerversicherungsbaug zu Elberfeld wieder aufgegeben.
- Nr. 160. Die Rectorstelle zu Delitzsch wird zu Johannis dieses Jahres durch Emeritirung erledigt. Dieselbe ist Privat-Patronats.
- Nr. 161. Der Pfarrer Christ. Wilh. Friederici in Oberdorf, Ephorie Sangerhausen, ist am 16. März d. J. im 62. Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist königlichen Patronats und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.
- Nr. 162. Es ist als Schiedsmann auf den neuen dreijährigen Zeitraum für der Stadt Halle, 3ten Bezirk, der Rentier Johann Andreas Egenkolbe daselbst, so wie für den vorigen 5ten Bezirk der dasige Kaufmann Leopold Thieme, verpflichtet worden.
- Nr. 163. Der bisherige Deconomie-Commissions-Gehülfe, Regierungs-Referendarius Schreck, ist zum Deconomie-Commissarius ernannt, und ihm die Station Torgau angewiesen, in welcher derselbe vom nächsten Monate an in die Geschäfte des vorerwähnten Deconomie-Commissarius Heinrich eintreten und solche fortsetzen wird, welches zur Nachachtung für die betreffenden Interessenten hierdurch bekannt gemacht wird.
- Hierzu drei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:
- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Liebenwerdaer landrätthlichen Kreis,
  - 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Schweinitzer landrätthlichen Kreis, welche bereits vorige Woche an die betr. Behörden versandt worden sind.
  - 3) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Merseburger landrätthlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 13. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 16. April 1842.

Das 10. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter  
Nr. 2255. Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Umwandlung der Staatschuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf 3½ Prozent; vom 27. März 1842.

Nr. 164.

Zum Ankauf von Remonten, im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, Nr. 165. sind für dieses Jahr, im Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und dem Den Remonte- angrenzenden Bereiche, nachstehende, früh Morgens beginnende Märkte wieder ange-  
setzt worden, und zwar:

den 14. Juli in Preßsch,  
" 15. " " Torgau,  
" 16. " " Gilsenburg,  
" 18. " " Merseburg,

den 20. Juli in Sangerhausen,  
" 21. " " Helbrungen,  
" 23. " " Mühlhausen.

Den Remonte-  
Ankauf pro  
1842 betr.

Die erkauften Pferde werden von der Militär-Commission zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt, vorausgesetzt. Zur Warnung der Verkäufer wird indeß wiederholt bemerkt, daß außer solchen Pferden, deren hinterher sich etwa ergebende Fehler den Kauf schon geistlich rückgängig machen, auch noch diejenigen einer gleichen Maaßregel auf Kosten des Verkäufers unterworfen sind, welche sich als Krippenseiger ergeben sollten.

Mit jedem verkauften Pferde müssen eine starke neue leberne Trense, eine Gurt-halter und zwei hanfene Stricke unentgeltlich übergeben werden.

Berlin, den 1. März 1842.

Kriegs-Ministerium. Abtheilung für das Remonte-Wesen.

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Auszahlung der zum 1. Mai 1842. gekündigten 66,950 Thlr.

Kurmärkische Schuldschreibungen betreffend.

Die Einköpfung der in der 1ten Verloosung gezogenen und durch das Publi-candum vom 6. Januar d. J. zur baaren Auszahlung am 1. Mai d. J. gekündig-ten Kurmärkischen Schuldschreibungen, im Betrage von 66,950 Thlr. wird zugleich mit Realisation der zu ihnen gehörigen, am 1. Mai d. J. fällig werdenden Zins-

Nr. 166.

Coupon Serie I. Nr. 5. schon vom 1. f. Mts. ab, bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagsstunden, gegen die vorgeschriebenen Quittungen, erfolgen.

Den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gefündigten Kurmärkischen Schulverschreibungen bleibt indessen überlassen, diese sofort an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse, unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Kurmärkischen Schulverschreibungen, nach Litern, Nummern und Gelbbeträgen aufgeführt sind, portofrei, zur weiteren Beförderung an die Staatsschulden-Zilgungskasse zu übersenden, damit sie die baare Valuta bis zum 1. Mai d. J. bei der Regierungs-Hauptkasse in Empfang nehmen können, als von welchem Tage ab, die Verzinsung zum Besten des Tilgungsfonds aufhört.

Berlin, den 29. März 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 167.

### B e k a n n t m a c h u n g ,

die Auszahlung der zum 1. Juli 1842. gefündigten 16,400 Thlr. Neumärkischen Schul-Verschreibungen betreffend.

Die Einklösung der in der 1sten Verloosung gezogenen, und durch das Publicandum vom 6. Januar d. J. zur baaren Auszahlung am 1. Juli d. J. gefündigten Neumärkischen Schulverschreibungen, im Betrage von 16,400 Thlr. wird zugleich mit Realisation der zu ihnen gehörigen, am 1. Juli d. J. fällig werdenden Zins-Coupons, Serie I. Nr. 6. schon vom 1. Juni d. J. ab, bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagsstunden, gegen die vorgeschriebenen Quittungen, erfolgen.

Den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gefündigten Neumärkischen Schulverschreibungen bleibt indessen überlassen, diese auch schon vor dem 1. Juni d. J. an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse, unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Neumärkischen Schulverschreibungen, nach Litern, Nummern und Gelbbeträgen aufgeführt sind, portofrei, zur weiteren Beförderung an die Staatsschulden-Zilgungskasse, zu übersenden, damit sie die baare Valuta bis zum 1. Juli d. J. bei der Regierungs-Hauptkasse in Empfang nehmen können, als von welchem Tage ab, die Verzinsung zum Besten des Tilgungsfonds aufhört.

Berlin, den 29. März 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 168.

Die Bildung von Vereinen ehemaliger Krieger zum militairischen Begräbniß verstorbenen Kameraden betr.

Die nachstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre:

Es ist von ehemaligen Kriegern mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden, daß es ihnen gestattet werden möge, unter sich Vereine zu bilden, um mit den üblichen militairischen Gebräuchen die Leichen ihrer verstorbenen Kameraden zur Gruft begleiten zu können. Dieselbe Bitte ist Mir im vorigen Jahre von mehreren Einwohnern der Altmark vorgetragen, und eine gleiche ehrenwerthe Ansicht hat sich auch bei der Leichenbestattung des Feldmarschalls Grafen v. Gneisenau durch die ansehnliche Vereinigung der Veteranen jener Gegend in rühmlicher Weise

zu erkennen gegeben. Damit nun dieser schöne Sinn, der ebenso das Gefühl treuer Anhänglichkeit an die früheren Standesgenossen, als auch die im Lande herrschende Achtung für kriegertisches Verdienst ausdrückt, fortbauend lebendig bleibe, will Ich, um die Bildung derartiger Vereine, wo sich die Neigung dazu findet, zu erleichtern, und ihnen die, zu ihrem Bestehen nothwendige allgemeine gesetzliche Uebereinstimmung zu geben, Folgendes bestimmen.

§. 1. Es wird gestattet, daß bei Leichenbegängnissen solcher in bürgerlichen Verhältnissen verstorbenen Personen, welche früher im Heere und zwar im Kriege mit Ehren gedient haben, eine kriegertische Leichenfeier eintreten kann, wenn die früheren Kameraden dem Verstorbenen dadurch ein freiwilliges Zeichen der Achtung geben wollen.

§. 2. Es können sich demgemäß Vereine derjenigen Männer bilden, welche im Heere gedient haben, oder noch in der Landwehr dienen. Dieses ist eben sowohl auf dem Lande als in den Städten zulässig, und wenn in den einzelnen Dörfern sich keine genügende Anzahl ehemaliger Krieger oder noch im Dienst befindlicher Wehrmänner finden sollte, so können auch mehrere Ortshaupten derartige Bezirks-Vereine bilden.

§. 3. Diese Vereine bestätigt die Ortspolizeibehörde, und auf dem platten Lande, insofern sie den Bezirk eines Dominiums oder einer Bürgermeisterei nicht überschreiten, resp. das Dominium oder die Ortshoheit, anderen Falles die landrathliche Behörde.

§. 4. Die Ortshoheiten, in deren Bezirke sich Vereine, die von ihnen bestätigt worden, gebildet haben, sind verpflichtet, davon den Landrathen Anzeige zu machen, und diese haben sowohl in diesen Fällen, als auch in denjenigen, wo dergleichen Vereine von ihnen selbst bestätigt worden sind, den Landwehr-Bataillons-Commandeuren davon Mittheilung zu machen.

§. 5. Durch die, im §. 3. erwähnte Bestätigung erhält der Verein ein für alle Mal die Erlaubniß zur militairischen Begleitung der Leichen verstorbenen Waffengeführten.

§. 6. Die Vereine haben sich einen Hauptmann oder Anführer zu wählen, der die Ordnung des Vereines, so wie die Zusammenberufung desselben zu den Begräbnissen leitet. Derselbe hat jedoch jede Begräbnissfeier der Art vorher der Polizei-Obrigkeit zu melden, welche da, wo Garnison steht, hierüber auch dem, im Orte commandirenden Officiere Mittheilung macht.

§. 7. An Orten, wo Schützengilden, oder Bürgerwachen bestehen, können die, zu ihnen gehörigen Mitglieder der Vereine in der üblichen Ausrüstung und Bewaffnung bei der Leichenfeier erscheinen.

§. 8. An andern Orten ist nur eine, der Trauerfeier angemessene Kleidung nöthig, jedoch bleibt es überlassen, ob die Vereine sich mit Lanzen bewaffnen, oder durch Trauerstäbe mit schwarzem Trauerflor kenntlich machen wollen.

§. 9. Wie die Ehre eines kriegertischen Begräbnisses einen unbestritten kriegertischen Ruf voraussetzt, so können auch nur Männer von solchem Rufe Mitglie-

der der Begräbnißvereine werden, und bei der Aufnahme eines neuen Mitgliedes haben die Älteren darüber abzustimmen.

§. 10. Die Trauerparade marschirt vor dem Sarge in zwei Gliedern formirt.

§. 11. Sie besteht bei dem Begräbniß:

- a) eines Gemeinen aus 20 Mann in einem Zuge formirt,
- b) eines Feldwebels oder Unterofficiers aus 30 Mann in einem Zuge,
- c) eines Lieutenants oder Hauptmanns aus 40 Mann in zwei Zügen,
- d) eines Stabsofficiers aus 60 Mann in drei Zügen,
- e) eines Generals aus 80 Mann in vier Zügen,

wodurch jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß auch eine geringere Zahl von Mannschaften die kriegerische Begleitung solcher Leichenzüge bilden kann.

§. 12. Der Hauptmann des Vereins befehligt die Parade und bestimmt die Personen zur Führung der Züge.

§. 13. Jedes dieser militairischen Begräbniße kann von einem Musikcorps begleitet werden.

§. 14. Für das Verhalten der Trauerparade, so wie in Rücksicht der Orden und Ehrenzeichen der zu Bestattenden gelten die, für militairische Begräbniße gegebenen Bestimmungen.

Den Ministerien des Krieges und des Innern gebe Ich hiernach die Bekanntmachung und weitere Veranlassung in Ihren Ressorts anheim.

Berlin, den 22. Februar 1842.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An die Ministerien des Krieges und des Innern.

wird hierdurch zur Kenntniß des dabei theilhaftigen Publikums gebracht und den betreffenden Behörden zur Pflicht gemacht, in vorkommenden Fällen für die genaue Befolgung der Allerhöchsten Bestimmungen zu sorgen.

Merseburg, den 6. April 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 169.  
Die Aufnahme  
von Jünglingen  
in das Gewerbe-  
Institut zu  
Berlin betr.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 11. März v. J. (Amtsblatt 1841. Seite 63. Nr. 117.) bringen wir zur Kenntniß des Publikums, daß am 1. October v. J. wiederum ein neuer Lehrgang bei dem Königl. Gewerbe-Institut in Berlin beginnen wird; an welchem aus dem hiesigen Regierungsbezirke ein Jüngling auf Königl. Kosten Theil nehmen kann. Zum Genusse dieser Begünstigung dürfen nur junge, jedoch nicht unter 18 Jahren alte Individuen, welche bei einem Handwerke bereits den Gesellenrab erlangt haben, und besondere, eine weitere Ausbildung werthe, und dem Zwecke der Anstalt entsprechende Fähigkeiten entwickeln, vorgeschlagen werden.

Die Eltern oder Vormünder solcher jungen Leute haben den deshalb einzureichenden Gesuchen beizufügen:

- 1) ein Taufzeugniß,
- 2) ein Zeugniss der Schule, welche der junge Mann besucht, oder der Lehrer, deren Unterricht er genossen hat,



- 3) einige von ihm selbst gefertigte, und eigenhändig niedergeschriebene Aufsätze,
- 4) Proben seines Kunstfleißes, als Zeichnungen, Risse und dergleichen, nicht minder Aufösungen arithmetischer, in sein Fach einschlagender Aufgaben,
- 5) ein Zeugniß des Vossprechens von demjenigen Handwerke, bei welchem er die Lehrjahre bestanden hat, und
- 6) ein Zeugniß der Ortsbehörde über seine seitherige Aufführung.

Auch muß endlich

- 7) durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, oder durch sonstige amtliche Zeugnisse ein genauer Nachweis über die Militair-Verhältnisse des jungen Mannes geführt werden; ob nämlich derselbe wegen seiner Qualification zum Militairdienste bereits untersucht und brauchbar befunden, oder bis zum 23. Lebensjahre zurückgestellt worden ist, oder ob derselbe etwa seiner Militairpflicht schon genügt hat u. s. w.

Die Gesuche sind bis zum 1. Juli d. J. an die betreffenden Landrathlichen Behörden einzusenden.

Wir fordern die Landrathsämter auf, die diesfälligen Anträge anzunehmen und dieselben mittelst gütachtlichen Berichts so zeitig bei uns einzureichen, daß sie spätestens am 15. Juli d. J. hier eintreffen.

Alle bei uns später eingehenden Gesuche dieser Art können für das laufende Jahr nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, den 4. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Es sind die beiden vormalß Königl. Sächsischen, jetzt Königl. Preussischen ver- Nr. 170.  
loosbaren, im Leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764. ausgestellten, mit Lit. D. Edictal-Extra-  
tion.  
und Nr. 1573. und 5580. bezeichneten, auf jeden Inhaber gestellten und dem Häus-  
ler Johann Gottlieb Mai zu Langburkersdorf im Königreich Sachsen gehörigen  
Steuer-Credit-Kassenscheine, wovon jeder auf die Summe von Einhundert Thaler  
Conventionalgeld lautet — jedoch ohne Talons und Coupons, welche noch unverfehrt  
vorhanden sind, — angeblich vernichtet und dadurch verloren worden.

Dieser Verlust ist auch unter dem 14. Februar 1839. — im 9. Stücke des  
Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 46. der Leipziger  
Zeitung — öffentlich bekannt gemacht, die gedachten Steuer-Credit-Kassenscheine sind  
aber bis jetzt nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher der Häusler Johann Gottlieb Mai auf Amortisation dieser Steuer-  
Credit-Kassenscheine angetragen und die etwaigen unbekannten Inhaber derselben wer-  
den demnach hierdurch aufgefordert, sich bis zum 8ten Zins-Zahlungsstermine, Mi-  
chaelis 1842., spätestens aber jeden Falls in dem zu diesem Behuf auf

den 21. December 1842., Vormittags 11 Uhr,  
vor dem Oberlandesgerichts-Referendar Löser, in unserm Geschäfts-Local angezeig-  
ten Termine entweder persönlich, oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten  
Bevollmächtigten, aus der Zahl der hiesigen Oberlandesgerichts-Justiz-Commissarien,  
von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit, der Justiz-Rath Müller, Rein-

kein und Nießsch, in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an den fragl. Steuer-Credit-Kassenscheinen nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt und mit gänzlicher Amortisation der Steuer-Credit-Kassenscheine verfahren werden wird.  
Raumburg, den 27. October 1841.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht. Erster Senat.

### Personal-Chronik.

- Nr. 171. Die Schul- und Küsterstelle in Wählig, Ephorie Weissenfels, ist erledigt. Die Wiederbesetzung wird nach zwei Monaten erfolgen. Sie ist Privat-Patronats.
- Nr. 172. Dem Invaliden Röttig ist die bei der hiesigen Regierung zur Erledigung gekommene letzte Rangleibenerstelle auf Kündigung verliehen worden.
- Nr. 173. Der Pfarrer Georg Erdmann Eschenbach zu Leisling, Ephorie Weissenfels, ist am 13. März d. J. in einem Alter von 61½ Jahren gestorben. Die Stelle ist Königlichem Patronats und wird in zwei Monaten wieder besetzt werden.
- Nr. 174. Die Schulmeister- und Küsterstelle in Kleben, Ephorie Delitzsch, ist erledigt. Die Stelle ist Königlichem Patronats und wird deren Wiederbesetzung nach einigen Wochen erfolgen.
- Nr. 175. Die Schul- und Küsterstelle in Rehmsdorf bei Zeitz, Privat-Patronats, wird demnächst durch Versetzung erledigt.
- Nr. 176. Der Land- und Stadtgerichtsrath Richter zu Halle ist den 17. März cr. zum Oberlandesgerichtsrath in Göttingen,  
der Kammergerichts-Affessor Flaminus bei dem Land- und Stadtgericht zu Gisleben ist den 15. Februar cr. zum Stadtrichter in Angermünde ernannt und dem Gerichtsamtmann Oberlandesgerichts-Affessor Elovogt in Schmiedeberg dagegen den 7. März cr. die jüngste Affessorstelle bei dem Land- und Stadtgericht zu Gisleben übertragen;  
dem Oberlandesgerichts-Affessor August Heinrich Eduard Gentsch ist den 14. Februar cr. die jüngste Affessorstelle bei dem Land- und Stadtgericht in Merseburg verliehen;  
die Oberlandesgerichts-Referendarien Wilhelm Ludwig Julius Bindewald, Friedrich August Gruner und Karl Friedrich Junghanns sind den 19., 23. und 27. Februar cr. zu Oberlandesgerichts-Affessoren in Raumburg ernannt;  
die Oberlandesgerichts-Auskultatoren Johann Karl August Lerche, Herrmann Wilhelm Heinrich von Du Plessis, Friedrich Leopold Franz Fischer, Franz Karl Pieschel II. und Wilhelm August Lipke sind den 1. und resp. 4. und 10. März cr. zu Referendarien in Raumburg ernannt;  
der Kammergerichts-Auskultator Leopold d'Orville von Löwenclau ist den 10. März cr. zum Referendar ernannt und zum Oberlandesgericht in Raumburg versetzt;

der Auskultator Johann Philipp Otto Gerike ist den 26. März cr. von dem Königl. Kammergericht in Berlin zu dem Oberlandesgericht in Raumburg versetzt; die Land- und Stadtgerichts-Secretairstelle zu Sangerhausen ist den 11. März cr. dem Land- und Stadtgerichts-Secretair König in Metel, die bei dem Land- und Stadtgericht zu Weisenfels durch des Secretair Mühle Tod erledigte jüngste Secretairstelle ist den 7. März cr. dem Actuar Thiele zu Hohenmölsen verliehen;

der Oberlandesgerichtsbote Barge ist den 14. Februar cr. verstorben und der Land- und Stadtgerichtsbote Friedrich August Klingelstein ist den 18. Februar cr. zum letzten Oberlandesgerichtsboten in Raumburg bestellt;

der bisherige Botengehülfe invalide Unterofficier Friedrich August Trepte ist zum Land- und Stadtgerichtsboten und Executor in Erfurt den 18. Februar cr., der Botengehülfe und vormalige Freiwillige Friedrich Ellger zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte zu Jessen den 8. März cr.,

der Botengehülfe invalide Unterofficier Heinrich Otto zum Land- und Stadtgerichtsboten und Executor zu Raumburg den 18. März cr. bestellt.

Der Deconomie-Commissarius Rhan zu Wittenberg scheidet auf sein Ansuchen aus den diesseitigen Geschäften aus. An seiner Stelle ist der bisher in Halberstadt stationirt gewesene Kreis-, Justiz- und Deconomie-Commissarius Bahse nach Wittenberg als diesseitiger Special-Commissarius versetzt, und wird dasselbst vom 4. April c. ab in alle bisher von dem Deconomie-Commissarius Rhan bearbeiteten Geschäfte eintreten und dieselben fortsetzen.

Dies wird zur Kenntnissnahme und Nachachtung für die dabei Theilhaftigen hierdurch bekannt gemacht.

Die Stelle des verstorbenen Salinen-Inspectors und Dirigenten der Salinen-Verwaltung zu Artern, Siemens, ist dem Grabirungs-Inspector und Salzamt-Affessor von Kummer, bisher zu Elmen, und die Stelle des letzteren dem Salzamt-Affessor Bischof, bisher zu Dürrenberg, verliehen worden.

Dem Salinen-Factor Wapler zu Dürrenberg ist das Prädikat: „Salzamt-Affessor“ und dem Salinen-Factor Fabian auf der Königl. Saline zu Halle das Prädikat: „Affessor“ beigelegt worden.

Zum ersten Grabirungs-Betriebs-Beamten der Saline Dürrenberg ist der jetzige Registrator bei dem Bergamte zu Eisleben, Weinwarth, mit dem Prädicate: „Ober-Grabirmeister“ befördert, und dagegen der Calculator bei dem Salzamte zu Schönebeck, Brunow, zum Registrator und Calculator bei dem Bergamte zu Eisleben ernannt.

Der bisherige Kassengehülfe Richter zu Artern ist zum Calculator bei dem Salzamte zu Schönebeck befördert.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen-Part, für den Weissenfelder landbräuhlichen Kreis.

Nr. 179.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monat März 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln		Brannt- wein	Rauchfutter.						
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer		Hirse		Erbsen		Linsen			Soff.	Quart		Heu		Stroh	
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel						Soff.	Quart			à Cent.		à Schock			
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.		tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	
1 Merseburg	2	8	6	1	5	9	—	25	—	—	15	6	—	—	—	110	—	215	—	15	—	4	—	25	—	6	—	
2 Halle	2	2	10	1	5	8	—	23	1	—	16	1	4	5	—	215	—	12	6	4	8	—	20	—	5	—		
3 Raumburg	2	4	8	1	2	9	—	19	9	—	15	2	3	12	—	120	—	2	—	12	6	4	—	25	—	6	—	
4 Torgau	2	22	6	1	5	4	—	22	6	—	17	—	4	10	—	115	—	3	—	7	6	4	9	—	25	—	6	—
5 Wittenberg	2	17	7	1	9	—	25	1	—	18	8	—	—	—	—	—	8	2	5	—	20	—	7	—	—	—	—	
6 Eisleben	2	6	6	1	7	4	—	25	—	—	17	4	—	—	—	—	12	6	5	—	24	10	5	24	—	—	—	
7 Zeitz	2	7	6	1	5	8	—	21	6	—	14	1	—	—	—	—	10	—	5	—	1	—	—	5	—	—	—	
8 Quersurth	2	5	—	1	5	—	—	21	3	—	16	3	—	—	—	—	12	6	4	—	25	—	—	5	—	—	—	
9 Bitterfeld	2	16	1	1	5	6	—	23	—	—	16	10	—	—	—	—	10	—	5	—	20	—	—	5	—	—	—	

Merseburg, den 6. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

14. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 23. April 1842.

Mittels Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 16. Januar d. J. haben des Königs Majestät die, bereits in dem jüngsten Landtags-Abchiede für hiesige Provinz zugesicherte landwirthschaftliche Centralbehörde unter dem Namen des

### Landes-Deconomie-Collegii

zu errichten geruht.

Dies Collegium steht unter dem Herrn Minister des Innern und der Polizei und wird bestehen aus

einem Director,

einigen Räten derjenigen Ministerien, zu deren Ressort die landwirthschaftlichen und gewerblichen Angelegenheiten gehören,

einem Mitgliede des statistischen Büreaus,

einem, in den Naturwissenschaften und in der Gewerbskunde wohl bewanderten Gelehrten,

mehreren erfahrenen praktischen Landwirthen von anerkanntem Rufe aus der Nähe von Berlin, als eigentlichen Technikern,

einem General-Secretair,

einer unbestimmten Anzahl außerordentlicher Mitglieder aus den Provinzen.

Das Landes-Deconomie-Collegium ist berufen, um die landwirthschaftlichen Werke in den Provinzen in ihrer gemeinnützigen Thätigkeit zu unterstützen, ihre Wirksamkeit zu befördern, und ihre Verbindung unter einander und mit den Staatsbehörden zu vermitteln; dasselbe wird dem vorgeordneten Ministerium theils als technische Deputation, theils als Organ zur Ausführung der ihr zu ertheilenden Aufträge dienen, und seine Wirksamkeit nach Außen hin, auf eine nähere Verbindung mit den bestehenden und resp. noch zu errichtenden landwirthschaftlichen Vereinen richten.

Magdeburg, den 22. März 1842.

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Flottwell.

Bei der heute in Merseburg erfolgten 41sten Verlosung der vormals Sächsischen Kammer-Credit-Kassen-Scheine sind Veruß deren Realisirung zu Michael 1842. folgende Nummern gezogen worden, als:

von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 112. 170. 304. und 403.

von Litt. D. à 50 Thlr.

Nr. 21. 405. und 543.

Nr. 180.  
Die Errichtung  
eines Landes-  
Deconomie-  
Collegii betr.

Nr. 181:  
Ausgelosete  
Kammer-Cre-  
dit-Kassen-  
Scheine betr.

von Litt. Aa. à 1000 Thlr.

Nr. 444. 520. 731. 1137. 1272. 1341. 1849. 2131. 2198. 2321. 2611.  
2657. 2680. 2793. 2811. 2814. und 2991.

Außerdem sind von den unzinsharen Kammer-Credit-Kassen=Scheinen Litt. E. à 31 Thlr. die Scheine Nr. 10761. bis 12755. zur Zahlung in jenem Termine ausgesetzt worden.

Die Inhaber der vorherzeichneten verloofeten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine werden daher hierdurch aufgefordert; die Kapitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörigen Talons und Coupons mit dem Eintritt des diesjährigen Michael-Termins bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse zu erheben.

Merseburg, den 13. April 1842.

Im Auftrage der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats Schulden.  
Der Regierungs-Präsident von Krosigk.

Nr. 182.

Die Auszahlung der zum 1. Juli 1842. gefündigten Staats Schuldscheine betr.

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Auszahlung der zum 1. Juli 1842. gefündigten 974,000 Thlr. Staats Schuldscheine betreffend.

Die Einlösung der in der 18. Verloofung gezogenen und durch das Publicandum vom 15. Februar d. J. zur baaren Auszahlung am 1. Juli c. gefündigten Staats Schuldscheine im Betrage von 974,000 Thlr. wird zugleich mit Realisation des zu ihnen gehörigen, am 1. Juli d. J. fällig werdenben Coupons, schon vom 1. Juni c. ab, bei der Staats Schulden-Tilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagshunden gegen die vorgeschriebenen Quittungen erfolgen.

Es bleibt inbeßem den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gefündigten Staats Schuldscheine überlassen, diese schon vor dem 1. Juni d. J. an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Staats Schuldscheine, nach Nummern, Rittern und Geldebeträgen, aufgeführt sind, portofrei zur weitem Beförderung an die Staats Schulden-Tilgungskasse zu übersenden, damit sie den baaren Betrag bis zum 1. Juli c. in Empfang nehmen können, von welchem Tage ab, die Verzinsung zum Besten des Tilgungsfonds aufhöret.

Berlin, den 6. April 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir auf besondere Veranlassung der Königl. Hauptverwaltung der Staats Schulden, mit Bezug auf das Publicandum vom 9. März d. J., abgedruckt im 10. Stück des Amtsblatts Seite 62. und 63. Nr. 121., hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Merseburg, den 12. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 183.

Die in der 19. Verloofung gezogenen und zur baaren Auszahlung am 1. Januar 1843 gefündigten Staats Schuldscheine betr.

Unter Hinweisung auf das bereits durch die Staatszeitung, die beiden andern Berliner Zeichnungen und das dortige Intelligenzblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, nachstehend abgedruckte Publicandum der Königl. Hauptverwaltung der Staats Schulden zu Berlin vom 10. April d. J., wird, in Folge einer von dieser Behörde unter demselben Tage an uns ergangenen Verfügung, ein Exemplar des Verzeichnisses der in der 19. Verloofung für den Tilgungsfonds zur Ziehung gekommenen und durch erwähntes Publicandum zur baaren Auszahlung am 2. Ja-

ndat 1843 gekündigten Staatschuldscheine im Gesamtbetrage von 1,328,200 Thlr. Behufs mehrerer Verbreitung im Publico mit gegenwärtigem Stück des Amtsblatts ausgegeben.

Diesjenigen Inhaber von dergleichen verloosten Staatschuldscheinen, welche selbige durch die hiesige Registrations-Hauptkassse realisiren lassen wollen, haben diese Papiere selbst, mittelst eines doppelt ausgefertigten Verzeichnisses, unfehlbar bis Ende November d. Js. an die gedachte Hauptkassse portofrei einzusenden, von welcher der Einsender vorläufig das Duplicat des Verzeichnisses, mit einer Interims-Duitung versehen, zurückerempfangen wird.

Sobald dann der Baarbetrag für die nach Berlin zur Einsicht und Vergleichung gesandten Staatschuldscheine hieher überwiesen seyn wird, soll jeder Eigenthümer des Kapitals bloß unter Couvert ein bereits ausgefülltes Exemplar zu dem von ihm über den Empfang des baaren Betrages auszufüllenden Duitung zugesandt erhalten, welches er zugleich als Benachrichtigung, daß die Gelder erhoben werden können, zu betrachten, dasselbe jedoch sogleich durch eigenhändige Unterschrift und Beidruckung seines Amts- oder Privatstempels zu vollziehen und nebst dem zurückgehaltenen quittirten Duplicat-Verzeichnisse an die Registrations-Hauptkassse hieselbst portofrei zurückzusenden hat, worauf Letztere ohne Verzug die Aufhebung des Geldbetrages bewirken wird.

Die genaue Beachtung vorstehender Bestimmungen wird um so mehr empfohlen, als sonst, nächst unnützem Verzuge und Schreibwerk für alle dabei Betheiligte, jedenfalls auch ein vermehrter Porto-Aufwand für Rechnung des Kapitals-Eigenthümers entstehen würde.

Von der in der nachstehenden Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden erwähnten besondern Uebersicht von allen Verloosungen, aus welchen noch unrealisirte Staatschuldscheine zirkuliren, wird hier ebenfalls ein Exemplar beigelegt.

Dem wiederholten Verlangen der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden gemäß verordnen wir hierdurch gleichzeitig, daß die mit gegenwärtigem Stücke des Amtsblatts auszugebenden Exemplare der Verloosungsliste und resp. Uebersicht von der hiesigen Registrations-Hauptkassse, von den Kreis-Steuer-, Rammerei- und andern Kommunalcassen ausgehängt werden.

Auch veranlassen wir die Herren Prediger und Ortsvorstände, für die gehörige Publication gegenwärtiger Bekanntmachung vorzugsweise Sorge zu tragen.

Merseburg, den 15. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

### P u b l i c a n d u m,

die Kündigung von 1,328,200 Thlr. Staatschuldscheine zur baaren Auszahlung am 2. Januar 1843 betreffend.

Die nach unserer Bekanntmachung vom 2. d. M. angeordnete 19. Verloosung von Staatschuldscheinen hat am 5. d. M. stattgefunden, und es sind hierbei die in dem beigelegten Verzeichnisse nach ihren Nummern, Littern und Geldbeträgen aufgeführten Staatschuldscheine gezogen worden. Diese werden daher den Besitzern hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Nominal-Betrag derselben am 2. Januar

1843 bei der Controlle der Staatspapiere hier in Berlin, Laubenstraße Nr. 30., in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr bgar abzuheben, da von diesem Tage ab die weitere Verzinsung dieser Staatsschuldſcheine aufhört und die ferneren Zinsen, nach §. V. der Verordnung vom 17. Januar 1820 (Geſez-Sammlung Nr. 577.), dem Tilgungsfonds zuſallen.

In der über den Kapitalwerth der Staatsſchuldſcheine auszuſtellenden Quittung ſind dieſe einzeln mit Nummer, Riter und Geldbetrag aufzunehmen.

Weber wir, noch die Controſle der Staatspapiere, können mit den außerhals Berlin wohnenden Beſigern ſolcher am 2. Januar 1843 zur baaren Anszahlung kommenden Staatsſchuldſcheine wegen Realifirung derſelben in Correfpondenz treten, müſſen denſelben vielmehr überlaſſen, dieſe Effecten an die ihnen zunächſt gelegene Reglerungs-Hauptkaſſe zur weiteren Beförderung an die Controſle der Staatspapiere einzufenden.

Da übrigens die Anzahl der aus den früheren Verloofungen uneingelöst gebliebenen und noch im Umlauf befindlichen Staatsſchuldſcheine noch ſehr bedeutend iſt, ſo haben wir eine Ueberſicht von allen Verloofungen, aus welchen unrealifirte Staatsſchuldſcheine zirkuliren, anfertigen laſſen, und iſt dieſelbe dieſem Publicandum beſonders beigelegt. Berlin, den 10. April 1842.

#### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 184.

Die Kündigung,  
Auszahlung und Umſchreibung der  
Staatsſchuldſcheine betr.

### **B e k a n n t m a c h u n g,**

die Kündigung, Auszahlung und Umſchreibung der noch unverloosten Staatsſchuldſcheine betreffend.

Zuſolge der Allerhöchſten Kabinetts-Ordre vom 27. v. Mts., betreffend die Umwandlung der Staatsſchuldſcheine und die Herabſetzung der Zinsen derſelben von 4 auf 3½ Procent (Geſez-Sammlung Nr. 2255.), ſollen ſämmtliche noch im Umlauf befindliche Preußiſche Staatsſchuldſcheine, ſoweit ſie in den, Behuß der Tilgung biſher ſtattgefundenen 19 Verloofungen noch nicht gezogen, und alſo nicht bereits gekündigt ſind, vom 2. Januar 1843. ab, nur noch mit 3½ Prozent jährlich verzinst werden. Es werden daher ſämmtliche noch zirkulirende, durch die biſherigen 19 Verloofungen nicht betroffene Staatsſchuldſcheine, zum Behuf der baaren Zurückzahlung der verſchiedenen Kapital-Beträge, welche am 2. Januar 1843. hier in Berlin bei der Controſle der Staatspapiere, Laubenſtraße Nr. 30., in Empfang zu nehmen ſind, ihren Beſigern hierdurch gekündigt, mit der Aufforderung, dieſe Papiere, unter der ſchriſtlichen Erklärung, die Kündigung anzunehmen, ſpäteſtens biſ zum 1. September d. J. gegen Depoſitalſcheine einzuliefern. Einheimiſche haben jene Erklärung nebst ihren Staatsſchuldſcheinen bei der Controſle der Staatspapiere, Auswärtige aber ſolche bei der ihnen zunächſt gelegenen Reglerungs-Hauptkaſſe einzurichten. Von denjenigen Inhabern von Staatsſchuldſcheinen, welche dieſer Aufforderung nicht nachkommen, wird angenommen werden, daß ſie die geſchehene Kündigung ihrer Staatsſchuldſcheine zur baaren Zurückzahlung der Baluta ihrer Seite nicht annehmen, ſondern dieſe Papiere mittelſt ſillſchweigender Vereinigung ohne Weiteres der allgemeinen Convertirung unterwerfen, und demgemäß vom 2. Januar 1843. ab nur den herabgeſetzten Zinſſatz von 3½ Prozent jährlich fortbeziehen wollen. Zugleich wird denjenigen Inhabern von Staatsſchuldſcheinen, welche ſich unter Einreichung derſelben mit



Zeitraume vom 1. Mai bis einschließlich den 30. Juni d. J. abgeben: eine Prämie von Zwei Thalern; b) in sofern sie dieselbe im Monat Juli d. J. abgeben: eine Prämie von Einem und einem halben Thaler; c) in sofern sie solche im Monat August d. J. einreichen: eine Prämie von Einem Thaler, auf jede Hundert Thaler des ihnen zugehörigen Staatschuldscheine-Kapitals hierdurch bewilligt, welche ihnen sofort bar ausgezahlt werden soll. Außerdem wird in Gemäßheit des §. 4. der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 27. v. Mts. hiermit die Zustimmung erteilt, daß die neuen 3½ prozentigen Staatschuldscheine während der ersten vier Jahre, vom 1. Januar 1843. ab, also bis zum letzten December 1846. der Verloosung nicht unterworfen seyn sollen. Die gedachte Erklärung muß von Einheimischen bei der Controle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30., von Auswärtigen aber bei der ihnen zunächst gelegenen Regierungen-Hauptkasse schriftlich abgegeben werden, indem weder wir, noch die gedachte Controle, und in die dieselbige Correspondenz mit den Besitzern der Staatschuldscheine einlassen können. Hiernach wird nun: 1) ein jeder Inhaber von Staatschuldscheinen zuvörderst die in den bisherigen 19 Verloosungen für den Tilgungsfonds gezogenen Staatschuldscheine von den übrigen abzusondern haben — indem es wegen Realisirung der Ersteren bei demjenigen verbleibt, was durch unsere diesfälligen besonderen Bekanntmachungen vorgeschrieben ist. Sollten dergleichen von den Verloosungen betroffene Staatschuldscheine auf die Listen der Behufs der Convertirung einzureichenden Staatschuldscheine aufgenommen, und sollte dies bei Revision der Listen nicht entdeckt, vielmehr den Präsentanten solcher Staatschuldscheine die oben erwähnte Prämie aus Versehen gezahlt werden, so wird die solchergehalt unrechtmäßigerweise bezogene Prämie bei der Auszahlung des Kapital-Betrages der ausgelooften Staatschuldscheine wieder eingezogen werden. 2) Die Inhaber nicht ausgeloofter Staatschuldscheine, welche sich zur Umschreibung derselben in neue, zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, Verbriefungen verstehen, haben mit ihrer desfallsigen Erklärung eine von ihnen unter Angabe ihres Standes, Gewerbes, Wohnorts u. zu vollziehende Liste, in welcher alle auf einen gleichen Kapital-Betrag lautende Stücke unter einer eigenen Abtheilung einzeln, nach der Zahlenordnung, mit ihren Nummern und Buchstaben, nach einander zu verzeichnen sind, einzureichen. Dieser Erklärung und Liste, zu welcher gedruckte Formulare, sowohl hier in Berlin, bei der Controle der Staatspapiere, wie auch bei jeder Regierungen-Hauptkasse unentgeltlich zu haben seyn werden, sind die Staatschuldscheine in derselben Ordnung, in welcher ihre Nummern in der Liste aufeinander folgen, jedoch ohne die zu denselben gehörigen Zins-Coupons, beizulegen, indem diese Letzteren zur Zeit ihrer Fälligkeit in gewöhnlicher Weise zu realisiren bleiben. 3) Um den Verkehr mit den Staatschuldscheinen nicht zu hemmen, werden die Behufs der Convertirung einzureichenden Papiere sofort nach erfolgter Bedruckung mit einem Stempel, welcher die Worte: „Reduzirt auf 3½ Prozent vom 1. Januar 1843. ab“ enthält, einseiwelen den Präsentanten zurückgegeben werden. Zugleich wird Letzteren die oben unter a. b. c. verheißene resp. Prämie bar ausgezahlt, worüber sie auf der Liste der gestempelten Staatschuldscheine zu quittiren haben. Die Bestimmung des Zeitpunkts, mit wel-

chem der Umtausch der mit dem Reductions-Stempel bedruckten Staats-Schuldscheine in neue zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, und mit den Zins-Coupons Serie IX. zu verschiedne Verbriefungen beginnen kann, behalten wir uns vor. 4) Diejenigen Staats-Schuldscheine-Inhaber, welche die Zurücknahme ihrer Kapital-Valuta zum 2. Januar 1843. beabsichtigen, haben dieselben gleichfalls in einer, ihrer oben erwähnten desfalligen Erklärung angeschlossenen Liste nach den Appoints und der laufenden Nummer zu verzeichnen. Wegen baarer Auszahlung der Kapital-Beträge solcher Staats-Schuldscheine, wird das Weitere zu seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden. 5) Den zu vorsehend gedachten Zwecken nöthigen Verwendungen der Staats-Schuldscheine von Seiten der Inhaber an die Regieruugs-Hauptkassen und an Erstere zurück, ist die Portofreiheit zugesprochen, wenn die Adresse bei der Einsendung das Rubrum: „— Thaler Staats-Schuldscheine zur Ummwandlung bestimmt“ bei der Zurücksendung die Rubrik: „.... Thaler umgewandelte Staats-Schuldscheine“ enthält. Berlin, den 10. April 1842.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorsehende Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staats-Schulden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir zur Ergänzung und Erläuterung derselben, folgende Bemerkungen beifügen, und zwar:

Zu 1. Die Anwendung der größten Aufmerksamkeit und Sorgfalt, daß kein bereits ausgeloseter Staats-Schuldschein auf die Liste der für jetzt bloß Behuß der Erhebung der Prämie von resp. 2—1½ und 1 Prozent an die hiesige Regieruugs-Hauptkasse einzureichenden und vorläufig zurückzuempfangenden Staats-Schuldscheine mit übernommen werde, können wir nicht dringend genug befürworten, da die Besitzer solcher Staats-Schuldscheine alle durch Nichtbeachtung dieser Bestimmung entstehenden Verluste, Kosten und Weitläufigkeiten sich allein beizumessen haben würden, jedenfalls aber jedem Präsentanten von ausgeloseten Staats-Schuldscheinen der indebito empfangene Prämienbetrag späterhin bei der Auszahlung des Kapitals in Abzug gebracht werden muß.

Wir machen zu diesem Zweck noch besonders auf die durch das Publicandum der Königl. Hauptverwaltung der Staats-Schulden vom 10. April d. J. veröffentlichte und dem 14. Stücke des diesjährigen Regieruugs-Amtsblatts beigelegte Uebersicht derjenigen Verlosungen, aus welchen noch unrealisirte Staats-Schuldscheine im Umlaufe sind, aufmerksam, welche Papiere zwar allerdings auch an die Regieruugs-Hauptkasse zur Realisirung eingereicht werden können, jedoch allemal mittelst ganz besonderer Nachweisungen nach Anleitung der diesfalligen frühern Bekanntmachungen eingereicht werden müssen.

Zu 2. Die Verwalter, Vorsteher und Curatoren des Vermögens sämmtlicher von uns reffortirenden Anstalten, frommen Stiftungen, Kirchen, Schulen und sonstigen Fonds, welche sich im Besitze von Staats-Schuldscheinen befinden, werden hierdurch veranlaßt, letztere bei Vermeidung möglicher Verletzung in der angeordneten Art vor dem 30. Juni d. J. Behuß der Empfangnahme der verheißenen Prämie von Zwei Prozent an die Regieruugs-Hauptkasse hieselbst einzuliefern, die hierauf empfangenen Geldebeträge aber in den betreffenden Rechnungen unter einem besondern Abschnitte außer dem Etat in Einnahme nachzuweisen.

Zugleich fordern wir diejenigen Cautionalis und sonstigen Eigentümer von bei

empfangenen Geldbeträge aber in den betreffenden Rechnungen unter einem besondern Abschnitte außer dem Etat in Einnahme nachzuweisen.

Zugleich fordern wir diejenigen Cautionsaire und sonstigen Eigenthümer von bei den hiesigen Hauptkassen deponirten Staatsschuldscheinen hierdurch auf, im Laufe des Monats Mai d. J. sich bestimmt gegen die Registrations-Hauptkasse oder resp. die Institutens- und Communal-Hauptkasse, je nachdem die Deponirung der gedachten Staatsschuldscheine bei der einen oder der andern dieser beiden Kassen erfolgt ist, zu erklären, ob sie die Kündigung dieser ihrer Staatsschuldscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta annehmen, oder zu der Convertirung freiwillig sich verstehen und also die Prämie in Empfang nehmen wollen. Im letztern Falle müssen sie in derselben Art ihre hier aufbewahrten Staatsschuldscheine declariren und über die zu empfangende Prämie quittiren, wie alle übrigen Besitzer von Staatsschuldscheinen, welche auf die Kündigung nicht eingehen. Diese Maassregel trifft übrigens für jetzt diejenigen Cautionsaire keinesweges, welche auf den Grund der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 11. Februar 1832. wegen Regulirung des Cautionswesens für die Staatskassen- und Magazin-Beamten (Gesetzsammlung pro 1832. Seite 61. Nr. 1344.) Empfangs- und Pfandscheine der Königl. General-Staatskasse zu Berlin über die bestellten Cautionen erhalten haben.

Zur Erleichterung des Publikums haben wir die Einrichtung getroffen, daß die auf ausdrückliche Verordnung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden durchgängig anzuwendenden, gedruckten Formulare zu den an die Registrations-Hauptkasse einzusendenden Prämien-Quittungen und Listen der zu konvertirenden Staatsschuldscheine nicht allein bei der gedachten Hauptkasse, sondern auch bei sämtlichen Kreiskassen unsers Verwaltungsbereichs binnen Kurzem unentgeltlich zu haben sein werden, daher die Staatsschuldschein-Besitzer sich nur an die ihnen zunächst gelegene Kreiskasse wenden mögen, deren Rendanten ihnen auf Verlangen vollständige Belehrung und Anleitung zur vorschriftsmässigen Ausfüllung der fraglichen Formulare zu erteilen haben.

Da nach der uns erteilten Instruction der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden am 30. Juni, 31. Juli und 31. August d. J. Abends Sechs Uhr die Seitens der Registrations-Hauptkasse zu führenden Eingangs-Journale förmlich abgeschlossen und von dem Kassen-Curator beglaubigt werden sollen, folglich nach Ablauf dieses Termins keine Einwendungen weiter angenommen werden dürfen; so bleibt es sehr wünschenswerth, daß die in Rede stehenden Quittungen und Listen mit den dazu gehörigen Staatsschuldscheinen von dem Absender so zeitig zur Post befördert werden, daß sie nach dem gewöhnlichen Postenlaufe wenigstens an den jenen allerletzten Terminen vorhergehenden Tagen eingehen, um noch die erforderlichen Eintragungen in die Journale im Laufe des letzten Tages zu ermöglichen. Wir hoffen indessen, daß das Publikum überhaupt diese äussersten Termine nicht abwarten werde.

Zu 4. Die von denjenigen Inhabern von Staatsschuldscheinen, welche die Kündigung annehmen, mit ihrer diesfälligen Erklärung an die Registrations-Hauptkasse einzureichende Liste ist genau nach dem unten folgenden Muster auf einen ganzen Bogen anzufertigen. —

Im Allgemeinen empfehlen wir zur Vermeidung von Irrungen und Weiterungen noch recht sehr: deutliche Angabe des Wohnorts, in größern Orten auch der Hausnummer der Wohnung und auf dem platten Lande der nächsten Poststation; leserliche, eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zunamen, genaue Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, und äußerst sorgfältige Verpackung der Staatsschuldscheine, damit sie auf dem Transport nicht leiden. Behufs der richtigen Aufstellung der fraglichen Listen, welche sämmtlich in dreifacher Ausfertigung einzureichen sind, bemerken wir ausdrücklich, daß die einzusendenden Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, und zwar die vom höchsten Betrage zuerst, demnachst aber jede Gattung für sich nach der Nummer geordnet werden müssen; daß die auf der ersten Seite des ersten Exemplars befindliche Quittung und das ebenfalls auf der ersten Seite des zweiten und dritten Exemplars angebrachte Verzeichniß vollständig auszufüllen ist und die drei Exemplare genau mit einander zu kollationiren sind, da der kleinste Schreibfehler hier zu sehr unangenehmen Weiterungen Veranlassung geben würde; auch dürfen die ganzen Bogen durchaus nicht durchschnitten werden, damit die Documente hineingelegt werden können.

Endlich bemerken wir noch, daß für den persönlichen Verkehr in der hiesigen Regirungs-Hauptkassse nur die Vormittagsstunden bestimmt sind.

Merseburg, den 19. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

### L i s t e

der von **Endeunterzeichneten** zur baaren Kapital-Auszahlung am 2. Januar 1843. in Folge der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 27. März d. J. eingereichten vierprozentigen Staatsschuldscheine.

Zufindende Nr.	Der Staatsschuldscheine			Summe für jede Klasse.		Zufindende Nr.	Der Staatsschuldscheine			Summe für jede Klasse.	
	Nr.	Lit.	Betrag	Stück.	Thlr.		Nr.	Lit.	Betrag	Stück.	Thlr.

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Vor- und Zuname:

den 1842. Stand oder Gewerbe:

Nr. 190.  
Die Erfindung  
eines Sparfö-  
Apparats betr.

Der Buch- und Steindruckereibesitzer Ernst Wilhelm Köbbling zu Mühlhausen, im Regierungsbezirke Erfurt, hat einen Sparfö-Apparat erfunden, der, nach dem Urtheile von Sachverständigen, für Haushaltungen von kleinerem und mittlerem Umfange darum sehr vortheilhaft erscheint, weil er nur wenig Raum einnimmt und ersparend an Brennmaterialien ist. Auf Veranlassung des Königl. Hohen Ober-Präsidiums der Provinz Sachsen machen wir das Publikum auf diese nützliche Erfindung des ic. Köbbling mit dem Bemerken aufmerksam, daß der Staat demselben ein Patent auf diesen Sparfö-Apparat ertheilt hat.

Merseburg, den 30. März 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachstehende Liste der aufgerufenen und der Königl. Contröle der Staats-Papiere im Rechnungsjahre 1841. als gerichtlich amortisirt nachgewiesenen Staats-Papiere:

Nr. 191  
Amortisirte  
Staats-Pa-  
piere betr.

### I. Staats-Schuld-Scheine.

Des Documents				Datum des rechtskräftigen Erkenntnisses.
Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag Rthlr.	
1,172	B.	Gour.	500	vom 29. October 1840.
68,241	D.	"	100	
37,527	A.	"	1,000	
38,498	A.	"	1,000	vom 27. August 1840.
44,451	A.	"	1,000	
106,691	A.	"	1,000	
120,379	A.	"	1,000	vom 7. December 1840.
29,282	A.	"	1,000	
8,700	B.	"	300	
32,842	O.	"	100	vom 3. December 1840.
62,630	C.	"	100	
57,282	K.	"	50	
46,380	U.	"	25	vom 11. März 1841.
53,555	B.	"	500	
20,366	E.	"	100	
96,385	D.	"	100	vom 24. Februar 1840.
59,397	M.	"	50	
56,012	E.	"	50	
32,052	D.	"	100	vom 9. September 1841.
45,536	E.	"	25	
75,845	G.	"	25	
131,716	U.	"	25	

### II. Kurmärkische Obligationen.

16,672	Q.	Gour.	425	vom 24. August 1840.
--------	----	-------	-----	----------------------

### III. Kurmärkische Coupons und Zins-Scheine aus der Zeit vor und bis zum 1. Mai 1818 von der Obligation Nr. 4,263 Litt. E. über 660 Rthlr.

Special-Nr.	Stück.	à		Betrag		
		Rthlr.	Sh.	Rthlr.	Sh.	
3 bis 6	4	14	25	59	10	vom 28. November 1840.
8 = 10	3	13	5	39	15	
11 und 12	2	66	—	132	—	

Berlin, den 11. März 1842.

Königliche Contröle der Staats-Papiere.

rent

wird hierdurch auf Grund des Gesetzes vom 16. Juni 1819. zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gebracht.

Merseburg, den 12. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

**Nr. 192.**

Die Laren für  
die Bad- und  
Fleischwaaren  
betr.

Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, die in Bezug auf die Laren der Bad- und Fleischwaaren bestehenden Vorschriften wieder in Erinnerung zu bringen, und in einzelnen Punkten zu vervollständigen. Indem daher unsere Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 24. August und 3. November 1816. (Amtsblatt von 1816. Seite 305. Nr. 217. und 447. Nr. 316.) außer Kraft gesetzt werden, wird hierdurch Folgendes verordnet:

### **I. Für die Städte und Flecken der vormals sächsischen Kreise unseres Verwaltungs-Bezirks.**

In Gemäßheit des churfürstlich sächsischen Mandats vom 31. Juli 1623 sind die Ortspolizeibehörden gehalten, nach den bestehenden Marktpreisen des Getreides und Fleisches Laren für die Bäcker und Fleischer anzufertigen, welche die genaue Festsetzung des Preises einer jeden Art von Backwaaren nach deren Gewicht und einer jeden Art von Fleisch enthalten müssen, und dieselben, so oft eine merkliche Aenderung in den Marktpreisen eintritt, mindestens aber zu Anfang jedes Monats zu erneuern.

### **II. Für die Städte der ehemals westphälischen Kreise, und das platte Land des ganzen Regierungs-Bezirks.**

1) Die Fleischer und Bäcker sowie überhaupt alle, welche Fleisch und Backwaaren im Einzelnen feil halten, können zwar den Preis ihrer Waaren nach Gefallen festsetzen, sie müssen aber jeder für sich selbst eine Lare aufstellen, in welcher sie bestimmen, zu welchem Preise sie jede Art von Backwaaren nach deren Gewicht, sowie zu welchem Preise sie jede Sorte Fleisch in der nächsten Zeit verkaufen wollen, und ein eigenhändig unterschriebenes Exemplar dieses Preiscurants der Ortspolizei-Behörde einreichen.

2) Von dieser selbstverfertigten Lare darf Niemand beim Verkauf früher abweichen, als bis er anstatt der bisherigen eine neue nach Belieben veränderte Lare der Obrigkeit übergeben hat.

### **III. Allgemeine Vorschriften für den ganzen Umkreis des Regierungs-Bezirks.**

1) Jeder, der Fleisch- oder Backwaaren im Einzelnen feil hält, muß in seinem Verkaufsorte an einem in die Augen fallenden Orte eine schwarze Tafel aufhängen, auf welcher die ad I. und II. gedachten obrigkeitlichen oder selbstverfertigten Laren leserlich verzeichnet sind.

2) Jede Abänderung dieser Preisverzeichnisse ist strafbar, wenn sie in den ad I. bezeichneten Ortschaften nicht von der Obrigkeit ausdrücklich angeordnet, in den ad II. gedachten dagegen nicht derselben vorher angezeigt war.

3) Die ausgestellten Waaren müssen genau nach diesen Taxen verkauft werden; jedem Käufer steht es frei, den sofortigen Nachweis der Uebereinstimmung des Gewichts durch Zuviegen der Waare zu verlangen.

4) Von der Beobachtung dieser Vorschriften müssen die Ortspolizei-Obrigkeiten sich durch öftere Revisionen überzeugen, bei welchen zugleich die Aufmerksamkeit darauf zu richten ist, daß

- a) überall geeichte und richtige Maße und Gewichte geführt werden;
- b) daß die Verkaufsartikel nicht von einer der Gesundheit schädlichen Beschaffenheit seyen, daß namentlich kein unausgebackenes Brod, und kein faules oder von kranken Thieren herrührendes Fleisch ausgelegt werde. — Der Vorrath an dergleichen, der Gesundheit schädlichen Waaren ist zu vernichten und nach Befinden der Contravenient zur Untersuchung zu ziehen; —
- c) daß die Schlächter nicht das Fleisch aufblasen, um ihm ein besseres Ansehn zu geben;
- d) daß insonderheit die Bäcker auf der obern Kinde des Brodes dessen Gewicht durch ein Zeichen vermerken.

5) Jede Contravention gegen eine der vorstehenden Vorschriften wird mit einer Polizeistrafe von 1 — 5 Thlr. geahndet.

6) Außerdem werden die Landräthe und Magistrate autorisirt, von Zeit zu Zeit in die Localblätter Anzeigen einzurücken, in welchen sie solche Bäcker und Fleischer, welche mangelhafte Waare, ingleichen solche, welche bei übrigens tadelloser Qualität der Verkaufsartikel die wohlfeilsten und die theuersten Preise stellten, namhaft machen.

7) Die von den Obrigkeiten gefertigten Taxen sowohl, als die von den einzelnen Gewerbetreibenden eingereichten, haben die Behörden in besondre Acten zu sammeln und sorgfältig aufzubewahren. Merseburg, den 11. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e r i c h t i g u n g .

Nr. 193.

In der unserer gestrigen Zeitung (Nr. 102.) beigelegten, zu dem Publikandum wegen Kündigung von 1,328,200 Rthlr. Staats-Schuldscheine gehörigen Uebersicht derjenigen bisherigen Verlosungen, aus welchen noch unrealisirte Staats-Schuldscheine im Umlaufe sind, ist ein Druckfehler stehen geblieben, und müssen die unter der Abtheilung à 1000 Rthlr., Zeile 7, als in der 18ten Ziehung gezogen angegebenen Staats-Schuldscheine nicht 21,674 A. bis 22,942 A., sondern **22,674 A. bis 22,942 A.** heißen, welches hiermit berichtigt wird.

Berlin, im April 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Berichtigung wird hierdurch im Verfolg des mittelst unserer Verfügung vom 15. April d. J. im 14. Stücke des diesjährigen Amtsblatts Seite 86. bis 88. Nr. 183. veröffentlichten Publikandums der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden vom 10. April d. J., die Kündigung von 1,328,200 Thlr. Staats-Schuldscheine zur baaren Auszahlung am 2. Januar 1843. betreffend, und mit Ver-

zug auf die jener Verfügung beigefügte Uebersicht derjenigen bisherigen Verloosungen, aus welchen noch unrealisirte Staatsschuldscheine im Umlaufe sind, zur öffentlichen Kenntniß und Beachtung gebracht. Merseburg, den 25. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 194.

Die Zuständig-  
keit fremdlän-  
discher Behör-  
den zur Erthei-  
lung von Hei-  
mathscheinen  
betr.

Nachdem in neuerer Zeit von den Unterbehörden häufig angefragt worden ist: in wie weit Heimathscheine, welche Ausländern zum temporären Aufenthalte in den diesseitigen Staaten nur von den betreffenden Unterbehörden ohne Legalisirung, oder Beglaubigung einer höheren Behörde ausgestellt worden, in formeller Beziehung als gültig anzuerkennen seien,

haben wir uns veranlaßt gefunden, mit nachbenannten Staatsregierungen, aus deren Gebieten derartige Heimathscheine producirt worden sind, darüber in Communication zu treten, welchen Behörden nach dortiger Verfassung die Befugniß zur Ausstellung von Heimathscheinen zustehe.

In Verfolg der diesfälligen uns zugegangenen Mittheilungen bringen wir nunmehr Nachstehendes hiermit zur öffentlichen Kenntniß:

### I. Im Herzogthum Sachsen-Altenburg

sind die unteren Verwaltungsbehörden (Kemter, Stadträthe und Patrimonialgerichte) befugt, mit Zustimmung der Gemeinden Heimathscheine für das Ausland auf die Dauer von 9 Jahren auszustellen. Derartige Heimathscheine, auch wenn sie nur von Gemeindevorständen unter Beglaubigung der zuständigen Unterbehörden ausgestellt sind, bedürfen nur dann einer höheren Befätigung (und zwar der der betreffenden Landesregierung), wenn sich die Gültigkeit über die Dauer von 9 Jahren hinauserstrecken soll.

### II. Im Herzogthum Sachsen-Meiningen

ist die Ausstellung von Heimathscheinen den städtischen Behörden und den Vorständen der Landgemeinden übertragen worden, jedoch mit der Beschränkung, daß die Heimathscheine zu ihrer vollen Gültigkeit jedesmal noch der Beglaubigung der Herzoglichen Verwaltungämter oder des Residenz-Polizeidirectors bedürfen.

### III. Im Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha

sind nachfolgend benannte Behörden Heimathscheine auszustellen befugt, ohne daß eine höhere Legalisirung der letzteren nöthig ist:

- |     |                                  |
|-----|----------------------------------|
| 1)  | das Herzogliche Justizamt Gotha, |
| 2)  | " " " Tenneberg,                 |
| 3)  | " " " Georgenthal,               |
| 4)  | " " " Liebenstein,               |
| 5)  | " " " Zella,                     |
| 6)  | " " " Volkenroda,                |
| 7)  | " " " Tonna,                     |
| 8)  | " " " Schtershausen,             |
| 9)  | " " " Gerichtsamt Nizza,         |
| 10) | " " " Wangenheim,                |
| 11) | " " " Thal,                      |



- 12) die Fürstlich Hohenlohe-Kanzlei zu Ohrdruf,
- 13) der Stadtrath zu Gotha,
- 14) " " " Ohrdruf,
- 15) " " " Waltershausen,
- 16) die Gerichte zu Laucha, Großenbehringen, Stebten, Reitmanna-hausen, Herbsleben, Neubietenborn, Wolfis, Lambuchshof, Heerda, Weningsroda, Gospietoda und Frankenroda.

#### IV. Im Großherzogthum Sachsen-Weimar

sind die Heimathscheine, welche vortigen Staatsangehörigen in den Städten vom Stadtrath, auf dem Lande aber von wenigstens zwei Ortsvorstehern ausgestellt und letzteren Falles von den Großherzogtl. Justizämtern und Gerichten als Ortspolizeibehörden beglaubigt worden sind, auch ohne höhere Legalisation als gültig zu betrachten.

#### V. Im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen und zwar:

A. Im Bezirke der Fürstl. Regierung zu Sondershausen sind nachbenannte Behörden:

- 1) der Stadtrath zu Sondershausen,
- 2) " " " Greußen,
- 3) das Fürstl. Amt zu Sondershausen,
- 4) " " " Glingen,
- 5) " " " Scharnberg-Ebeleben in Ebeleben,
- 6) " " " zu Reule,
- 7) " Stadtmagistrat zu Großenehrich,
- 8) die Adel. Wurmbschen Gemeinschaftsgerichte in Großenfurze,
- 9) " Freiherrl. Wendelschen-Adelmannschen Gerichte in Wendelschen,
- 10) " Herrl. Lutterothl. Gerichte in Belsleben,

zur Ausstellung von Heimathscheinen befugt; jedoch nur in den Fällen, in welchen auch wir nach dem Ministerial-Rescript vom 11. December 1840 die Ausstellung von Heimathscheinen für dieseitige Unterthanen nicht selbst vorbehalten haben. In den vorbehaltenen Fällen werden die Scheine von der Fürstl. Regierung selbst ausgestellt.

B. Im Bezirke der Fürstl. Regierung zu Arnstadt sind:

- 1) das Fürstl. Amt zu Arnstadt,
- 2) " " " " " Gehren,
- 3) der Stadtmagistrat zu Arnstadt,
- 4) " " " " " Plauke,
- 5) die Adel. v. Ketelhodtl. Gerichte zu Behringen,

zur Ausstellung von örtlichen, einer höheren Legalisation nicht bedürftigen Heimathscheinen für die ihrer resp. Jurisdiction unterworfenen Individuen autorisirt, während für die nach vortiger Verfassung binglich oder persönlich schriftfälligen Individuen von der Fürstl. Regierung selbst nach vorgängiger Communication mit der Wohnungs-Obrigkeit des betreffenden Individui Heimathscheine ausgestellt werden.

#### VI. In den Fürstl. Reuß'schen Länder und zwar:

A. älterer Linie Reuß von Plauen haben die von den betreffenden Unterbehörden

selbst ausgestellt, oder die durch dieselben beglaubigten und von den Gemeindevorständen ausgestellt,

- B. jüngerer Linie Kneß von Plauen, die von den Ortsbehörden (Justizämtern, Stadträthen und Patrimonialgerichten) beglaubigten oder ausgestellten Heilmathscheine ohne höhere Bestätigung volle Gültigkeit.

Hiernach weisen wir die Kreis- und Ortsbehörden des Regierungsbezirks an, die aus den Bezirken der benannten Staatsregierungen producirt und in vorge-  
dachter Weise ausgestellten Heilmathscheine als formell gültig anzunehmen.

Merseburg, den 14. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 195. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der bisherige Preis der  
Den Preis der Blutegel von Drei Silbergrößen pro Stück auch noch ferner, und zwar vorläufig  
Blutegel bis Ende April künftigen Jahres fortbestehen wird.  
t. J. betr.

Merseburg, den 15. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 196. Auch in dem vergangenen Jahre hat sich der in unserem Regierungsbezirke herr-  
schende Sinn für Verbesserung des Kirchen- und Schulwesens durch nachstehende zu  
Belohnungen. unserer Kenntniß gekommenen gemeinnützigen Handlungen ganzer Gemeinden und ein-  
zelner Personen aus Neue in erfreulicher Weise bethätigt. Es hat nämlich:

I. in der Ephorie **Cönnern** der Bürger Karl Stegmann daselbst zur Verschö-  
nerung der dasigen Kirchenorgel ein Kapital von 300 Thlr. geschenkt.

II. In der Ephorie **Delitzsch** hat in Werbelin

- 1) der Gutbesitzer Christoph Baack nebst seiner Ehefrau am Erntefeste 1840.  
der dasigen Kirche eine neue Altarbekleidung von seinem violetten Tuche mit  
Goldfranzen und Stickerei,
- 2) desgleichen der Gutbesitzer Christoph Holzweißig sen. daselbst nebst seiner  
Ehefrau am Palmsonntage derselben Kirche eine neue Taufstein- und Kanzel-  
bekleidung von demselben Tuche mit goldnen Franzen und Stickerei geschenkt.
- 3) In Beerendorf in derselben Ephorie hat die verwittw. Gutbesitzerin Torre  
die Kirche daselbst am Erntefeste 1840. mit einer neuen passenden Altar-,  
Kanzel-, Taufstein- und Pultbekleidung beschenkt.

III. In der Ephorie **Gearttsberga** hat

- a) die kleine nur aus 36 Familien bestehende Gemeinde Steinburg 103 Thlr.  
zur Herstellung der Orgel und Verschönerung der Kirche unter sich aufgebracht.
- b) In **Schimml** hat der Einwohner Karl Böttner der dasigen sehr armen  
Kirche ein neues Crucifix geschenkt.

IV. In der Ephorie **Elsterwerda** ist der Kirche zu Kahla von der erwachsenen  
Jugend beiderlei Geschlechts, und von einigen andern Einwohnern eine neue  
schwarze Kanzel- und Altarbekleidung von seinem Tuche verfertigt worden.

V. In der Ephorie **Gerbsch** erhielt

- a) die St. Johanniskirche daselbst am Ostern v. J.:

- 1) eine Altar-, Taufstein- und Kanzelbekleidung von feinem blauen Tuche mit Silber-Stickerei und silbernen Franzen,
  - 2) ein fein gearbeitetes Kommuniontuch und einen mit Spizen besetzten Taufstein-Umhang von weißem Battist,
  - 3) zwei Teppiche vor dem Altar, ein Taufbecken von englischem Zinn, eine wollene Tisch- und eine verglachte Fußbede in dem Predigerstuhl, zwei mit schwarzem Tuche beschlagene Fußbänke und einen mit Silber gestickten Cymel;
- b) die Kirche zu Bösenburg erhielt von den bürgerlichen Frauen und Jungfrauen:

- 1) eine schwarze Altar-Fußbede,
  - 2) eine neue Taufstein-Bekleidung und
  - 3) eine vervollständigte Altarbekleidung;
- c) die Kirche zu Weesensee wurde von dem bürgerlichen Eigenthümer Wendenburg:
- 1) der Altar und die Kanzel durch Anstrich und Vergoldung geschmackvoll verschönert,
  - 2) der Altar mit drei Oelgemälden mit Gegenständen aus der biblischen Geschichte geschmückt.

Desgleichen wurde der gedachten Kirche von dem Eigenthümer Netze eine neue Kanzel- und Altarbekleidung von Sammetmanchester mit silbernen Franzen und verglachte Stickerei verehrt.

**VI.** In der Ephorie **Herberg** hat die Gemeinde zu Gräfenberg im vorigen Sommer mit einem namhaften Kostenaufwande einen nicht unbedeutenden Kirchenbau ausgeführt, so daß die dortige Kirche eine ebenso gesicherte und gesunde als geräumige und freundliche Gestalt gewonnen hat.

**VII.** In der Ephorie **Lauchstedt** hat sich

- a) nicht allein die Gemeinde Schaaßstädt, sondern auch einzelne Mitglieder derselben seit einigen Jahren durch mancherlei nützliche und mit bedeutendem Kostenaufwande verbundene neue Einrichtungen in ihrem Kirchen- und Schulwesen und an ihrem Gottesacker auf eine lobenswerthe Art ausgezeichnet, namentlich eine 4te Lehrerstelle gestiftet und dotirt, ein neues Schulhaus mit einem Kostenaufwande von circa 6000 Thlr. erbaut. Der Herr Kirchenpatron, Baron von Funke hat der Kirche daselbst eine neue werthvolle Bekleidung für Altar, Kanzel und Taufstein, so wie auch die dasige Gemeinde eine dergleichen zum Geschenk gemacht. Eben so hat
- b) die Gemeinde Schlettau zu Anschaffungen von nützlichen und nothwendigen Geräthschaften und Utensilien für ihre Schule und zu einem neuen Oelgebäude eine namhafte Summe aus eigenen Mitteln aufgebracht, so wie der Herr Kirchenpatron, Kriegs- und Domainenrath Franz und einzelne Gemeindeglieder mehrfache Geschenke zur Verschönerung ihrer Kirche und zur Vervollständigung der Geräthschaften derselben dargebracht haben.

**VIII.** In der Ephorie **Rügen** hat der in Kößschau unlängst verstorbene Herr Seehausen einen an seinem Jubelfeste von seinen Kindern zum Geschenk erhaltenen Pokal der Kirche daselbst, wenig Stunden vor seinem Tode, als Reliquie zum Gebrauch bei der Communion überwiesen.

IX. In der Ephorie **Mansfeld** hat

- a) die Gemeinde Bräunrode einen neuen Gottesacker angelegt, und mit einer massiven Mauer mit einem Kostenaufwande von 500 Thlr. aus eigenen Mitteln umgeben;
- b) die Gemeinde Greiffenhagen, welche bisher ihre Todten auf dem Kirchhofe zu Bräunrode begraben ließ, einen Gottesacker auf eigene Kosten angelegt, mit einer massiven Mauer umgeben, außerdem ebenfalls mit bedeutendem Kostenaufwande ein Haus angekauft und zu einem zweckmäßigen Schulhause eingerichtet.

X. In der Ephorie **Sangerhausen** hat die nicht wohlhabende Gemeinde Odersdorf eine ihr aus der dortigen Schloßcapelle geschenkte Glocke mit einem Kostenaufwande von 292 Thlr. umgessen und zum Gebrauch für ihre Kirche vergrößern lassen.

XI. In der Ephorie **Schkeuditz** ist die Kirche zu Zöschen bei Gelegenheit der Einführung eines neuen Predigers von der Ehegattin des dortigen Rittergutsbesizers Dieck mit einer neuen Altar-, Kanzel- und Taufstein-Bekleidung und von der Ehegattin des dasigen Mühlenbesizers Pechuel mit mehreren anderen Kirchenornamenten beschenkt worden.

XII. In der Ephorie **Schlieben** ist

- a) der Mutterkirche zu Hohenbucko für die Kanzel und den Altar von dem Hülner Hannemann jun. eine neue Bekleidung,
- b) der Filialkirche zu Proßmark von einem Ungenannten ein neues Crucifix,
- c) der Gemeinde Schwarzburg von dem vormaligen Rittergutsbesitzer Buditz eine eiserne Glocke geschenkt worden. Dazu hat
- d) der jetzige Besitzer des herrschaftlichen Guts Eichelbaum aus seinen Mitteln einen Thurm erbaut.

XIII. In der Ephorie **Weissenfels** hat

- a) in der Parochie Köttichau ein dasiger Einwohner Schumann die dasige Kirche mit einem werthvollen Crucifix und eine Jungfrau Schmuel im Filialdorfe Dobris den Altar zu Köttichau mit mehreren Zierathen versehen;
- b) die Gemeinde Oberneffa hat der dasigen Schulstelle ein Stückchen Land zu einem Obstgarten geschenkt.

XIV. Ephorie **Zeitz**. In derselben hat sich die Kirchfahrt zu Langenau besonders durch ihre rühmliche unaufgeforderte Sorgsamkeit für ihr Kirchen-, Pfarr- und Schulwesen und insbesondere für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude im Laufe einiger Jahre ausgezeichnet.

XV. Endlich haben in dem zum Bezirke des Gräfl. Stolbergischen Consistorii zu Kößla gehörigen Dorfe Thürungen im Amte Kelbra die Jünglinge und Jungfrauen zum Andenken an die 1541. daselbst eingeführte Reformation Altar und Taufstein am vorjährigen Reformationsfeste mit einer neuen geschmackvollen Bekleidung versehen. Merseburg, den 31. März 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Die, von der Regieruugs-Hauptkaffe hierselbst ausgefertigten Quittungen über die Nr. 197.  
im 4ten Quartale 1841. für den Ankauf von Domainen- und Forstgrundstücken, Den Umtausch  
so wie zur Ablösung von Domainen-Prästationen u. s. w. eingegangenen Capitalien der Quittun-  
sind, nach erfolgter vorschriftsmäßiger Befestigung derselben von Seiten der Königl. gen über die  
Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, den betreffenden Special-Kassen zur Aus- im 4ten Quar-  
händigung an die Interessenten überandt worden, welche sich daher bei diesen Kassen tale 1841. em-  
zu melden und dabei die vorher erhaltenen Interims-Quittungen zurück zu geben gegeben  
haben. Merseburg, den 18. April 1841. veräußerte Do-  
mainen- und  
Forstgrund-

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Auf den Grund eines Rescriptes des Königl. Geheimen Staats=Ministers Herrn Nr. 198. von Labenberg Excellenz vom 25. März 1842. Nr. 2419. werden die Königl. Die Duit-  
Rent- und Domainen=Ämter, so wie die Königl. Forstämtern unserß Bezirks, hier- tung=Leistung  
durch angewiesen, den, durch unsere Bekanntmachung vom 21. October 1833. (Amts- über Domai-  
blatt pro 1833. pag. 228. Nr. 406.) vorgeschriebenen Interims=Duitungen über nen = n. For-  
den Empfang von Domainen= oder Forstveräußerungs=Erbsands= und Ablosungs- veräußerungs-  
Kapitalien, welche an dieselben eingezahlt werden, am Schlusse noch folgenden Zu- Erbsands= u.  
satz beizufügen: Ablosungs-  
der betr.

„Sofern der Inhaber der Interims-Duittung dieser Aufforderung im Amtsblatte keine Folge leistet und die sechsmonatliche Frist verstreichen läßt ohne die Aushändigung der, von der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden beschleunigten Duittung der Regierungen-Hauptkasse nachzusuchen und, wenn er sie von der Spetalkasse nicht sollte erlangen können, sich sogleich deshalb an die unterzeichnete Königl. Regierung zu wenden, kann nach Ablauf jener Frist die Interims-Duittung nicht mehr als gültig anerkannt werden und der Inhaber der Interims-Duittung hat den für ihn daraus hervorgehenden Nachtheil demnächst lediglich sich selbst beizumessen.“

Das Publikum wird von dieser Bestimmung hierdurch ebenfalls in Kenntniß gesetzt.

Merseburg, den 14. April 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Sämmtliche Vormünder in den hier schwebenden Vormundschaften, die Curatoren in den hier anhängigen Curatelen jeder Art, für deren Rechnung Staatsfchuldscheine in dem Depositorio des Pupillen-Collegii oder Oberlandesgerichts sich befinden, überhaupt aber alle Interessenten hier deponirter Staatsfchuldscheine, ohne Ausnahme, werden hierdurch auf die im 10. Stück der Gesetzsammlung für dieses Jahr enthaltene Allerhöchste Kabinettsorder vom 27. März 1842, betreffend die Umwandlung der Staatsfchuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf 3½ Prozent mit der Aufforderung aufmerksam gemacht, sofort zu dem betreffenden Acten ihre Erklärung darüber einzureichen, ob sie die Ründigung der Staatsfchuldscheine annehmen oder in die Umwandlung derselben einwilligen.

Nr. 199.  
Die Umwandlung der Staatsfchuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf 3½ Prozent in Gemäßheit der Allerhö-

den Kabinetts-  
order vom 27.  
März 1843  
bezt.

Von denjenigen Vormündern, Curatoren und Interessenten, welche dieser Anforderung nicht bis zum 14. Mai d. J. nachkommen, wird angenommen werden, daß sie die geschehene Kündigung der betreffenden Staatsschuldsscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta ihrer Seite nicht annehmen, sondern diese Papiere ohne Weiteres der allgemeinen Convertirung unterwerfen und demgemäß von dem bestimmt gewesenen Verfalltage, dem 2. Januar 1843 ab, nur den heruntergesetzten Zinssatz von 3½ Prozent jährlich fortbeziehen wollen.

In Uebereinstimmung hiermit wird alsdann das Erforderliche wegen Convertirung der Staatsschuldsscheine und Erhebung der Prämie von hieraus ohne Verzug veranlaßt werden.

Raumburg, den 19. April 1842.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht und Pupillen-Collegium.

Nr. 200.  
Das Sach- und  
Namen-Regis-  
ter der Geset-  
sammlung  
bezt.

Ogleich von Zeit zu Zeit die Benachrichtigung erneuert worden, daß zu der Gesetzsammlung für die Jahre 1806 bis 1830 einschließlich ein 43 Bogen starker Sach- und Namenregister herausgegeben ist; so scheint dennoch die Existenz dieses, dem Geschäftsmanne so unentbehrlichen Nachschlagemittels noch immer nicht bekannt genug zu seyn; das unterzeichnete Comtoir glaubt daher die Interessenten auf diese Erscheinung wiederholentlich aufmerksam machen zu müssen und fügt gleichzeitig die Nachricht hinzu: daß von heute ab der Verkaufspreis für ein Exemplar Druckpapier auf 10 Sgr. und der für ein Exemplar Schreibpapier auf 15 Sgr. herabgesetzt worden, für welchen Betrag die sämmtlichen Postanstalten der Monarchie das Werk portofrei zu besorgen verpflichtet sind.

Berlin, den 8. April 1842.

Königl. Debits-Comtoir der Gesetzsammlung.

### Personal-Chronik.

- Nr. 201. Der Postverwalter Berth zu Schlieben hat die Agentur der Lebensversicherungsbank für Deutschland zu Gotha niedergelegt und ist solche dem Rathskämmerer Fleck baselbst für die Stadt Schlieben und Umgegend übertragen worden.
- Nr. 202. Der Candidat der Feldmesskunst Friedrich Gottlob Fürstenhaupt zu Schochwitz ist zum Feldmesser ernannt und als solcher verpflichtet worden.
- Nr. 203. Die interimistische Verwaltung des durch das Ausscheiden des Landraths Krug von Ribba vacant gewordenen Landrathsamts zu Sangerhausen ist dem Ritzgutsbesitzer und Oberlandesgerichts-Referendar Freiherrn von Werthern auf Brücken höheren Orts übertragen worden.
- Nr. 204. Der Pfarrer Gerhard Theodor Meyer zu Klippschen, Ephorie Torgau, ist den 3. d. M. im bald vollendeten 43ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronat.
- Nr. 205. Der vormalige freiwillige Jäger Karl Heinrich Wittig ist zum interimistischen Amtsdienier und Executor bei dem Königl. Domainen-Kontant Weissenfels bestellt worden.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

16. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 7. Mai 1842.

**B e k a n n t m a c h u n g,**  
die Kündigung, Auszahlung und Umschreibung der noch unverloosten Staatsschuldscheine betreffend.

Zufolge der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. v. Mts., betreffend die Umwandlung der Staatsschuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf  $3\frac{1}{2}$  Procent (Gesetz-Sammlung Nr. 2255.), sollen sämtliche noch im Umlauf befindliche Preussische Staatsschuldscheine, soweit sie in den, Behufs der Tilgung bisher stattgefundenen 19 Verloosungen noch nicht gezogen, und also nicht bereits gekündigt sind, vom 2. Januar 1843. ab, nur noch mit  $3\frac{1}{2}$  Procent jährlich verzinst werden. Es werden daher sämtliche noch circulirende, durch die bisherigen 19 Verloosungen nicht betroffene Staatsschuldscheine, zum Behuf der baaren Zurückzahlung der verschriebenen Kapital-Verträge, welche am 2. Januar 1843. hier in Berlin bei der Controle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30., in Empfang zu nehmen sind, ihren Besitzern hierdurch gekündigt, mit der Aufforderung, diese Papiere, unter der schriftlichen Erklärung, die Kündigung anzunehmen, spätestens bis zum 1. September d. J. gegen Depositalscheine einzuliefern. Einheimische haben jene Erklärung nebst ihren Staatsschuldscheinen bei der Controle der Staatspapiere, Auswärtige aber solche bei der ihnen zunächst gelegenen Regierungs-Hauptkasse einzureichen. Von denjenigen Inhabern von Staatsschuldscheinen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird angenommen werden, daß sie die geschehene Kündigung ihrer Staatsschuldscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta ihrer Selts nicht annehmen, sondern diese Papiere mittelst stillschweigender Vereinnung ohne Weiteres der allgemeinen Convertirung unterwerfen, und demgemäß vom 2. Januar 1843. ab nur den herabgesetzten Zinssatz von  $3\frac{1}{2}$  Procent jährlich fortbeziehen wollen. Zugleich wird benannten Inhabern von Staatsschuldscheinen, welche sich unter Einreichung derselben mit der Herabsetzung der Zinsen von 4 auf  $3\frac{1}{2}$  Procent jährlich, vor dem 1. September d. J. ausdrücklich einverstanden erklären, in sofern sie diese Erklärung: a) in dem Zeitraume vom 1. Mai bis einschließlich den 30. Juni d. J. abgeben: eine Prämie von Zwei Thalern; b) in sofern sie dieselbe im Monat Juli d. J. abgeben: eine Prämie von Einem und einem halben Thaler; c) in sofern sie solche im Monat August d. J. einreichen: eine Prämie von Einem Thaler, auf jede Hundert Thaler des ihnen zugehörigen Staatsschuldschein-Kapitals hierdurch bewilligt, welche ihnen sofort baar ausgezahlt werden soll. Außerdem wird in Gemäßheit des §. 4. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. v. Mts. hiermit die Zustimmung ertheilt,

Nr. 206.  
Die Kündigung und Convertirung der Staatsschuldscheine betr.

daß die neuen 3½prozentigen Staats Schuldscheine während der ersten vier Jahre, vom 1. Januar 1843. ab, also bis zum letzten December 1846. der Verloosung nicht unterworfen seyn sollen. Die gedachte Erklärung muß von Einheimischen bei der Controle der Staatspapiere, Laubenstraße Nr. 30., von Auswärtigen aber bei der ihnen zunächst gelegenen Regierungs-Hauptkasse schriftlich abgegeben werden, indem weder wir, noch die gedachte Controle, uns in eine diesfällige Correspondenz mit den Besitzern der Staats Schuldscheine einlassen können. Hiernach wird nun: 1) ein jeder Inhaber von Staats Schuldscheinen zuvörderst bei in den bisherigen 19 Verloosungen für den Tilgungsfonds gezogenen Staats Schuldscheine von den übrigen abzusondern haben — indem es wegen Realisirung der Ersteren bei demjenigen verbleibt, was durch unsere diesfälligen besonderen Bekanntmachungen vorgeschrieben ist. Sollten dergleichen von den Verloosungen betroffene Staats Schuldscheine auf die Listen der Behufs der Convertirung einzureichenden Staats Schuldscheine aufgenommen, und sollte dies bei Revision der Listen nicht entdeckt, vielmehr den Präsentanten solcher Staats Schuldscheine die oben erwähnte Prämie aus Versehen gezahlt werden, so wird die solchergestalt unrechtmäßigerweise bezogene Prämie bei der Auszahlung des Kapital-Betrags der ausgelosten Staats Schuldscheine wieder eingezogen werden. 2) Die Inhaber nicht ausgeloseter Staats Schuldscheine, welche sich zur Umschreibung derselben in neue, zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, Verbriefungen verstehen, haben mit ihrer desfallsigen Erklärung eine von ihnen unter Angabe ihres Standes, Gewerbes, Wohnorts u. zu vollziehende Liste, in welcher alle auf einen gleichen Kapital-Betrag lautende Stücke unter einer eigenen Abtheilung einzeln, nach der Zahlenordnung, mit ihren Nummern und Buchstaben, nach einander zu verzeichnen sind, einzureichen. Dieser Erklärung und Liste, zu welcher gedruckte Formulare, sowohl hier in Berlin, bei der Controle der Staatspapiere, wie auch bei jeder Regierungs-Hauptkasse unentgeltlich zu haben seyn werden, sind die Staats Schuldscheine in derselben Ordnung, in welcher ihre Nummern in der Liste aufeinander folgen, jedoch ohne die zu denselben gehörigen Zins-Coupons, beizulegen, indem diese Letzteren zur Zeit ihrer Fälligkeit in gewöhnlicher Weise zu realisiren bleiben. 3) Um den Verkehr mit den Staats Schuldscheinen nicht zu hemmen, werden die Behufs der Convertirung einzureichenden Papiere sofort nach erfolgter Bedruckung mit einem Stempel, welcher die Worte: „Reduzirt auf 3½ Prozent vom 1. Januar 1843. ab“ enthält, einstweilen den Präsentanten zurückgegeben werden. Zugleich wird letzteren die oben unter a. b. c. verheißene resp. Prämie baar ausgezahlt, worüber sie auf der Liste der gestempelten Staats Schuldscheine zu quittiren haben. Die Bestimmung des Zeitpunkts, mit welchem der Umtausch der mit dem Reductions-Stempel bedruckten Staats Schuldscheine in neue zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, und mit den Zins-Coupons Serie IX. zu versehenen Verbriefungen beginnen kann, behalten wir uns vor. 4) Diejenigen Staats Schuldschein-Inhaber, welche die Zurücknahme ihrer Kapital-Baluta zum 2. Januar 1843. beabsichtigen, haben dieselben gleichfalls in einer, ihrer obenerwähnten desfallsigen Erklärung angefügten Liste nach den Appoints und der laufenden Nummer zu verzeichnen. Wegen baarer Auszahlung der Kapital-Beträge solcher Staats Schuldscheine, wird das Weitere zu seiner Zeit öffentlich bekannt



gemacht werden. 5) Den zu vorstehend gedachten Zwecken nöthigen Versendungen der Staatsschuldscheine von Seiten der Inhaber an die Regieruugs-Hauptkassen und an Erstere zurück, ist die Portofreiheit zugesprochen, wenn die Adresse bei der Einsendung das Rubrum: „— Thaler Staatsschuldscheine zur Umwandlung bestimmt“ bei der Zurücksendung die Rubrik: „.... Thaler umgewandelte Staatsschuldscheine“ enthält. Berlin, den 10. April 1842.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir zur Ergänzung und Erläuterung derselben, folgende Bemerkungen beifügen, und zwar:

Zu 1. Die Anwendung der größten Aufmerksamkeit und Sorgfalt, daß kein bereits ausgeloseter Staatsschuldschein auf die Liste der für jetzt bloß Behufs der Erhebung der Prämie von resp. 2—1½ und 1 Prozent an die hiesige Regieruugs-Hauptkasse einzureichenden und vorläufig zurückzuempfangenden Staatsschuldscheine mit übernommen werde, können wir nicht dringend genug beiführen, da die Besitzer solcher Staatsschuldscheine alle durch Nichtbeachtung dieser Bestimmung entstehenden Verluste, Kosten und Weitläufigkeiten sich allein beizumessen haben würden, jedenfalls aber jedem Präsentanten von ausgeloseten Staatsschuldscheinern der indebito empfangene Prämienbetrag späterhin bei der Auszahlung des Kapitals in Abzug gebracht werden muß.

Wir machen zu diesem Zweck noch besonders auf die durch das Publicandum der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. April d. J. veröffentlichte und dem 14. Stücke des diesjährigen Regieruugs-Amtsblatts beigefügte Uebersicht derjenigen Verlosungen, aus welchen noch unrealisirte Staatsschuldscheine im Umlaufe sind, aufmerksam, welche Papiere zwar allerdings auch an die Regieruugs-Hauptkasse zur Realisirung eingesendet werden können, jedoch allemal mittelst ganz besonderer Nachweisungen nach Anleitung der diesfälligen frühern Bekanntmachungen eingereicht werden müssen.

Zu 2. Die Verwalter, Vorsteher und Curatoren des Vermögens sämmtlicher von uns ressortirenden Anstalten, frommen Stiftungen, Kirchen, Schulen und sonstigen Fonds, welche sich im Besitze von Staatsschuldscheinern befinden, werden hierdurch veranlaßt, letztere bei Vermeidung möglicher Verretung in der angeordneten Art vor dem 30. Juni d. J. Behufs der Empfangnahme der versprochenen Prämie von Zwei Prozent an die Regieruugs-Hauptkasse hieselbst einzusenden, die hierauf empfangenen Gelbbeträge aber in den betreffenden Rechnungen unter einem besondern Abschnitte außer dem Etat in Einnahme nachzuweisen.

Zugleich fordern wir diejenigen Cautionaire und sonstigen Eigenthümer von bei den hiesigen Hauptkassen deponirten Staatsschuldscheinern hierdurch auf, im Laufe des Monats Mai d. J. sich bestimmt gegen die Regieruugs-Hauptkasse oder resp. die Institutien- und Communal-Hauptkasse, je nachdem die Deponirung der gedachten Staatsschuldscheine bei der einen oder der andern dieser beiden Kassen erfolgt ist, zu erklären, ob sie die Kündigung dieser ihrer Staatsschuldscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta annehmen, oder zu der Convertirung freiwillig sich ver-

stehen und also die Prämie in Empfang nehmen wollen. Im letztern Falle müssen sie in derselben Art ihre hier aufbewahrten Staatsschuldscheine declariren und über die zu empfangende Prämie quittiren, wie alle übrigen Besitzer von Staatsschuldscheinen, welche auf die Kündigung nicht eingehen. Diese Maßregel trifft übrigens für jetzt diejenigen Kautionsaire keinesweges, welche auf den Grund der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 11. Februar 1832. wegen Regulirung des Kautionswesens für die Staatskassen- und Magazin-Beamten (Gesetzsammlung pro 1832. Seite 61. Nr. 1344.) Empfangs- und Pfandscheine der Königl. General-Staatskasse zu Berlin über die bestellten Kautionen erhalten haben.

Zur Erleichterung des Publikums haben wir die Einrichtung getroffen, daß die auf ausdrückliche Verordnung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden durchgängig anzuwendenden, gedruckten Formulare zu den an die Regierungskasse einzusendenden Prämien-Quittungen und Listen der zu konvertirenden Staatsschuldscheine nicht allein bei der gedachten Hauptkasse, sondern auch bei sämtlichen Kreisassen unsers Verwaltungsbereichs binnen Kurzem unentgeltlich zu haben seyn werden, daher die Staatsschuldschein-Besitzer sich nur an die ihnen zunächst gelegene Kreisasse wenden mögen, deren Mandanten ihnen auf Verlangen vollständige Belehrung und Anleitung zur vorschriftsmäßigen Ausfüllung der fraglichen Formulare zu erteilen haben.

Da nach der uns erteilten Instruction der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden am 30. Juni, 31. Juli und 31. August d. J. Abends Sechs Uhr die Seitens der Regierungskasse zu führenden Eingangs-Journale förmlich abgeschlossen und von dem Kassen-Kurator beglaubigt werden sollen, folglich nach Ablauf dieses Termins keine Einsendungen weiter angenommen werden dürfen; so bleibt es sehr wünschenswerth, daß die in Rede stehenden Quittungen und Listen mit den dazu gehörigen Staatsschuldscheinen von dem Absender so zeitig zur Post befördert werden, daß sie nach dem gewöhnlichen Postenlaufe wenigstens an den jenen allerletzten Terminen vorhergehenden Tagen eingehe, um noch die erforderlichen Eintragungen in die Journale im Laufe des letzten Tages zu ermöglichen. Wir hoffen indessen, daß das Publikum überhaupt diese äußersten Termine nicht abwarten werde.

Zu 4. Die von denjenigen Inhabern von Staatsschuldscheinen, welche die Kündigung annehmen, mit ihrer diesfälligen Erklärung an die Regierungskasse einzureichende Liste ist genau nach dem unten folgenden Muster auf einen ganzen Bogen anzufertigen. —

Im Allgemeinen empfehlen wir zur Vermeidung von Irrungen und Weiterungen noch recht sehr: deutliche Angabe des Wohnorts, in größeren Orten auch der Hausnummer der Wohnung und auf dem platten Lande der nächsten Poststation; leserliche, eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zunamen, genaue Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, und äußerst sorgfältige Verpackung der Staatsschuldscheine, damit sie auf dem Transport nicht leiden. Behufs der richtigen Aufstellung der fraglichen Listen, welche sämtlich in dreifacher Ausfertigung einzureichen sind, bemerken wir ausdrücklich, daß die einzusendenden Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, und zwar die vom höchsten Betrage zuerst, demnächst aber jede Gattung für sich nach der Nummer geordnet werden müssen; daß die auf der ersten Seite des



Erleichterung der Kassen durch obige Allerhöchste Kabinettkorber zugleich genehmigt worden, daß die gedachte Goldsolonne mit Ausnahme des von den Kassirern zu führenden Kassenbuchs und des Journals der Rendanten der Specialkassen, bei welchen ein besonderer Kassirer nicht vorhanden ist, überall weggelassen werde, wogegen die ursprüngliche Verpflichtung der Zahlenden hinsichtlich des Goldbetrages vor der Linie anzumerken, das bei den Staatskassen eingehende Gold aber bis auf weitere Bestimmung, und zwar der Friedrichsd'or zu 5 Thlr. 20 Sgr. und der Dukaten zu 3 Thlr. 5 Sgr. in den Kassen-Journalen, Hauptbüchern und Rechnungen als Silbergeld zu berechnen und nur noch in den oben ausgenommenen Büchern als wirkliches Gold auszubringen ist; letzteres damit der Kassenbestand jederzeit den einzelnen Münzsorten nach übersehen und nachgewiesen werden kann.

Die Königliche Regierung hat nach vorstehenden Bestimmungen bei allen von jetzt ab anzustellenden Stats zu verfahren, insgleichen wegen Weglassung der Goldsolonne aus den bezeichneten Büchern und aus den Rechnungen vom Jahre 1843 ab an die zu ihrer Verwaltung gehörenden Kassen das Erforderliche zu verfügen. Um jedoch Mißdeutungen zu verhüten, machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen, welche Zahlungen in Dukaten an Königliche Kassen zu leisten haben, durch den diesen Münzstücken für jetzt beigelegten Rechnungswert von 3 Thlr. 5 Sgr. pro Stück, von ihrer Verpflichtung, Dukaten in natura einzuliefern, nicht entbunden werden sollen, dergleichen Einzahlungen vielmehr nach wie vor wirklich in Dukaten geschehen müssen, welche indeß zu den Ausgaben nicht wieder zu verwenden, sondern der General-Staatskasse zuzuführen sind. Berlin, den 31. März 1842.  
Ministerium des Königl. Hauses | Finanz-Ministerium.

## II. Abtheilung.

(gez.) v. Ladenberg.

(gez.) Graf v. Mvnsleben.

An die Königl. Regierung zu Merseburg.

Nr. 3986. M. d. K. S. II. A.

1. 1973. F. M.

Vorstehende Bestimmungen werden unter Hinweisung auf die Bekanntmachung vom 19. December 1831 wegen Annahme der Goldmünzen mit Aufgeld statt Silbergeld, im Amtsblatte pro 1831. Seite 441. Nr. 602., enthalten, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, wobei den von uns ressortirenden landesherrlichen Kassen nachfolgende Bemerkungen noch zur besondern Beachtung empfohlen werden.

- 1) Diejenigen Goldzahlungen an Domänen- und Forstgefällen pro 1842, welche noch zur Verrechnung für das laufende Jahr gehören, und bis zum Tage des Jahreschlusses pro 1842 — also bis zum 10. Februar 1843 — bei der hiesigen Regierungen-Hauptkasse eingehen, sind noch in der bisherigen Art, dagegen
- 2) alle vom 1. Januar 1843 ab von den Specialkassen insgesammt, so wie auch von den Domänen-Pächtern pro 1843 abzulefernde Goldzahlungen, ohne Unterschied, ob solche wirklich durch Gold oder durch Silbergeld mit dem gesetzlichen Aufgelde von 13½ pCt. erfolgen, nur nach dem Courantwerth bergesetzt zu declariren, daß der Betrag der eingezahlten Goldmünzen, mit Hinzurechnung von 20 Sgr. für jeden Friedrichsd'or, in Silbergeld auf der ersten Seite der gewöhnlichen Lieferzettel unter der ersten Rubrik „Gold“ ausgewor-

fen, auf der zweiten Seite derselben aber die Stückzahl und deren Werth in Silbergelde nachgewiesen wird.

- 3) Dagegen bleibt die zeither zu den Goldzahlungen mit Aufgeld benutzte vierte Kolonne der vorgeschriebenen Lieferzettel-Formulare, in vorkommenden Fällen, zu den Einzahlungen in Conventionsgeld oder Staatspapieren zu benutzen.
- 4) In den Manualen, Extracten und Rechnungen der Domainen- und Forstverwaltung wird vom Jahre 1843 ab bei denjenigen Etats-Positionen, welche Naturalgold-Einnahme haben, der Betrag des Aufgeldes mit 13½ pCt. als Zugang sowohl gegen den Etat, als gegen den Schlußextract und die vorigen Jahresrechnungen nachgewiesen. Merseburg, den 22. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Die von Sr. Majestät dem Könige angeordneten topographischen Landesvermessungen unter der Leitung des Herrn Oberlieutenants Hänel von Gronenthal, welchem noch 15 Officiere zugetheilt sind, werden in diesem Jahre den diesseitigen Regierungsbezirk berühren.

Nr. 208.  
Die Anordnungen  
angeordneten  
topographi-  
schen Landes-  
vermessungen  
betr.

Diese Officiere sind von den Königl. Ministerien des Innern und der Polizei, des Königl. Hauses und der Finanzen mit offenen Ordres versehen worden, nach welcher die Hülfsleistungen, die sie zur Unterstützung bei ihren Geschäften zu verlangen berechtigt sind, vorzüglich in Folgenden bestehen:

- 1) Bei Befichtigung der Gegenden auf Verlangen Führer, welche dieselben genau kennen, und sonst wohl unterrichtet sind, gegen Bescheinigung zu stellen.
- 2) Bei Messung der erforderlichen Hülfslinien die nöthigen Kettenzieher, gegen eine sogleich nach der Arbeit zu leistende Bezahlung von 7½ Sgr. pro Mann und Tag zu beschaffen.
- 3) Wenn die gedachten Herren Officiere für nöthig erachten sollten, sich zu ihrem Fortkommen Fuhrwerk zu miethen; so haben die betreffenden Ortsobrigkeiten ihnen solches gegen billige, gleich baar zu leistende Bezahlung zu verschaffen, so wie überhaupt mit der größten Bereitwilligkeit für ihr schnelles und sicheres Fortkommen zu sorgen.
- 4) Das nöthige Holz zur Errichtung von Signalen und zu den Wasserstangen, dessen Bedarf übrigens nicht bedeutend seyn kann, ist von den Forstbedienten aus den Königl. Forsten unentgeltlich gegen Quittung zu verabfolgen. Sollten diese Forsten aber so entfernt liegen, daß durch die Beschaffung des Holzes aus denselben ein Zeitverlust entstehen würde, oder die Anfahrtskosten der zu dem obigen Zwecke aus den nächsten Königl. Forsten unentgeltlich zu verabreichenden Hölzer, bis an den Ort, wo sie gebraucht werden sollten, den Werth dieser Hölzer entchieden übersteigen; so ist die erforderliche Quantität von den Grundeigenthümern aus ihren Privatgehölzen zu liefern, diesen aber das Gelieferte aus dem Militair-Vermessungsfonds zu bezahlen.

Die zur Anfuhr dieser Hölzer nöthigen Fuhren werden von den Ortschaften geleistet, und nach billigem Uebereinkommen sogleich bezahlt.

- 5) Die Beamten, insbesondere Forst- und Baubediente, so wie die Ortsobrigkeiten, welche sich im Besitze von Karten und Aufnahmen solcher Gegenden befinden,

die das zur-ermessende Terrain in sich faßt, werden hierdurch angewiesen, dieselben dem Herrn Oberlieutenant Hänel von Cronenthal auf Erfordern zur Einsicht und allenfalls nöthigen Copirung mitzutheilen, auch den zur Aufnahme kommandirten Officieren die erforderlichen Notizen zur Anfertigung genauer statistischen Bemerkungen so ausführlich als möglich zu geben.

- 6) Gegen Vorzeigung dieser offenen Ordre sind die genannten Herren Officiere und die in ihrer Begleitung sich befindenden Ingenieur-Geographen überall, wo sie es verlangen werden, mit freiem Quartier zu versehen.

Die Herren Landräthe, an welche besondere Verfügung in der Sache ergangen ist, nicht minder die Ortsobrigkeiten, Magistrate, Dorfgerichte und Schulzen, insbesondere die Herren Grundbesitzer und Prediger, ingleichen die sämmtlichen Eingefessenen, werden hiermit aufgefordert, zur Beförderung des fraglichen wissenschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmens nicht nur durch Befolgung der erwähnten Vorschriften möglichst beizutragen, sondern auch sonst den beauftragten Herren Officieren alle diejenigen Hülfsleistungen, deren sie nach Lage der Umstände bedürfen möchten, bereitwillig angedeihen zu lassen. Merseburg, den 22. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 209. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinettsorder vom 12. v. M. den Antrag der Majorin von Penz, ihrem Rittergute Berg vor Eilenburg von Jacobischen Antheils den Namen **Friedrichshöhe** beizulegen, zu genehmigen geruht. Merseburg, den 13. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 210. Sämmtliche Domainenbeamte und Pächter von Etablissements u. in dem hiesigen Regierungsbezirke, welche Theilnehmer an dem Domainen-Feuerschaden-Verein sind, werden auf den Grund des Regulativs vom 28. April 1826. §. 20. hierdurch aufgefordert, ihre fixirten Beiträge für das Jahr vom 1. Mai 1842 bis zum 1. Mai 1843 von dem, nach Maßgabe der sich in ihren Händen befindenden neuesten Kataster und Recapitulationen versicherten Gesammtbetrage der Gebäude, und zwar

der 1. Klasse mit 2 Sgr. von jedem Hundert Thaler,

der 2. Klasse mit 3 Sgr. von jedem Hundert Thaler,

spätestens bis zum 1. Juni v. J. an die Hauptinspektorenkasse hieselbst, bei Vermuthung sofortiger Execution einzusenden. Merseburg, den 30. April 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

### Personal-Chronik.

- Nr. 211. Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem bisherigen Kreisdeputirten, Rittergutsbesitzer Jacob auf Großjena die Landrathsstelle des Naumburger Kreises, welche derselbe seit dem Monat Juli v. J. interimistisch verwaltet hat, zu verleihen.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 4 Bogen für den Delitzscher landrätthlichen Kreis, und
- 2) eine à 4 Bogen für den Schweiniger landrätthlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 17. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 14. Mai 1842.

Die Post-Verwaltung hat zwar schon bisher darauf Bedacht genommen, der regelmäßigen Bestellung der Briefe durch die Stadt- und Landbriefträger jede mögliche Beschleunigung zu gewähren. Indessen wird dennoch häufig von den Absendern gewünscht, daß die Bestellung durch einen expressen Boten bewirkt werde, und diesen Wunsch durch eine Bemerkung auf der Adresse ausgedrückt. Wenngleich nun die Post-Verwaltung eine Verpflichtung hierzu nicht übernehmen kann, da die zu deren pünktlichen Erfüllung nöthigen Boten den Post-Anstalten nicht jederzeit zu Gebote stehen, so ist dieselbe doch geneigt, den Wünschen des Publicums unter nachstehenden Modalitäten zu entsprechen.

**Nr. 212.**  
Die Bestellung  
der Briefe  
durch die  
Stadt- und  
Landbriefträ-  
ger betr.

- 1) Die Bestellung durch besondere Boten findet nur dann statt, wenn auf der Adresse des betreffenden Briefes bemerkt ist: „durch Expressen zu bestellen!“ wogegen auf die bloße Bezeichnung: „cito, citissime, zur schleunigen Abgabe! u. s. w.“ keine Rücksicht genommen werden kann.
- 2) Für Briefe, welche nach einem Orte bestimmt sind, wo sich eine Post-Anstalt befindet, werden in solchem Falle, außer dem etwaigen Franco, ein Bestellgeld von 2½ Sgr., für Briefe aber nach Orten, wo sich keine Post-Anstalt befindet, 15 Sgr. als Botenlohn bei der Aufgabe erhoben.
- 3) Die Kosten für extraordinäre Bestellung eines Briefes nach einem verglichenen Orte sind mit 5 Sgr. pro Meile, bis zu einem Maximum von 15 Sgr. im Ganzen, angenommen worden.

Beträgt die Bestellgebühr nach Maßgabe der Entfernung weniger als 15 Sgr., wovon die Post-Anstalt am Ankunftsorte des Briefes die absendende Post-Anstalt benachrichtigt, so wird dem Aufgeber des Briefes der zuviel eingezahlte Betrag restituirt. Es ist deshalb nöthig, daß der Aufgeber eines, zur extraordinären Bestellung nach einem Orte, wo sich keine Post-Anstalt befindet, bestimmten Briefes seinen Namen, Stand und Wohnort genau angiebt. Wenn in einzelnen seltenen Fällen für den Preis von 5 Sgr. pro Meile, oder bei Entfernungen über 3 Meilen für 15 Sgr., kein Bote zu ermitteln ist, so unterbleibt die Bestellung per Expressen, und dieselbe erfolgt im gewöhnlichen Wege. Als Beweis für die Richtigkeit der aufgelaufenen Bestellungs-Kosten dient dem Brief-Aufgeber die ihm von der Post-Anstalt seines Ortes auszuhandigende Quittung des Boten, welcher die Bestellung des Briefes übernommen hat, über das demselben gezahlte Lohn.

- 4) Briefe, welche sich im Briefkasten mit der Bezeichnung „per Expressen zu bestellen!“ vorfinden, werden von der absendenden Post-Anstalt mit der Bemerkung: daß solche im Briefkasten vorgefunden, und die Bestellgebühr dafür nicht entrichtet sey, versehen, und demgemäß durch die gewöhnlichen Bestellungs-Mittel befördert. Die Annahme von Briefen, auf welchen sich das Verlangen der extraordinären Bestellung ausgedrückt findet, ohne daß der Aufgeber die Bestellgebühr dafür entrichtet, wird dagegen ganz verweigert.
- 5) Derselbe Fall tritt ein, wenn die Bemerkung „per Expressen zu bestellen!“ ausgeschrieben oder ausradirt ist.
- 6) Auf Local-Correspondenz und Briefe für die umliegenden Ortschaften der Post-Anstalt des Aufgaborts, welche durch den Landbriefträger und anderweitige übliche Gelegenheit besorgt werden, finden die obigen Bestimmungen keine Anwendung. Unterbleibt aus irgend einem Grunde die extraordinäre Bestellung, so wird dem Absender der dafür gezahlte Betrag zurückgegeben.

Berlin, den 23. April 1842.

**G e n e r a l - P o s t - A m t .**

Nr. 213.

Das Verbot  
des Colligirens  
und der Verei-  
nigung post-  
zwangspflichti-  
ger Sendungen  
beht.

Es ist zur Kenntniß des General-Post-Amtes gekommen, daß, da das Gesetz vom 3. November 1838. (Ges. Samml. pro 1838. p. 505. 1c.) den Eisenbahn-Gesellschaften den Transport nichtpostzwangspflichtiger Güter gestattet und mehreren Frachtfuhr-Unternehmern Seitens des General-Post-Amtes die Erlaubniß erteilt worden ist, Güter von höherem Gewichte als einem Centner mit untergelegten Pferden fortzuschaffen, von Speditoren mehrere, für verschiedene Empfänger bestimmte Packete von postzwangspflichtigem Gewichte colligirt und, wenn sie, zusammen genommen, jenes höhere Gewicht erreichen, unter einem Frachtbriefe, einem am Bestimmungs-orte sich aufhaltenden Dritten zur Distribution an die eigentlichen Empfänger, auf gebachtem Wege übersendet werden.

Das General-Post-Amt sieht sich daher veranlaßt, das theilhaftige Publikum und namentlich die Speditoren darauf aufmerksam zu machen, daß die Vorschrift des Allg. E. d. Rechts Th. II. Tit. 15. §. 146., insofern sie einem solchen Verfahren entgegen steht, noch unverändert besteht und etwaige Contraventionen daher nach Vor- schrift der Gesetze geahndet werden müssen.

Berlin, den 28. April 1842.

**G e n e r a l - P o s t - A m t .**

Nr. 214.

Den Beitritt d. J.  
den Staatsbe-  
amten zu der  
Berliner allge-  
meinen Witt-  
wen-Pensions-  
und Unterstütz-  
ungskasse etc.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachungen vom 24. August v. J. und 19. März d. J. (Amtsblatt pro 1841. S. 217. Nr. 386., und pro 1842. S. 74. Nr. 151.), wegen des Beitritts der Staatsbeamten zu der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse machen wir auf den Antrag des Directors der gedachten Anstalt, Herrn Grafen von der Schulenburg, hiedurch weiter bekannt, daß zu Agenten derselben

- 1) der Herr Magistrats-Assessor Böhme in Gräfenhainichen und
- 2) der Herr Rentier Stübemund in Halle



ernannt worden, welche sowohl mit dem Debit von Reglements für die bezeichnete Kasse à 3 Sgr. pro Exemplar, als mit der Aufnahme neuer Interessenten beauftragt sind.

Was die Einziehung und Abführung der Beiträge auf dem von den hohen Ministerien des Innern und der Finanzen bewilligten Wege, nämlich durch Abzüge von den Gehältern der aus öffentlichen Kassen besoldeten Staatsbeamten, betrifft, so wird den in diese Kategorie gehörigen Mitgliedern überlassen werden müssen, sich mit Vorzeigung ihrer Receptionsscheine bei derjenigen Kasse, aus welcher sie ihren Gehalt beziehen, zu melden und darauf anzutragen, daß die Beiträge jedesmal zur Versatzzeit, also am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres vom Gehalte abgezogen und an die Kasse der in Rede stehenden Anstalt befördert werden.

Hiernach weisen wir die Kassen unsers Ressorts an, sich diesem Geschäft zu unterziehen und die gesammelten Beiträge in jedem Termine so zeitig abzusenden, daß solche spätestens bis zum 15. Januar und 15. Juli in Berlin eingehen können.

Merseburg, den 3. Mai 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Die eingetretenen Veränderungen in den Drogen-Preisen haben eine gleichmä- Nr. 215.  
ßige Veränderung in den der Arzneien nothwendig gemacht. Die hiernach abge- Die Argeltare  
gebenen, im Drucke erschienenen Tar- Bestimmungen treten mit dem 1. Juni d. J. in pro 1842 betr.  
Wirkksamkeit.

Berlin, den 7. April 1842.

Der Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten,  
(gez.) Eichhorn.

Vorstehendes Publicandum bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kennt-  
niß, daß das Exemplar der veränderten Tarpreise zu einem Silbergroßes, bei unserm  
mit dem Debit der Medicinalbücher beauftragten Spottul-Rendanten Schröter, so  
wie auch in Berlin bei dem Buchhändler G. Schulze und in allen übrigen Buch-  
handlungen der Monarchie zu bekommen ist.

Die Herren Landräthe und resp. Landraths-Memter werden zugleich aufgefordert,  
das obige Publicandum mit der dazu erforderlichen Bekanntmachung in den Kreis-  
blättern kostenfrei aufnehmen zu lassen.

Merseburg, den 29. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Am Abende des 17. oder in der Nacht vom 17. zum 18. d. Mts. sind auf Nr. 216.  
dem Bratauer Chausseebamme bei Wittenberg zwischen den Nummersteinen 13, 24. Verübten  
13, 25. 13, 26. vierzehn der schönsten Pappelpflänzlinge von boshafter Hand 2 bis Baumfrev-  
2½ Fuß über der Erde hoch, ansehend mit einem Handbeile abgeschauen worden, betr.  
so daß die Wipfelenden theils neben, theils in einiger Entfernung von dem Stamme  
liegend, auch zum Theil noch in den oberen Bändern am Baumpfahl hängend ge-  
funden worden.

Der Thäter hat bis jetzt nicht ermittelt werden können.

Wer denselben der unterzeichneten Regierung, dem Herrn Landrath v. Jagow,

oder dem Herrn Wegebaumeister Brennhäuser zu Wittenberg dergestalt genau zu bezeichnen vermag, daß er auf Grund dessen zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung gezogen werden kann, erhält

### **zwanzig Thaler**

Belohnung. Merseburg, den 28. April 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Art. 217.**  
Das Aufbieten  
der Kreishülfe  
zur Vertilgung  
schädlicher  
Walbinsecten  
ic. betr.

Durch mehrere Anfragen verschiedener Regierungen haben sich die hohen Ministerien des Innern und der Polizei und des Königl. Hauses, General-Verwaltung für Domänen und Forsten, veranlaßt gefunden, wegen des Aufbietens der Kreishülfe zur Vertilgung schädlicher Walbinsecten, Behufs Abwendung der durch deren Ueberhandnehmen zu befürchtenden Devastation der Waldungen, nachfolgende allgemeine Grundsätze, zum Anhalt für das in künftigen Fällen hierbei zu beobachtende Verfahren aufzustellen, welche hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

1) Das gesetzliche Fundament der Aufbietung der Landes- resp. Kreishülfe ist der §. 73. der Einleitung zum allgemeinen Landrecht, welcher die allgemeine Verpflichtung eines jeden Unterthanen zum Wohl und der Sicherheit des gemeinen Wesens Hülfe zu leisten, feststellt.

2) Die Privat-Waldbesitzer können daher und zwar auf Grund des §. 10. Tit. XVII. Theil II. des Allgemeinen Landrechts im polizeilichen Wege durch Zwangsmaßregel zur Anwendung der zur Abwehr des Uebels erforderlichen, in ihren Kräften stehenden Mittel angehalten werden, und sind dieselben dazu, unter Anberaumung einer angemessenen Frist, unter der Commination aufzufordern, daß im Unterlassungsfalle das Erforderliche auf ihre Kosten werde angeordnet werden. Auf den Einwand, daß ihre Vermögensumstände dies nicht gestatteten, ist hierbei überall nicht Rücksicht zu nehmen, wohl aber auf temporäre oder locale Hindernisse, welche der Beschaffung einer hinlänglichen Zahl von Lohnarbeitern entgegen stehen.

3) Sobald die Entscheidung durch das Plenum der competenten Regierung dahin, daß, und in welchem Maße der Fall der Nothwendigkeit der Kreishülfe eingetreten, erfolgt ist, steht die Verbindlichkeit der Unterthanen zu deren Leistung fest, und darf die Befolgung der ertheilten Befehle durch keinerlei Einwendungen verzögert werden. Exemptionen finden beim Aufbieten der Kreishülfe überall nicht statt, und erfolgt die Aufforderung jederzeit zur Bestellung der auf die einzelnen selbstständigen Einwohner repartirten Mannschaft, so daß denjenigen, welche die Hülfe persönlich zu leisten nicht in ihrer Convenienz finden, freigelassen bleibt, die Arbeit durch einen Stellvertreter verrichten zu lassen. Die Verpflichtung zur Leistung der Kreishülfe ist eine persönliche Verpflichtung jedes einzelnen Einwohners, und es beruht daher auf einer unrichtigen Vorstellung, wenn, wie in einzelnen Fällen geschehen, Magistrate das Aufgebot der Kreishülfe als eine der Commun auferlegte Last betrachtet und über die Frage: ob demselben Folge zu leisten sey, Beschlüsse der Stadtverordneten extrahirt haben. Die Magistrate können hierbei lediglich als Polizei-Behörden in Betracht.

4) Ist die Nothwendigkeit der Aufbietung der Kreishülfe einmal anerkannt, so muß die Maßregel mit Energie ausgeführt werden, und es ist dann darauf Bedacht

zu nehmen, daß so viel Mannschaft als thunlich zugleich und dagegen auf so wenig Tage als möglich aufgeboten werde. In der Regel ist als entsprechendes Maas anzunehmen, daß von jeder Haushaltung einer Commune ein Mann (von großen Haushaltungen nach Verhältnis) gestellt und die Leistung der Hülfe auf zwei oder drei verschiedene Tage in der Art vertheilt wird, daß nicht die ganze disponible Mannschaft einer Drickschaft an einem Tage aufgeboten wird. In Fällen besonderer Dringlichkeit kann indeß auch hierüber hinausgegangen werden.

5) Die Ortsobrigkeiten haben die gestellte Mannschaft von einer verhältnismäßigen Anzahl geeigneter Aufseher begleiten zu lassen, um den Gehorsam und das angemessene Betragen derselben zu sichern. Dem Vorsteher dagegen liegt ob, für die gehörige Unterweisung der Arbeiter zu sorgen, und so weit sein Forstbeamten-Perfonale dazu nicht ausreicht, die dazu geeigneten Individuen auf seine Kosten zu beschaffen.

6) Was die anzuwendenden Zwangsmaasregeln gegen die Renitenten betrifft, so ist das Aufgebot jederzeit unter Androhung einer namhaften Polizeistrafe von nicht unter 1 Thlr. zu erlassen.

Merseburg, den 27. April 1842.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern und Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Die Rechnung über die Verwaltung der allgemeinen Unterstützungsanstalt der Wittwen und Waisen evangelischer Schullehrer im hiesigen Regierungsbezirke ist von der Haupt-Instituten- und Communkasse für das Jahr 1841 gelegt, für richtig befunden und beschargt worden. Hiermit erhalten zugleich die Herren Superintenden, für die im vergangenen Jahre dabei, wie früher mit gleichbleibender Sorgfalt fortgeleiteten Geschäfte, Ihrer Seits gebührende Decharge und verdienten Dank.

Der Zustand der Anstalt am Schlusse des Jahres 1841 war folgender.

**Die Einnahme des Jahres 1841 bestand in**

1) baarem Bestande v. J. 1840, . . . . .	26 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf.			
2) Rest-Einnahmen, . . . . .	103	20	=	—
3) eingegangenen Activ-Capitalien, . . . . .	—	=	—	=
4) Zinsen von Activ-Capitalien, . . . . .	970	=	—	=
5) Antrittsgeldern, . . . . .	170	=	—	=
6) Strafgeldern, . . . . .	—	=	—	=
7) laufenden Beiträgen der Mitglieder, . . . . .	1276	=	—	=
8) Heirathsgeldern, . . . . .	8	=	—	=
9) Verbesserungsgeldern, . . . . .	6	=	—	=
10) Schenkungen und Vermächtnissen, . . . . .	—	=	—	=
11) Zuschüssen aus andern Fonds, . . . . .	79	=	20	=
12) Insgemein, a) Ertrag der bewilligten jährlichen Rir-				
cencollecte, . . . . .	194	=	9	=
b) außerdem, . . . . .	3	=	20	=

**Summa . . 2837 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf.**

Nr. 218:  
Die allgemeine  
Schullehrer-  
Wittwen- und  
Waisen-Unter-  
stützungs-An-  
stalt betr.

Die Ausgabe des Jahres 1841 bestand in

1) Rest-Ausgaben, . . . . .	113	Thlr.	6	Sgr.	—	Pf.
2) Verwaltungskosten, . . . . .	16	„	6	„	6	„
3) Pensionen an Wittwen und Waisen, . . . . .	276	„	6	„	8	„
4) Anlegung von Activ-Capitalien, . . . . .	2368	„	—	„	5	„
5) Insgesam nach §. 52. des Reglements, . . . . .	—	„	14	„	6	„

Summa . . 2774 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf.

Anmerk. zu 2. der Einnahme. Diese Rest-Einnahmen bestehen größtentheils in Retardaten von neu beigetretenen Mitgliedern.

zu 1. der Ausgabe. Unter diesen Restausgaben sind mit begriffen, in Folge der unterm 5. April v. J. durch den Druck bekannt gemachten „erläuternden und abändernden Bestimmungen“ zu dem Reglement vom 12. April 1829,“

a) die vom 1. Januar 1840 ab zu leisten gewesen  
Pensionszuschüsse mit. . . . . 81 Thlr. 6 Sgr. — Pf.

b) die gleichermaßen zurückgezahlten Heiraths- und  
Verbesserungsgelder, resp. aus den Jahren  
1840 und 1841, mit . . . . . 18 „ — „ — „

überhaupt . . 99 Thlr. 6 Sgr. — Pf.

Wird nun von obiger Einnahme an . . . . . 2837 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf.  
abgezogen die Ausgabe von . . . . . 2774 „ 4 „ 1 „

so bleibt Bestand zu Ende des Jahres 1841 . . . . . 63 Thlr. 14 Sgr. 10 Pf.

Das Capitalvermögen der Anstalt betrug zu  
Ende des Jahres 1840 . . . . . 23,750 „ — „ — „

Dazu sind gekommen an Staatspapieren, nach dem  
Nennwerthe . . . . . 2,250 „ — „ — „

Es bestand mithin zu Ende 1841 in . . . . . 26,000 Thlr. — Sgr. — Pf.

Die Anzahl der Mitglieder war am 1. Januar 1841 . . . . . 596;

am 1. Januar 1842 . . . . . 675;

und ist folglich vermehrt um . . . . . 79.

Pensionen sind gezahlt worden an 28 Wittwen und Waisen.

Es ist uns wohlthuend, schon im Anfange der zweiten zehnjährigen Verwaltungsperiode dieser Anstalt mit Zuversicht auf das Resultat hinblicken zu können, welches bei der nächsten Revision ihrer Statuten im J. 1849 vorliegen, und welches um so erfreulicher seyn wird, je mehr die Anstalt dahin gelangt, sich (nach §. 2. des Reglements vom 12. April 1829) „mit der Zeit auf alle Volksschulstellen des „Regierungsbezirks zu erstrecken.“ Merseburg, den 27. April 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 219. Der zu Halle im vorigen Jahre verstorbene Stadtrath Dürking hat in seinem, am 26. December 1840 errichteten Testamente der Hauptkirche u. d. Frauen

dieselbst ein Legat von 3000 Thlr. Pr. Cour. ausreicht, wovon die Zinsen dem 2ten und 3ten Prediger an dieser Kirche, jedem zur Hälfte, als Verbesserung ihres Dienst-einkommens ausgezahlt werden sollen, und haben Se. Majestät der König die Annahme dieses Legats Seitens der gedachten Kirche, mittelst Allerhöchster Kabinettsorder vom 16. März d. J. zu genehmigen geruht.

Merseburg, den 12. April 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Es ist in der neueren Zeit häufig vorgekommen, daß diejenigen, welche Schurfscheine zu erhalten wünschen, oder Muthung einlegen wollen, mit ihren desfallsigen Gesuchen sich an uns gewandt haben. — Die Ertheilung von Schurfscheinen, so wie die Bearbeitung der Muthungssachen gehört aber zum Ressort der unter unserer Verwaltung stehenden Local-Bergbehörden, und gelangen die Schurfsachen nur im Falle von Beschwerden gegen unsere Unterbehörden, oder bei Nachsuchung von Schurfscheins-Prolongationen, — (welche indessen die Localbehörden zu beantragen haben,) — die Muthungssachen dagegen erst alsdann an uns, wenn sie zur Ausfertigung der Verleihungs-Urkunde über das betreffende Grubenfeld, von der Local-Bergbehörde gehörig vorbereitet sind. — Geschieht die Einreichung der Schurfsuche, und die Einlegung der Muthungen bei uns, so müssen dieselben den bezüglichen Behörden zur ressortmäßigen Verfügung zugesandt werden, und entsteht dadurch für den Antragsteller nicht allein jedesmal ein Zeitverlust, sondern es kann sich auch ereignen, daß ihm ein anderer beim Decken des Schurfs oder des Grubenfeldes zuvorkommt, indem das Präsentatum der Eingabe bei der Localbehörde entscheidet.

Um daher die Schurfscheinsucher und Muther vor möglichen Nachtheilen zu schützen, bringen wir das vorstehende Verwaltungs-Verhältniß unter dem Bemerkten hiedurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bezirksgrenzen des Gieseler und Wettiner Bergamts, so wie der Berg- und Hütten-Verwaltung zu Wesensleben bereits früher, und zwar unter dem 25. Mai 1839 durch die Amtsblätter von uns bekannt gemacht worden sind.

Halle, den 28. April 1842.

Königl. Preuss. Nieder-sächsisch-Thüring'sches Ober-Berg-Amt.

Dem Mechanikus Ferdinand Hamann in Berlin ist unter dem 26. März 1842. ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung erläutertes, für neu und eigenthümlich erachtetes Instrument zum Zeichnen von Ellipsen auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 220.

Die Ertheilung von Schurfscheinen, so wie die Bearbeitung der Muthungssachen betr.

Nr. 221.

Patent-Ertheilung.

Dem John March zu Aachen ist unter dem 25. März 1842. ein Patent auf einen Dampfscieber für Dampfmaschinen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, für den Zeitraum von sechs Jahren, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 222.

Patent-Ertheilung.

Nr. 223. Dem Lieutenant Siemens zu Wittenberg ist unter dem 29. März 1842. ein Patent auf ein Verfahren, Gold Behufs der Vergoldung auf nassem Wege aufzulösen, so weit es als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, auf den Zeitraum von fünf Jahren, von jenem Tage an gerechnet, für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 224. Daß dem George Preston zu Aachen unterm 19. Februar 1841. ertheilte Einführungs-Patent auf eine für neu und eigenthümlich erachtete Methode, Stärkmehl aus Reis darzustellen, ist, da die praktische Anwendung in der vorgeschriebenen Frist nicht nachgewiesen, aufgehoben worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 225. Der Buchhalter Gerike ist zum Oberbuchhalter und Haupt-Kontrollleur und der Kassen-Secretair Janetz zum Buchhalter bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse ernannt worden.

Nr. 226. Der bisherige Oberlandesgerichts-Referendar Delzen ist als Regierungs-Referendar hieselbst angestellt worden.

Nr. 227. Der Kaufmann Friedrich Eduard Hage zu Schmiedeberg ist unterm 24. März c. als Agent der Rhein-Preussischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Düsseldorf für die Stadt Schmiedeberg und Umgegend befristet worden.

Nr. 228. Der seit dem Jahre 1833 in Ruhestand versetzte vormalige Pfarrer und Superintendent zu Ermsleben Friedrich August Woyten ist am 31. März d. J. in seinem bald vollendeten 84ten Lebensjahre verstorben.

Nr. 229. Der zweite Lehrer an der Ort. Othmarschule in Raumburg Friedrich Moritz Winkler ist am 15. März c. im 23ten Lebensjahre gestorben.

Die Stelle ist Privat-Patronats und deren Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

Nr. 230. Der Deconom Johann Heinrich Grimm in Lauchstädt ist zum vorstigen Schiedsmann erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 231. Der als Special-Commissarius der Königl. General-Commission für die hiesige Provinz zu Halberstadt stationirte Oberlandesgerichts-Assessor Schreyer ist zum Regierungsrath ernannt.

Nr. 232. An die Stelle des am 13. Februar d. J. verstorbenen Bergmeisters Herzog beim Bergamte zu Wettin ist der bisherige Obereinfahrer Hoffmann zu Lößnitz zum Bergmeister ernannt, der bisherige Oberbergamts-Secretair Breslau von Halle aber als Obereinfahrer und Bergamts-Mitglied nach Wettin versetzt worden. Dem Obereinfahrer Bolze bei dem Bergamte in Eisleben und dem Obereinfahrer Eichhoff bei dem Bergamte zu Dürrenberg ist das Prädicat als Bergmeister verliehen worden.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
18. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 21. Mai 1842.

- Das 12. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2257. Allerhöchste Kabinettsorder vom 19. Februar 1842., betreffend die Ausdehnung der Befugniß zum Waffengebrauch und der Glaubwürdigkeit vor Gericht auf die von Königlichen Forstbeamten zu ihrer Unterstützung und zur Verstärkung des Forst- und Jagdschutzes angenommenen Korpsjäger.
- Nr. 2258. Allerhöchste Kabinettsorder vom 8. März 1842., betreffend die Verbindlichkeit der Apotheker, denen eine erledigte persönliche Konzession wieder verliehen wird, zur Uebernahme der Doffizin-Einrichtung ihres Vorgängers.
- Nr. 2259. Ministerial-Erklärung über die zwischen der diesseitigen und der Kaiserlich-Königlich Oesterreichischen Regierung abgeschlossene Uebereinkunft zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen, d. d. den 21. März und bekannt gemacht den 19. April 1842.
- Nr. 2260. Allerhöchste Kabinettsorder vom 24. März 1842., betreffend die Entbindung des Staatsministers Grafen von Alvensleben von der Leitung des Finanz-Ministeriums und die Ernennung des Ober-Präsidenten, Wirklichen Geheimen Raths von Wobelschwingh zum Staats- und Finanzminister.
- Nr. 2261. Verordnung über die Aufhebung der dem Gesetze vom 31. März 1838., wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen, sowie den §§. 54. und 55. Tit. 6. Th. I. Allg. Landrechts und der Deklaration vom 31. März 1838. entgegenstehenden provinzialen und statutarischen Bestimmungen. Vom 15. April 1842.

Nr. 233.

Die den Königlichen Regierungen mitgetheilte Instruction über das Verfahren bei Landraths-Wahlen in der Provinz Sachsen vom 12. Januar 1832. hat einige Abänderungen erlitten, und da sie ihrem Zwecke nach für einen großen Theil des Publikums von Interesse ist, so bringe ich dieselbe in deren jetziger Geltung nachstehend zur öffentlichen Kenntniß.

Nr. 234.  
Instruction  
über das Ver-  
fahren bei den  
Landraths-  
Wahlen in der  
Provinz Sach-  
sen betr.

## I n s t r u c t i o n

über das Verfahren bei den Landraths-Wahlen in der Provinz Sachsen.  
I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die Wahl der zu erledigten Landrathsstellen vorzuschlagenden Candidaten erfolgt nach §. 1. und 2. des Reglements vom 22. August 1826.

- a) ausschließlich durch die Rittergutsbesitzer in den Kreisen Wanzleben, Calbe, I. Jerichow'scher Kreis, II. Jerichow'scher Kreis, Neuhaldensleben, Wollmirstedt, Stenbal, Gardelegen, Salzwedel, Osterburg, Saal-Kreis, Mansfelder Gebirgs-Kreis, Mansfelder See-Kreis, Nordhausen.
- b) durch die Kreisversammlungen in den Kreisen, Halberstadt, Osterleben, Aschersleben, Merseburg, Bitterfeld, Wittenberg, Schweinig, Liebenwerda, Torgau, Delitzsch, Weissenfels, Zeitz, Naumburg, Kartasberga, Querfurt, Sangerhausen, Weissensee, Langensalza, Worbis, Heiligenstadt, Mühlhausen, Erfurt, Schleusingen, Ziegenrück.
- §. 2. Bei der Wahl führt einer der Kreis-Deputirten, welchen die Regierung nach Gutbefinden bestimmt, den Vorsitz. (§. 6. l. c. und Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 30. April 1827.)

Sind keine Kreis-Deputirte vorhanden, oder dieselben erwiesenermaßen verhindert, so ernennt die Regierung einen besonderen Wahl-Commissarius und zwar am angemessensten aus ihrer Mitte oder in der Person eines benachbarten Landraths.

§. 3. Die Einberufung der Mitglieder der Kreis-Versammlung geschieht von dem zur Leitung des Wahlgeschäfts Verufenen, welcher sich hierbei der Hülfe des landrathlichen Bureau's bedienen kann. Zu diesem Behufe hat derselbe zuvor die sämmtlichen Mitglieder der Kreis-Versammlung genau zu ermitteln und nach Ordnung der verschiedenen Stände in eine Liste zu verzeichnen, wobei hinsichtlich

- a) des ersten Standes §. 4. Lit. A. der Kreisordnung vom 17. Mai 1827.
- b) des zweiten Standes die Matrikel der Ritterschaft.
- c) des dritten und vierten Standes die Wahlverhandlungen der Kreistags-Abgeordneten und deren Stellvertreter

zum Anhalt dienen.

Zweifelhafte Fälle sind sofort der Regierung zur Entscheidung vorzutragen.

§. 4. Nach dieser Liste werden zur Wahlversammlung eingeladen:

- a) die Mitglieder des ersten Standes mittelst besonderer, durch die Kreisboten zu insinuirender Schreiben. In Abwesenheit des Einzelabenden wird das Schreiben dem ersten seiner Beamten im Kreise mit dem Ersuchen um Beförderung zugefertigt und der Empfang von ihm bescheinigt.
- b) die Kreistags-Mitglieder der übrigen drei Stände durch eine oder nach Maßgabe der Ortsverhältnisse durch mehrere von dem Kreisboten zu befördernde Currenden.

§. 5. In dem Einladungsschreiben und in der Currende ist ausdrücklich bekannt zu machen, daß eine Wahl von Landraths-Candidaten statt finden solle. (Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 30. November 1827), auch ist die Austrags-Verfügung der Regierung und Ort, Tag und Stunde der Versammlung zu bezeichnen.

§. 6. In der Currende sind sämmtliche Einzelabende einzeln zu benennen, auch den Namen der Abgeordneten vom dritten und vierten Stande die der Stellvertreter beizufügen, damit, wenn ein Abgeordneter — was von ihm auf der Currende selbst mit Angabe der Gründe bemerkt werden muß, — am Erscheinen verhindert wäre, die Currende von dem insinuirenden Kreisboten sofort dem betreffenden Stellvertreter überbracht werden könne.



Würde ein Abgeordneter des dritten und vierten Standes später verhindert, so hat er solches dem Vorsitzenden der Wahlversammlung ohne Verzug anzuzeigen, und letzterer den Stellvertreter nachträglich einzuladen; im Fall keine Zeit zu verlieren seyn sollte, hat der Verhinderte seinen Stellvertreter gleichzeitig Nachricht zu geben.

Die Abgeordneten sind hierauf in der Currende besonders aufmerksam zu machen. Nicht weniger ist in der Currende zu bemerken:

- 1) für den Fall, daß die Wahl leblich durch die berechtigten Rittergutsbesitzer erfolgt,
- a) daß die §. 4. B. a. der Kreisordnung bezeichneten Rittergutsbesitzer, sofern sie nicht persönlich erscheinen, befugt sind, entweder versiegelte Wahlzettel mittelst besonderen Schreibens einzusenden, oder einen zum persönlichen Erscheinen qualifizierten Rittergutsbesitzer zur Abgabe der Stimme zu bevollmächtigen.
- b) daß von den nach §. 5. a. b. der Kreisordnung, ihre Ehefrauen, Kinder und Mündel vertretenden Ehemännern, Vätern und Vormündern, falls sie selbst zur Ritterschaft des Preussischen Staats gehören, eben dasselbe gilt, was unter lit. a. bewirkt worden; wogegen solche Ehefrauen, minorenn Kinder und Mündel, deren Ehegatten, Väter und Vormünder nicht zur Ritterschaft des Preussischen Staats gehören, nur durch Bevollmächtigte vertreten werden können. Die Vollmacht stellt, den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen gemäß, bei Unmündigen der Vater oder Vormund, bei Ehefrauen diese selbst, nach Vorschrift der Gesetze unter Beistand des Ehegatten aus.
- c) daß die sub §. 5. lit. c. der Kreisordnung bezeichneten unverheiratheten Rittergutsbesitzerinnen, falls sie nicht ein für allemal einen qualifizierten Rittergutsbesitzer zu ihrer Vertretung in Kreistags-Angelegenheiten ernannt haben, gleichfalls einen solchen zur Abgabe der Stimme bevollmächtigen müssen.
- d) daß Bevollmächtigte das Recht Wahlzettel einzusenden, nicht zustehen.

2) Für den Fall, daß die Wahl durch die Kreisversammlung erfolgt, findet bloß in so fern eine Abweichung von den Bestimmungen unter 1. statt, als die Einsendung von Wahlzetteln überhaupt unzulässig ist.

§. 7. Der Kreisbote ist über die Art der Insinuation, wobei die Vorschriften der §§. 20. 22. und 23. des Titels 7. Theil I. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung zu beachten, gehörig zu belehren, auch anzuweisen, in Verhinderungsfällen eines Abgeordneten (§. 6.) dessen Stellvertreter sofort einzuladen.

## II. Eröffnung der Wahlversammlung.

§. 8. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung durch Vorlegung der Reglements-Verfügung zur Abhaltung der Wahl, so wie

- a) der Liste sämtlicher Mitglieder der Kreis-Versammlung (§. 3.)
- b) der Empfangsbescheinigungen derjenigen Mitglieder, an welche besondere Einladungs-Schreiben ergangen sind.
- c) der mit dem Insinuations-Vermerken versehenen Currende.

§. 9. Die Versammlung, aus welcher dann in den §. 1. a. genannten Kreisen die Abgeordneten der Städte und Landgemeinden ausscheiden, schreitet hierauf zur Prüfung:

a) der Vertretungs-Befugniß derjenigen Mitglieder, welche den Kreistag durch Bevollmächtigte oder Vertreter wahrnehmen, und der Qualifikation der Letzteren zur Vertretung nach den Bestimmungen der Kreisordnung §. 5. und dieser Instruction §. 6. Der Vorsitzende bemerkt zugleich namentlich:

- 1) die anwesenden volljährigen Söhne von Rittergutsbesitzern, welche ihnen die Verwaltung des Guts übertragen und der eigenen Ausübung der Kreislandschaft entsagt haben. (Cabinet's-Ordre vom 21. März 1831.)
- 2) diejenigen gegenwärtigen Ehemänner von Rittergutsbesitzerinnen, welche, ohne selbst zur Ritterschaft des Preussischen Staats zu gehören, ausnahmsweise vom Königl. Ministerium des Innern die Vertretungs-Befugniß für ihre Ehefrauen erhalten haben (Landtags-Abschied vom 24. October 1828. Abschnitt A. 3.)
- b) der beizubringenden Vollmachten von durch Bevollmächtigte vertretenen Mitgliedern des ersten Standes (Kreisordnung §. 4. A.) In Kreisen, in welchen nach §. 1. a. die Wahl durch die berechtigten Rittergutsbesitzer allein erfolgt.
- c) von persönlich qualifizierten, nicht gegenwärtigen Rittergutsbesitzern für ihr Ausbleiben angegebenen Entschuldigungsgründe, und beurtheilt danach, ob die von ihnen eingesandten Wahlzettel anzunehmen sind.

§. 10. Der Vorsitzende faßt über diese Verhandlungen das Protokoll, welches sonach die Namen der gegenwärtigen Stimmentenden und die für zulässig erkannten Wahlzettel bestimmt enthalten muß, ab, verliest und ergänzt dasselbe nach den etwaigen Erinnerungen der Versammlung, und legt es, unter Beifügung der Dokumente (4) unangeflossen einstweilen zurück.

### III. Wahl-Geschäft.

§. 11. Die Versammlung kann zu den Landrathskstellen nur Rittergutsbesitzer, welche zur persönlichen Ausübung des Stimmrechts auf den Kreistagen derjenigen Kreise, worin die Wahlen stattfinden, befähigt sind, (§. 4. des Reglements vom 22. August 1826. 4. B. a. der Kreisordnung) wählen.

Wenn unter diesen keine Wahlfähige vorhanden seyn sollten, so kann keine Wahl Statt finden, was eintretenden Falls im Protokolle bemerkt werden muß.

§. 12. Zu jeder erledigten Landrathskstelle sind drei Candidaten zu wählen. (Reglement vom 22. August 1826. §. 5.)

§. 13. Zuerst stellt der Vorsitzende eine Liste der Wählbaren im Kreise auf. Jeder Wähler kann drei Wählbare auf die Liste bringen lassen. Die auf den eingesandten für gültig erkannten Wahlzetteln Benannten werden durch den Vorsitzenden gleichfalls eingetragen.

Die Versammlung prüft dann die Wählbarkeit mit Rücksicht auf allgemeine Erfordernisse (§. 11.) einigt sich über zweifelhafte Fälle und schließt die Liste durch Unterschrift der Anwesenden ab, mit der Wirkung, daß nur die auf derselben stehenden Personen Stimmen erhalten können.

§. 14. Ueber jeden der drei zu präsentirenden Candidaten, wird sodann einzeln durch Wahlzettel, worauf nur ein einziger Name geschrieben werden darf, abgestimmt. (Höchste Cabinet's-Ordre vom 23. März 1830.) Der Vorsitzende theilt daher

zu jeder einzelnen Candidaten-Wahl die Stimmzettel, welche er für den ersten Wahlact mit Nr. 1., für den zweiten mit Nr. 2. und für den dritten mit Nr. 3. zu bezeichnen hat.

§. 15. Abwesende, welche ihre Wahlzettel einsenden wollen, sind verpflichtet, die Reihenfolge unter den von ihnen gewählten drei Candidaten auf den Wahlzetteln, ebenfalls mit Nr. 1. 2. 3. auszudrücken. (Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 23. März 1830.) Daß in diesem Falle an den Vorstehenden zu richtende Schreiben muß von einigen Mitgliefern der Wahlversammlung als durch den Wählenden unterzeichnet, anerkannt werden. (Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 30. November 1827.)

Kann ein dritter oder ein zweiter und dritter Candidat nicht benannt werden, so ist in den Wahlzetteln bestimmt auszusprechen, daß dies der Fall sey, weshalb nur ein erster und zweiter, oder nur ein Candidat vorgeschlagen werde.

§. 16. Der Vorstehende sammelt darauf die Wahlzettel, ermittelt und protokolliert die Uebereinstimmung der Zahl derselben mit derjenigen der anwesenden Wahlberechtigten, eröffnet sie, verliest den Inhalt und trägt die Namen der gewählten Candidaten in das früher (§. 10.) angefangene Protokoll ein. Dasselbe Verfahren wird nach Beendigung jedes einzelnen Wahlaacts wiederholt.

§. 17. Bei jeder einzelnen Abstimmung eröffnet der Vorstehende die eingesandten darauf sprechenden Wahlzettel, nachdem solche geprüft und von der Versammlung als gültig anerkannt worden sind, verliest sie, und protokolliert das Ergebniß der für jeden einzelnen Wahlaact auf den gültig erkannten Wahlzetteln abgegebenen Stimmen für jeden Candidat summiert nach Ordnung der Stimmenmehrzahl.

§. 18. Als gewählter Candidat ist bei jeder einzelnen Abstimmung derjenige anzusehen, welcher bei diesem Wahlaact die meisten Stimmen hat, und zugleich auf der §. 13. gedachten Wahlliste sich befindet.

§. 19. Findet rücksichtlich zweier oder auch mehrerer bei Einer Abstimmung Erwählten Stimmengleichheit statt, so muß über diese Candidaten mit Beobachtung des vorgeschriebenen Verfahrens von neuem, jedoch nur durch die Anwesenden und ohne die durch Wahlzettel gegebenen Stimmen mitzuzählen, so lange abgestimmt werden, bis die Stimmenmehrheit sich für Einen entscheidet.

§. 20. Sind diejenigen, welche solchergestalt durch absolute oder relative Stimmen-Mehrheit zu Candidaten gewählt worden, in der Versammlung anwesend, so ist ihre Erklärung über die Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Landrathsstelle und zum Nachweise der amtlichen Qualifikation durch die vorschristsmäßige Prüfung zu erfordern, und sofort in das Protokoll aufzunehmen. Diese Erklärung ist bindend. (Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 1. December 1829.)

§. 21. Die Wahlverhandlung muß ohne Unterbrechung vorgenommen, und es darf den Mitgliefern der Versammlung ohne hinreichende Gründe nicht gestattet werden, sich vor dem Schlusse daraus zu entfernen.

§. 22. Das Protokoll wird nunmehr geschlossen und, nachdem die zur Justification desselben dienenden Beilagen, wozu auch die Wahlzettel gehören, in eine von dem Vorstehenden zu beglaubigende Registratur verzeichnet worden, vorgelesen, und von allen anwesenden Mitgliefern der Versammlung durch Unterschrift vollzogen.

§. 23. Erfolgt die Wahl nach §. 1. des Reglements ausschließlich durch die Rittergutsbesitzer (§. 1.) so hat der Vorsitzende den zur Kreis-Versammlung deputirten Abgeordneten der Städte und Landgemeinden das Resultat der Wahl nach deren Beendigung sofort bekannt zu machen, und daß solches geschehen, nachträglich zum Protokoll zu vermerken. (Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 30. November 1827.) Die genannten Abgeordneten haben etwanige erhebliche Bedenken, welchen die Bestätigung der Erwählten unterliegen dürfte, oder daß dergleichen nicht vorhanden, der Regierung anzuzeigen. (§. 1. des Reglements vom 22. August 1826.) Den Vorsitz in der Versammlung dieser Abgeordneten führt der Abgeordnete der Kreisstadt.

§. 24. Das Protokoll nebst Anlagen wird von dem Vorsitzenden an die Regierung eingesandt, nachdem die schriftliche Erklärung (§. 20.) erwählter, nicht gegenwärtiger Candidaten in kürzester Frist von denselben durch den Vorsitzenden eingefordert und dem Protokolle beigelegt worden ist.

Magdeburg, den 30. April 1842.

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Im besondern Auftrage Sr. Excellenz des Wirkl. Geheimen Raths und Ober-Präsidenten Herrn Flottwell bringen wir vorstehende Bekanntmachung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Merseburg, den 17. Mai 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 235. Um dem bei Lehnsfällen nicht selten hervortretenden Mißverhältnisse zwischen den an die Domainen-Kassen zu erlegenden Laudemien, und den außerdem zu entrichtenden Lehnseinkünften-Gebrühen zu begegnen, und um gleichzeitig die sehr wünschenswerthe Ablösung resp. Rent-Verwandlung der Laudemial-Verpflichtungen so viel als möglich zu fördern, hat des Herrn Geheimen Staats-Ministers von Ladenberg auf unsern diesfälligen Antrag mittelst Rescripts vom 14. April c. Nr. 4154. bestimmt, daß den Erwerbern laudemialpflichtiger Grundstücke die von ihnen bei der Erwerbung außer dem Laudemio zu erlegenden Lehnseinkünften-Gebrühen in allen Fällen erlassen werden sollen, in welchen sie sich der sofortigen Ablösung oder Verwandlung ihrer Laudemialpflicht in feste Geldrente nach den gesetzlichen Vorschriften unterwerfen.

Indem wir diese Bestimmung zur Kenntniß des theilhaftigen Publicums, und der Königl. Domainen- und Rent-Aemter unseres Regierungs-Departements bringen, weisen wir letztere hierdurch zugleich an, bei den in ihren Amtsbezirken vorkommenden Besitzveränderungen laudemialpflichtiger Grundstücke hierauf zu achten, und die neuen Erwerber dieser Grundstücke ausdrücklich auf diese Bestimmung aufmerksam zu machen. Merseburg, den 4. Mai 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

### Personal-Chronik.

Nr. 236. Der bisherige Regierungs-Rath von Ginkeldy ist zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der hiesigen Regierung ernannt worden.

Der bisher bei der Regierung zu Potsdam angestellte Regierungs-Assessor Nr. 237. von Klügow ist in gleicher Eigenschaft zu dem hiesigen Regierungs-Collegio versetzt worden.

Der Regierungs-Assessor von Reichenbach wurde von Cöslin zu der hiesigen Regierung versetzt.

Der Schuladjunct und Mädchenlehrer Karl Friedrich Böhme zu Lobersleben, Ephorie Querfurt, ist den 23. April c. im bald vollendeten 37sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Der zweite Lehrer an der Mädchenschule zu Wittenberg, Johann Friedrich Scheffler, ist den 24. April c. im 55sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Der Gustos und Mädchenlehrer zu Stadt Alsleben, Ephorie Gonnern, Johann Andreas Thiele, ist am 23. April c. im 53sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Der Pfarrer Ernst Leberecht Weiske zu Sachsenburg, Ephorie Hefdrungen, ist am 28. April c. im 56sten Lebensjahre gestorben.

Die Stelle ist Königl. Patronats und wird in 2 Monaten wieder besetzt werden.

Im Laufe des ersten Quartals d. J. sind von uns nachfolgende Candidaten des Predigamtis:

1) Rudolph Moriz Knauth aus dem rothen Hause bei Wittenberg; 2) Franz Robert Lindig aus Leipzig; 3) Friedrich Louis Marr aus Halle; 4) Ernst Philipp Ludwig Meyer aus Nordhausen; 5) Johann Gottfried Reinboth aus Gatterstedt; 6) Johann Friedrich Sommer aus Schwerstedt; 7) Friedrich Wilhelm Thiemann aus Schorstedt; 8) Karl Gottlieb Ernst Wagner aus Alt-Jehnnitz; 9) Johann Wilhelm Otto Arndt aus Daben; 10) Wilhelm Friedrich Jedermann aus Eisleben; 11) Andreas Ludwig Reinhardt aus Volkstedt; 12) Ernst Samuel Salin aus Gölzig; 13) Johann Christian Schuchardt aus Mühlhausen; 14) Werner Friedrich Wilhelm Schumacher aus Dähre bei Salzwedel; 15) Karl Hermann Wagner aus Pösigk, und 16) Johann Christian Heinrich Zeller aus Prettin, pro ministerio geprüft und mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden.

Der Divisionsprediger Emil Albalbert Knispel zu Königsberg in Pr. ist Nr. 244. zum Divisionsprediger bei der 6ten Division in Torgau bestellt worden.

Es ist zum Schiedsmann für den 8ten Merseburger Landbezirk der Mühlenbesitzer Tauer Schmidt in Ermlich und für den 2ten Merseburger Stadtbezirk der dortige Apotheker Christian Wilhelm Ferdinand Benemann neu und resp. wieder erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 1 Bogen für den Merseburger landrätlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Sangerhäuser landrätlichen Kreis.

Nr. 246.

# M a c h w e i s u n g der

im Monat April 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln		Brannt- wein		Rauchfutter.									
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Schf.	Quart	Heu		Stroh							
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel										à Cent.	à Schock								
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.			gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.			
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.					
1	Merseburg	2	9	8	1	6	—	—	23	11	—	16	3	—	—	—	1	5	—	2	15	—	12	6	4	—	20	—	6	—		
2	Halle	2	9	4	1	7	9	—	22	6	—	16	3	—	—	—	2	—	—	2	15	—	12	6	4	8	—	20	—	5	—	
3	Naumburg	2	7	7	1	4	—	—	20	1	—	15	9	—	3	12	—	1	20	—	2	—	—	10	—	4	—	25	—	5	22	6
4	Torgau	2	12	9	1	6	3	—	23	—	—	17	6	—	4	10	—	1	15	—	—	—	7	6	4	9	—	25	—	5	—	
5	Wittenberg	2	16	2	1	9	8	—	25	10	—	20	3	—	—	—	1	15	—	—	—	—	8	9	5	—	20	—	7	—		
6	Eisleben	2	5	8	1	6	2	—	24	—	—	17	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	6	5	—	22	10	5	15	9	
7	Zeitz	2	8	11	1	6	2	—	21	4	—	14	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	5	—	1	—	5	20	—	
8	Querfurth	2	7	6	1	7	6	—	22	6	—	16	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	6	4	—	25	—	5	—	—	
9	Bitterfeld	2	14	—	1	6	10	—	23	6	—	17	11	—	—	—	1	7	6	1	15	—	7	6	5	—	20	—	5	—	—	

Merseburg, den 7. Mai 1842.

K ö n i g l i c h P r e u ß i s c h e R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 19. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 28. Mai 1842.

Zum Ankauf von Remonten, im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind für dieses Jahr, im Bezirke der königlichen Regierung zu Merseburg und dem angrenzenden Bezirke, nachstehende, früh Morgens beginnende Märkte wieder ange-  
 Nr. 247.  
 Den Remonte-  
 Ankauf pr.  
 1842 betragend

den 14. Juli in Prettich,  
 „ 15. „ „ Torgau,  
 „ 16. „ „ Eilenburg,  
 „ 18. „ „ Merseburg,

den 20. Juli in Sangerhausen,  
 „ 21. „ „ Helbrungen,  
 „ 23. „ „ Mühlhausen.

Die erkauften Pferde werden von der Militär-Commission zur Stelle abgenommen und sofort haar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt, vorausgesetzt. Zur Warnung der Verkäufer wird indeß wiederholt bemerkt, daß außer solchen Pferden, deren hinterher sich etwa ergebende Fehler den Kauf schon gesetzlich rückgängig machen, auch noch diejenigen einer gleichen Maaßregel auf Kosten des Verkäufers unterworfen sind, welche sich als Krippensezer ergeben sollten.

Mit jedem verkauften Pferde müssen eine starke neue leberne Trense, eine Gurt-halfter und zwei hanfene Stricke unentgeltlich übergeben werden.

Berlin, den 1. März 1842.

Kriegs-Ministerium. Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Seine Majestät der König von Preußen, Seine Hoheit der Kurprinz und Mit-  
 regent von Hessen, Seine königliche Hoheit der Großherzog zu Sachsen-Weimar-  
 Eisenach und seine Herzogliche Durchlaucht der Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha,  
 von dem Wunsche befeelt, Allerhöchst- und Höchst Ihren Unterthanen die Vortheile  
 zuzuwenden, welche sich von einer Verbindung Höchst Ihrer Staatsgebiete mittelst  
 der Anlage von Eisenbahnen für die Belebung und Beförderung des gegenseitigen  
 Verkehrs erwarten lassen, haben Beauftragte einer Vereinigung über diesen Gegenstand  
 und zum Zwecke der Feststellung der Verhältnisse, welche die Ausführung eines sol-  
 chen Unternehmens nothwendig macht, Bevollmächtigte ernannt und zwar:  
 Seine Majestät der König von Preußen,

Allerhöchst Ihrem Geheimen Ober-Finanz-Rath Adolph von Pommer-Esche,  
 Ritter des königlich Preussischen rothen Adler-Ordens vierter Klasse, Commandeur

erster Klasse des Königlich Hannöverschen Guelphen-Ordens und Commandeur des Herzoglich Anhaltischen Gesammt-Ordens Albrecht des Bären und Allerhöchst Ihren Geheimen Legations-Rath Carl Ludwig Gustav Borek, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Klasse mit der Schleife und des Kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens 2ter Klasse, Commandeur 1ster Klasse des Königlich Hannöverschen Guelphen-Ordens, Ritter des Königlich Französischen Ordens der Ehrenlegion und des Türkischen Ordens Nischan-Ishtihar in Brillanten; Seine Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen:

Hochst Ihren Staatsrath, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Preussischen Hofe Carl Friedrich von Wilkens-Hohenau, Commandeur 2ter Klasse des Kurhessischen Haus-Ordens vom goldenen Löwen, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Klasse und des St. Johanniter-Ordens, Großkreuz des Großherzoglich Badischen Ordens vom Zähringer Löwen, Commandeur 1ster Klasse des Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Ordens und Comthur des Großherzoglich Sächsischen Ordens vom weißen Falken; und Hochst Ihren Ober-Berg- und Salzwerks-Director Heinrich Theodor Ludwig Schwedde, Commandeur 2ter Klasse des Kurhessischen Haus-Ordens vom goldenen Löwen, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens 2ter Klasse, Comthur des Großherzoglich Badischen Ordens vom Zähringer Löwen und des Großherzoglich Sächsischen Ordens vom weißen Falken;

Seine Herzogliche Hoheit der Großherzog zu Sachsen-Weimar:

Hochst Ihren Staatsrath und Geheimen Referendar Carl Thon, Ritter des Großherzoglichen Haus-Ordens vom weißen Falken, resp. in dessen Vertretung den Herzoglich Sachsen-Coburg und Gotha'schen Geheimen Assistenten-Rath Carl Heß, und Seine Herzogliche Durchlaucht der Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha:

Hochst Ihren Minister-Residenten am Königlich Preussischen Hofe, den Oberst-Lieutenant und Kammerherrn Otto Wilhelm Carl von Höder, Ritter des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Klasse, Comthur erster Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens, Comthur des Herzoglich Braunschweigischen Ordens Heinrich des Löwen, und des Königlich Belgischen Leopold-Ordens, Ritter des Königlich Baierschen Civil-Verdienst-Ordens, und

Hochst Ihren Geheimen Assistenten-Rath Carl Heß, Ritter des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens, welche nach vorhergegangener Verhandlung, unter dem Vorbehalte der Ratification, über folgende Punkte übereingekommen sind:

#### Artikel 1.

Die Königl. Preussische, die Kurfürstlich Hessische, die Großherzoglich Sachsen-Weimarsche und die Herzoglich Sachsen-Coburg und Gotha'sche Regierung erklären sich bereit, die Anlegung einer Eisenbahn von Halle in der Richtung auf Merseburg, Weissenfels und Naumburg hin und weiter über Weimar, Erfurt, Gotha, Eisenach, Rothenburg nach Cassel und von letzterem Orte zum Anschluß an die in der Vorbereitung begriffene Bahn von Minden nach Köln innerhalb Ihrer Staatsgebiete zuzulassen und zu befördern.



Die Königlich Preussische und die Kurfürstliche Hessische Regierung behalten sich vor, sich darüber näher zu verständigen, wie die Bahn von Cassel aus auf eine angemessene Weise mit der ebenbedachten Bahn von Minden nach Eöln, oder mit einer andern nach dem Nieder-Rhein zu führende Eisenbahn in unmittelbare Verbindung gebracht werden soll.

#### Artikel 2.

Die vorstehend bezeichnete Eisenbahn soll in einer ununterbrochenen, so geraden Richtung geführt werden, als die Terrain- und Verkehrs-Verhältnisse solches zulassen.

Die hohen contrahirenden Regierungen verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß die Spurweite für diese Bahn mit der auf den Preussischen Bahnen angenommenen Spurweite von 4 Fuß 8½ Zoll Englischen Maaßes im Richten der Schienen in Uebereinstimmung gebracht und erhalten werde, so wie sie auch, so weit thunlich, auf übereinstimmende Constructions-Verhältnisse und gleichmäßige Länge der Stationen Bedacht nehmen werden.

#### Artikel 3.

Es bleibt einer jeden der hohen contrahirenden Regierungen überlassen, innerhalb Ihres Gebiets die Ausführung der Bahn entweder selbst zu übernehmen oder Privatunternehmer dafür zu concessioniren.

#### Artikel 4.

Die hohen contrahirenden Regierungen werden vor Ertheilung der Concessionen über den Inhalt derselben sich gegenseitig verständigen, damit solche möglichst in Uebereinstimmung gebracht werden.

Dabei sollen die Bestimmungen des Königlich Preussischen Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838. auch für die Bahnstrecken in dem Kurfürstlichen, Großherzoglichen und Herzoglichen Gebiete in soweit zum Grunde gelegt werden, als nicht die Verschiedenheit der, in den einzelnen Staaten bestehenden Gesetzgebungen oder besondere Verhältnisse bei Aufbringung der Baufonds eine Abweichung davon nothwendig machen.

#### Artikel 5.

Die Großherzoglich Sachsen-Weimarsche und die Herzoglich Sachsen-Coburg und Gotha'sche Regierung erklären sich bereit, für ihre Lande gesetzliche Expropriations-Bestimmungen hinsichtlich der Erwerbung und Benutzung des für die Eisenbahn erforderlichen Grund und Bodens zu erlassen, wie solches Königlich Preussischer und Kurfürstlich Hessischer Seits bereits geschehen ist.

#### Artikel 6.

Um die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit bei dem Betriebe zu treffenden Vorkehrungen und Anordnungen in Uebereinstimmung zu bringen, werden die hohen contrahirenden Regierungen eine gegenseitige Verständigung hierüber treffen, so wie überhaupt darauf Bedacht nehmen, für die Eisenbahn in ihrer ganzen Ausdehnung ein gemeinschaftliches Bahn-Polizei-Reglement einzuführen.

#### Artikel 7.

Damit eine dem Zwecke der Eisenbahn entsprechende Benutzung derselben gesichert werde, werden die hohen contrahirenden Regierungen dafür Sorge tragen, daß tag-

lich wenigstens Einmal von jedem der Endpunkte der Bahn, also von Halle und von dem Anschlußpunkte an die Minden-Cölnener Bahn, ohne Aufenthalt auf den Stationen, soweit solcher nicht durch die Natur des Betriebes bedingt wird, eine zusammenhängende Beförderung bis zum entgegengesetzten Endpunkte der Bahn Statt finde.

Sie ertheilen sich daher gegenseitig die Zusicherung, den Plan für die Fahrten auf der Bahn mit Rücksicht auf diesen Zweck nur nach vorhergegangener Verständigung festzusetzen, und werden demgemäß, sofern die Bahn durch Privatunternehmer ausgeführt wird, sich die entsprechende Einwirkung auf die Anordnung und Aenderung der Fahrten vorbehalten.

#### Artikel 8.

Zwischen den gegenseitigen Unterthanen soll sowohl bei Feststellung der Beförderungspreise, als der Zeit der Abfertigung, kein Unterschied gemacht werden, namentlich sollen die aus dem Gebiete des einen in das Gebiet des andern Staats übergehenden Transporte weder in Beziehung auf die Beförderungspreise, noch rücksichtlich der Abfertigung ungünstiger behandelt werden, als die aus den betreffenden Staaten abgehenden oder darin verbleibenden Transporte.

#### Artikel 9.

Die hohen contrahirenden Regierungen verpflichten sich, Anstalten zu treffen, und die Eisenbahn-Unternehmer anzuhalten, daß für die auf der Eisenbahn von Halle nach Cassel und von dort weiter, so wie in entgegengesetzter Richtung, zu befördernden Transporte von Truppen, Waffen, Kriegs- und Verpflegungs-Bedürfnissen, so wie von Militär-Effecten jeglicher Art, nöthigenfalls auch außerordentliche Fahrten eingerichtet und für dergleichen Transporte nicht bloß die unter gewöhnlichen Umständen bei den Fahrten zur Anwendung kommenden, sondern die sonst noch vorhandenen Transportmittel benutzt werden.

Den Militär-Verwaltungen der hohen contrahirenden Staaten wird gegenseitig die Befugniß vorbehalten, sich zu dergleichen Transporten eigener Transport- und Dampfswagen zu bedienen. In solchen Fällen wird an die Eisenbahn-Unternehmer außer der Erstattung der Feuerungs-Kosten nur ein mäßiges Bahngeld gewährt. Findet daneben noch die Benutzung der Transportmittel der Eisenbahn-Unternehmung statt, so wird dieselbe nach billig mäßigen Sätzen besonders vergütet. Auch wollen die hohen contrahirenden Regierungen darauf hinwirken, daß von den Eisenbahn-Unternehmern eine Anzahl von Transport-Fahrzeugen so eingerichtet werde, um nöthigenfalls auch zum Transporte von Pferden benutzt werden zu können, so wie dieselben ferner darauf Bedacht nehmen werden, daß von den Unternehmern eine Anzahl von Wagen in einer Länge von Zwölf Fuß, zum Gebrauche bei der Abfertigung der Militär-Effecten bereit gehalten werde. Rücksichtlich der Beförderungspreise für Truppen, Waffen, Kriegs- und Verpflegungs-Bedürfnisse, so wie Militär-Effecten jeglicher Art, soll kein Unterschied zwischen den Militär-Verwaltungen der contrahirenden Staaten gemacht und von Keiner derselben ein höherer Preis gefordert werden, als derjenige, welchen jede Regierung für Ihre eigenen Transporte der gedachten Art an die Unternehmer der in Ihrem Gebiete belegenen Bahnstrecke zu entrichten hat.

Die Bestimmungen der bestehenden Etappen-Conventionen finden auch in allen

denjenigen Fällen unverändert Anwendung, wo die Militär-Verwaltungen es für angemessen erachten, sich der Eisenbahn zur Beförderung von Truppen zu bedienen.

### Artikel 10.

Die hohen contrahirenden Regierungen erklären sich bereit, unbeschadet der zwischen dem Königlich Preussischen Post-Departement und der Fürstlich Thurn- und Taxischen General-Post-Direction vertragsmäßig bestehenden gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten, die Unternehmer der in Ihren Gebieten belegenen Strecken der in Rede stehenden Bahn zu verpflichten:

- 1) den Betrieb, soweit die Natur desselben solches gestattet, in die nothwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Post-Verwaltung zu bringen;
- 2) den Transport der Briefe, Gelder und Postgüter und der dazu etwa erforderlichen Postwagen, in soweit nicht in den einzelnen Staaten für deren eigene Posten den Unternehmern die unentgeltliche Beförderung obliegt, gegen Entrichtung der niedrigsten Frachtpreise zu übernehmen und dazu die nöthigen Einrichtungen zu treffen;
- 3) der Post-Verwaltung, um dieselbe in den Stand zu setzen, sich der Eisenbahn zur Briefbeförderung bei Tag und Nacht ununterbrochen bedienen zu können, die Befugniß einzuräumen, so weit dieß in Betreff des Briefpostdienstes nöthig werden sollte, sich entweder der Betriebsmittel der Unternehmer außer der gewöhnlichen Fahrzeit zur Postbeförderung auf der Eisenbahn gegen angemessene Entschädigung zu bedienen, oder die Bahn selbst mit eigenen Betriebsmitteln gegen Entrichtung eines, nach Maßgabe der §§. 29. 30. und 31. des Preussischen Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838. zu berechnenden Bahngeldes und gegen Vergütung des durch Nachfahrten etwa erwachsenden höheren Aufwandes, zu benutzen. Die Feststellung der zur Erreichung des vorstehend bezeichneten Zweckes erforderlichen Einrichtungen und Bestimmungen zwischen den verschiedenen Post-Verwaltungen bleibt einer näheren Vereinbarung vorbehalten.

### Artikel 11.

Die hohen contrahirenden Regierungen werden dahin wirken, daß von der im Artikel 1. bezeichneten Eisenbahn eine Eisenbahn-Verbindung durch den Eisenachischen Kreis des Großherzogthums Sachsen-Weimar über Meiningen, Hildburghausen, Coburg, in der Richtung nach Bamberg hin hergestellt werde. Auch verpflichtet sich die Kurfürstlich Hessische Regierung bis zur Beendigung des Baues der Bahn von Coburg nach Cassel, von letzterem Orte aus eine Eisenbahn nach Carlshafen auszuführen.

### Artikel 12.

Die Kurfürstlich Hessische Regierung ertheilt die Zusicherung, eine Eisenbahn von Cassel nach Frankfurt a/Main und somit eine Verbindung der im Artikel 1. bezeichneten Bahn nach letztgedachtem Orte zu befördern.

### Artikel 13.

Für die Transporte der im Artikel 11. und 12. genannten Eisenbahnen, so wie anderer etwa künftig herzustellender Abzweigungen wird die Aufnahme und -- so

weit thunlich — ununterbrochene Beförderung auf der im Artikel 1. bezeichneten Bahn, unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit, hiermit zugesichert.

#### Artikel 14.

Die hohen contrahirenden Regierungen verpflichten sich, darauf ein wachsames Auge zu haben, daß auf den Bahnhöfen oder in den zur Eisenbahn gehörigen Gebäuden weder Spielbanken angelegt, noch überhaupt daselbst Hazardspiele irgend einer Art gebuldet werden.

#### Artikel 15.

Gegenwärtiger Vertrag soll zur Landesherrlichen Genehmigung vorgelegt und die Auswechslung der darüber auszufertigenden Ratifications-Urkunden sobald als möglich, spätestens aber binnen vier Wochen bewirkt werden.

Zu Urkund dessen ist derselbe von den gegenseitigen Bevollmächtigten vollzogen und besiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 20. December 1841.

(gez.) Adolph v. Pommer-Esche. Carl Friedrich Wilkens-Hohenau.

(L. S.)

(L. S.)

Carl Hef. Otto Wilhelm Carl v. Röder. Carl Ludwig Gustav Dorek.

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

Heinrich Theodor Ludwig Schwedde. Carl Hef.

(L. S.)

(L. S.)

Vorstehender über die Anlage einer Eisenbahn von Halle nach Cassel u. abgeschlossener Staats-Vertrag, wird höherer Anordnung zu Folge hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 17. Mai 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 249.

Da die Fährte bei Eulau an der Saale im Kreise Querfurt sich wieder in polizeilichem Zustande befindet, so wird unsere Bekanntmachung vom 19. Februar d. J. (Amtsblatt 1842. Stück 9. Nr. 105. Seite 54.) wegen Verschließung derselben hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 15. Mai 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 250.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 9. d. M. zu befehlen geruht, daß zur möglichsten Erleichterung des großen Nothstandes der Abgesandten zu Hamburg, eine allgemeine Kirchen- und Haus-Collecte, im ganzen Umfange der Monarchie veranstaltet werde.

Wir machen dies den Eingeseffenen des hiesigen Regierungsbezirks hiermit bekannt, und weisen die Herren Prediger an, die Kirchen-Collecte an einem der nächsten geeigneten Sonntage in den Kirchen zu dem obigen Zwecke nach vorheriger Bekanntmachung zu veranstalten, die eingegangenen Gelder aber an die Herren Superintendenten einzusenden. Letztere haben diese Beiträge in der vorchriftsmäßigen Art an die Haupt-Instituten-Kasse einzusenden.

Die Haus-Collecte ist, wo solche nicht bereits stattgefunden hat, in den Städten von einer Raths-Deputation, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und den Schöppen zu veranstalten; hinsichtlich der Ablieferung der Gelder ist in Gemäßheit unserer Verfügung vom 20. Juni 1839. Amtsbl. S. 195., also zu verfahren, daß die Haus-Collecten-Gelder von den Stadtbehörden mittelst Lieferscheins an die Haupt-Instituten-Kasse unmittelbar, und unter Einreichung eines Duplicat-Lieferscheins an uns, die Collecten-Gelder aus den Dörfern aber, von den Dorfbehörden mittelst Lieferscheine, wovon ein Duplicat gleichfalls an uns einzureichen ist, unter Controle der Herren Landräthe an die betreffenden Kreisassen zur weiteren Ablieferung an die Haupt-Instituten-Kasse, berichtet werden.

Die Collecte wird bis Ende Juni als geschlossen betrachtet werden.

Der schon so oft bewährte Wohlthätigkeitsinn der Einwohner des hiesigen Bezirks berechtigt uns zu der Erwartung, daß reichliche Beiträge werden gegeben werden.

Merseburg, den 26. Mai 1842.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern und für das Kirchen- und Schulwesen.

Da die Bestimmungen des Ministerial-Rescripts vom 17. September 1835 Nr. 251. (v. Camph Jahrb. Bd. 36. S. 110.), wonach sämtliche Gerichtsbehörden angewiesen sind, in allen Prozessen, in welchen Kirchen oder andere hinsichtlich ihrer Vermögensbeaufsichtigung den Kirchen gleichstehende Stiftungen und Institute als Kläger oder Beklagte auftreten, der betreffenden Königl. Regierung

Das Verfahren in Prozessen, in welchen Kirchen und die den Kirchen gleichstehenden Stiftungen u. Institute Klagen oder verklagt werden, betr.

- 1) unter Mittheilung einer Abschrift der Klage, den Klagebeantwortungstermin bekannt zu machen, und
  - 2) bei der Mittheilung des Erkenntnisses an die Partheien zugleich eine vollständige Abschrift des Erkenntnisses zur Nachricht zu übersenden,
- (für welche Bekanntmachungen der Kirche u., wenn ihr nicht die Sportelfreiheit zufließt, nur Copialien in Rechnung gestellt werden können) von den Gerichten wiederholt unbeachtet gelassen sind, so werden dieselben sämtlichen Gerichtsbehörden unseres Departements hierdurch in Erinnerung gebracht.

Raumburg, den 2. Mai 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht von Sachsen.

### Personal-Chronik.

Der bisherige Civil-Supernumerar Giesecke ist als zweiter Rassen-Secretair Nr. 252. bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse angestellt worden.

Der in Ruhestand versetzte Pfarrer an der Moriskirche zu Raumburg M. Johann Gottlieb Röhrer ist am 9. April d. J. im 86sten Lebensjahre gestorben. Nr. 253.

Das Pfarramt zu Auerstädt, Epchorie Eckartsberga, ist durch Versetzung des bisherigen Inhabers erledigt und wird vermöge Reverses diesmal der Nachfolger nach einer Frist von 4 Wochen von der Königl. Regierung ernannt werden. Nr. 254.

Nr. 255.

Die Schulstelle in Pöffen, Parodie Neumarkt vor Merseburg, ist erledigt. Sie ist Privatpatronats, und wird für diesmal durch die Königl. Regierung auf Revers besetzt. Demnächst zur Erledigung kommen die Schulstellen in Staupitz, Fil. von Beckwig, Ephorie Torgau, Königl. Patronats; — ingleichen die Organisten- und Elementarlehrerstelle in Schweinitz, Ephorie Jessen, auf Revers zu besetzen. Die Ernennung erfolgt binnen 4 Wochen.

Nr. 256.

Dem Oberlandesgerichts-Assessor Herrmann Voße ist die Richterstelle bei dem Gerichtsante zu Schmiedeberg und dem Oberlandesgerichts-Assessor Friedrich Voland die jüngste etatsmäßige Assessorstelle bei dem Land- und Stadgericht zu Suhlen den 14. April c. übertragen; der Oberlandesgerichts-Assessor Grüner ist den 27. März c. an das Königl. Oberlandesgericht zu Breslau, der Oberlandesgerichts-Assessor Bindewald ist den 16. April c. an das Königl. Kammergericht versetzt; der Oberlandesgerichts-Referendar August Gustav Petrillo ist den 9. April c. zum Oberlandesgerichts-Assessor, und die Oberlandesgerichts-Aufsichtoren Bruno Wilhelm Julius Kockstroh und Johann August Albert Simon sind den 30. März und 8. April c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien in Rannenburg ernannt; dem Oberlandesgerichts-Referendar Wilhelm August Lipke ist die zum Uebergang zur Verwaltungspartei nachgesuchte Entlassung den 9. April c. ertheilt; der Oberlandesgerichts-Referendar Karl Friedrich Scharf ist den 15. April c. zum Gerichts-Actuar bei der Gerichts-Commission zu Hohenmölsen ernannt; der Hälssbote und Unterofficier Samuel Kürbig ist den 15. April c. zum Boten und Executor bei dem Land- und Stadgericht zu Weissenfeld und der interimistische Bote und Invalide Johann Friedrich Ritter den 16. April c. zum Boten und Executor bei der Gerichts-Commission zu Hohenmölsen bestellt; der Justiz-Commissar Böser zu Mückeln ist den 4. März c. zugleich zum Notar im Departement des Oberlandesgerichts ernannt; es ist die Verwaltung des Patrimonialgerichts zu Niekemitz den 27. März c. dem Patrimonialrichter von Stieglitz zu Mühlberg, dem Land- und Stadgerichts-Assessor Johann Alexander Theophilus Wunderlich aber die Verwaltung des Patrimonialgerichts zu Ostramondra und Kolbischleben den 6. März c. und dem Land- und Stadgerichts-Secretair Oberlandesgerichts-Referendar Karl Ludwig Adolph du Bois zu Suhlen die Gerichtsschreiber- und Gerichtsverwalterstelle in Heinrich den 11. März c. mit übertragen.

Nr. 257.

Der Oekonom Friedrich Otto Schüler in Klosterroda ist zum Schiedsmann für den 4ten Sangerhäuser Landbezirk erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 258.

Der Müller Gotthelf Peters in Neudorf ist zum Schiedsmann für den 4ten Schweinitzer Landbezirk erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu drei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Wittenberger landrätlichen Kreis,
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Scharfberger landrätlichen Kreis, und
- 3) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Zeitzer landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

20. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 4. Juni 1842.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Vorschriften, welche nach unserer Bekanntmachung vom 19. April d. J. wegen Kündigung und Konvertirung der Staatschuldscheine bei Einreichung der Listen der zu konvertirenden Staatschuldscheine von den Besitzern derselben zu beobachten sind, nicht gehörig beachtet werden, und finden wir uns daher veranlaßt, mit Bezug auf jene im 14. Stücke Seite 88. bis 92. unter Nr. 184. des diesjährigen Regierungs-Amtsblatts enthaltene Bekanntmachung das Publikum auf nachstehende Punkte noch besonders aufmerksam zu machen.

Nr. 259.  
Die Kündigung, Ausgabung und Umschreibung der Staatschuldscheine betr.

1) Unter den zur Umschreibung bestimmten und jetzt Behuß der Empfangnahme der Prämie von 2 Prozent bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse eingehenden Staatschuldscheinen befindet sich eine große Anzahl von solchen Staatschuldscheinen, welche durch die bisher Statt gefundenen 19. Verloosungen bereits betroffen und also schon Seitens des Staats zur baaren Zurückzahlung der Valuta bestimmt sind und nicht mehr konvertirt werden können. Durch diesen Uebelstand wird das an und für sich schon höchst zeitraubende, mühevollen und verantwortliche Konvertirungs-Geschäft den hiesigen Kassenbeamten ungemein erschwert, und fordern wir daher die Besitzer von Staatschuldscheinen wiederholt und dringend auf, ihre Papiere vor der Einsendung an die Regierungs-Haupt-Kasse auf den Grund der demselben Amtsblattsstücke beigefügten Uebersicht derjenigen Verloosungen, aus welchen noch unrealisirte Staatschuldscheine im Umlaufe sind, aufs sorgfältigste zu prüfen und die ausgelooften Appoints mit den zu konvertirenden durchaus nicht zu vermischen.

2) In mehreren Fällen haben die Einsender der zu konvertirenden Staatschuldscheine die erste Seite des ersten Exemplars des einzusendenden diesjährigen Verzeichnisses, welche gerade den Hauptbelag, nämlich die Quittung über den Prämien-Betrag, enthält, nicht ausgefüllt und durch Datum, Unterschrift und Angabe des Charakters oder Standes vollzogen. Auch ist mehrfach die allgemeine Bestimmung:

daß die Staatschuldscheine nach den Nummern und nicht nach den Littern geordnet und aufgezeichnet werden müssen — nicht befolgt; weshalb besonders aufmerksam darauf gemacht wird, daß die Nummer des Staatschuldscheins allemal Hauptbezeichnung, die Litter aber nur Nebenbezeichnung ist.

- 3) Zu den dreifach einzusendenden Verzeichnissen der zu konvertirenden Staatsfchuldscheine müssen durchweg gedruckte Formulare, wie sie bei jeder Kreiskasse unentgeltlich zu erlangen sind, angewendet werden.

Diese Listen, welche recht genau übereinstimmend und ganz vollständig auszufüllen sind, haben öffentliche Behörden, zu deren Verwaltung verschiedene, Staatsfchuldscheine bestående Fonds gehören, zur Vereinfachung des Schreibwerks und Erleichterung der Prüfung nicht für jeden einzelnen Fonds besonders, sondern für sämtliche einzusendende Staatsfchuldscheine ihrer Fonds zusammen anzufertigen und einzureichen.

- 4) Wenn Staatsfchuldscheine, die außer Cours gesetzt sind, Behufs der Empfangnahme der Prämie eingekendet werden, so bedarf es für jetzt deren Incoursesetzung nicht. Dagegen müssen diejenigen Inhaber von Staatsfchuldscheinen, welche die Kündigung annehmen, ihre Staatsfchuldscheine eben so wieder in Cours setzen lassen, wie Solches mit den ausgelooften Staatsfchuldscheinen geschehen muß — übrigensfalls diese Staatsfchuldscheine den Einkendern auf ihre Kosten zurückzusenden seyn würden.
- 5) Wenn es gleich im Allgemeinen eines jeden Inhabers von Staatsfchuldscheinen eigne Sache ist, das Erforderliche, je nachdem er die geschehene Kündigung annehmen will, oder die Konvertirung vorzieht, nach Maßgabe der erlassenen Bekanntmachung in Zeiten selbst wahrzunehmen und sich deshalb zu erklären, und wiewohl dieser Grundsatz auch auf diejenigen Domainenpächter und sonstigen Interessenten Anwendung findet, für welche Staatsfchuldscheine als Caution oder aus anderer Veranlassung bei den hiesigen Haupt-Kassen deponirt sind; so wollen wir doch die theilhaftigen Interessenten hierdurch nochmals veranlassen, sich recht bald wegen Annahme der Kündigung der ihnen gehörenden Staatsfchuldscheine, oder wegen Konvertirung der Letztern und Einziehung der Prämie in der durch unsere Verfügung vom 19. April d. J. vorgeschriebenen Art zu erklären.
- 6) Mehrere Besitzer solcher Staatsfchuldscheine, welche erst in der 19. Ziehung ausgelooft sind, liefern dieselben schon jetzt an die hiesige Regieruugs-Haupt-Kasse ein. Da deren Baarbetrag aber erst zum 2. Januar 1843. fällig ist, und die Scheine also der Regieruugs-Haupt-Kasse mehrere Monate hindurch zur Last liegen und die Uebersicht der Kassenbestände erschweren, so muß gewünscht werden, daß die Besitzer solche Staatsfchuldscheine vorläufig noch an sich behalten und erst in den Monaten October oder November d. J. Behufs der Realisirung hierher einsenden.

Merseburg, den 28. Mai 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 260.  
Das neu errichtete Landes-  
Oeconomie-  
Collegium in  
Berlin betr.

Unter Bezugnahme auf den Ober-Präsidential-Erlaß vom 22. März d. J. — Amtsbl. pag. 85. — wird nachstehendes von des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Ordre vom 15. April ex. bestätigte Regulativ für das neu errichtete Landes-Oeconomie-Collegium



# Regulativ für

## das Landes-Deconomie-Collegium.

Nachdem mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 16. Januar d. J. die Errichtung eines Landes-Deconomie-Collegii, als einer dem Ministerio des Innern untergeordneten Behörde, Allerhöchsten Ortes befohlen und die Bildung desselben demgemäß gegenwärtig bewirkt worden, wird für diese Behörde das nachstehende Regulativ erlassen.

### §. 1.

Das Collegium hat die Bestimmung:

- 1) dem vorgeordneten Ministerium zu dienen theils als technische Deputation in landwirthschaftlichen Angelegenheiten, theils als Organ zur Ausführung der ihm zu ertheilenden Aufträge;
- 2) die landwirthschaftlichen Vereine in den Provinzen in ihrer gemeinnützigen Thätigkeit zu unterstützen, ihre Wirksamkeit zu befördern und ihre Verbindung unter einander und mit den Staatsbehörden zu vermitteln.

Bestimmung  
des Colle-  
giums,  
Im Allge-  
mei-  
nen.

### §. 2.

Als technische Deputation des Ministeriums hat das Collegium dem Ministerium in Beziehung auf landwirthschaftliche Angelegenheiten und Interessen überhaupt, und auf die landwirthschaftlichen Zustände der Provinzen insonderheit alle erforderliche Daten, Notizen, Materialien und sonstige Auskunft zu ertheilen, verlangte Gutachten zu erstatten und aus eigener Bewegung Vorschläge und Anträge zu machen zu Massregeln, die im landwirthschaftlichen Interesse zu nehmen seyn möchten.

Im Besonde-  
ren.

### §. 3.

Auftragsweise und nach besonderer Instruction hat das Collegium auszuführen, was ihm, sey es wegen Beaussichtigung landwirthschaftlicher Institute, oder wegen erforderlicher Untersuchungen und Ermittlungen, oder wegen Vorbereitung, Einleitung und Einrichtung neuer Unternehmungen und Anstalten, oder auch wegen Ausarbeitung technischer Instructionen und Belehrungen vom Ministerium übertragen werden wird.

### §. 4.

Ganz besonders soll das Collegium das Organ seyn, dessen das Ministerium sich zu seiner näheren Einwirkung auf die landwirthschaftlichen Vereine bedient, um ihnen, und zwar zunächst in gewerblich technischer Beziehung, Anregung, Leitung und Richtung zu ertheilen.

### §. 5.

Zu diesem Endzweck wird das Collegium gleichsam den Mittelpunkt bilden für die Wirksamkeit der landwirthschaftlichen Vereine in den Provinzen, um die Resultate ihrer Bestrebungen und Thätigkeit in sich zu versammeln, zu ordnen und für das Ganze fruchtbar zu machen, ihnen durch Rath, Anleit und belehrende Mittheilungen nützlich zu werden, ihre Verbindung unter einander und die Uebereinstimmung ihrer Wirksamkeit zu vermitteln, sie in ihren billigen Wünschen und Ansprüchen, namentlich bei Unternehmungen gemeinnütziger Art, zu unterstützen und höheren Orts zu vertreten, und zu dem Ende in fortwährender specicller Communication mit ihnen zu bleiben.

§. 6.

Um diese seine Bestimmung zu erfüllen, hat endlich das Collegium sowohl in möglichst genauer Kenntniß der wirklichen landwirthschaftlichen Zustände aller Landestheile, als auch in vollständiger Uebersicht aller Fortschritte und Mängelungen, welche überhaupt die Landwirthschaft nach ihrem ganzen Umfange in Theorie und Praxis nimmt, sich fortwährend zu erhalten.

§. 7.

Zusammen-  
setzung.

Das Collegium besteht aus:

- 1) einem Director,
- 2) einer Anzahl ordentlicher Mitglieder, nämlich:
  - a) mehreren Ministerial-Räthen derjenigen Ministerien, zu deren Ressort die landwirthschaftlichen und gewerblichen Angelegenheiten gehören;
  - b) einigen theils in den staatswirthschaftlichen Disciplinen und der Statistik, theils in den Naturwissenschaften und der Gewerbkunde wohlbewanderten Gelehrten;
  - c) mehreren erfahrenen practischen Landwirthen von anerkanntem Rufe aus der Nähe von Berlin, als eigentlichen Technikern;
  - d) dem General-Secretair und
- 3) einer unbestimmten Anzahl außerordentlicher Mitglieder, welche in den Provinzen wohnhaft, nicht nur als beständige Correspondenten des Collegiums demselben angehören, sondern auch in geeigneten Fällen persönlich einberufen werden können, um an den Berathungen und Geschäften des Collegiums Theil zu nehmen, in welchem Falle sie für Reisekosten und Diäten angemessen werden entschädigt werden.

§. 8.

Außerdem sollen, wo es im Interesse einzelner Gegenstände erforderlich seyn wird, Fachgelehrte und Sachverständige zugezogen werden, um entweder durch schriftliche Gutachten oder in persönlicher Theilnahme an den Verhandlungen ihre fachkundigen Urtheile abzugeben.

§. 9.

Äußerliche Ver-  
hältnisse der  
einzelnen Mit-  
glieder.

Der Director hat im Allgemeinen die Pflichten und Befugnisse, die dem Vorsitzenden eines Collegiums zukommen. Er erbricht alle eingehende Schreiben, führt den Vorsitz und die Leitung des Vortrages in allen Versammlungen, entscheidet bei Gleichheit der Stimmen durch die seinige, beruft, wenn es nöthig ist, außerordentliche Plenar- und Ausschuß-Versammlungen, bestimmt die Referenten, erledigt eiligerer Angelegenheiten, zu denen es collegialischer Verhandlungen nicht bedarf, mit Zuziehung des General-Secretairs, ernannt Ausschüsse aus den Mitgliedern des Collegiums, sorgt für pünktliche Erfassung der nöthigen periodischen Berichte, bringt dem vorgeordneten Ministerium die etwa einzuberufenden außerordentlichen Mitglieder in Vorschlag, leitet vorzugsweise die Verhandlungen mit den Provinzial-Vereinen und unterzeichnet die Erlasse an selbige unter der Firma des Collegii.

§. 10.

Die ordentlichen Mitglieder wohnen allen Plenar- und denjenigen Ausschuß-Versammlungen, zu denen sie berufen worden sind, regelmäßig bei, und haben den Vor-

trag über diejenigen Angelegenheiten, für welche sie entweder ein für allemal oder durch specielle Zuschrift zu Referenten bestimmt sind. Namentlich werden die Ministerial-Räthe alle diejenigen Sachen vorzutragen und zu bearbeiten haben, welche das Ressort oder das Interesse desjenigen Ministerii berühren, welchem sie angehören. Was aber in das Gebiet der landwirthschaftlichen Technik gehört, wird von den eigentlichen Praktikern bearbeitet werden, deren Jedem zu dem Ende ein bestimmtes Fach zugetheilt werden wird.

### §. 11.

Der General-Secretair soll, eben so wie der Director, in der vollständigen Uebersicht aller Geschäfte und Verhandlungen des Collegiums sich erhalten, und ist zu dem Ende der ordentliche Correspondent aller Vortrags-Gegenstände.

Außerdem liegt ihm vorzugsweise ob:

- 1) die Führung der Protokolle in den Versammlungen;
- 2) Unterhaltung einer möglichst ausgebreiteten Correspondenz in landwirthschaftlich-technischer Beziehung;
- 3) Die Zusammenstellung und Ordnung aller aus den Verhandlungen des Collegiums, aus den Reiseberichten der Mitglieder, aus den Mittheilungen der Vereine, aus den mancherlei literarischen Quellen und aus seiner eigenen Correspondenz zu entnehmenden Notizen und Materialien, die in landwirthschaftlicher Hinsicht irgend von Interesse sind, um davon nach Gelegenheit und Umständen nützlichen Gebrauch zu machen; daher
- 4) die specielle Aufsicht und Leitung des Central-Büreaus, welches für die Sammlung, Zusammenstellung und Bewahrung jener Notizen und Materialien bestimmt ist, und in welchem zum Gebrauche des Collegiums alle diejenigen Informationsmittel sich finden, deren dasselbe bedarf, sowohl zur richtigen Beurtheilung der wirklichen landwirthschaftlichen Zustände in der ganzen Monarchie, als auch zur fortwährenden Uebersicht über den jedesmaligen Standpunkt der Landwirthschaft in Theorie und Praxis, und aller ihrer Fortschritte, Erfahrungen und Richtungen;
- 5) die Sorge für die erforderlichen Sammlungen des Collegiums und für deren Vervollständigung und zweckmäßige Benutzung;
- 6) die Redaction der unter der Leitung des Directors herauszugehenden Annalen der Landwirthschaft in den Preussischen Staaten.

### §. 12.

Außerordentliche Mitglieder sind theils die jedesmaligen Präsidenten oder Directoren der Central-Vereine in den Provinzen oder Regierungs-Bezirken, theils werden sie vom vorgeordneten Ministerium auf den Vorschlag des Directors alljährlich neu designirt und demgemäß zum Eintritte aufgefördert.

### §. 13.

Das Collegium versammelt sich in ordentlichen Plenar-Versammlungen, die an bestimmten Tagen monatlich einmal gehalten werden, und in denjenigen außerordentlichen Plenar- und Ausschuß-Versammlungen, zu denen dasselbe vom Director berufen wird.

Geheiß:  
Ordnung.

§. 14.

Ausschuß-Versammlungen finden in der Regel nur zur Berathung über rein technische Gegenstände Statt, und zwar entweder zu gegenseitiger Verständigung und vorläufiger Besprechung über die in Beziehung auf selbige etwa zu befolgenden Grundsätze und zu nehmenden Maaßregeln, ehe solche in den Plenar-Versammlungen zur Sprache gebracht werden, oder auch zur Berathung über den Inhalt der dem Collegium abgeforderten technischen Gutachten.

Nach Erforderniß können auch beständige Ausschüsse gebildet und regelmäßig versammelt werden.

§. 15.

Der Director sowohl, als der General-Secretair wohnen allen Versammlungen bei. In Behinderungsfällen wird der Director durch den dem Collegio beigegebenen ältesten Rath des Ministerii des Innern vertreten.

§. 16.

Bei zu fassenden Beschlüssen gilt Mehrheit der Stimmen. Stimmrecht hat jedes ordentliche Mitglied, der General-Secretair und die etwa einberufenen außerordentlichen Mitglieder.

§. 17.

In den an das vorgesezte Ministerium zu erstattenden Berichten, sie mögen eine abgeforderte Auskunft oder ein abzugebendes Gutachten, oder eine zu entwerfende Instruction, oder auch einen vom Collegium gebildeten Antrag betreffen, ist ohne Ausnahme in allen Fällen, wo im Collegium selbst eine Verschiedenheit der Ansichten Statt gefunden hat, der Dissens einzuberichten und die Meinung auch der Minorität vollständig und von den Gründen der Dissentirenden begleitet vorzutragen.

§. 18.

Ueber alle wichtigeren Angelegenheiten, namentlich bei der Erstattung von technischen Gutachten, hat der Director zuvörderst entweder die schriftlichen Vota einzelner oder mehrerer Mitglieder zu veranlassen, oder die vorbereitende Bearbeitung einem besondern Ausschusse zu übertragen.

§. 19.

Alle in den Ausschüssen berathenen Gegenstände, sofern sie nicht rein technischer Beschaffenheit sind, müssen dem Plenum zur Beschlußnahme vorgelegt werden.

§. 20.

Kommt es auf Ermittlung örtlicher Verhältnisse an, die dem Collegium nicht hinlänglich bekannt sind, und bedarf es dazu der Information an Ort und Stelle, so werden die deshalb nöthigen Aufträge nur vom Ministerium, event. auf den Antrag des Directors ertheilt.

§. 21.

Das Collegium erstattet jährlich dem vorgesetzten Ministerium einen ausführlichen Bericht sowohl über seine Wirksamkeit und deren Erfolge, als über den Zustand der Landw.-Cultur in der Monarchie, wie ihm solcher bekannt geworden, und knüpft daran seine Vorschläge und Anträge zu allgemeinen oder besondern Maaßregeln, die im Interesse der landwirthschaftlichen Verhältnisse zu nehmen seyn möchten.

§. 22.

Das Verhältniß des Collegiums zu den landwirthschaftlichen Vereinen in den Provinzen ist ein ganz freies, das sich in allen einzelnen Fällen aus der Wirksamkeit des Collegiums und aus dem Vertrauen der Vereine entwickeln muß.

Verhältniß zu  
den landwirth-  
schaftlichen  
Vereinen.

§. 23.

Das Collegium hat jedoch zunächst dahin zu wirken, daß sich in denjenigen Gegenden, wo landwirthschaftliche Vereine noch gar nicht vorhanden sind, dergleichen bilden, und daß die vorhandenen Vereine, soweit dies noch nicht geschehen, sich nach Provinzen oder wenigstens nach ähnlichen größern Bezirken zu Central-Societäten organisiren, um auf diese Weise sowohl ihre Interessen, als ihre Wirksamkeit zu vereinigen.

§. 24.

Außer den Vereinen von allgemeiner landwirthschaftlicher Richtung, hat das Collegium auch seine Einwirkungen auf diejenigen Vereine zu erstrecken, welche einzelne Zweige der Landwirthschaft oder mit derselben in Verbindung stehende Gegenstände, wie Seidenbau, Obstzucht, Bienenzucht, Gartenbau und dergleichen zur Aufgabe ihrer Wirksamkeit sich gesetzt haben.

§. 25.

Die Verhandlungen mit den Districts- und Central-Vereinen, sofern sie rein technische Angelegenheiten, also die Mittheilung interessanter Notizen und Materialien, den Austausch von Erfahrungen und Beobachtungen, die Aufstellung von Versuchen und deren Resultate, die Wahl von Preis-Aufgaben und Concurrenzen, die Zusammenkunft von Schriftst., Werkzeugen, Modellen, Sammlereien und dergleichen betreffen, werden vorzugsweise vom Director geleitet, unter Mitwirkung des General-Secretairs und der betreffenden Ausschüsse.

§. 26.

Das bisherige Verhältniß der landwirthschaftlichen Vereine zu den Provinzial-Behörden, also zu den königlichen Ober-Präsidien und Regierungen, wird jedoch durch die Stellung des Collegiums in keiner Weise alterirt.

Verhältniß zu  
den Provinzial-  
Behörden.

§. 27.

Ueberhaupt tritt das Collegium eben so wenig zu den genannten Provinzial-Behörden, wie zu den General-Commissionen in irgend eine amtliche Beziehung.

§. 28.

In sofern es sich daher um Beschaffung von amtlichen Nachweisen oder andern Auskunfts- und Informations-Mitteln handelt, welche das Collegium von den Provinzial-Behörden, oder umgekehrt, diese von jenem zu erhalten wünschen möchten, ist solche von beiden Seiten durch das vorgeordnete Ministerium zu erwirken, wodurch jedoch nicht verhindert werden soll, daß eine durch Umstände veranlaßte unmittelbare Correspondenz im Interesse der Vereine oder über rein technisch-landwirthschaftliche Gegenstände von beiden Seiten eingeleitet werden könne.

§. 29.

Der Director wird regelmäßig alljährlich wenigstens zwei Provinzen bereisen, nicht bloß um die landwirthschaftlichen Zustände und Bedürfnisse aus eigenem Augenschein kennen zu lernen, sondern auch um persönliche günstige Beziehungen zu Behörden, Vereinen und Privaten zu gründen oder zu unterhalten.

Hilfsmittel  
des Minister-  
iums.  
Verhältnisse  
dieser...

§. 30.

Auch dem General-Secretair soll periodisch Gelegenheit gegeben werden, den Zustand der Provinzen aus eigener Anschauung kennen zu lernen und im Interesse der gründlichsten Information persönliche Bekanntschaften zu machen.

§. 31.

Wenn es auf Ermittlung einzelner Verhältnisse und Zustände durch eigene Beobachtung oder auf Revision landwirthschaftlicher Institute, oder auf andere Recherchen ankommt, zu denen die persönliche Anwesenheit eines Commissariats erforderlich ist, so wird auch nach Umständen irgend ein anderes ordentliches oder außerordentliches Mitglied mit speciellen Aufträgen versehen werden.

§. 32.

2. Correspondenz. Die nicht amtliche Correspondenz im Interesse der Zwecke des Collegiums liegt nach §. 12. 2. vorzugsweise dem General-Secretair ob. Derselbe wird sich angelegen sein lassen, sie im In- und Auslande immer mehr auszudehnen und so lehrreich und nützlich wie möglich zu machen.

§. 33.

Aber auch die ordentlichen technischen Mitglieder werden ihre Thätigkeit nicht blos auf Erledigung der ihnen zugetheilten einzelnen Geschäfte beschränken, sondern bemüht seyn, durch Mittheilung eigener, oder aus ihrer Correspondenz gesammelter Erfahrungen, Beobachtungen und nützlicher Notizen das Informations-Material zu vermehren.

§. 34.

3. Central-Bureau. Das Central-Bureau, dessen Bestimmung schon im §. 12. unter 4. angegeben ist, bildet die Niederlage für dieses sämmtliche Material, und ist von dem General-Secretair so zu ordnen, daß daraus alle dem Collegium nöthige und nützliche Auskunft, nicht blos in technischer und wissenschaftlicher, sondern auch in statistischer, so wie in staatswirthschaftlicher und administrativer Beziehung mit Leichtigkeit und Sicherheit entnommen werden könne.

§. 35.

Die Controlle über das Central-Bureau führt außer dem Director auch das dem Collegium beigeordnete Mitglied des statistischen Büreaus, welches vorzugsweise dahin sehen wird, daß die Anordnung des Materials mit beständiger Rücksicht auf die Zusammenstellung lehrreicher statistischer Uebersichten erfolge.

§. 36.

4. Sammlungen. Die Einrichtung und Verwahrnehmung der Sammlungen des Collegiums, über welche der General-Secretair nach §. 12. 5. ebenfalls die specielle Aufsicht führt, erfolgt nach dessen und der ordentlichen Mitglieder Vorschlägen unter Genehmigung des Directors.

§. 37.

Vorzugsweise ist dahin zu sehen, daß wichtigere Werke und lehrreiche Zeitschriften landwirthschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technologischen Inhalts angeschafft, und sowohl für die Zwecke des Central-Büreaus, als zum Gebrauch der Mitglieder benutzt werden.

Wiesern dem Collegium oder einzelnen Mitgliedern desselben in dieser ihrer Eigenschaft die Aufsicht und Leitung gewisser gemeinnütziger Institute, als da sind: Aufstellung von Stammheerden, Ackerwerkzeug-Fabriken, Lehranstalten für allgemeine oder specielle landwirthschaftliche Zwecke, Versuchs- und Uebungs-Wirthschaften und dergleichen mehr anvertraut werden möge, wird von der weiteren Entwicklung der Wirksamkeit des Collegiums, von dem sich zeigenden Bedürfnisse und von sonstiger Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse abhängen.

Die herauszugehenden, von dem General-Secretair unter Leitung des Directors zu redigirenden Annalen sollen den Zweck haben:

- 1) eine fortlaufende Uebersicht zu liefern über den wirklichen Zustand der Land-Cultur in den Provinzen der Preussischen Monarchie, und zwar mit sorgfältiger Berücksichtigung aller provinziellen Eigenthümlichkeiten, wie solche durch die natürlichen Zustände, durch die Eigenthums-Verhältnisse, durch die übliche Bewirthschaftungsweise, durch den Fleiß und die Betriebsamkeit der Landwirthe, durch die Beschaffenheit des Verkehrs und Handels, so wie der Communications- und Absatzwege und durch andere günstige oder ungünstige Umstände bedingt und mannigfaltig gestaltet werden;
- 2) Bericht zu erstatten über die Thätigkeit der landwirthschaftlichen Vereine und deren Erfolge;
- 3) Rechenschaft abzulegen von der Wirksamkeit des Collegiums;
- 4) überhaupt die Grundsätze zu entwickeln, nach welchen von Staatswegen auf den Fortschritt der Bodencultur und landwirthschaftlichen Betriebsamkeit eingewirkt wird, die Zwecke darzulegen, die dadurch erreicht werden sollen, und die Maßregeln zusammenzustellen, die zu dem Ende genommen werden;
- 5) fortwährende periodische Uebersichten zu geben über die gesammte landwirthschaftliche Literatur nach ihren bedeutenderen Leistungen, mit kurzer Hinweisung auf das Wichtigste und Bemerkenswertheste;
- 6) alljährlich einen gebrängten, aber möglichst vollständigen landwirthschaftlich-statistischen General-Bericht zusammenzustellen, mit Andeutung der daraus zu ziehenden Schlüsse und darnach zu nehmenden Maßregeln, sowohl im staats-ökonomischen als im privatwirthschaftlichen Interesse;
- 7) endlich mannigfaltige einzelne Notizen zu enthalten, die auch für den einzelnen practischen Landwirth von Wichtigkeit seyn können, jedoch mit strenger Auswahl des Gewissen, Bewährten und factisch Zuverlässigen.

Dem Collegium werden demnächst diejenigen Fonds zu eigener Disposition überwiesen, welche zur Vervollständigung seiner Sammlungen ausgesetzt, und deren principienmäßige Verwendung dem Director anvertraut werden wird.

Das Collegium führt ein Dienstiegel mit der Umschrift: Landes-Deconomie-Collegium.

8. Personal.

Das Personal der Bureau- und Unterbeamten wird dem Collegium vom vorge-  
setzten Ministerium zugetheilt.

Berlin, den 25. März 1842.

Der Minister des Innern und der Polizei.  
v. Kochow.

hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 20. Mai 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 261.

Kirchen- und  
Hauscolleete  
für die deutsch-  
evangelische  
Gemeinde zu  
Prag betr.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 5. März c. allernäbigs zu genehmigen geruht, daß zur Unterstützung der deutsch-evangelischen Gemeinde zu Prag bei der Ausführung ihrer Schul- und Pfarrhausbauten eine evangelische Kirchen- und Hauscolleete gehalten werden dürfe.

Wir machen dies den sämmtlichen Einwohnern des hiesigen Regierungsbezirkes hiermit bekannt, und weisen die Herrn Prediger an, die Kirchen-Colleete an einem der nächsten geeigneten Sonntage in den Kirchen zu dem obigen Zwecke nach vorheriger Bekanntmachung desselben an die Gemeinden zu veranstalten, die eingegangenen Gelder aber an die Herren Superintendenden einzusenden. Letztere haben diese Beiträge mittelst Lieferscheins, oder Falls keine Beiträge eingehen, einen Vacatschein an die Haupt-Instituten-Kasse einzusenden, das Duplicat des Liefert- oder Vacatscheins aber bei uns einzureichen.

Die Hauscolleete ist in den Städten von einer Raths-Deputation, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und den Schöppen zu veranstalten, hinsichtlich der Ablieferung der Gelder ist in Gemäßheit unsrer Verfügung vom 20. Juni 1839., Amtsbl. S. 195., also zu verfahren, daß die Hauscolleeten-Gelder von den Stadtbehörden mittelst Lieferscheins an die Haupt-Instituten-Kasse unmittelbar und unter Einreichung eines Duplicat-Lieferscheins an uns, die Colleeten-Gelder aus den Dörfern aber von den Dorfbehörden mittelst Lieferscheins, wovon ein Duplicat gleichfalls an uns einzureichen ist, unter Controlle der Herren Landräthe an die betreffenden Kreis-Kassen zur weiteren Ablieferung an die Haupt-Instituten-Kasse, berichtigt werden.

In der Mitte des Monats Juli wird die Colleete als geschlossen betrachtet werden.

Merseburg, den 3. Mai 1842.

Königl. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen  
und für das Innere.

Nr. 262.

Die Vervoll-  
ständigung des  
Orts-Regulativs  
der Stadt  
Halle für die  
bortigen  
Schlächter betr.

Auf Grund vorliegender Ermächtigung des Königlichen Finanz-Ministeriums wird zur Vervollständigung des Orts-Regulativs der Stadt Halle vom 29. September 1821, mit Bezug auf die §§. 82. 83. 87. 89. und 91. desselben, hiermit zur Beachtung für die bortigen Schlächter, Folgendes bekannt gemacht:

- 1) Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh weder ganz noch theilweise von einem andern Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide; sowohl



derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder zum Theil abgelassen werden soll, mit ihren Schlachtwersteuerungs-Büchern sich bei der Steuer-Expedition gemeldet und daselbst die resp. Ab- und Zuschreibung des Fleisches, mit genauer Angabe des Gewichts, in ihren Büchern nachgesucht haben.

- 2) Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle ad 1. darf der Zugang an Fleisch nicht in die Gewerbsräume des Schlächters ausgenommen werden, bevor die Anmeldung und Zuschreibung im Versteuerungsbuche bei der Steuer-Expedition geschehen ist.
- 3) Wer nach Stücksaß steuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe anmelden und muß, sofern die Gewichtsermittlung einen höheren Steuerbetrag als der Stücksaß ergibt, das Mehr nachversteuert werden.
- 4) Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stücksaß steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stücksaße, wenn dieser höher als die Gewichtsversteuerung ist, nachsteuern.
- 5) Auch Uebertragungen von lebenden Vieh zwischen den vorgedachten Schlächtern müssen angemeldet werden, und geht dadurch die Versteuerung auf denjenigen, welcher dasselbe schlachtet, nach Maßgabe der Art, in der er für gewöhnlich steuert, über.

Uebertretungen dieser Vorschriften, welche vom 1. Juli c. ab in Kraft treten, werden nach dem Mahl- und Schlachsteuer-Gesetze vom 30. Mai 1820 und der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 als Defraudationen geahndet.

Magdeburg, den 21. Mai 1842.

Königl. Geheimer Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director Landmann.

Nach §. 5. der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 29. März 1828. — Gesetzsammlung pro 1828. Seite 39. — ist jeder Inhaber einer mit Taback bepflanzten Grundfläche von sechs und mehr Quadratruthen verbunden, vor Ablauf des Monats Juli der Steuerbehörde die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe in Preussischen Morgen und Quadratruthen genau und wahrhaft, gegen eine von dieser Behörde darüber zu ertheilende Bescheinigung, schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Bewohner der Provinz Sachsen, welche im Laufe dieses Jahres Tabacksbau betreiben, mache ich auf diese gesetzliche Verpflichtung, deren Erfüllung sie nur gegen die bekannten gesetzlichen Folgen der Anmeldungs-Versäumniß schätzen kann, mit dem Hinzufügen hierdurch aufmerksam, daß in solchen Fällen, wo die Tabacksländereien ausnahmsweise erst nach Ablauf des Monats Juli bepflanzt werden sollen, die Declaration derselben bei Vermeldung der Defraudationsstrafe, jedenfalls früher erfolgen muß als mit der Anpflanzung vorgegangen wird.

Magdeburg, den 25. Mai 1842.

Der Geheimer Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director Landmann.

Nr. 263.  
Die Anmeldung der diesjährigen Tabackspflanzungen betr.

Nr. 264. Dem Kaufmann Karl Treu in Berlin ist unterm 17. April 1842 ein Einführungs-Patent auf eine Verbesserung der Brenner für Del- und Thran-Lampen ohne Docht, in der für neu und eigenthümlich erachteten, durch ein Modell nachgewiesenen Construction, für den Zeitraum von acht Jahren, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Staats ertheilt worden.

Nr. 265. Dem Fabrikanten Dr. W. E. Fuß zu Schönebeck bei Magdeburg ist unterm 17. April 1842 ein Patent auf eine durch Beschreibung erläuterte Methode: Gläser nach Art der Venetianischen darzustellen, insoweit solche als neu und eigenthümlich anerkannt worden, ohne Jemand zu behindern, dergleichen Gläser auf andere Weise zu fertigen, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 266. Der bisherige Regierungs-Secretariats-Assistent Quas ist zum Regierungs-Secretair befördert, und der seitherige Supernumerar, vormalige Oberfeuerwerker Schmid als Regierungs-Secretariats-Assistent angestellt worden.

Nr. 267. Der bisherige Nebenagent der Feuerversicherungs-Gesellschaft Sun fire office zu London, Apotheker Fr. Weller in Elsterwerda, ist zum Hauptagenten der gedachten Gesellschaft für die Städte Mühlberg, Ottraud, Elsterwerda, Rücken-berg und deren Umgegend ernannt worden.

Nr. 268. Der bisherige Agent der Feuerversicherungs-Gesellschaft Royal Exchange zu London, Kaufmann G. O. Kamprath zu Lauchstädt hat diese Agentur aufgegeben und ist dagegen als Agent der Cölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft bestän- digt worden.

Nr. 269. Der Kaufmann Karl Traugott Leuthold zu Herzberg ist als Agent der Leip- ziger Feuerversicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Nr. 270. Der Cantor Karl Ferdinand Herrmann zu Preßsch, Ephorie Remberg, ist am 15. Mai c. gestorben.

Die Stelle ist Königl. Patronats und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 271. Der als Amtsdienier und Executor bei dem Königl. Domainenamte zu Wei- ßenfels interimistisch angestellte ehemalige freiwillige Jäger, Carl Heinrich Wittig, ist auf seinen Antrag aus diesem Posten wieder ausgeschieden, was hierdurch be- kannt gemacht wird.

Nr. 272. Der Bürgermeister Fried zu Mansfeld ist zum Schiedsmann für dortige Stadt anderweit erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu drei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Liebenwerdaer landrätthlichen Kreis,
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Weißenfelder landrätthlichen Kreis, und
- 3) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Bitterfelder landrätthlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 21. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 11. Juni 1842.

**B e k a n n t m a c h u n g,**

die Kündigung, Auszahlung und Umschreibung der noch unverloosten Staatsschuldsscheine betreffend.

Zufolge der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. v. Mts., betreffend die Ummwandlung der Staatsschuldsscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf 3½ Procent (Gesetz-Sammlung Nr. 2255.), sollen sämtliche noch im Umlauf befindliche Preussische Staatsschuldsscheine, soweit sie in den, Behufs der Tilgung bisher stattgefundenen 19 Verlosungen noch nicht gezogen, und also nicht bereits gekündigt sind, vom 2. Januar 1843. ab, nur noch mit 3½ Prozent jährlich verzinst werden. Es werden daher sämtliche noch circulirende, durch die bisherigen 19 Verlosungen nicht betroffene Staatsschuldsscheine, zum Behuf der baaren Zurückzahlung der verschriebenen Kapital-Beträge, welche am 2. Januar 1843. hier in Berlin bei der Controle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30., in Empfang zu nehmen sind, ihren Besitzern hierdurch gekündigt, mit der Aufforderung, diese Papiere, unter der schriftlichen Erklärung, die Kündigung anzunehmen, spätestens bis zum 1. September d. J. gegen Depositalscheine einzuliefern. Einheimische haben jene Erklärung nebst ihren Staatsschuldsscheinen bei der Controle der Staatspapiere, Auswärtige aber solche bei der ihnen zunächst gelegenen Regierungs-Hauptkasse einzureichen. Von denjenigen Inhabern von Staatsschuldsscheinen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird angenommen werden, daß sie die geschehene Kündigung ihrer Staatsschuldsscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta ihrer Seite nicht annehmen, sondern diese Papiere mittelst stillschweigender Vereinigung ohne Weiteres der allgemeinen Convertirung unterwerfen, und demgemäß vom 2. Januar 1843. ab nur den herabgesetzten Zinssatz von 3½ Prozent jährlich fortbeziehen wollen. Zugleich wird denjenigen Inhabern von Staatsschuldsscheinen, welche sich unter Einreichung derselben mit der Herabsetzung der Zinsen von 4 auf 3½ Prozent jährlich, vor dem 1. September d. J. ausdrücklich einverstanden erklären, in sofern sie diese Erklärung: a) in dem Zeitraume vom 1. Mai bis einschließlich den 30. Juni d. J. abgeben: eine Prämie von Zwei Thalern; b) in sofern sie dieselbe im Monat Juli d. J. abgeben: eine Prämie von Einem und einem halben Thaler; c) in sofern sie solche im Monat August d. J. einreichen: eine Prämie von Einem Thaler, auf jede Hundert Thaler des ihnen zugehörigen Staatsschuldsschein-Kapitals hierdurch bewilligt, welche

Nr. 273.  
Die Kündigung und Convertirung der Staatsschuldsscheine betr.

ihnen sofort baar ausgezahlt werden soll. Außerdem wird in Gemäßheit des §. 4. der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 27. v. Mts. hiermit die Zustimmung ertheilt, daß die neuen  $\frac{3}{4}$  prozentigen Staatsschuldsscheine während der ersten vier Jahre, vom 1. Januar 1843. ab, also bis zum letzten December 1846. der Verloosung nicht unterworfen seyn sollen. Die gedachte Erklärung muß von Einheimischen bei der Controle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30., von Auswärtigen aber bei der ihnen zunächst gelegenen Regierungen-Hauptkasse schriftlich abgegeben werden, indem weder wir, noch die gedachte Controle, uns in eine diesfällige Correspondenz mit den Besitzern der Staatsschuldsscheine einlassen können. Hiernach wird nun: 1) ein jeder Inhaber von Staatsschuldsscheinen zuvörderst die in den bisherigen 19 Verloosungen für den Tilgungsfonds gezogenen Staatsschuldsscheine von den übrigen abzusondern haben — indem es wegen Realisirung der Ersteren bei demjenigen verbleibt, was durch unsere diesfälligen besonderen Bekanntmachungen vorgeschrieben ist. Sollten verglichen von den Verloosungen betroffene Staatsschuldsscheine auf die Listen der Behufs der Convertirung einzureichenden Staatsschuldsscheine aufgenommen, und sollte dies bei Revision der Listen nicht entdeckt, vielmehr den Präsentanten solcher Staatsschuldsscheine die oben erwähnte Prämie aus Versehen gezahlt werden, so wird die solchergestalt unrechtmäßigerweise bezogene Prämie bei der Auszahlung des Kapital-Betrages der ausgelooften Staatsschuldsscheine wieder eingezogen werden. 2) Die Inhaber nicht ausgeloofter Staatsschuldsscheine, welche sich zur Umschreibung derselben in neue, zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, Verbriefungen verstehen, haben mit ihrer diesfälligen Erklärung eine von ihnen unter Angabe ihres Standes, Gewerbes, Wohnorts u. zu vollziehende Liste, in welcher alle auf einen gleichen Kapital-Betrag lautende Stücke unter einer eigenen Abtheilung einzeln, nach der Zahlenordnung, mit ihren Nummern und Buchstaben, nach einander zu verzeichnen sind, einzureichen. Dieser Erklärung und Liste, zu welcher gedruckte Formulare, sowohl hier in Berlin, bei der Controle der Staatspapiere, wie auch bei jeder Regierungen-Hauptkasse unentgeltlich zu haben seyn werden, sind die Staatsschuldsscheine in derselben Ordnung, in welcher ihre Nummern in der Liste aufeinander folgen, jedoch ohne die zu denselben gehörigen Zins-Coupons, beizulegen, indem diese Letzteren zur Zeit ihrer Fälligkeit in gewöhnlicher Weise zu realisiren bleiben. 3) Um den Verkehr mit den Staatsschuldsscheinen nicht zu hemmen, werden die Behufs der Convertirung einzureichenden Papiere sofort nach erfolgter Bedruckung mit einem Stempel, welcher die Worte: „Reduzirt auf  $\frac{3}{4}$  Prozent vom 1. Januar 1843. ab“ enthält, einstweilen den Präsentanten zurückgegeben werden. Zugleich wird letzteren die oben unter a. b. c. verheißene resp. Prämie baar ausgezahlt, worüber sie auf der Liste der gestempelten Staatsschuldsscheine zu quittiren haben. Die Bestimmung des Zeitpunkts, mit welchem der Umtausch der mit dem Reductions-Stempel bedruckten Staatsschuldsscheine in neue zu drei und ein halb Prozent verzinsliche, und mit den Zins-Coupons Serie IX. zu versiehende Verbriefungen beginnen kann, behalten wir uns vor. 4) Diejenigen Staatsschuldsschein-Inhaber, welche die Zurücknahme ihrer Kapital-Valuta zum 2. Januar 1843. beabsichtigen, haben dieselben gleichfalls in einer,

ihrer oben erwähnten befalligen Erklärung angeschlossenen Liste nach den Appoints und der laufenden Nummer zu verzeichnen. Wegen baarer Auszahlung der Kapitalbeträge solcher Staatschuldscheine, wird das Weitere zu seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden. 5) Den zu vorstehend gedachten Zwecken nöthigen Verschreibungen der Staatschuldscheine von Seiten der Inhaber an die Regierungs-Hauptkassen und an Erstere zurück, ist die Portofreiheit zugestanden, wenn die Adresse bei der Einlieferung das Rubrum: „— Thaler Staatschuldscheine zur Ummwandlung bestimmt“ bei der Zurücksendung die Rubrik: „.... Thaler umgewandelte Staatschuldscheine“ enthält. Berlin, den 10. April 1842.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir zur Ergänzung und Erläuterung derselben, folgende Bemerkungen beifügen, und zwar:

Zu 1. Die Anwendung der größten Aufmerksamkeit und Sorgfalt, daß kein bereits ausgelookter Staatschuldschein auf die Liste der für jetzt bloß Behufs der Erhebung der Prämie von resp. 2—1½ und 1 Prozent an die hiesige Regieruungs-Hauptkasse einzureichen und vorläufig zurückzuempfangenden Staatschuldscheine mit übernommen werde, können wir nicht bringen genug befürworten, da die Besitzer solcher Staatschuldscheine alle durch Nichtbeachtung dieser Bestimmung entstehenden Verluste, Kosten und Weislaufigkeiten sich allein beizumessen haben würden, jedenfalls aber jedem Präsentanten von ausgelookten Staatschuldscheinen der Andebito empfangene Prämienbetrag späterhin bei der Auszahlung des Kapitals in Abzug gebracht werden muß.

Wir machen zu diesem Zweck noch besonders auf die durch das Publicandum der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. April d. J. veröffentlichte und dem 14. Stücke des diesjährigen Regierungs-Amtsblatts beigefügte Uebersicht derjenigen Verloosungen, aus welchen noch unrealisirte Staatschuldscheine im Umlaufe sind, aufmerksam, welche Papiere zwar allerdings auch an die Regieruungs-Hauptkasse zur Realisirung eingesendet werden können, jedoch allemal mittelst ganz besonderer Nachweisungen nach Anleitung der diesfälligen frühern Bekanntmachungen eingereicht werden müssen.

Zu 2. Die Verwalter, Vorsteher und Curatoren des Vermögens sämtlicher von und ressortirenden Anstalten, frommen Stiftungen, Kirchen, Schulen und sonstigen Fonds, welche sich im Besitze von Staatschuldscheinen befinden, werden hierdurch veranlaßt, letztere bei Vermeidung möglicher Vertretung in der angeordneten Art vor dem 30. Juni d. J. Behufs der Empfangnahme der verheißenen Prämie von Zwei Prozent an die Regieruungs-Hauptkasse hieselbst einzufenden, die hierauf empfangenen Geldbeträge aber in den betreffenden Rechnungen unter einem besondern Abschnitte außer dem Etat in Einnahme nachzuweisen.

Zugleich fordern wir diejenigen Cautionsaire und sonstigen Eigenthümer von bei den hiesigen Hauptkassen deponirten Staatschuldscheinen hierdurch auf, im Laufe des Monats Mai d. J. sich bestimmt gegen die Regieruungs-Hauptkasse oder resp.

die Institutens- und Communal-Hauptkasse, je nachdem die Deponirung der gedachten Staatsschuldscheine bei der einen oder der andern dieser beiden Kassen erfolgt ist, zu erklären, ob sie die Kündigung dieser ihrer Staatsschuldscheine zur baaren Zurückzahlung der Valuta annehmen, oder zu der Convertirung freiwillig sich verstehen und also die Prämie in Empfang nehmen wollen. Im letztern Falle müssen sie in derselben Art ihre hier aufbewahrten Staatsschuldscheine declariren und über die zu empfangende Prämie quittiren, wie alle übrigen Besitzer von Staatsschuldscheinen, welche auf die Kündigung nicht eingehen. Diese Maßregel trifft übrigens für jetzt diejenigen Kautionsaire keinesweges, welche auf den Grund der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 11. Februar 1832. wegen Regulirung des Kautionswesens für die Staatskassen- und Magazin-Beamten (Gesetzsammlung pro 1832. Seite 61. Nr. 1344.) Empfangs- und Pfandscheine der Königl. General-Staatskasse zu Berlin über die bestellten Kauttionen erhalten haben.

Zur Erleichterung des Publikums haben wir die Einrichtung getroffen, daß die auf ausdrückliche Verordnung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden durchgängig anzuwendenden, gedruckten Formulare zu den an die Regirungs-Hauptkasse einzufendenden Prämien-Quittungen und Listen der zu convertirenden Staatsschuldscheine nicht allein bei der gedachten Hauptkasse, sondern auch bei sämtlichen Kreiskassen unserer Verwaltungsbereichs binnen Kurzem unentgeltlich zu haben seyn werden, daher die Staatsschuldschein-Besitzer sich nur an die ihnen zunächst gelegene Kreiskasse wenden mögen, deren Rendanten ihnen auf Verlangen vollständige Belehrung und Anleitung zur vorschriftsmäßigen Ausfüllung der fraglichen Formulare zu theilen haben.

Da nach der uns erteilten Instruction der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden am 30. Juni, 31. Juli und 31. August d. J. Abends Sechs Uhr die Seitens der Regirungs-Hauptkasse zu führenden Eingangs-Journale förmlich abgeschlossen und von dem Kassen-Kurator beglaubigt werden sollen, folglich nach Ablauf dieses Termins keine Einsendungen weiter angenommen werden dürfen; so bleibt es sehr wünschenswerth, daß die in Rede stehenden Quittungen und Listen mit den dazu gehörigen Staatsschuldscheinen von dem Absender so zeitig zur Post befördert werden, daß sie nach dem gewöhnlichen Postenlaufe wenigstens an den jenen allerletzten Termintagen vorhergehenden Tagen eingehe, um noch die erforderlichen Eintragungen in die Journale im Laufe des letzten Tages zu ermöglichen. Wir hoffen in dessen, daß das Publikum überhaupt diese äußersten Termine nicht abwarten werde.

Zu 4. Die von denjenigen Inhabern von Staatsschuldscheinen, welche die Kündigung annehmen, mit ihrer diesfälligen Erklärung an die Regirungs-Hauptkasse einzureichende Liste ist genau nach dem unten folgenden Muster auf einen ganzen Bogen anzufertigen. —

Im Allgemeinen empfehlen wir zur Vermeidung von Irrungen und Weiterungen noch recht sehr: deutliche Angabe des Wohnorts, in größern Orten auch der Hausnummer der Wohnung und auf dem platten Lande der nächsten Poststation; leserliche, eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zunamen, genaue Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, und äußerst sorgfältige Verpackung der Staatsschuldscheine,

damit sie auf dem Transport nicht leiden. Behufs der richtigen Aufstellung der fraglichen Listen, welche sämmtlich in dreifacher Ausfertigung einzureichen sind, bemerken wir ausdrücklich, daß die einzusendenden Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, und zwar die vom höchsten Betrage zuerst, demnächst aber jede Gattung für sich nach der Nummer geordnet werden müssen; daß die auf der ersten Seite des ersten Exemplars befindliche Quittung und das ebenfalls auf der ersten Seite des zweiten und dritten Exemplars angebrachte Verzeichniß vollständig auszufüllen ist und die drei Exemplare genau mit einander zu kollationiren sind, da der kleinste Schreibfehler hier zu sehr unangenehmen Weiterungen Veranlassung geben würde; auch dürfen die ganzen Bogen durchaus nicht durchschnitten werden, damit die Documente hineingelegt werden können.

Endlich bemerken wir noch, daß für den persönlichen Verkehr in der hiesigen Regierungs-Hauptkasse nur die Vormittagstunden bestimmt sind.

Merseburg, den 19. April 1842.

Königlich Preussische Regierung.

## L i s t e

der von Endeunterschiedenen zur baaren Kapitals-Auszahlung am 2. Januar 1843. in Folge der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 27. März d. J. eingereichten vierprozentigen Staatsschuldscheine.

Laufende Nr.	Der Staatsschuldscheine			Summe für jede Klasse.		Laufende Nr.	Der Staatsschuldscheine			Summe für jede Klasse.	
	Nr.	Lit.	Betrag	Stück.	Thlr.		Nr.	Lit.	Betrag	Stück.	Thlr.

den

1842.

Vor- und Name:

Stand oder Gewerbe:

Die Bade- und Trinkanstalt zu Lauchstädt ist für die diesjährige Saison mit Nr. 274. dem heutigen Tage eröffnet worden.

Außer der höchst wirksamen Douche und den Bädern in dem eisenhaltigen Wasser der Lauchstädter Quelle selbst, welche auch mit gutem Erfolge getrunken wird, werden auf Verlangen Bäder von Dürrenberger Soole und künstliche Bäder aller Art in dem dazu sehr zweckmäßig eingerichteten Badehause zubereitet, so wie auch die schon seit mehreren Jahren von dem verstorbenen Dr. Struve dort eingerichtete Trinkanstalt künstlicher Mineralwässer während der diesjährigen Badezeit von dem Herrn Apotheker Fischer zu Lauchstädt fortgesetzt wird.

Der Badearzt, Herr Dr. Knoch, wird jede gewünschte ärztliche Hülfe zu leisten bereit seyn.

In der Restauration der Badeanstalt, welche nach dem Ableben des Tratteurs Hrn. Neckerlein zu Leipzig dessen Sohn übernommen hat, wird für die Zubereitung der jeder Wadefur entsprechenden Speisen gesorgt und zu billigen Preisen vorzüglich gut gespeiset.

Die Bade-Anstalt zu Lauchstädt betr.

Orts zugegangenen beschaffigen Verfügung zugleich, daß die von den Kassen-Beamten Vorstehendem gemäß abzugebende amtliche Versicherung jedesmal in das, nach §. 10. der Eingangs gedachten Instruction von den Kassen-Beamten mit zu vollziehende Kassen-Revisions-Protocoll, aufgenommen werde.

Merseburg, den 26. Juli 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 374.  
Die Anstellung  
solcher Perso-  
nen, welchen  
Allerhöchsten  
Orts aus-  
nahmsweise  
die Anstel-  
lungsfähigkeit  
beilegt wor-  
den ist, betr.

Seltens der Königlich hohen Ministerien der Finanzen und des Innern ist und unterm 14. Juni d. Js. eröffnet worden, daß des Königs Majestät auf die Anfrage: „ob überhaupt Personen, denen aus Allerhöchster eigener Bewegung Anstellungsfähigkeit im Allgemeinen beigelegt worden, wenn sie sich erweislich nur für Stellen qualifizieren, die den versorgungsberechtigten Militairs reservirt sind, dergleichen Stellen verliehen werden dürfen,“ mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 26. Februar d. Js. zu bestimmen geruht haben: „daß die erwähnten Personen einen für versorgungsberechtigte Militairs reservirten Posten insofern erhalten können, als ihre Anstellung in demselben, im Interesse des Dienstes, von den Behörden gewünscht wird; daß sie anderem Falle aber jenen Militair-Berechtigten nachstehen müssen.“

Wir bringen diese Allerhöchste Entscheidung mit Bezug auf den von uns unterm 2. Juni 1838. (Amtsblatt pro 1838. Stück 23. Seite 169—172. Nr. 320.) publicirten Staats-Ministerial-Beschluß vom 12. October 1837., hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, und überlassen den von uns ressortirenden Behörden und Beamten zugleich, sich in vorkommenden Fällen danach zu richten.

Merseburg, den 26. Juli 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 375.  
Die Berechnung  
d. Js. ist festgesetzt worden,  
daß bei eintretender Pensionirung von Beamten, welche im Militair gedient haben,  
denselben diejenige Zeit, während welcher sie vorläufig gegen Diäten oder auch un-  
entgeltlich im Königlichem Dienst beschäftigt gewesen sind, eben so als Dienstzeit  
angerechnet werden soll, wie dies hinsichtlich desjenigen Zeitraums geschieht, während  
dessen ein Beamter als Supernumerarius, Aufcultator, Referendarius u. fungirt  
hat, und daß bei den erstgedachten Beamten (vormaligen Militairs) diese Anrech-  
nung auch dann Statt finden kann, wenn sie für die vorläufige Beschäftigung nicht  
besonders verordnet, sondern nur durch Handschlag verpflichtet sind; während für  
Beamte, welche im Militair nicht gedient haben, die Dienstzeit erst mit dem Tage  
der Eidesleistung anhebt.

Mittelst Beschlusses des Königlich hohen Staats-Ministeriums vom 31. Mai d. Js. ist festgesetzt worden, daß bei eintretender Pensionirung von Beamten, welche im Militair gedient haben, denselben diejenige Zeit, während welcher sie vorläufig gegen Diäten oder auch unentgeltlich im Königlichem Dienst beschäftigt gewesen sind, eben so als Dienstzeit angerechnet werden soll, wie dies hinsichtlich desjenigen Zeitraums geschieht, während dessen ein Beamter als Supernumerarius, Aufcultator, Referendarius u. fungirt hat, und daß bei den erstgedachten Beamten (vormaligen Militairs) diese Anrechnung auch dann Statt finden kann, wenn sie für die vorläufige Beschäftigung nicht besonders verordnet, sondern nur durch Handschlag verpflichtet sind; während für Beamte, welche im Militair nicht gedient haben, die Dienstzeit erst mit dem Tage der Eidesleistung anhebt.

Diese Bestimmung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, um danach für die Folge zu verfahren.

Merseburg, den 26. Juli 1842.

Königlich Preussische Regierung.



Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, welche sich bei Besetzung der gering dotirten städtischen Unterbeamtenstellen durch Militär-Invaliden ergeben, haben des Königs Majestät auf den Vorschlag der Königlichen Höhen Ministerien des Kriegs und des Innern mittelst Allerhöchster Kabinettsorder vom 20. Juni c. zu genehmigen geruht, daß versuchsweise, künftig bei Besetzung von solchen Communal-Unterbeamtenstellen, welche nur 50 Thlr. jährlich oder weniger einbringen, folgendes Verfahren beobachtet werde. Wenn bei entstandener Vacanz einer an Besoldung und Emolumenten zusammen nur 50 Thlr. oder weniger eintragenden städtischen Unterbeamtenstelle, welche mit einem Versorgungsberechtigten besetzt werden muß, sich nicht von selbst qualifizierte Bewerber finden, von welchen Einem nach dem Ertheilen des Magistrats die Stelle übertragen werden kann, so ist Letzterer verpflichtet, die Vacanz durch den öffentlichen Anzeiger unseres Amtsblatts bekannt zu machen und dabei anzugeben, welche Dienste von den Kandidaten verlangt werden, und welche Remuneration an festem Gehalte und Emolumente damit verbunden ist. Diese Bekanntmachung wird in den öffentlichen Anzeiger unseres Amtsblatts unentgeltlich einge-  
rückt und soll eben so auch in die Kreisblätter, insofern die Redactionen amtliche Anzeigen unentgeltlich aufzunehmen verpflichtet sind, aufgenommen werden.

Hierauf haben diejenigen Versorgungsberechtigten, welche die Stelle zu erlangen wünschen, sich unmittelbar an den betreffenden Magistrat zu wenden, ihren Civil-Versorgungsschein und die sonstigen zum Beweise ihrer Qualification dienenden Papiere denselben zu überreichen, und sich, wenn es verlangt wird, zur Prüfung und zum Probediens bei demselben persönlich zu stellen.

Findet der Magistrat binnen drei Monaten nach der Publication der Aufforderung keine qualifisirten Bewerber, welchen er die Stelle übertragen zu können glaubt, so hat derselbe unter Aufzählung der verschiedenen Bewerber und mit Angabe der Gründe, aus welchen er keinen derselben für befähigt hält, so wie unter Einsendung der Akten an uns zu berichten.

Wir werden, insofern wir die Gründe des Magistrats nicht für triftig erkennen, dann selbst die Anstellung eines der Bewerber auf Probe anordnen; wenn wir uns aber von der Unmöglichkeit, einen qualifisirten Versorgungsberechtigten für die Stelle zu finden überzeugt haben, dem Magistrate die Besetzung der Stelle durch einen Nichtversorgungsberechtigten anheim geben.

Wir fordern die Magisträte auf, diesen Bestimmungen genau nachzukommen, und bemerken nur noch, daß es bei der Besetzung von Stellen, mit welchen ein höheres Einkommen als jährlich 50 Thlr. verbunden ist, bei den früheren beschaffigten Bestimmungen sein Bewenden behält. Merseburg, den 26. Juli 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 376.  
Das bei Be-  
setzung der so  
zahlr. und wo-  
niger einbrin-  
genden städti-  
schen Unterbe-  
amtenstellen  
zu beobachtende  
Verfahren  
best.

Die Staatsbuchschelne No. 28,182 Litt. D. über 200 Thlr.

und „ 96,935 „ H. „ 100 „

welche dem unterdessen verstorbenen Dekanomen Friedrich Gottfried Wöttcher zu Roitzsch im Bitterfelder Kreise im Jahre 1838. gestohlen seyn sollen,  
werden auf den Antrag der dabei theilhaftigen Interessenten oder deren Erben hienach

Nr. 377.  
Erdkal. - Sta-  
tion.

aufgeboten und alle Diejenigen, welche an diese Papiere als Eigenthümer, Fessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber oder deren Erben Ansprüche zu haben behaupten, werden hierdurch öffentlich vorgeladen, in dem vor dem Kammergerichts-Referendarius von Krosigk auf den 4. Februar 1843., 11 Uhr Vormittags, anberaumten Termine zu erscheinen und ihre Ansprüche zu beschheimigen, widrigenfalls sie damit präcludirt, die gedachten Staatsschuldscheine für amortisirt erklärt und statt derselben neue aus gefertigt werden sollen. Den Auswärtigen werden die Justiz-Commissarien, Justizräthe Hülsen und Jung und der Oberlandesgerichts-Rath Martens in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 19. Mai 1842.

Königlich Preussisches Kammergericht.

Nr. 378.

Öffentliche  
Verkaufung  
bekannter De-  
positalschuldscheine.

Von nachstehenden, in unserm Depositum vorhandenen Geldern, als:

- |     |   |       |    |      |    |     |   |
|-----|---|-------|----|------|----|-----|---|
| a)  | 2 | Thlr. | 27 | Sgr. | 11 | Pf. | Specialdepositum des Dr. Louis Ernst Sachsse, des Kammerherr Otto Karl Franz von Ebersteinschen Concurse,   |
| b)  | 9 | "     | 22 | "    | 11 | "   | Special-Depositum des Gastwirths Franquet aus Meiningen in demselben Concurse,  |
| c)  | 8 | "     | 14 | "    | —  | "   | Special-Depositum der Dienstmagd Stendel aus Friedsdorf im Seyffarth'schen erbbaustlichen Liquidations-Prozesse,  |
| d)  | 5 | "     | 9  | "    | 0  | "   | Rest des Nachlasses des für todt erklärten Excentenx Friedrich Maximilian Sturm aus Wahrenbrück,  |
| e)  | 6 | "     | 18 | "    | 11 | "   | Ueberschuß des in Sachen des Dr. Nohjold v. vormal. Obergemeinder und Lieut. a. D. Schunke zu Sangerhausen, von Letztern excentivisch eingezogenen Betrags, |
| f)  | 4 | "     | 16 | "    | 2  | "   | Rückstand aus dem Nachlasse des zu Erfurt verstorbenen Regierungsrath a. D. Wilhelm Riedel, ..  |
| g)  | 4 | "     | 9  | "    | 2  | "   | Cour. u. }  |
| 477 |   | "     | 13 | "    | —  | "   | Judicial-Depositum in Sachen des Ritzgutsbesizers von Sperling in Balgstedt v. dem Amtshauptmann v. Lettenborn auf Zschepitz,                               |

und die Eigenthümer unbekannt geblieben und es werden dieselben oder deren Erben aufgefordert, sich binnen 4 Wochen bei uns zu melden und zur Empfangnahme der Gelder zu legitimiren, widrigenfalls Letztere an die allgemeine Justiz-Officianten-Wittwenkasse in Berlin werden eingesendet werden. Raumburg, den 15. Juli 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 379.

Die bevor-  
stehende Rec-  
ipiendaus-Prü-

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Prüfung zur Aufnahme in das Schullehrer-Seminar zu Stöben am 13. und 16. September d. J. abgehalten werden wird.

Die Recipienten haben sich am Tage zuvor in den Nachmittagsstunden bei dem

Director der Anstalt Herrn Klingenstein zu melden und die erforderlichen Zeugnisse (conf. Regierungs-Ansichtsblatt de 1837. Seite 146. und 147.) mitzubringen.  
 Magdeburg, den 13. Juli 1842.

fung bei dem  
 Seminar in  
 Eisleben  
 betr.

**Königliches Provinzial-Schul-Collegium.**

Am 21. d. M. hat die Revision des Abschlusses der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt für das Jahr 1841 und der Geld- und Documenten-Vestände Statt gefunden, und es sind die darüber aufgenommenen Verhandlungen dem Königlich-Hohen Ministerium des Innern eingereicht worden.

Nr. 380.  
 Preussische  
 Renten-Versicherungs-Anstalt betr.

Der mit dem Revisions-Attest versehene Abschluß nebst Rechenschaftsbericht liegt abgedruckt bei der Direction und den Haupt- und Special-Agenturen zur Einsicht.

Aus diesen Stücken wird das Wichtigste in Nachstehendem hierdurch zur Veröffentlichung gebracht.

**A. Jahresgesellschaft 1839.**

- 1) Abgang im Jahre 1841 . . . . . 213 Einlagen,
- 2) darauf geleistete Rückgewährungen . . . . . 8,146 Thlr. 10 fg. — pf.
- 3) Nachtragszahlungen, Rentengutschreibungen u. Erbschaften 69,808 = 16 : 4 :
- 4) aus den Nachtragszahlungen und Rentengutschreibungen hervorgegangener Ueberschuß für den Reservefonds . . 10,429 = 3 : — :
- 5) Stand des Renten-Capitals am Schluß des Jahres 1841 891,815 = 29 : 10 :

**B. Jahresgesellschaft 1840.**

- 1) Abgang im Jahre 1841 . . . . . 253 Einlagen,
- 2) darauf geleistete Rückgewährungen . . . . . 7,741 Thlr. — fg. — pf.
- 3) Nachtragszahlungen, Rentengutschreibungen u. Erbschaften 109,873 = 14 : 7 :
- 4) aus den Nachtragszahlungen und Rentengutschreibungen hervorgegangener Ueberschuß für den Reservefonds . . 16,261 = 18 : 9 :
- 5) Stand des Renten-Capitals am Schluß des Jahres 1841 984,566 = 15 : 10 :

**C. Jahresgesellschaft 1841.**

- 1) Einlagen, nach Abzug von 165 im Jahre 1841 wieder abgegangenen:  
 vollständige . . . . . 4,340  
 unvollständige . . . . . 37,747  
 42,087 Einlagen,
- 2) Einlagen-Capital . . . . . 970,705 Thlr. — fg. — pf.
- 3) Renten-Capital nach Abzug der Rückgewähr für die 165 Einlagen ad 1. . . . . 845,421 = 5 : — :
- 4) bei der Bildung desselben, Ueberschuß für den Reservefonds 122,529 = 25 : — :
- 5) Eintritts- und Aufgeld, Intervallarzinsen und Zinsen des Reservefonds . . . . . 43,681 = 26 : — :
- 6) extraordinäre Einnahmen . . . . . 13 = 20 : — :
- 7) Zinsen der Renten-Capitalien der Jahresgesellschaften 1839 und 1840, und Verwendung derselben zu den Rentenzahlungen und Rentengutschreibungen für das Jahr 1841 69,785 = 26 : 5 :

### D. Reserve- und Administrationskosten-Fonds.

Ausgaben bei diesem Fonds im Jahre 1841, einschließlich der im J. 1841 vorgekommenen, 2,407 Thlr. 9 fg. betragenden Rückgewährungen für die Jahresgesellschaften 1839 und 1840 49,657 Thlr. 6 fg. 9 pf.

### E. Bestände des Jahres 1841.

- 1) Renten-Capital der Jahresgesellschaft 1839 . . . . . 891,815 Thlr. 29 fg. 10 pf.
- 2) " " " " " 1840 . . . . . 984,566 " 15 " 10 "
- 3) " " " " " 1841 . . . . . 845,421 " 5 " — "
- 4) Reserve- und Administrationskosten-Fonds, einschließlich des an den vorhandenen Staats-Schuldscheinen flebenden Aufgeldes . . . . . 325,158 " 18 " 7 "
- 5) Depositen, an unabhängigen Renten und Ueberschüssen von ergänzten Einlagen . . . . . 3,561 " 8 " 6 "

Summa 3,050,523 Thlr. 17 fg. 9 pf.

### F. Rentensätze für das Jahr 1842.

Die in den Monaten Januar und Februar 1843 zahlbaren Renten einer vollständigen Einlage zu 100 Thlr. erfolgen in nachstehenden Sätzen:

	Klasse I.			Klasse II.			Klasse III.			Klasse IV.			Klasse V.			Klasse VI.		
	thlr.	sa.	pf.	thlr.	sa.	pf.	thlr.	sa.	pf.	thlr.	sa.	pf.	thlr.	sa.	pf.	thlr.	sa.	pf.
Jahresgesellschaft 1839	3	3	—	3	12	6	3	22	6	4	1	6	4	11	6	5	7	6
" 1840	3	2	—	3	12	—	3	22	—	4	1	6	4	11	6	5	7	—
" 1841	3	—	—	3	10	—	3	20	—	4	—	—	4	10	—	5	5	—

Zu demselben Verhältniß erfolgen für das Jahr 1842 die Rentengutschreibungen auf unvollständige Einlagen. Berlin, den 24. Juni 1842.

Das Curatorium der Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nr. 381.  
Grandtafeln:  
Beiträge betr.

Von dem unterzeichneten General-Director wird Beauftragt des Ausschreibens pro I. Semester 1842. bekannt gemacht:

### I. Stand der Versicherung im I. Semester 1842.

Klasse	Versicherungs-Summe im II. Semester 1841. Thlr.	Durch Nachträge entstand		Versicherungs-Summe im I. Semester 1842. Thlr.	Reducirte Beitrags-Summe pro I. Semester 1842. Thlr.
		Zugang. Thlr.	Abgang. Thlr.		
I.	1,236,600	43,700	—	1,280,300	640,150
II.	6,618,150	83,265	—	6,701,415	4,467,610
III.	15,430,200	188,628	—	15,618,828	13,015,690
IV.	10,958,380	—	80,670	10,877,710	10,877,710
Summa.	31,243,330	315,593	80,670	34,478,253	29,001,160
		234,923	—		

Also: 29,001,160 Thlr. reducirte Beitragssumme, davon ab  
806,045 „ Remisß auf die Kirchenbeitragssummen, mithin

28,195,115 Thlr. reine Beitragssumme pro I. Semester 1842.

Bemerkung. In dieser Zusammenstellung ist derjenige nothwendige Abgang im Betrage von 130,300 Thlr. Versicherungssumme, welcher durch den Austritt der Stadt Ubigau wegen Verleihung der Städteordnung und bei den Vorstädten von Eilenburg wegen Anschlusses verschiedener Theile an die Stadt, hergeführt worden, bereits berechnet.

## II. Brandschäden.

In der Zeit vom 1. Januar bis ulto. Juni 1842 sind 16 Brände zur Liquidation gekommen, wovon

- 2 durch Blitz,
- 7 „ muthmaaßliche Brandstiftung,
- 1 „ ermittelte Verwahrlosung und
- 6 „ unermittelte Ursachen

Summa wie oben

veranlaßt wurden. Hierdurch sind beschädigt:	total	und	partiell
a) Wohnhäuser . . . . .	9	„	11
b) Ställe, Schuppen und Seitengebäude . . . . .	19	„	10
c) Scheunen . . . . .	20	„	5
d) Mahlmühlen . . . . .	2	„	— und
e) Schneidemühlen . . . . .	2	„	—

Summa 78 beschädigte Gebäude, welche 38 Grundbesitzern gehörig waren und an Brandvergütungsgeldern einen Aufwand von 12,030 Thlr. 16 Egr. 11 Pf. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben vorstehende Brandvergütungsgelder im Laufe des 1sten Halbjahres 1842 angewiesen erhalten, wie folgt:

Name der Kreise.	I. Klasse.		II. Klasse.		III. Klasse.		IV. Klasse.		Summa der erhaltenen Brand- vergütungsgel- der.
	Thlr.	fg. pf.	Thlr.	fg. pf.	Thlr.	fg. pf.	Thlr.	fg. pf.	
Delitzsch . . . . .	—	—	—	—	—	—	1,050	—	1,050
Edertöbberga . . . . .	—	—	—	—	399	4 2	455	3 10	854 8
Liebenwerda . . . . .	—	—	—	—	916	4 2	1,553	—	2,469 4 2
Schweinitz . . . . .	—	—	3,254	—	—	—	—	—	3,254
Torgau . . . . .	—	—	165	—	1,656	—	—	—	1,821
Weißenfels . . . . .	—	—	—	—	487	6 —	1,084	—	1,571 6 —
Wittenberg . . . . .	—	—	—	—	338	28 9	660	—	998 28 9
Ziegenrück . . . . .	—	—	—	—	12	—	—	—	12

Summa . . . . . 3,419 — 3,809 13 1 4,802 3 10 12,030 16 11

In den übrigen Kreisen sind Brandschäden nicht vorgekommen.

### III. Aufwand für die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Juni 1842 und Beiträge.

12,030	Thlr.	16	Sgr.	11	Pf.	angewiesene Brandvergütigungsgelder,
1,605	"	—	"	—	"	Gehalt der Beamten der General-Direction nebst
						Hülfsarbeitern und der Kasse,
177	"	15	"	—	"	Bureauaufwand,
1,399	"	15	"	—	"	Gehalte der Kreis-Directoren,
392	"	29	"	4	"	Kosten bei Taxationen,
326	"	23	"	5	"	Feuerlösch-Geräthe-Vergütungen und Prämien,
156	"	19	"	2	"	Lantieme-Anschlag,
54	"	8	"	1	"	Insgemein,
4,823	"	9	"	4	"	zu noch nicht angemeldeten Ausgaben event. zum
						Reservefonds.

20,966 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Summa.

Um diesen Aufwand zu bestreiten, ist, mit Hinzurechnung des Bestandes aus dem vorigen Semester, ein Beitrag von 1 Sgr. 8 Pf. pro 100 Thlr. reiner Beitragssumme nöthig, d. i.

in der ersten Klasse 2 Silbergpfennige von 20 Thlrn. Versicherungssumme,

" " zweiten " 2 " " 15 " "

" " dritten " 2 " " 12 " "

" " vierten " 2 " " 10 " "

von welchen Sätzen die Kirchen die Hälfte zu tragen haben.

Schloß Bedra, den 18. Juli 1842.

Der General-Director der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen,  
v. Hellendorff.

### Personal-Chronik.

Nr. 382. Die Organisten- und zweite Mädchenlehrerstelle zu Preßsch, Ephorie Remberg, ist durch Weiterbeförderung ihres gegenwärtigen Inhabers erledigt und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden. Sie ist Königl. Patronats.

Nr. 383. Die Elementarlehrerstelle zu Artern ist durch Versetzung des jetzigen Inhabers erledigt und wird vermöge Reverses diesmal von der Königl. Regierung binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 384. Die Schul- und Küstlerstelle in Zellenborn, Parochie Dehna, Ephorie Seyda, ist durch Versetzung des jetzigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Königl. Patronats. Ihre Wiederbesetzung wird binnen 4 Wochen erfolgen.

Nr. 385. Durch Ministerial-Rescript vom 8. Juli d. Js. ist der Oberlehrer Dr. Grebel vom evangelischen Gymnasio in Glogau an das Gymnasium zu Zettl versetzt und ihm die erledigte Lehrstelle der Mathematik an diesem Gymnasio übertragen worden.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

29. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 13. August 1842.

- Das 18. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2280. Polizei-Ordnung für die Häfen zu Golbergermünde, Stolpmünde und Rügenwaldermünde. Vom 29. April 1842. Nr. 386.
- Nr. 2281. Verordnung, betreffend die Auseinandersetzung zwischen den abgehenden katholischen Pfarrern u. s. w. und deren Auktuachfolgern in der bischöflichen Diözese von Culm. Vom 3. Juni 1842.
- Nr. 2282. Allerhöchste Kabinettsorder vom 13. Juni 1842, über den Zeitpunkt der Anwendung der neuen Landgemeinde-Ordnung für Westphalen, in den einzelnen Orten der Provinz, und die Fortdauer der bisherigen kommunal-Verfassung bis zur Einführung der neuen kommunal-Behörden.
- Nr. 2283. Allerhöchste Kabinettsorder vom 22. Juni 1842, betreffend die Ermäßigung der von gestöpftem Holze nach dem Tarif vom 16. Januar 1841 für das Befahren des Bromberger Kanals zu erlegenden Abgabe.
- Das 19. Stück der Gesetz-Sammlung:
- Nr. 2284. Verordnung über die Befugnisse der Kreisstände im Königreich Preußen, Ausgaben zu beschließen und die Kreis-Eingekessenen dadurch zu verpflichten. Vom 22. Juni 1842.
- Nr. 2285. Reglement über das Verfahren bei den ständischen Wahlen. Vom 22. Juni 1842.

Der Eisenhüttenbesitzer Carl Pönsgen zu Schleiden, im Regierungsbezirk Aachen, hat durch eine neuerfundene Verbesserung der für den Zweck der Beschaffung eines harmonischen Geläutes auf minder kostbare Weise als durch Anschaffung von Glocken schon seit längerer Zeit versuchten Stahlstäbe, ein Geläute konstruirt, welches einer nähern amtlich-technischen Prüfung unterworfen worden ist. Nr. 387.

Hierbei hat sich ergeben, daß ein solches Geläute im Wesentlichen aus vier Stahlstäben besteht, welche mit einem Resonanzboden in Verbindung gesetzt sind und durch eine zweckmäßige mechanische Vorrichtung mittelst hölzerner Hämmer angeschlagen werden. Dasselbe empfiehlt sich dadurch besonders:

- 1) daß es einen wohlklingenden, etwa in dem Umkreise einer halben Meile vernehmbar, wenn gleich nicht so starken Ton, als schwingende Glocken zu haben pflegen, besitzt;

Eine neuerrundene Verbesserung des Geläutes durch Stahlstäbe betr.

- 2) daß es weit wohlfeiler als vollständiges Metallglockengeläute ist, und mit circa 4—600 Thaler hergestellt werden kann;
- 3) daß dessen Aufstellung bei seinem geringen Umfange und Gewichte im Vergleich zu einem Glockengeläute weniger Raum und kein starkes Mauerwerk erfordert, so daß es unter Umständen, wo ein Thurm ganz fehlt, allenfalls im Kirchengebäude angebracht werden könnte.

Sollten Gemeinden unseres Regierungs-Departements ein solches nach der Erfindung des ic. Pöndgen verbessertes Stahlröhre-Geläute etwa zu besitzen wünschen, so werden wir auf beschallige Anträge über den Mechanismus und die Modalitäten der Beschaffung desselben noch nähere Auskunft geben.

Merseburg, den 26. Juli 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 388.  
Die dem Districts-Steuer-Controllleur Voigt in Halle übertragenen Dienstgeschäfte betr.

Wir haben uns veranlaßt gefunden, dem für die vormalig westphälischen Landesbetheile unseres Verwaltungsbezirkes angestellten Districts-Steuer-Controllleur Voigt in Halle alle bisher noch von den Kreisassen in Halle, Gisleben und Mansfeld besorgten Grundsteuer-Veranlagungs- und Regulirungs-Geschäfte zu übertragen. Zu diesen gehören namentlich folgende Geschäfte.

- 1) Die Aufstellung der **Etablissemens-Nachweisungen**. Die Magistrate in den Städten der vormalig westphälischen Landesbetheile sind bereits durch unsere Amtsblatts-Verordnung vom 5. Juli v. J. (Stück 27. Nr. 300.) angewiesen worden, die in der Amtsblatts-Verordnung vom 8. August 1840 (Stück 33. Nr. 357.) vorgeschriebenen Etablissemens-Anzeigen nicht mehr an die Kreisassen, sondern an den Districts-Steuer-Controllleur einzusenden. Hierbei behält es nicht minder sein Bewenden, als bei der schon in der gedachten Amtsblatts-Verfügung vom 8. August 1840 enthaltenen Anordnung: daß die Behörden der Landgemeinden in den vormalig westphälischen Landesbetheilen diese Etablissemens-Anzeigen an die Kreislandräthe einzureichen haben.

Es werden hierbei jedoch noch folgende Bestimmungen getroffen.

Die Etablissemens-Anzeigen der Städte sind Ende December jeden Jahres an den Districts-Steuer-Controllleur und die Anzeigen der Landgemeinden Mitte December jeden Jahres an die Kreislandräthe einzusenden. Die Behörden der Orte, in welchen im Laufe des Jahres keine nach Vorschrift der Amtsblatts-Verordnung vom 8. August 1840 in die Etablissemens-Anzeigen aufzunehmenden Bauten vorgekommen seyn sollten, haben Vacat-Anzeigen einzusenden. Die Herren Kreislandräthe haben die Etablissemens- oder Vacat-Anzeigen der Landgemeinden, für deren pünktliche Einreichung sie zu sorgen haben, hinsichtlich ihrer Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen, event. die Berichtigung derselben zu veranlassen, und sie sodann unverzüglich an den Districts-Steuer-Controllleur einzusenden.

Die zu den Etablissemens-Anzeigen überall anzuwendenden Formulare sind



von dem Districts-Steuer-Controllleur Voigt in Halle entweder unmittelbar oder durch die Kreislandräthe unentgeltlich zu beziehen.

- 2) Die Prüfung der von den Ortsbehörden anzufertigenden **Mutationslisten** und die **Berichtigung der Grundsteuerrollen** auf Grund dieser Listen. Die Mutationslisten, welche bisher am 1. October jeden Jahres durch die Orts-erheber an die Kreisassen einzusenden waren, sind künftig:

A. von den **Städten** des Mansfelder Gebirgskreises und des Mans-  
felder Seekreises

- a) von den erstern am 31. Juli,
- b) von den letztern am 31. August

jeden Jahres unmittelbar an den Districts-Steuer-Controllleur Voigt in Halle,

B. von den **Landgemeinden**

- a) des Mansfelder Gebirgskreises am 1. August jeden Jahres,
- b) des Mansfelder Seekreises am 1. September jeden Jahres an die  
Kreislandräthe

einzusenden,

C. von den **Städten** und den **Landgemeinden** des Saalkreises durch die Ortsheber bei Gelegenheit der Ablieferung der Steuern für den Monat September jeden Jahres an die Kreisasse in Halle dem Districts-Steuer-Controllleur vorzulegen.

Für das laufende Jahr jedoch sind die Mutationslisten der sub A. und B. bezeichneten Gemeinden bis Mitte September c. resp. an den Districts-Steuer-Controllleur und an die Kreislandräthe einzusenden, während hinsichtlich der sub C. bemerkten Gemeinden auch für das laufende Jahr die vorstehende Anordnung gilt. Zu der Anfertigung der Mutationslisten sind vorläufig noch die bei den Kreisassen vorhandenen und von diesen unentgeltlich zu erlangenden Formulare zu benutzen. Die vorgekommenen Besitzveränderungen müssen jedoch darin dergestalt bezeichnet werden, daß daraus die Artikel (die Positionen der Grundsteuerrollen), von welchen die Grundstücke abgehen und bei welchen sie wieder zugehen, sich erkennen lassen. Die Behörden der Orte, in welchen keine Besitz- oder Steueränderungen bis zum Termine der Einsendung der Listen vorgekommen seyn sollten, reichen Vacatstheile ein. Die Besitzveränderungen, welche sich nach Ablauf des Einsendungstermins ereignen, sind in die nächstjährige Mutationsliste aufzunehmen.

Ferner wird in Bezug auf die Anfertigung der Mutationslisten noch bestimmt, daß darin auch die von uns genehmigten Dismembrationen nachzuweisen sind. Vor der Genehmigung kann auf Grund einer stattgefundenen Dismembration die Rolle nicht berichtigt werden; weshalb der Districts-Steuer-Controllleur alle aus den Mutationslisten erhellenden Dismembrationen, zu welchen die Genehmigung noch nicht extrahirt worden ist, bei dem betreffenden Kreislandrathe Behufs der Einleitung des erforderlichen Dismembrations-Verfahrens zur Anzeige zu bringen hat.

Die neu entstandenen oder erweiterten Etablissements, welche die Ortsbehörden in die sub 1. erwähnten Etablissements-Anzeigen aufzunehmen haben, werden von ihnen durch die Mutationslisten nicht nachgewiesen, sondern die Eintragung derselben in die Rollen geschieht ex officio durch den Districts-Steuer-Controllleur auf Grund der von uns genehmigten Etablissements-Nachweisung, bei Gelegenheit der Rollenberichtigung.

Mit den Mutationslisten sind überall die Gemeinde-Exemplare (Duplicate) der Grundsteuerrollen resp. an den Districts-Steuer-Controllleur und die Kreislandräthe einzusenden.

Die Herren Kreislandräthe haben für die pünktliche Einreichung der Mutationslisten und Grundsteuerrollen resp. der Vacatscheine der betreffenden Gemeinden ihrer Kreise Sorge zu tragen, und dieselben sodann unverzüglich dem Districts-Steuer-Controllleur zu übersenden.

Der Districts-Steuer-Controllleur hat auf Grund der Mutationslisten nicht nur die bei ihm befindlichen Unicate der Grundsteuerrollen, sondern auch die ihm eingesendeten und resp. vorgelegten Duplicate (Gemeinde-Exemplare) zu berichtigen. Hinsichtlich der von den Gemeinden für die Berichtigung der Duplicate bisher zu entrichteten gewissen Kosten behalten wir uns weitere Bestimmung vor. Nach erfolgter Rollenberichtigung sendet der Districts-Steuer-Controllleur die ihm von den Kreislandräthen zugegangenen Gemeinde-Exemplare denselben zur Aushändigung an die Gemeinden zurück.

- 3) **Die Aufertigung der Grundsteuer-Remissions-Nachweisungen.** Mit Ausnahme der Fälle, in welchen eine Grundsteuer-Remission wegen Wiederaufbaues Altershalber eingegangener Gebäude nachgesucht wird, worüber weiter unten nähere Bestimmungen enthalten sind, müssen alle Anträge auf Bewilligung reglementsmäßiger Grundsteuer-Remissionen bei dem Kreislandrathe angebracht werden, welcher künftig nach vorschriftsmäßiger Untersuchung der Remissionsfälle die Verhandlungen nicht mehr an die betreffende Kreisasse, sondern an den Districts-Steuer-Controllleur zur Aufstellung der erforderlichen Remissions-Nachweisungen einzusenden, und letztere, nachdem sie von ihm mit vollzogen worden sind, uns sofort mit den Verhandlungen einzureichen hat.

- 4) **Die Prüfung der Steuervertheilungen und Regulirungen in Dismembrationsfällen.** Die Dismembrations-Verhandlungen und Pläne sind fernerhin von den Herren Landräthen nicht mehr den betreffenden Kreisassen, sondern dem Districts-Steuer-Controllleur zur Prüfung der Steuervertheilung und Mitvollziehung der Dismembrationspläne vorzulegen.

- 5) **Die Prüfung und Behandlung der Anträge auf Bewilligung von Steuer-Remissionen wegen Wiederaufbaues Altershalber eingegangener Gebäude.** Diese Anträge sind zunächst bei den Ortsbehörden anzubringen und von diesen in jedem einzelnen Falle, unter vorschriftsmäßiger Bescheinigung desselben, nicht mehr, wie bisher bei dem Kreislandrathe, sondern bei dem Districts-Steuer-Controllleur zur Anzeige zu bringen.

Endlich gehört auch

6) die Prüfung der Anträge auf Absetzung von Grundsteuern bei dem Untergange eines besetzten Objectes, so wie überhaupt die Untersuchung aller in Bezug auf die Veranlagung der Grundstücke sich ergebenden Differenzen zum Geschäftsbereiche des Districts-Steuer-Controleurs; weshalb die Betheiligten mit ihren diesfälligen Anträgen sich zunächst an diesen Beamten zu wenden haben.

Wir erwarten, daß die Ortsbehörden den hier gegebenen Vorschriften namentlich in Bezug auf die Anfertigung und pünktliche Einreichung der Establishements-Anzeigen und der Mutationslisten genau nachkommen werden.

Merseburg, den 4. August 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Die Aushebung des diesjährigen Ersatz-Bebarfs für das stehende Heer wird in Nr. 389. den nachbenannten, zum Ergänzungs-Bezirk der 7ten Landwehr-Brigade gehörigen Kreisen, in folgender Art Statt finden:

Die Aushebung des dem stehenden Heere für das Jahr 1842. zu gestellenden Ersatzes betr.

- 1) im Saalkreise, Montags den 12. September d. J. zu Halle,
- 2) in der Immediatsstadt Halle, Dienstags den 13. September d. J. zu Halle,
- 3) im Merseburger Kreise, Mittwoch und Donnerstags den 14. und 15. September d. J. zu Merseburg,
- 4) im Mansfelder Gebirgskreise, Freitags den 16. September d. J. zu Eisleben,
- 5) im Mansfelder Seekreise, Sonnabends den 17. September d. J. zu Eisleben,
- 6) im Querfurter Kreise, Montags den 19. September d. J. zu Querfurt,
- 7) im Sangerhäuser Kreise, Dienstags den 20. September d. J. zu Sangerhausen.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bei der Ersatzanhebung dieses Jahres concurrenden Militairpflichtigen, welche der zuvor an sie ergahenden Gestellungs-Ordre ungeachtet, in dem anberaumten Termine nicht erscheinen, ihrer etwaigen Ansprüche auf Zurückstellung verlustig gehen, so wie daß hierauf gerichtete Gesuche nur dann vor der unterzeichneten Behörde Berücksichtigung finden, wenn sie vorher bei der betreffenden Kreis-Ersatz-Commission, oder sofern die, einen Reclamationsgrund abgebenden Verhältnisse erst kurz vor dem Aushebungs-Termine eintreten sollten, doch wenigstens bei dem betr. Herrn Landrathe so zeitig vorgetragen werden, daß sie gründlich erörtert werden können und demnach völlig reif zur Entscheidung sind.

Wir bringen schließlich noch in Erinnerung, daß auch diejenigen Militairpflichtigen, welche von der betr. Kreis-Ersatz-Commission bereits zweimal zurückgestellt worden sind, beim Fortbestande von Verhältnissen, welche nach ihrer Ansicht eine gesetzliche Reclamation begründen, nicht unterlassen dürfen, letztere rechtzeitig anzubringen, da in neuerer Zeit nicht selten Fälle vorgekommen sind, wo Militairpflichtige,

in der unbegründeten Voraussetzung, daß die von uns zu treffende Entscheidung mit der vorher ergangenen günstigen Entscheidung der betr. Kreis-Ersatz-Commission übereinstimmend ausfallen könne, die vorschriftsmäßige Anbringung einer Reclamation bei uns verabsäumt haben und in Folge dessen für den Militärdienst ausgehoben worden sind, was außerdem vielleicht nicht geschehen seyn würde.

Merseburg, den 16. Juni 1842.

Königliche Departements-Ersatz-Commission.

Der Brigade-Commandeur,  
General-Major,  
v. Bos.

Der Regierungs- u. Militär-Departements-Rath.  
In dessen Abwesenheit:  
der Reg. Assessor v. Reichenbach.

Nr. 390.

Die Aushebung des dem  
Stehenden Heere für das  
Jahr 1842. zu  
gestellten betr.  
Ersatzes betr.

Die Aushebung des diesjährigen Ersatzbedarfes für das stehende Heer, wird in den nachbenannten, zum Ergänzungs-Bezirks der 8ten Landwehr-Brigade gehörigen Kreisen, in folgender Art Statt finden:

- 1) im Schweinitzer Kreise, Montags den 26. September d. J. zu Herzberg,
- 2) im Liebenwerdaer Kreise, Mittwochs den 28. September d. J. zu Liebenwerda,
- 3) im Torgauer Kreise, Donnerstags den 29. September d. J. zu Torgau,
- 4) im Wittenberger Kreise, Sonnabends den 1. October d. J. zu Wittenberg,
- 5) im Bitterfelder Kreise, Montags den 3. October d. J. zu Bitterfeld,
- 6) im Delitzscher Kreise, Dienstags den 4. October d. J. zu Delitzsch,
- 7) im Weißenfelder Kreise, Donnerstags den 6. October d. J. zu Weißenfeld,
- 8) im Zeitzer Kreise, Freitags den 7. October d. J. zu Zeitz,
- 9) im Naumburger Kreise, Sonnabends den 8. October d. J. zu Naumburg,
- 10) im Eckartsbergaer Kreise, Montags den 10. October d. J. zu Eckartsberga.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bei der Ersatzaushebung dieses Jahres concurrenrenden Militairpflichtigen, welche der an sie ergehenden Stellungs-Ordre ungeachtet, in dem anberaumten Termine nicht erscheinen, ihrer etwaigen Ansprüche auf Zurückstellung verlustig gehen, sowie, daß hierauf gerichtete Gesuche nur dann von der unterzeichneten Ersatzbehörde Berücksichtigung finden, wenn sie vorher bei der betr. Kreis-Ersatz-Commission, oder sofern die, einen Reclamationsgrund abgebenden Verhältnisse erst kurz vor dem Aushebungs-Termin eintreten sollten, doch wenigstens bei dem betr. Herrn Landrathe so zeitig vorgetragen werden, daß sie gründlich erörtert werden können und demnächst völlig reif zur Entscheidung sind.

Wir bringen schließlich noch in Erinnerung, daß auch diejenigen Militairpflichtigen, welche von der betr. Kreis-Ersatz-Commission bereits zweimal zurückgestellt worden sind, beim Fortbestehen von Verhältnissen, welche nach ihrer Ansicht eine gesetzliche Reclamation begründen, nicht unterlassen dürfen, letztere rechtzeitig anzubringen, da in neuerer Zeit nicht selten Fälle vorgekommen sind, wo Militairpflichtige, in der unbegründeten Voraussetzung, daß die von uns zu treffende Entscheidung mit der vorher ergangenen günstigen Entscheidung der betr. Kreis-Ersatz-Commission nur übereinstimmend ausfallen könne, die vorschriftsmäßige Anbringung einer Reclamation durch den betr. Herrn Landrath bei uns verabsäumt haben und in Folge dessen für

den Militärdienst ausgehoben worden sind, was außerdem vielleicht nicht geschehen seyn würde. Merseburg, den 17. Juni 1842.

Königliche Departements-Ersatz-Commission.

Der Brigade-Commandeur,  
von Breslau.

Der Regierungs- u. Militär-Departements-Rath.  
In dessen Abwesenheit:  
der Reg. Assessor von Reichenbach.

Dem pensionirten Kammer-Musikus Sundelin in Berlin ist unter dem Nr. 391.  
4. Juli 1842. ein Patent auf die Darstellung künstlicher Marmorplatten, so weit dieselbe der eingereichten Beschreibung gemäß für neu und eigenthümlich erkannt worden Patent-  
ist, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie theilung.  
ertheilt worden.

Dem Tuch-Fabrikanten Haseloff und Comp. in Burg ist unter dem 4. Juli Nr. 392.  
1842. ein Einführungs-Patent auf eine mechanisch ausziehende Feinspinn-Maschine, Patent-  
in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie theilung.  
ertheilt worden.

Dem Büchsenmacher Karl Güntermann zu Düsseldorf ist unter dem 9. Juli Nr. 393.  
1842. ein Patent auf eine durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesene, Patent-  
als neu und eigenthümlich anerkannte Sicherheits-Vorrichtung an Gewehrslöffern, theilung.  
zur Verhinderung des unwillkürlichen Losgehens der Gewehre, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Dem Mechanikus C. Hummel in Berlin ist unter dem 14. Juli 1842. ein Nr. 394.  
Patent auf einen verbesserten Breithalter oder Ausstreicher für Gewebe, in der durch Patent-  
Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf sechs Jahre, von theilung.  
jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

### Personals-Chronik.

Der Magistrats-Assessor und Kaufmann Carl Koch zu Zeitz hat die Agentur Nr. 395.  
der Rheinpreussischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Düsseldorf aufgegeben.

Der Kaufmann und Senator August Ferdinand Vogel zu Artern hat die Nr. 396.  
Neben-Agentur der Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft Sun Fire Office zu London aufgegeben.

Als Pfarrer sind im hiesigen Regierungsbezirk

Nr. 397.

#### I. neu angestellt

nachstehend genannte Candidaten des Predigtamts:

- 1) M. Carl Ferdinand Riedner, als Diaconus in Gerbstädt.
- 2) Ludwig Friedrich Wilhelm Fürnrohr, als Diaconus in Wahrenbrück, Ephorie Liebenwerda.
- 3) Johann Ferdinand Herbst, als Pfarrer in Göthewitz, Ephorie Weissenfeld.
- 4) Carl Ludwig Ritzsche, als Pfarrer in Roden, Ephorie Rügen.
- 5) Eduard Louis Rönisch, als Pfarrer in Spreßda, Ephorie Dellisch.
- 6) Carl

Otto Friedrich Ludwig Backs, als Adjunctus ministerii an der Schloß- und Domkirche zu Merseburg. 7) Friedrich Ferdinand Stange, als Pfarrer in Pouch, Ephorie Witterfeld. 8) Heinrich Wilhelm Volze, als Pfarrer in Dieskau, I. Ephorie Halle. 9) Ernst Gustav Zimmermann, als Pfarrer in Lindenhain, Ephorie Gilenburg. 10) Karl Julius Eschenhagen, als Pfarrer in Steuden, Ephorie Schraplau. 11) Christoph Dippe, Rector an der Stadtschule zu Hettstädt, als Pfarrsubstitut daselbst, Ephorie Mansfeld. 12) Gustav Eduard Straubel, Inspector der Wadzeck-Anstalt zu Berlin, als Pfarrer in Neußen, Ephorie Belgern. 13) Franz Wilhelm Liebe, als Pfarrsubstitut in Wildenau, Ephorie Herzberg. 14) Christian Friedrich Busch, als Pfarrer in Gutenberg, II. Ephorie Halle. 15) Johann Ferdinand Jahr, als Pfarrer in Bräcken, Ephorie Zeitz.

## II. Weiter befördert sind:

1) Karl Friedrich Eduard Gelbricht, Pfarrer in Witz, als Pfarrer nach Marzahn, Ephorie Jahna. 2) August Wilhelm Schröder, Pfarrer in Neußen, als Pfarrer nach Straach, Ephorie Wittenberg. 3) Heinrich Friedrich Dehmer, Pfarrer in Tiefensee, als Pfarrer nach Noißsch, Ephorie Witterfeld. 4) Karl Theophilus Moritz Stieh, Diaconus in Seyda, als Pfarrer nach Züdenberg, Ephorie Witterfeld. 5) Ernst Friedrich August Schlaaf, Pfarrer in Bösigk, als Pfarrer an die neuerichtete Strafanstalt in Halle. 6) Dr. phil. Karl Gottlob Meyer, Pfarrer in Bavern, als Pfarrer nach Zischkau, Ephorie Torgau. 7) M. Karl Gottlieb Wilhelm Hornburg, Pfarrer in Gräfenhainchen, als Pfarrer nach Spora, Ephorie Zeitz. 8) Otto Wilhelm Bornig, Pfarrer in Lindenhain, als Pfarrer nach Prißkählich, Ephorie Gilenburg. 9) Karl Friedrich Köhler, Pfarrer in Gutenberg, als Pfarrer nach Witz, Ephorie Zeitz. 10) Franz Gottlieb Segnig, Pfarrer in Auerstädt, als Pfarrer nach Tiefensee, Ephorie Gilenburg. 11) Heinrich Friedrich Wilhelm Franz Philipp, Pfarrer in Catharinenthal, als Pfarrer nach St. Petersburg, II. Ephorie Halle.

Als Schullehrer an confirmirten Stellen sind

## A. neu ange stellt

nachstehend genannte Candidaten des Schulamts, resp. Hülf- oder Kinderlehrer:

1) Gottlob Ferdinand Fröncke, als Schullehrer in Braunsroda, Ephorie Heldenbrunnen. 2) Johann Gottlob Dertel, Katechet an der Corrections- und Landarmen-Anstalt in Zeitz, als Knabenschulmeister und Küster in Voigtländt, Ephorie Artern. 3) Johann Gottlieb Ruprecht, Schulgehülfe in Lettin, als Schulmeister und Küster daselbst, I. Ephorie Halle. 4) Christlieb Traugott Domsagen, Kinderlehrer in Gaja, als Schulmeister in Lennewitz und Dörsau, Ephorie Lützen. 5) Johann Gottfried Richter, Schullehrer in Großförga, als Katechet an die Corrections- und Landarmen-Anstalt in Zeitz. 6) Friedrich Wilhelm Krüger, als Schullehrer in Friedrichsluga, Ephorie Herzberg. 7) Johann Friedrich Wilhelm Scheffler, Kinderlehrer in Schöden, als zweiter Lehrer an der Schule der Vorstadt Altenburg vor Merseburg. 8) Ernst Ferdinand Herrmann, als dritter Lehrer an der Schule der Vorstadt Altenburg vor Merseburg. 9) David Gottlob Erdmann Speiser, Schulgehülfe in Riechberg, als Schulmeister und Küster in

Döblitz, II. Ephorie Halle. 10) Friedrich August Knabe, als Schullehrer in Zickeritz, Ephorie Gerbstädt. 11) Constantin Weiß, Candidat der Theologie, als Rector an der Stadtschule in Lützen. 12) Karl Heinrich Uhlrich, Kinderlehrer in Roda und Mahlen, als fünfter Lehrer an der II. Abtheilung der Bürgerschule in Zeig. 13) Georg Christoph Weissenborn, Hilfslehrer in Neuden, als Schulmeister und Küster in Steuden, Ephorie Schraplau. 14) Karl Julius Siegold, Candidat des Predigamtes, als Rector an der Stadtschule in Schlieben. 15) Friedrich Gustav Trebst, Kinderlehrer in Krauschwitz, als Schulmeister und Küster in Pleunischütz, Ephorie Jessen. 16) Johann Karl Weißke, Kinderlehrer in Lobda, als zweiter Schullehrer in Pouch, Ephorie Wittenfeld. 17) Gottlieb Gottfried Mansfeld, Kinderlehrer in Werben, als Lehrer an der Mädchen-Freischule in Merseburg. 18) Friedrich August Richter, als Lehrer an der gemischten Elementarklasse an der Stadtschule in Kemberg. 19) Johann Gottfried Sonntag, als dritter Mädchenlehrer an der Stadtschule in Belgern. 20) Hermann August Großmann, als erster Mädchenlehrer an der Stadtschule in Kemberg. 21) Johann Gottlieb Ehrhardt, als Tertius und Elementarlehrer an der Stadtschule in Jessen. 22) August Schüler, Kinderlehrer in Falkenberg, als Schulmeister daselbst, Ephorie Liebenwerda. 23) Johann Gottlieb Bessler, Kinderlehrer in Röschstedt, als Schulmeister und Küster in Cölme, Ephorie Schraplau. 24) Heinrich Gottfried Müller, Kinderlehrer in Mehlig, als Schulsubstitut in Niemeburg, II. Ephorie Halle. 25) Karl Friedrich Zeiger, Kinderlehrer in Modelwitz, als Schulmeister für Modelwitz, Altscherbig und Papitz, Ephorie Schenwig. 26) Hermann August Müller, als zweiter Schullehrer in Arzberg, Ephorie Belgern. 27) Heinrich Bernhardt, Kinderlehrer in Mellnitz, als Schulmeister in Gémannsdorf, Ephorie Zahna. 28) Johann Gottlieb Reinhard, Kinderlehrer in Döbelitz, als Schulmeister daselbst, Ephorie Belgern. 29) Hermann Gotthe, als Elementarlehrer in Seyda und Küster in Mellnitz und Marxdorf, Ephorie Seyda. 30) Johann Gottfried Müller, als Elementarlehrer an der Stadtschule in Gerbstädt. 31) Johann Traugott Fiedler, Kinderlehrer in Mehderitzsch, als Schulmeister daselbst, Ephorie Belgern. 32) Johann Gottfried Enigt, Hilfslehrer in Dautschen, als Schulmeister-Substitut daselbst, Ephorie Jessen. 33) Johann Gottfried Karl Ehrlich, Kinderlehrer in Zschölkau, als Schulmeister in Wallwitz, II. Ephorie Halle. 34) Johann Longinus Bechstedt, Hilfslehrer in Hohenmöslen, als zweiter Lehrer an der Schule daselbst, Ephorie Weissenfels. 35) Karl Gustav Gerkenberg, als Schulmeister und Küster in Gracau, Ephorie Lauchstädt. 36) Friedrich Traugott Schleicher, Kinderlehrer in Petersroda, als Schulmeister und Küster in Cleeen, Ephorie Delitzsch. 37) Johann Gottlieb Voigt, als Schulmeister in Unterdöblingen, Ephorie Schraplau. 38) Johann Friedrich Eichardt, Kinderlehrer in Hohenroda, als Schulmeister und Küster daselbst, Ephorie Delitzsch. 39) Friedrich August Grabitz, als Schulmeister und Küster in St. Märgeln, Ephorie Freiburg. 40) Johann Christoph Friedrich Lange, Kinderlehrer in Kahlwinkel, als Schulmeister und Küster daselbst, Ephorie Eckartsberga. 41) Gottvertrau August Erfurth, Kinderlehrer in Neusen, als Schulmeister und Küster in

Dammendorf, I. Ephorie Halle. 42) Heinrich August Lorenz, Schulgehilfe in Mügeln, als Katechet in Großförga, Ephorie Jessen. 43) Johann Gottlieb Wäßler, Kinderlehrer in Gaißichen, als Schulsubstitut in Gruna, Ephorie Eilenburg. 44) Friedrich Klage, Hülfsllehrer in Großtreben, als Schulmeister und Küster in Golpa, Ephorie Bitterfeld. 45) Adolph Heinrich Haferland, Hülfsllehrer in Bockwitz, als Schulmeister und Küster in Westa, Ephorie Lützen. 46) Victor Emil Häbcke, Kinderlehrer auf der Zschernicker Pechhütte bei Annaburg, als Elementarlehrer in Dommigsh, Ephorie Torgau. 47) Karl Friedrich Jülich, Candidat des Predigtamts, als Rector in Liebenwerda. 48) Gustav Robert Theodor Müller, Candidat des Predigtamts, als Rector und Organist in Stadt Alsenleben, Ephorie Gonnern. 49) Karl Gottlob Krönert, Kinderlehrer in Schweinfurt, als Cantor und Schulsubstitut in Großthiemig, Ephorie Eilenburg. 50) Karl Theodor Drude, Candidat des Predigtamts, als Rector-Substitut in Hettstädt, Ephorie Mansfeld. 51) Friedrich August Julius Petreins, als Schullehrer und Küster in Stangerode, Ephorie Ermsleben. 52) Gottlob Karl Eduard Hoffmann, Kinderlehrer in Wallroda, als Organist und Mädchenlehrer in Wippra, Ephorie Mansfeld. 53) Franz Moriz Pöhle, als Schulmeister in Zitzschen, Ephorie Lützen. 54) Julius Hoppe, als Schulmeister und Küster in Niedermöllern, Ephorie Eckartsberga. 55) Johann Gottlob Niggische, als Schulmeister und Küster in Mückenberg, Ephorie Eilenburg. 56) Johann Gottfried Hiedrich, als Schulmeister und Küster in Döhlitz, Ephorie Duerfurth. 57) Friedrich Karraß, als zweiter Mädchenlehrer in Dommigsh, Ephorie Torgau. 58) Friedrich Wilhelm Voigt, als dritter Mädchenlehrer an der Stadttarmenschule in Halle. 59) Johann Heinrich Wamsler, Schulvicar in Schaafstädt, als vierter Mädchenlehrer an der Bürgerschule in Halle. 60) Johann Heinrich August Weißgerber, als fünfter Mädchenlehrer an der Bürgerschule in Halle. 61) Johann Salomo Hennig, Kinderlehrer in Launewitz, als Schulmeister und Küster in Rehmsdorf, Ephorie Zeitz. 62) Eduard Lorenz, als Elementarlehrer an der Bürgerschule in Torgau.

B. Weiter befördert sind:

1) Gottlob Angermann, Cantor und Organist in Seyda, als Schulmeister und Küster nach Spören, Ephorie Breßna. 2) Johann Christian Friedrich Reichmann, Schulmeister in Kleinsiedlitz, als Schulmeister und Küster nach Authausen, Ephorie Eilenburg. 3) Johann Christian Voigt, Schulmeister in Mückenberg, als Schulmeister und Küster nach Gröden, Ephorie Eilenburg. 4) Gustav Teeg, Lehrer an der Mädchen-Freischule in Merseburg, als Schulmeister und Küster nach Neukirchen, Ephorie Naumburg. 5) Ernst Friedrich Kluge, Schulmeister-Substitut in Neukirchen, als Schulmeister und Küster nach Creuma, Ephorie Döhlitz. 6) Johann Gottfried Richter, Schullehrer in Großförga, als Katechet an die Corrections- und Landarmen-Anstalt in Zeitz. 7) Andreas Christian Frenkel, Schulmeister in Freitz, als Schulmeister und Küster nach Schleieroda, Ephorie Freiburg. 8) Johann Christian Wartenberg, Schulsubstitut zu Eckmannsdorf, als Cantor, Organist und Knabenlehrer an die Stadtschule in



Seyba. 9) Johann Georg Krug, Lehrer der fünften Klasse der II. Abtheilung der Bürgerschule in Zeitz, als vierter Lehrer an derselben Abtheilung. 10) Heinrich Wilhelm Künstler, zweiter Lehrer an der Domfreiheit-Mädchenschule in Naumburg, als erster Lehrer ebendaselbst. 11) Johann August Schmidt, Lehrer an der Bürgerschule in Naumburg, als zweiter Lehrer an der Domfreiheit-Mädchenschule daselbst. 12) Johann Andreas Lust, Schulmeister in Wallwitz, als Schulmeister und Küster nach Kleinfischstädt, Ephorie Querfurt. 13) Karl Friedrich Wendelin, Schulmeister in Lössen, als Schulmeister und Küster nach Zeitz, Ephorie Gersstädt. 14) Karl Heinrich Stange, Schulmeister in Bönitz, als Schulschmitt nach Döberitzsch, Ephorie Eilenburg. 15) Johann Christian Klöschner, Schulmeister in Döhlitz, als Schulmeister und Küster nach Gröitz, Ephorie Freiburg. 16) Ernst Traugott Heydemüller, Schulmeister in Wolpa, als Schulmeister und Küster nach Lebusa, Ephorie Schlieben. 17) Gottfried August Bartmuss, Schulmeister und Küster in Jitzschen, als Schulmeister und Küster nach Hohenlohe, Ephorie Lützen. 18) Friedrich Karl Koppehul, zweiter Oberlehrer an der Mädchen-Freischule im Waisenhaus zu Halle, als Schulmeister nach Altrode, Ephorie Ermsleben. 19) Johann Gottfried Päßig, Schulmeister in Rehmsdorf, als Cantor und erster Lehrer nach Droyßig, Ephorie Pissen. 20) Wilhelm Eduard Linde, dritter Mädchenlehrer an der Stadtarmenschule in Halle, als erster Lehrer an der Petersberger Schule in Halle. 21) Karl Eduard Reinick, Organist und Mädchenlehrer in Wippra, als Cantor-Substitut daselbst, Ephorie Mansfeld. 22) Karl Albert Köser, Lehrer an der Bürgerschule in Halle, als Cantor, Organist und zweiter Lehrer an der Neumarktschule in Halle. 23) Karl Daniel Kayser, zweiter Lehrer an der Neumarktschule in Halle, als erster Lehrer und Küster daselbst. 24) Christian Karl Gottlob Günther, dritter Knabenlehrer an der Bürgerschule in Halle, als zweiter Knabenlehrer daselbst. 25) Gustav Albert Zahn, vierter Knabenlehrer an der Bürgerschule in Halle, als dritter Knabenlehrer daselbst. 26) Karl Adolph Wiese, fünfter Knabenlehrer an der Bürgerschule in Halle, als vierter Lehrer daselbst. 27) Theodor Alexander Stüger, Rector-Substitut in Mücheln, als Rector-Substitut nach Delitzsch. 28) Friedrich August Günther, Cantor in Gräfenhainchen, als erster Mädchenlehrer an der Stadtschule daselbst, Ephorie Bitterfeld. 29) Ernst Gottlob Fehmel, Schullehrer in Strellin, als Cantor und zweiter Knabenlehrer nach Gräfenhainchen, Ephorie Bitterfeld. 30) Karl Wilhelm Wiese, Lehrer an der Petersberger Schule in Halle, als Lehrer an die neuerrichtete Strafanstalt zu Halle.

Es ist der Mühlenbesitzer Friedrich August Schob in Punkwitz für den 4ten Rr. 398. und der Kreisdeputirte Franz von Schönberg auf Kreipitzsch für den 2ten Naumburger Landbezirk zum Schiedsmann neu und resp. wieder erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu zwei Stlagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine a 4 Bogen für den Zeitzer landrätthlichen Kreis und
- 2) eine a 4 Bogen für den Querfurter landrätthlichen Kreis.

Nr. 399.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monat Juli 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln		Brann- wein	Rauchfutter.				
	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Hirse		Erbſen		Linsen		Schf.	Quart		Heu		Stroh		
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel								Schf.	Quart	à Cent.		à Schock	
	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.	pf.	töl.	ſgr.			pf.	töl.	ſgr.	pf.
1 Merseburg	2	17	—	1	14	4	1	2	7	—	26	4	—	—	—	1	15	—	4	4	1	5	—	7	—	—
2 Halle	2	6	9	1	13	6	1	2	—	—	27	3	6	15	—	2	5	—	2	20	—	1	15	—	7	—
3 Naumburg	2	12	—	1	14	7	1	4	3	—	29	10	3	15	6	2	—	—	2	10	—	20	—	4	—	—
4 Torgau	2	19	4	1	12	7	1	—	—	—	28	4	4	10	—	1	15	—	3	5	—	10	—	4	9	—
5 Bittenberg	2	14	8	1	12	5	1	3	3	1	9	—	—	—	—	—	—	—	8	9	5	—	1	—	—	6
6 Eisleben	2	10	—	1	14	2	1	6	—	—	1	1	8	—	—	—	—	—	5	—	1	1	5	6	25	9
7 Zeitz	2	17	6	1	16	10	1	1	9	—	28	—	—	—	—	—	—	—	14	8	5	—	1	15	3	7
8 Querfurth	2	20	—	1	17	6	1	2	6	1	2	6	—	—	—	—	—	—	4	—	1	—	—	6	—	—
9 Bitterfeld	2	14	9	1	13	6	1	—	2	—	28	1	—	—	—	—	—	—	1	—	3	—	1	7	6	5

Merseburg, den 8. August 1842.

R ö n i g l i c h P r e u ß i ſ c h e R e g i e r u n g

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
30. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 27. August 1842.

In Verfolg der Bekanntmachung vom 22. November 1839 werden in dem Nr. 400. nachstehenden Nachtrage diejenigen Kunststraßen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, Nachtrag für diejenigen Kunststraßen, auf denen der Gebrauch von Radfeln unter vier Zoll Breite verboten ist, betr.

auf welche das Verbot des Gebrauchs von Radfeln unter vier Zoll Breite für alles gewerbsmäßig betriebene Frachtfuhrwerk bei Ladungen über Zwanzig Centner bei vierrädrigem, und über Zehn Centner bei zweirädrigem Fuhrwerke, vom 1. October d. J. ab Anwendung findet.

Berlin, den 31. Mai 1842.

Der Finanz-Minister  
(gez.) von Bodelschwingh.

## N a c h t r a g

zu dem unterm 22. November 1839 bekannt gemachten Verzeichnisse derjenigen Straßen, auf denen der Gebrauch von Radfeln unter vier Zoll Breite in Folge des §. 1. der Verordnung vom 17. März 1839 den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend, für alles gewerbsmäßig betriebene Frachtfuhrwerk bei Ladungen über Zwanzig Centner resp. über Zehn Centner (bei vierrädrigem resp. zweirädrigem Fuhrwerke) verboten ist.

### Im östlichen Theile des Staats:

- 8. a. von Königsberg nach Bischofsburg über Wartenstein.
- b. von Wartenstein nach Marienburg und nach Kösel.
- 49. a. von Zeitz bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Leipzig.
- b. von Zeitz bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Altenburg.

### Im westlichen Theile des Staats:

- 61. a. von Haltern nach Kiewitzberg über Necklinghausen und Bochum.
- 70. a. von Neuß nach Rheyn.
- b. von Rheyn bis zur königlich Niederländischen Grenze über Gladbach, Dülken, Boisheim, Breyell und Kaldenkirchen auf Vento.
- c. von Breyell nach Gils über Lobberich, Grefrath und Kempen.
- 79. a. von Waldenthal nach Schleiden über Gemünd.
- 136. a. von Grndtbruch bis Laasphe über Saffmannshausen.
- 140. a. von Unna nach Menden über Langschede.
- 149. a. von Brackel nach Warburg.

Nr. 401.

Nachstehendes

# P o l i z e i - R e g l e m e n t

P o l i z e i - R e g l e m e n t für den Schiffsverkehr auf der Elbe, soweit Preußen über das Strombette die Landeshoheit zusteht.

für den Schiffsverkehr auf der Elbe, soweit dem Königl. Preuss. Staate über das Strombette die Landeshoheit zusteht.

Um den Uebelständen zu begegnen, welche bisher aus dem Mangel zureichender polizeilicher Bestimmungen über den Schiffsverkehr auf der Elbe entsprungen sind, wird hiermit, und zwar für die Strecke von der Preussisch-Sächsischen Grenze oberhalb Mühlberg bis zur Preussisch-Hannoverschen Grenze oberhalb Schnafenburg, so weit die Landeshoheit über dieselbe Preußen zusteht, Folgendes verordnet:

## §. 1.

Begegnen und Ausweichen zweier Schiffe.

Wenn zwei Segelschiffe sich begegnen, von denen Eins gezogen wird, so soll Letzteres die Seite des Leinpfades, das Andere das entgegengesetzte Ufer halten. Wird keins von Beiden gezogen, und das stromaufgehende Fahrzeug segelt, so muß ihm das entgegenkommende, so weit es die Verhältnisse irgend gestatten, ausweichen; segelt es nicht, so weichen beide, unter der zuletzt gedachten Voraussetzung rechts aus.

Wenn sich ein Dampfschiff und ein Segelschiff begegnen, so behält das Letztere, stromaufgehend, so weit es die Verhältnisse zuläßt, die Seite des Leinpfades. Geht es stromab ohne Segel, so steht dem, ihm begegnenden Dampfschiffe die Wahl der Uferseite zu, und das Segelschiff muß nach der entgegengesetzten Seite ausweichen. Geht es aber mit Segeln, so muß es dem stromaufgehenden Dampfschiffe, so weit es die Verhältnisse gestatten, rechts ausweichen.

## §. 2.

Von zwei sich begegnenden Dampfschiffen hält, so weit es das Fahrwasser zuläßt, das stromaufgehende das linke, das stromabgehende das rechte Ufer.

## §. 3.

Muß ein Dampfschiff das Fahrwasser inne halten, so giebt es durch Aufziehen einer blauen Flagge bis zum halben Mast und durch fünf Schläge auf die Glocke oder durch die Dampfpeise das Zeichen, worauf das ihm begegnende Segelschiff, so weit es irgend angeht, ausweichen muß, aber die Wahl des Ufers behält.

## §. 4.

Ist die Schifffahrtsrinne an irgend einer Stelle des Stromes so schmal, daß sie das gleichzeitige Durchgehen zweier sich begegnenden Schiffe nicht gestattet, und befindet sich das Eine bereits in derselben, so muß das Andere, bis jenes sie verlassen hat, beilegen. Gelingen beide gleichzeitig an solche Stromenge, so darf das stromaufgehende Schiff in dieselbe nicht einlaufen, bevor das stromabgehende sie zurückgelegt hat. Ist aber in diesem Falle eins der Schiffe ein Dampfschiff, so muß das Segelschiff, gleichviel, ob es auf- oder abwärts geht, auf das Zeichen des Ersteren (§. 3.) beilegen, bis das Dampfschiff die Stromenge zurückgelegt und die blaue Flagge wieder eingezogen hat.

## §. 5.

Diejenigen Stellen des Stromes, auf welche vorstehende Bestimmungen (§. 4.) Anwendung finden, werden jährlich bei Eröffnung der Schifffahrt durch die Amts-

blätter der königlichen Regierungen zu Potsdam, Magdeburg und Merseburg zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Diese Behörden werden das Verzeichniß auch im Laufe des Jahres berichtigen, in so weit sich dazu Veranlassung findet, und die Abänderung ebenfalls durch die betreffenden Amtsblätter bekannt machen.

§. 6.

Der Führer eines Schiffes, welches eine schnellere Fahrt hat, als das ihm Vor-  
angehende, darf von dem Führer des Letztern, wenn er dasselbe erreicht hat, und es  
ohne Gefahr oder erheblichen Zeitverlust ausweichen kann, und seine Fahrt nicht be-  
schleunigen will, verlangen, daß er das schneller fahrende Schiff vorbeilasse.

Ist das nachkommende Schiff ein Dampfschiff, so muß es seine Absicht, dem  
ihm vorfahrenden Dampf- oder Segelschiffe vorbeizufahren, durch das im §. 3. be-  
stimmte Zeichen zu erkennen geben.

Erreicht ein Dampfschiff ein anderes Fahrzeug vor einer der im §. 4. gedachten  
Stromengen, so muß das Letztere beilegen und dem Dampfschiff den Vorgang in die  
Stromenge überlassen. Hat aber das vorfahrende Schiff die Stromenge bereits er-  
reicht, so muß, bis zu seinem Ausgange aus derselben, das Folgende zurückbleiben.

§. 7.

Kein Schiff darf im Fahrwasser da um- oder überladen, wo es dem Schiffs-  
verkehr hinderlich ist.

Ist die Ableitung nöthig, um das Schiff über Untiefen im Fahrwasser zu  
schaffen, so muß sie stets vor den Letztern und an solcher Stelle geschehen, wo we-  
der das beladene Schiff noch der Leichter den Schiffsverkehr hindern oder erschweren.  
Werden aber Schiffe im Fahrwasser dergestalt festgefahren, daß sie nicht sofort oder  
nur durch Ableitung wieder abgebracht werden können, so ist der Führer strafbar.  
Dasselbe ist der Fall, wenn derselbe Ballast in den Strom werfen, oder das Strom-  
bett sonst durch das Auswerfen von, der Schifffahrt hinderlichen Gegenständen ver-  
unreinigen läßt, wobei überdies der Anspruch an ihn wegen Erstattung der Räu-  
mungskosten vorbehalten bleibt.

§. 8.

Kein Schiff darf im Fahrwasser da vor Anker gehen oder anlegen, wo es dem  
Schiffsverkehr hinderlich ist.

§. 9.

An das Ufer, wo sich der Leinpfad befindet, darf ein Schiff nur dann anle-  
gen, wenn es dort ladet oder löset; oder wenn es wegen erlittenen Schadens den  
Schutz des Ufers sucht; oder endlich, wenn es durch Unwetter genöthigt wird, ein-  
weilen anzulegen. Nur in dem letzteren Falle darf es den stehenden Mast behalten.

§. 10.

An Duhnen, Packwerken, Pflanzungen und den durch Warnungstafeln bezeich-  
neten abbruchigen Uferstellen dürfen Schiffe nicht angelegt werden.

§. 11.

Jedes Schiff, welches an irgend einer Stelle, vom Ufer entfernt oder am Ufer,  
da, wo gewöhnlich keine Schiffe oder Flöße zu liegen pflegen, vor Anker liegt, ist

während der Dunkelheit, bei Nacht, oder im dichten Nebel an einer, nach allen Seiten hin, sichtbaren Stelle desselben mit einer erleuchteten Laterne zu versehen.

§. 12.

Vorsicht beim  
Fahren.

Jedes Schiff, welches in der Nacht fährt, soll von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang und, wenn es bei dichtem Nebel fährt, während seiner Dauer, bei der Bergfahrt zwei, bei der Thalfahrt drei erleuchtete Laternen übereinander, am halben Mast, wenn es aber ohne Mast fährt, an einer nach allen Seiten hin sichtbaren Stelle führen. Ein Dampfschiff hat außerdem von Zeit zu Zeit durch Schläge auf die Glocke oder mittelst der Dampffseife Zeichen zu geben.

§. 13.

Wenn einem Dampfschiffe in der Fahrt kleine Fahrzeuge bis zu zehn Lasten Ladungsfähigkeit begegnen, oder wenn das Fahrwasser dicht an den, §. 10. bezeichneten Anlagen und Uferstellen vorüberfährt, so soll das zu Thal fahrende Dampfschiff in der Nähe derselben nur mit halber Maschinenkraft fahren und sich so weit entfernt halten, als es örtlich zulässig ist, damit durch den Wellenschlag kein Schaden angerichtet werde.

Sollte indeß das Dampfschiff jenen Fahrzeugen so nahe gekommen seyn, daß der Wellenschlag bei Ausübung halber Maschinenkraft denselben gefährlich werden könnte, so soll das Dampfschiff die Räder so lange hemmen, bis sich das andere Fahrzeug weit genug davon entfernt haben wird, sofern dies ohne Gefahr für das Dampfschiff angeht.

§. 14.

Sind Merkmale oder Warnungszeichen im Strome ausgesetzt, um das Fahrwasser, die Stromengen (§. 4.) oder die vorhandenen Hindernisse zu bezeichnen, so dürfen dieselben nicht beschädigt, verrückt oder weggebracht werden.

§. 15.

Dampfschiffe dürfen die stehenden Brücken nicht anders als mit zurückschlagenden Rädern und höchstens mit halber Stromgeschwindigkeit passieren.

§. 16.

Segelschiffe dürfen, wenn sie beladen sind, dergleichen Brücken stromab nur passieren, indem sie mittelst des Ankers sacken oder umlegen. Unbeladene Segelschiffe dürfen in derselben Richtung durchgehen, ohne umzulegen.

§. 17.

Rißf.

Die Bestimmungen §§. 4. 6. 7. 8. 9. 10. finden auch auf Flöße Anwendung. Wenn aber ein Floß und ein Schiff gleichzeitig an eins der, §. 4. bezeichneten Stromengen gelangt, so hat das Ärttere, gleichviel, ob ihm das Schiff folgt oder entgegen kommt, beizulegen, bis das Letztere die Stromenge zurückgelegt hat.

§. 18.

Jedes Floß, welches an irgend einer Stelle vom Ufer entfernt oder am Ufer, da, wo gewöhnlich keine Schiffe oder Flöße zu liegen pflegen, anhält, ist während der Dunkelheit, bei Nacht, oder im dichten Nebel, auf jeder der beiden Enden, welche vom Ufer abgekehrt sind, mit einer erleuchteten Laterne zu bezeichnen.

§. 19.

Ginsichts der Pulvertransporte auf der Elbe kommen die Vorschriften des Regu-  
lative vom 23. December 1833. §. §. 36—47. und des Circular-Rescripte vom  
28. Februar 1837., welche durch die Regierungs-Amtsblätter zur öffentlichen Kenn-  
niß gebracht sind, und hiermit in Erinnerung gebracht werden, zur Anwendung.

§. 20.

Jede Uebertretung oder Nichtbeachtung der im gegenwärtigen Reglement gegeb-  
nen Vorschriften und Verbote wird, unter Vorbehalt der Verbindlichkeit zum Scha-  
denersatz, mit einer Polizeistrafe von 2 bis 50 Thlr. oder im Unvermögensfalle mit  
verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

§. 21.

Die Aufsicht über die Befolgung der in diesem Reglement erteilten Vorschrif-  
ten haben die beim Wasserbau angestellten Bauaufseher, Bauhauemeister und Bau-  
beamten, die Forst-, Steuer- und Polizeibeamten und Gensd'armen.

§. 22.

Die polizeilichen Untersuchungen und die Feststellung der Strafen werden, nach  
Einteilung des Stroms, in besondere Strom-Polizei-Bezirke, in jedem derselben  
einer Polizeibehörde übertragen.

Der Umfang dieser Bezirke, so wie die, in jedem derselben mit Führung der  
Untersuchungen beauftragten Behörden werden durch die Amtsblätter der betreffenden  
Königlichen Regierungen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 23. December 1841.

Der Minister des Innern.

gez. v. Rochow.

Der Finanz-Minister.

gez. Graf v. Alvensleben.

wird nebst der dasselbe genehmigenden, also lautenden Allerhöchsten Cab.-Ordn. vom:  
7. Februar d. J.:

Ich genehmige das mit Ihrem Bericht vom 23. December v. J. eingereichte  
und anbei zurücksolgende Polizei-Reglement für den Schiffs-Verkehr auf  
der Elbe und autorisire Sie zu dessen Publication durch die Amtsblätter  
der Regierungen zu Potsdam, Mensehutg. und Magdeburg.

Im Haag, den 7. Februar 1842.

gez. Friedrich Wilhelm.

An die Staats-Minister von Rochow und

Grafen von Alvensleben.

hierturch zur Nachachtung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Zugleich wird bemerkt, daß die im §. 22. des Reglements gedachten Strom-  
polizeibezirke, wie folgt, abgegrenzt sind:

der erste Strompolizei-Bezirk: von der Preussisch-Sächsischen Grenze oberhalb  
Mühlberg; bis Belgenz; competente Behörde: das Haupt-Steuer-Amt zu

Mühlberg; der zweite Bezirk: von Belgenz bis Magdeburg; competente Behörde: der Magis-  
trat zu Torgau.

Der dritte Bezirk: von Preetz bis zur Preussisch-Anhaltischen Grenze unterhalb Wittenberg; competente Behörde: das Haupt-Steuer-Amt zu Wittenberg.

Der vierte Bezirk: von der Preussisch-Anhaltischen Grenze oberhalb Aken bis Schönebeck; competente Behörde: der Magistrat zu Barby.

Der fünfte Bezirk: von Schönebeck bis Polte; competente Behörde: die Polizeidirection zu Magdeburg.

Der sechste Bezirk: von Polte bis Arneburg; competente Behörde: der Magistrat zu Tangermünde.

Der siebente Bezirk: von Arneburg bis Schöneberg am Deich; competente Behörde: der Magistrat zu Havelberg.

Der achte Bezirk: von Schöneberg am Deich bis zur Landesgrenze oberhalb Bömitz; competente Behörde: das Haupt-Zoll-Amt Wittenberge.

Endlich dient zur Nachricht, daß Stromungen, auf welche die Bestimmungen des §. 4. und 5. des Reglements Anwendung finden, in demjenigen Theile der Elbe, welcher in dem diesseitigen Regierungsbezirke gelegen ist, nicht vorhanden und deshalb verglichen auch nicht näher zu bezeichnen sind.

Schließlich werden dem §. 21. des Reglements gemäß die beim Wasserbau angestellten Bauaufseher, Buhnenmeister und Baubeamten, die Forst-, Steuer- und Polizei-Beamten und Gensdarmen hieburch angewiesen, über die Befolgung der in diesem Reglement ertheilten Vorschriften die Aufsicht zu üben und Contraventionsfälle der betreffenden vorbezeichneten Polizei-Station unverzüglich anzuzeigen.

Merseburg, den 18. August 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 402.  
Die Sperrung  
der Rischschleu-  
se bei Merse-  
burg betr.

15. Septemder d. J. ab, auf 14 Tage eine Sperrung der gedachten Schleuse eintreten, welches dem schiffahrtstreibenden Publicum hieburch bekannt gemacht wird.  
Merseburg, den 15. August 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 403.  
Belobung.

Der Schulze Bornschein in Reinsdorf hat am 16. März dieses Jahres den im f. g. Strengbach verunglückten Knaben Gottfried Zscharnig aus der Lebensgefahr, in welcher derselbe sich befunden, gerettet.

In ehrenvoller Anerkennung der dabei gehaltenen Bemühungen des r. Bornschein, wird solches hieburch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 5. August 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 404.  
Patent- Er-  
theilung.

Dem George Preston zu Aachen ist unter dem 19. Juli 1842 ein Einfindungs-Patent auf verschiedene, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erachtete Vorrichtungen an dem mechanischen Kunstgewerbe auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.



Dem C. G. O. Maercker in Berlin ist unter dem 5. Juli 1842 ein Ein-  
führungs-Patent auf zwei in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiese-  
nen Construction für neu und eigenthümlich erachtete Maschinen zum Kämmen der  
Wolle, ohne Jemanden in der Anwendung der bekannten Theile zu beschränken, auf  
fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie er-  
theilt worden. Nr. 405.  
Patent - Er-  
theilung.

Dem Mechaniker und Maschinenbauer Neukrantz zu Berlin ist unter dem  
21. Juli 1842 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte  
Buchdruckerpresse zum gleichzeitigen Drucken mit zwei Typenformen, in ihrer ganzen  
Zusammensetzung, ohne Beschränkung anderer in Anwendung einzelner bekannter Theile  
derselben, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der  
Monarchie ertheilt worden. Nr. 406.  
Patent - Er-  
theilung.

Dem Wirthschafts-Director Kunze zu Bobreck bei Neu-Berum in Oberschle-  
sen ist unter dem 21. Juli 1842 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich  
anerkanntes Verfahren, dem Torf oder einem künstlichen Brennmaterial daraus eine  
fernere Zubereitung zu geben, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und  
für den Umfang der Monarchie ertheilt worden. Nr. 407.  
Patent - Er-  
theilung.

### Personal-Chronik.

Der Haupt-Agent der Feuerversicherungs-Gesellschaft Royal Exchange zu Lon-  
don, Kaufmann Bretschneider zu Naumburg, so wie die Neben-Agenten die-  
ser Gesellschaft, der Kaufmann J. F. Scheibe zu Quersfurt, der Kaufmann J.  
F. Poth zu Biebra, der Kaufmann F. F. Spangenberg zu Zeitz, der Bür-  
germeister Brauer zu Stößen, der Kaufmann G. M. Karlstein zu Merseburg,  
der Kaufmann F. Haneisen zu Artern, die Kaufleute Plenz und Schöner  
zu Nebra und der Kaufmann F. W. Dalchow zu Halle, sind von der gedach-  
ten Gesellschaft angewiesen, weder neue Versicherungen abzuschließen noch alte zu  
erneuern. Nr. 408.

Der Candidat der Feldmesskunst Karl Friedrich Freund aus Halle ist zum  
Feldmesser ernannt und als solcher verpflichtet worden. Nr. 409.

Das Pfarramt in Catharinenrieth, Ephorie Arien und Königl. Patronats  
ist erledigt und wird in 4 Wochen wieder besetzt werden. Nr. 410.

Das Pfarramt in Crawinkel, Ephorie Eckartsberga, Königl. Patronats ist  
erledigt und wird in 4 Wochen wieder besetzt werden. Nr. 411.

Die Organisten- und Elementarlehrerstelle in Schweinitz, Ephorie Jessen, ist  
durch Vererbung ihres Inhabers erledigt und wird vermöge Reverses für dieses Mal  
von der Königlichen Regierung binnen 4 Wochen wieder besetzt werden. Nr. 412.

Die Schul- und Küsterstelle zu Kroßitz, Ephorie Cönnern, wird zu Michaeli  
d. J. erledigt. Sie ist Privat-Patronats und ihre Wiederbesetzung bereits eingeleitet. Nr. 413.

Nr. 414.

Nachdem der Königl. Rentmeister Kulisch zu Eisleben mit Tode abgegangen, ist dem Premier-Lieutenant a. D. Herrn Dormeyer, die interimistische Verwaltung des Königl. Rentamts und der Forstkasse daselbst übertragen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Nr. 415.

Die Justiz-Verordnungs-Veränderungen im Departement des Oberlandesgerichts zu Naumburg betr.

1) Mittels Allerhöchst vollzogener Patente vom 18. Juni c. ist den Justiz-Commissarien und Notarien Schröter in Jörbig und Diege in Torgau der Charakter als Justizrath, dem Land- und Stadtgerichts-Assessor Franke zu Langensalza der als Land- und Stadtgerichtsrath, dem Criminalrichter Huxte zu Gersdorf der als Criminalrath und dem Land- und Stadtgerichts-Salarientassen-Residenten Mecke ebenfalls der als Rechnungsrath verliehen;

2) die hiesigen Oberlandesgerichts-Referendarien Otto Georg Oppenheim, Carl Friedrich Adolph v. Wilnowsky I., Carl Julius Domagisch und Carl Fürbringer, sind den 25. und 28. Juni, 1. und 12. Juli c. zu Oberlandesgerichts-Assessoren ernannt;

3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius Johann Carl Wilhelm Häusler ist den 15. Juli c. zum Oberlandesgerichts-Assessor ernannt und an das Oberlandesgericht zu Wesen versetzt;

4) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren Carl Bernhard Rüdler und Ernst Luther Berthold Delbrück sind den 24. Juni und 16. Juli c. zu Referendarien befördert;

5) der Auscultator, Heinrich Dominicus Predari ist den 29. Juni c. von dem Königl. Kammergericht in Berlin zu dem hiesigen Oberlandesgerichte versetzt;

6) der Candidat der Rechte Carl Heinrich Alfred v. Bergndt ist den 29. Juni c. zum Oberlandesgerichts-Auscultator hieselbst angenommen;

7) der invalide Unterofficier Johann Horst ist den 20. Juli c. zum Gerichtsboten und Executor bei dem Gerichtsamte zu Schmiedeberg an des entlassenen Steinemann Stelle ernannt.

Nr. 416.

Es ist der Ortsvorsteher Melchior Kröber zu Loisch für den ersten Zeiger Bezirk und der Schenkgutbesitzer Friedrich Göhe in Dietendorf für den zweiten Zeiger Bezirk zum Schiedsmann erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 4 Bogen für den Eckartsbergaer landrätlichen Kreis, welche bereits vorige Woche an die betr. Behörden verandt worden ist,
- 2) eine à 12 Bogen für den Merseburger landrätlichen Kreis.

Hierzu eine außerordentliche Beilage, 5 Bogen stark, die summarische Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät für die Provinz Sachsen betr., welche jedoch bloß an die städtischen Amtsblatts-Interessenten zu verabreichen ist und wird nur noch bemerkt, daß dieselbe erst einige Tage später, als dies Amtsblatt selbst, von hier aus versendet wird.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
31. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 3. September 1842.

Den Eigenthümern von Schiffsgefaßen im hiesigen Regierungsbezirk wird hiermit unsere Bekanntmachung vom 21. Juni c. im 24. Stücke des Amtsblatts wegen polizeilicher Bezeichnung derselben, in soweit deren Anmeldung noch nicht erfolgt seyn sollte, hiermit in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 1. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der früher mehrfach veröffentlichte Lehrplan für die Academie Elbena ist in neuerer Zeit erweitert, auch sind die Hülfsmittel dieser Anstalt wesentlich vermehrt und vervollkommenet worden. Der Unterzeichnete hält deshalb eine öffentliche Bekanntmachung über die dermalige Einrichtung der Academie, dem großen Publikum gegenüber, welches bei dieser Anstalt interessiert ist, für angemessen.

Der Zweck derselben ist und bleibt, wie bisher, angehenden Landwirthen, namentlich künftigen größeren Gutsbesitzern, Pächtern und Wirthschaftsbeamten, so wie den Individuen, die sich dem Fache der Oeconomie-Commissarien widmen, die Hülfsmittel zu einer möglichst gründlichen wissenschaftlichen, so wie höheren technischen Bildung, sodann Studirenden der Cameral-Fächer die Gelegenheit zu einer Zeit- und Veruß-gemäßen technischen Vorbildung zu bieten.

A. Die Lehrgegenstände sind:

- I. \* Einleitung in das academische Studium.
- II. Staatswirthschaftliche: 1) Nationalöconomie; 2) Wirthschafts- (Gewerbe-) Polizei; 3) \* Finanzwissenschaft; 4) Volks- und staatswirthschaftliche Statistik von Preußen; 5) \* Ueber den preussischen Behörden-Organismus; 6) \* Conversatorium über Nationalöconomie; 7) \* Entwicklung der bei Ausföhrung der preussischen Landes-Gesetze zur Anwendung kommenden öconomisch-technischen Grundsätze; 8) \* Anleitung zum Geschäftsbetrieb der Oeconomie-Commissarien; 9) \* Landwirthschafts-Recht.
- III. Landwirthschaftliche: 1) \* Agronomie; 2) \* Agricultur; 3) \* Allgemeiner Pflanzenbau; 4) Specieeller Pflanzenbau, einschließlic des Wiesenbaues; 5) \* Allgemeine Hausstierzucht; 6) Specielle Hausstierzucht, namentlich: \* Schaafzucht, Rindviehzucht, Pferdeucht und Schweineucht; 7) Landwirthschaftliche Betriebslehre; 8) \* Landwirthschaftliche Buchführung; 9) Anleitung zum Bonitiren des

Nr. 417.  
Die Bezeichnung der inländischen Kussfahrzeuge betr.

Nr. 418.  
Die neuesten Einrichtungen und die Unterrichts- Gegenstände an der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie Elbena bei Greiffswald betr.

Bodens; 10) Werthschätzung des Bodens und der Güter; 11) \* Uebungen in landwirthschaftlichen Berechnungen.

IV. Forstwirthschaftliche: 1) Waldbau; 2) \* Forstbenutzung und Forsttaxation.

V. Technologische: 1) \* Landwirthschaftliche Technologie, insbesondere speciell: Brautweinbrennerei, Bierbrauerei, Stärke-, Kartoffelmehl-, Syrup- und Zuckersabrication, Eijßsabrication etc.; 2) \* Practische Demonstrationen über landwirthschaftlich-technische Gewerbe; 3) \* Construction und Veranschlagung landwirthschaftlicher Gebäude.

VI. Naturwissenschaftliche: 1) \* Mineralogie und Geognosie; 2) \* Zoologie, insbesondere land- und forstwirthschaftliche Entomologie; 3) Botanik; 4) Experimental- und Agricultur-Chemie; 5) Analytische Chemie zur Erläuterung der Boden- und Düngerlehre; 6) \* Organische Chemie mit Beziehung auf landwirthschaftliche Production; 7) Physik und speciell: Lehre von der Wärme und Climatik, von der Electricität und dem Magnetismus.

VII. Mathematische: 1) \* höhere Arithmetik; 2) Angewandte Geometrie und Stereometrie, insbesondere Feldmessen und Nivelliciren; 3) \* Mechanik und Maschinenlehre; 4) \* Unterricht im Zeichnen.

VIII. Thierärztliche: 1) \* Anatomie und Physiologie der Hausthiere; 2) Diätetik der Hausthiere; 3) \* Innere und äußere Krankheitslehre; 4) Arzneimittellehre; 5) Geburtshülfe; 6) Ectriour und Fußbeschlag des Pferdes.

Außerdem wird Anleitung zu chemischen Analysen, so wie Anlaß zu Conversationen über landwirthschaftliche, technologische, naturwissenschaftliche und thierärztliche Gegenstände gegeben, und deren Leitung von den betreffenden Lehrern übernommen; auch werden theils größere, theils kleinere naturwissenschaftliche und landwirthschaftliche Excursionen unternommen, so wie sich von selbst versteht, daß die wissenschaftlichen Vorträge überall, wo thunlich und nützlich, von practischen Demonstrationen begleitet sind.

Der vollständige Lehrkursus ist auf 4 Semester berechnet; jedoch können gut vorgebildete Studierende bei geregelter Fleiß und angestrebter Thätigkeit ihren Course auch in 3 Semestern vollenden, indem sämtliche Vorträge innerhalb 3 Semestern, die meisten sogar, namentlich die mathematischen und naturwissenschaftlichen, innerhalb 2 Semestern vollgeständig gehalten werden.

Es verpflichtet sich übrigens jeder Eintretende, oder in ein folgendes Semester Uebertretende, stets nur auf ein Semester.

B. Als Lehrer sind in Wirksamkeit:

I. In Elbena wohnend:

- 1) Director, Professor Dr. Pabst als erster Lehrer der Landwirthschaft;
- 2) der Königl. Departements-Thierarzt Dr. Haubner für Thierarzneikunde und Pferdezuucht;
- 3) der Professor Dr. Schulze für Chemie, Physik und Technologie;
- 4) der Dr. Grebe für Forstwissenschaft und landwirthschaftliche Naturgeschichte;
- 5) der Königl. Deconomie-Commissarius Dr. Schilling als zweiter Lehrer der Landwirthschaft und für die specielle Befehlsführer für Deconomie-Commissarien;

6) der Fabriken-Inspector Poirier für die technischen Demonstrationen und praktischen Unterweisungen in den landwirthschaftlich-technischen Gewerben.

## II. In Greifswald wohnend:

1) der Professor Dr. Baumstark für die oben benannten staatswirthschaftlichen Disciplinen 1 bis 6;

2) der Professor Dr. Grunert für Mathematik;

3) der Geheimen Justizrath Professor Dr. Bessler für das Landwirthschafts-Recht;

4) der Universitäts-Bau-Inspector Menzel für Baukunst und Zeichen;

C. Als Hülfsmittel des Unterrichts dienen insbesondere:

1) die mit der Academie verbundene Guiswirthschaft, zu welcher gegen 1800 Morgen Feld, Wiesen, Weiden und Gärten gehören;

2) die Versuchsfelder und der botanische Garten, nebst der darin befindlichen Baum-schule;

3) Die im Betriebe stehenden technischen Gewerbe, als Ziegelei, Bierbrauerei, Branntweinbrennerei und Essigfabrication, nebst technischem Laboratorium zu andern technischen Versuchen;

4) eine demnächst in Betrieb zu setzende Ackerwerkzeug-Fabrik;

5) eine Bibliothek nebst Lesecabinet;

6) naturwissenschaftliche, landwirthschaftliche, technologische und thierärztliche Sammlungen;

7) die ganz nahe belegenen Universitätswaldungen.

Insbesondere bleibt hervorzuheben, daß in den letzten 3 Jahren die einzelnen Theile des Wirthschaftshofes, wie namentlich die Stallungen für jede Viehhgattung, die Magazine nebst Melkerei- und Käseerei-Einrichtung, das Maschinengebäude für Mühle, Dresch- und Heckelmaschinen, die Dungstätten u., neu und musterhaft aufgebaut und resp. eingerichtet wurden, das Gebäude für die technische Fabrication und dasjenige für die Werkzeugfabrik der Rollendung ganz nahe steht, und in beiden in diesem Jahre noch der Betrieb beginnen wird. Daß mehrfache Fruchtfolgen mit verschiedenen Culturmethoden und unter Anwendung verbesserter Geräthe, so wie daß die Wiesenbau-Culturen thätig betrieben werden, darf als sich von selbst verstehend vorausgesetzt werden. Ferner sind mehrere Aagen von Rindvieh, Schaaßen und Schweinen aufgestellt, so wie die Resultate gut eingerichteter Buchführung nicht fehlen.

D. Gelegenheit zum Unterricht im Reiten, Fechten, in neueren Sprachen und anderen Gegenständen bietet die nur  $\frac{1}{2}$  Meile von Eldena belegene und durch eine Chaussee damit in Verbindung gesetzte Universitätsstadt Greifswald dar.

E. Die Freianz ist seit 3 Jahren fortwährend gestiegen; im Sommersemester 1842. zählt die Academie 74 Studierende, von diesen widmen sich:

4 den Cameralwissenschaften,

7 dem Fache der Deconomie-Commissarien,

63 der Landwirthschaft, unter denen sich 8 Ausländer befinden.

Der Eintritt in die hiesige Anstalt findet zu Anfang eines jeden Semesters statt. Die näheren Bedingungen zur Aufnahme sind bei dem unterzeichneten Director zu jeder Zeit zu erfahren.

Die Vorlesungen für das bevorstehende Wintersemester beginnen mit dem 28. October und sind die in gedachtem Semester zu haltenden Vorlesungen in dem obigen Verzeichnisse der Unterrichtsgegenstände durch Sternchen (\*) angedeutet.

Udema, im August 1842.

Der Director der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie, Pabst.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Meyenburg, den 16. August 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 419. Vom 1. October d. J. ab werden nachbenannte 10 Pfarochien, welche bisher die Beirtheile mit der Ephorie Sangerhausen verbunden gewesen, von derselben abgetrennt und mit folgenden Ephorien verbunden werden, nämlich:  
die Beirtheile der Ephorie Sangerhausen betr.

### I. mit der Ephorie Artern:

- 1) Donndorf mit dem Filial Klosterdonndorf, wohin Kleinroda eingepfarrt ist,
- 2) Langenroda,
- 3) Klosterschule Rosleben, da das Dorf Rosleben schon jetzt zu dieser Ephorie gehört,
- 4) Wiehe mit dem eingepfarrten Heshendorf und dem Filial Garnbach,
- 5) Ziegelroda, welches unter dem Patronat der Klosterschule Rosleben steht;

### II. mit der Ephorie Eckartsberga:

- 6) Bachra, da dessen Filial Schafau schon zu dieser Ephorie gehört,
- 7) Hoffa;

### III. mit der Ephorie Heldrungen:

- 8) Battendorf mit dem Filial Badleben,
  - 9) Frohndorf und
  - 10) Netzenstadt,
- ohne daß jedoch dadurch das Verhältniß dieser Pfarochien zu den gesetzlich beständigen Wittwen-Kassen aufgehoben oder in den bisherigen Verhältnissen der Pfarrer, Küster und Schullehrer eine Veränderung herbeigeführt wird.

Meyenburg, den 25. August 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

Nr. 420. Das Pfarramt zu Wettburg, Ephorie Raumburg, und Königl. Patronats kommt durch Verlegung des jetzigen Inhabers zur Erledigung. In 4 Wochen wird zur Wahl des Nachfolgers geschritten werden.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 1 Bogen für den Weissenfelder landrätlichen Kreis, und
- 2) eine à 1/4 Bogen für den Schweiniger landrätlichen Kreis.

# Extra-Blatt

zum

## 31. Stück des Regierungs-Amtsblatts.

Ausgegeben zu Merseburg den 3. September 1842.

Nach Vorschrift des §. 4. des, durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kennt- Nr. 421.  
niß gebrachten Regulativs vom 29. Juni 1838. haben diejenigen, welche Viehsalz zu Die Verthei-  
erhalten wünschen, solche spätestens bis Ende October jeden Jahres der Salzverkaufs- lung der Be-  
stelle, in deren Debitsprengel sie wohnen, mit Angabe des Jahresbedarfs anzumelden. dürftenden mit  
Viehsalz betr.

Von mehreren Seiten ist der Wunsch geäußert worden, daß eine Abänderung dieser Vorschrift eintreten möge, und es wird mit Rücksicht hierauf und in Gemäß-  
heit der hiezu ertheilten Allerhöchsten Ermächtigung nachgelassen:

daß fortan auf Ueberlassung von Viehsalz vom Jahre 1843.  
ab zu jeder Zeit erfolgen, und den Bedarf für einen beliebigen Zeitraum  
umfassen können.

Vergleichen Anmeldungen sind unter Beobachtung der Vorschriften des Regula-  
tivs vom 29. Juni 1838. von dem genannten Zeitpunkt ab bei dem Hauptzoll-  
oder Hauptsteuer-Amte anzubringen, in dessen Bezirk das zu bewilligende  
Viehsalz zur Verwendung gelangen soll; die Hauptämter werden den An-  
meldenden demnach die bewilligte Salzmenge und die Salzverkaufsstelle bekannt  
machen, bei welcher das Salz entweder sogleich, wenn die Vorräthe dazu ausreichen,  
oder nach erfolgter Anfuhr in Empfang genommen werden kann.

Da wegen Versorgung der einzelnen Salzverkaufsstellen mit Viehsalzvorräthen  
erst vom Jahre 1843. ab Vorkehrungen getroffen werden können, so bewendet es bis  
dahin bei den bisherigen Bestimmungen.

Berlin, den 6. August 1842.

Der Finanz-Minister  
(gez.) von Dodelschwingh.

Es ist uns angezeigt worden, daß der hiesige Regierungsbezirk mit fremdherrli- Nr. 422.  
chen  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{1}{4}$  Thalersstücken wiederum überschwemmt wird. Um nun das diesseitige Die fremdherr-  
Publikum vor den Verlusten zu warnen, die durch den Verbrauch derselben entstehen lichen Geld und  
können, bringen wir hiermit die Bestimmungen der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 30. November 1829. in Erinnerung. Nach denselben dürfen dergleichen fremde Mün-  
zen bei den öffentlichen Kassen, mit alleiniger Ausnahme der Zollkassen, nicht ange-  
nommen werden und im Privatverkehre ist Niemand zur Annahme solcher  $\frac{1}{2}$  und  
 $\frac{1}{4}$  Thalersstücke verpflichtet.

Merseburg, den 19. August 1842.

Königliche Preussische Regierung.

Nr. 423.  
Das Mahlen  
des Getreides  
u. betr.

Aus den bei uns eingegangenen amtlichen Anzeigen ergibt sich, daß gegenwärtig in allen Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks eine wahre Mählnoth herrscht. Dies veranlaßt uns mit Bezugnahme auf die betreffenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, die Generalien vom 31. December 1771. und 11. Mai 1805. resp. mit Rücksicht der vormals westphäl. Landestheile, auf die Mühlenordnung vom 28. October 1810. G. S. p. 98., endlich auf unsere Bekanntmachung vom 13. November 1816. (Amtsblatt 1816. Seite 461. Nr. 327.) Nachstehendes zu verordnen:

1) Jeder Müller muß in seiner Mühle an demjenigen Orte, der den Mählgästen am Meisten in die Augen fällt, eine große schwarze Tafel aufhängen und ist verbunden, den Namen eines jeden Mählgastes, so wie derselbe sich in der Mühle meldet, auf diese Tafel zu schreiben, auch genau nach der dadurch bestimmten Reihenfolge die Mählgäste zu fördern. Unter keinem Vorwande darf der Müller Getreide liegen lassen, mit dessen Abmahlen er schon den Anfang gemacht hat. Der Müller, der irgend eine dieser Vorschriften verletzt, verfällt in eine Strafe von 1—10 Thlr.

2) Eben so muß in jeder Mühle eine richtige Waage aufgehängt seyn und der Müller ist auf Verlangen des Mählgastes schuldig, im Beiseyn desselben, alles in die Mühle gebrachte Getreide und aus der Mühle zu bringende Gemahl darauf abzuwägen. Dem Müller, der noch keine solche Waage besitzt, ist eine kurze Frist zur Anschaffung derselben zu bewilligen. Nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist verfällt er in eine Strafe von 5 Thlr. Hilft diese Strafe nicht, so muß von Obrigkeitsewegen die Anschaffung und resp. Aufstellung der Waage auf Kosten des säumigen Müllers bewirkt werden. Ausnahmen von dieser Bestimmung können (insbesondere bei Windmühlen) von den Zustollgebehörden bei den Herren Landrathen in Antrag gebracht werden.

3) Unrichtigkeiten bei der Waage oder bei den Gemäßen und Gewichten werden nach der Allerhöchsten Maaß- und Gewicht-Ordnung vom 16. Mai 1816. (Gesetz-Sammlung Nr. 356.) und beziehungsweise nach §. 1444. des Allg. Landr. Th. II. Tit. 20. bestraft. Auch dürfen die Müller bei Vermeidung der in der Allerhöchsten Verordnung vom 13. Mai 1840. (Gesetz-Sammlung Nr. 2095.) vorgeschriebenen Strafen ungestempeltes Maaß oder Gewicht weder besitzen noch gebrauchen.

4) In den vormals sächsischen Landestheilen darf an Staubmehl, Füllmehl und Steinmehl, bei dem Hausbackenmehl, mit Einschluß der Kleien, nicht mehr als höchstens zwei Pfund auf den preussischen Scheffel abgehen. Wenn ein Mählgast aber das Einhängen dichter Beutel, als 15er lichter und ein mehr als fünfmaliges Aufschütten verlangt, so muß er sich wegen des mehreren Abganges mit dem Müller vergleichen. In den vormals westphälischen Landestheilen bewendet es, wie seit dem Jahre 1816., bei der in der Gesetz-Sammlung abgedruckten Mühlenwaagetabelle vom 15. Februar 1811. und deren Nachtrag vom 13. März 1813.; welche bei Strafe von 5 Thlr. neben der oben unter 1. erwähnten Rangtafel aushängen müssen.

5) Die Bestimmung des Müllerlohns bleibt da, wo nicht etwa durch örtliche Observanz, Verträge, specielle Verordnungen u. ein Anderes bestimmt seyn sollte, dem freien Uebereinkommen zwischen dem Müller und dem Mählgaste überlassen. Wo keine solche Uebereinkunft getroffen ist, gilt die bisherige Mählmeeze und das



bisher übliche Mahllohn als der höchste Satz, der einem Müller zu nehmen erlaubt ist.

6) Es steht in dem freien Belieben des Mahlgastes ob er die Mehe in Natur oder dafür den Geldwerth nach dem Durchschnitts-Preise der nächsten Marktsstadt entrichten will. Ein jeder Müller muß bei 2 Uhr. Strafe diesen Preis an jedem Markttage von der Ortsobrigkeit attestiren lassen und solcher Gestalt auf der oben zu 1. erwähnten Tafel befestigen. Wo Gutbesitzer selbst Eigenthümer der in ihrer Polizei-Jurisdiction belegenen Mühlen sind, müssen sie sofort bei dem Landraths-Amt die Bestimmung einholen, von welcher andern nahen Behörde diese Preis-Bestimmung geschehen soll.

7) Anlangend endlich die Förderung der Mahlpflichtigen auf den Zwangsmühlen, so bewendet es bei den diesfälligen Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. XXIII. §§. 34—39. Kein Zwangspflichtiger ist schuldig, länger als drei Tage auf seine Abfertigung zu warten und kann der Müller ihn binnen dieser Zeit nicht fördern, so muß er ihm eine schriftliche Erlaubniß, anderwärts zu mahlen, einreichen. Verweigert der Müller diesen Erlaubnißschein, so sind die Dorfgerichte des Orts schuldig, dem Mahlgast ein Attest, daß er die vorgeschriebene Zeit hindurch auf seine Förderung vergeblich gewartet habe, auf Kosten des Müllers sofort auszustellen. Auf Grund dieses Attestes kann der Zwangspflichtige auf einer andern Mühle sein Getreide mahlen lassen.

Indem wir die unter dem 22. April 1818. (Amtsblatt 1818. Seite 158. Nr. 91.) und 3. Februar 1826. an die Kreisbehörden erlassenen theilweise Modificationen unserer Eingangs gedachten Amtsblatts-Verordnung vom 13. November 1816. hiermit außer Kraft setzen, weisen wir die Ortspolizei-Behörden an, auf die Befolgung der vorstehenden sieben §§. mit aller Strenge zu wachen und deren Uebertretungen auf der Stelle polizeimäßig zu untersuchen und zu bestrafen. Im Interesse des Publikums rechnen wir darauf, daß die Königl. Landraths-Ämter ihrer Seitß Alles thun werden, um gegenwärtige Verfügung zur Ausführung zu bringen.

Masfenburg, den 30. August 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Unter Allerhöchster Genehmigung ist von den Königl.ichen Hohen Ministerien der Justiz, des Innern und des Königl.ichen Hauses; General-Verwaltung für Domänen und Forsten, durch Circular-Verordnung vom 27. August v. J. festgesetzt worden, daß die Circular-Verfügung vom 30. November 1838., wegen Vollstreckung der Zwangshaft gegen renitente Forstfrevler, nicht mehr zur Anwendung gebracht, vielmehr bis auf Weiteres gegen diejenigen Forstfrevler, welche sich weigern, die in Gemäßheit des §. 5. des Gesetzes vom 7. Juni 1821. und der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 28. April 1834. statt der erkannten Gefängnißstrafe ihnen übertragenen Strafarbeiten zu verrichten, sogleich die substituirt Gefängnißstrafe vollstreckt werden soll.

Diese abändernde Bestimmung wird mit Bezug auf unsere Amtsblatts-Bekannt-

Nr. 424.  
Die von Forst-  
frevlern zu verrichtende  
Strafarbeit  
betr.

machung vom 13. Februar 1839. (Amtsblatt pro 1839. S. 71. Nr. 118.) hier:  
durch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 25. August 1842.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern und Abtheilung für die  
Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

- Nr. 425. Die Hypothekentabellen über die wüste Mark Saubdorf sind aufgestellt, und  
Hypotheken- steht es allen Interessenten frei, solche binnen einem zweimonatlichen Zeitraum, wel-  
Sachen cher von dem achten Tage nach dem ersten Erscheinen dieser Bekanntmachung im  
Amtsblatt abzurechnen ist, in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen und ihre  
Erinnerungen dagegen anzuzeigen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieser  
Frist keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 23. August 1842.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

- Nr. 426. Die Hypothekentabellen von den in unserer Bekanntmachung vom 29. März  
Hypotheken- 1842 (Amtsblatt Beilage zum 19. Stück 1842) bezeichneten waldenden Grundstük-  
Sachen ken auf Zahnaer Flur sind in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird nun-  
mehr der Erwerb der Realrechte in Bezug auf diese Immobilien lediglich nach dem  
Allgemeinen Landrechte, der Allgemeinen Gerichtsordnung und Hypothekenordnung be-  
urtheilt. Zahna den 29. Juli 1842.

Königlich Preussisches Gerichtsamt.

- Nr. 427. Dem Premier-Lieutenant a. D. Beyse aus Köln ist unter dem 4. August  
Patent- u. 1842. ein Patent auf eine nach Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthüm-  
Ertheilung. lich anerkannte Torf- und Braunkohlen-Pressen auf sechs Jahre, von jenem Tage an  
gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

- Nr. 428. Der bisherige Regierungs-Referendarius von Pfauenberg ist mittelst Aller-  
höchster Cabinets-Ordre vom 22. Juni cr. zum Landrath Delitzscher Kreises er-  
nannt und derselbe am 4. August d. J. in sein Amt eingewiesen worden.
- Nr. 429. Die Kaufleute Seyffarth und Kade zu Halle sind unterm 2. August c. als  
Agenten der Mobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt Sun Fire Office zu London für  
die Stadt Halle und den Saalkreis bestätigt.
- Nr. 430. Der Holzhändler und Lotterie-Untereinnnehmer Karl Gottlieb Herdenreich zu  
Kreuzburg ist unterm 22. Juli c. als Agent der Cölnischen Feuerversicherungs-  
Gesellschaft bestätigt worden.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

32. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 17. September 1842.

Der Herr Ober-Präsident hat auf unseren Antrag für den hiesigen Regierungs-Bezirk die Abhaltung einer Haus-Collecte zum Besten der Verhagelten in dem Randfeld der Gebirgskreise bewilligt. Nr. 431.

Wir fordern daher sämtliche Kreis- und Ortsbehörden unseres Verwaltungs-Bezirks hierdurch auf, sich der Veranstaltung von Sammlungen milber Gaben für die Beschädigten zu unterziehen und hinsichtlich der eingesammelten Beträge dergestalt zu verfahren, daß solche in den Städten von den Magisträten unmittelbar an unsere Haupt-Instituten- und Communalkasse, auf dem Lande aber von den Ortsbehörden an die betreffenden Kreiskassen, unter Anweisung von Seiten der Herren Landräthe, resp. der beiden Gräfl. Stolbergischen Herren Polizeiräthe, zur weiteren Ablieferung an die gedachte Hauptkasse, und zwar mittelst doppelter Lieferscheine, von welchen ein Exemplar an uns einzureichen ist, abgeführt werden.

Mit dem 15. November c. wird die Collecte als geschlossen betrachtet werden. Merseburg, den 7. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da der Senat zu Hamburg gegenwärtig dem Wunsch zu erkennen gegeben hat, daß nunmehr beim Beginnen der Neubauten daselbst die in Folge seiner früheren Bekanntmachungen diesseits angeordnete Beschränkung des Wanderns Preussischer Handwerker und Arbeiter nach Hamburg hinsichtlich der ersteren wieder aufgehoben werden möge, so wird auf höhere Veranlassung die in unserer diesfälligen Bekanntmachung vom 27. Juni d. Js. (Stück 25. Nr. 335.) den sämtlichen Polizei-Be-Nr. 432.

hörden unseres Verwaltungsbezirks ertheilte Anweisung wegen Beschränkung der Ertheilung und Wisirung von Pässen, insoweit diese Maafregel das Wandern der Handwerker nach Hamburg betrifft, hierdurch wieder zurückgenommen, wogegen es hinsichtlich der Arbeiter bei der angeordneten Beschränkung auch noch ferner sein werden behält. Merseburg, den 8. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Staatschuldscheine No. 28,182 Litt. D. über 200 Thlr.

und „ 96,935 „ H. „ 100 „

welche dem unterdessen verstorbenen Oekonomem Friedrich Gottfried Böttcher zu Reichs im Wittenfelder Kreise im Jahre 1838. gestohlen seyn sollen,

Nr. 433.  
Edictal-Extra-  
tion.

werden auf den Antrag der dabei theilhaftigen Interessenten oder deren Erben hieburch aufgeboten und alle diejenigen, welche an diese Papiere als Eigenthümer, Gessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber oder deren Erben Ansprüche zu haben behaupten, werden hieburch öffentlich vorgeladen, in dem vor dem Kammergerichts-Referendarius von Krosigk auf den 4. Februar 1843., 11 Uhr Vormittags, anberaumten Termine zu erscheinen und ihre Ansprüche zu beschönigen, widrigenfalls sie damit präcludirt, die gedachten Staatsschuldscheine für amortisirt erklärt und statt derselben neue ausgefertigt werden sollen. Den Auswärtigen werden die Justiz-Commissarien, Justizräthe Hülsen und Jung und der Oberlandesgerichts-Rath Martins in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 19. Mai 1842.

Königlich Preussisches Kammergericht.

Nr. 434.  
Die Umwandlung des Hauptzollamts zu Halberstadt in ein Hauptsteueramt betr.

Es wird hieburch zur Kenntniss des Publikums gebracht, daß das Hauptzollamt zu Halberstadt in Folge des Anschlusses des Herzogthums Braunschweig an den deutschen Zollverein in ein Hauptsteueramt umgewandelt, und Halberstadt ein Amt mit Niederlagerecht ist.

Magdeburg, den 12. September 1842.

Der Geheimde Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director Landmann.

Nr. 435.

## V e r z e i c h n i s s

der Vorlesungen bei der medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu Magdeburg im Wintersemester 1843.

Herr Regierungs-Medicinal-Rath Dr. Andrea wird Dienstag und Donnerstag von 3—4 und Sonnabends von 2—4 Uhr Unterricht in der Augenheilkunde erteilen und Montag und Freitag von 10—11 Uhr die allgemeine Therapie vortragen.

Herr Dr. Beulke wird Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 2—3 Uhr die Anatomie, und Dienstag und Donnerstag von 2—3 Uhr die Osteologie repetiren.

Herr Medicinal-Rath Dr. Dohlfhoff wird Montag und Freitag von 3—4 Uhr, ingleichen Dienstag und Donnerstag von 4—5 Uhr die allgemeine und den ersten Theil der speciellen Chirurgie vortragen, und täglich, mit Ausnahme des Sonntags von 12—1 Uhr klinisch-chirurgischen Unterricht erteilen.

Herr Regimentsarzt Dr. Eichholz wird Dienstag und Donnerstag von 5—6 und Sonnabend von 4—6 Uhr über die Operationslehre Vorlesungen halten.

Herr Dr. Faber wird Montag und Donnerstag von 4—5 Uhr die Encyclopädie der Naturwissenschaften und Dienstag und Freitag von 8—9 Uhr die Augenheilkunde repetiren.

Herr Prediger Dr. Jenzsch wird Montag, Dienstag und Donnerstag von 5 bis 6 Uhr in der lateinischen und deutschen Sprache unterrichten.

Herr Kerken wird täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 11—12 Uhr klinischen Unterricht in der Behandlung innerer Krankheiten erteilen, außerdem

Montag und Freitag von 4—5 und Mittwoch von 3—4 Uhr den ersten Theil der speciellen Therapie vortragen.

Herr Dr. Kessler wird Dienstag und Freitag von 10—11 Uhr die Physiologie und Montag und Donnerstag von 8—9 Uhr die Therapie repetiren.

Herr Medicinalrath Michaelis wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8—9 Uhr die Encyclopädie der Naturwissenschaften lehren.

Herr Medicinal-Assessor Dr. Schulze wird täglich, mit Ausschluß des Sonntags, von 9—10 Uhr die gesammte Anatomie, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr Oeologie, und Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3—4 Uhr die Physiologie vortragen.

Herr Medicinal-Assessor Varges wird Dienstag, Mittwoch und Freitag, Morgens von 7—8 Uhr die Chirurgie, und Montag und Donnerstag Morgens von 7 bis 8 Uhr die Operationslehre repetiren.

Unter Leitung des Herrn Medicinal-Assessors Dr. Schulze und des Herrn Professor Dr. Beulke finden täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 9—12 Secir-Übungen auf dem anatomischen Theater Statt.

Die schulwissenschaftlichen Prüfungen, Behufs der Aufnahme neuer Zöglinge, werden am 27. October und an den nächstfolgenden Tagen stattfinden. Alle diejenigen, welche den Eintritt in die Anstalt wünschen, haben sich, mit einem Zeugniß über ihr letztes Lebensverhältniß versehen, bis zum 26. October bei dem Herrn Registrations-Medicinalrath Dr. Andréa zu melden.

Die Vorlesungen nehmen mit dem 1. November ihren Anfang.

### P e r s o n a l = C h r o n i c.

Der bisherige Kreis-Deputirte, Kammerherr Freiherr von Griesen auf Nam- Nr. 436.  
melburg ist mittelst Allerhöchster Cabinetsorder vom 4. December a. p. zum Landrath des Mansfelder Gebirgskreises ernannt, und in diesem Amte durch Ministerial-Rescript vom 15. Juli cr. definitiv bestätigt worden.

Die zweite Lehrerstelle an der Schule zu Siebichenstein, II. Ephorie Halle, Nr. 437.  
kommt durch die Veretzung ihres zeitherigen Inhabers zur Erledigung. Sie ist Königl. Patronats und wird innerhalb 4 Wochen wieder besetzt werden.

Die Schul- und Küsterstelle zu Kleincorbetha, Parochie Westa, Ephorie Nr. 438.  
Lützen, Königl. Patronats, wird durch Emeritirung ihres zeitherigen Inhabers zu Michaeli d. J. erledigt, und bis zu der gedachten Zeit einstweilen für die Lebensdauer des Emeritus wieder besetzt werden.

Der zweite Lehrer an der Schule zu Sizenroda, Ephorie Belgern, Karl Nr. 439.  
Gothelf Weidcl ist am 25. v. M. im 29ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Königl. Patronats und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Das Pfarramt zu Arzberg, Ephorie Belgern, wird durch Emeritirung des Nr. 440.  
bisherigen Inhabers erledigt und nach 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 441.

# M a c h w e i s u n g der

im Monat August 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartoff. feln		Brennt- wein		Rauchfutter									
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer			Hirse			Erbsen			Linsen			Schf.	Quart	Heu		Stroh			
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel						Schf.								à Cent.		à Schf.			
	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.			tbl.	far.	pf.	tbl.	far.	pf.
1	Merseburg	2	4	11	1	15	8	1	3	9	—	27	2	—	—	2	—	—	2	5	—	1	10	—	4	4	1	10	—	7	15	
2	Halle	1	29	2	1	13	3	1	4	3	—	27	1	6	18	—	2	15	—	3	—	1	6	3	4	8	1	20	—	10	—	
3	Raumburg	2	2	9	1	18	9	1	5	5	—	29	7	4	29	—	2	—	—	2	10	—	25	—	4	6	1	15	—	7	7	
4	Torgau	1	25	2	1	15	4	1	3	7	—	27	—	5	—	—	2	—	—	4	—	1	—	—	4	9	1	15	—	7	—	
5	Bittenberg	2	—	—	1	17	—	1	5	5	—	28	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	8	5	—	1	15	—	8	—	
6	Eisleben	2	2	—	1	13	2	1	6	5	—	29	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	—	5	—	1	7	4	7	11
7	Zeitz	2	14	5	1	19	2	1	5	1	—	29	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	4	5	—	—	1	20	—	7	16
8	Querfurth	2	15	—	1	17	6	1	2	6	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	4	4	1	25	—	7	—	
9	Bitterfeld	2	5	4	1	18	7	1	4	7	1	—	1	—	—	—	—	—	2	18	9	1	—	—	5	—	1	10	—	6	15	

Merseburg, den 5. September 1842.

R ö n i g l i c h P r e u ß i s c h e R e g i e r u n g

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

33. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 24. September 1842.

- Das 20. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2286. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände des Königreichs Preußen. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2287. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Kur- und Neumark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausig. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2288. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Provinz Pommern. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2289. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz, und des Preussischen Markgrafthums Oberlausig. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2290. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Provinz Posen. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2291. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Provinz Sachsen. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2292. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Provinz Westphalen. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2293. Verordnung über die Bildung eines Ausschusses der Stände der Rheinprovinz. Vom 21. Juni 1842.
  - Nr. 2294. Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Juli 1842., betreffend die Suspension der Bestimmungen des §. 5. des Edikts vom 9. October 1807. so weit durch dieselben den Lehn- oder Fideikommißbesitzern die Vererbung des Vorwerklandes oder einzelner Pertinenzien von Lehn- oder Fideikommißgütern ohne die Zustimmung des Lehn- oder Oberlehnsherrn, der Lehn- oder Fideikommißfolger gestattet ist.

Nr. 442.

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Auszahlung der zum 1. November 1842 gekündigten 68,500  
Thlr. Kurmärkschen Schuldverschreibungen betreffend.

Die Einlösung der in der zweiten Verloosung gezogenen, durch das Publikandum vom 28. Juni d. J. zur baaren Auszahlung am 1. November d. J. gekündigten Kurmärkschen Schuldverschreibungen, im Betrage von 68,500 Thlr. wird zugleich mit Realisation des zu ihnen gehörigen, am 1. November d. J. fälligen Zins-

Nr. 443.

Goupons Serie I. Nr. 6. schon vom 1. f. Mts. ab, bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagsstunden, gegen die vorgeschriebenen Quittungen erfolgen.

Den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gekündigten Rummärkischen Schuldverschreibungen bleibt überlassen, diese sofort an die nächste Regieruugs-Hauptkasse, unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Rummärkischen Schuldverschreibungen nach Littern, Nummern und Geldbeträgen aufzuführen sind, portofrei, zur weiteren Beförderung an die Staatsschulden-Tilgungskasse, zu übersenden, und die Capital-Beträge bis zum 1. November d. J. bei der Regieruugs-Hauptkasse in Empfang zu nehmen, als von welchem Tage ab die Verzinsung zum Besten des Tilgungsfonds aufhört.

Berlin, den 10. September 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 444.

### B e k a n n t m a c h u n g ,

die Auszahlung der zum 2. Januar 1843 gekündigten 16,500 Thlr. Rummärkischen Schuldverschreibungen betreffend.

Die Einlösung der in der zweiten Verloosung gezogenen, durch das Publicandum vom 28. Juni d. J. zur baaren Auszahlung am 2. Januar 1843 gekündigten Rummärkischen Schuldverschreibungen, im Betrage von 16,500 Thlr. wird zugleich mit Realisation des zu ihnen gehörigen, am 2. Januar 1843 fälligen Zins-Goupons Serie I. Nr. 7. schon vom 1. December d. J. ab, bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagsstunden, gegen die vorgeschriebenen Quittungen erfolgen.

Den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gekündigten Rummärkischen Schuldverschreibungen bleibt indessen überlassen, diese auch schon vor dem 1. December d. J. an die nächste Regieruugs-Hauptkasse, unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Rummärkischen Schuldverschreibungen nach Littern, Nummern und Geldbeträgen aufzuführen sind, portofrei, zur weiteren Beförderung an die Staatsschulden-Tilgungskasse zu übersenden, und die Capital-Beträge bis zum 2. Januar 1843 bei der Regieruugs-Hauptkasse in Empfang zu nehmen, als von welchem Tage ab die Verzinsung zum Besten des Tilgungsfonds aufhört.

Berlin, den 10. September 1842.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Nr. 445.

Die Einlösung von An-schulden zu geistlichen Bauten, deren Kosten ganz oder theilweise aus öffentlichen Kassen erfolgen betr.

Wir haben bereits durch die Amtsblattsbekanntmachung vom 16. Juni 1836 (Nr. 296.) die Bestimmung, daß bei solchen geistlichen Bauten, in denen ein Zuschuß zu den Baukosten aus Staatskassen nachgesucht wird, die gehörig motivirten Anträge vor dem 1. April des dem Beginn des beabsichtigten Baues vorhergehenden Jahres eingereicht werden sollen, wiederholend in Erinnerung gebracht.

Diese Bestimmung ist jedoch nicht überall beachtet worden, und wir sehen uns daher genöthigt, nochmals darauf aufmerksam zu machen, welche Nachtheile nach unferem Publicandum vom 9. November 1827 (Amtsblatt von 1827 Nr. 448.) dann



eintreten, wenn solche Bauten, die ganz oder theilweise aus königlichen oder andern öffentlichen Kassen bezahlt werden, nach dem 1. April des der Ausführung vorhergehenden Jahres bei uns angemeldet werden.

Zugleich bestimmen wir aber, daß bei solchen Bauten, zu denen die Anschläge nicht von den königlichen Baubeamten gefertigt, sondern von denselben nur revidirt werden, die Anschläge den Anmeldungen resp. Anträgen auf Gnadenbewilligungen sogleich beigelegt seyn müssen, da sonst eine rechtzeitige Localrevision derselben nicht ausführbar ist. Es werden daher Anmeldungen, welche ohne Anschläge, auch rechtzeitig, eingebracht, eben so behandelt werden, als zu spät eingehende Anträge.

Merseburg, den 11. September 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Die von der Regierungs-Haupt-Kasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die im 11. Quartale d. Js. für den Ankauf von Domainen und Forstgrundstücken, so wie zur Ablösung von Domainen-Prästationen u. s. w. eingegangenen Kapitalien sind, nach erfolgter vorchriftsmäßiger Verschneidung derselben von Seiten der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, den betreffenden Special-Kassen zur Ausbändigung an die Interessenten übersandt worden, welche sich daher bei diesen Kassen zu melden und dabei die vorher erhaltenen Interims-Quittungen zurückzugeben haben.

Merseburg, den 30. August 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Den Umtausch der Quittungen über die im 11. Quartale d. J. eingeleiteten Capitalien für veräußerte Domainen- und Forstgrundstücke und Ablösungen betr.

Durch das Publicandum des Königl. Oberlandesgerichts in Naumburg vom Nr. 447. 21. October 1834. (Amtsblatt pro 1834. St. 42. Nr. 464.) sind die Untergerichte und Notarien angewiesen worden, vor Aufnahme der Tausch-, Kauf- und Erbschafts-Verträge über Grundstücke von den Contrahenten Extracte über diese Grundstücke aus der Grundsteuerheftrolle beibringen zu lassen, und diese Extracte sodann nach Aufnahme der Contracte an die betreffende Kreis-Kasse abzugeben.

Da jedoch durch unsere Amtsblatts-Verordnung vom 4. August c. (St. 29. Nr. 388.) die Grundsteuer-Veranlagungs-Geschäfte in dem Saalkreise und den beiden Mansfelder Kreisen von den Kreis-Kassen zu Halle, Gisleben und Mansfeld auf den Districts-Steuer-Controllenr Voigt in Halle übertragen worden sind, und nur die Führung des Katasters von dem ehemals sächsischen Theile des im Mansfelder Seekreise belegenen Ortes Teutschenthal der Kreis-Kasse in Merseburg überwiesen worden ist, so haben die Gerichtsbehörden und Notarien in den genannten drei landrätthlichen Kreisen, die fragl. Extracte aus den Grundsteuerrollen künftig nicht mehr den Kreis-Kassen in Halle, Gisleben und Mansfeld, sondern resp. dem Districts-Steuer-Controllenr Voigt in Halle und der Kreis-Kasse hieselbst mitzutheilen.

Merseburg, den 14. September 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Die Mittel-Extracte der Grundsteuer-Anlagen an die Kreis-Kassen bei Aufnahme von Verträgen über Grundstücke Seitens der Gerichtsbehörden und Notarien betr.

# Personal-Chronik.

Nr. 448. Der bisherige Oberlandesgerichts-Auscultator von Seydewitz ist zum Regie-rungs-Referendarius hieselbst ernannt worden.

Nr. 449. Der Kaufmann August Junge zu Eckartsberga ist als Agent der Cölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft für die Stadt Eckartsberga und Umgegend unterm 27. August c. bestätigt worden.

Nr. 450. Dem Pfarrer Johann Gottlob Ernst Sturm in Langenau, Ephorie Zeitz, Königl. Patronats, wird auf sein Ansuchen ein Substitut zugeordnet und derselbe in 4 Wochen gewählt werden.

Nr. 451. Die Schul- und Küsterstelle in Weiskelsdorf, Ephorie Lissen, ist durch Amts-entsetzung, die Schulmeisterstelle in Trossin, Ephorie Torgau, durch freiwillige Em-eritirung ihres Inhabers erledigt. Beide Stellen sind Privatpatronats. Die Wieder-besetzung der letzteren ist bereits eingeleitet.

Nr. 452. Der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor Ernst Constantin Pfotenhauer ist den 8. August c. als Hilfsrichter bei dem Land- und Stadtgericht zu Minden angestellt; die hiesigen Oberlandesgerichts-Referendarien Paul Friedrich Döring und Chri-stian August Reiskand sind den 20. Juli und 16. August c. zu Oberlandesgerichts-Assessoren ernannt;

dem Oberlandesgerichts-Referendar und Patrimonial-Richter Christoph Kröber ist die Verwaltung der Patrimonial-Gerichte zu Großen, Goshweda und Groß-Helmstedt den 12. August c. übertragen;

der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Karl Martin Gustav Lepsius ist den 29. August c., seinem Gesuche gemäß, zur Regierung in Bromberg und der Au-scultator Karl Adolph Gramer den 30. August c. zum Verwaltungssache auf sein Ge-such entlassen;

der Auscultator Friedrich Wilhelm Richard Helmke ist den 27. April c. von dem Oberlandesgericht in Halberstadt und der Referendar Bernhard Julius Otto Siebert den 20. Juli c. von dem Kammergericht zu Berlin zu dem hiesigen Oberlandesgericht versetzt;

der Candidat der Rechte Robert Oscar Spangenberg ist den 2. August c. zum Oberlandesgerichts-Auscultator hieselbst bestellt;

der Botengehülfe, invalide Unteroffizier Friedrich Kleine ist den 5. August c. zum Land- und Stadtgerichtsboten und Executor in Schleusingen angenommen; der Gerichtsbote und Executor bei dem Gerichtsamte zu Schlieben, Bang, ist den 16. Juli c. gestorben.

Nr. 453. Es ist zum Schiedsmann für die Stadt Torgau und zwar für den ersten Be-zirk der Kaufmann Ritzsche, für den zweiten Bezirk der Auktions-Commissar Kauf-mann Herrmann, für den dritten Bezirk der Senator Löhner, für den vierten Bezirk der Kaufmann Franz Köber, erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den San-genhäuser landrätthlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
34. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 1. October 1842.

- Das 21. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2295. Allerhöchste Kabinettsorder vom 21. Juli 1842. über die Errichtung und Verwaltung von Wasser-Heil-Anstalten.
- Nr. 2296. Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. Juli 1842. zur Abänderung der Strafbestimmungen bei Uebertretungen gegen die Steuer vom inländischen Tabacksbau.
- Nr. 2297. Allerhöchste Deklaration vom 30. Juli 1842. über die Auslegung der §§. 10. und 62. der Verordnung vom 30. Juni 1834. wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinanderseßungs-Angelegenheiten, die Kompetenz der Auseinanderseßungs-Behörden hinsichtlich der Verwendung von Abfindungs-Kapitalien betreffend.

Nr. 454.

Nachstehender

## N a c h t r a g

zu dem Verzeichniß derjenigen Straßen, auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838, die Communications-Abgaben betreffend, Anwendung findet.

### A. im östlichen Theile des Staats.

33. a. Von Torgau bis zur königlich sächsischen Grenze auf Wurzen über Schildau.
- b. Von Eilenburg bis zur königlich sächsischen Grenze bei Thallwitz auf Wurzen.
39. a. Von Niekers bis zur königlich sächsischen Grenze auf Wernstadt und Herrnhut.
- b. Von Muskau bis zur königlich sächsischen Grenze auf Baugen.
- c. Von Niesky bis zur königlich sächsischen Grenze auf Gutta über Sprotz und Dauban.
63. a. Von Wittenberg bis zur königlich sächsischen Grenze auf Leipzig über Remberg, Schmiedeberg, Düben, Lindenhayn.
- b. Von der herzoglich Anhalt-Köthenschen Grenze bei Zörbig bis zur königlich sächsischen Grenze auf Leipzig über Landsberg, Kölsa.
65. a. Von Magdeburg bis zur herzoglich Anhalt-Deßauischen Grenze auf Zerbst über Leipzig und Gommern.

Nr. 455.

Das Nachtrag-Verzeichniß der Straßen betr., auf welche die Verordnung vom 16. Juni 1838 Anwendung findet.

- 67. a. Von Holzweißig bis zur Herzoglich Anhalt-Deßauischen Grenze bei Wulsen.
- 69. a. Von Lützen bis zur Königlich Sächsischen Grenze auf Pegau über Gr. Gdrichen.
- 70. a. Von der Straße von Dürrenberg nach Quesitz bis zur Königlich Sächsischen Grenze bei Scheitbar.
- 71. a. Von Schleiß nach Hoff durch die Enclave Gefell.
- 77. a. Von der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Grenze bei Gröbpa bis zu der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Grenze bei Pörsdorf.
- 79. a. Von Erfurt bis zur Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Grenze auf Grensen.
- 81. a. Von Langensalza bis zur Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Grenze auf Geseleben über Kirchheiligen.
- 89. a. Von Nordhausen bis zur Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Grenze auf Sondershausen über Sundhausen.
- 90. a. Von Mchersleben bis zur Herzoglich Anhalt-Bernburgschen Grenze auf Ballenstädt über Ermsleben.

### B. im westlichen Theile des Staats.

- 137. a. Von Altenkirchen bis zur Herzoglich Nassauischen Grenze auf Hachenburg.
- 142. a. Von Düsseldorf nach Hamm am Rhein und weiter nach Neuss.
- 186. a. Von Hallenberg bis zur Fürstlich Waldeckischen Grenze auf Corbach über Medebach.

wird erhaltenem Höhern Auftrage zu Folge hierdurch öffentlich bekannt gemacht.  
Mersburg, den 14. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 456.  
Das Verbot  
des Schießens  
mit Feuerge-  
wehren u.  
detr.

Mit Bezug auf unsere früheren Amtsblattbekanntmachungen und namentlich auf die letztere vom 24. September v. Js. wird das Verbot des Schießens mit Feuergewehren, so wie des Abbrennens von Feuerwerken an bewohnten oder gewöhnlich von Menschen besuchten Orten hierdurch von Neuem und unter dem wiederholten Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß auch das Schießen in den Straßen und aus den Häusern an festlichen Tagen und namentlich zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs als eine erlaubte Freudenbezeugung nicht anzusehen ist.  
Mersburg, den 17. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 457.  
Die Anstel-  
lung von Gra-  
tengewerbschä-  
ften anverwands-  
ländische An-

Nachfolgende Bekanntmachung der Herzoglich Anhaltischen Kammer zu Bernburg:  
Zur Erleichterung der Legitimation und des davon abhängigen Geschäftsverkehrs solcher vereinsländischer Unterthanen, welche in den hiesigen Landen für das von ihnen betriebene Geschäft Aufkäufe von Waaren machen oder Waarenbestellungen nach Mustern und Proben suchen wollen, ist mit Höchster Genehmigung die Ein-

richtung getroffen worden, daß die Gewerbscheine der gedachten Personen, welche bisher ausschließlich von Herzoglicher Kammer legalisirt worden sind, künftig auch noch in den Aemtern von den Herzogl. Amtsrecepturen ihre Gültigkeitserklärung für das ganze Herzogthum erhalten können. Zudem wir dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß bringen, daß deshalb die Herzogl. Amtsrecepturen mit Verweisung auf die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Bekanntmachungen vom 7. August 1834. und 26. December 1836. (Ges. Samml. Band V. pag. 14. u. 181.) instruit worden sind, werden die Polizeibehörden und Gasthofbesitzer insbesondere aufgefordert, die durchreisenden oder einkehrenden Fremden auf die erwähnte Einrichtung aufmerksam zu machen.

Bernburg, den 6. September 1842.

Herzoglich Anhaltische Kammer.

wird hiernit zur Kenntniß des handeltreibenden Publikums gebracht.

Merseburg, den 15. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Gerichtsbarkeit Nr. 458. der bisher unter dem Landgerichte Wittenberg und dem dazu gehörenden Gerichtsamt zu Gräfenhainichen gestandenen Dorfgemeinde Brösa, vom 1. November dieses Jahres an, auf das Land- und Stadtgericht zu Eilenburg und die dazu gehörende Gerichts-Commission Düben übertragen ist. Zurlebens-  
Veränderung.

Raumburg, den 16. September 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Die Hypothekentabelle über das walzende Grundstück des Johann Karl Friedrich Nr. 459. Gehwald zu Stennewitz, ein Viertel oder 5 Aukchen Wiese in Bölsauer Flur, ist fertig geworden und steht es allen Betheiligten frei, dieselbe in dem zweimonatlichen Zeitraume vom 1. October bis 1. December d. J. in der Hypotheken-Registratur des unterzeichneten Gerichts einzusehen und etwaige Erinnerungen dagegen anzubringen. Hypotheken-  
Sachen. Nach Ablauf dieser Frist sind aber keine Erinnerungen mehr zulässig.

Delitzsch, den 17. August 1842.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

Die Hypotheken-Tabellen über folgende walzende Grundstücke in Blossiger Flur Nr. 460. und zwar in der Mark Burgstädtel, als: a) eine Hufe Land des Johann Christian Gottlob Große zu Blossig und b) zwei und eine halbe Hufe Land der Pfarre zu Blossig, sind fertig und können von den Interessenten innerhalb der vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung laufenden zweimonatlichen Frist in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist werden Erinnerungen dagegen nicht mehr berücksichtigt werden. Hypotheken-  
Sachen. Prettin, den 5. August 1842.

Königliches Gerichtsam t.

- Nr. 461. Die Hypotheken-Tabelle über das sub Nr. 54. in Mochelna belegene Wohnhaus des Johann Gottlob Pohlitz, so wie die Hypotheken-Tabelle über das in der Mark Ober-Maundorf belegene sogenannte ganze Meusel des Gärtners Johann Christian Lehmann in Staupitz, ist fertig und kann von den Interessenten innerhalb der vom 8ten Tage nach dieser Bekanntmachung ablaufenden zweimonatlichen Frist in der Registratur des unterzeichneten Gerichtsamt eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen unzulässig.

Schilbau, den 6. August 1842.

Königl. Preuss. Gerichtsamt.

- Nr. 462. Die Hypotheken-Tabellen über die in der Bekanntmachung vom 29. März 1842., Beilage zum 14. Stück, verzeichneten walzenden Grundstücken in den Fluren von Schilbau, Audenhayn, Wildenhayn, dem sogenannten Langenfurt und des Grundstücks des Besitzers des Ritterguts Seehausen, Herrn Freiherrn von Friesch in der Mark Törfen, sind in das Hypothekenbuch übertragen, was mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß rücksichtlich dieser Grundstücke der Erwerb neuer Hypothekenrechte nun lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt wird. Schilbau, den 10. August 1842.

Königl. Preuss. Gerichtsamt.

- Nr. 463. Dem Bürger August Maass in Berlin ist unter dem 6. September 1842 ein Patent auf eine rotirende Feuerspritze in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

- Nr. 464. Die Pfarrstelle zu Rothenberga, Epchorie Gdartsberga, Privat-Patronats, wird durch Vergebung ihres derzeitigen Inhabers zu Michaeli d. Z. erledigt.
- Nr. 465. Die Schulmeister-Substitutenstelle zu Steuben, Epchorie Schraplau, ist am 11. d. Mts. durch den Tod des bisherigen Inhabers derselben erledigt worden. Sie ist Privat-Patronats.
- Nr. 466. Die zeitweilig vicarisch verwaltete Schulstelle in Neuschau bei Merseburg, Königl. Patronats, wird gegenwärtig definitiv wieder besetzt werden.
- Nr. 467. Die durch den Abgang des Amtsbieners und Executors Wittich erledigte Amtsbieners- und Executorstelle bei dem Königl. Rentamte zu Weissenfels ist dem bisherigen Hülfsboten Carl Gottfried Engelmann übertragen worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

- Nr. 468. Der Dekonom Christoph Hartleb zu Mithleben ist zum Schiedsmann für den 1ten Wahlbezirk der Grasschaft Stolberg erwählt und verpflichtet worden.

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.

35. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 8. October 1842.

Die in dem diesjährigen heißen und trockenen Sommer bemerkbar gewordene **Nr. 469.**  
übermäßige Vermehrung der Feldmäuse und Hamster hat die Erprobung der den **Die Vertil-**  
Herren Landwirthen meist schon bekannten Mittel zur Vertilgung dieser dem Ertrage **gung der Feld-**  
der Felder äußerst nachtheiligen Thiere nothwendig gemacht. **mäuse und**  
**Hamster betr.**

Unter allen Mitteln, die Feldmäuse zu vertilgen hat sich, nach übereinstimmen-  
den Urtheilen erfahrener Landwirthes, keins so vorzugsweise bewährt, als das Bohren  
von Löchern um die Ackerstüde herum. Mit einem etwa 4 Zoll im Durchmesser hal-  
tenden Bohrer macht man in einer Entfernung von 6 zu 6 Fuß Ein Fuß tiefe Lö-  
cher, in denen sich die Mäuse fangen und wenn sie nicht von selbst schon sterben,  
leicht darin getödtet werden können. Ein solcher Bohrer kann von jedem Schmitt  
angefertigt werden, und es sind dazu auch Spateneisen verwendet. Die Löcher wer-  
den meist in den Furchen (Grenzfurchen) der Acker, auch in die Gänge der Mäuse,  
wo diese erkennbar sind, gebohrt, und es soll in nicht steinigem Boden ein Mann  
täglich 100 solcher Löcher bohren können.

Ich nehme daher keinen Anstand, das landwirthschaftliche Publikum von vor-  
stehenden Erfahrungen in Kenntniß zu setzen und dasselbe auf das an sich einfache  
aber dennoch zweckmäßige Verfahren aufmerksam zu machen.

Hinsichts der Hamster enthalten zwar die hie und da bestehenden Feld-Polizei-  
Ordnungen das Nöthige. Es scheint indessen erforderlich, auf die Ausführung der  
über die Vertilgung dieser schädlichen Thiere, wovon meist ein Gewerbe gemacht wird,  
ergangenen landesherrlichen oder überhaupt nur polizeilichen Vorschriften mit allem  
Nachdruck hinzuwirken, weshalb ich den betreffenden Behörden dringend empfehle,  
diesem Gegenstande gerade jetzt ihre besondere Fürsorge zu widmen und ihrerseits die-  
jenigen Bestimmungen in Erinnerung zu bringen, welche nach den Orts-Gewohn-  
heiten als gültig anzusehen sind.

Magdeburg, den 26. September 1842:

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Flottwell.

Bei der heute in Merseburg erfolgten 42sten Verloosung der vormal's Sächsi- **Nr. 470.**  
schen Kammer-Credit-Kassen-Scheine sind Behufs deren Realisirung zu Ostern 1843 **Ausgelosete**  
folgende Nummern gezogen worden, als: **Kammer-Cre-**  
**dit-Kassen-**  
**Scheine betr.**

von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 109. und 491.

von Litt. D. à 50 Thlr.

Nr. 3. 108. 292. 369. 391. 417. und 439.

von Litt. Aa. à 1000 Thlr.

Nr. 114. 202. 422. 581. 702. 839. 1049. 1084. 1085. 1144. 1537. 1724.  
1795. 2105. 2156. 2396. 2566. und 2960.

Außerdem sind von den unginzbaren Kammer-Credit-Kassen-Scheinen Litt. E. à 31 Thlr. die Scheine von Nr. 13,005. bis mit 14,632. zur Zahlung in jenem Termine ausgesetzt worden.

Die Inhaber der vorverzeichneten verloofeten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine werden daher hierdurch aufgefordert, die Kapitalien gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehbrigen Talons und Coupons mit dem Eintritt des Ofter-Termins 1843 bei der hiesigen Institutens- und Communal-Hauptkasse zu erheben.

Merseburg, den 29. September 1842.

Im Auftrage der Königl.ichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.  
Der Regierungs-Präsident von Krosigk.

Nr. 471.  
Ausloofung  
von Steuer-  
Credit-Kassen-  
Obligationen  
und Steuer-  
Credit-Kassen-  
Scheinen betr.

Bei der heute unter Zugziehung der zur vormal's Sächsischen, jetzt Preussischen Steuer-Credit-Kassen-Schuld verordneten ständischen Deputirten Statt gehaltenen Verloofung sowohl der im Jahre 1764, als auch der an die Stelle der unverwechselften und vormal's unverloofbaren Steuerscheine im Jahre 1836 ausgefertigten Steuer-Credit-Kassen-Scheine, sind Behufs ihrer Realisirung im Oftertermine 1843 folgende Nummern gezogen worden, und zwar:

## I. Von den Steuer-Credit-Kassen-Obligationen aus dem Jahre 1764.

von Litt. A. à 1000 Thlr.

Nr. 1186. 2257. 2443. 2848. 2894. 3109. 3397. 3532. 4960. 5523. 6668.  
7383. 7404. 7478. 8332. 8501. 8663. 9226. 9578. 10857. 11569.  
11841. 12425. 12713. 13518. 13748. 13875. und 14099.

von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 169. 947. 1028. 1621. 1895. 2152. 3126. 3470. 3597. 3619. 3886.  
5065. 5670. 6239. 7297. und 7800.

von Litt. D. à 100 Thlr.

Nr. 208. 1461. 1720. 1726. 1877. 3045. 3107. 3693. 3965. 4652. 4974.  
5014. 5055. 5077. 5616. 6341. und 6688.

## II. Von den Steuer-Credit-Kassen-Scheinen aus dem Jahre 1836.

von Litt. A. à 1000 Thlr.

Nr. 45. 47. und 285.

von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 110.

von Litt. C. à 200 Thlr.

Nr. 103. und 127.



Die Realisirung dieser Scheine wird Oßern 1843 bei der hiesigen Institutens- und Communal-Hauptkasse gegen Rückgabe derselben mit den dazu gehörigen Talons und Coupons erfolgen.

Merseburg, den 4. October 1842.

Im Auftrage der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats Schulden.  
Der Regirungs-Präsident von Krosigk.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 6. Juli d. J. die Nr. 472. Allerhöchste Bestimmung vom 29. Juli 1839., nach welcher der Dienst auf Schiffen, die Ausbildung den Seeleuten auf ihre Militärdienstzeit angerechnet werden soll, anderweit auf fünf Jahre zu verlängern geruht.

In Folge der Bestimmung des Königl. Hohen Ministeriums des Innern und mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 11. November 1827. (Amtsbl. 1827. Stück 46. Nr. 150.), 9. Januar 1833. (Amtsbl. 1833. Stück 2. Nr. 15.) und 4. September 1839. (Amtsbl. 1839. Stück 34. Nr. 425.) wird solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und weisen wir zugleich die Civil-Mitglieder der Ersaz-Commissionen unsers Verwaltungsbezirks an, hiernach zu verfahren.

Merseburg, den 24. September 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 9. Juli 1840. (Amtsblatt pro Nr. 473. 1840. Stück 28. S. 212.) werden sämmtliche Kreis- und Ortsbehörden unsers Verwaltungsbezirks davon in Kenntniß gesetzt, daß das Central-Comité des Vereins zur Verhütung von Verbrechen u. vorläufig für dieses Jahr auf die im Laufe dieses Monats festgesetzte Sammlung der für den gedachten Verein bewilligten Hauscollecte Verzicht geleistet hat, da nach den von den Directorien einiger Kreisvereine dem Central-Comité zugegangenen Anzeigen die neben den jährlichen Geldbeiträgen der Vereinsmitglieder stattfindende Kirchen- und Hauscollecte der Theilnahme an den Zwecken des Vereins nachtheilig zu werden droht, indem viele bei dieser Doppelzahlung von Beiträgen in verschiedene Rassen zu demselben Zwecke Bedenken tragen, dem Vereine beizutreten, und außerdem die in diesem Jahre hinzutretende Theuerung der Lebensmittel berücksichtigt worden ist.

Merseburg, den 2. October 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund §. 5. des Gesetzes vom 25. September 1820. die Veränderung Nr. 474. der Weinsteuer betreffend, werden diejenigen Inhaber von Weinpflanzungen, welche den Weinbau Behufs Kelterung der gewonnenen Trauben betreiben, hierdurch aufgefordert, ihren diesjährigen Weingewinn spätestens bis zum 15. November d. J. bei der betreffenden Ortsbehörde nach Eimerzahl und unter Angabe des Aufbewahrungsortes, gegen eine von dieser Behörde über die Declaration zu ertheilende Bescheinigung, schriftlich anzumelden. Magdeburg, den 28. September 1842.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath u. Provinzial-Steuer-Director Landmann.

Nr. 475. Die Hypothekentabelle von dem in unserer Bekanntmachung vom 1. Mai 1842. (Amtsblatt Beilage zum 19. Stück 1842.) bezeichneten, in der hiesigen Töpfervorstadt gelegenen, unter Nr. 333. katastrirten, dem Wöbthiermeister Gottlob Hilfert hieselbst gehörigen Wohnhaus nebst Stallgebäuden, ist in das betreffende Hypothekenbuch übertragen worden und wird nunmehr der Erwerb neuer Realrechte an diesem Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allg. Landrechts, der Allg. Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Schmiedeberg, den 5. August 1842.

Königl. Preuss. Gerichtsam t.

Nr. 476. Die Hypothekentabellen nachbenannter Besitzer: A. in der Flur Vibra: 1) Königlicher Fiscus über 3 wäsende Grundstücke, 2) Runge, Hanne Sophie geborne Schindler zu Vibra, 1 bergl., 3) Marggraf, Christiane geborne Tränker zu Vibra, über 1 bergl.; B. Stadt Vibra; 1) Rabe, Johanne Rosine Wilhelmine geb. Runge, über das sub Nr. 121. katastrirte Wohnhaus; C. Flur Lißdorf: 1) Pfeiffer, Gastwirth Friedrich Christian, 1 Stück Feld sonst Holz, 8 Acker haltend, sind fertig und können von allen Interessenten innerhalb zweier Monate vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab in unserer Registratur eingesehen und etwaige Erinnerungen dagegen angebracht werden. Später angebrachte Erinnerungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ferner sind die in der Beilage zum 8. Stück des Merseburger Regierungs-Amtsblattes Seite 1. von uns bekannt gemachten Haus- und Landungstabellen in die Hypothekenbücher von Vibra, Eckartsberga, Steinbach, Wallroda, Pleißmar, Lißdorf und Saubach übertragen worden und wird der Erwerb von neuen Realrechten an diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Eckartsberga, den 22. August 1842.

Königlich Preussische Gerichts-Commission.

Nr. 477. Von der unter Nr. 24. 47. und 50. des Brandversicherungs-Katasters aufgeführten Wohnhäusern des Dorfes Rudersdorf im Wittenberger Kreise, dem Rükgerischen, Eichelbaumischen und Göbdeischen, sonst Pfinggerischen Wohnhause mit Zubehör, sind die — sämmtliche 3 Rubriken in sich fassende — Hypothekentabellen abgeschlossen. Dies wird den Interessenten mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die Tabellen von jetzt ab bis ult. December d. J. in dem Geschäfts-Local des Justitiars Hie. Schloßwerder, Behufs der etwa dagegen anzubringenden Erinnerungen, welche später nicht mehr stattfinden, eingesehen werden können.

Wittenberg, den 2. September 1842.

Das Patrimonial-Gericht über Rudersdorf.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Merseburger landrätlichen Kreis, und
- 2) eine à  $\frac{1}{2}$  Bogen für den Bitterfelder landrätlichen Kreis.

# **A m t s - B l a t t**

der

**Königlichen Regierung zu Merseburg.**

**36. Stück.**

Ausgegeben zu Merseburg den 15. October 1842.

Von dem Werke des Herrn Dr. L. Puttrich in Leipzig, betitelt:

## **Die Denkmale der Baukunst des Mittelalters in der preussischen Provinz Sachsen,**

Nr. 478.

Die Denkmale der Baukunst des Mittelalters in der preussischen Provinz Sachsen betr.

dessen wir bereits durch unsere Mittheilung vom 8. December 1835. in diesem Blatte rühmlichst erwähnt haben, ist die 11te und 12te Lieferung erschienen. Die Ausarbeitungen derselben gehören noch der Darstellung des Doms zu Raumburg an, welche in 6 Lieferungen mit 25—26 Abbildungen, nach Zeichnungen anerkannter Meister bestehen wird und der ein nach Anleitung urkundlicher Quellen archäologisch erläuternder Text des Herrn Geh. Regierungsraths G. W. Lepsius beigelegt ist.

Um Denjenigen den Ankauf zu erleichtern, welche sich für den Dom in Raumburg, als das reichhaltigste und wichtigste Bau-Denkmal Sachsens aus der Periode des byzantinischen Styls besonders interessieren, hat der Herr Verfasser eine Separat-Subscription auf das Werk „der Dom zu Raumburg“ als einer Serie jenes vorgedachten größeren Werkes eröffnet.

Es spricht sich auch in diesen Heften die uneigennützigste Sorgfalt aus, mit welcher der Herr Verfasser die Kenntniß der Denkmale vaterländischer Baukunst aus der Zeit des Mittelalters in würdevoller Ausstattung zu verbreiten bemüht ist und wir halten uns daher veranlaßt, das gelungene Unternehmen des Herrn Verfassers hierdurch aufs Neue zu empfehlen. Merseburg, den 4. October 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Die Hypothekentabelle über das zu Hohenmölsen vor dem Weizensfelder Thore gelegene, sub Nr. 130. katastrirte, dem Tischlermeister Carl Friedrich Simon daselbst zugehörige Wohnhaus ist fertig und steht es allen Interessenten frei, dieselbe innerhalb eines zweimonatlichen Zeitraums in unserer Registratur einzusehen und etwaige Erinnerungen dagegen, welche späterhin unberücksichtigt bleiben müssen, bei uns anzubringen. Hohenmölsen, den 3. September 1842.

Nr. 479.

Hypothekentabelle.

Sachsen.

Königlich Preussische Gerichts-Commission.

## **Personal-Chronik.**

Der Candidat der Feldmesskunst Carl Theodor Bennewitz aus Burg ist zum Nr. 480. Feldmesser ernannt und als solcher verpflichtet worden.

Nr. 481.

Als Pfarrer sind im hiesigen Regierungsbezirke

I. neu ange stellt

nachstehend genannte Candidaten des Predigtamts:

1) Oscar Wilhelm Lebrecht Niepßche, als Diaconus in Seyda. 2) Karl Franz Landmann, als Pfarrer in Weltewitz, Ephorie Eilenburg. 3) Karl Eduard Hammer, als Pfarrer in Pösigk, Ephorie Brehna. 4) Christian Gottlieb Dibrich, als Pfarrer in Tauhardt, Ephorie Eckartsberga.

II. Weiter befördert sind:

1) Dr. phil. Karl Wilhelm Schiebler, Pfarrer in Kleinwangen, als Pfarrer in Obersdorf, Ephorie Sangerhausen. 2) Johann Lebrecht Gregott Schumann, Pfarrer in Blösien, als Pfarrer in Scheitbar, Ephorie Lützen. 3) Moritz Uebesser, Pfarrer in Wetteburg, als Pfarrer in Wittgenborn, Ephorie Zeitz. 4) Karl Beit, Pfarrer in Trahwinke, als Pfarrer in Auerstädt, Ephorie Eckartsberga.

Als Schullehrer an confirmirten Stellen sind

A. neu ange stellt

nachstehend genannte Candidaten des Schulanths, resp. Hülfss- oder Kinderlehrer:

1) Karl Freitag, Kinderlehrer in Deumen, als dritter Lehrer am Waisenhause zu Langendorf, Ephorie Weissenfels. 2) Christian Franz Noack, als Schullehrer in Friedrichsluga, Ephorie Herzberg. 3) Johann Karl Wilhelm Steinmetz, als Rector-Substitut in Schönewalde, Ephorie Herzberg. 4) Karl Gottlieb Sommer, Kinderlehrer in Zobersdorf, als Schulmeister daselbst, Ephorie Liebenwerda. 5) Heinrich Wilhelm Herrmann, Kinderlehrer in Langenrath, als Schulmeister in Mägeln, Ephorie Seyda. 6) Friedrich Wilhelm Robert Knorre, als zweiter Lehrer in Ischackau, Ephorie Torgau. 7) Friedrich Ferdinand Wolf, Hülfsslehrer in Gröden, als Schulmeister in Bönitz, Ephorie Liebenwerda. 8) Moritz Christian Karl Ferdinand Grogrenz, als Schulmeister und Küster in Möst, Ephorie Brehna. 9) Karl Friedrich Schlegel, als Elementarlehrer an der Stadtschule in Weissenfels. 10) Gottlob Kröber, als Lehrer an der sogenannten Mittelschule in Weissenfels. 11) Gustav Hermann Schmidt, als Cantor- und Schulmeister-Substitut in Friedsdorf, Ephorie Mansfeld. 12) Christian Friedrich Zimmer, Hülfsslehrer in Lobas, als zweiter Lehrer in Droyßig, Ephorie Lützen. 13) Karl Friedrich Köhler, als Lehrer der gemischten Elementarclasse an der Stadtschule in Remberg. 14) Christian Moritz Hoppe, Kinderlehrer in Gotha, als Schulmeister und Küster in Wählig, Ephorie Weissenfels. 15) Friedrich Gottlieb Heinroth, Schullehrer in Grabit, als Schulmeister und Küster in Lössen, 1ste Ephorie Merseburg. 16) August Ludwig Behr, Candidat des Predigtamts, als Rector in Zörbig, Ephorie Brehna. 17) Karl Christian August Ischernitz, Kinderlehrer in Rosbach, als Lehrer an der Bürgerknaben- und Mädchenschule in Raumburg. 18) Friedrich Gottlob August Zwiemel, als Schullehrer in Plodba, Ephorie Uttersfeld. 19) Karl Otto Dehmer, als Elementarlehrer in Jessen. 20) Johann Gottlieb Große, als Lehrer an der Armenschule zu Herzberg. 21) Wilhelm Ferdinand Hohenstein, als Schulmeister

ßer in Müsternark, Ephorie Schlieben. 22) Gotthilf Karl Friedrich Hesse, Kinderlehrer in Gaja, als Schulmeister in Walbeck, Ephorie Mansfeld.

B. Weiter befördert sind:

1) Karl Lebrecht Müller, Organist und Elementarlehrer in Schweinitz, als Schulmeister in Gröhlwitz, 2te Ephorie Merseburg. 2) Ferdinand Engelhardt, Lehrer an der Musterschule in Erfurt, als Schulmeister-Substitut in Bachra, Ephorie Sangerhausen. 3) Friedrich Wilhelm Müller, Lehrer an der Erziehungs-Anstalt für verwahrloste Kinder in Quedlinburg, als Schulmeister und Küster in Krositz, Ephorie Gonnern. 4) Johann Gottlieb Fromm, Lehrer an der Bürgers-Knaben- und Mädchenschule in Naumburg, als zweiter Lehrer an der St. Dithmarschule ebendasselbst.

Der Pfarrer Johann Christian August Knoth in Gauteroda, Ephorie Hel-  
drungen, ist am 26. September c. im 63sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist  
Königl. Patronats und wird nach 3 Monaten wieder besetzt werden.

Dem Oberlandesgerichts-Assessor Schröder ist nach dem Tode des Land- und  
Stadtgerichts-Assessors und Gerichts-Commissarius Michaelis in Elsterwerda  
die Stelle des jüngsten Mitgliedes bei dem Land- und Stadtgerichte zu Lieben-  
werda mit Anweisung seiner Function als Gerichts-Commissarius in Elsterwerda  
den 8. August c. übertragen;

der hiesige Oberlandesgerichts-Assessor Dypenheim ist den 9. September c.  
an das Königl. Kammergericht zu Berlin versetzt;

die hiesigen Oberlandesgerichts-Referendarien Heinrich Adolph Berendes und  
Lobias Kindler I. sind den 6. September und resp. 13. September c. zu Ober-  
landesgerichts-Assessoren hieselbst ernannt;

der Referendar Wilhelm Herrmann Weyhe ist den 17. August c. von dem  
Oberlandesgerichte in Magdeburg und der Referendar Karl Ludwig Leopold Ferdin-  
and Achilles ist den 16. September c. von dem Königl. Kammergerichte in  
Berlin zu dem hiesigen Oberlandesgerichte, der hiesige Oberlandesgerichts-Referen-  
dar Eduard Fridolin Möbius aber ist den 19. September c. an das Königl. Kammergericht  
in Berlin versetzt;

der hiesige Aufscultator Friedrich Anton Oske ist den 21. August c. zum Ober-  
landesgerichts-Referendar befördert;

der bisherige Stadtgerichts-Auscultator zu Berlin, Robert Albert Friedrich  
Otto Wenzel ist den 20. August c. zum Referendar ernannt und zum Oberlandes-  
gerichte hierher versetzt;

die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren Friedrich August Ludwig Pütt-  
mann und Christian Heinrich Köhler sind resp. den 1. und 3. September c. zum  
Königl. Kammergerichte in Berlin und Königl. Oberlandesgerichte in Hal-  
berstadt entlassen;

der Justiz-Commissar Ludwig Eduard Krüger in Colleda ist zugleich zum  
Notar im Departement des Oberlandesgerichts zu Naumburg den 2. September c.  
ernannt.

Nr. 483.  
Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Oberlan-  
desgerichts zu  
Naumburg  
1844.

Nr. 484.

# M a c h w e i s u n g

der

im Monat September 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks befindenen  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.								Kartof- feln		Brann- wein		Rauchfutter.											
	Weizen		Koggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Schfl.	Quart	à Cent.	à Scho.	Heu		Stroh											
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel																							
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.								
1 Merseburg	2	—	11	1	25	1	1	14	1	1	3	2	—	—	2	—	2	15	—	1	15	—	5	—	2	—	9	—				
2 Halle	1	28	9	1	18	9	1	9	6	1	1	6	6	15	—	2	15	—	3	15	—	1	—	5	—	1	15	—	10	—		
3 Naumburg	2	8	—	1	24	1	1	9	7	—	27	11	4	29	—	2	—	—	2	15	—	1	—	4	6	1	26	3	8	15	—	
4 Torgau	1	29	—	1	19	8	1	8	6	1	—	4	5	22	6	2	—	—	4	—	—	1	2	—	4	9	1	15	—	7	15	—
5 Bittenberg	2	—	9	1	18	6	1	8	6	—	29	8	—	—	—	—	—	—	24	2	5	—	—	—	—	1	22	6	8	15	—	
6 Eisleben	1	27	10	1	19	6	1	9	10	1	3	2	—	—	—	—	—	—	1	15	8	5	—	—	—	1	22	3	7	27	10	—
7 Zeitz	2	12	8	1	27	5	1	10	—	1	—	11	—	—	—	—	—	—	1	5	11	5	—	—	—	1	23	9	9	22	6	—
8 Quersurth	2	4	3	1	22	6	1	8	9	1	—	—	—	—	—	—	—	—	22	6	4	4	—	—	—	1	25	—	7	—	—	—
9 Bitterfeld	2	2	1	1	20	5	1	7	1	1	—	7	—	—	—	—	—	—	2	28	4	—	25	—	5	—	1	20	—	8	10	—

Merseburg, den 6. October 1842.

Königlich Preussische Regierung

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

37. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 22. October 1842.

### A u s z a h l u n g

der in der 19ten Verloosung gezogenen Staatsschuldsscheine.

Wir haben beschlossen, mit der Auszahlung des Kapital-Betrages der in der 19ten Verloosung gezogenen und durch unsere Bekanntmachung vom 10. April d. J. zum 2. Januar f. J. gekündigten Staatsschuldsscheine über 1,328,200 Rthlr. sofort beginnen zu lassen. Es werden demnach die Inhaber solcher Staatsschuldsscheine hierdurch aufgefordert, dieselben, nebst dem zu ihnen gehörigen Zins-Coupon Ser. VIII. Nr. 8. bei der Staatsschulden-Zilgungskasse, hier in Berlin (Taubenstraße Nr. 30.) in den Vormittagsstunden abzugeben und dagegen Kapital und Zinsen in Empfang zu nehmen.

Den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher gekündigten Staatsschuldsscheine bleibt überlassen, dieselben bei der nächsten Regierungs-Hauptkasse, unter Beifügung doppelter Verzeichnisse, in welchen die Staatsschuldsscheine nach Nummern, Titeln und Geldbeträgen aufgeführt sind, portofrei, zur weiteren Beförderung an die Staatsschulden-Zilgungskasse, einzureichen.

Berlin, den 3. October 1842.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird auf besondere Veranlassung der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden, unter Hinweisung auf das Publikandum vom 15. April d. J., abgedruckt im 14. Stück des Amtsblatts Seite 86—88. Nr. 183. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir in Folge einer uns gewordenen spätern Mittheilung noch bemerken, daß die zu den Staatsschuldsscheinen gehörigen Zinscoupons Series VIII. Nr. 8., so wie die frühern etwa noch unrealisirten Coupons, nicht an die Regierungs-Hauptkasse von Auswärtigen mit den Staatsschuldsscheinen einzusenden, sondern ganz in der zeitherigen Art bei der nächsten Specialkasse Behufs der Realisation zu präsentiren sind, welche aber sofort erfolgen kann, obschon der Fälligkeitstermin jener Coupons erst mit dem 2. Januar 1843. eintritt.

Merseburg, den 13. October 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 485.  
Die Auszahlung der zum 2. Januar 1843 gekündigten Staatsschuldsscheine betr.

Nr. 486. In unserer Bekanntmachung vom 10. April d. J., betreffend die Kündigung, Auszahlung und Umschreibung der noch unverloosten Staats-Schuldscheine zum Ver-  
 Den Umtausch laufe von 98,982,900 Rthlr. Kapital, hatten wir unter Nr. 3. die Bestimmung des  
 der konvertir- ten Staats- Zeitpunkts vorbehalten, mit welchem der Umtausch der konvertirten und resp. mit dem  
 ten Staats- schuldscheine gegen neue, zu 3½ pCt. ver- Reductions- Stempel bedruckten Staats-Schuldscheine gegen neue, zu 3½ pCt. ver-  
 gegen neue, zu 3½ Prozent zinsliche Verbriefungen beginnen solle. Die Ausfertigung dieser neuen Dokumente ist  
 verginsliche nunmehr so weit vorgeschritten, daß mit der Ausreichung derselben gegen Zurückgabe  
 Verbriefungen der alten konvertirten Obligationen vorgegangen werden kann. Demnach werden:

I. Die Inhaber derjenigen Staats-Schuldscheine, welche die durch unsere gedachte  
 Bekanntmachung geschehene Kündigung angenommen haben, deren Betrag sich  
 nur auf 6825 Rthlr. beläuft, hiermit aufgefordert, das Kapital und die Zinsen  
 bis zum 1. Januar 1843. so fort bei derjenigen Regierungs-Haupt-Kasse zu  
 erheben, bei welcher sie ihre Erklärung wegen Annahme der Kündigung abge-  
 geben haben.

II. Der Umtausch sämmtlicher übrigen noch unverloosten Staats-Schuldscheine,  
 welche nunmehr — sie mögen mit dem Reductions-Stempel versehen seyn oder  
 nicht — als konvertirt anzusehen sind, gegen neue, zu drei und ein halb Pro-  
 zent verginsliche Obligationen soll vom 1. November d. J. ab beginnen.

Die Inhaber solcher Staats-Schuldscheine werden daher hiermit aufgefordert,  
 letztere in einer mit Angabe ihres Standes, Gewerbes, Wohnortes ic. von ihnen zu  
 vollziehenden Liste dergestalt zu verzeichnen, daß alle auf den nämlichen Kapital-Ver-  
 trag lautende Aponts unter Einer Abtheilung, einzeln und nach der Zahlen-Ordnung,  
 mit ihren Nummern und Buchstaben auf einander folgen.

Mit dieser Liste, welche doppelt anzufertigen, und zu welcher gedruckte Formulare  
 sowohl hier in Berlin bei der Controлле der Staats-Papiere, wie auch bei jeder  
 Regierungs-Haupt-Kasse unentgeltlich zu haben sind, sind die Staats-Schuldscheine  
 selbst, in derselben Ordnung, in welcher ihre Nummern in der Liste aufeinander folgen,  
 nach Absouderung der zu denselben gehörenden Zins-Coupons, von hiesigen Einwohnern an die Controлле der Staats-Papiere, von außerhalb Berlin Wohnenden an  
 die nächste Regierungs-Haupt-Kasse abzuliefern, worauf so schnell, als der Andrang  
 es gestattet, die Ausreichung der neuen Staats-Schuldscheine mit den Zins-Coupons  
 Ser. IX. erfolgen wird.

Um der für die Versendung solcher Staats-Schuldscheine an die Regierungs-  
 Haupt-Kassen und zurück zugestandenen Porto-Freiheit theilhaftig zu werden, muß  
 auf der Adresse bei der Einsendung die Bezeichnung

„..... Thaler Staats-Schuldscheine zur Umwandlung be-  
 stimmt,“

bei der Rücksendung die Bezeichnung

„..... Thaler umgewandelte Staats-Schuldscheine“

hinzugefügt werden.

Sollten Staats-Schuldscheine, welche in einer der stattgehabten 19 Verloosun-  
 gen gezogen worden, aus Versehen mit dem Reductions-Stempel bedruckt worden



seyn; so sind die Inhaber derselben gehalten, die zu Unrecht bezogene Konvertirungs-Prämie zurückzuerstatten.

Wegen der außer Cours gesetzten Staats-Schuldscheine wird auf die Bestimmungen der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. März d. J. (Gesetz-Sammlung Nr. 2255.) unter Nr. 5. und auf die §§. 1. und 2. des Gesetzes vom 16. Juni 1835. (Gesetz-Sammlung Nr. 1620.) verwiesen.

III. Zur Erleichterung der Staats-Schuldschein-Besitzer soll mit dem Umtausche der Obligationen zugleich die Realisirung der zu denselben gehörigen Zins-Coupons, obgleich der letzte erst am 2. Januar 1843. fällig ist, verbunden werden.

Es können zu dem Ende die Coupons den Staats-Schuldschein-Eindungen, mit Angabe ihres summarischen Betrages, jedoch in besondere Umschläge verpackt, beigelegt werden.

IV. Auch auf diejenigen Staats-Schuldscheine, welche mit dem Reductions-Stempel nicht bedruckt seyn und zum Umtausch nicht eingereicht werden sollten, werden vom 1. Januar f. J. ab, in Gemäßheit der Bestimmung unter Nr. 2. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. März d. J., nur die auf drei und ein halb Prozent reduzierten Zinsen gezahlt werden.

V. Schließlich bemerken wir, daß weder wir, noch die Controlle der Staats-Papiere uns auf schriftliche Korrespondenz in dieser Angelegenheit einlassen können, und daß, wenn, wider Vermuthen, Auswärtige den Umtausch ihrer Staats-Schuldscheine bei der Controlle der Staats-Papiere unmittelbar sollten bewirken wollen, sie sich bei dem zu erwartenden großen Andränge einen mehrtägigen Aufenthalt würden gefallen lassen müssen.

Berlin, den 4. October 1842.

#### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir den Inhabern von Staatsschuldscheinen nachfolgende nähere Anweisung über das bei Ausführung der gegebenen Bestimmungen zu beobachtende specielle Verfahren, auf den Grund der uns hierzu ausdrücklich ertheilten Höhern Ermächtigung, unter Hinweisung auf unsere, die Kündigung und Konvertirung der Staatsschuldscheine betreffende Bekanntmachung vom 19. April d. J. (abgedruckt im diesjährigen Regierungs-Amtsblatte, Stück 14. Nr. 184. Seite 88. und in mehreren folgenden Stücken) zu ertheilen nicht ermangeln.

1) Das Geschäft des Umtausches der alten Staatsschuldscheine gegen neue diesfällige Verbriefungen beginnt auch bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse erst mit dem Ersten November d. J. und wird dessen Beendigung mit dem Ablaufe gegenwärtigen Jahres gewünscht.

2) Die bei den umzutauschenden Staatsschuldscheinen noch befindlichen Zins-Coupons müssen vor der Einsendung der Erstern davon getrennt und besonders, nach der unter 11. gegebenen Bestimmung sobald als möglich, realisirt werden.

3) Ebenso ist auf den Grund der unserer Bekanntmachung vom 15. April d.

J. (Amtsblatt Stück 14. Nr. 183. Seite 86.) beigefügten beiden Verzeichnisse von den Besitzern nochmals sorgfältig zu prüfen, ob unter den einzusendenden Staatschuldscheinen verlorrene Scheine sich befinden. Wegen der ganz abgesonderten Behandlung und Einreichung dieser ausgelassenen Staatschuldscheine wird auf unsere Bekanntmachung vom gestrigen Tage und das damit veröffentlichte Publikandum der Königl. Hauptverwaltung der Staatschulden vom 3. d. M. Bezug genommen.

4) Finden sich Staatschuldscheine vor, welche außer Cours gesetzt sind, so sollen in Gemäßheit Höherer Anordnung vom 26. April d. J. bei dem jetzt ins Leben tretenden Umtauschgeschäft folgende Grundsätze zur Anwendung kommen:

a) auf etwanige, von Privatpersonen herrührende Außercourssetzungs-Vermerke wird nicht Rücksicht genommen, vielmehr werden die neuen Staatschuldscheine den Präsentanten der jetzt zirkulirenden alten Scheine ohne Weiteres ausghändig, insofern nicht der im §. 2. des Gesetzes wegen des Ausser- und Wiederincourssetzens der auf jeden Inhaber lautenden Papiere vom 16. Juni 1835. (Gesetzsammlung pro 1835. Seite 133. Nr. 1620.) vorhergesehene Fall eintreten sollte; -

b) Vermerke, wodurch öffentliche Behörden Staatschuldscheine außer Cours gesetzt haben, bedürfen nur dann der Wiederaufhebung, wenn die solchergehalt außer Cours gesetzten Papiere Behufs der jetzigen Umwandlung

von Privat-Personen,

oder

von andern Behörden als denjenigen, von welchen die Außercourssetzungs-Vermerke herrühren, eingereicht werden.

Sind Staatschuldscheine vorhanden, bei welchen in Folge dieser Grundsätze noch eine Vervollständigung nothwendig wird, so ist solche jedenfalls vor der Einkieferung zu bewirken, da sonst die Rücksendung der eingesandten Papiere erfolgen muß, wodurch Aufenthalt und Kosten entstehen würden. Sind Staatschuldscheine von jetzt nicht mehr bestehenden Behörden außer Cours gesetzt, so wird das Sachverhältniß von denjenigen Amtsstellen, welche deren Functionen übernommen haben, zu erklären und auf den Scheinen selbst gehörig zu beglaubigen seyn.

5) Die zur Anfertigung der vorgeschriebenen doppelten Einreichungslisten erforderlichen gedruckten Formulare werden bei der nächsten Kreiskasse unentgeltlich in Empfang genommen, und kann sich die Registrations-Hauptkasse auf unmittelbare Zusendung solcher Formulare an Besitzer von Staatschuldscheinen, so wie überhaupt auf Privat-Korrespondenzen hierunter nicht einlassen. Die Mandanten der Kreiskassen werden dagegen nicht nur zur Verabfolgung jener Formulare, sondern auch im Allgemeinen hierdurch angewiesen, vollständige Belehrung und Anleitung zur vorschriftsmäßigen Ausfüllung derselben auf Verlangen zu ertheilen. Uebrigens müssen überall Druckformulare zur Anwendung kommen, da geschriebene Listen nicht angenommen werden können. Nur die etwa hin und wieder erforderlich werdenden Einlagebogen bei sehr großen Sendungen können mit der Feder, jedoch immer ganz genau nach Maßgabe des gedruckten Formulars, hiniert werden.

6) Die Staatsschuldscheine sind bekanntlich zunächst nach den Acht Gattungen der Kapital-Beträge, und demnachst jede Gattung in sich wieder nach der Nummer, und nur insofern, wenn von ein und derselben Nummer mehrere Scheine von gleichem Kapitalbetrage vorhanden seyn sollten, die mit solcher gleichen Nummer versehenen Scheine nach den Buchstaben zu ordnen. Es wird hierbei abermals darauf aufmerksam gemacht, daß das noch hin und wieder vorgekommene Ordnen und Verzeichnen der Staatsschuldscheine nach den Buchstaben unrichtig ist und nicht vorkommen darf, da bei diesen Papieren die Nummer Haupt- die Littern aber nur Nebenbezeichnung ist.

7) Wenn nun nach dieser Vorschrift sämtliche Scheine gehörig geordnet sind, werden danach die Listen, wie schon erwähnt, doppelt gefertigt, jede Gattung oder Klasse der Scheine für sich summiert und der Betrag in der dazu bestimmten besondern Kolonne ausgeworfen, am Schlusse die Hauptsumme der ganzen Ablieferung gezogen und Ort, Datum, Namen und Stand des Abfassers beigelegt. Die in dem Formular auf der ersten Seite vorgedruckte Quittung wird nicht gleich ausgefüllt, da Solches erst nach Rückkunft der Liste mit den neuen Verbriefungen von Berlin geschehen soll; folglich bleibt vorläufig die ganze erste Seite leer und nur auf der zweiten Seite des Formulars oben links in der Ecke ist nochmals Name, Stand und Wohnort des Präsentanten anzumerken.

Beide Exemplare der Listen müssen übrigens auf das sorgfältigste mit den Staatsschuldscheinen selbst verglichen werden, indem jeder Schreibfehler zu den unangenehmsten Weiterungen Veranlassung geben würde.

Öffentliche Behörden, zu deren Verwaltung verschiedene Staatsschuldscheine bestehende Fonds gehören, haben zur Vereinfachung des Schreibwerks und zur Erleichterung der Prüfung nicht für jeden einzelnen Fonds besondere Listen, sondern für sämtliche einzuschickende Staatsschuldscheine zusammen nur eine einzige Liste in duplo anzufertigen und einzureichen.

8) Die einzuschickenden Staatsschuldscheine werden endlich in die beiden Listen-Exemplare nach der Reihenfolge, in welcher sie darin verzeichnet sind, hineingelegt — wesshalb die etwa unbenutzt gebliebenen halben Bogen der Formulare nicht abgeschnitten werden dürfen — und das Ganze, sorgfältig und fest, bei bedeutenden Sendungen, in Folio-Format, verpackt und versiegelt, an die Königl. Regierungs-Hauptkassse hieselbst unter der portofreien Rubrik, wie sie in der obigen Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden angegeben ist, eingesendet.

9) Ueber jede Ablieferung von Staatsschuldscheinen wird von der Regierungs-Hauptkassse eine Interimsbescheinigung erteilt werden, welche von jedem Einlieferer sorgfältig aufzubewahren ist.

10) Sobald die neuen Verbriefungen nebst den Zinscoupons Series IX. von Berlin hier eingeht, wird den Präsentanten der alten Papiere ein Exemplar der mit denselben eingereichten Liste, in welche inzwischen die Nummern und Littern der neuen Staatsschuldscheine eingetragen sind, per Couvert zugesendet werden, worauf der Staatsschuldschein-Besitzer die auf dieser Liste vorgedruckte, für die Königl. Kontrolle der Staatspapiere bestimmte Quittung nunmehr vollständig auszufüllen, solche

durch Namens-Unterschrift, unter genauer Angabe seines Standes und Wohnorts zu vollziehen, und nebst der ihm erteilten Interimsbescheinigung, nachdem er den auf Letzterer vorgebrachten Rückempfangsschein als Belag für die Regieruugs-Hauptkasse in eben der Art gehörig vollzogen, an die gedachte Hauptkasse unter der vorgeschriebenen Portofreiheit genießenden Kubrif unverzüglich zurückzusenden hat. Die Zusendung der neuen Staatsschuldsscheine nebst dazu gehörigen Zinscoupons wird demnächst so schleunig, als möglich, erfolgen.

11) Die unter Abschnitt III. der obigen Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden nachgegebene Einbindung der zu den umzutauschenden Staatsschuldsscheinen gehörigen, noch nicht realisirten Zinscoupons, einschließlich des erst am 2. Januar 1843. fällig werdenden letzten Coupons Nr. 8., zugleich mit den alten Staatsschuldsscheinen selbst, findet nach einer später eingegangenen Mittheilung bei Einbindungen an die Regieruugs-Hauptkasse nicht Statt. Vielmehr soll die Realisation der fraglichen Coupons in der zeittherigen Art durch Vermittelung der Spezial-Kassen für Rechnung der Königl. Staatsschulden-Zilgungskasse in dem gewöhnlichen Wege der Abrechnung zwischen jenen Kassen, der Regieruugs-Haupt- und der Königl. General-Staatskasse erfolgen. Die Besitzer solcher Zinscoupons werden daher dieselben nach wie vor bei der nächsten Königl. Kasse zur sofortigen Realisation zu präsentiren, und werden sämtliche Spezial-Kassen unsers Verwaltungsbezirks sich dem in Rede stehenden Realisationsgeschäft ganz in der bekannten Weise zu unterziehen haben; jedoch finden wir uns hierbei veranlaßt, die Letztern noch ausdrücklich aufzufordern, die realisirten Zinscoupons dießmal immer sofort mit der nächsten Ueberschuß-Ablieferung an die Regieruugs-Hauptkasse abzusenden, da es höchst wünschenswerth ist, daß bis zum Schlusse des laufenden Jahres alle zu den eingezogenen Staatsschuldsscheinen gehörigen Zinscoupons ebenfalls eingezogen werden.

12) Die Kautionsbesteller und sonstigen Eigenthümer von, bei den hiesigen Haupt-Kassen deponirten, Staatsschuldsscheinen werden hierdurch aufgefordert, die davon noch nicht abgehobenen, bis Ende gegenwärtigen Jahres fällig werdenden Zinsen jedenfalls im Laufe der Monate November und December d. J. in gewöhnlicher Art gegen Quittung einzuziehen, wogegen der Umtausch der alten Staatsschuldsscheine gegen neue Verbriefungen, so wie die Beforgung der neuen Zinscoupons Series IX. ohne deren Mitwirkung durch die Hauptkassen von Amts wegen bewirkt werden wird.

13) Im Allgemeinen empfehlen wir zur Vermeidung von Irrungen und Veräuerungen, auch Kosten, noch recht sehr sowohl eine deutliche Angabe des Wohnorts, in größern Städten auch der Hausnummer der Wohnung, und auf dem platten Lande, der nächsten Poststation, als auch leserliche, eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zunamen und genaue Bezeichnung des Standes und Gewerbes; so wie sorgfältige Verpackung der Staatsschuldsscheine, damit sie auf dem Transport nicht leiden, und bemerken schließlich noch, daß für den persönlichen Verkehr in der hiesigen Regieruugs-Hauptkasse nur die Vormittagstunden bestimmt sind.

Merseburg, den 14. October 1842.

Königliche Preussische Regierung.

Die bereits von uns unterm 19. December 1837. im Amtsblatt de 1838. Nr. 487. St. 1. Nr. 6. empfohlene Privat-Unterrichtsanstalt für Taubstumme hat unter deren Vorsteher, Gustav Eduard Albert Klog, bisher ununterbrochen geblühenden Fortgang gehabt, und verdient bei der treuen Thätigkeit des Vorstehers und seiner Gehülfen, und bei der Billigkeit der für die Verpflegung taubstummer Zöglinge gesetzten Bedingungen, dem Publikum zur Beachtung und resp. Benutzung von Neuem empfohlen zu werden. Merseburg, den 13. October 1842.

Die in Halle be-  
stehende Pri-  
vat-Unter-  
richtsanstalt  
für Taub-  
stumme betr.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Die Hypothekentabellen über folgende Wandeläcker als: 1) der Kirche zu Wiedemar über eine halbe Hufe Feld in 3 Arten, in Wiedemar Flur, und 2) der Pfarre daselbst über 1½ Hufe in 3 Arten, in derselben Flur, sind fertig geworden und steht es allen Betheiligten frei, dieselben in dem zweimonatlichen Zeitraum vom 1. November d. J. bis zum 1. Januar 1843 in der Hypotheken-Registratur des unterzeichneten Gerichts einzusehen und etwaige Erinnerungen dagegen anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist sind aber keine Erinnerungen mehr zulässig.

Nr. 488.  
Hypotheken-  
Sachen.

Delitzsch, den 11. October 1842.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

Die alle drei Rubriken umfassenden Hypothekentabellen von den nachfolgenden Grundstücken sind fertig und liegen den Interessenten 2 Monate hindurch werktäglich in unserer Registratur zur Einsicht bereit. Nach Ablauf dieser Frist werden Erinnerungen dagegen nicht mehr berücksichtigt, vielmehr die Tabellen in die Hypothekenbücher übertragen werden. Jessen, den 10. September 1842.

Nr. 489.  
Hypotheken-  
Sachen.

Königl. Preuss. Gerichtsam t.

Stadt Jessen: 1) die frühere wüste Baustelle Nr. 5., jetzt Hofraum des Kleinerbenhauses Nr. 4., und bebaut mit 2 Ställen, dem Riemermeister Friedrich August Unger gehörig; 2) wüste Kleinerbenbaustellen Nr. 144. 149. 157. 158. der Rämmerlei Jessen gehörig. Dorf Grabo: das alte Schulhaus mit Garten Nr. 41. dem Joh. Christian Bambach und seiner Ehefrau Johanne Christiane geb. Wille.

Die nach den Bekanntmachungen: 1) vom 22. August 1839., Weilage zum 37. Stück des Merseburger Regierungs-Amtsblatts d. a. 1839.; 2) vom 11. December 1839., Weilage zum 2. Stück des Amtsblattes d. a. 1840.; 3) vom 8. Juli 1839., Weilage zum 30. Stück des Amtsblattes d. a. 1840.; 4) vom 19. November 1840., Weilage zum 47. Stück des Amtsblattes d. a. 1840.; 5) vom 19. December 1841., Weilage zum 42. Stück des Amtsblattes d. a. 1841.; 6) vom 22. Januar 1842., Weilage zum 6. Stück des Amtsblattes d. a. 1842.; 7) vom 13. April 1842., Weilage zum 16. Stück des Amtsblattes d. a. 1842., über geschlossene und wahlende Grundstücke ausgelegenen Tabellen sind nunmehr in die betreffenden Hypothekenbücher übertragen, und wird solches mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nunmehr neue Hypothekenrechte lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen

Nr. 490.  
Hypotheken-  
Sachen.

Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt und erworben werden können. Schweinitz, den 10. September 1842.

Königlich Preussisches Gerichtsammt.

- Nr. 491. Die Hypothekentabelle über das zu Mägeln belegene, sub Nr. 47. des Feuer-societätskatasters eingetragene Wohnhaus des Handarbeiters Gottlieb Lorenz ist fertig und liegt in unserer Registratur 8 Wochen lang, vom 8ten Tage dieser Bekanntmachung ab, zur Einsicht bereit. Spätere Erinnerungen dagegen werden nicht berücksichtigt. Seyda, den 22. September 1842.

Königliches Gerichtsammt.

### Personal-Chronik.

- Nr. 492. Der Kaufmann Julius Reichel zu Gisleben ist als Agent der Göltnischen Feuerversicherungsgesellschaft für die Stadt Gisleben und Umgegend unterm 21. September c. bestätigt worden.

- Nr. 493. Der Superintendent Dr. phil. Johann Sebald Schiller zu Artern ist am 28. September im 76sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Königl. Patronats. Die versaffungsmäßigen Vorschläge zu deren Wiederbesetzung werden nach 3 Monaten gemacht werden. Dem Pfarrer Esker in Reinsdorf ist die einstweilige Verwaltung der Ephorie übertragen worden.

- Nr. 494. Die Lehrerstelle an der Armenfreischule in Bitterfeld ist durch Versetzung und die Schul- und Küsterstelle in Burgwenden, Ephorie Helbrungen, durch Emeritirung erledigt, die Besetzung beider aber durch die Patronats-Behörden bereits eingeleitet.

- Nr. 495. Die Schulmeister- und Küsterstelle zu Walbeck, Ephorie Randsfeld, wird durch Emeritirung des zehierigen Inhabers erledigt. Sie ist Privatpatronats und ihre Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

- Nr. 496. Dem zehierigen interimistischen Amtsblener und Executor Frißsche bei dem Königl. Rentamte Zeitz ist diese Stelle definitiv übertragen worden.

- Nr. 497. Den Interessenten der allgemeinen Wittwen-Versorgungsanstalt zu Berlin wird hierdurch bekannt gemacht, daß in die Stelle des verstorbenen Rentiers Grubemund zu Halle der Königl. Ober-Vergamts-Haupt-Kassen-Buchhalter Philipp daselbst zum Commissarius der gedachten Anstalt ernannt worden ist.

- Nr. 498. Das Allerhöchste Gesetz vom 28. März 1811. §. 7. besagt, daß die Amtsblattgelder praenumerando gezahlt werden sollen. — Diejenigen Königl. Postbehörden, welche damit für dieses Jahr noch im Rückstand sind, werden ersucht, solche ungesäumt anher gelangen zu lassen. Merseburg, den 19. October 1842.

Die Amtsblatt-Redaction der Königl. Regierung.

hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à  $\frac{1}{4}$  Bogen für den Liebenwerdaer landrätthlichen Kreis und
- 2) eine à  $\frac{1}{4}$  Bogen für den Querfurter landrätthlichen Kreis.

# A m t s : B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

### 39. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. November 1842.

In unserer Bekanntmachung vom 10. April d. J., betreffend die Kündigung, Nr. 504.  
Auszahlung und Umschreibung der noch unverloosten Staats-Schuldscheine zum We- Den Umtausch  
tauſche von 98,982,900 Rthlr. Kapital, hatten wir unter Nr. 3. die Beſtimmung des der konvertir-  
Zeitpunkts vorbehalten, mit welchem der Umtausch der konvertirten und resp. mit dem ten Staats-  
Reductions-Stempel bedruckten Staats-Schuldscheine gegen neue, zu 3½ pCt. ver- schuldscheine  
zinsliche Verbriefungen beginnen ſolle. Die Ausfertigung dieſer neuen Dokumente iſt gegen neue, zu  
nunmehr ſo weit vorgeschritten, daß mit der Ausreichung derſelben gegen Zurückgabe 3½ Prozent  
der alten konvertirten Obligationen vorgegangen werden kann. Demnach werden: verzinsliche  
Verbriefungen  
betr.

I. Die Inhaber derjenigen Staats-Schuldscheine, welche die durch unsere gedachte Bekanntmachung geſchehene Kündigung angenommen haben, deren Betrag ſich nur auf 6825 Rthlr. beläuft, hiermit aufgefordert, das Kapital und die Zinsen bis zum 1. Januar 1843. ſo ſoort bei derjenigen Regieruugs-Haupt-Kaſſe zu erheben, bei welcher ſie ihre Erklärung wegen Annahme der Kündigung abgegeben haben.

II. Der Umtausch ſämmtlicher übrigen noch unverloosten Staats-Schuldscheine, welche nunmehr — ſie mögen mit dem Reductions-Stempel verſehen ſeyn oder nicht — als konvertirt anzuſehen ſind, gegen neue, zu drei und ein halb Prozent verzinsliche Obligationen ſoll vom 1. November d. J. ab beginnen.

Die Inhaber ſolcher Staats-Schuldscheine werden daher hiermit aufgefordert, letztere in einer mit Angabe ihres Standes, Gewerbes, Wohnortes zc. von ihnen zu vorliegenden Liſte dergeſtalt zu verzeichnen, daß alle auf den nämlichen Kapital-Vertrag lautende Apoints unter Einer Abtheilung, einzeln und nach der Zahlen-Ordnung, mit ihren Nummern und Buchſtaben auf einander folgen.

Mit dieſer Liſte, welche doppelt anzufertigen, und zu welcher gedruckte Formulare ſowohl hier in Berlin bei der Kontrolle der Staats-Papiere, wie auch bei jeder Regieruugs-Haupt-Kaſſe unentgeltlich zu haben ſind, ſind die Staats-Schuldscheine ſelbſt, in derſelben Ordnung, in welcher ihre Nummern in der Liſte aufeinander folgen, nach Abſonderung der zu denſelben gehörenden Zins-Coupons, von hieſigen Einwohnern an die Kontrolle der Staats-Papiere, von außerhalb Berlin Wohnenden an die nächſte Regieruugs-Haupt-Kaſſe abzuliefern, worauf ſo ſchnell, als der Andrang es geſtattet, die Ausreichung der neuen Staats-Schuldscheine mit den Zins-Coupons Ser. IX. erfolgen wird.

Um der für die Versendung solcher Staats-Schuldscheine an die Regierungen-Haupt-Kassen und zurück zugestandenen Porto-Freiheit theilhaftig zu werden, muß auf der Adresse bei der Einsendung die Bezeichnung

„..... Thaler Staats-Schuldscheine zur Umwandlung bestimmt,“

bei der Rücksendung die Bezeichnung

„..... Thaler umgewandelte Staats-Schuldscheine“ hinzugefügt werden.

Sollten Staats-Schuldscheine, welche in einer der stattgehabten 19 Verloosungen gezogen worden, aus Versehen mit dem Reductions-Stempel bedruckt worden seyn, so sind die Inhaber derselben gehalten, die zu Unrecht bezogene Konvertirungs-Prämie zurückzuerstatten.

Wegen der außer Cours gesetzten Staats-Schuldscheine wird auf die Bestimmungen der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. März d. J. (Gesetz-Sammlung Nr. 2255.) unter Nr. 5. und auf die §§. 1. und 2. des Gesetzes vom 16. Juni 1835. (Gesetz-Sammlung Nr. 1620.) verwiesen.

III. Zur Erleichterung der Staats-Schuldschein-Besitzer soll mit dem Umtausche der Obligationen zugleich die Realisirung der zu denselben gehörigen Zins-Coupons, obgleich der letzte erst am 2. Januar 1843. fällig ist, verbunden werden.

Es können zu dem Ende die Coupons den Staats-Schuldschein-Sendungen, mit Angabe ihres summarischen Betrages, jedoch in besondere Umschläge verpackt, beigelegt werden.

IV. Auch auf diejenigen Staats-Schuldscheine, welche mit dem Reductions-Stempel nicht bedruckt seyn und zum Umtausch nicht eingereicht werden sollten, werden vom 1. Januar f. J. ab, in Gemäßheit der Bestimmung unter Nr. 2. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. März d. J., nur die auf drei und ein halb Prozent reduzirten Zinsen gezahlt werden.

V. Schließlich bemerken wir, daß weder wir, noch die Controлле der Staats-Papiere uns auf schriftliche Korrespondenz in dieser Angelegenheit einlassen können, und daß, wenn, wider Vermuthen, Auswärtige den Umtausch ihrer Staats-Schuldscheine bei der Controлле der Staats-Papiere unmittelbar sollten bewirken wollen, sie sich bei dem zu erwartenden großen Andränge einen mehrtägigen Aufenthalt würden gefallen lassen müssen.

Berlin, den 4. October 1842.

#### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Vorstehende Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, indem wir den Inhabern von Staatsschuldscheinen nachfolgende nähere Anweisung über das bei Ausführung der gegebenen Bestimmungen zu beobachtende specielle Verfahren, auf den Grund der uns hierzu ausdrücklich erteilten Höhern Ermächtigung, unter Hinweisung auf unsere, die Kündigung und Konvertirung der Staatsschuldscheine betreffende Bekanntmachung vom 19. April d. J. (abgedruckt im diesjährigen Regierungs-Amtsblatte,



Stück 14. Nr. 184. Seite 88. und in mehreren folgenden Stücken) zu ertheilen nicht ermangeln.

1) Das Geschäft des Umtausches der alten Staatsschuldscheine gegen neue diesfällige Verbriefungen beginnt auch bei der hiesigen Regierungs-Hauptkassē erst mit dem Ersten November d. J. und wird dessen Beendigung mit dem Ablaufe gegenwärtigen Jahres gewünscht.

2) Die bei den umzutauschenden Staatsschuldscheinen noch befindlichen Zins-Coupons müssen vor der Einsendung der Erfern davon getrennt und besonders, nach der unter 11. gegebenen Bestimmung sobald als möglich, realisirt werden.

3) Ebenso ist auf den Grund der unserer Bekanntmachung vom 15. April d. J. (Amtsblatt Stück 14. Nr. 183. Seite 86.) beigefügten beiden Verzeichnisse von den Besitzern nochmals sorgfältig zu prüfen, ob unter den einzusendenden Staatsschuldscheinen verlorrene Scheine sich befinden. Wegen der ganz abgesonderten Behandlung und Einreichung dieser ausgelooften Staatsschuldscheine wird auf unsere Bekanntmachung vom gestrigen Tage und das damit veröffentlichte Publikandum der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 3. d. M. Bezug genommen.

4) Finden sich Staatsschuldscheine vor, welche außer Cours gesetzt sind, so sollen in Gemäßheit Höherer Anordnung vom 26. April d. J. bei dem jetzt ins Leben tretenden Umtauschgeschäft folgende Grundsätze zur Anwendung kommen:

a) auf etwaige, von Privatpersonen herrührende Außercourssetzungs-Vermerke wird nicht Rücksicht genommen, vielmehr werden die neuen Staatsschuldscheine den Präsentanten der jetzt zirkulirenden alten Scheine ohne Weiteres ausgehändigt, insofern nicht der im §. 2. des Gesetzes wegen des Außer- und Wiedereincourssetzens der auf jeden Inhaber lautenden Papiere vom 16. Juni 1835. (Gesetzsammlung pro 1835. Seite 133. Nr. 1620.) vorhergesehene Fall eintreten sollte;

b) Vermerke, wodurch öffentliche Behörden Staatsschuldscheine außer Cours gesetzt haben, bedürfen nur dann der Wiederaufhebung, wenn die solchergestalt außer Cours gesetzten Papiere Behufs der jetzigen Umwandlung von Privat-Personen, oder

- von andern Behörden als denjenigen, von welchen die Außercourssetzungs-Vermerke herrühren, eingereicht werden.

Sind Staatsschuldscheine vorhanden, bei welchen in Folge dieser Grundsätze noch eine Vervollständigung nothwendig wird, so ist solche jedenfalls vor der Einlieferung zu bewirken, da sonst die Rücksendung der eingesandten Papiere erfolgen muß, wodurch Aufenthalt und Kosten entstehen würden. Sind Staatsschuldscheine von jetzt nicht mehr bestehenden Behörden außer Cours gesetzt, so wird das Sachverhältniß von denjenigen Amtsstellen, welche deren Functionen übernommen haben, zu erläutern und auf den Scheinen selbst gehörig zu beglaubigen seyn.

5) Die zur Anfertigung der vorgeschriebenen doppelten Einreichungslisten erforderlichen gedruckten Formulare werden bei der nächsten Kreis-kasse unentgelt-

lich in Empfang genommen, und kann sich die Regierungs-Hauptkasse auf unmittelbare Zusendung solcher Formulare an Besitzer von Staatsschuldscheinen, so wie überhaupt auf Privat-Korrespondenzen hierunter nicht einlassen. Die Rentanten der Kreiskassen werden dagegen nicht nur zur Verabfolgung jener Formulare, sondern auch im Allgemeinen hierdurch angewiesen, vollständige Belehrung und Anleitung zur vorchriftsmäßigen Ausfüllung derselben auf Verlangen zu erteilen. Uebrigens müssen überall Druckformulare zur Anwendung kommen, da geschriebene Listen nicht angenommen werden können. Nur die etwa hin und wieder erforderlich werdenden Einlagebogen bei sehr großen Sendungen können mit der Feder, jedoch immer ganz genau nach Maassgabe des gedruckten Formulars, linirt werden.

6) Die Staatsschuldscheine sind befanntlich zufoerbst nach den Acht Gattungen der Kapital-Beträge, und demnachst jede Gattung in sich wieder nach der Nummer, und nur insofern, wenn von ein und derselben Nummer mehrere Scheine von gleichem Kapitalbetrage vorhanden seyn sollten, die mit solcher gleichen Nummer versehenen Scheine nach den Buchstaben zu ordnen. Es wird hierbei abermals darauf aufmerksam gemacht, daß das noch hin und wieder vorgekommene Ordnen und Verzeichnen der Staatsschuldscheine nach den Buchstaben unrichtig ist und nicht vorkommen darf, da bei diesen Papieren die Nummer Haupt- die Littern aber nur Nebenbezeichnung ist.

7) Wenn nun nach dieser Vorschrift sämmtliche Scheine gehörig geordnet sind, werden danach die Listen, wie schon erwähnt, doppelt gefertigt, jede Gattung oder Klasse der Scheine für sich summiert und der Betrag in der dazu bestimmten besondern Kolonne ausgeworfen, am Schlusse die Hauptsumme der ganzen Ablieferung gezogen und Ort, Datum, Namen und Stand des Absenders beigefügt. Die in dem Formular auf der ersten Seite vorgedruckte Quittung wird nicht gleich ausgefüllt, da Solches erst nach Rückkunft der Liste mit den neuen Verbriefungen von Berlin geschehen soll; folglich bleibt vorläufig die ganze erste Seite leer und nur auf der zweiten Seite des Formulars oben links in der Ecke ist nochmals Name, Stand und Wohnort des Präsentanten anzumerken.

Beide Exemplare der Listen müssen übrigens auf das sorgfältigste mit den Staatsschuldscheinen selbst verglichen werden, indem jeder Schreibfehler zu den unangenehmsten Weiterungen Veranlassung geben würde.

Öffentliche Behörden, zu deren Verwaltung verschiedene, Staatsschuldscheine bestehende Fonds gehören, haben zur Vereinfachung des Schreibwerks und zur Erleichterung der Prüfung nicht für jeden einzelnen Fonds besondere Listen, sondern für sämmtliche einzusendende Staatsschuldscheine zusammen nur eine einzige Liste in duplo anzufertigen und einzureichen.

8) Die einzusendenden Staatsschuldscheine werden endlich in die beiden Listen-Exemplare nach der Reihenfolge, in welcher sie darin verzeichnet sind, hineingelegt — weshalb die etwa unbenutzt gebliebenen halben Bogen der Formulare nicht abgeschnitten werden dürfen — und das Ganze, sorgfältig und fest, bei bedeutenden Sendungen, in Folio-Format, verpackt und versiegelt, an die Königl. Regierungs-Hauptkasse hieselbst unter der portofreien Rubrik, wie sie in der obigen Befanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden angegeben ist, einsendend.

9) Ueber jede Ablieferung von Staatsschuldsscheinen wird von der Regierun<sup>g</sup>s-Hauptkass<sup>e</sup> eine Interimsbescheinigung ertheilt werden, welche von jedem Einlieferer sorgfältig aufzubewahren ist.

10) Sobald die neuen Verbriefungen nebst den Zinscoupons Series IX. von Berlin hier einge<sup>h</sup>en, wird den Präsentanten der alten Papiere ein Exemplar der mit denselben eingereichten Liste, in welche inzwischen die Nummern und Littern der neuen Staatsschuldsscheine eingetragen sind, der Couvert zugefendet werden, worauf der Staatsschuldsschein-Besitzer die auf dieser Liste vorgedruckte, für die Königl. Kontrolle der Staatspapiere bestimmte Quittung nunmehr vollständig auszufüllen, solche durch Namens-Unterschrift, unter genauer Angabe seines Standes und Wohnorts zu vollziehen, und nebst der ihm ertheilten Interimsbescheinigung, nachdem er den auf Legterer vorgedruckten Rückempfangsschein als Belag für die Reglerun<sup>g</sup>s-Hauptkass<sup>e</sup> in eben der Art gehörig vollzogen, an die gedachte Hauptkass<sup>e</sup> unter der vorgeschriebenen Portofreiheit genießenden Rubrik unverzüglich zurückzusenden hat. Die Zusendung der neuen Staatsschuldsscheine nebst dazu gehörigen Zinscoupons wird demnächst so schleunig, als möglich, erfolgen.

11) Die unter Abschnitt III. der obigen Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden nachgegebene Einsendung der zu den umzutauschenden Staatsschuldsscheinen gehörigen, noch nicht realisirten Zinscoupons, einschließlich des erst am 2. Januar 1843. fällig werdenden letzten Coupons Nr. 8., zugleich mit den alten Staatsschuldsscheinen selbst, findet nach einer später eingegangenen Mittheilung bei Einsendungen an die Regierun<sup>g</sup>s-Hauptkass<sup>e</sup> nicht Statt. Vielmehr soll die Realisation der fraglichen Coupons in der zeitherigen Art durch Vermittelung der Spezial-Kassen für Rechnung der Königl. Staatsschulden-Zilgungskass<sup>e</sup> in dem gewöhnlichen Wege der Abrechnung zwischen jenen Kassen, der Regierun<sup>g</sup>s-Haupt- und der Königl. General-Staatskass<sup>e</sup> erfolgen. Die Besitzer solcher Zinscoupons werden daher dieselben nach wie vor bei der nächsten Königl. Kass<sup>e</sup> zur sofortigen Realisation zu präsentieren, und werden sämmtliche Spezial-Kassen unsers Verwaltungsbezirks sich dem in Rede stehenden Realisationsgeschäft ganz in der bekannten Weise zu unterziehen haben; jedoch finden wir uns hierbei veranlaßt, die Legtern noch ausdrücklich aufzufordern, die realisirten Zinscoupons diesmal immer sofort mit der nächsten Ueberschuß-Ablieferung an die Regierun<sup>g</sup>s-Hauptkass<sup>e</sup> abzusenden, da es höchst wünschenswerth ist, daß bis zum Schlusse des laufenden Jahres alle zu den eingezogenen Staatsschuldsscheinen gehörigen Zinscoupons ebenfalls eingezogen werden.

12) Die Kautionsbesteller und sonstigen Eigenthümer von, bei den hiesigen Haupt-Kassen deponirten, Staatsschuldsscheinen werden hierdurch aufgefordert, die davon noch nicht abgehobenen, bis Ende gegenwärtigen Jahres fällig werdenden Zinsen jedenfalls im Laufe der Monate November und December d. J. in gewöhnlicher Art gegen Quittung einzuziehen, wogegen der Umtausch der alten Staatsschuldsscheine gegen neue Verbriefungen, so wie die Besorgung der neuen Zinscoupons Series IX. ohne deren Mitwirkung durch die Hauptkassen von Amtswegen bewirkt werden wird.

13) Im Allgemeinen empfehlen wir zur Vermeidung von Irrungen und Weisungen, auch Kosten, noch recht sehr sowohl eine deutliche Angabe des Wohnorts,

in größern Städten auch der Hausnummer der Wohnung, und auf dem platten Lande, der nächsten Poststation, als auch leserliche, eigenhändige Unterschrift mit Vor- und Zunamen und genaue Bezeichnung des Standes und Gewerbes, so wie sorgfältige Verpackung der Staatspulscheine, damit sie auf dem Transport nicht leiden, und bemerken schließlich noch, daß für den persönlichen Verkehr in der hiesigen Regierungs-Hauptkasse nur die Vormittagsstunden bestimmt sind.

Merseburg, den 14. October 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 505.

Die am 15. October 1842 erfolgte Ziehung von 108 Serien der Seehandlungs-Prämiencheine betr.

Von der Liste der Nummern, welche die am 15. d. Mts. gezogenen 108 Serien der Seehandlungs-Prämiencheine enthalten, ist heute von uns jedem Landraths-Amte unser Bezirks ein Exemplar zugefertigt worden, welches daselbst von Jedermann, der ein Interesse dabei haben möchte, eingesehen werden kann.

Merseburg, den 25. October 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 506.

Die Verwendung der Medizinal-Beamten zu sanitätspolizeilichen Geschäften betr.

Nachfolgendes Ministerial-Rescript:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Beziehung auf die Verwendung der Medizinal-Personen zu sanitätspolizeilichen Geschäften nicht alle Königlichen Regierungen nach denselben Grundsätzen verfahren, und daß in einzelnen Departements ein unverhältnißmäßig hoher Betrag für Diäten und Reisekosten der Medizinal-Beamten verausgabt wird. Zur Erzielung eines gleichmäßigen Verfahrens und zur Verminderung der, der Staatskasse zur Last fallenden Kosten weisen wir die Königliche Regierung an, bei der Zuziehung von Medizinal-Personen zu sanitätspolizeilichen Geschäften in Zukunft nach folgenden Bestimmungen zu verfahren:

- 1) Nur die vom Staate angestellten Medizinal-Beamten, d. h. die Kreis-Physiker, die Kreis-Wundärzte, und die Departements- und Kreis-Thierärzte, oder in Behinderungsfällen die für sie bestellten Stellvertreter, sind, mit Ausschluß aller übrigen, nicht im unmittelbaren Dienste des Staates angestellten Medizinal-Personen, als Sachverständige zu sanitätspolizeilichen Untersuchungen zuzuziehen.
- 2) Die Requisition der Medizinal-Beamten muß jeberzeit von dem landrätlichen Amte, und in den Städten, wo die Polizeiverwaltung einer besondern Staatsbehörde übertragen ist, von dieser ausgehen, dergestalt, daß die Medizinal-Beamten die in Rede stehenden Untersuchungen und die deshalb erforderlichen Reisen niemals aus eigener Bewegung, oder ex officio, sondern erst nach erhaltenener Aufforderung Seitens der landrätlichen oder der städtischen Polizeibehörde zu unternehmen haben.
- 3) Ob eine Untersuchung durch Medizinal-Beamten erforderlich ist oder nicht, muß lediglich der Beurtheilung der genannten Behörden überlassen bleiben, so wie auch ihnen allein die Ausführung und Controle der, von den Medizinal-Beamten für nöthig erklärten, sanitätspolizeilichen Maaßregeln zusteht, und es von ihren Erweisen abhängt, ob sie sich dabei des Beistandes der Medizinal-Be-

amten zu bekleiden, oder wiederholte Untersuchungen durch dieselben zu veranlassen, für nöthig erachten oder nicht.

- 4) Die Fälle, in welchen bei ansteckenden Krankheiten die Nothwendigkeit des sanitätspolizeilichen Einschreitens eintritt, sowie die, in jedem derselben zu treffenden Anordnungen sind in dem Regulativ vom 28. October 1835 vollständig angegeben. Nach §. 10. dieser Verordnung sind die Polizeibehörden verpflichtet, die ersten Fälle solcher Krankheiten ärztlich untersuchen zu lassen, welche durch ihre zu befürchtende weitere Verbreitung der allgemeinen Gesundheit der Menschen oder auch der Hausthiere Gefahr drohen. Diese Krankheiten sind: die asiatische Cholera, der ansteckende Typhus, die Menschenblattern, die Wuth-Krankheit, der Milzbrand, der Rog und Wurm, sowie die seuchenartigen und zugleich ansteckenden Thierkrankheiten überhaupt. Bei diesen Krankheiten wird es in der Regel der Constatirung der ersten Fälle durch Medicinal-Beamte bedürfen, während bei den übrigen, für das Gemeinwohl minder gefährlichen ansteckenden Krankheiten die Zuziehung der Medicinal-Beamten in den meisten Fällen nicht erforderlich seyn wird.
- 5) Außer den genannten ansteckenden Krankheiten können auch in einzelnen Fällen andere, nicht ansteckende Krankheiten eine Untersuchung durch Medicinal-Beamte nothwendig machen. Dergleichen Fälle lassen sich jedoch nicht specificiren, vielmehr muß deren Beurtheilung und das jedesmal einzuschlagende Verfahren dem pflichtmäßigen Ermessen der betreffenden Behörden überlassen bleiben.
- 6) In keinem Falle darf das amtliche Einschreiten der Medicinal-Personen auf die zu leistende ärztliche Hülfe sich beziehen, sondern dasselbe muß sich auf die Anordnung der Maaßregeln beschränken, welche das Ausreten einer, für Leben, Gesundheit und Vermögen anderer Menschen gefährlichen Krankheit erfordert, gegen welche der Einzelne ohne den Zutritt polizeilicher Maaßregeln sich zu schützen außer Stande seyn würde.
- 7) Als Grundsatz ist daher festzuhalten, daß das Einschreiten der Medicinal-Polizei-Behörde niemals ein ärztliches Heilverfahren zum Zwecke haben darf. Mangelt es in einem gegebenen Falle an der nöthigen, ärztlichen Hülfe, so ist die Herbeischaffung derselben, Sache der principaliter oder subsidiarisch dazu Verpflichteten, welche nöthigen Falles durch die betreffenden Behörden dazu angehalten werden können. Der Medicinal-Beamte als solcher hat jedoch seiner Seits keine Verpflichtung, sich der ärztlichen Behandlung der Erkrankten zu unterziehen. Thut er es, so steht er in dieser Beziehung jedem anderen Arzte gleich, und hat nur, im Fall er von der Behörde zur ärztlichen Hülfsleistung aufgefordert wurde, seine Remuneration von dieser zu fordern. Unterzieht er sich der Behandlung auf die Aufforderung der Erkrankten selbst, oder dritter Personen, so erwächst ihm daraus kein Anspruch an die Behörden, vielmehr muß er sich im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Kranken und ihrer Angehörigen an die, zur Zahlung subsidiarisch verpflichteten Verwandten, Corporationen, oder Gemeinden halten.
- 8) Für die eigentlichen sanitätspolizeilichen Geschäfte haben die Medicinal-Be-

amtien ihre tarmäßige Remuneration von derjenigen Behörde zu fordern, durch welche sie mit dem fraglichen Geschäfte beauftragt worden sind; und es ist die Zahlung aus den, dazu bestimmten öffentlichen Fonds zu leisten.

- 9) In Betreff der Höhe der, den Medicinal-Beamten zustehenden Remuneration verbleibt es einstweilen bei den Bestimmungen der Medicinal-Taxe vom 21. Juni 1815 und seinen Ergänzungen durch das Regulativ vom 28. Juni 1825 in Betreff der Diäten und Reisekosten für commissarische Geschäfte in königlichen Dienstangelegenheiten.

Berlin, den 26. September 1842.

Der Minister der geistl., Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten. (gez.) Eichhorn.	Der Finanz-Minister. v. Bodelschwingh.	Der Minister des Innern. Graf v. Arnim.
--	---	--

theilen wir hierdurch zur Kenntnissnahme und Nachsichtung den uns nachgeordneten Kreis-Polizei- und Medicinal-Beamten mit. Merseburg, den 20. October 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 507. Den Magistraten unseres Verwaltungsbezirks wird, in Gemäßheit des §. 124. der revidirten Städteordnung, die zeitliche Aufstellung der Kammerlei-Haushalts-Etats hierdurch in Erinnerung gebracht. Die Magisträte derjenigen Städte aber, welche zur Verrichtung ihrer Gemeinde-Bedürfnisse, Anlagen zu erheben genöthigt sind, zu denen, nach der Bestimmung der §. 121. und 122. der gedachten Städteordnung und der Ministerial-Instruction zu letztern Paragraphen, vom 18. Februar 1834, die Genehmigung der unterzeichneten Regierungsverwaltung oder der königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen, einzuholen ist, werden aufgefordert, ihren beschaffigen Bericht, unter Beifügung der von der Stadtverordneten-Versammlung aufgestellten Haupt- und Neben-Verwaltungs-Etats, in beglaubigter Abschrift jedesmal rechtzeitig und spätestens bis zum 15. November jeden Jahres hier einzureichen.

Merseburg, den 24. October 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 508. Zu dem §. 14. der in unserem Amtsblatte vom Jahre 1834 (St. 27. Nr. 283.) unter dem 19. Juni desselben Jahres bekannt gemachten Vorschrift über das bei Versendung von Schießpulver zu beobachtende Verfahren, vom 23. December 1833 ist nachträglich noch der nachstehende Zusatz:

Die Vorschrift über das Verfahren bei Pulverversendungen betr.

„Diese Vorschrift findet auch auf jeden Reiter, welcher einem Pulvertransport begegnet, oder ihn einholt, eine uneingeschränkte Anwendung; nur dem Commandoführer steht die Befugniß zu, auch bei dem Pulvertransport in schnelleren Tempo zu reiten.“

für nothwendig erachtet worden, welcher mit Hinweisung auf obige Verordnung hierdurch zur allgemeinen Nachsichtung veröffentlicht wird.

Merseburg, den 29. October 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zu Gemäßheit eines an die unterzeichnete Königl. Regierung ergangenen Re- Nr. 509.  
scripts des Königl. Hohen Ministerii des Innern, wird hiermit zur öffentlichen Kennt- Die Legitima-  
niß gebracht, daß, nach den von den theiligten Regierungen getroffenen Vereinba- tionsführung  
rungen, die durch unsere Amtsblattsbekanntmachung vom 22. December v. J. (Amts- bei Reisen auf  
blatt pro 1841. Stück 47. Nr. 563. pag. 319. sq.) veröffentlichte Ministerial-Ver- der Berlin-  
ordnung vom 6. December v. J., betreffend die Legitimationsführung bei Reisen auf Anhalt-Reg-  
der Berlin-Anhalt-Magdeburg-Leipzig-Dresdener Eisenbahn, folgende zusätzlichen und deburg-Leipzig-  
ergänzenden Bestimmungen enthält: Dresden-er Ei-  
senbahn betr.

ad §. 1.

Zu denjenigen Ausländern, welche statt durch die sonst vorgeschriebenen Ein-  
gangspässe zu Reisen innerhals des §. 2. bezeichneten Bahnrayons, jetzt durch Paß-  
karten legitimirt werden, gehören auch die Einwohner des Herzoglich Sachsen-Al-  
tenburgschen Staatsgebietes, so wie hinwiederum die Einwohner des dießseitigen  
Bahnrayons zu Reisen in das Herzogthum Sachsen-Altenburg durch die ihnen er-  
theilten Paßkarten legitimirt werden.

ad §. 2.

Der Bahnrayon wird ausgedehnt:

- 1) auf den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg,
- 2) auf die landrathlichen Kreise Spremberg und Rübben des Regierungsbezirks  
Frankfurt;

er umfaßt außerdem, wie sich ad §. 1. ergibt,  
das gesammte Königreich Sachsen,  
sämmliche Gebietsheile der Herzoglich Anhalt-Cöthenschen, Anhalt-Deßauschen  
und Anhalt-Bernburgschen Lande, und  
das ganze Herzoglich Sachsen-Altenburgsche Staatsgebiet.

ad §. 3.

1) Da Zweifel darüber entstanden sind, in wiefern die Ertheilung von Paß-  
karten an Studierende zulässig und wie weit dieselben durch die akademischen Erkene-  
nungskarten für legitimirt zu crachten, so wird darüber bestimmt: daß Studierende  
auf Grund der ihnen von der Universität ertheilten Erkennungskarten zu Reisen auf  
den Eisenbahnen nicht zugelassen werden können, da die Gültigkeit der Erkennungs-  
karten auf den Universitätsort beschränkt bleibt; zur Ertheilung einer Paßkarte an  
Studierende bedarf es aber in jedem Falle eines besondern Attestes des Universitäts-  
Bevollmächtigten.

2) Unselbstständigen Familiengliedern können auf den Antrag des Vaters oder  
Vormundes nur dann Paßkarten ertheilt werden, wenn dieselben das 18te Lebens-  
jahr bereits zurückgelegt haben.

3) Ein Gleiches gilt von Handlungsdienern, denen auf besondern Antrag der  
Prinzipale Paßkarten ertheilt werden. Bei der Ausstellung solcher Karten ist über-  
dies jedesmal der Namen des Prinzipals oder des Hauses, für welche der Commis  
die Reise macht, unter den Namen des Inhabers zu vermerken. Auch sind die Prin-  
zipale auf den Mißbrauch aufmerksam zu machen, der mit solchen Karten getrieben

werden kann, wenn dieselben nach zurückgelegter Reise, und noch mehr, wenn dieselben nach dem Austritt aus dem Geschäft in den Händen der Commis verbleiben.  
ad §. 4.

Die von den Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Behörden ertheilten Paßkarten, welche seit dem 1. v. M. ausgestellt worden, gelten ausnahmsweise bis zum letzten December 1843. Hinsichtlich der hiesig ertheilten Paßkarten bewendet es dagegen bei der Vorschrift der Verordnung vom 6. December pr., wonach die Gültigkeit derselben auf das laufende Kalenderjahr beschränkt bleibt.

Merseburg, den 25. October 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 510.  
Die Bezeichnung der landständischen Flussfahrzeuge betr.

Den Eigenthümern von Schiffsgefaßen im hiesigen Regierungsbezirk wird hiermit unsere Bekanntmachung vom 21. Juni c. im 24. Stücke des Amtsblatts wegen polizeilicher Bezeichnung derselben, in soweit deren Anmeldung noch nicht erfolgt seyn sollte, hiermit in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 1. November 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 511.  
Den Tarif für den vereinigten Rösener und Saalecker Floßzoll wie folgt festgesetzt.  
nach welchem der verbundene Rösener und Saalecker Floßzoll für die Jahre 1843 bis incl. 1845 betr.

In Gemäßheit der dem Finanz-Ministerio durch die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 16. Juli 1840. ertheilten Ermächtigung wird der Tarif für den verbundenen Rösener und Saalecker Floßzoll auf die Jahre 1842. bis einschließlich 1845. wie folgt festgesetzt.

### T a r i f,

nach welchem der verbundene Rösener und Saalecker Floßzoll in den Jahren 1843. bis einschließlich 1845. zu erheben ist.

Es wird entrichtet:

#### 1) für einen Baumstamm

a) von einer Länge bis 27 Fuß . . . . .	—	Thlr.	—	Sgr.	6 1/2
b) " " " über 27 bis 36 Fuß . . . . .	—	"	1	—	—
c) " " " " 36 " 43 " . . . . .	—	"	1	9	"
d) " " " " 43 " 51 " . . . . .	—	"	3	—	"
e) " " " " 51 Fuß . . . . .	—	"	6	6	"

#### 2) für einen Rohstamm, Mast oder Spieren, von jeder Länge,

#### 3) für ein Schock Bohlen, gesäumt oder ungesäumt,

a) von einer Länge bis 15 Fuß und einer Stärke über 1 1/2 — 3 Zoll	1	15	—	—
b) " " " " 15 Fuß " " " 3 Zoll . . . . .	3	—	—	—
c) " " " " über 15 Fuß " " " 1 1/2 — 3 Zoll	3	—	—	—

#### 4) für ein Schock Bretter, gesäumt oder ungesäumt,

a) von einer Länge bis 15 Fuß und einer Stärke bis 1 1/2 Zoll	—	22	8	—
b) " " " " über 15 Fuß " " " 1 1/2 Zoll	1	15	—	—

#### 5) für ein Schock Schwartenbretter

a) von einer Länge bis 15 Fuß . . . . .	—	10	—	—
---	---	----	---	---



b) von einer Länge über 15 Fuß . . . . .	—	20	Sgr.	—	Pf.,
6) für ein Schock Rundschwarten von jeder Länge und Stärke . . . . .	—	5	—	—	—
7) für ein Schock Latzen, gesäumte,					
a) von einer Länge bis 15 Fuß und einer Stärke bis 1½ Zoll . . . . .	—	6	—	—	—
b) " " über 15 Fuß " " " 1½ Zoll . . . . .	—	12	—	—	—
8) für ein Schock Walbinnen, rohe ungesäumte, von jeder Länge und Stärke . . . . .	—	6	—	—	—
9) für ein Schock Wollgarnen . . . . .	—	25	—	—	—
10) für ein Schock Hängelkämme von jeder Länge und Stärke . . . . .	1	—	—	—	—
11) für ein Schock Wagengassen dergleichen . . . . .	1	—	—	—	—
12) für ein Schock Kettenkämme von jeder Länge und Stärke . . . . .	—	7	—	6	—
13) für ein Schock Nadeln . . . . .	—	6	—	—	—
14) für ein Schock Besen . . . . .	—	15	—	—	—
15) für ein Schock Speichen, Baum-, Farn- und Weinspfähle, Hopfen- und Flößer-Stangen . . . . .	—	1	—	6	—

### Zusätzliche Bestimmungen.

1) Die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Abgaben tritt ein, sobald die von denselben betroffenen Gegenstände

- a) innerhalb des Floßzoll-Bezirks ausgeflößt oder ausgelegt, oder
- b) über den Köfener Wehrdamm oder
- c) in die kleine Saale gebracht werden.

Der Floßzoll-Bezirk nimmt seinen Anfang beim großen Wasserriß oberhalb der Rake, an der durch eine Tafel bezeichneten Stelle und erstreckt sich bis zum Köfener Wehrdamm.

2) Bevor das Ausflößen oder Auslegen, oder die Weiterbeförderung in der vorstehend zu 1. a. b. und c. bezeichneten Art erfolgt, muß der Führer des Floßes den Inhalt des letztern nach Art und Menge des Ertrages und der Holzwaaren bei dem Floßzoll-Amte zu Köfen unter Anwendung des vorgeschriebenen Modells schriftlich anmelden und nach Abgabe des Revisionsbesundes die Abgabe gegen Quittung zahlen.

3) An demselben Tage, an welchem die Zahlung geleistet ist, und zwar in der Zeit vom Aufgange bis zum Untergange der Sonne, muß das Ausschleppen und beziehungsweise die Weiterbeförderung bewirkt werden, sofern nicht aus besondern Gründen in einzelnen Fällen eine Ausnahme nachgegeben wird.

4) So lange Gegenstände, für welche die Abgabe berichtet ist, im Floßzoll-Bezirk sich befinden, muß der Floßführer oder der Eigentümer der Gegenstände über die geschehene Verbringung der Abgabe durch die zu 2. bezeichnete Quittung sich ausweisen können; widrigenfalls die Gegenstände als abgabepflichtig behandelt werden.

5) Gegenstände, welche nach Verbringung der Abgabe ausgeflößt, oder in die kleine Saale geschafft sind, dürfen nur nach vorgängiger mündlicher Anzeige bei dem Floßzoll-Amte zu Köfen und mit der Genehmigung desselben zu Wasser weiter befördert, oder in den Floßzoll-Bezirk zurückgeschafft werden.

6) Die Floße sind von den Führern bei der Revisionsstelle in der Reihenfolge,

in welcher sie eingetroffen sind, aufzustellen oder anzulegen, und später eingetroffene Klöße dürfen die früher angekommenen weder überfahren, noch vor ihnen anlegen.

7) Wer innerhalb des Flosszoll-Bezirks abgabenspflichtige Gegenstände ausflößt oder ausseht, ingleichen wer solche über den Köfener Wehrdamm schafft, oder in die kleine Saale bringt, ohne zuvor die Anmeldung in der zu 2. angegebenen Art bewirkt und die Abgabe berichtigt zu haben, erlegt außer den tarifmäßigen Abgaben das Vierfache derselben als Strafe. Wer die Gegenstände nach ihrer Menge oder Gattung unrichtig anmeldet, erlegt außer den von dem zu wenig oder zu geringe Angemessenen, zu entrichtenden Abgaben Beträge das Vierfache desselben als Strafe.

8) Die Uebertretung einer der Vorschriften zu 3. bis 6. wird mit einer Ordnungstrafe von Einem Thaler bis Zehn Thalern geahndet.

9) Bei der Verwaltung, Erhebung und Entrichtung der Abgaben und bei dem Verfahren gegen die Angeschuldigten, finden die Bestimmungen der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819. §§. 55. bis 59. 64. 83. 84. 86. 88. bis 93. und 95. Anwendung.

Die durch Contraventionen verwirkten Strafen werden so verwendet, wie es bei Contraventionen gegen die Steuer-Gesetze vom 8. Februar 1819. und 30. Mai 1820. geschieht.

Berlin, den 9. October 1842.

Der Finanz-Minister gez. von Bodelschwingh.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz vom 9. October c.,

den Tarif für den vereinigten Köfener und Saalecker Flosszoll für die Jahre 1843. bis einschließlich 1845. betreffend, wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die darch enthaltenen Bestimmungen bei Erhebung jenes Zolles vom 1. Januar l. J. ab Anwendung finden werden.

Magdeburg, den 15. October 1842.

Der Geheimte Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.  
In Vertretung: der Geheimte Regierungs-Rath gez. Göring.

### Personal-Chronik.

Nr. 512. Der Pfarrer M. Christian Friedrich Förster zu Großleinungen, Ephorie Sangerhausen, ist am 1. October c. im 69sten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Königl. Patronats und wird in 3 Monaten wieder besetzt werden.

Nr. 513. Das Pfarramt Gorden, Ephorie Liebenwerda, Königl. Patronats, wird durch Versetzung des jetzigen Inhabers erledigt und nach 4 Wochen der Nachfolger gewählt werden.

Nr. 514. Die Schul- und Küsterstelle zu Gomlo, Ephorie Remberg, ist durch die Eintrittung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Sie ist Privatpatronats und ihre Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

40. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg, den 12. November 1842.

- Das 22. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 515.
- Nr. 2298. Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Juli 1842. den Umzugstermin des Landgesindes in den zum ständischen Verbanke der Marken Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landbestheilen betreffend.
- Nr. 2299. Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. Juli 1842. wegen Vergütung der Reisekosten für kommissarische Geschäfte in königlichen Dienstangelegenheiten an Beamte, welche nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind.
- Nr. 2300. Tarif, nach welchem das Bollwerkgeld zu Jarmen von jetzt an zu erheben ist. Vom 19. August 1842.
- Nr. 2301. Allerhöchste Kabinettsorder vom 16. September 1842., betreffend die Sicherungen der Patrimonialgerichtsherrn in Beziehung auf die Einrichtung der Depositalgefasse und Gefängnisse.
- Nr. 2302. Allerhöchste Kabinettsorder vom 16. September 1842., betreffend die Annahme von Obligationen über vom Staate übernommene provinzielle Staatsschulden als depositalmäßige Sicherheit.
- Nr. 2303. Allerhöchste Kabinettsorder vom 4. October 1842., betreffend die Bestimmung: daß die in den Preussischen Staaten erscheinenden Bücher, deren Text mit Ausschluß der Beilagen zwanzig Druckbogen übersteigt, wenn sowohl der Verfasser als der Verleger auf dem Titel genannt ist, der Censur ferner nicht mehr unterworfen seyn sollen.

Am 12. d. Mts. wurde die durch eine Aktien-Gesellschaft neu erbaute, von der Herzogl. Anhaltischen Grenze bei Gernrode über Quedlinburg nach Groppenstedt führende, 3½ Meilen messende Chaussee dem Publikum eröffnet. Dieses für den Verkehr der Stadt Quedlinburg und der dortigen Gegend so wichtige Unternehmen ist vornämlich dem Gemeinwohl der dortigen Bewohner zu danken, welche aus eigenem Antriebe sich zu demselben vereinigten und durch Zeichnung von Aktien von 50 Thlr. bis hinauf zu 3000 Thlr. in kurzer Zeit das erforderliche Bau-Kapital aufbrachten. Es verdient dieses Werk um so mehr die öffentliche Anerkennung, als dasselbe das erste derartige in hiesiger Provinz ist und es nicht aus Gewinnsucht oder Spekulation entsprang. Die Staats-Regierung, dies erkennend und würdigend, hat

Nr. 516.  
Belobung.

demselben daher vielfach ihre Theilnahme und Unterstützung zugewandt, hauptsächlich durch Bewilligung einer Prämie von 32,000 Thlr., durch Chauffirung der Wegeströcke von Heteborn bis Croppenstedt, welche unentgeltlich an die Gesellschaft übergeht, und durch die Erlaubniß, auf der ganzen Chauffee-Linie das tarifmäßige Chauffeegeld zu erheben.

Zu der gelungenen Ausführung dieses Unternehmens hat der Vorstand der Gesellschaft, Herr Landrath Weyhe zu Quedlinburg, durch seine dabei entwickelte unermüdlige Thätigkeit und Umsicht sehr erheblich beigetragen. Indem ich mich daher gern der angenehmen Pflicht entledige, seine, wie die Mitwirkung aller Theiligten hierdurch anzuerkennen, wünsche ich, es möge dieses Beispiel, wie auch geringe Kräfte vereinigt, Großes erreichen lassen, dazu dienen, bald ähnliche Unternehmungen in's Leben zu rufen.

Magdeburg, den 18. October 1842.

Der Wirkliche Geheime Rath u. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, Flottwell.

Nr. 517.

Die Aufstellung der Grundsteuer-Mutationslisten in den ehemals westphälischen Gemeinden betr.

Da seither bei Aufstellung der Grundsteuer-Mutationslisten für die ehemals Westphälischen Gemeinden uners Verwaltungs-Bezirks Seitens der Ortsbehörden nicht gleichmäßig verfahren worden ist, so haben wir uns veranlaßt gefunden: das nachfolgende Schema zu entwerfen und beispieldweise auszufüllen.

Nach diesem Schema wird jetzt eine Anzahl Formulare lithographirt und der auf mehrere Jahre erforderliche Bedarf, durch den Steuer-Controleur Voigt in Halle den betreffenden Magisträten und den Herren Landrathen zur unentgeltlichen Vertheilung an die Landgemeinden verabreicht.

Die auf dem Titelblatte der fraglichen Listen befindlichen Bemerkungen sind aufs Genaueste zu beachten und wird zu denselben nur noch hinzugefügt: daß unter 1. die beim Zugange sub 15. 50. 73. 26. 37. 22. 19. und 68. angeführten Beispiele zu verstehen sind; auf 2. finden die sub 26. und 68. vorgenommenen Eintragungen Anwendung und auf 4. beziehen sich die sub Nr. 160. 25. und Neue Nr. angegebenen Fälle.

Haben sich in einer Gemeinde im Laufe eines Jahres keine Besitzveränderungen zugetragen, so ist ein Vacatschein anzufertigen und einzureichen.

Die Mutationslisten, resp. Vacatscheine, sind mit dem Gemeinde-Exemplare der Grundsteuerrolle an den Districts-Steuer-Controleur Voigt in Halle, resp. an die Herren Landrathen, in der, in unserer Amtsblatts-Bekanntmachung vom 4. August b. J. bestimmten Frist einzusenden.

Für die Verlichtigung der Gemeinde-Exemplare sind für die Folge keine Kosten mehr zu zahlen.

Merseburg, den 26. October 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

# Nachweisung

der

seit der letzten Verichtigung der Grundsteuerrolle vorgekommenen und daher in derselben, Verhufs deren anderweitigen Verichtigung, nachzutragenden Besitzveränderungen für das Jahr 18 . .

## Bemerkungen zur richtigen Aufstellung.

- 1) Die auf der umstehenden Seite zur Linken einzutragenden, einem Besitzer abgehenden Grundstücke müssen gegenüber, nemlich zur Rechten, dem neuen Erwerber als zutretend aufgeführt werden. Sehen die in Abgang gestellten Grundstücke an mehrere Erwerber über, so sind letztere hinter einander zu verzeichnen, bevor ein zweiter Besitzer auf der linken Seite in Abgang gestellt wird, damit sich immer ersehen läßt, an wen die in Abgang gebrachten Grundstücke gekommen sind.
- 2) Hat ein Interessent von mehreren Besitzern Grundstücke erworben, so ist vor dessen Namen ein Kreuz zu setzen, wodurch dessen öfteres Erscheinen angedeutet wird; haben mehrere Interessenten von mehreren Grundbesitzern Grundstücke erworben, so muß Jeder mit einem Zeichen, z. B. einem \*, wie bei 68, markirt werden.
- 3) Außer denjenigen, welche mehrere ganze Gehöfte besitzen, die getrennt von einander bewirtschaftet werden, darf ein Besitzer in der Regel nur unter einer Nr. in der Grundsteuerrolle mit seinen sämtlichen in derselben Gemeinde-Geldmark belegenen Besitzungen vorkommen, und es ist deshalb erforderlich, daß für jeden erwerbenden Grundbesitzer die Nr. der Grundsteuerrolle, unter welcher derselbe mit seinen bisherigen Besitzungen bereits veranlagt ist, angegeben wird. Grundstücks-Erwerber, welche seither in der Rolle noch nicht standen, also noch keine Nr. haben, werden anstatt der letztern mit „neue Nr.“ bezeichnet.
- 4) Diejenigen Grundbesitzer, welche außer einem Hause auch noch Ländereien besitzen, und das Haus allein oder mit einigen Ländereien verkaufen, werden mit dem Hause und sämtlichen Grundstücken in Abgang gestellt und wird der Erwerber des Hauses wieder unter der nemlichen Nr. des Veräusserers, letzterer aber mit den für sich reservirten Ländereien unter einer neuen, oder sonst auf eine Weise zur Erledigung gekommenen Nr. in Zugang gebracht; verkauft aber ein Haus- und Ländereibesitzer vielleicht nur einige Morgen Acker, so wird er blos mit diesen und nicht mit seinem ganzen Besitzthume in Abgang gestellt. Häuser müssen übrigens, wenn sie auch an andere Besitzer übergehen, immer unter ihrer seitherigen Nr. in der Rolle stehen bleiben.
- 5) Die letzte Spalte: „Vermessener Flächen-Inhalt“ wird nur da ausgefüllt, wo bei Separationen eine Vermessung vorher wirklich stattgefunden hat.
- 6) Am Schlusse werden sowohl die als auch die zuzuschreibenden Grundstücke aufsummiert, eventuell deren Beträge von jeder Klasse bemerkt, sodann wird die Nachweisung, unter Angabe des Datums der Aufstellung, in den Städten von den Magistrats-Mitgliedern und dem Dreierheber, in den Landgemeinden dagegen von den Schulzen und Dreierheber unterschrieben.
- 7) Schließlich wird, Verhufs der richtigen Anwendung dieses Formulars, noch bemerkt: daß die bei den Auktionen und Wiesen vorkommende Angabe: „Morgen und 1/2“ für die Gemeinden der ehemaligen Grafschaft Mansfeld und des Fürstenthums Halberstadt gilt, dagegen die Angabe: „Scheffel und Mehen, sowie Fuder und Centner“ auf die Gemeinden des vormaligen Herzogthums Magdeburg Bezug hat. Die letztgenannten Gemeinden streichen daher Scheffel, Mehen, Fuder und Centner bei der Ausfüllung durch, dagegen die letztgenannten Gemeinden die Angabe: „Morgen und 1/2“ unbeachtet zu lassen haben.

Vor- und Name der Verkäufer, Erblasser u. s. w.	Bezeichnung der in Abgang kommenden Grundstücke.										Sonstige Besitzungen an Weinbergen, Forsten u., auch Art des Güterwechsels.	
	Häu- ser.	Gär- ten.	Acker.			Wiesen.			Zahl und Nr.	Mor- gen.		Ctr.
			Mor- gen.	$\frac{1}{16}$	Stuecklaß.	Mor- gen.	$\frac{1}{16}$	Stuecklaß.				
Carl Schmidt . . .			sämmliche								Verkauf.	
Wilhelm Müller . .			beugleichen.									Uebertrag vom Vater auf den Sohn.
Friedrich Walther .	1	$\frac{7}{16}$	4	6	II.	1	$\frac{3}{16}$	II.				Verkauf.
			6	8	III.	(einschürig)						
Gottfried Keller . .	—	—	2	5	I.	—	—	—				4 $\frac{1}{2}$ Morgen Weinberg.
			3	12	II.							
Christian Werner . .	—	—	—	—	—	2	—	I.				(zweischürig)
Herrmann Lange . .	1	$\frac{1}{16}$	—	—	—	—	—	—				Verkauf.
Franz Buchmann . .	1	$\frac{5}{16}$	3	$\frac{13}{16}$	II.	—	—	—				Dismembration.
			2	—	IV.	—	—	—				
Gottlob Heße . . .	—	$\frac{13}{16}$	5	8	I.	4	—	I.				5 $\frac{1}{2}$ Morgen Forsten.
			17	11	II.	(zweischürig)						
			4	6	III.							
Summa . .	3	$1\frac{10}{16}$	7	13	I.	6	—	I.				4 $\frac{1}{2}$ Morgen Weinberg.
			29	$\frac{10}{16}$	II.	1	$\frac{3}{16}$	II.				5 $\frac{1}{2}$ Forsten.
			10	14	III.							
			2	—	IV.							

Nr. der Grund- steuer- Rolle.	Vor- und Zuname der Käufer, Erbnehmer u.	Bezeichnung der in Zugang kommenden Grundstücke.										Sonstige Besitzungen an Weinbergen, For- sten u., auch Art des Güterwechsels.	Verme- sener Flächen- Zusatz.  Mrg. Ruth.
		Häu- ser.  Zahl und Nr.	Gär- ten.  Mor- gen.	Felder.			Wiesen.						
				Mor- gen.	1/2 Mor- gen.	Steuerflä- che.	Mor- gen.	1/2 Mor- gen.	Steuerflä- che.				
15.	August Berger . . .			sämmliche									
50.	Andreas Müller . .			desgleichen.									
73.	Ferdinand Wagener	1	7/8	3	2	II.	1	3/8	II.				
				2	5	III	(einschüßig)						
26.†	Christian Krüger . .	—	—	1	4	II.	—	—	—				
37.	Martin Zorn . . . .	—	—	4	3	III.	—	—	—				
22.	Emanuel Laue . . .	—	—	1	5	I.	—	—	—	2 1/2	Morgen Weinberg.		
				1	12	II.	—	—	—				
19.	Gustav Linke . . . .	—	—	1	—	I.	—	—	—				
68.*	Anton Grube . . . .	—	—	2	—	II.	—	—	—	2	Morgen do.		
26.†	Christian Krüger . .	—	—	—	—	—	2	—	I.				
							(zweischüßig)						
120.	Carl Winkler . . . .	1	1/8	—	—	—	—	—	—		Kauf.		
160.	Tobias Horn . . . .	1	1/8	—	—	—	—	—	—			55	
25.	Georg Hoffmann . .	—	—	2	1/8	II.	—	—	—			2 150	
NeueNr.	Franz Buchmann . .	—	—	1	—	II.	—	—	—			1 2	
				2	—	IV.	—	—	—			2 5	
20.	Gottlob Kreuzberg .	—	7/8	2	—	I.	—	—	—	3	Morgen Forsten.		
				5	5	II.	—	—	—				
68.*	Anton Grube . . . .	—	1/8	3	8	I.	3	—	I.	2 1/2			
				4	6	III.	—	—	—				
92.	Wilhelm Heße . . . .	—	—	5	6	II.	1	—	I.				
NeueNr.	Carl Franke . . . .	—	—	7	—	II.	—	—	—				
...	.....	2	11/8	7	13	I.	6	—	I.	4 1/2	Morgen Weinberg.		
				29	1/8	II.	1	1/8	II.	5 1/2	Forsten.		
				10	14	III.							
				2	—	IV.							

Aufgestellt

N. N. den . . . . . 18

(Der Magistrat)  
(Der Schulze)

Der Ortsh. = Erheber.  
N. N.

Nr. 518. Der bisherige Verkaufspreis der Blutegel in den Apotheken von Drei Silber-  
Den Verkaufs- groschen pro Stück kann vor der Hand und zwar bis zum Ende des Monats April  
preis der Blut- f. 38. noch keiner Ermäßigung unterworfen werden, da der Einkaufspreis derselben  
egel betr. sich noch nicht vermindert, sondern vielmehr erhöht hat.

Nach bringen dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.  
Merseburg, den 1. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 519. Zu Folge der durch unser Amtsblatt für das Jahr 1839. Seite 26. publi-  
Die Verleis- cirten Verfügung des Königl. Ministerii des Innern und der Polizei vom 17. De-  
bung des frem- cember 1838. ist in Ansehung derjenigen fremdländischen Unterthanen, welche die Ab-  
sicht, sich diesseits niederzulassen, zu erkennen geben, die Frage über die Zulässigkeit  
sich an fremde thänenrechts ihrer definitiven Aufnahme in den diesseitigen Unterthansverband jedesmal ohne Zeit-  
Staatsangehö- verlust zur Entscheidung zu bringen und diese Entscheidung der ordentlichen Polizei-  
rige betr. Obrigkeit, mithin, wo es sich von der Niederlassung eines Fremden in einer Stadt  
handelt, dem betreffenden Magistrate, und in Ansehung derjenigen, welche die Nieder-  
lassung in einem zum flachen Lande gehörenden Orte beabsichtigen, dem betr. Land-  
rath oder Dominio zu überlassen.

Da durch diese Entscheidungen, welche den Eintritt eines Fremden in den dies-  
seitigen Unterthansverband zur Folge haben, insofern das Interesse der betreffenden  
Gemeine nahe berührt wird, als derselben von dem Augenblick des verliehenen Unter-  
thanenrechts an die Möglichkeit, eines vielleicht schon in der nächsten Zeit ihr lästig  
werdenden Subjekts durch Ausweisung sich wieder zu entledigen, verloren geht, so  
machen wir den Landrathen und Dominien hierdurch zur Pflicht, über Einwanderungs-  
gesuche fremder Unterthanen nie ohne vorherige Anhörung derjenigen Gemeinde, in  
welcher jene sich niederzulassen beabsichtigen, und ohne sorgfältige Prüfung der Sei-  
tens der Gemeinde etwa erhobenen Bedenken zu entscheiden.

Den Magisträten aber empfehlen wir, die Entscheidung über Einwanderungsge-  
suche solcher Fremden, welche erklärtermaassen in der Stadt ihren Wohnsitz nehmen  
wollen, immer erst nach vorheriger Vernehmung mit den Stadtverordneten zu treffen.

Merseburg, den 3. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 520. In Folge der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 19. August d. J. erfolgt mit  
Die neue Ju- dem 1. Januar 1843.:

- 1) die Einrichtung eines Land- und Stadtgerichts zu Torgau, an der Stelle des  
bisherigen Landgerichts daselbst und für dessen Bezirk, mit Ausschluß des Ge-  
richtsamt-Bezirks Mühlberg, nebst Gerichts-Commissionen zu Annaburg,  
Belgern, Dommitsch, Herzberg, Jessen, Prettin, Schilbau,  
Schlieben, Schweinitz und Seyda, an der Stelle der bisher dort be-  
stehenden Gerichtsämter und für deren Bezirke;
- 2) die Einrichtung eines Land- und Stadtgerichts zu Wittenberg, an der Stelle  
des bisherigen Landgerichts daselbst und für dessen Bezirk nebst Gerichts-Com-



missionen zu Gräfenhainichen, Kemberg, Prenzsch, Schmiedeberg und Zahna an der Stelle der bisher dort bestandenen Gerichtsämter und für deren Bezirke;

- 3) die Zuschlagung des Gerichtsamts-Bezirks Mühlberg zum Bezirke des Land- und Stadtgerichts zu Liebenwerda und die Einrichtung einer Gerichts-Commission dieses Land- und Stadtgerichts zu Mühlberg an der Stelle des bisherigen Gerichtsamts daselbst und für dessen Bezirk,

unter Beibehaltung der den bisherigen Gerichtsbehörden eingeräumten Kompetenz-Verhältnisse.

Dies wird hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Raumburg, den 17. October 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Mit Beziehung auf die Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers Excellenz Nr. 521. vom 6. August d. J., pag. 241. des diesjährigen Amtsblattes, wornach die Vieh-  
salzanmeldungen vom künftigen Jahre an unmittelbar bei den Haupt-Zoll- und  
Haupt-Steuer-Ämtern eingereicht werden müssen, mache ich hierdurch den Viehsalz-  
bedürftenden bekannt, daß die Formulare zu den Viehsalzanmeldungen sowohl bei den  
bemerkten Haupt-Ämtern, als auch bei den von denselben abhängenden Unter-Äm-  
tern, Salzfactorien und Salzdebitsstellen auf den Salinen, nicht aber bei den kon-  
trafällischen Scllereien und Salznieberlagen, zu erlangen sind.

Die Formulare zu den Viehsalzanmeldungen betr.

Magdeburg, den 17. October 1842.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung: der Geheime Regierungs-Rath gez. Göring.

Nach einer Benachrichtigung Seitens Sr. Excellenz des Herrn Ministers des  
Innern vom 6. d. Mis., haben Se. Majestät der König durch Allerhöchste Cabinets-  
Orbre vom 18. v. Mis., zur Wiederbesetzung der durch den Abgang des verstorbenen  
Königlichen Wirklichen Geheimen Raths Herrn Köhler erledigten Stelle eines Stell-  
vertreters des Präsidenten des Curatoriums der Preussischen Renten-Versicherungs-  
Anstalt, den Königlichen Geheimen Ober-Finanz-Rath und Chef der General-Lotter-  
rie-Direction Herrn Paalzow auf die nächsten drei Jahre für diese Stelle zu er-  
nennen geruhet.

Nr. 522.  
Preussische  
Renten-Versicherungs-  
Anstalt betr.

In Gemäßheit des §. 44. der Statuten der gedachten Anstalt wird solches hier-  
durch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 13. October 1842.

Der Präsident des Curatoriums der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

(gez.) v. Reiman.

Den Fabrikanten Julius Wirth und Karl Voos zu Perestotten bei So-  
lingen ist unter dem 9. October 1842. ein Patent auf eine Walz-Vorrichtung für  
Lafelmesser, Klingen, Hobel-Eisen und Bruchbandsabern, in der durch eine Zeichnung  
und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf Sechs Jahre, von jenem  
Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 523.  
Patent-Er-  
theilung.

# Personal-Chronik.

Nr. 524. Die mit dem Pfarramt zu Gursdorf und dem Diconate zu Schkenditz verbundene Superintendentur kommt durch Versetzung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung. Der Vorschlag zur Wiederbesetzung derselben wird in 4 Wochen gemacht werden.

Nr. 525. Der Pfarrer Johann Christoph Gramer zu Leicha, II. Ephorie Halle, ist am 26. October c. fast 81 Jahr alt gestorben.  
Die Stelle ist Königl. Patronats und wird in zwei Monaten wieder besetzt.

Nr. 526. Die Cantor- und dritte Knabenlehrerstelle zu Querfurt ist durch Emeritirung, die Organisten- und Elementarschulstelle daselbst durch Weiterbeförderung ihres Inhabers erledigt. Beide Stellen sind Privat-Patronats. Ihre Wiederbesetzung ist bereits eingeleitet.

Die Schul- und Küsterstelle in Holzweißig, Ephorie Bittersfeld, ist durch das Ableben ihres Inhabers gleichfalls erledigt. Sie ist Königl. Patronats und wird binnen 4 Wochen der Amtsnachfolger ernannt werden.

Nr. 527. Die Verwaltung der 2ten Actuarienstelle bei dem Land- und Stadtgerichte zu Liebenwerda mit der Befugniß der Theilnahme an den richterlichen Arbeiten daselbst ist den 19. September c. dem Oberlandesgerichts-Assessor Ludwig Körbin verliehen;

der am 28. August 1841. aus dem Justizdienste entlassene Referendarius Friedrich Wilhelm Schulze ist dem Vorbehalte gemäß, in denselben am 24. October c. wieder eingetreten;

der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius Rudolph Karl Göltsin Arendt ist den 24. September c. verstorben;

die hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren Georg Herrmann Wernicke und Otto Traugott Brehme sind den 30. September und 6. October c. zu Oberlandesgerichts-Referendarien ernannt;

die Auskultatoren Heinrich Conrad von Holleuffer und Albert Bernhard Franz sind den 26. September resp. 6. October c. von dem Königl. Kammergerichte in Berlin, der Auskultator Theodor Alexander Bernhard von Schön aber ist den 4. October c. von dem Königl. Oberlandesgerichte zu Königsberg zu dem hiesigen Oberlandesgericht versetzt;

der Dr. jur. Karl Otto Müller und die Candidaten der Rechte, Karl Wilhelm Remigius Bartels, Karl Albert Wegener und Georg Alexander Tiska Dalkowsky sind den 17. October, 24. October und 29. October c. zu Auskultatoren bestellt.

Nr. 528. Der bisherige Obersteiger Grünberg zu Tollwitz ist, mit Beibehaltung seines Wohnorts, zum Vice-Berg-Geschwornen ernannt worden.

Hierzu ein Extrablatt, 4 Bogen stark, welches jedoch einige Tage später, als das Amtsblatt selbst, versendet werden wird.

# — 1 — E x t r a = B l a t t

zum

40. Stück des Regierungs- = Amtsblatts.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. November 1842.

## R e g u l a t i v zur Erhebung und Beaufsichtigung der

durch das Gesetz vom 30. Mai 1820. angeordneten Mahl- und  
Schlachtsteuer in Halle.

Nr. 529.

Mehrere, seit Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer in Halle eingetretene Veränderungen, machen es nothwendig, das bisherige Mahl- und Schlachtsteuer-Regulativ vom 29. September 1821. hierdurch vom 1. December d. J. ab, außer Anwendung zu setzen, und dagegen mit demselben Zeitpunkte das nachstehende Regulativ in Wirksamkeit treten zu lassen.

### Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 1.

Die Mahl- und Schlachtsteuer ruht zunächst auf dem Stadtbezirke von Halle. A. Detaille wegen Solcher wird für jetzt begrenzt durch gerade Linien, welche die nachgenannten, mit zung der Steuerpflichtigkeit. in den erwähnten Bezirk fallenden, äußersten Punkte desselben unter sich verbinden.

Diese Linien gehen von der, vor dem Kirchthore belegenen Steinmühle zu <sup>1) Stadtbezirk.</sup> dem Punkte der Wagdeburg-Leipziger Chaussee, wo diese von der direct zum Geistthore führenden Chausseestrecke sich trennt, von hier bis an den Rand des Rossmarkts, dann zum Krausenschen Grundstücke, von da, die Eisenbahn durchschneidend, zu den mit einer Bewehrung umgebenen Eisenbahn-Grundstücken bis an den Punkt, wo die Eisenbahnlinie die Canenaer Straße durchschneidet, von dort nach der an der Leipziger Chaussee belegenen Canenaer Brücke, von dieser nach dem Punkte der Merseburger Chaussee, wo Letztere unterhalb des Viertelmeilen- und Ruthensteins Nr. 25. von dem Canenaer Wege durchschnitten wird, von hier zum Meierschen Berge (sonst Ludwig 1c.), von da zum Thieleschen Berge, von dort zum Pulverwehr, von diesem, auf dem linken Ufer des um die Egge führenden Saalarms, bis zur hohen Brücke, von hier auf dem linken Ufer der großen Saale zum Simrizer Ueberfall zur vorgenannten Steinmühle.

Der Stadtbezirk begreift also jetzt:

- a) die eigentliche Stadt nebst Vorstädten, welche die Stadthore und Mauern begrenzen,

b) sämtliche, vor den Thoren bis zu dieser Linie belegenen Häuser und einzelne Etablissements, als:

**vor dem Kirchthore:** 1) die Steinmühle, 2) die Ziegelscheune nebst Zubehör, 3) Krappes Kaffeehaus, 4) den Dzondischen Garten, 5) Wegscheiders Besizung, 6) das neue Werk, Brauerei, 7) das Zuchthaus;

**vor dem Geistthore:** 8) die Scheune des Deconom Kirchner;

**vor dem Steinthore:** 9) den Dr. Lutherschen Garten, 10) den grünen Hof, Gasthof, 11) Albrechts Haus, 12) die vom Buchererschen bis Dieleischen Grundstück belegenen Häuser und Gebäude zwischen dem Stein- und Leipziger Thore, 13) den Funkschen Garten, 14) das Krausesche Grundstück, 15) die Maille, Wirthshaus, 16) das Chausseewärterhaus, der Maille gegenüber;

**vor dem Leipziger Thore:** 17) die goldene Kugel, Gasthof mit der Schmiede, 18) Grundmanns Wirthshaus, 19) Gasthof zum Prinz Carl nebst Zubehör, 20) den Bahnhof nebst dazu gehörigen Etablissements, 21) die Bernheimsche Besizung;

**vor dem Manneschen Thore:** 22) den Richterschen Garten, 23) den Fürstenbergischen Garten, 24) das Preßlersche Grundstück, 25) den Schmidtschen Garten, 26) den Pfeifferschen Garten, 27) Meiers Berg, sonst Ludwig etc.;

**vor dem Glauchathore:** 28) Thiels Berg, 29) Wohnhaus des Fischers Elgisch;

**vor dem Schifferthore:** 30) die goldene Egge, Wirthshaus, 31) das Bachhaus, 32) das Herrenhaus, 33) das Kohlenmessenhaus, 34) die Teuschersche Mühle, 35) das Beckersche Haus, 36) den Saalhof, Gasthof, 37) Werthers Gebäude nebst Zubehör, 38) den Gasthof zur Stadt Eöln nebst Zubehör, 39) die Königl. Saline;

**zwischen dem Schiffer- und Kirchthore:** 40) das Schleusenhaus, Königl. Gebäude.

Zum Stadtbezirk werden auch alle innerhalb desselben in Zukunft neu entstehenden baulichen Anlagen gehören.

## §. 2.

Alle jetzt vorhandenen oder künftig entstehenden Ortschaften und einzelne Etablissements, deren Anfangspunkte von der letzten bewohnten Anlage des Stadtbezirks (§. 1.) in gerader Richtung nicht über eine halbe Meile entfernt sind, bilden mit dem dazwischen liegenden Raume den äußern Stadtbezirk, in welchem nur die im §. 14. des Wahl- und Schlachtsteuer-Gesetzes vom 30. Mai 1820., benannten Gewerbetreibenden, neben der Klassensteuer, die Wahl- und Schlachtsteuer zu entrichten haben.

Für jetzt sollen dahin gerechnet werden:

- 1) das Kaffeehaus zur Weintraube, 2) die Eberhardsche jetzt Lehmannsche Besizung, 3) Siebichenstein, Dorf nebst Königl. Domaine, 4) Eröllwitz, 5) die Kreuzschäferei mit Vorwerk, 6) Schmellers Besizung, 7) der Reilsche

1) Außerer Stadtbezirk.

Berg, jetzt Krusenbergs Besizung, 8) Trotha, Dorf, 9) Mählich, Dorf, 10) Posthorn, Gasthof, 11) Zöberitz, Dorf, 12) der an der Berliner Chaussee gelegene Gasthof zur grünen Tanne, 13) Diemitz, Dorf und Chausseehaus, 14) Freienseide, Rittergut, 15) die Difiersche Besizung, der Kessel genannt, 16) Burg, Dorf, 17) Capellenende, Dorf, 18) Reideburg, Dorf, 19) Bieschdorf, Dorf, 20) Schönnnewitz, Dorf, 21) Grondorf, Dorf, 22) Sagisdorf, Dorf, 23) Canena, Dorf und Rittergut, 24) Bruckdorf, Chausseehaus, 25) Weesen a. d. Elster, Dorf und Rittergut, 26) Broihanschenke, Gasthof, 27) Wörmlich, Dorf und Rittergut, 28) Bölsberg, Dorf und Mühle, 29) Passendorf, Dorf, Rittergut und Windmühle, 30) Angersdorf, Dorf, 31) Nietleben, Dorf und Windmühle, 32) Fasanerie nebst Zubehö, 33) von Ladenbergsche Weinberg, 34) die Schiffchen Weinberge, 35) von Ebersteinsche Weinberg, 36) die Ziegelei von Gansauge, 37) Vorwerk Gimritz mit Mühle und Zubehö, 38) die Abdeckerei, 39) das im Bau begriffene Irrenhaus.

### §. 3.

Beide Bezirke (§. 1. und 2.) mit allen in Bezug auf Mahl- und Schlachtsteuer erlaubten oder verbotenen Eingängen und Straßen, einschließlich der Saale und der darauf befindlichen Fahrzeuge, stehen für die Mahl- und Schlachtsteuer unter der Aufsicht der Steuerbeamten.

B. Beamte.

1) zur Aufsicht.

### §. 4.

Die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer geschieht durch die Steuer-Expedition zu Halle, welche sich zur Zeit in dem städtischen Waagegebäude, Nr. 1050c. an der Neumühle befindet, und durch die Thor-Controleure in so weit, als dieselben nach §. 107. dazu befugt sind. Die zulässigen Abfertigungsstunden bestimmt der §. 15.

### §. 5.

Der Transport aller Fleisch- und Waaren, ingleichen der Mühlenfabrikate vom Eintritte in den Stadtbezirk (§. 1.) so wie von den Mühlen ab bis zur erlangten schließlichen Abfertigung ist, gleichviel, ob dergleichen Gegenstände für den Stadtbezirk oder bloß zum Durchgange bestimmt sind, nur auf den nachstehend (§. 6. und 7.) bezeichneten Steuerstraßen und zwar ohne Abweichung, ohne Aufenthalt und ohne irgend eine Veränderung, Vermehrung oder Verminderung der resp. ein- und durchzuführenden Gegenstände, zulässig.

C. Steuerstraßen i. Eingänge in den Stadtbezirk.

1) Steuerstraßen.

a) Einhaltung selbst.

Beim Transport des Viehes, sind die §. 95. 102. und 103. ertheilten Vorschriften zu befolgen.

### §. 6.

1) Die vom Dorfe Siebichenstein herkommende und gerade zum Kirchthor führende Straße, innerhalb der Stadt aber, vom Kirchthore ab, über den Platz am Kirchthore, durch die breite Straße in die Geißeßstraße, durch das Ulrichsthor, dann rechts die kleine Ulrichstraße entlang, rechts durch die Ranzleigasse über den Domplatz durch die Mühlgasse zur Steuer-Expedition.

b) Begelung Steuerstraßen.

aa) nach den Thoren und der Steuer-Expedition, so wie dem Stadtbezirk durch denselben.

2) Die vom Dorfe Trotha herkommende, nach dem Geißeßthore führende

Magdeburger Chaussee, vom Geistthore ab die Geiststraße entlang durch das Ulrichsthor wie Nr. 1. zur Steuer-Expedition.

3) Die Dessauer Straße, welche links am Rossmarkt vorübergeht, in gerader Richtung fortläuft, den Lutherschen Garten rechts und den grünen Hof (Gasthof) linker Hand behält, dann die Magdeburg-Leipziger Chaussee durchschneidet und von hier aus gerade zum Steinthore führt; von hier ab in der Stadt, die gerade Straße nach dem innern Steinthore hinunter, die große Steinstraße entlang, rechts über den großen Schlamm, durch die kleine Klausstraße, über den Domplatz, durch die Mühlgasse zur Steuer-Expedition.

4) Der vom Dorfe Mäglich kommende Weg, welcher rechts am Rossmarkt vorbeigeht, dann in die Dessauer Straße einfällt und von hier, wie vorstehend Nr. 3. durch das Steinthor zur Steuer-Expedition.

5) Die Berliner Chaussee, welche den grünen Hof linker Hand läßt, ohne weit dieses Gasthofes die Magdeburg-Leipziger Chaussee durchschneidet und dann wie vorstehend Nr. 3. durch das Steinthor zur Steuer-Expedition.

6) Der Reideburger Fahrweg, an den Bahnhof's-Gebäuden links, dem Grundmannschen Wirthshause rechts vorüber, die goldene Kugel (Gasthof) ebenfalls rechts lassend, gerade zum Leipziger Thore; von hier in der Stadt, durch die Oberleipziger Straße, die Leipziger Straße entlang, über den Markt in die große Klausstraße, dann rechts durch die kleine Klausstraße, über den Domplatz, durch die Mühlgasse zur Steuer-Expedition.

7) Die von Leipzig kommende Chaussee, welche die Bahnhof's-Gebäude und das Grundmannsche Wirthshaus rechts lassend, vor der goldenen Kugel vorüber, nach dem Leipziger Thore führt; von hier ab in der Stadt, wie Nr. 6., zur Steuer-Expedition.

Außerdem wird zum Transport der mit den Dampfswagenzügen eingehenden mahl- und schachtsteuerpflichtigen Gegenstände, welche sämmtlich kontrollepflichtig sind, der vom Bahnhof direct zur Leipziger Chaussee führende, im innern Stadtbezirk liegende, Fahrweg gestattet, und müssen die steuerpflichtigen Gegenstände, mit Innehaltung der vorbezeichneten Straßen, am Leipziger Thore zur weitem Abfertigung gestellt werden.

8) Die Merseburger Chaussee, den Gasthof zum Prinz Carl links, das Grundmannsche Wirthshaus rechts lassend, direct zum Leipziger Thore; von hieraus in der Stadt wie Nr. 6. zur Steuer-Expedition.

9) Die zwischen dem Richterschen und Fürstenbergschen Garten hinunter gerade nach dem Kanneschen Thore führende alte Salzstraße; von dort in der Stadt, den Steinweg entlang, über den Frankenplatz durch die Kannesche Straße, über den alten Markt durch die Schmeerstraße, über den Markt in die große Klausstraße, dann rechts durch die kleine Klausstraße, über den Domplatz, durch die Mühlgasse nach der Steuer-Expedition.

10) Der vom Dorfe Beesen kommende Fahrweg, welcher zwischen dem Fürstenbergschen- und Schmidtschen Garten hinunter, gerade nach dem Kanneschen Thore führt; von hier in der Stadt wie Nr. 9. zur Steuer-Expedition.

11) Die vom Dorfe Böllberg kommende Fahrstraße, welche den Meierschen Berg links, den Pfeifferschen und Schmidtschen Garten aber rechts lassend, nach dem Ranneschen Thore führt; von dort in der Stadt wie Nr. 9. zur Steuer-Expedition.

12) Die vom Dorfe Böllberg kommende, an dem Thieleschen Berge vorüberführende Straße in gerader Richtung nach dem Glauchaschen Thore; von hier in der Stadt, durch die Bergglauchastrasse, hinterm Spital, über den Hospitalplatz, an der Glauchaschen Kirche, am Morizthore und an der Moritzkirche vorüber, über den alten Markt, durch die Schmeerstraße wie Nr. 9. zur Steuer-Expedition.

13) Die von Eisleben kommende, zur hohen Brücke führende Chaussee; von der hohen Brücke ab an dem Gasthofe zum Saalhof, dem Wertherschen Gebäude, der Stadt Eöln und der Königl. Saline vorüber, über die dort befindliche Schifferbrücke nach dem Schifferthore; von hier in der Stadt gerade nach dem Klaussthere, über die große Klausstraße, links die Domgasse hinauf, über den Domplatz durch die Mühlengasse zur Steuer-Expedition.

Dieselben Steuerstraßen müssen eingehalten werden, wo es darauf ankommt, den Ausgang aus dem Stadtbezirk nachzuweisen.

#### §. 7.

Im Innern des Stadtbezirks muß der Verkehr zwischen den städtischen Mühlen — §. 18. a. — und der Steuer-Expedition folgende Straßen einhalten.

bb) zwischen den Mühlen und der Steuer-Expedition.

1) Für die Neumühle:

die gerade Richtung von dieser Mühle zur Steuer-Expedition.

2) Für die Bäcker- und Rüstnermühle, ingleichen für die Fehlingsche Graupenmühle:

der gerade Weg von diesen Mühlen über die dortige Mühlengraben-Brücke, die Kyrißsche (sonst Reilsche) Badeanstalt rechts lassend, zur Steuer-Expedition.

1) Die Strecke der Magdeburg-Leipziger Chaussee, von dem Punkte ab, wo sich diese von der zum Geistthore führenden Chaussee trennt, dann in südöstlicher Richtung, den Dr. Lutherschen Garten, den grünen Hof, den Funckschen Garten, die Maille und das Grundmannsche Wirthshaus links lassend, fortläuft, bis dahin, wo sie vor dem Leipziger Thore mit den Anfangspunkten der Leipziger und der Merseburger Chaussee zusammentrifft, welche Chausseestrecke zwar im Stadtbezirk liegt, aber keine steuerpflichtige Gegenstände aufnehmen darf, wird ausnahmsweise und für erweislich nicht in den Stadtbezirk von Halle bestimmte mahl- und schachtsteuerpflichtige Gegenstände freigegeben.

Landstraßen.

2) Der von der Steinmühle herkommende, hinter dem Trappeschen Kaffeehause bis zur Magdeburger Chaussee fortlaufende Mühlenweg, welcher etwa 400 Schritte vor dem Geistthore die erwähnte Chaussee durchschneidet, sich eine kurze Strecke auf dieser nach dem Geistthore zuwendet, dann aber links den, zu der zunächst nach Leipzig führenden Chaussee einschlägt, sonst ein für den Transport mahl- und schachtsteuerpflichtiger Gegenstände unerlaubter Weg, soll ausnahmsweise für das Landgemahl, welches von den Mahlgästen aus Niemitz, Möglich,

Braschwig, Jöberitz, Peißen, überhaupt von den Bewohnern der in dieser Richtung belegenen Ortschaften in der Steinmühle bereitet wird, erlaubt seyn. Doch muß das fertige Gemahl, welches von den Mahlgästen genannter Ortschaften aus der Steinmühle durch den Stadtbezirk (§. 1.) geführt wird, mit steuerlicher Begettung (Mahlfreischeine) versehen seyn.

§. 8.

Es ist der Eingang in die Stadt und der zu erweisende Ausgang aus derselben nur zulässig

- 1) durch das Kirchthor, 2) durch das Geistthor, 3) durch das Steintor, 4) durch das Leipziger Thor, 5) durch das Mannische Thor, 6) durch das Glaucha'sche Thor, 7) durch das Schifffertor.

§. 9.

Zu Wasser ist der Eingang mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände nur erlaubt, wenn solche mit andern Schiffsladungen gemischt, an den Packeis gelangen.

§. 10.

- 3) Verbot aller andern Eingänge.

Das in der Nähe des Gottesackers belegene, auf die große Steinstraße führende Schimmelsthor, ist, so wie alle übrigen Pforten und Eingänge im Stadtkreis, für den Eingang mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände verboten.

Außer dem §. 9. angegebenen Falle gilt für den Wassertransport mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände auf sämtlichen Armen der Saale ein gleiches Verbot.

§. 11.

- 4) Meldung bei dem Thor-Expeditionen.

Bei dem Eingange mit mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen in die Stadt und bei deren zu erweisenden Ausgange aus derselben, ist vor der Thor-Expedition anzuhalten, die ein- oder auszuführenden Gegenstände sind derselben nach Art und Gattung, Menge und Zahl der Frachtsücke genau anzufagen und mit den etwa dazu gehörigen Papieren, zur Untersuchung und Abfertigung zu stellen, auch die hierbei erforderlichen Handlungen nach Anweisung der Aufsichtsbeamten zu verrichten oder verrichten zu lassen, es mag eine Steuerentrichtung bei der Thor-Expedition erfolgen können, oder nicht.

§. 12.

Auch solche von außerhalb kommende, der Mahl- und Schlachtsteuer unterworfenen Gegenstände, welche im Stadtbezirke, außerhalb der Ringmauer bleiben sollen, so wie diejenigen, welche für Steuerpflichtige des äußern Stadtbezirks, bestimmt sind, müssen, bevor sie anders wohin gelangen, ohne den mindesten Aufenthalt, auf der nächsten der im §. 6. bestimmten Straßen zu der betreffenden Thor-Expedition geführt und angemeldet, und nach Befinden der Umstände, zur Steuer-Expedition (§. 4.) gebracht werden.

§. 13.

- 5) Zeit für den Eingang und Abfertigung, bei der Steuer- und Waage-Expedition.

Die Steuer- und Waage-Expedition ist täglich mit Ausschluß der Sonntage und Feiertage, für die Abfertigung geöffnet, und zwar:



- a) in den Wintermonaten October bis einschließlich Februar Vormittags von 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1 bis 5 Uhr, und
- b) in den übrigen Monaten Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

§. 14.

Die Thor-Controleure geben die Abfertigungen, welche sie vollständig und schließlich, ohne Theilnahme der Steuer-Expedition ertheilen dürfen

1) bei den Thor-Expeditionen.

- a) in den Monaten October bis einschließlich Februar von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,
- b) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

§. 15.

Nur innerhalb dieser Dienststunden §. 13. und 14. dürfen Gegenstände, je nachdem solche der Abfertigung bei der Waage und Steuer-, oder nur bei der Thor-Expedition bedürfen, in den Stadtbezirk eingehen.

Bestimmungen in die unter 1. und 2. genannten Stellen.

Der Eingang muß so zeitig erfolgen, daß die Gegenstände vor Ablauf der Dienststunden bei der Steuer-Expedition, sofern solche die schließliche Abfertigung zu ertheilen hat, eintreffen, jedoch kann während der nach §. 13. für die Abfertigung geschlossene Mittagszeit und des Morgens eine Stunde vor Anfang der Dienststunden, der Eingang zu der Waage-Expedition erfolgen; die Sachen müssen aber dort unverändert bis zum Beginn der Dienststunden verbleiben.

Mühlensfabrikate, bei denen es zweifelhaft ist, zu welchem Steuerfasse sie gehören, können bei den §. 14. genannten Stellen nur abgefertigt werden, so lange das Tageslicht ihre gründliche Revision zuläßt.

§. 16.

Die Dienststunden, in welchen die Beamten im Kirch- und Oberglauchthore die Verwiegung des zur Stein- und Böllberger Mühle gehenden Gemahls zu bewirken haben, sind die im §. 13. angegebenen Stunden.

3) bei den Waage-Expeditionen im Kirch- u. Oberglauchthore.

## Zweiter Abschnitt.

### M a h l s t e u e r.

§. 17.

Sämmtliche, im innern und äußern Stadtbezirke (§. 1. und 2.) vorhandene und später noch entstehende Mühlen, sind der Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen, die nach Maaßgabe des Mahlguts, welches die Mühle gewöhnlich fördert, eine besondere oder allgemeine ist.

A. Aufsicht auf die Mühlen.  
I. Deren Ausdehnung im Allgemeinen.

§. 18.

Unter solcher besondern Aufsicht der Steuerbehörde stehen:

II. Nach Verschiedenheit der Mühlen.

- a) die innerhalb der Stadt belegenen Mühlen:
  - 1) die Reumühle, 2) die Bädernmühle, 3) die Rüsternmühle, 4) die Fehlingsche Graupenmühle;
- b) die unmittelbar an der Stadt belegene
- 5) Teuchersche Graupenmühle;
- c) die vor der Stadt belegenen Mühlen:

1) Mühlen unter besonderer Aufsicht.

6) die Steinmühle, 7) die Böllberger Mühle.

Was bei Benutzung und dem Betriebe der zu a. und b. erwähnten Mühlen zu beobachten ist, enthalten die §§. 23—30., 32—42., 53—69.

Was die zu c. bezeichneten Mühlen betrifft, ist in den §§. 23—30., 32. bis 46., 53—69. bestimmt.

#### §. 19.

a) Mühlen unter allgemeiner Aufsicht.

Neben diesen, unter besonderer Controle gestellten, Mühlen, sind alle im äußern Stadtbezirk belegenen Mühlen einer allgemeinen Aufsicht der Steuerbehörde unterworfen; für jezt namentlich:

1) die Mühle zu Trotha, 2) die Gimriger Mühle, 3) die Nietleber Windmühle, 4) die Passendorfer Windmühle.

Was für diese Mühlen sowohl von den Mahlgästen, als von den Mältern zu beobachten ist, bestimmen die §§. 47—52., 70—77.

#### §. 20.

b) Privatmühlen.

Für Mühlen zum Privat-Gebrauch, soweit solche überhaupt gesetzlich zulässig sind, bestehen besondere Vorschriften.

#### §. 21.

c) Mühlen für andere Zwecke.

Mühlen, welche nicht dazu eingerichtet und bestimmt sind, Gemahl aus Körnern zu bereiten, dürfen dazu ohne Bestimmung der Steuerbehörde auch ferner nicht eingerichtet und benutzt werden und stehen in dieser Hinsicht unter der Aufsicht der Steuerbehörde.

#### §. 22.

d) Neu entstehende Mühlen.

Neue Mühlen dürfen im Stadtbezirk und im äußern Stadtbezirk nur mit Vorwissen der Steuerbehörde angelegt werden, welche vorher bestimmen wird, wie solche neue Anlagen in Bezug auf Mahlsteuer zu behandeln sind.

#### §. 23.

e) Behandlung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.

Von dem steuerpflichtigen Mahlgute, welches auf den im §. 18. a. b. c. genannten Mühlen bereitet werden soll, muß vorher die Körnersteuer nach §. 3. des Gesetzes vom 30. Mai 1820 entrichtet werden.

#### §. 24.

f) Allgemeine Bestimmung.

Auf den unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen (§. 19.) wird von dem steuerpflichtigen Mahlgut für Bewohner des Stadtbezirks und für die Gewerbtreibenden des äußern Stadtbezirks nicht die Körnersteuer, sondern die Eingangsteuer, nach §. 15. des Gesetzes vom 30. Mai 1820. und den Vorschriften §. 107. und 108. dieses Regulativs entrichtet.

Eine Ausnahme hiervon macht die Gimriger Mühle, indem von dem steuerpflichtigen Mahlgut für Bewohner des Stadtbezirks und für die im §. 14. des Gesetzes und im §. 2. dieses Regulativs bezeichneten Gewerbtreibenden des äußern Stadtbezirks, bevor dasselbe zu dieser Mühle gelangt, die Körnersteuer entrichtet werden muß.

#### §. 25.

g) Mahlscheine.

Auf den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen (§. 18.) muß alles Mahlgut mit genau damit übereinstimmenden Mahlscheinen versehen seyn.

h) deren Erforderniß.

Diese werden nach Verschiedenheit der Fälle erteilt:

- 1) für die in der Stadt belegenen Wassermühlen:
  - a) von der Steuer-Expedition §. 35.,
  - b) von der damit verbundenen Waage-Expedition §. 38. und 40.,
  - c) von den Waage-Expeditionen im Kirch- und Oberglauch-Thor §. 42.;
- 2) für die Außenmühlen:
  - a) von der Steuer-Expedition §. 43. 44. 50. und 51.,
  - b) von den Waage-Expeditionen im Kirch- und Oberglauch-Thor §. 45. und 46.

§. 26.

Ueber weniger als 1 Etr. Getreide wird ein Mahlschein nicht ausgefertigt. Wer gleichzeitig mehr als 3 Etr. zur Mühle zu senden beabsichtigt, kann nach seiner Wahl einen oder mehrere Mahlscheine nehmen, einzelne jedoch nicht über ein Gewicht unter 3 Etr.

b) in Bezug auf Men-  
der Körner.

§. 27.

Ueber Getreidearten, welche verschiedenen Steuersätzen unterliegen, werden verschiedene Mahlscheine ausgefertigt, also für Getreide zur Hauptsteuer, nach dem Sage von 20 Egr. vom Centner besondere und für Getreide zur Hauptsteuer von 5 Egr. für den Centner, ebenfalls besondere.

c) in Bezug auf Ki-  
nnergattung.

Wer Körner von verschiedenen Steuersätzen in Vermischung mahlen lassen will, muß von dem ganzen Gemenge, auch wenn die Beimengung von Körnern zum ersten Sage nur gering wäre, den höhern Steuersatz entrichten.

§. 28.

Getreide zur Mühle und Gemahl aus der Mühle darf nur in den Stunden, welche §. 56. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819. vorschreibt, angenommen und verabfolgt werden, mit den Erweiterungen, daß in den für die Expedition geschlossenen Mittagsstunden und Morgens eine Stunde vor derenöffnung die Anfuhr zur Expeditionsstelle geschehen kann. Die betreffenden Gegenstände müssen jedoch dort unverändert bis zuröffnung der Expedition verbleiben.

3) Transport zu u  
aus der Mühle.

Diejenigen Getreidemenge, worauf ein Mahlschein lautet, muß zusammen zur Mühle und das daraus bereitete Gemahl zusammen aus der Mühle, und soweit Verwiegung vorgeschrieben ist, zur Waage gehen.

Auch muß das Getreide ebenfals denselben Tag, und zwar, ist es in den Vormittagsstunden versteuert, am Vormittag, und sonst am Nachmittag zur Mühle gebracht werden.

Es dürfen die Müller ältere Mahlscheine nicht annehmen, wenn die Abfertigungsstelle nicht in besondern Fällen eine Ausnahme auf dem Mahlscheine ausdrücklich bewilligt hat.

§. 29.

Die Säcke mit Mahlgut müssen mit dem vollständig ausgeschriebenen Namen des Mahlgastes und seines Wohnorts, in großen schwarzen Buchstaben, deutlich bezeichnet seyn.

4) Bezeichnung  
Säcke.

Diese Bezeichnung müssen die Säcke nicht bloß in der Mühle und beim

Transport des Getreides zu derselben und zur amtlichen Abfertigung, sondern auch beim Transport aus der Mühle haben.

Für die Befolgung dieser Vorschrift ist sowohl der Müller als der Mahlgast verhaftet.

§. 30.

5) Gewichts-Verhältnis des fertigen Gemahls zu den Körnern.

Bei der Verwiegung des fertigen Gemahls gelten die folgende Sätze für das zurückkommende Gemahl im Vergleiche zu den versteuerten Körnern und zwar ohne Rücksicht auf Anfeuchtung:

- a) von einem Centner Weizen, geschrootet 109 Pfd. Schroot, gebeutelt 92 Pfd. Mehl, 12 Pfd. Kleie, 2½ Pfd. Steinmehl;
- b) von einem Centner Roggen, geschrootet 109 Pfd. Schroot, gebeutelt 94 Pfd. Mehl, 11 Pfd. Kleie, 3 Pfd. Steinmehl;
- c) von einem Centner Gerste, geschrootet 109 Pfd. Schroot, gebeutelt 91½ Pfd. Mehl, 13 Pfd. Kleie, 2 Pfd. Steinmehl;
- d) von einem Centner Gerste zu Graupen:
  - 1) 14 Pfd. feine Graupe, 36 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot;
  - 2) 45 Pfd. mittlere Graupe, 15 Pfd. Mehl, 40 Pfd. Futterschroot;
  - 3) 66 Pfd. gewöhnliche Graupe, 10 Pfd. Mehl, 24 Pfd. Futterschroot;
  - 4) 40 Pfd. gerissene Graupe, 8 Pfd. Grütze und Gries, 27 Pfd. Mehl, 20 Pfd. Spelsen;
- e) von einem Centner Hafer geschrootet 108 Pfd. Schroot.

Findet sich mehr vor, so tritt, den Umständen nach, Versteuerung des Uberschusses, oder, wenn das Gesamtgewicht an Schroot, Mehl oder Graupe und Abgang das auf dem Mahlscheine angegebene Körnergewicht überschreitet, Strafverfahren ein. Mehr Kleie, als diesen Sätzen gemäß, darf nicht vorhanden seyn. Findet sich mehr vor, so wird der Schuldige zur Verantwortung und resp. Strafe gezogen.

§. 31.

6) Abfertigung des Mahlguts nach Verschiedenheit der Fälle.

Die Abfertigung des Mahlguts geschieht nach Verschiedenheit der Mühlen, welche befahren werden sollen, der Gattung des Mahlguts und des Wohnorts der Mahlgäste nach den folgenden Regeln.

§. 32.

II. Abfertigung zu den innerhald der Stadt belegenen Mühlen.

Wer steuerpflichtiges Mahlgut auf einer der innerhalb der Stadt belegenen vier Mühlen, sowie Graupen auf der Teucherschen Mühle bereiten lassen will, schafft dasselbe zur Waage-Expedition und meldet derselbe mündlich an:

- a) Steuerpflichtiges Mahlgut.
- a) Anmeldung.

- a) den Namen des Eigenthümers der zur Mühle zu sendenden Kbraer,
- b) ihre Gattung,
- c) die Zahl der Säcke, in welchen die Körner sich befinden,
- d) zu welcher Mühle dieselben bestimmt sind,
- e) was daraus bereitet werden soll.

§. 23.

b) Prüfung der Waage.

Die Uebereinstimmung des Mahlguts mit der Anmeldung (§. 32.) wird von dem Mühlenwaagebeamten geprüft und das Gewicht durch Verwiegung festgestellt.

Finden sich bei dieser Prüfung Unrichtigkeiten in Menge oder Gattung, so wird der Schuldige zur Verantwortung und Strafe gezogen.

§. 34.

Nach dem Gewichtsbefunde wird von der Waage-Expedition ein Waageschein ausfertigt, an welchem sich eine Steuer-Quittung befindet, die jedoch vorerst unausgefüllt bleibt.

e) Begeztelung.

§. 35.

Der Waageschein (§. 34.) wird dem Mahlgaste behändigt, um auf Grund desselben die Mahlsteuer bei der Steuer-Expedition zu entrichten.

d) Verfrachtung.

Nach berichteter Steuer empfängt der Mahlgast die vom Waageschein abgetrennte Quittung und befördert mit derselben das Getreide zur Mühle.

§. 36.

Das Gemahl aus den nach §. 35. versteuerten Körnern, muß mit den dazu gehörigen Mahlscheinen unmittelbar von der Mühle zur Waage gelangen, woselbst es nachgesehen, verwogen und mit dem Mahlscheine, auf welchem das Rückgewicht bemerkt worden, dem Steuernden überlassen wird, soweit es sich in Richtigkeit befunden hat.

e) Verwiegung des fertigen Gemahls.

§. 37.

Der Mahlschein begleitet die betreffende Mahlpott bis zum Bestimmungs-orte, damit das Mahlgut auf dem Transporte zu jeder Zeit legitimirt ist.

f) Transport des Gemahls.

Der Führer desselben hat sich während des Transports der Revision der Beamten, wird solches begehrt, zu unterwerfen.

§. 38.

Getreide und Malz zu Brauntweinschroot für Einwohner des Stadtbezirks ist nach Vorschrift §. 32. der Waage-Expedition jedoch schriftlich anzumelden, welche die Uebereinstimmung desselben mit der Anmeldung nach §. 33. prüft, das Gewicht durch Verwiegung feststellt und nach dem Gewichtsbefunde einen Mahlschein ausfertigt, mit welchem das Mahlgut zur Mühle geht.

a) Brauntwein: und Brauschroot.

Bei dem Rückgange des Schroots aus der Mühle und beim ferneren Transport, wird nach §. 36. und 37. verfahren, mit der Maßgabe, daß durch den Waagebeamten das Rückgewicht des Schroots, vor dessen Verabfolgung in das vorzulegende Schrootbuch des betreffenden Brauntweinsbrenners eingetragen wird.

Bei Malz zu Brauschroot für Brauer in der Stadt findet die nämliche Art der Anmeldung und Abfertigung zur Mühle statt.

Bei dem Rückgange des Brauschroots aus der Mühle und beim Transport desselben, nach der Dehausung des Eigentümers kommen ebenmäßig die Vorschriften §. 36. 37. zur Anwendung. Der Gewichtsbefund wird auf dem Mahlscheine bemerkt.

Bei denjenigen Brauern, welche Malzschroot-Bestände halten, trägt der Waagebeamte, nachdem die mit Malzschroot gefüllten Säcke von ihm versiegelt worden sind, das Gewicht derselben und ihre Anzahl in das vorzulegende Contobuch ein.

Braumalz für Brauer im Stadtbezirk außerhalb der Stadt, wird eben so behandelt, wie in den §§. 40. und 41. für Landgemahl vorgeschrieben ist.

3) Landgemahl.

§. 39.

Das Mahlgut der zur Entrichtung der Mahlsteuer nicht verpflichteten Bewohner des äußeren Stadtbezirks und der weiter von der Stadt entlegenen Gegend wird „Landgemahl“ genannt.

§. 40.

Geht Landgemahl von außerhalb ein, oder verschaffen Landbewohner sich innerhalb der Stadt Getreide, um solches in den innerhalb der Stadt belegenen Mühlen vermahlen zu lassen, so wird solches nach erfolgter Anmeldung bei der Waage-Expedition verwogen, revidirt und gegen Einlegung des Betrages der Mahlsteuer als Pfand ein Mahlfreischin ausgestellt, mit dem das Getreide zur Mühle geht.

§. 41.

Bei der Abfuhr des Landgemahls wird nach §. 36. und 37. verfahren, mit folgendem Zufaze:

Die Mahlpfost wird im Ausgangsthore angemeldet, auf Grund des vorzulegenden Mahlfreischins revidirt, dann aber nach befundener Richtigkeit das Pfand ausgehändigt und der in Gegenwart des anwesenden Beamten erfolgte Ausgang bescheinigt.

Auf der nächsten erlaubten Straße (§. 6.) geht hierauf das Gemahl unverweilt durch den Stadtbezirk.

Die Waage-Expedition ist befugt, die Begleitung durch den Stadtbezirk anzuordnen.

§. 42.

Landgemahl, das zum Oberglauchauer oder Kirchthore eingeht, kann, da die genannten Thore mit Mühlenwaagen versehen sind, auch daselbst vollständig expedit werden.

§. 43.

Soll steuerpflichtiges Mahlgut für Bewohner der Stadt auf einer der beiden Außenmühlen, der Böllberger- oder Steinmühle vermahlen werden, so wird solches zu der Waageanstalt im Oberglauchauer- oder Kirchthore gebracht und nach Vorschrift des §. 32. angemeldet. Das Mahlgut wird, wie §. 33. vorgeschrieben, geprüft, der Waageschein auszufertigt und neben dem Waageschein ein Mühlen-Annahmeschein ertheilt. Mit dem Waageschein wird wie §. 33. vorgeschrieben, verfahren.

Auf den Grund des Mühlenannahmescheins kann das Mahlgut vorläufig zur Mühle zwar angenommen, darf jedoch vor Beibringung des Versteuerungsscheins weder genäßt, noch gespißt oder auf den Mahlgang geschüttet werden, sondern muß unberührt in der Mühle stehen bleiben und ist für die Befolgung dieser Vorschrift sowohl der Müller als der Mahlgast verhaftet.

Ist die Versteuerung des Getreides am Tage der Verwiegung nicht erfolgt, so ist beim nächsten Male das Mahlgut des säumigen Mahlgastes so lange in der Waageanstalt zu lassen, bis der Versteuerungsschein vorgelegt wird.

Das fertige Gemahl aus den versteuerten Körnern muß mit den dazu ge-

11. Abfertigung zu den unter besonderer Aufsicht stehenden Außenmühlen.

1) Steuerpflichtiges Mahlgut.

2) für Bewohner der Stadt.

hörigen Mahlscheinen unmittelbar von der Mühle zu derjenigen Waageanstalt, Behufs der Rückverwiegung gelangen, bei welcher die Verwiegung der Körner geschehen ist.

Für das bei der Rückverwiegung zu beobachtende Verfahren gelten die Bestimmungen §. 36. mit dem Zusage, daß, wenn der Mahlgast ein unter Buch-Controle stehender Gewerbtreibender (§. 117.) ist, dessen Revisionsbuch (§. 118.) mit vorgelegt werden muß, um den Zugang an Gemahl darin anzuschreiben.

Für den Transport des Gemahls gilt §. 37. gleichfalls.

#### §. 44.

Soll steuerpflichtiges Mahlgut für Bewohner des Stadtbezirks außerhalb der Stadt, oder für die im §. 14. des Gesetzes und im §. 2. dieses Regulativs bezeichneten Gewerbtreibenden des äußern Stadtbezirks auf einer der unter besonderer Aufsicht stehenden Außenmühlen (§. 18c.) vermahlen werden, so kommen die §. 43. gegebenen Vorschriften in Anwendung.

Eine Ausnahme hiervon machen die jetzt vorhandenen Siebischensteiner und Eröllwiger Brodbäder. Für diese gelten die Vorschriften §. 50. bis 52., und sie dürfen ihr versteuertes Getreide auf keiner andern, als auf der Stein- und Simriger Mühle vermahlen.

#### §. 45.

Zu dem für einen Branntweinbrenner oder Brauer im Stadtbezirk außerhalb der Stadt bestimmten Schroote, wird das Getreide oder Malz nach Vorschrift §. 32. jedoch schriftlich der betreffenden Waage-Expedition gemeldet, welche auf den Grund dieser Anmeldung nach geschehener Verwiegung einen Mahlschein darüber ertheilt.

Das fertige Schroot wird derselben Waage-Expedition zur Verwiegung gestellt, wobei beziehungsweise die Bestimmungen §. 36. und 37. mit dem Zusage in Anwendung kommen, daß das Branntweinschroot vor der Verabfolgung in das von dem Branntweinbrenner mit vorzulegende Schrootbuch eingetragen wird.

#### §. 46.

Das Landgemahl gelangt zu den unter besonderer Aufsicht stehenden Außenmühlen mit Mahlscheinen, welche die Thor-Expeditionen im Kirch- und Oberglauthor ertheilen.

Der Mahlgast declarirt, bevor das Getreide zur Mühle geht, der betreffenden Thor-Expedition mündlich die Gattung und Menge der Körner nach Scheffeln und die Zahl der Säcke, in welchen sich das Getreide befindet.

Die Thor-Expedition reducirt hierauf die Scheffelszahl auf Gewicht, trägt die Post ins Freischein-Register ein, füllt das Waageattest des Mahlscheins, welches als Registerbelag zurückbleibt, aus und übergiebt den ausgefertigten Mahlschein dem Mahlgaste.

Nach geschehener Verarbeitung wird das Landgemahl ohne amtliche Verwiegung in den, §. 14. bestimmten Stunden aus der Mühle abgelassen. Dasselbe geht, mit der amtlichen Bezeichnung versehen, auf den als erlaubt bezeichneten

b) für Bewohner des Stadtbezirks außerhalb der Stadt und Gewerbtreibende des äußern Stadtbezirks.

a) Schroot für Branntweinbrenner und Brauer im Stadtbezirk außerhalb der Stadt.

3) Landgemahl.

Mühlenswegen — wobei hier für die Mahlgäste der Steinmühle auf die Ausnahme 2. des §. 7. verwiesen wird — ohne allen Aufenthalt durch den Stadtbezirk.  
§. 47.

Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen.  
1. Allgemeine Bestimmungen.

Alles steuerpflichtige Mahlgut, welches auf den unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen §. 19. bereitet werden soll, wird zur Körnersteuer nicht zugelassen, sondern unterliegt der Eingangsteuer nach §. 15. des Gesetzes und den Vorschriften §. 107. und 108. dieses Regulativs.

2. Form der Steuer-Entscheidung.

Eine Ausnahme hiervon findet in Betreff des steuerpflichtigen Mahlgutes, welches auf der Gimrizger Mühle bereitet werden soll, statt, von welchem die Körnersteuer entrichtet werden muß, bevor dasselbe zu dieser Mühle gebracht wird.

3. Mahlsteine, Transport zu und aus der Mühle, Gewerks-Verhältnis des fertigen Gemahls zu den Körnern.

Für das Mahlgut der Gimrizger Mühle, von welchem nach §. 47. ausnahmsweise die Körnersteuer zu entrichten ist, gelten die Bestimmungen §. 24. bis 30.

4. Bezeichnung der Säcke.

Dagegen gilt die Vorschrift §. 29. auch für alles Mahlgut ohne Unterschied, welches Mühlen besucht, die unter allgemeiner Steuer-Controle stehen.

11. Abfertigung des Mahlgutes.

§. 49.

1. Der Bewohner des Stadtbezirks u. der Gewerbetreibenden im äußern Stadtheile mit Ausnahme der Siebichensteiner u. Erdölwißer Brodbäcker.

Soll Mahlgut für Bewohner des Stadtbezirks und Gewerbetreibende des äußern Stadtbezirks mit Ausnahme der jetzt in Siebichenstein und Erdölwiß vorhandenen Brodbäcker, auf der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Gimrizger Mühle vermahlen werden, so wird solches zur Waageanstalt der Steuer-Expedition nach Vorschrift des §. 32. angemeldet.

Das Mahlgut wird, wie §. 33. vorgeschrieben, geprüft, nach dem Gewichtsbefunde versteuert und mit dem zu empfangenden Besteuerungsscheine, welcher beim Ausgange der Schifferthor-Expedition zur Ausgangs-Bescheinigung vorzulegen ist, zur Mühle befördert.

Das fertige Gemahl aus den hiernach versteuerten Körnern muß mit dem dazu gehörigen Mahlscheine unmittelbar von der Mühle zum Schifferthore und nach der hier erfolgten Anmeldung, Behufs der Rückverwiegung zur Waageanstalt der Steuer-Expedition gelangen.

Für das bei der Rückverwiegung zu beobachtende Verfahren gelten die Bestimmungen des §. 36.

2. Der Siebichensteiner u. Erdölwißer Brodbäcker.

§. 50.  
Von den zu Siebichenstein und Erdölwiß bei Publication des gegenwärtigen Regulativs noch vorhandenen Brodbäckern, wird das Mahlgut der Steuer-Expedition nach Gattung, Scheffel und Sackzahl schriftlich angemeldet.

Diese erteilt der Angabe gemäß gegen Entrichtung der Körnersteuer einen Mahlschein, mit welchem das Mahlgut in von der Steuerbehörde geachteten Zweischäffeln-Säcken zur Mühle geht.

§. 51.  
Hält der residirende Beamte die nach §. 50. versteuerte Quantität Körner mit der in der Mühle befindlichen Mahlpott nicht übereinstimmend, so steht es ihm frei, die Pott in der Mühle nachzumessen. Die sich hierbei ergebenden Unrichtigkeiten ziehen dem Schuldigen Verantwortung und Strafe zu.



§. 52.

Das fertige Gemahl geht ohne weitere Anmeldung und Abfertigung aus der Mühle zurück.

§. 53.

Die Mühlen in den unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen (§. 18. a. D. Mühlen der h. b. und c.) sind für die Befolgung der Vorschriften §. 23. 24. 25. 27. 28. 29. mit verhaftet. D. Mühlen der h. b. und c. sind für die Befolgung der Vorschriften §. 23. 24. 25. 27. 28. 29. mit verhaftet.

Außerdem treffen sie insbesondere die folgenden Bestimmungen.

§. 54.

Sobald eine Mühle durch Verkauf, Verpachtung oder irgend eine andere Weise an einen andern Inhaber übergeht, ist letzterer verpflichtet, davon sofort, und bevor der Betrieb der Mühle für seine Rechnung beginnt, der Steuer-Expedition Anzeige zu machen. Anzeige vor Beginn der Mühle-Verkauf.

§. 55.

In den Mühlenräumen werden von dem Mühleninhaber unter Bestimmung eines Oberbeamten verschiedene Abtheilungen bestimmt und zwar, sowie der Raum diese Absonderung gestattet: Abtheilung der Mühlenräume.

- a) für steuerpflichtige Körner, nach dem Maße von 20 Egr. für den Centner,
- b) für dergleichen, nach dem Maße von 5 Egr. für den Centner,
- c) für Gemahl aus den Körnern zu a.,
- d) für dergleichen zu b.,
- e) für Branntwein und Brauschroot und das Getreide dazu,
- f) für Land- oder Freigemahl,
- g) für mit Beschlag belegtes Getreide und Gemahl.

An andern Orten, als in diesen Räumen, darf weder Getreide noch Gemahl unter keinen Umständen aufbewahrt werden; auch jede Gattung nur in dem dafür bestimmten Raume.

§. 56.

Ueber die innere Einrichtung der Mühle, die Zahl ihrer Gänge, zu welchen Gattungen von Gemahl der eine oder andere Gang etwa ausschließlich bestimmt ist, über die mit der Mühle im Zusammenhange stehenden Räume, deren Abtheilung nach den Bestimmungen §. 55., ob der Müller einen Handel mit Gemahl treibt, und wo dies geschieht, wird eine kurze, durch eine einfache lineare Zeichnung verdeutlichte Beschreibung doppelt aufgenommen, solche von dem Müller und dem Oberbeamten unterschrieben und ein Exemplar davon an einem, von Letzteren zu bestimmenden Orte angeheftet, das zweite aber der Steuer-Expedition abgeliefert. Mühlen-Vertrag.

Die Erneuerung dieser Beschreibung muß geschehen, so oft das Bedürfnis eintritt. Veränderungen gegen diese Beschreibung, ist der Müller verpflichtet, vor deren Ausführung der Steuer-Expedition schriftlich anzuzeigen.

§. 57.

Sowie Körner zur Mühle gebracht werden, muß der Müller den Maßschein empfangen und nachsehen, ob die Körner der Gattung nach, damit übereinstimmen, auch ob die Maße nach §. 9. gezeichnet sind. Maßschein.

Findet sich, abweichend vom Mahlscheine, eine höher belegte Körnerart allein oder im Gemisch mit einer geringer besteuerten vor, so muß der Müller das Mahlgut vorläufig in Beschlag nehmen und sofort auf Kosten desjenigen, welcher dasselbe mit unrichtigem Scheine zur Mühle gebracht hat, oder hat bringen lassen, der nächsten Waage-Expedition zur weiteren Untersuchung Nachricht geben.

§. 58.

1.) nach Menge.

Ingelichen liegt den Müllern in den unter besonderer Aufsicht (§. 18.) stehenden Außenmühlen ob, die Menge der zur Mühle kommenden Körner gleich bei der Annahme der Zahl der Säcke nach mit der Bezeichnung zu vergleichen und etwaige Differenzen anzuzeigen.

Die betreffende Körnerpost darf nicht verarbeitet, sondern muß auf dem, für die Confiscate bestimmten, Plage zurückgestellt werden.

§. 59.

5.) Verfahren mit den Mahlscheinen.

Wenn das Getreide zur Mühle gebracht und richtig befunden worden ist, wird der Mahlschein dem Kropfe eines der zur Mahlpott gehörigen Säcke angebunden.

Die Säcke, so weit sie zu einem und demselben Mahlscheine gehören, müssen mit ihrer Bezeichnung, §. 29., nach vorn, so lange stets zusammengestellt seyn, als während der Bereitung selbst nicht eine Trennung nöthig ist.

Sobald das Getreide auf den Gang geschüttet ist, wird der Mahlschein an den Gang geheftet und bleibt dort während der Bereitung, welche durch Zwischenposten nicht unterbrochen werden darf.

Ist das Gemahl fertig, so muß der Mahlschein wieder an dem Kropf eines der dazu gehörigen Säcke befindlich seyn, bis selbiges die Mühle verläßt.

§. 60.

Die unter den Mahlscheinen befindlichen mit I. II. III. und IV. bezeichneten Abtheilungen werden bei den folgenden Handlungen abgeschnitten.

- a) Die mit I. bezeichnete Abtheilung, sobald das Getreide zur Mühle gebracht, untersucht und der Gattung nach richtig befunden ist.
- b) Die mit II. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung oder das Abmahlen anhebt, und die erste Aufschüttung auf den Gang erfolgt.
- c) Die mit III. bezeichnete Abtheilung, sobald die Bereitung vollendet ist.
- d) Die mit IV. bezeichnete Abtheilung, wenn das Gemahl aus der Mühle abgelaßen wird.

§. 61.

6.) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf den Mühlen.

Die Mahlscheine sind nur für vier Tage gültig, so daß in den ersten drei Tagen, von Ausstellung des Zettels an gerechnet, die Fabrication vollendet und an dem folgenden Tage das Fabrikat aus der Mühle geschafft seyn muß.

Wird das Innehalten der einen oder der andern Frist durch unvermeidliche Umstände verhindert, so muß der Müller die Verlängerung derselben unter Vorlegung des Mahlscheines bei der betreffenden Waage-Expedition nachsuchen.

§. 62.

7.) Eigene Mahlgut der Müller.

Für das eigene Mahlgut der Müller werden nur auf einen Tag gültige Mahlscheine gegeben, so daß am Tage der Ausstellung, die Bereitung vollendet und das Gemahl aus der Mühle geschafft seyn muß.

Für die Graupen- und Griesfabrication kann jedoch eine Ausnahme hiervon in geeigneten Fällen gemacht werden, wenn darum nachgesucht wird.

§. 63.

Die Getreide-Bestände der Müller müssen außerhalb der Mülräume befind- <sup>8) Getreide-Bestand der Müller.</sup> lich seyn und unterliegen keiner besondern Aufsicht.

§. 64.

Wird der Mahllohn in Körnern durch die sogenannte Mahlmeze entrichtet, <sup>9) Mahlmeze.</sup> so muß diese, weil sie nicht mit versteuert wird, sondern erst dann der Besteuerung unterliegt, wenn der Müller sie vermahlen will, von den für den Mahlgast zu verarbeitenden Körnern abgefordert zur Steuerstelle und zur Mühle gebracht werden.

Bei der Rückverwiegung wird dann auf die Mahlmeze, welche, wenn der Müller sie in den Mülraum aufnehmen will, sofort nach der Ankunft in der Mühle in einen unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Meßkasten gebracht werden muß, keine Rücksicht genommen.

Gedachter Meßkasten wird von Zeit zu Zeit, nach vorgängiger Anzeige bei der Steuer-Expedition, in Gegenwart eines Steuerbeamten geleert, und dessen Inhalt aus der Mühle geschafft.

§. 65.

Das Stein- und Staubmehl wird gleichfalls in einen unter besondern Mit- <sup>10) Stein- und Staubmehl.</sup> verschluß der Steuerbehörde stehenden Kasten geschüttet, aus welchem die Bestände von Zeit zu Zeit unter amtlicher Aufsicht entnommen und sogleich aus der Mühle entfernt werden.

§. 66.

Der eigene Bedarf an Gemahl für diejenigen Müller, welche keinen Handel <sup>11) Gemahl-Vorräthe der nicht handel treibenden Müller</sup> mit Mühlenfabrikaten treiben, darf in den Mülräumen nicht aufbewahrt werden.

§. 67.

Diejenigen Müller, welche Gemahl zum Verkaufe oder zum Tausche bereiten, oder Bestellungen auf Mehl annehmen, oder überhaupt mit Mühlenfabrikaten Handel treiben wollen, müssen dies bei der Steuer-Expedition anzeigen und zugleich angeben, wo der Vorrath zum Handel aufbewahrt werden soll. Die Benutzung der Mühlenräume §. 55. ist hierzu nicht gestattet. <sup>b) der handelstreibenden Müller.</sup>

Die ferneren Verpflichtungen solcher Müller sind §. 117. bis 119. incl. angegeben.

§. 68.

Die Mühlen, mit den dazu gehörigen Räumen (§. 55.) müssen für die <sup>12) Mühlen-Revision.</sup> Steuerbeamten in den Stunden von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends stets geöffnet seyn.

Außer diesen Stunden ist den Beamten der Eintritt in die Mühle gestattet, so lange dieselben im Gange sind.

Wird am Abend oder während der Nacht der Zugang zur Mühle verschlossen, so muß ein Klingelzug, oder eine andere Vorrichtung vorhanden seyn, durch welche die Steuerbeamten sich ankündigen. Auf das von denselben gegebene Zeichen ist ihnen ungesäumt zu öffnen.

Die Müller und ihre Leute haben den Beamten über Alles, worüber sie des

Dienstes wegen Auskunft erfordern, solche zu erteilen, auch die Vorkehrungen und Handleistungen zu beschaffen, welche für die Mühlenaufsicht der Beamten, einschließlich der von ihnen erforderlich zu achtenden Nachwiegungen nöthig sind.

§. 69.

Das Hauptsteueramt hält für jede unter Steueraufsicht stehende Mühle ein Buch, in welches jede Revision mit demjenigen was dabei zu bemerken, von den Beamten nach der Zeitfolge niedergeschrieben wird.

Dieses Buch wird an dem, vom Oberbeamten dazu bestimmten Orte in der Mühle niedergelegt und der Müller ist dafür verantwortlich, daß es jederzeit unbeschädigt vorhanden sey.

§. 70.

Die Inhaber der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen, §. 19., sind für die Befolgung der Vorschriften §. 47. und 48. (so weit in Letztern auf §. 24. 25. 28. und 29. verwiesen ist) mit verpflichtet.

Außerdem kommen bei ihnen die Bestimmungen §. 54. bis 69. mit folgenden Modificationen zur Anwendung.

§. 71.

Die Vorschrift §. 54. gilt ohne Ausnahme und Einschränkung.

§. 72.

Die Abtheilung der Mühlenräume §. 55. (zu welchen für Bodwindmühlen auch der Platz unter den Mühlen und um dieselben, in dem durch Pfähle bezeichneten Bereiche des Kebrbaums gehört) geschieht allein nach den beiden Untertheilungen:

a) für Körner und Gemahl mit Mahlscheinen und

b) für dergleichen ohne Mahlscheine,

wonach sich auch die Mühlenbeschreibung (§. 56.) ändert.

§. 73.

Wegen des mit Mahlscheinen zur Mühle kommenden Mahlguts ist der Müller ebenfalls für die Uebereinstimmung der Körner nach Gattung und Menge verhaftet und kommen die §§. 57. bis 60. unverändert in Anwendung.

§. 74.

Die Bestimmung §. 61. gilt in Betreff des mit Mahlscheinen zur Mühle kommenden Mahlguts.

§. 75.

Die Bestimmungen §. 62. bis 66. fallen weg.

§. 76.

Die Vorschrift §. 67. wegen der handeltreibenden Müller gilt ohne Einschränkung, namentlich der §§. 117. bis 119.

In Betreff solcher Müller, hängt es von dem Ermessen der Steuerbehörde ab, ihre Mühlen unter besondere Aufsicht (§. 18.) zu stellen, oder diejenige Kontrolle anzuordnen, welche sie den Umständen nach, zur Sicherung des Steuer-Interesse für nothwendig erachtet.

§. 77.

Die Vorschriften §. 68. und 69. gelten ohne Einschränkung.

E. Pflichten der Mül-  
l., welche unter allge-  
meiner Aufsicht stehen.

## Dritter Abschnitt.

### Schlachtsteuer.

§. 78.

Die Schlachtsteuer wird von den, im §. 8. des Gesetzes vom 30. Mai 1820. genannten Viehgattungen entrichtet, wenn das darunter begriffene Vieh geschlachtet werden soll.

A. Im Stadtbezirk.  
I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 79.

Jeder Schlächter giebt der Steuer-Expedition eine schriftliche Anmeldung darüber ab, wo seine Viehbestände sich befinden, wo die Schlachtungen geschehen, wo die Fleischbestände und die Felle aufbewahrt werden sollen.

II. Gewerblches  
Schlachten.  
1) Anzeige der Gewerbräume.

Er ist an genaue Beobachtung seiner Angabe so lange gebunden als solche nicht durch fernere schriftliche Anzeige an die betreffende Expedition abgeändert worden ist, oder diese nicht in besonderen Fällen eine Ausnahme ausdrücklich gestattet hat.

In gemeinschaftlichen Räumen, als z. B. Scharrn oder Kellern hat jeder Schlächter oder Händler mit Fleisch oder Fleischwaaren den ihm gebührenden Raum mit seinem Namen deutlich zu bezeichnen und daß dies geschehen, gleich in der abzugebenden Anmeldung zu bemerken.

§. 80.

Vor dem Antritt eines jeden Kalender-Vierteljahres, hat sich jeder Schlächter zu erklären, ob er das zu schlachtende Vieh nach dem Gewicht (§. 87.) oder ob, und welche Viehgattungen er nach dem Stücksatz versteuern will.

2) Angabe, ob nach Stücksätzen oder nach Gewicht versteuert werden soll.

Diese Erklärung ist alsdann auf die Dauer des betreffenden Vierteljahres für ihn verbindlich, so daß er in keinem Falle mehr die Wahl hat, ob er nach dem Stücksatz oder nach dem Gewicht versteuern will.

Von demjenigen Gewerbtreibenden, welcher in der bestimmten Frist keine Erklärung abgegeben hat, wird angenommen, daß er von der Zulassung zu der Versteuerung nach Stücksätzen keinen Gebrauch machen wolle.

Wenn zwei oder mehrere Schlächter die eine oder die andere Viehgattung gemeinschaftlich schlachten, so müssen sie sämtlich über Gewichts- oder Stücksatzversteuerung der betreffenden Viehgattung eine übereinstimmende Erklärung abgeben.

§. 81.

Jeder Schlächter erhält ein Schlacht-Revisions- und Versteuerungsbuch, welches von der Steuer-Expedition für jedes Kalender-Vierteljahr unentgeltlich geliefert wird.

3) Steuerbücher.

Dieses Buch muß in den Gewerbräumen an einem vom Schlächter zu bestimmenden und von der Steuer-Expedition auf dem Titelblatte zu bemerkenden Orte beständig so vorliegen, daß die Beamten solches, in so fern es nicht eben zur Steuer-Hebestelle geschickt ist, sogleich zum Gebrauch empfangen können.

§. 82.

Sind die Gewerbräume örtlich getrennt, indem etwa die Fleischvorräthe an verschiedenen Orten beruhen, so bestimmt der Oberbeamte, wo das Buch sich befinden soll und es werden in den übrigen getrennten Räumen zur vollständigen Uebersicht der Bestände besondere Anschreibebogen niedergelegt, für welche in Be-

zug auf ihre gehörige Aufbewahrung dieselben Vorschriften gelten, wie für die Steuerbücher.

§. 83.

Diese Bücher und Aufschreibungen müssen reinlich gehalten werden; sie dürfen nicht abhanden kommen, und darf darin ~~an~~ Seiten des Schlächters nichts geschrieben, radirt oder geändert werden.

§. 84.

c) Schlachtzeit.

Das Schlachten darf in der Regel nur von Sonnen-Aufgang bis Sonnen-Untergang geschehen.

Zum Schlachten außer dieser Tageszeit wird die zuständige Hebestelle oder ein Oberbeamter die Erlaubniß mit Bestimmung der Nachtstunde zwar erteilen; es muß dann aber den Steuerbeamten das Schlachthaus bis zur beendigten Schlachtung offen seyn.

§. 85.

d) Anmeldeung und Versteuerung.

a) Schlacht: Anzeile.

Vor der Schlachtung muß der Hebestelle die Zahl und Gattung des zu schlachtenden Viehes, auch angezeigt werden, an welchem Tage und zu welcher Stunde Vor- oder Nachmittags geschlachtet werden soll.

§. 86.

b) Abfertigung.

aa) nach Stückzählen.

Soll nach Stückzählen versteuert werden, so erfolgt sofort die Erlegung der Steuer. Deren Entrichtung, die angezeigt wird, genau inne zu haltende, Schlachtzeit und der Viehabgang wird in dem der Hebestelle vorzulegenden Steuerbuche bemerkt, und dieß zurückgegeben.

§. 87.

bb) nach dem Gewichte.

Bei Versteuerung nach dem Gewichte wird verfahren, wie §. 86. bestimmt ist: nur die Gefälle-Entrichtung unterbleibt vorläufig, wogegen Sicherheit dafür gefordert werden kann.

Nach vollzogener Schlachtung wird das ausgeschlachtete Vieh, wie es an den Haken zu kommen pflegt, ohne Füße, Eingeweide und Darmsett, ungetheilt mit dem Steuerbuche zur Waage der Hebestelle gebracht, dort verwogen, und das Gewicht des Ganzen an Fleisch, Knochen, Fett und dergleichen, so wie die nun danach zu erhebende Steuer in das Buch eingetragen.

Die verwogenen Viehstücke müssen eine, von der Steuerbehörde durch einen Einschnitt an geeigneter Stelle, oder auf andere Weise zu wählende, Bezeichnung erhalten.

§. 88.

c) gemeinschaftliche Schlachtungen.

Wenn Mehrere ein Stück Vieh gemeinschaftlich schlachten, so muß derjenige, welcher die Versteuerung leistet, außer der im §. 85. vorgeschriebenen Meldung auch noch angeben, wer die übrigen Theilnehmer sind, wo die Schlachtung und wo und zu welcher Stunde die Theilung des Stückes erfolgen soll.

Bevor die einzelnen Theilnehmer dieses Fleisch übernehmen, müssen sie den Zugang an Fleisch, von der Steuerbücher eintragen lassen.

§. 89.

d) Kauf oder Tausch

1) Kein Schlächter darf geschlachtetes Vieh, weder ganz noch theilweise von einem anderen Schlächter kaufen oder übernehmen, wenn nicht vorher beide, so-

wohl derjenige, welcher ein Stück geschlachtet hat, als derjenige, dem das ausgeschlachtete Stück Vieh ganz oder zum Theil abgelassen werden soll, mit ihren Schlacht-Versteuerungsbüchern sich bei der Steuer-Expedition gemeldet und daselbst die resp. Ab- und Zuschreibung des Fleisches, mit genauer Angabe des Gewichts in ihren Büchern nachzusehen haben.

2) Bei Vermehrung des Fleischbestandes in dem Falle ad 1. darf der Zugang an Fleisch nicht in die Gewerbräume des Schlächters aufgenommen werden, bevor die Anmeldung und Zuschreibung im Versteuerungsbuche bei der Steuer-Expedition erfolgt ist.

3) Wer nach Stücksatz steuert und an nach Gewicht steuernde Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke im Ganzen, zur Hälfte, oder auch zum Viertel abläßt, muß solches vor der Abgabe anmelden und muß, sofern die Gewichtsermittlung einen höhern Steuerbetrag als der Stücksatz ergibt, das Mehr nachversteuert werden.

4) Wer nach Gewicht steuert und an einen nach Stücksatz steuernden Schlächter ausgeschlachtete Viehstücke in gedachter Art abläßt, muß bis zum vollen Stücksatz, wenn dieser höher als die Gewichtsersteuerung ist, nachsteuern.

#### §. 90.

Für Schlachtungen zum eigenen Bedarf derjenigen, welche nicht Schlächter sind, finden in Absicht der Schlachtzeit die Bestimmungen §. 84. gleichmäßig Anwendung.

Wegen der Anmeldung zum Schlachten gilt die Vorschrift §. 85., jedoch ist auch anzugeben,

- a) ob die Steuer nach dem Stücksatz, oder
- b) nach dem Gewichte entrichtet werden soll.

#### §. 91.

Soll die Versteuerung nach Stücksätzen geschehen, so erteilt die Hebestelle, 2) Abfertigung. der Anmeldung gemäß, einen die Quittung enthaltenden Schlachtschein.

Wird aber die Versteuerung nach dem Gewichte vorgezogen, so wird nur der obere Theil des Schlachtscheines ausgefertigt und dieser ausgehändigt, wobei die Abtragung der Steuer auf Erfordern durch ein Pfand sicher gestellt werden muß.

Gleich nach erfolgter Schlachtung, und spätestens am folgenden Vormittage, wird das ausgeschlachtete Stück Vieh zur Verwiegung gestellt (§. 87.) und nach dem ermittelten Gewichte die Steuer entrichtet, gegen Rückempfang des, mit der Quittung vervollständigten, Scheins, von welchem das Waageattest zurückbehalten wird.

Ist das geschlachtete Vieh aus den Beständen der Steuernden entnommen, so wird der Abgang in dem mit vorzulegenden Vieh-Controllbuche (§. 94b.) bemerkt.

#### §. 92.

Niemand darf eine solche Schlachtung (§. 90. 91.) verrichten, ohne vorher 3) Obliegenheiten des Schlachtenden. den Schlachtschein eingesehen zu haben, auch nicht anders, als genau nach Inhalt desselben, in Bezug auf Gattung des Viehs und Zeit und Ort der Schlachtung.

Sobald das Vieh getödtet ist, muß der Schlachtende die obere Hälfte des Schlachtscheins einreißen.

III. Schlachten zum eigenen Bedarf.

1) Schlachtzeit nach Anzeig.

- §. 93.  
 2) Aufbewahrung des Den eingerissenen Schlachtschein (§. 92.) ist der Steuernde verpflichtet, noch ein Jahr lang aufzubewahren und auf Erfordern vorzulegen.

- §. 94.  
 1V. Vieh: Controle. Die Controle der Viehbestände wird geführt:  
 2) Nachweis durch Steuer- und Vieh- controlebücher.  
 a) bei den Schlächtern, durch die Schlachtrevisions- und Besteuerungsbücher,  
 b) bei den Viehhaltern und Viehhändlern durch besondere Viehcontrolebücher.  
 Für letztere, welche von der Steuer-Expedition geliefert und wenn sie voll geschrieben sind, gegen neue ausgetauscht werden, gelten gleichmäßig die Bestimmungen §. 81. und 83.

In diesen Steuerbüchern sub a. und b. wird jeder Zu- und Abgang an Vieh zu- und abgeschrieben und die Inhaber haften für die jederzeitige Richtigkeit ihres Viehbestandes nach dem Inhalte derselben. Sie haben sich daher zu überzeugen, ob die An- und Abschreibungen darin genau geschehen sind, im Falle des Irrthums aber sofort auf Abänderung anzutragen.

Für Privatpersonen wird ein besonderes Viehcontrolebuch auf der Steuer-Expedition gehalten und sind diese verpflichtet, jeden Zu- und Abgang an Vieh in diesem notiren zu lassen.

- §. 95.  
 1) Eingang des Viehs. Das Einbringen des Viehs ist nur durch die §. 8. angeführten Thore erlaubt. Dasselbe darf eingeführt werden:

- 1) in den Wintermonaten October bis einschließlich Februar von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,
  - 2) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
- Treten besondere Fälle ein, wo außer dieser Zeit Schlachtvieh eingebracht werden soll, so ist dazu die schriftliche Erlaubniß des Hauptsteueramts, oder des Ober-Controleurs erforderlich.

Bei der Thor-Expedition wird das einzuführende Vieh angemeldet und von diesen unter Erhebung eines der Steuer angemessenen Pfandes ein Thor-Anmel-deschein ausgestellt.

Dieser Thor-Anmel-deschein ist der Steuer-Expedition zur Besteuerung oder Annotation im Besteuerungs- oder Viehbuche noch an demselben Tage; im Falle des Eingangs Abends nach dem Schlusse der Dienststunden aber am nächsten Morgen vorzulegen und hierauf binnen der auf demselben vorgeschriebenen Zeit bei Verlust des eingelegten Pfandes der betreffenden Thor-Expedition zurück zu stellen.

- §. 96.  
 1) Zu- und Abgangs- Anzeige. Jeden Vieh-Zugang, er entspreche  
 a) durch Ankauf in der Stadt, oder  
 b) aus eigener Zucht,  
 muß der Schlächter, sowohl, als der Viehbesitzer (§. 94.) anmelden, und zwar muß  
 ad a) die Anmeldung und Eintragung geschehen seyn, bevor das Vieh aufgenommen wird,  
 ad b) in den ersten 24 Stunden, unter Vorlegung des Steuer- oder Vieh- kontrolbuches.



Der Abgang durch Schlachten wird vorher, bei der Anmeldung zum Schlachten (§. 85. und 90.) mit Vorlegung des Steuer- oder Viehcontrolebuchs der Steuer-Expedition angezeigt.

§. 97.

Der Abgang durch Verkauf oder sonstige Entäußerung wird durch eine besondere Anmeldung angezeigt, welche auf Erfordern der Steuerbehörde schriftlich abgegeben werden muß, sonst aber mündlich geschehen kann. Derjenige, an den das Vieh gelangt, ist zuverlässig nachzuweisen.

4) Abgang durch Verkauf.

Geschieht die Veräußerung nach Außen, so wird nach erfolgter Anmeldung im Ausgangsthore, von dem richtigen Ausgange Ueberzeugung genommen und nachdem derselbe bescheiniget ist, die Abschreibung bewirkt.

§. 98.

Im Falle des Viehabgangs durch Sterben, ist das gefallene Stück denjenigen Beamten vorzuzeigen, der dazu in Folge der eingereichten Abgangs-Anzeige beauftragt wird.

5) Abgang durch Sterben.

§. 99.

Soll der Viehbestand oder ein Theil davon zur auswärtigen Hütung oder Weide, auf länger als einen Tag gehen, so ist zuvor der Steuer-Expedition davon Anzeige zu machen, welche den Ausgang aus dem Thore kontroliren und bescheinigen läßt, sodann aber den Abtrieb im Steuerbuche bemerkt.

6) Abtrieb zur Hütung oder Weide auf längere Zeit.

Schäfer, welche dergleichen Vieh mit dem ihrigen zur Weide nehmen, und längere Zeit in ihrer Herde behalten, müssen dieses in ihrem Viehcontrolbuche in Zugang bringen lassen; zugleich haben diese die Verpflichtung, den Aufsichtsbeamten die Ställe, in die das Vieh eingetrieben wird, zu jeder Zeit, mithin auch außer der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, Behufs der Revision zu öffnen und bei dem Zählen des Viehs behüßlich zu seyn.

§. 100.

Vieh, welches nur für den Tag zur Hütung ausgetrieben wird, und des Abends zurückkehrt, wird in den Steuerbüchern nicht ab- und angeschrieben, sondern bei dem Ausgange und bei dem Wiedereingange demjenigen Thor-Controleur gemeldet, bei welchem solches vorübergeht, damit derselbe von der Uebereinstimmung des Ein- und Austriebes Ueberzeugung nehme.

7) Täglicher Austrieb zur Hütung.

Wer erklärt hat, seinen Viehbestand täglich zur Weide treiben zu lassen, darf, ohne vorherige Anzeige nichts davon zurückbehalten.

§. 101.

Veränderungen, welche dadurch entstehen können, daß ein Stück Vieh durch ein höheres Alter in eine andere steuerpflichtige Klasse tritt, brauchen nicht besonders angegeben zu werden; vorkommenden Falls berichtigen die Beamten die Bücher durch Zu- und Abschreibung.

8) Veränderungen des Viehbestandes durch Alter.

Schaafe und Ziegenlämmer, ingleichen Spanferkel, werden als solche nur den ersten Sommer hindurch, mithin bis zum 1. October, die außer der gewöhnlichen Zeit gebornen aber, als solche nur ein halbes Jahr lang erachtet, welches letztere auch auf Kälber Anwendung findet.

Nach Ablauf dieser Fristen tritt das genannte Jungvieh beziehungsweise in die Klasse der Schaafe, Ziegen, Schweine und der Stiere und Fersen.

§. 102.

- 1) Controlirung des fremden Viehes.  
2) zum Verkauf.

Auswärtiges Vieh, welches zum Verkauf eingeführt werden soll, muß der betreffenden Thor-Expedition genau angemeldet werden.

Nach geschehener Durchzählung, stellt diese gegen Deponirung eines angemessenen Pfandes einen Thor-Anmeldeschein aus.

Beim Verkauf sind die Steuer- und Vieh-Controlbücher nach der Steuer-Expedition zu bringen, welche die Eintragung des gekauften Viehes in den Büchern der Käufer und gleichzeitig auch in dem Thoranmeldescheine bemerkt.

Die Zahl des etwa unverkauft wieder ausgehenden Viehes muß der Einbringer angeben, solche wird von der Steuer-Expedition kurzweg bemerkt; und nachdem der Thorbeamte den wieder ausgehenden Theil durchgezählt hat, bescheinigt derselbe die Richtigkeit des Wiederausgangs und zahlt das eingelegte Pfand zurück.

§. 103.

- 1) durchgehend.

Dergleichen fremdes Vieh, welches ohne zum Verkauf bestimmt zu seyn, ein- und wieder ausgeführt wird, erhält die im §. 102. vorgeschriebene Abfertigung auf Thor-Anmeldeschein.

§. 104.

V. Revision.

- 1) der Gewerbsräume und Viehbestände.

Die Beamten sind befugt, von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr die angemeldeten Gewerbsräume der Schlächter zu revidiren. Auch außer dieser Zeit unterliegen dieselben, so lange darin gearbeitet wird, der Revision durch die Beamten.

Die Schlächter und deren Gehülfen sind verpflichtet, sich während der Revision ruhig und bescheiden zu verhalten und den revidirenden Beamten diejenige Hülfe zu leisten, oder leisten zu lassen, welche erforderlich ist, um die Revision gehörig vorzunehmen.

Viehhalter, Gewerbtreibende und Andere, welche Vieh zur Mastung oder Zucht halten (§. 94.), haben die Verpflichtung, den Beamten über den Ursprung oder Verbleib ihres Viehes durch Vorlegung ihrer Viehcontrolbücher Auskunft zu geben.

§. 105.

- 1) der Fleischbestände.

Bei Revision der Fleischbestände hat der Schlächter den Revisionsbeamten die vorhandenen Bestände genau anzugeben, auch wenn gegen das abgeschätzte Gewicht des in Stücken befindlichen Fleisches Widerspruch erhoben wird, dasselbe vorzuzwiegen, damit die Revisionsvermerke richtig und in voller Uebereinstimmung mit dem vorhandenen Fleische in die Fleischcontrolle eingetragen werden können.

Bei den Revisionen der gemeinschaftlich von den Fleischern zur Aufbewahrung des Fleisches benutzten Scharren oder Keller, wird das in diesen Räumen vorgeschundene Fleisch von den Steuerbeamten als dem gehörig betrachtet, dessen Name der Platz, an dem sich das Fleisch befindet, anzeigt.

§. 106.

- B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk.

Bewohner des äußeren Stadtbezirks, welche nach §. 14. des Mahl- und Schlachtsteuergesetzes vom 30. Mai 1820. von dem Viehe, welches sie schlachten, die Schlachtsteuer entrichten müssen, stehen in Absicht ihrer Viehbestände ebenfalls unter der besonderen Aufsicht der Beamten, und es kommen rücksichtlich ihrer die §§. 79 — 89., 94 — 101., 104. und 105. zur Anwendung.

Entnehmen Schlächter im äußern Stadtbezirk Fleisch von Schlächtern aus

der Stadt, so ist das Steuerbuch mit der bereits von der Steuer-Expedition bewirkten Eintragung der Thor-Expedition zur Ausgangs-Verscheinigung vorzulegen.

An Sonn- und Festtagen bewirken die betreffenden Thor-Expeditionen die Eintragung des Zugangs an Fleisch.

### Vierter Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl, Bad- und Fleischwaaren.

§. 107.

Gegenstände, welche nach §. 15. des Gesetzes vom 30. Mai 1820. abgabenpflichtig sind, müssen ohne Unterschied, sobald deren Gewicht zusammen 2 Pfund oder mehr beträgt, sofort beim Eingange in den Stadtbezirk der Thor-Expedition angemeldet werden, wo sie, wenn die eingehende Quantität 1 Ctr. nicht übersteigt, nach erfolgter Revision und gegen Erlegung der Eingangssteuer die Abfertigung erhalten.

A. Eingang.

L. unversteuert.

1) Anmeldung u. Besteuerung bei d. Thor-Expedition

§. 108.

Beträgt der steuerpflichtige Gegenstand mehr als einen Centner, so verweist denselben der Thor-Controleur zur Abfertigung an die Steuer- und Waage-Expedition.

Er kann die eingehenden Gegenstände unter amtlichen Verschluss legen, oder zur Waage begleiten lassen, auch für die Höhe der Steuer Sicherheit bestellen lassen. Er ertheilt einen Anmeldeschein, in welchem zugleich diese Sicherheitsleistung, der angelegte Verschluss und die Zeit des Eingangs bemerkt werden.

2) Anmeldung u. Besteuerung von solchen Gegenständen, welche am Thore abschliesslich abgefertigt werden.

Der Einbringer hat sich zu überzeugen, ob seine Angabe in den Anmeldeschein richtig übernommen sey; etwaige Abweichung muß er sogleich berichtigen lassen, spätere Behauptung eines Irrthums kann nicht berücksichtigt werden.

Mit diesem Anmeldescheine sind die Gegenstände sofort und ohne Aufenthalt zur Waage der Steuer-Expedition zu bringen, wo die Verwiegung und Revision erfolgt und der Befund von dem Waagebeamten im Rücken des Anmeldescheins bemerkt wird.

Der Steuernde begiebt sich dann mit diesem Scheine zur Steuer-Expedition, welche die Abgabe erhebt, dies auf dem Anmeldescheine bemerkt und das am Thore eingelegte Pfand erstattet, oder dem Steuernden den Anmeldeschein zurückgibt, um gegen Aushändigung desselben an den Thor-Controleur die diesem bestellte Sicherheit einzulösen.

§. 109.

Gehen mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände mit Versendungsscheinen in den Stadtbezirk ein, um darin zu verbleiben, so sind diese unter Vorlegung des Versendungsscheins der Thor-Expedition anzumelden und nach hier beschienigtem Eingange dem Hauptsteueramte zu stellen.

II. Versenkt u. Versendungsscheinen

Werden von diesem die eingeführten Gegenstände mit dem zurückzubehaltenden Versendungsscheine in Uebereinstimmung befunden, so unterbleibt die Steuererlegung.

Sind solche Gegenstände vom Auslande eingegangen, so muß darüber von dem Grenzzollamte neben der Quittung über die Eingangsabgabe auch noch ein Versendungsschein ertheilt seyn.

§. 110.

Mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände, welche unversteuert oder versteuert mit Versendungsscheinen für Gewerbetreibende des äußern Stadtbezirks

XII. Für Gewerbetreibende des äußern Stadtbezirks.

(§. 2.) von außerhalb eingehen, müssen der ihnen zunächst gelegenen Thor-Expedition gemeldet und zur Abfertigung, nach der obigen Vorschrift §. 107. bis 109. gestellt werden.

§. 111.

E. Durchgang, un-  
tersteuert oder ver-  
steuert.

Sollen Fleisch- und Backwaaren, ingleichen Mühlen-Fabrikate unversteuert durch den Stadtbezirk gehen, so werden sie vom Thor-Controleur, welchem sie anzumelden und zu stellen sind, mit Anmeldechein nach §. 108. abgefertigt.

Sie müssen, insofern ein Aufenthalt in der Stadt nicht bei der Steuer-Expedition oder einem Oberbeamten angemeldet und verstatet worden ist, ohne Verzug durchgeführt werden.

Vom Thor-Controleur des Ausgangsthors wird der etwa angelegte Verschuß untersucht, abgenommen und das beim Eingange gestellte Pfand nach richtigem Befunde zurückgegeben.

Bei Durchreisenden, welche steuerpflichtige Gegenstände mit sich führen und in dem Stadtbezirk übernachten, wird der betreffende Thor-Controleur diesen Aufenthalt auf dem nach §. 108. zu ertheilenden Anmeldecheine bemerken.

Verslossene Pakete und Kisten, die angeblich zur Post befördert werden sollen, erhalten die Abfertigung nach Vorschrift §. 108.

Der Einbringer hat den empfangenen Anmeldechein von der Postbehörde abstempeln zu lassen, und erhält nur gegen Rückgabe des auf diese Weise erledigten Anmeldecheins das eingelegte Pfand zurück.

Die Niederlegung mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände, Behufs deren gelegentlichen weitem Expedition, ist nicht gestattet.

§. 112.

C. Ausgang nach ei-  
ner andern mahl- und  
schlachtsteuerpflichtigen  
Stadt.

Wenn abgabepflichtige Gegenstände, von welchen die Mahl- und Schlachtsteuer entrichtet ist, nach einer andern mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt gehen sollen, entnimmt der Versender beim Hauptsteueramte einen Versendungschein, mit Bestimmung der Waaren, welche unter amtlichen Verschuß zu setzen sind und mit Angabe der Art und Gattung, Menge und Zahl der Frachstücke und des Bestimmungsortes.

Das Hauptsteueramt kann über die geschehene Besteuerung der zu versendenden Gegenstände Nachweis verlangen und wenn dieser nicht befriedigend geführt wird, die Niederlegung der Steuer pfandweise bis zur ausgemachten Sache fordern. Von der Expedition des Ausgangsthors wird der mit amtlichen Verschuß wirklich erfolgte Ausgang nach richtigem Befunde auf der Rückseite des Versendungscheins bemerkt.

Auf Weizen- und Roggenmehl in Mengen von mehr als einem Centner werden, in Gemäßheit der Allerhöchsten Bestimmung vom 24. October 1832. Versendungscheine nicht ertheilt.

§. 113.

D. Verkehr zwischen  
der Stadt und dem vor  
den Thoren belegenen  
Stadtbezirk.

Wer aus den, vor den Thoren belegenen Theilen des Stadtbezirks mahl- oder schlachtsteuerpflichtige Gegenstände in die Stadt bringen will, muß solche beim Eingange der Thor-Expedition zur Ansicht und Verwiegung stellen und derselben die geschehene Besteuerung nachweisen.

Geschieht dieser Nachweis genügend, so wird der Gegenstand steuerfrei eingelassen und der Eingang auf dem beigebrachten Steuerausweise bemerkt.

Ist letzterer zweifelhaft, so wird der Gegenstand mit Anmeldebeschein an das Hauptsteueramt, zu dessen näherer Untersuchung und Bestimmung gewiesen.

Kann die Steuerentrichtung auch dort nicht zuverlässig dargethan werden, so wird die Eingangssteuer erhoben und derjenige, von welchem der Gegenstand kommt, in Anspruch genommen, weil er unversichertes Gut nicht besitzen durfte.

Sollen steuerpflichtige Gegenstände aus der Stadt in den vor den Thoren belegenen Stadtbezirk gehen, um wieder zurück zu kommen, so muß zum steuerfreien Wiedereingange ein für allemal oder in jedem einzelnen Falle zuvor die Erlaubniß des Hauptsteueramts nachgesucht werden.

Ist diese ertheilt, so werden die Gegenstände bei dem Ausgange dem Thor-Controleur zur Ansicht und Verwiegung gestellt, und von ihm in eine besondere Anschrift eingetragten; bei der Rückkunft wird eben so verfahren und der Gegenstand steuerfrei eingelassen, sofern er für den, welcher ausgegangen war, erkannt wird.

#### §. 114.

Mehl, Bad- und Fleischwaaren, welche die im äußern Stadtbezirke wohnenden Gewerbetreibenden (§. 2.) in den Stadtbezirk einführen, unterliegen der Entrichtung der Eingangssteuer nach den obigen Regeln §. 107. bis 109. ebenso, als wenn sie von andern Personen eingeführt werden, mithin ohne Rücksicht auf deren vorhergegangene Besteuerung, deren Nachweis gefordert werden kann.

E. Verkehrt zwisch dem Stadtbezirke u dem äußern Stadt zirke.

Werden dergleichen Gegenstände mit besonderer Bewilligung der Steuerverwaltung, von nicht steuerpflichtigen Bewohnern des äußern Stadtbezirks in den Stadtbezirk eingeführt, um demnächst wieder auszugehen, wie z. B. Brodteig zum Baden oder Fleisch zum Räuchern, so können solche ausnahmsweise frei eingelassen werden, müssen aber beim Eingange der betreffenden Thor-Expedition zur Ansicht und Verwiegung gestellt und muß die Eingangssteuer davon deponirt werden.

Beim Wiederausgange wird das Pfand zurückgegeben, insofern sich dabei nichts zu erinnern findet.

#### §. 115.

Von den §. 114. zu Anfang gegebenen Vorschriften, machen die gegenwärtig vorhandenen Siebichensteiner und Eröllwiger Brodbäcker eine Ausnahme, indem sie die Steuer gleich den städtischen entrichten und demnächst ihre Badwaaren steuerfrei gegen Erlegung des Communal-Zuschlags zur Stadt bringen dürfen.

Zur Controlirung der vorgebachten Bäcker müssen deren eingebrachte Badwaaren ausschließlich auf der Mühlenwaage im Kirchthore gewogen und zu Conto der Bäcker getragen werden.

Die genannten Bäcker sind gehalten, ihre Contobücher beim Transport des Brodes und beim Feilhalten desselben auf dem Markte bei sich zu führen, damit sie wie ein jeder andere Einbringer steuerpflichtiger Waaren, sich bei den Revisionsbeamten legitimiren können.

#### §. 116.

Wer im innern Stadtbezirke mahl- oder schlachtsteuerpflichtige Gegenstände

P. Transport Marktwerte im ten Stadtbezirke.

in Schiffsgesäßen, Wagen, Schlitten, Schiebekarren, Körben, Packen, Säcken und Bündeln transportirt, ist verbunden, die darüber von den Steuerbeamten an ihn gerichteten Fragen aufrichtig und bescheiden zu beantworten, und sich der nöthig befundenen Revision zu unterwerfen, oder den Beamten zur nächsten geeigneten Abfertigungsstelle zu folgen.

Namentlich haben Alle, welche hausirend, oder auf Marktplätzen oder anderen Verkaufsstellen steuerbare Gegenstände feil bieten, über die geschehene Entrichtung der Gefälle auf Erfordern sich auszuweisen, oder zu gewärtigen, daß Vorräthe, über welche sie genügende Auskunft nicht geben können oder wollen, als mit Umgehung der Steuer erworben angesehen, und in Anspruch genommen werden.

### **Fünfter Abschnitt.**

**Controlirung der Gewerbtreibenden im Stadtbezirke und im äußern Stadtbezirk.**

§. 117.

) Anzeige der Gewerbräume.

Jeder im engern und äußern Stadtbezirk wohnende Bäcker und Mehlhändler, übergiebt der Steuer-Expedition eine zweifache schriftliche Anmeldung seiner Gewerbräume und der Aufbewahrungsorte seiner Bestände.

Diese Anmeldung ist für die Gewerbtreibenden so lange verbindlich, als er solche durch eine anderweite schriftliche Anzeige nicht abändert.

§. 118.

) Revisionbücher.

Jeder der im §. 117. erwähnten Gewerbtreibenden muß außerdem über den Zu- und Abgang an mahlsteuerpflichtigen Gegenständen ein besonderes Buch nach der vom Hauptsteueramte zu ertheilenden Anweisung halten, und die Vorschriften pünktlich beachten, welche jedem Einzelnen in dieser Beziehung werden bekannt gemacht werden.

§. 119.

Die Erfüllung der §. 117. und 118. gegebenen Vorschriften, darf auch von denjenigen, im äußern Stadtbezirk wohnenden, Händlern mit Graupen, Rubeln, Gries, Stärke, Hirse, Backwerk u. gefordert werden, deren Verkehr die Handhabung gleicher Controle nach dem Ermessen der Provinzial-Steuerbehörde notwendig macht.

### **Sechster Abschnitt.**

**Estrafen.**

§. 120.

Wer es unternimmt, sich der schuldigen Mahl- und Schlachtsteuer durch Uebertretung der dafür gegebenen Bestimmungen zu entziehen, ist nach §. 17. des Gesetzes vom 30. Mai 1820. den Strafen der Steuer-Verkürzung §. 60. bis einschließlich 65. der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819. verfallen.

Müller, Bäcker, Schlächter, Viehhalter und Andere, welche wissentlich oder durch Nichtbefolgung der sie treffenden Vorschriften, beabsichtigte Steuerumgehung befördern, verwirken dieselbe Strafe.

Andere Uebertretungen der in diesem Regulative enthaltenen Vorschriften, werden nach §. 90. der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819. mit einer Strafe von 1 bis 10 Thlr. geahndet, wenn nicht aus den im §. 17. des Gesetzes vom

30. Mai 1820. bezogenen, und für die Mahl- und Schlachtsteuer mit gestend erklärten, Bestimmungen schwerere Strafen zu verhängen sind.

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch mit Genehmigung des königlichen Finanz-Ministerii mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dadurch in der zu Halle zur Zeit bestehenden Erhebung der Braumalzsteuer im Wege der Mahlsteuer und in der hierauf Bezug habenden Bekanntmachung vom 4. März 1840. nichts geändert wird.

Magdeburg, den 24. September 1842.

Der Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director Landmann.

## Uebersicht des Inhalts.

### Erster Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

	Zahl der Paragraphen.
A. Dertliche Begrenzung der Steuerpflichtigkeit.	
1) Stadtbezirk . . . . .	1.
2) äußerer Stadtbezirk . . . . .	2.
B. Beamte,	
1) zur Aufsicht . . . . .	3.
2) zur Erhebung . . . . .	4.
C. Steuerstraßen und Eingänge in den Stadtbezirk.	
1) Steuerstraßen.	
a) Einhaltung derselben . . . . .	5.
Bezeichnung der Steuerstraße.	
aa) nach den Thoren und nach der Steuer-Expedition, so- wie aus dem Stadtbezirk und durch denselben . . . . .	6.
bb) zwischen den Mühlen und der Steuer-Expedition . . . . .	7.
2) Erlaubte Städteingänge,	
a) zu Lande . . . . .	8.
b) zu Wasser . . . . .	9.
3) Verbot aller andern Eingänge . . . . .	10.
4) Meldung bei den Thor-Expeditionen . . . . .	11. u. 12.
D. Zeit für Eingang und Abfertigung,	
1) bei der Steuer- und Waage-Expedition . . . . .	13.
2) bei den Thor-Expeditionen . . . . .	14.
Bestimmungen für die ad 1. und 2. genannten Stellen . . . . .	15.
3) bei den Waage-Expeditionen im Kirch- und Oberglauchthore . . . . .	16.

### Zweiter Abschnitt.

#### Mahlsteuer.

A. Aufsicht auf die Mühlen.	
I. Deren Ausdehnung im Allgemeinen . . . . .	17.
II. Nach Verschiedenheit der Mühlen.	
1) Mühlen unter besonderer Aufsicht . . . . .	18.
2) Mühlen unter allgemeiner Aufsicht . . . . .	19.

	Zahl der Paragraphen.
3) Privatmühlen . . . . .	20.
4) Mühlen für andere Zwecke . . . . .	21.
5) Neu entstehende Mühlen . . . . .	22.
B. Behandlung der unter besonderer Aufsicht stehenden Mühlen.	
I. Allgemeine Bestimmung.	
1) Form der Steuer-Entrichtung . . . . .	23. u. 24.
2) Mahlscheine.	
a) deren Erforderniß . . . . .	25.
b) in Bezug auf Menge der Körner . . . . .	26.
c) in Bezug auf Körnergattung . . . . .	27.
3) Transport zu und aus der Mühle . . . . .	28.
4) Bezeichnung der Säcke . . . . .	29.
5) Gewichtsverhältniß des fertigen Gemahls zu den Körnern . . . . .	30.
6) Abfertigung des Mahlguts nach Verschiedenheit der Fälle . . . . .	31.
II. Abfertigung zu den innerhalb der Stadt belegenen Wassermühlen.	
1) steuerpflichtiges Mahlgut.	
a) Anmeldung . . . . .	32.
b) Prüfung der Anmeldung . . . . .	33.
c) Bezeichnung . . . . .	34.
d) Versteuerung . . . . .	35.
e) Verwiegung des fertigen Gemahls . . . . .	36.
f) Transport des Gemahls . . . . .	37.
2) Branntwein- und Brauschroot . . . . .	38.
3) Landgemahl . . . . .	39. bis 42.
III. Abfertigung zu den unter besonderer Aufsicht stehenden Außenmühlen.	
1) Steuerpflichtiges Mahlgut,	
a) für Bewohner der Stadt . . . . .	43.
b) für Bewohner des Stadtbezirks außerhalb der Stadt und Gewerbtreibende des äußern Stadtbezirks . . . . .	44.
2) Schroot für Branntweinbrenner und Brauer im Stadt- bezirk außerhalb der Stadt . . . . .	45.
3) Landgemahl . . . . .	46.
C. Behandlung der unter allgemeiner Aufsicht stehenden Mühlen.	
I. Allgemeine Bestimmungen.	
1) Form der Steuer-Entrichtung . . . . .	47.
2) Mahlscheine. — Transport zu und aus der Mühle. — Ge- wichtsverhältniß des fertigen Gemahls zu den Körnern . . . . .	48.
3) Bezeichnung der Säcke . . . . .	49.
II. Abfertigung des Mahlguts.	
1) Der Bewohner des Stadtbezirks und der Gewerbtreibenden im äußern Stadtbezirk, mit Ausnahme der Sieb- steinen und Erblawiger Brodbäcker . . . . .	49.



	Zahl der Paragraphen.
2) Der Siebichensteiner und Erölmwiger Brodbäcker	50. bis 52.
D. Pflichten der Müller, welche unter besonderer Aufsicht stehen	53.
1) Anzeige bei vorkommender Besitzveränderung	54.
2) Abtheilung der Mühlenräume	55.
3) Mühlenbeschreibung	56.
4) Vergleichung des Mahlguts mit dem Mahlscheine,	
a) nach Gattung	57.
b) nach Menge	58.
5) Verfahren mit den Mahlscheinen	59. u. 60.
6) Dauer der Gültigkeit der Mahlscheine auf den Mühlen	61.
7) Eigene Mahlgut der Müller	62.
8) Getreidebestände der Müller	63.
9) Mahlmeße	64.
10) Stein- und Staubmehl	65.
11) Gemahlvorräthe,	
a) der nicht handeltreibenden Müller	66.
b) der handeltreibenden Müller	67.
12) Mühlen-Revision	68. u. 69.
E. Pflichten der Müller, welche unter allgemeiner Aufsicht stehen	70. bis 77.

### Dritter Abschnitt.

#### Schlachtsteuer.

A. Im Stadtbezirk.	
I. Allgemeine Bestimmung	78.
II. Gewerbliches Schlachten.	
1) Anzeige der Gewerbsräume	79.
2) Angabe, ob nach Stückfüßen oder nach Gewicht versteuert werden soll	80.
3) Steuerbücher	81. bis 83.
4) Schlachtzeit	84.
5) Anmeldung und Versteuerung.	
a) Schlachtanzeige	85.
b) Abfertigung	
aa) nach Stückfüßen	86.
bb) nach dem Gewicht	87.
c) gemeinschaftliche Schlachtungen	88.
d) Kauf oder Tausch des Fleisches	89.
III. Schlachten zum eigenen Bedarf.	
1) Schlachtzeit und Anzeige	90.
2) Abfertigung	91.
3) Obliegenheiten des Schlachtenden	92.
4) Aufbewahrung des Schlachtscheins	93.
IV. Vieh-Controle.	
1) Nachweis durch Steuer- und Vieh-Controlebücher	94.

	Zahl der Paragraphen.
2) Eingang des Viehes . . . . .	95.
3) Zu- und Abgangs-Anzeige . . . . .	96.
4) Abgang durch Verkauf . . . . .	97.
5) Abgang durch Sterben . . . . .	98.
6) Austrieb zur Hütung oder Mast auf längere Zeit . . . . .	99.
7) täglicher Austrieb zur Hütung . . . . .	100.
8) Veränderung des Viehbestandes durch Alter . . . . .	101.
9) Kontrollirung des fremden Viehes,	
a) zum Verkauf . . . . .	102.
b) durchgehend . . . . .	103.
V. Revision,	
a) der Gewerbsräume und Viehbestände . . . . .	104.
b) der Fleischbestände . . . . .	105.
B. Gewerbliches Schlachten im äußern Stadtbezirk . . . . .	106.

### Vierter Abschnitt.

Ein-, Durch- und Ausgang von Mehl, Bad- und Fleischwaaren.

A. Eingang.	
I. Unversteuert.	
1) Anmeldung und Versteuerung bei den Thor-Expeditionen . . . . .	107.
2) Anmeldung und Versteuerung von solchen Gegenständen, welche am Thore nicht schließlich abgefertigt werden . . . . .	108.
II. Versteuert mit Versendungscheinen . . . . .	109.
III. Für Gewerbtreibende des äußern Stadtbezirks . . . . .	110.
B. Durchgang unversteuert oder versteuert . . . . .	111.
C. Ausgang nach einer anderen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt . . . . .	112.
D. Verkehr zwischen der Stadt und dem vor den Thoren belegenen Stadtbezirk . . . . .	113.
E. Verkehr zwischen dem Stadtbezirk und dem äußern Stadtbezirk . . . . .	114. u. 115.
F. Transport und Marktverkehr im innern Stadtbezirk . . . . .	116.

### Fünfter Abschnitt.

Controlirung der Gewerbtreibenden im Stadtbezirk und im äußern Stadtbezirk.

1) Anzeige der Gewerbsräume . . . . .	117.
2) Revisionsbücher . . . . .	118. u. 119.

### Sechster Abschnitt.

Strafen . . . . .	120.
-------------------	------

# M u t z - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

41. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. November 1842.

Das 23. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 2304. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 18. October 1842., den Zolltarif für die Jahre 1843., 1844. und 1845. betreffend.

Nr. 2305. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 18. October 1842., die für einige Waaren-Artikel eintretende Erhöhung der Eingangs-Zollsätze betreffend.

Nr. 530.

Die im 26. Stück des diesjährigen Amtsblatts angekündigten Wahlfähigkeits-Prüfungen sind vom 5. v. M. ab in Eisleben gehalten worden.

Nr. 531.  
Die in Eisleben abgehaltenen Wahlfähigkeits-Prüfungen betr.

## A.

Das Königliche Seminar in Eisleben entließ 13 Zöglinge. Sie erhielten die Haupt-Censuren No. I, II und III, wie folgt:

- 1) Ernst August Arnold aus Ebersleben, Kreis Querfurt; 2) Johann Gottfried Julius Balzer aus Eisleben; 3) Friedrich August Brathuhn, Mansfelder Gebirgskreis; 4) Friedrich Christoph Hoch aus Ringleben bei Frankenhäusen; 5) Karl Gottfried Huster aus Weiskleben, Mansfelder Gebirgskreis; 6) Andreas Louis Köhner aus Pansfelde, Mansfelder Gebirgskreis; 7) Wilhelm August Nagel aus Zahna, Kreis Wittenberg; 8) Robert August Bernhardt Pilg aus Wittenberg; 9) Fürstgott Robert Schäfer aus Artern, Kreis Sangerhausen; 10) Karl Gottfried Schneider aus Eisleben; 11) Friedrich Karl Eduard Schröder aus Ermleben, Mansfelder Gebirgskreis; 12) Karl Gottlieb Wilhelm Trautmann aus Kreisfeld, Mansfelder Gebirgskreis; 13) Wilhelm Werner aus Rießfeld bei Sangerhausen.

## B.

Aus dem Privat-Seminar des Pfarrers Hundertmark zu Großtreben waren 20 Zöglinge angemeldet und erhielten die Haupt-Censuren No. I, II und III:

- 1) Johann Gottilob Ebnitz aus Buchowien, Kreis Ludau, Regierungsbezirk Frankfurt; 2) Karl Friedrich August Gähshmann aus Hohenbucko, Kreis Schweinitz; 3) Friedrich Wilhelm Großmann aus Breitenfeld, Kreis Kyritz, Regierungsbezirk Potsdam; 4) Friedrich Ferdinand Holmberg aus Wolfswinkel, Kreis Ober-Barnim, Regierungsbezirk Potsdam; 5) Christian Friedrich Emanuel Jahn aus Potsdam; 6) Ernst Georg Rudolph Kafilz aus Buch, Kreis Stendal; 7) Erdmann Kühnast aus Battin, Kreis Schweinitz; 8) Karl

Friedrich Manßsch aus Liebenwerda; 9) Julius Traugott Näser aus Milsdorf, Kreis Schweinitz; 10) Johann Traugott Pienitz aus Brandis, Kreis Schweinitz; 11) Friedrich Wilhelm Richter aus Hohenleipisch, Kreis Liebenwerda; 12) Friedrich Wilhelm Schmidt aus Brandenburg, Regierungsbezirk Potsdam; 13) Johann August Schneider aus Brandis, Kreis Schweinitz; 14) Johann Friedrich Schröder aus Dommstedt, Kreis Salzwedel, Regierungsbezirk Potsdam; 15) August Eduard Schulze aus Luckenwalde, Kreis Zülpich, Regierungsbezirk Potsdam; 16) Wilhelm Stölke aus Glöwen, Kreis Westpreignitz, Regierungsbezirk Potsdam; 17) Friedrich Stölke aus Glöwen, Kreis Westpreignitz, Regierungsbezirk Potsdam; 18) Karl Friedrich Wille aus Herzberg; 19) Friedrich Wilms aus Krampfer, Kreis Westpreignitz, Regierungsbezirk Potsdam; 20) Wilhelm Ernst Zierach aus Tornow, Kreis Oberbarnim, Regierungsbezirk Potsdam.

### C.

Anderweit Vorbereitete waren angemeldet 14, wovon bereits 9 interimistisch als Lehrer fungirten. Unter diesen erhielten Wahlsfähigkeits-Zeugnisse mit den Haupt-Censuren No. II und III folgende dreizehn:

1) Karl Robert Berg aus Wittenberg; 2) Gotthilf Busch aus Strenz-Naundorf bei Milsleben s. S.; 3) Heinrich Christoph Griesdorf, Kinderlehrer in Zemnick, Ephorie Seyda; 4) Johann Karl Hartmann, Hülflehrer in Hoheneblau, Ephorie Gonnern; 5) August Friedrich Herold, Kinderlehrer in Zschepkau, Ephorie Bitterfeld; 6) Johann Friedrich Hölzner, Kinderlehrer in Zscherndorf, Ephorie Bitterfeld; 7) Friedrich Gottlob Heinrich König aus Elsterwerda; 8) Leander Ehrenreich Rosenlöcher aus Söhesten, Kreis Merseburg; 9) Friedrich Karl Steinhoff aus Heringen, in der Grafschaft Stolberg-Stolberg; 10) Karl Gotthilf Walter aus Laucha, Kreis Querfurt; 11) Friedrich Christian Wege, Kinderlehrer in Lützenburg, Ephorie Freiburg; 12) Georg Lorenz Sorhagen, Kinderlehrer in Röllsdorf, Ephorie Werßbütz; 13) Johann Friedrich Richter aus Neudorf, Kreis Schweinitz.

### D.

Bei der Prüfung der Literaten für Rectorate und Oberlehrerstellen an städtischen oder Communal-Bürgerschulen am 7. und 8. September 'cr. erhielten ein Wahlsfähigkeits-Zeugniß folgende dreizehn:

1) der Candidat der Theologie Johann Heinrich Albrecht aus Burg bei Halle; 2) der Candidat der Theologie Friedrich Wilhelm August Weinig aus Wickersstedt, im Großherzogthum Weimar; 3) der Candidat der Theologie August Jacob Wöhme aus Lauchstädt, Kreis Merseburg; 4) der Candidat des Predigtamts Franz Wilhelm Göltzsche aus Eisleben; 5) der Candidat der Theologie Karl Theodor Kniebisch aus Dantschen bei Torgau; 6) der Doctor philos. Friedrich Wilhelm Meier aus Halle; 7) der Stud. philologiae Hermann Diefner aus Weissenfels; 8) der Candidat der Theologie Theodor Opitz aus Milsdorf bei Herzberg; 9) der Candidat der Theologie Karl Friedrich Wilhelm Rein-

hardt aus Naumburg; 10) der Candidat der Theologie Wilhelm Heinrich Ferdinand Schmidt aus Berlin; 11) der Candidat der Theologie Adolph Edmund Trotha aus Güsten, im Herzogthum Anhalt-Cöthen; 12) der Candidat des Predigamts Karl Christian Wegner aus Dreßdorf, in der Grafschaft Stolberg-Rosla; 13) der Candidat des Predigamts Johann Samuel Ziegner aus Dahme. Merseburg, den 22. October 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Den Untergerichten unseres Departements und den betreffenden Gerichts-Gengenossen machen wir hierdurch zur Beachtung bekannt, daß Listen über die am 15. v. Mts. gezogenen Prämien der für dieses Jahr zur Auslösung bestimmten Seehandlungs-Prämien-Scheine bei den Landgerichten und resp. Land- und Stadtgerichten zu Torgau, Wittenberg, Halle, Erfurt, Merseburg, Weissenfels, Eisleben, Delitzsch, Naumburg, Sangerhausen, Langensalza zur Einsicht bereit liegen. Naumburg, den 9. November 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht von Sachsen.

Den Mechanikern Gebrüder Donardel in Berlin ist unter dem 14. October 1842. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte mechanische Vorrichtung, um Chenille-Fäden zu schneiden auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Dem Mechaniker G. Hummel in Berlin ist unter dem 14. October 1842. ein Patent auf eine Verbesserung der mechanischen Vorrichtungen zum Stüppen und Abschlagen der Formen an Perrotinen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Dem Banquier Lipke in Berlin ist unter dem 15. October 1842. ein Einführungs-Patent auf zwei mechanische Vorrichtungen zum Noppen der Wolle in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

### Personal-Chronik.

Der Apotheker Bernhard August Meßner zu Jessen ist als Agent der Cölnischen Feuerversicherungsgesellschaft für die Stadt Jessen und Umgegend unterm 26. September c. bestätigt worden.

Das Pfarramt zu Buckau, Ephorie Herzberg, wird durch Versetzung des bisherigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 1 Bogen stark, für den Sangerhäuser landrätlichen Kreis.

Nr. 538.

# M a c h w e i s u n g d e r

im Monat October 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden.  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in gleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .												Kartof- feln	Brann- wein	Rauchfutrer							
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer				Hirse				Erbsen						Linsen				Heu	Stroh		
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel														Scheff.	Quart	1 Cent.	1 Cent.				
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.									tbl.	gr.
1 Merseburg	2	1	5	1	24	11	1	14	10	1	3	5	—	—	—	2	10	—	4	—	—	—	—	—	1	12	6	5	—	2	—	10	—	
2 Halle	1	25	10	1	17	9	1	11	—	1	4	4	6	15	—	4	—	—	4	12	—	26	3	5	—	1	27	6	8	—	—	—	—	
3 Naumburg	2	13	8	1	24	10	1	14	1	1	2	2	4	21	9	2	10	—	2	25	—	1	—	—	4	6	2	—	—	—	—	9	—	
4 Torgau	2	1	3	1	19	8	1	13	3	1	1	10	5	25	—	2	15	—	4	20	—	22	6	4	9	1	15	—	7	15	—	—	—	
5 Bitterberg	2	—	1	1	18	2	1	14	9	1	3	8	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	1	—	5	—	1	20	—	9	—	—	
6 Tilsen	1	28	2	1	19	8	1	13	9	1	5	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5	1	2	—	5	8	10	—	
7 Zeitz	2	9	7	1	26	4	1	11	8	1	2	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	2	5	—	2	—	12	—	—	
8 Querfurt	2	2	6	1	22	6	1	15	—	1	2	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	4	8	2	—	—	9	—	
9 Bitterfeld	2	4	—	1	20	8	1	10	6	1	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	5	—	1	20	—	9	—

Merseburg, den 7. November 1842.

R ö n i g l i c h P r e u s s i s c h e R e g i e r u n g .

# A m t s - B l a t t

der  
Königlichen Regierung zu Merseburg.  
42. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 3. December 1842.

- Das 24. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2306. Allerhöchste vollzogenes Publikations-Patent vom 20. September 1842., in Betreff des von der Deutschen Bundesversammlung gefaßten Beschlusses zum Schutze der Werke J. G. von Herder's gegen Nachdruck.
- Nr. 2307. Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde vom 17. October 1842., nebst dazu gehörigem Nachtrage zu dem Statute der Berlin-Frankfurter Eisenbahn-Gesellschaft, in Betreff der Verausgabung von 600,000 Thaler Prioritäts-Aktien.

Nr. 539.

Es ist in neuerer Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Hamster sehr überhand genommen haben, wodurch den Landwirthern ein nicht unerheblicher Schaden erwachsen ist.

Nr. 540:  
Die Ausrottung der Hamster betr.

Da nun diesem Uebel nur durch die Mitwirkung der Ackerbesitzer selbst gesteuert werden kann, so fordern wir sämtliche Ackerbesitzer der Communen hierdurch auf, für ihre Feldmarken solche Maasregeln zu ergreifen, welche, wo nicht eine gänzliche Vertilgung, doch eine möglichste Verminderung der so schädlichen Hamster auf ihren Feldmarken herbeiführen können.

Am zweckmäßigsten dürfte dies, wie auch anderwärts geschehen, dadurch bewirkt werden, daß die Ackerbesitzer jeder Commune gemeinschaftlich bestimmte Hamstergräber annehmen, mit denen sie über den Lohn, über das in den Hamstergruben gefundene Getreide, über die Hamsterfelle und über die Ablieferung der Hamster-Klauen förmlich contrahiren, der Reihe nach die Aufsicht über die Hamstergräber übernehmen und fremden Hamstergräbern, die gewöhnlich nur das Getreide aus den Hamstergruben nehmen, die Hamster selbst aber laufen lassen, das Hamstergraben nicht gestatten.

Ohne hierdurch den Ackerbesitzern etwas vorschreiben zu wollen, hegen wir zu denselben das Vertrauen, daß sie in ihrem eignen Interesse unter Berücksichtigung der obigen Bemerkungen nichts verabsäumen werden, die Mittel zu überlegen und zu ergreifen, durch die sie, der Localität und den Umständen angemessen, auf dem kürzesten und sichersten Wege ihre Acker von den Hamstern zu reinigen vermögen.

Die Herren Landräthe werden es sich um so angelegener seyn lassen, die Vereinigung der Ackerbesitzer der Communen zur Ausrottung der Hamster in der beschriebenen Weise zu befördern, als hierin zugleich ein Mittel liegt, Getreideverbießhählen,

deren Ermittlung der Vorwand, als sey das bei einzelnen Individuen vorgesehene Getreide aus Hamstergruben entnommen, oft sehr schwierig macht, vorzubeugen.

Merseburg, den 26. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 541. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das unbefugte Flößen Straf-Verbot auf der kleinen Elster oder Dobra, auf dem Neugraben und der schwarzen Elster mit einer Geldstrafe von Fünf Thalern oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe bestraft werden wird. Merseburg, den 4. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 542. Es ist zur Sprache gekommen, daß bei den Gerichten die Anzeigen über jugendliche Forstfrevler, welche das 14te Jahr noch nicht zurückgelegt haben, häufig nicht vollständig gemacht worden, was zu mancherlei Inconvenienzen führt. Solche Anzeigen jugendlicher Forstfrevler müssen enthalten:

- 1) den Vor- und Zunamen und Wohnort des Frevlers;
- 2) die Angabe, daß derselbe das 14te Jahr noch nicht zurückgelegt habe;
- 3) den Vor- und Zunamen und Wohnort des Vaters, und bei Vaterlosen den Vor- und Zunamen und Wohnort des Vormundes;
- 4) die Angabe der Beweismittel überhaupt und nach Umständen insbesondere auch dafür, daß die Eltern in irgend einer Weise durch Handlungen oder schuld-bare Unterlassungen an den betreffenden Entwendungen Theil genommen oder doch die Vortheile aus dem Entwendeten gezogen oder zu ziehen beabsichtigt haben;
- 5) die Zeit und den Ort der Entwendung;
- 6) die Angabe des entwendeten Gegenstandes und dessen Werth.

Die Gerichte werden hierdurch angewiesen, Anzeigen über jugendliche Forstfrevler, welche nach dem Vorstehenden nicht vollständig gemacht werden, zur Vervollständigung ohne Weiteres zurückzugeben. Die Königlichen Forstbeamten sowohl, als die Privatforstbesitzer haben also vorstehende Bestimmungen zu beachten.

Raumburg, den 21. October 1842.

Merseburg, den 30. September 1842.

Königl. Preuß. Oberlandesgericht. | Königl. Preuß. Regierung.

Nr. 543. Die Untergerichte unseres Departements werden hierdurch angewiesen, die Erbschaftsstempeltabellen nach der in der Verordnung vom 26. September 1842 und deren Beilage (Justiz-Ministerialblatt Nr. 42.) vorgeschriebenen Anweisung vom 2. Tertial 1842 ab zu bearbeiten und also von diesem Zeitpunkt ab die Tabellen oder Vacatscheine in den §. 29. bestimmten Terminen ohne Todtenlisten einzureichen. Zugleich haben sie die Pfarrer resp. Judenältesten ihres Gerichtsbezirks zu veranlassen, die Todtenlisten nach dem Schema sub A. einzurichten.

Raumburg, den 4. November 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.



Das Hypothekenbuch über die in unsern Bekanntmachungen vom 18. März 1839. (Beilage zum 16. Stück des Amtsblatts vom Jahre 1839.); vom 4. Juni 1839. (Beilage zum 27. Stück des Amtsblatts vom Jahre 1839.); vom 18. September 1839. (Beilage zum 39. Stück des Amtsblatts pro 1839.); vom 22. April 1840. (Beilage zum 20. Stück des Amtsblatts vom Jahre 1840.); vom 5. December 1840. (Beilage zum 3. Stück des Amtsblatts pro 1841.); vom 3. Mai 1841. (Beilage zum 28. Stück des Amtsblatts pro 1841.); vom 11. Januar 1842. (4. Stück des Amtsblatts vom Jahre 1842.), verzeichneten walgenden Grundstücke ist vollendet und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte bei diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach dem Allgem. Landrechte, der Allgem. Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Bittersfeld, den 12. October 1842.

Königliche Preussische Gerichts-Commission.

Nr. 544.  
Hypotheken-  
Sachen.

Den Kaufleuten und Fabrikbesitzern George Wilhelm und Gustav Adolph Mengert in Berlin ist unter dem 25. October 1842. ein Einführungs-Patent, auf die Anfertigung von Streich-Zündhölzern mit einem als neu und eigenthümlich erachteten Ueberzuge, ohne Jemand in der Benutzung bekannter und bereits zur Bereitung von Zündhölzern angewandten Materialien zu behindern, auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang der Monarchie erteilt worden.

Nr. 545.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Kaufmann Moritz Güterbock in Berlin ist unter dem 5. November 1842 ein Einführungs-Patent 1) auf sogenannte Zündbänder und deren Füllung, so wie 2) auf zwei Gewehrklösser für Zündbänder, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie erteilt worden.

Nr. 546.  
Patent-  
Ertheilung.

Dem Kaufmann August Dumont zu Köln ist unter dem 11. November 1842 ein Einführungs-Patent auf einen durch Zeichnung, Modell und Beschreibung nachgewiesenen Sicherheits-Apparat gegen Diebe auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie erteilt worden.

Nr. 547.  
Patent-  
Ertheilung.

### Personal-Chronik.

Der Candidat der Feldmehrkunst Louis Koch aus Gettstädt ist zum Feldmesser ernannt und als solcher verpflichtet worden.

Nr. 548.

Die Schulmeister- und Küstlerstelle in Grassau, Ephorie Herzberg, ist durch Verlegung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Sie ist königlichen Patronats und wird binnen 4 Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 549.

Der Pfarrer zu Friedeburg, Ephorie Gerbstädt, Johann Christoph Pflug, ist am 9. November cr. im sechzigsten Lebensjahre gestorben.

Nr. 550.

Die Stelle ist königlichen Patronats und es wird nach 3 Monaten der Nachfolger gewählt werden.

Nr. 551. Der Diaconus emerit. M. Johann Christian Karl Schmiedt zu Bitterfeld ist am 2. November cr. in einem Alter von 72½ Jahren verstorben.

Nr. 552. Der bisherige Pfarrer zu Derslich, Ephorie Duerfurth, Justin Albert Ludwig Plenz ist am 11. November cr. im 44ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronat.

Nr. 553. Im Laufe des dritten Quartals d. J. sind nachstehende Candidaten des Prodigtams:

1) Dr. Carl Gustav Brückner aus Wethau; 2) Friedrich August Gersner aus Naumburg; 3) August Carl Gueinzius aus Halle; 4) Johann Gottlieb Heinrich aus Elberfeld; 5) Immanuel Gottlieb Höcklau aus Erdborn; 6) Gottlieb Traugott Kretschel aus Dankerode; 7) August Hermann Walter aus Freienbessingen; 8) Carl Johann Hermann Werckthin aus Sandau; 9) Ernst Ferdinand Wäppler aus Zeitz; 10) Carl Friedrich Vercht aus Annaburg; 11) Dr. Carl Emil Francke aus Gehofen; 12) Friedrich August Raaf aus Rudelsdorf; 13) Friedrich August Kurze aus Obergreiflau; 14) Lebrecht Anton Lautenschläger aus Gisleben; 15) Friedrich Ludwig Ferdinand Ulrich aus Mohrungen, und 16) August Eduard Urbich aus Magdeburg,

pro ministerio geprüft und mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden.

Nr. 554. Es ist zum Schiedsmann für den vierten Bezirk der Grafschaft Stolberg: der Kaufmann Ewald Glos zu Kottleberode; Bezirk der Stadt Stolberg: der dasige Ingrossator Kehl; Bezirk der Stadt Leimbach: der dasige Freigutbesitzer August Schröder; Bezirk Petersberg: der Schenkwirth Peter Friedrich Herrmann zu Grefstz; zweiten Torgauer Landbezirk: der Deconomie-Amtmann Ernst Wilhelm Ferdinand Klingemann zu Delzschau, erwählt und verpflichtet worden.

Nr. 555. Die durch den Tod des Rechnungs-Raths Pinkert erledigte Stelle eines Bureau-Vorstehers für das Kassen- und Rechnungs-Wesen der Provinzial-Struere-Direktion, ist mittelst Ministerial-Rescripts vom 24. October c. III. 25594., dem Geheimen Secretair Torges verliehen worden.

Nr. 556. Der bisherige Deconomie-Commissions-Gehülfe Gustav Adolph Strien ist zum Deconomie-Commissarius ernannt und als solcher vom 1. Januar fut. ab in Hettstädt stationirt.

Nr. 557. Der bisherige Protokollführer Ferdinand Michelmann ist zum Deconomie-Commissions-Gehülfen ernannt.

Hierzu drei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à ¼ Bogen für den Torgauer landrätthlichen Kreis,
- 2) eine à ¼ Bogen für den Eckartsbergauer landrätthlichen Kreis, und
- 3) eine à ¼ Bogen für den Zeitzer landrätthlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

43. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 10. December 1842.

In Folge des den Dukaten, welche unter den Zahlungen an Königliche Kassen eingehen, durch die Circular-Verfügung vom 31. März d. J. beigelegten Rechnungswertes von 3 Thlr. 5 Sgr. sind mehrseitig Zweifel entstanden, zu welchem Werthe die Annahme solcher Münzstücke bei den landesherrlichen Kassen erfolgen darf. Wir sehen uns daher veranlaßt, der Königlichen Regierung dieserhalb Nachstehendes zu eröffnen.

Nr. 558.  
Bekanntmachung wegen des Annahmewerthes der Dukaten bei den landesherrlichen Kassen.

Einzahlungen in Dukaten bei Königlichen Kassen können nur vorkommen

- 1) in Folge der Circular-Verfügung vom 5. December 1831. bei den in Courant zu berichtigenden Steuern und landesherrlichen Gefällen aller Art zu 3 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. für das Stück,
- 2) auf den Grund des §. 24. der gedruckten allgemeinen Pachtbedingungen bei Verpachtung der Domainen in den östlichen Provinzen, wonach die Pächter ein Drittheil des jährlichen Pachtzinses in Golde zu entrichten haben und dieses Pachttrittheil nach ihrer Wahl, entweder in Friedrichsd'or à 5 Thlr. oder in Dukaten à 2½ Thlr. erlegen dürfen. Hierher gehören auch die Fälle, wo eine gleiche Zahlungs-Mobalität in einzelnen Erbpachtskontrakten ausdrücklich stipulirt ist,
- 3) zufolge solcher kontraktlicher Bestimmungen, welche speciell und ausschließlich auf Dukaten als Zahlungsmittel lauten.

Aus diesen Mobalitäten des Eingangs ergibt sich der Annahmewerth der Dukaten in den einzelnen Fällen ohne Schwierigkeit. Derselbe wird nämlich, da durch den jetzt auf 3 Thlr. 5 Sgr. festgesetzten Rechnungswert Hinichts der Befugnisse und Verpflichtungen der Zahlungsleistenden nichts geändert wird, auch künftig für die Dukaten ad 1.

= 3 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

betragen, wogegen der Annahmewerth in den Fällen ad 2. auf

= 3 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf.

zu stehen kommt, indem 100 Stück Dukaten à 2½ Thlr. gleich 55 Stück Friedrichsd'or à 5 Thlr. sind, 55 Stück Friedrichsd'or à 5½ Thlr. zu Courant gerechnet, aber 311 Thlr. 20 Sgr. ausmachen, welche Summe auf 100 Stück Dukaten vertheilt, für jedes Stück 3 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf. beträgt. In dem Falle ad 3. endlich, ist der Annahmewerth dem Rechnungswerte von

= 3 Thlr. 5 Sgr. — Pf.

gleich zu rechnen, weil überall, wo die unbedingte Einzahlung von Dukaten in natura kontraktlich stipulirt ist, der Betrag derselben nach dem Wegfall der Goldkolonne in den Etats zu 3 Thlr. 5 Sgr. pro Stück ausgeworfen und zu diesem Werthe auch bei den Kassen in Soll- und Ist-Einnahme gestellt werden muß.

Hiernach haben, mit Rücksicht auf die Vorschriften der Circular-Verfügung vom 31. März c. sämtliche Kassen, wenn bei ihnen Dukaten nach obigen Bestimmungen eingehen, solche in dem Buche des Kassirers, welches die Goldkolonne auch künftig noch beibehält, in diese Kolonne zu vereinnahmen, dagegen ist in den übrigen Kassenbüchern und in der Rechnung die Stückzahl der eingehenden Dukaten unter Bemerkung des Annahmewerthes vor der Linie zu notiren und der Betrag in die Courant-Kolonne zu 3 Thlr. 5 Sgr. und zwar bei jeder einzelnen Post nach Maassgabe des verschiedenen Annahmewerthes mit

und einer Mehreinnahme von . . . . .	= 3 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.
find . . . . .	— 1 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.
oder mit . . . . .	3 Thlr. 5 Sgr. — Pf.
und einer dergleichen von . . . . .	3 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf.
find . . . . .	— 1 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf.
oder mit . . . . .	3 Thlr. 5 Sgr. — Pf.

ohne eine solche, auszubringen, in der den Einzahlern zu ertheilenden Quittung aber jedesmal die Stückzahl der von ihm eingelieferten Dukaten und den Werth, zu welchem die Annahme erfolgt, auszudrücken. Daß dergleichen Dukaten zu den Ausgaben nicht wieder verwendet, sondern von den Unterkassen an die Regierungs-Haupt-Kasse und von dieser an die General-Staats-Kasse eingesendet werden müssen, so wie, daß die zur Zahlung in Dukaten Verpflichteten sich von dieser Verpflichtung durch Zahlung in Courant nicht befreien können, ist schon durch die Circular-Verfügung vom 31. März c. angeordnet worden.

Hiernach hat die Königliche Regierung die dortige Haupt-Kasse und sämtliche Unterkassen Ihres Bezirks beauftragt mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 14. November 1842.

Ministerium des Königl. Hauses

II. Abtheilung.

(gez.) v. Ladenberg.

Finanz-Ministerium.

(gez.) v. Wobelschwingh.

An die Königliche Regierung zu Merseburg.

No. 26,353. M. d. K. H. II. Abth.

I. 11,194. F. M.

Vorstehendes Rescript wird mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 22. April v. J. wegen Annahme von Silbergeld mit Aufgeld statt Natural-Gold bei den Staats-Kassen im 16. Stück Seite 113. bis 115. Nr. 207. des diesjährigen Amts-blatts hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 29. November 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Des Königs Majestät haben auf den Antrag des Staats-Ministerii mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 22. Mai d. J. zu genehmigen geruhet, daß die in Betreff der rechtzeitigen Berichtigung der von activen Civil-Beamten zu zahlenden Wittwen-Kassen-Beiträge bestehenden Bestimmungen, wie die Circular-Verfügung vom 23. September 1818. solche enthält, auch auf die pensionirten Civil-Beamten insofern weit angewendet werden, daß die von einem solchen Pensionair rückständig gebliebenen Beiträge auf Anzeige der Wittwen-Verpflegungs-Anstalt bei der Zahlung der Pension von letzterer einbehalten und an die Wittwen-Kasse abgeführt werden sollen. Die General-Direction der gedachten Anstalt ist daher veranlaßt worden, sobald ein pensionirter Civil-Beamter mit seinem Wittwen-Kassen-Beitrage in Rückstand bleibt, der betreffenden Regierung davon Nachricht zu geben, und hat die Königliche Regierung alsdann die Einbehaltung des schuldig gebliebenen Betrages von der Pension des Restanten und die Einwendung desselben an die Wittwen-Kasse anzuordnen, mit der Maßgabe jedoch, daß zur Befreiung des rückständigen Wittwen-Kassen-Betrages nicht über die Hälfte der jedesmaligen monatlichen Pension einbehalten werden darf und wenn derselbe durch die Hälfte der Pension nicht gedeckt wird, der Rest des Betrages von der Hälfte der Pension der folgenden Monate in Abzug zu bringen ist.

Nr. 359.  
Die Einbehaltung der rückständigen Wittwen-Kassen-Beiträge von den Pensionen der Civil-Beamten betr.

Berlin, den 31. October 1842.

Der Finanz-Minister.

(gez.) von Bodelschwingh.

Vorstehende Bestimmungen werden hierdurch zur Kenntnißnahme der dabei Theiligten gebracht.

Merseburg, den 29. November 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Da sich herausgestellt hat, daß die Bezeichnung der Städte, deren Durchschnitts-Martini-Marktpreise nach unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom 8. Mai 1822. (Amtsblatt-Jahrgang 1822. Seite 193.) in unserm Verwaltungsbezirke bei Gemeintheitsheilungen und Ablösungen zu Grunde gelegt werden sollen, nicht mehr eine durchweg richtige und den gegenwärtig bestehenden Verkehrrerhältnissen in Bezug auf Getreidehandel entsprechende ist, so finden wir uns veranlaßt, daß in der oben bezogenen Bekanntmachung aufgestellte Verzeichniß jener Städte dahin abzuändern, daß sowohl ad 3. an die Stelle der Stadt Nordhausen für den Querfurter Kreis, ausschließlich des Eckartsbergaer und Sangerhäuser Kreises, als ad 7. an die Stelle der Stadt Leipzig für den Delitzscher Kreis, ausschließlich der in den vormaligen Gerichtsamtbezirken Lützen und Schkeuditz gelegenen Ortschaften des hiesigen Kreises, die Stadt Halle als Markttort angesehen werden soll.

Nr. 560.  
Die Städte, deren Durchschnitts-Martini-Marktpreise bei Gemeintheitsheilungen und Ablösungen zu Grunde gelegt werden sollen, betr.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 2. December 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 561.

Martini-Durchschnitts-Marktpreise betr.

### Martini-Durchschnitts-Marktpreise

des Getreides von den Städten Halle und Quedlinburg, welche in Gemäßheit der Bekanntmachung der Königl. General-Commission der Provinz Sachsen vom 9. Juni 1831. (Amtsblatt Jahrgang 1831. Stüd 25. pag. 178.) bei Ausführung der Ablösungs-Ordnung vom 13. Juli 1829. in der Zeit vom 18. November 1842. bis dahin 1843. zum Grunde gelegt werden sollen.

Nr.	Namen der Städte.	Getreide.											
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Der Preussische Scheffel											
		Zblr.	fg.	pf.	Zblr.	fg.	pf.	Zblr.	fg.	pf.	Zblr.	fg.	pf.
1.	Halle. . . .	1	25	4	1	11	1	—	29	6	—	21	6
2.	Quedlinburg.	1	22	4	1	13	9	1	1	—	—	22	5

Merseburg, den 30. November 1842.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 562.

Den Quittungstempel bei Deposital- und sonstigen gerichtlichen Zahlungen betr.

Da es zur Sprache gekommen ist, daß die Vorschriften des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 und des Stempeltarifs de eod. dato Position „Quittungen“ bei der Empfangnahme von Geldzahlungen aus den gerichtlichen Depositorien oder von den Gerichten selbst, nicht immer gehörig beobachtet worden sind, so werden die Gerichtsbeisessenen unsres Departements darauf aufmerksam gemacht, daß, den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gemäß, in allen Fällen, wo dem Empfänger solcher Geldzahlungen nicht ausnahmsweise Stempelfreiheit zusteht, der tarifmäßige Quittungstempel sofort bei Empfangnahme der Gelber, in natura zur Verwendung producirt werden muß, widrigenfalls die Aussteller der Quittungen zu gewärtigen haben, daß der Betrag unmittelsbar von dem Percipiendo gekürzt und zum nachträglichen Ankauf des Stempels verwendet werden wird.

Raumburg, den 18. November 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

### Personal-Chronik.

Nr. 563.

Der Ober-Pfarrer M. Johann August Pfeil zu Zörbig ist am 18. November c. im 66ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Königlichem Patronats. Der Nachfolger wird nach 3 Monaten gewählt werden.

Nr. 564.

Der Schulze Kästner zu Rödgen ist zum Schiedsmann des Osten Delitzscher Kreises erwählt und verpflichtet worden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, z Bogen Karl, für den Weissenfelder landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

44. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 17. December 1842.

- Das 25. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2308. Allerhöchste Kabinettsorder vom 22. November 1842., wegen des verheißenen Steuer-Erlasses und über die Beförderung einer umfassenden Eisenbahn-Verbindung zwischen den verschiedenen Provinzen der Monarchie.
  - Nr. 2309. Verordnung wegen Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln der Provinzial-Verwaltungsbehörden. Vom 22. November 1842.
  - Nr. 2310. Verordnung wegen Herabsetzung des Salzverkaufspreises auf den Salz-niederlagen der Monarchie. Vom 22. November 1842.

Nr. 565.

Unsere sub Nr. 276. dem diesjährigen Amtsblatt inserirte Verfügung vom 28. Mai c., den Zeitpunkt der Meldung zum dreijährigen freiwilligen Militärdienst betreffend, hat die irrthümliche Auslegung erfahren, daß denjenigen Dienstpflichtigen, welche sich nicht vor dem 1. Mai des Kalenderjahres, worin sie ihr 20. Lebensjahr vollenden, gemeldet, der freiwillige Eintritt zum dreijährigen Dienste für alle Zeiten zu verschränken sey.

Nr. 566.

Diese Absicht, wonach die Bestimmung im §. 103. der Ersatzinstruction vom 30. Juni 1817 als gänzlich aufgehoben zu betrachten seyn würde, hat jedoch keinesweges vorgewaltet.

Die Annahme der dreijährigen Freiwilligen und die denselben von den Landrätchen zu ertheilenden Erlaubnißscheine betr.

Dem höhern Erlaß, auf welchem das im Eingange erwähnte Publikandum beruht, hat vielmehr lediglich die Absicht zum Grunde gelegen, den im §. 101. a. a. Orte vorgeschriebenen Zeitraum (vom 1. November eines Jahres bis zum 15. Juli des folgenden) innerhalb dessen nach jener Bestimmung die Annahme von dreijährigen Freiwilligen zulässig ist, auf die Zeit vom 1. November des einen bis 1. Mai des folgenden Jahres zu beschränken.

Hienach dürfen nun zwar in Zukunft Dienstpflichtige in der Zeit vom 1. Mai bis 1. November weder als dreijährige Freiwillige von den Truppentheilen angenommen, noch Behufs ihrer desfallsigen Meldung mit der vorgeschriebenen landrätlichen Bescheinigung versehen werden. Allein vom 1. November ab, wenn sie bei dem inzwischen stattgefundenen Ersatzgeschäft wegen hoher Losnummer oder aus einem andern Grunde, ohne daß sie ihre Uebergehung selbst verschuldet haben, nicht zur Einstellung gekommen sind, können dieselben, wenn sonst kein gesetzliches Hinderniß entgegensteht, wieder mit dem erforderlichen landrätlichen Erlaubnißscheine Be-

hufs ihres Eintritts bei einem Truppentheile als dreijährige Freiwillige versehen werden, so daß mit der für nöthig erachteten Beschränkung des im §. 101. der Ersatz-Instruktion vom 30. Juni 1817 bestimmten Zeitraums die Bestimmungen im §. 103. ebendasselbst auch fernerhin in Kraft bestehen werden.

Merseburg, den 24. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 567.

Martini-Durchschnitts-Marktpreise betr.

### Martini-Durchschnitts-Marktpreise

des Getreides pro 1842. der in der Bekanntmachung vom 8. Mai 1822. (Amtsblatt pro 1822. pag. 193.) genannten Städte, welche nach den im Gesetz vom 7. Juni 1821. enthaltenen näheren Bestimmungen bei Ablösung von Getreide-Natural-Leistungen, den zehnjährigen Durchschnitts-Berechnungen zu Grunde gelegt werden sollen.

Nr.	Namen der St ä d t e.	G e t r e i d e.											
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Der Preussische Scheffel											
		Zhlr.	fgt.	pf.	Zhlr.	fgt.	pf.	Zhlr.	fgt.	pf.	Zhlr.	fgt.	pf.
1.	Halle . . . . .	1	27	1	1	25	—	1	12	7	1	5	6
2.	Weissenfels . .	2	6	3	1	28	8	1	14	—	1	1	11
3.	Leipzig . . . .	2	8	8	2	3	6	1	16	—	1	6	11
4.	Raumburg . . .	2	8	5	1	28	10	1	16	5	1	2	7
5.	Zeitz . . . . .	2	8	1	1	29	8	1	14	7	1	4	—
6.	Wittenberg . .	1	28	5	1	18	7	1	14	8	1	4	6
7.	Torgau . . . .	1	28	9	1	21	10	1	16	3	1	3	2
8.	Nordhausen . .	2	4	9	1	26	2	1	20	6	1	3	2
9.	Quedlinburg .	1	26	6	1	27	9	1	16	8	1	4	9

Merseburg, den 8. December 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 568.

Die Handels-Verhältnisse mit Rußland und Pohlen betr.

Nach einem Rescripte Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers vom 28. September c. sind in den Handelsverhältnissen dießseitiger Unterthanen mit Rußland und Pohlen neuerlich rücksichtlich verschiedener Handelsartikel Erleichterungen bei dem Einfuhrzoll eingetreten, es ist aber dabei bestimmt worden, daß der Ursprung dießseitiger Handelsgegenstände durch Zeugnisse der Polizeibehörden, wozu die benötigten Formulare in russischer und deutscher Sprache gedruckt und uns von Berlin aus zugesendet werden sollen, bescheiniget werden muß. Um nun den Handelsverkehr bis dahin, daß diese Formulare in Anwendung kommen, nicht aufzuhalten, hat uns Sr.



Grellenz anderweit angewiesen, nach dem hier abgedruckten Schema Versendungs-Declarationen an die Polizeibehörden hinauszugeben und durch selbige bei vorkommenden Waaren-Versendungen nach Rußland und Pohlen auf Verlangen an die Interessenten auszuhändigen zu lassen. Das handeltreibende Publikum wird daher von dieser Einrichtung hiermit benachrichtiget, und wegen der benötigten Declarationen resp. an die Kreisbehörden und an den Magistrat in Halle verwiesen.

Merseburg, den 30. November 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Formular der Ursprungsbescheinigungen

für die nach Rußland und Pohlen zu versendenden Handelsgegenstände, bei welchen eine Einfuhr-Erleichterung zugestanden ist.

#### Königlich Preussischer Regierungsbezirk

Ursprungsbescheinigung für die nachstehend bezeichneten Preussischen Handelsgegenstände.

Die unterzeichnete Königliche Regierung bescheinigt Kraft dieses, daß folgende von dem vorunterzeichneten vor dem gegengezeichneten Polizeibeamten zur Versendung nach deklarirte Handelsgegenstände:

Benennung der Gegenstände.	Zahl und Zeichen der Coll.	Bruttogewicht der Coll.

Der Declarant.  
N.

Der Ortspolizeibeamte.  
N. N.

wärllich Preussischen Ursprungs sind.

Ausgestellt:

am 184

(L. S.)

Königlich Preussische Regierung,  
Abtheilung des Innern.

Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 29. October c. ist dem Comité der Liedge- Nr. 369.  
Stiftung zu Dresden gestattet worden, die Actien zur Verloosung von Kunstgegen- Die Actien der  
ständen u. zum Beßen der genannten Stiftung in den Königlich Preussischen Staa- Liebzg. - Stift-  
sen abzugeben. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. tung zu Dres-  
den betr.

Merseburg, den 3. December 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die von der Regierungs-Hauptkasse hieselbst ausgestellten Quittungen über die Nr. 370.  
im III. Quartale d. J. für den Ankauf von Domainen und Forstgrundstücken, so Den Austausch  
wie zur Ablösung von Domainen-Prästationen u. s. w. eingegangenen Kapitalien, gen über Melm

III. Quartale  
d. J. eingezahl-  
ten Kapitalien  
für veräußerte  
Domainen und  
Forstgrund-  
stücke und Ab-  
lösungen betr.

sind nach erfolgter vorschriftsmäßigen Bescheinigung derselben von Seiten der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, den betreffenden Specialkassen zur Aushändi-  
gung an die Interessenten überhandt worden, welche sich daher bei diesen Kassen zu  
melden und dabei die vorher erhaltenen Interims-Quittungen zurückzugeben haben.

Merseburg, den 8. December 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der  
directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 571.  
Die Geschäfts-  
übersichten der  
Patrimonial-  
Gerichte betr.

Die sämmtlichen Patrimonial-Gerichte unseres Departements werden hierdurch  
angewiesen, bei Gelegenheit der für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr einzureichen-  
den Jahres-Uebersicht, in Gemäßheit des Justiz-Ministerial-Rescripts vom 29. De-  
cember c. (Justiz-Ministerialblatt Seite 335.) Bericht über die Beschaffenheit der Lo-  
calien, in welchen bei ihnen

- a) die Acten und Hypothekenbücher,
  - b) die Depositorien
- aufbewahrt werden und

c) über den Zustand der Gefängnisse

zu ermitteln und insbesondere anzuzeigen, in wie fern bei ihnen von den durch die  
Allerhöchsten Kabinettsordres vom 18. August v. J. und 16. September d. J. (Ge-  
setzsammlung von 1841. Seite 252. und 1842. Seite 249.) in dieser Beziehung  
nachgelassenen Erleichterungen Gebrauch gemacht werden soll.

Raumburg, den 2. December 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 572.  
Preussische  
Renten-Versä-  
cherungs-An-  
stalt betr.

Auf den Antrag des Curatoriums der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt  
vom 5. v. M. will ich dem, mir in beglaubigter Ausfertigung vorgelegten Beschluß  
vom 4. v. M., welcher also lautet:

**Beschluß.** Das Curatorium der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt,  
in Erwägung,

daß die den Interessenten der Anstalt durch die Statuten verheißenen ursprünglichen  
Rentensätze nach dem zur Zeit der Gründung des Instituts (1837) bestandenen  
allgemeinen Zinsfuß von 4 Procent normirt worden;

(§. 17. der Statuten)

daß bei der seitdem allmählig eingetretenen Herabsetzung der Pfandbriefzinsen, so  
wie durch die, mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 27. März d. J. erfolgte  
Heruntersetzung der Zinsen der Staats-Schuldscheine von 4 auf 3½ Procent, der  
obige allgemeine Zinsfuß successiv aber in der Art heruntergegangen ist, daß es  
schon seit einiger Zeit schwerer fällt, größere Geldsummen mit der für die vor-  
mundschaftlichen Special-Depositorien vorgeschriebenen Sicherheit (§. 59. der Sta-  
tuten) zu 4 Procent zinsbar unterzubringen;

daß mithin der, im §. 18. der Statuten vorgesehene Fall zulässiger Ermäßigung  
der ursprünglichen Rentensätze für neu zu bildende Jahressgesellschaften, eingetreten  
ist, und

daß daher die Pflicht der Verwaltung der Anstalt es erhelft, auf die Verhinderung von Ausfällen bedacht zu seyn, die dadurch entstehen könnten, wenn die Renten-Kapitalien der neuen Jahresgesellschaften nicht überall zu dem statutenmäßig bestehenden Zinsfuß von 4 Procent unterzubringen wären und wovon der Reserve-Fonds die Deckung zu übernehmen hätte,

beschließt

auf Grund des §. 18. der Statuten

- 1) die durch den §. 16. bestimmten ursprünglichen Rentensätze, die nach denselben regulirten und in den §§. 19. und 20. angegebenen Dotations-Kapital-Beträge der ursprünglichen Einlagen und der Nachtragszahlungen auf unvollständige Einlagen, so wie die hierauf sich beziehenden Bestimmungen der §§. 17. und 32. litt. B. finden auf die vom Jahre 1843 ab sich bildenden Jahresgesellschaften nicht Anwendung,

dagegen sollen

- 2) für die verschiedenen Altersklassen der künftigen Jahresgesellschaften nach einem Zinsfuß vom  $3\frac{1}{2}$  Procent,

- a) nachstehende ursprüngliche Rentensätze und die nach deren 28fachen Beträge bemessenen Dotations-Kapital-Beträge, als:

Klasse.	Einlage-Kapital.	Renten-Satz.	Dotations-Kapital.
I.	100	2 Rthlr. 20 Sgr.	74 Rthlr. 20 Sgr.
II.	100	2 " 27 "	81 " 6 "
III.	100	3 " 5 "	88 " 20 "
IV.	100	3 " 15 "	98 " — "
V.	100	4 " — "	112 " — "
VI.	100	4 " 22 "	132 " 16 "

geltend seyn;

- b) soll zur Bildung der Renten-Kapitalien der verschiedenen Altersklassen nach §§. 17. und 20. der Statuten der 28fache Betrag der ursprünglichen Rente jeder Klasse angenommen und
- c) bei Ermittlung der nach litt. B. §. 32. zu leistenden Rückgewähr, das Renten-Kapital des abgegangenen Mitgliedes nach dem 28fachen Betrage der Rente des Abgangsjahres seiner Klasse festgesetzt werden.
- 3) Ausfertigung dieses Beschlusses dem Königl. Hohen Ministerium des Innern mit dem Antrage auf Genehmigung und Bestätigung desselben mittelst Berichts einzureichen.

Berlin, den 4. November 1842.

Das Curatorium der Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt.

(gez.) von Reiman. Mendelssohn. von Maliszewski.

Verend. Schulze. Friccius.

die zur Ausführung desselben nach §. 18. der Statuten vom 27. August 1838 erforderliche ministerielle Genehmigung hierdurch ertheilen, unter der Maassgabe, daß in der durch §. 18. der Statuten vorgeschriebenen Bekanntmachung, welche überall — auch in den Amtsblättern der entfernteren Regierungen — mindestens 8 Tage vor

dem 2. Januar 1843 erfolgen muß, zur Verhütung von Mißverständnissen ausdrücklich bemerkt werde, daß unter den künftigen Jahresgesellschaften, auf welche sich der Beschluß bezieht, diejenigen gemeint sind, welche sich vom 2. Januar 1843 ab bilden.

Berlin, den 4. December 1842.

Der Minister des Innern.

(gez.) Graf von Arnim.

Der vorstehende, mit Ministerial-Bestätigung versehene Beschluß wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Derselbe tritt mit dem 2. Januar 1843 in Kraft, so daß die vorstehend sub 2a. für die sechs Altersklassen angegebenen neuen Rentensätze auf alle von diesem Zeitpunkt ab vorkommenden vollständigen und unvollständigen Einlagen und auf die, auf letztere erfolgenden Nachtrags-Zahlungen Anwendung finden.

Die Maßregel einer Ermäßigung der gegenwärtig bestehenden ursprünglichen Rentensätze findet in den, im Beschluß angegebenen Verhältnissen ihre Begründung und ist im Interesse des, allen bestehenden und künftig sich noch bildenden Jahresgesellschaften gemeinschaftlichen Reservefonds nicht aufzuhalten gewesen.

Insoweit sich Gelegenheit finden wird, einen Theil der künftigen Renten-Capitalien zu einem höheren, als dem, den neuen Rentensätzen zum Grunde liegenden Zinsfuß nutzbar zu machen, trägt der dadurch erzielte Zinsen-Mehrertrag bei der nach §. 21. der Statuten jährlich vorkommenden Zinsenausmessung, zu der Verbesserung der Renteneinnahme mit bei und es nehmen alle über ein Jahr bestehenden Jahresgesellschaften, nach Verhältnis ihrer Renten-Kapitalien, an diesem Vortheile Theil.

Berlin, den 5. December 1842.

Das Curatorium der Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt.

von Reiman.

### Personal-Chronik.

Nr. 573. Durch Rescript der dem Censurwesen vorgesetzten königlichen Ministerien vom 31. October d. Js. ist der Geheime Justiz-Rath, Professor Dr. Pernice zu Halle an Stelle des verstorbenen Geheimen Justiz-Raths Dr. Schmelzer zum Censor der juristischen, politischen und zeitgeschichtlichen Werke bestätigt worden, woneben derselbe die durch das Rescript vom 29. August 1833 ihm übertragene Censur der philosophischen, mathematischen, philologischen und schönwissenschaftlichen Schriften auch fernerhin handhaben wird.

Nr. 574. Da der bisherige Superintendent Herr Hennicke zu Schleuditz sein Amt den 11. d. Ms. niederlegt, um zu seiner neuen Bestimmung als Director des Schullehrer-Seminars in Weisenfels abzugehen, so ist die einstweilige Verwaltung der Ephorie Schleuditz von diesem Tage ab dem Herrn Senior Eichler daselbst übertragen worden.

Nr. 575. Der Pfarrer Friedrich Ernst Reil zu Geußnitz mit Loitzsch, Ephorie Zeitz, ist am 2. d. M. verstorben. Die Stelle ist königl. Patronats und wird binnen vier Wochen wieder besetzt werden.

Das Pfarramt zu St. Moriz vor Raumburg, Königl. Patronats, wird Nr. 576. durch Versetzung des jetzigen Inhabers erledigt und in vier Wochen wieder besetzt werden.

Der Oberlandesgerichts-Assessor Laage zu Raderborn ist den 24. October c. Nr. 577. in das hiesige Departement zur Beschäftigung bei dem Land- und Stadtgerichte in Halle versetzt;

der hiesige Oberlandesgerichts-Referendar Friedrich Adelbert Kubloff I. ist den 18. November c. zum Oberlandesgerichts-Assessor hierselbst, der Oberlandesgerichts-Referendar August Wilhelm Blankenburg ist den 19. November c. zum Gerichts-Actuar bei der Gerichts-Commission zu Lützen ernannt; die hiesigen Oberlandesgerichts-Auskultatoren Rudolph Ferdinand Heizer und Emil Wilhelm Müller IV. sind den 27. October und 21. November c. zu Referendarien befördert;

dem Oberlandesgerichts-Auskultator Herrmann von Bussse ist die zum Behuf des Uebergangs zur Königl. Regierung in Frankfurt erbetene Entlassung als Oberlandesgerichts-Auskultator den 5. November c. ertheilt;

der Auskultator Karl Heinrich Wilhelm Ludwig Werneburg ist den 5. November c. von dem Königl. Kammergerichte in Berlin zu dem hiesigen Oberlandesgerichte versetzt;

der Justiz-Commissar Herrmann Friedrich Warneyer zu Belgern ist den 14. October c. zugleich zum Notar im Departement des Oberlandesgerichts zu Raumburg ernannt;

die Verwaltung des Patrimonial-Gerichts über Hofsiedt ist dem Oberlandesgerichts-Assessor Schaum bei dem Landgerichte in Rossla den 21. October c. mit übertragen;

der Ingrossator Papp und Registrator Bernicke bei dem Land- und Stadtgerichte zu Erfurt, der Ingrossator Paalzow bei dem Land- und Stadtgerichte zu Raumburg, der Registrator Florstedt bei dem Land- und Stadtgerichte zu Gießen und der Registrator Schiebe bei dem Land- und Stadtgerichte zu Merseburg, sind den 24. October c. zu Land- und Stadtgerichts-Secretarien ernannt und die Land- und Stadtgerichts-Actuarien und Mandanten Beyer zu Weissenfee und Ehrhardt zu Gölleda können den Titel als Secretarien, Statt des bisherigen, nach demselben Rescripte führen;

der Botengehülfe, Unteroffizier Franz Triebisch, ist nach Pensionirung des Land- und Stadtgerichts-Boten Eylau den 2. November c. zum Land- und Stadtgerichts-Boten und Executor in Weissenfels und der Hülfsbote, invalide Unteroffizier Gottlieb Knöppel den 19. November c. zum Land- und Stadtgerichts-Boten in Halle bestellt.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 1 Bogen für den Querfurter landrätthlichen Kreis, und
- 2) eine à 1 Bogen für den Schweiniger landrätthlichen Kreis.

Die Justiz-  
Personal-Ver-  
änderungen im  
Departement  
des Oberlan-  
desgerichts zu  
Raumburg  
betr.

Nr. 578.

# M a c h w e i s u n g d e r

im Monat November 1842

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestandenen  
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
in Vergleich der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l s e n f r ü c h t e .						Kartof- feln			Brannt- wein		Rauchfutter.														
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer				Hirse				Erbsen				Linsen				Sack.	Quart	Heu				à Cent.	à Scho.		
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel												Sack.						à Cent.							
	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.	tbl.	gr.	pf.		
1	Merseburg	2	4	3	1	29	3	1	16	3	1	4	7	—	—	—	2	10	—	4	—	—	1	12	6	5	—	2	—	10	—	—	—	—	—	—		
2	Halle	1	27	11	1	26	1	1	13	6	1	5	10	6	15	—	4	—	—	4	15	—	27	6	5	—	1	25	—	12	—	—	—	—	—	—		
3	Raumburg	2	8	11	1	29	6	1	16	11	1	2	11	4	21	9	3	—	—	4	—	—	1	—	5	—	2	2	6	9	7	6	—	—	—	—		
4	Torgau	1	29	3	1	23	—	1	16	3	1	4	—	5	25	—	2	15	—	4	20	—	25	—	4	9	1	15	—	8	—	—	—	—	—	—		
5	Bittenberg	1	29	3	1	19	11	1	15	4	1	5	—	6	—	—	2	22	6	—	—	—	1	—	5	—	1	17	6	8	15	—	—	—	—	—		
6	Gielesben	1	28	1	1	25	9	1	14	6	1	4	3	—	—	—	—	—	—	—	—	27	6	5	6	—	1	25	5	8	12	6	—	—	—	—		
7	Zeitz	2	8	—	2	—	11	1	15	4	1	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	7	5	—	2	13	4	13	—	—	—	—	—	—		
8	Querfurth	2	4	—	2	—	—	1	17	6	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	4	8	—	2	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	
9	Bitterfeld	2	5	11	1	28	4	1	12	5	1	8	6	—	—	—	2	26	3	—	—	—	24	—	5	—	1	22	6	9	15	—	—	—	—	—	—	

Merseburg, den 5. December 1842.

Königlich Preussische Regierung.

# Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

45. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 24. December 1842.

- Das 26. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter
- Nr. 2311. Ministerial-Erklärung über die zwischen der dießseitigen und der Fürstlich Meuß-Plauischen gemeinschaftlichen Landes-Regierung zu Gera abgeschlossene Uebereinkunft, um hinsichtlich des Schutzes der gewerblichen Waaren-Bezeichnungen in den Königlichen Staaten auf der einen Seite und in den gesammten Landen der Fürstlich Meuß-Plauischen jüngerer Linie auf der andern Seite, die gegenseitige Gleichstellung der beiderseitigen Unterthanen herbeizuführen; D. d. den 5. October und bekannt gemacht den 8. November 1842.
- Nr. 2312. Allerhöchste Kabinettsorder vom 14. November 1842, betreffend die Uebertragung der Leitung der Verwaltung der Domainen und Forsten an den Grafen zu Stolberg-Wernigerode.
- Nr. 2313. Allerhöchste Kabinettsorder vom 23. November 1842, die Ernennung des Ober-Regierungsraths Köhler und des Stadthaltern Knoblauch zu Mitgliedern der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden betreffend.

Nr. 579.

Seit dem 1. November d. Js. ist mit Emittirung neuer Königl. Sächsischer Kassenbilletts in Appoints von 1, 5 und 10 Thlr. der Anfang gemacht worden, und es wird auch in dem 12monatlichen Zeitraume vom 1. Januar bis 31. December 1843 zur gänzlichen Einziehung der ältern Kassenbilletts von der Circulation des Jahres 1818 à 1 und 2 Thalern in der Art vorgeschritten werden, daß dieselben bei den beiden Auswechslungskassen zu Dresden und Leipzig gegen neue umgetauscht oder baar realisirt, auch in den ersten 9 Monaten annoch bei allen Königl. Sächsischen Staatskassen in Zahlung verwendet werden können, während in den letzten 3 Monaten nur noch bei den genannten beiden Auswechslungskassen eine Umwechslung zulässig ist.

Da verglichen ältere Billeets in den an das Königreich Sachsen gränzenden dießseitigen Landestheilen verbreitet sind, so machen wir, in Folge Höherer Veranlassung, die Inhaber solcher Papiere hierdurch auf die vorgedachte Einziehungs-Maasregel aufmerksam.

Merseburg, den 17. December 1842.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 580.

Die Emittirung der neuen Königl. Sächsischen Kassenbilletts betr.

Nr. 581.  
Das gewer-  
be-  
weise Anfert-  
igen außer-  
richtlicher Auf-  
sicht betr.

Am Schlusse unserer Bekanntmachung vom 26. Juli 1836. (Amtsbl. de ao. 1836. S. 215. Nr. 355.) sind sämmtliche Ortsbehörden angewiesen worden, vor Ertheilung einer Erlaubniß zu gewerblicher Anfertigung außergerichtlicher Aufträge unsere Entscheidung darüber nachzusehen. Zur Ergänzung dieser Anordnung wird den Ortsbehörden hiermit zur Pflicht gemacht, verglichen von uns vorher bereits genehmigten Concessionen künftig nicht anders als auf Widerruf und unter der ausdrücklichen Bedingung zu ertheilen, daß der Conzipient sich unter jeder an eine Behörde gerichtete Eingabe mittelst Namens-Unterschrift als deren Verfasser bekenne.

Merseburg, den 8. December 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 582.  
Kirchen- Col-  
lecte für die  
evangelische  
Gemeinde zu  
Einz in Ober-  
Oesterreich  
betr.

Des Königs Majestät haben der evangelischen Gemeinde zu Einz in Ober-Oesterreich auf deren Immediat-Gesuch um Unterstützung bei Erbauung eines eigenen Bethauses eine evangelische Kirchen-Collecte in Allerhöchster Landen zu bewilligen geruhet, da dieser hilfsbedürftigen Gemeinde zwar die freie Religions-Übung gestattet worden ist, für ihre Cultus-Zwecke aber aus den öffentlichen Kassen der Landes-Regierung keine Verwendung eintreten kann.

Die Herren Superintendenten unseres Bezirks werden daher angewiesen, die Veranstaltung der Collecte in den evangelischen Kirchen an einem geeigneten Sonntage anzuordnen. Die in den resp. Parochien gesammelten Beiträge sind hiernächst durch die Herren Superintendenten mittelst Pieferscheins oder im Fall kein Beitrag eingegangen, sind die erforderlichen Vacat-Bescheinigungen an unsere Haupt-Zusimment-Kasse einzusenden. Gleichzeitig ist ein Duplicat der Piefer- und resp. Vacatscheine bei uns einzureichen. Der Schluß-Termin zu dieser Collecte ist auf Ende des Monats Februar k. J. festgesetzt.

Merseburg, den 30. November 1842.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 583.  
Die Anstellung  
von Versuchen  
über die An-  
steckungs-fähig-  
keit und die Ge-  
legenheits- Ur-  
sachen der Lun-  
genseuche des  
Rindviehs betr.

Das von dem Vereine der Landwirthe des Ober-Barnimischen Kreises gebildete Comité zur Anstellung von Versuchen über die Ansteckungsfähigkeit und die Gelegenheitsursachen der Lungenseuche des Rindviehs hat gewünscht, daß ihm Gelegenheit gegeben werden möge, vor einer Versammlung von Sachverständigen und practischen Landwirthen sowohl die Resultate der bisher unternommenen Versuche als den Gang der fern zu nehmenden Maßregeln zum Gegenstande einer gründlichen Besprechung und Verathung machen zu können. Auf die durch das unterzeichnete Collegium beantragte Vermittelung Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Innern hat des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten Excellenz Sich bewogen gefunden, das Directorium und Lehrer-Collegium der Königl. Thierarzneischule zur Beförderung des fraglichen Zweckes und zur Ueberlassung der Räume der Königl. Thierarzneischule für die beabsichtigte Versammlung zu veranlassen.

Demgemäß und in Folge weiterer Verabredung mit dem Königl. Directorio der Thierarzneischule hat die Zusammenkunft auf Freitag den 27. Januar 1843, Vor-



mittags 10 Uhr, in der großen Aula der Königl. Thierarzneischule hieselbst können anberaumt werden.

Wir benachrichtigen davon hierdurch das Publikum und laden Alle, denen Sachkunde, Erfahrung oder Bedürfnis ein näheres Interesse an dieser in landwirthschaftlicher wie in sanitätspolizeilicher Hinsicht wichtigen Angelegenheit erregt, zur Theilnahme dienstergebenst ein.

Berlin, den 7. December 1842.

### Das Landes-Deconomie-Collegium.

Bei der am 11. October a. c. in der Leipziger Michaelis-Mess-Conferenz statt gehaltenen anderweitigen Ausloosung der Leuditz-Kößschauer gewerkschaftlichen Obligationen, sind zu der statutenmäßig den 2. Januar 1843 durch das Handlungs- haus Frege et Comp. zu Leipzig, zu bewirkenden Zahlung, der aus den fraglichen Documenten sich ergebenden resp. Nominalbeträge, die nachstehenden Nummern gezogen worden, nämlich:

sub litt. A. No. 499. 251. 264. 5. 347. 459. 663. 345. 658. 91. 156. 605. 175. 121. 52. 124. und 61. —

sub litt. B. 1169. 486. 66. 377. 1193. 94. 362. 1297. 1115. 431. 202. 1129. 897. 59. 1305. 713. 104. 934. 364. 149. 10. 1116. 131. 881. 955. 43. 1126. 659. 142. 260. 174. 1228. 998. 246. 1254. und 74. —

Zu demselben Termine wurden zugleich folgende, gegen Zahlung des Capitals von den gewerkschaftlichen Gläubigern inzwischen retrabirte Obligationen:

No. 237. 466. 135. 171. 174. 272. 325. 358. 376. 410. 486. 491. 536. 660. litt. A. — ferner:

No. 360. 554. 807. 911. 978. 8. 62. 92. 98. 113. 145. 412. 539. 719. 745. 755. 929. 930. 971. 1044. 1105. 1166. 1198. 1252. 1386. 1409. 1464. 1468. litt. B.

mit den dazu gehörigen Talons und betreffenden Coupons vorschriftsmäßig vernichtet. Halle am 18. und Leipzig den 19. December 1842.

Schulden-Eilungs-Commission für die gewerkschaftlichen Salz- Bergwerke bei Leuditz und Kößschau.

v. Alvensleben. D. H. A. Wendler. F. Proc. Geyer. Frege et Comp.

Dem Mechanikus P. J. Saff zu Hersfel ist unter dem 11. November 1842. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu erachtete Hechelmaschine auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 584.

Ausloosung von Leuditz-Kößschauer gewerkschaftlichen Obligationen betr.

Nr. 585.

Patent-Ertheilung.

Nr. 586.

Patent-Ertheilung.

Dem G. Jfing zu Köln ist unter dem 14. November 1842. ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zum sogenannten Ziehen der Karotten aus Tabackblättern, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 587. Dem Kaufmann Ulmann in Berlin ist unter dem 22. November 1842. ein Patents-Ertheilung. Einführungs-Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erachtete Vorrichtung zum Gießen und Abgleichen der Richte auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Nr. 588. Dem Kaufmann Ulmann in Berlin ist unter dem 22. November 1842. ein Patents-Ertheilung. Einführungs-Patent auf eine mechanische Vorrichtung zum Fertigen gestrickter Waren in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie, ertheilt worden.

Nr. 589. Das dem Kupferstecher und Lithographen G. W. Lehmann in Berlin unterm 3. Mai 1841. ertheilte Einführungs-Patent auf eine Nagelschneide-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung ist, da die Ausführung in der bestimmten Frist nicht nachgewiesen, aufgehoben worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 590. Der seither bei dem Königl. Hohen Ministerio des Innern commissarisch beschäftigte Regierungsrath Heße ist zu dem hiesigen Regierungs-Collegio versetzt worden.

Nr. 591. Der Kaufmann Julius Alfred Delzner zu Bitterfeld ist als Agent der Gölnischen Feuerversicherungs-Gesellschaft für die Stadt Bitterfeld und Umgegend unterm 16. November c. bestätigt worden.

Nr. 592. Der Commissionair Eduard Benold zu Jörbzig ist unterm 12. v. M. als Nebenagent der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Aachen bestätigt worden.

Nr. 593. Der Pfarrer Christian Gottlieb Flemming zu Ziegelrode, in der Ephorie Artern, ist am 1. d. Mts. im 55ten Lebensjahre gestorben. Die Stelle ist Privat-Patronats.

Nr. 594. Die Schulmeister- und Küsterstellen in Eigenroda, Ephorie Belgern, in Soltenstadt, Ephorie Sangerhausen, und in Mockitz, Ephorie Lorgau, sind durch den Tod der bisherigen Inhaber erledigt. Sie sind Königl. Patronats.

Nr. 595. Das Pfarramt zu Weiskühz, Ephorie Freyburg, kommt durch Versetzung des jetzigen Inhabers zur Erledigung. Die Stelle ist Königl. Patronats und wird nach vier Wochen wieder besetzt werden.

Nr. 596. Das Pfarramt zu Schmerkendorf, Ephorie Liebenwerda, wird durch Versetzung des jetzigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Königl. Patronats und wird nach vier Wochen wieder besetzt werden.

Hierzu eine Beilage in Hypotheken-Angelegenheiten, 4 Bogen stark, für den Merseburger landrätlichen Kreis.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

46. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 31. December 1842.

Mit Bezugnahme auf unsere früheren alljährlichen Bekanntmachungen wird hierdurch anderweit in Erinnerung gebracht, daß Militairpflichtige durch Verheirathung oder Ansfähigmachung ihrer Militairdienstpflicht nicht enthoben werden.

Sämmtliche Herren Geistliche in unserem Verwaltungsbezirk weisen wir daher wiederholt an, die Militairpflichtigen bei Nachsuchung des Aufgebots an diese Bestimmung zu erinnern und darüber zu ihrem Ausweis eine Verhandlung aufzunehmen, wozu jedoch ein Stempel nicht zu verwenden ist.

Merseburg, den 19. December 1842.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 597.

Die Verheirathung militairpflichtiger Individuen betr.

- Durch die im Justiz-Ministerialblatte Seite 334. abgedruckte allgemeine Verfügung des Königl. Justiz-Ministeriums vom 26. October 1842 ist festgesetzt: daß diejenigen Gerichte, welche bloß als Spruchbehörde der höhern Instanz oder auf Grund einer Substitution als Spruchbehörde der ersten Instanz fungiren, zu den von ihnen dem instruirenden Gerichte zu übersendenden, für die Partheien bestimmten Ausfertigungen der Erkenntnisse keine Stempel zu verwenden haben, letztere vielmehr von den instruirenden Gerichten, gleich den Werthstempeln, zu ihren Akten fassirt werden sollen.

Nr. 598.

Die Verwendung der Stempel zu Erkenntnis-Ausfertigungen betr.

Sämmtliche Gerichtsbehörden unseres Departements werden daher auf diese Bestimmung besonders verwiesen und darauf aufmerksam gemacht: daß hiernach stets dasjenige Gericht, welches den Werthstempel zu dem Erkenntnis zu fassiren oder in Untersuchungssachen die Quittung über den gelösten Werthstempel zu seinen Akten zu bringen hat, auch die Stempel zu den für die Partheien bestimmten Ausfertigungen des Erkenntnisses entweder, wenn es dasselbe selbst abgefaßt hat, zu verwenden, oder, wenn das Erkenntnis von einem Gerichte höh'rer Instanz oder von einem substituirten Gerichte abgefaßt ist, zu den Akten zu fassiren, verbunden ist.

Naumburg, den 19. December 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Die im Departement des unterzeichneten Oberlandesgerichts fungirenden Schölmänner haben alljährlich an die betreffenden Landrätlichen resp. Magistratsbehörden

Nr. 599.

Die Anmeldung der Nach-

weisungen  
über die Blät-  
samkeit der  
Schiedsmän-  
ner u. betr.

die Nachweise ihrer Arbeiten durch Einreichung von Uebersichten zu liefern. Diese müssen mit folgenden Rubriken versehen seyn:

- 1) Im Jahre 1841 sind unbeeidigt geblieben;
- 2) Im Jahre 1842 sind anhängig geworden;
- 3) Hauptsumme;
- 4) Davon sind abgemacht:
  - a) durch Vergleich;
  - b) durch Zurücknahme der Klage;
  - c) durch Verweisung an den Richter;
- 5) am Schlusse des Jahres 1842 sind anhängig geblieben.

Die betreffenden landrätlichen und Magistratsbehörden werden hierdurch aufgefordert: bezeichnete Nachweisungen mittelst gutachtlicher Berichte über den Nutzen des Instituts der Schiedsmänner spätestens bis zum 15. Januar 1843 einzureichen. Halberstadt, den 17. December 1842.

Königlich Preussisches Oberlandesgericht.

Nr. 600:  
Preussische  
Renten-Ver-  
sicherungs-  
Anstalt betr.

In der General-Versammlung der Mitglieder der Renten-Versicherungs-Anstalt vom 23. v. Mts. sind für die drei Jahre 1843—45 zu Mitgliedern des Curatoriums und zu Stellvertretern erwählt worden und haben die Gewählten die auf sie gefallene Wahl angenommen:

a) als Mitglieder des Curatoriums

Herr Gamet, Rentier, Stadtrath und Mitglied der städtischen Schul-Deputation,  
Herr Geim, Rechnungs-Rath im königlichen Finanz-Ministerium;

b) als Stellvertreter

Herr Desterreich, Geheimer Ober-Finanz-Rath,  
Herr Junge (J. Fr. M.), Kaufmann.

Von den Gewählten hat an der Verwaltung der Anstalt in obiger Art bereits Theil genommen:

Herr Gamet, während des Jahres 1840,

Herr Junge, während der Jahre 1840 und 1841.

In Gemäßheit des §. 44. der Statuten wird das vorstehende Resultat der Statt gehalten Wahl hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Berlin, den 5. December 1842.

Das Curatorium der Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nr. 601.  
Hypotheken-  
Sachen.

Das Hypothekenbuch über die waldenden Grundstücke der wüsten Mark Sausdorf ist vollendet, der Erwerb neuer Hypothekenrechte bei dieser Mark wird nun lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung beurtheilt und dies hierdurch bekannt gemacht.

Naumburg, den 18. December 1842.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

Die in dem 24. Stück des Merseburger Regierungs-Amtsblatts von 1842 unterm 17. August d. J. von uns bekannt gemachte Hypothekentabelle über ein Viertel Acker 5 Ruthen Wiese in Dölbauer Flur, des Johann Karl Friedrich Gehwald zu Stennewitz, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden, und es treten daher von jetzt ab, hinsichtlich des Erwerbs neuer Hypothekenrechte bei diesem Grundstück, die Vorschriften des Allg. Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung ein.

Delitzsch, den 2. December 1842.

Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.

Die Hypothekentabelle über ein der Wittwe Hönicke Johanne Sophie geborenen Pech hierselbst gehöriges, auf den Schellinweinbergen zwischen Piegner und Saul in der Flur von Schmiedeberg gelegenes Stück Weinberg ist in das betreffende Hypothekenbuch übertragen worden und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstück nur nach den Vorschriften des Preuß. Allgemeinen Landrechts, so wie der Allgemeinen Gerichts- und Hypothekenordnung zu beurtheilen.

Schmiedeberg, den 1. October 1842.

Königlich Preussisches Gerichtsam.

Ueber das zu Reinharz gelegene, Nr. 30. im Brand-Cataster eingetragene Haus nebst Stall und Garten, welches der Kossäthe Gottlieb Barth vom Baron von Röder und dieser vom Kossäthen Heinrich Hille erworben hat, ist von uns eine Hypothekentabelle nachträglich entworfen worden und es kann dieselbe binnen 2 Monaten, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an, hier eingesehen werden, was mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig sind.

Wittenberg, den 22. November 1842.

Patrimonial-Landgericht.

Das unterzeichnete Gericht macht hierdurch bekannt, daß die Hypothekentabellen über sämmtliche in der Bekanntmachung vom 3. Juni d. J. (Amtsbl. Stück 23. Seite 175.) bezeichneten Grundstücke in dem Dorfe und der Flur des ehemaligen Amtes Saaleck in die Hypothekenbücher übertragen sind und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Steindorf, den 20. December 1842.

Das von Zeilitz'sche Patrimonial-Gericht.

Daß dem Kupferstecher und Lithographen G. W. Lehmann in Berlin unterm 3. Mai 1841. ertheilte Einführungs-Patent auf eine Maschine zur Fabrication von Papier ohne Ende in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, ohne die Benutzung bekannter hierbei in Anwendung gebrachter Theile zu beschränken, ingleichen auf einen mit dieser Papier-Maschine in Verbindung gebrachten Trocknen-Apparat in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen

Zusammensetzung ist, da die Ausführung in der bestimmten Frist nicht nachgewiesen, aufgehoben worden.

Nr. 607. Den Fabrikunternehmern Zuckerswerdt und Deuschel zu Magdeburg ist unter dem 28. November 1842 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Verfahren beim Ausbeuten des Zuckers mit Kläre (Deckel) und beim Kochen desselben auf zehn Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Nr. 608. Das dem Kaufmann Karl Treu in Berlin unterm 17. April 1842 ertheilte Einführungs-Patent auf eine Verbesserung der Brenner für Del- und Thranlampen ohne Docht, in der für neu und eigenthümlich erachteten, durch ein Modell nachgewiesenen Construction, ist wieder aufgehoben worden.

### Personal-Chronik.

Nr. 609. Der zum Regierungs-Assessor beförderte seitherige Regierungs-Referentarius von Rohrscheidt ist dem hiesigen Regierungs-Collegio zur Beschäftigung überwiesen worden.

Nr. 610. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die bisherigen Feldmesser, Carl Meyer in Sangerhausen und Gustav Adolph Matthes in Giesleben, zu Vermessungs-Revisoren ernannt worden sind.

Nr. 611. Der Pfarrer Paul Christian Hilner zu Arzberg, dessen Emeritirung eben festgesetzt war, ist am 2. d. Mts. im fast vollendeten 79ten Lebensjahre gestorben. Der Nachfolger ist schon ernannt.

Nr. 612. Die Schulmeister- und Küsterstelle in Kretschau, Ephorie Rissen, Privatpatronats, ist durch Emeritirung ihres Inhabers erledigt und ihre Wiederbesetzung bereits eingeleitet.

Nr. 613. Der bisher in Mühlhausen, Regierungsbezirk Erfurt, als diesseitiger Special-Commissarius stationirt gewesene Oberlandesgerichts-Assessor Mehlert ist als solcher nach Calbe a. d. S., Regierungsbezirk Magdeburg, versetzt und wird dort am 1. Januar 1843 die Geschäfte übernehmen.

Nr. 614. Der bisher bei der königlichen General-Commission für die Provinz Sachsen als Hülfz-Arbeiter beim Collegio beschäftigte Oberlandesgerichts-Assessor Eckardt ist vom 1. Januar 1843 ab als diesseitiger Special-Commissarius in Nordhausen stationirt.

Hierzu zwei Beilagen in Hypotheken-Angelegenheiten, als:

- 1) eine à 1 Bogen für den Liebenwerdaer landrätthlichen Kreis, und
- 2) eine à 2 Bogen für den Weißenfeller landrätthlichen Kreis.

# Namen- und Sach-Register

zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg  
für das Jahr 1842.

## A.

Seite

Aebber, ist Pfarrer in Wittgendorf	262
Abgabepflichtige, s. Reichs.	
Achilles, ist vom Kammergericht in Berlin nach Raumburg versetzt	263
Actien, der Tiebge-Stiftung zu Dres- den, können in den Preuß. Staaten ab- gekauft werden	315
Adami, s. Relies-Erbleben.	
Aehle, ist Schiedsmann im Bezirke der Stadt Stolberg	308
Agenten, verschiedener Feuer-Versiche- rungs-Gesellschaften, 8, 15, 28, 52, 65, 76, 108, 124, 152, 192, 202, 223, 244, 252, 272, 303, 324.	
— der Preuß. Renten-Versicherungs-Anst. 163	
Allgemeine Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse, s. Berliner allgemeine Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse.	
Allgemeine Wittwen-Verpfle- gungs-Anstalt, s. Philipp.	
Amtsblatts = Abonnementsgel- der, die Einzahlung derselben	272
Amtsblatts-Register, zum Amts- blatt pro 1841	28
Angermann, ist Schulmeister und Rk- sler zu Spöden	226
Anna = Grube, die Freierklärung der- selben	71
Anschläge, die Einreichung der zu geist- lichen Bauten, deren Kosten, ganz oder theilweise aus öffentl. Kassen erfolgen	250
Anstellung solcher Personen, denen überhöchsten Orts ausnahmsweise die Anstellungsfähigkeit beigelegt worden ist	210
Arbeiter, s. Tagelöhner.	
Arndts, Oberlandesgerichts = Referen- darius, ist gestorben	300
Arndts, ist Oberl. Gerichts-Referendar.	167
Arzberg, s. Pfarrämter.	
Arzneitaxe, pro 1842	119
Auerstädt, s. Pfarrämter.	

## A.

Seite

Aufgebot der Reglerschen Familien = Stif- tung	75
Aufnahme, s. Belobung.	
Aufruf, an anzutretende Militairpflichtige	5
Außergerichtliche Aufträge, s. ge- werbweise Anfertigung außergericht- licher Aufträge.	
Auswanderungs = Consense, die Ertheilung der obervormundschaftlichen Genehmigung hierzu	41

## B.

Bach- und Fleischwaaren, die Ta- ren für dieselben	100
Bach, ist Adjunctus ministerii an der Schloß- und Domkirche hier	224
Bade- und Trinkanstalt, die Gröf- nung der zu Raumburg	157
Bäcker, ist Schulsubstitut in Gruna	226
Bang, ist Gerichtsbote und Greuter	252
Barge, Oberl. Gerichtsbote, ist gestorb.	82
Barthel, ist Oberl. Ver. Auscultator	300
Barthel, ist Schulmeister und Küster zu Hohenlohe	227
Baumauflanzungen, im hiesigen Regierungsbezirke, im vergang. Jahre	193
Baumfrevel, den auf dem Prätaner Chausseedamme bei Wittenberg verübt	119
Baumgarten, Oberl. Gerichts- Aus- cultator, ist zum Oberlandesgericht in Magdeburg versetzt	66
Baurmeister, s. Agenten.	
Beckeb, ist zweiter Lehrer an der Schule zu Hohenmölsen	225
Beerendorf, s. Schulze.	
Behr, ist Rector in Jörbig	262
Bel, s. Patente.	
Belobung der Gemeinde Rayna, wegen des bewerkstelligten Umgusses der drei Kirchenglocken	23
— mehrerer Einwohner zu Biera, wegen Rettung aus Gefahr	29
— mehrerer Schiedsmänner	70

- V e l o b u n g , der theilhaftigen Einwohner  
 des hiesigen Regierungsbezirks, wegen  
 guter Aufnahme der Truppen der 7. Di-  
 vision während der vorjährigen Herbst-  
 ü b u n g e n . . . . . 73  
 — mehrerer Gemeinden und einzelner Per-  
 sonen, wegen Verbesserung des Kirchen-  
 und Schulwesens . . . . . 104, 163  
 — des verstorbenen Stadtraths Dürfling,  
 wegen eines der Kirche u. L. Frauen in  
 Halle ausgesetzten Legats von 3000 Thlr. . . . . 123  
 — des Schulzen Vernscheim zu Meinsdorf,  
 wegen Rettung des in Strengbach ver-  
 unglückten Knaben Bidermih . . . . . 234  
 — der Bewohner in und um Duedlinburg,  
 wegen Erbauung einer Chauffee, von  
 der Inhaltlichen Grenze über Duedlin-  
 burg nach Creppensfeldt . . . . . 293  
 V e n d e m a n n , ist zum Reg. Rath ernannt . . . . . 28  
 V e n n e m a n n , ist Schiedsmann im Mer-  
 seburger Kreise . . . . . 131  
 V e n n e w i k , ist Feldmesser . . . . . 261  
 V e n e l d , f. Agenten.  
 V e r e n d e s , ist Oberl. Gerichts-Assessor . . . . . 263  
 V e r i c h t i g u n g , eines Fehlers in der  
 wegen Kündigung von 1,328,200 Thlr.  
 Staatsschuldscheinen herausgegebenen  
 Uebersicht der gegebenen Nummern . . . . . 101  
 — eines Fehlers in der im 23. Stück des dies-  
 jährigen Amtsblatts erlassenen Bekannt-  
 machung die bei den Jahren zu beobach-  
 tenden Sicherheits-Maassregeln betr. . . . . 196  
 V e r l i n e r a l l g e m e i n e W i t t w e n -  
 p e n s i o n s - u n d U n t e r s t ü t z u n g s -  
 K a s s e , den Beitritt der Staatsbeam-  
 ten zu derselben . . . . . 118  
 v. V e r u d t , ist Oberl. Ger. Assessorator . . . . . 236  
 V e r n h a r d , ist Schulmeister in Eck-  
 mansdorf . . . . . 225  
 V e r t h , f. Agenten.  
 V e r t r a m , ist Kanzlei-Rath . . . . . 66  
 V e s c h ä l e r , f. Landverschäl-Stationen.  
 V e s l e r , ist Schulm. u. Küster zu Gölme . . . . . 225  
 V e s s e l e r u n g s - T a b e l l e vom hiesi-  
 gen Regierungsbezirk pro 1841 . . . . . 50  
 V e y e r , Actuar, hat den Titel als Land-  
 und Stadtgerichts-Secretair erhalten . . . . . 319  
 V e y e r n , f. Pfarrämter.  
 V i n d e w a l d , ist Oberl. Ger. Assessor . . . . . 82  
 — Oberl. Ger. Assessor, ist zum Kam-  
 mergericht in Berlin versetzt . . . . . 140  
 V i n n e n l i n i e , Beschreibung derselben  
 in den Haupt- u. Zollamtsbezirken Halber-  
 stadt und Salzwedel . . . . . 11  
 V i s c h o f , ist Gradungs-Inspector . . . . . 83  
 V i t t i g , ist interimistischer Rentamtsdieu-  
 ner und Creutur . . . . . 108  
 — Rentamtsdiener, ist aus diesem Posten  
 wieder ausgeschieden . . . . . 152  
 V l a n k e n b u r g , ist Gerichts-Actuar . . . . . 319  
 V l a t t e r n , f. Menschenblattern.  
 V l u t e g e l , Preis derselben bis Ende  
 April 1843 . . . . . 104, 298  
 V ö h m e , Schulschundt und Mädchen-  
 lehrer zu Rodersleben, ist gestorben . . . . . 131  
 V ö t t i c h e r , ist Kreis-Verordneter . . . . . 32  
 d u B o i s , ist Land- und Stadtgerichts-  
 Secretair . . . . . 66  
 — Land- und Stadtgerichts-Secretair,  
 demselben ist die Gerichtsschreiber- und  
 Gerichtsverwalterstelle in Heinrichs über-  
 tragen . . . . . 140  
 V o l z e , Land- und Stadtgerichts-Se-  
 cretair, ist gestorben . . . . . 66  
 — Obergewalt, demselben ist das Prädi-  
 cat als Vergemeiner verliehen . . . . . 124  
 — ist Pfarrer in Diebkan . . . . . 231  
 V o n a r d e l , f. Patente.  
 V o r n s c h e i n , f. Velokung.  
 V o r s c h ü k , f. v. Stieglich.  
 v. V o r s t e l l , Reg. Assessor, verwaltet  
 das Landrathsamt zu Herzberg . . . . . 72  
 v. V o s e , ist interimistischer Director der  
 Strafanstalt zu Halle . . . . . 75  
 V o s s e , Oberl. Gerichts-Assessor, dem-  
 selben ist die zweite Richterstelle bei dem  
 Gerichtsamt zu Schmiedberg übertr. . . . . 140  
 V o s s e n , Superintendent, ist gestorben . . . . . 124  
 V r a n d k a s s e n = V e i t r ä g e , pro II.  
 Semester 1841 und I. Semester 1842 . . . . . 25, 214  
 V r a n n t w e i n , f. Steuer-Vergütung.  
 V r a u m a n n , hat den Character als  
 Amtsrath erhalten . . . . . 184  
 V r e d o r k , ist zum Reg. Rath ernannt . . . . . 15  
 V r e e s t , f. Patente.  
 V r e h m e , ist Oberl. Ger. Referendar . . . . . 300  
 V r e i t e n b a c h , Oberl. Ger. Referendar.  
 ist vom Oberlandsgerecht zu Halberstadt  
 nach Naumburg versetzt . . . . . 20  
 — D., ist hier Lehrer am Gymnasio zu  
 Wittenberg . . . . . 184  
 V r e s l a u , ist Obergewalt . . . . . 124



B.

Erste

- Briefe, deren Bestellung durch die Stadt- und Landbriefträger . . . . . 117  
 Brösa, f. Gerichtsbarkeit.  
 Fromme, Oberl. Gerichts-Assessor, ist an das Ober-Appellations-Gericht zu Posen versetzt . . . . . 20  
 Brosowski, f. Patente.  
 Dückau, f. Pfarrämter.  
 Bürgerrettungs-Institut, das zu Merseburg . . . . . 54  
 Duhmanns=Söhne, f. Patente.  
 Dusch, ist Pfarrer in Gutenberg . . . . . 224  
 v. Wisse, Oberl. Gerichts-Auskultator, dessen Entlassung Wobus Uebergang zur Kgl. Regierung in Frankfurt a. d. D. 319  
 Düsler, ist Regierungs-Beckenmeister. 15

C.

- Catharinenviertel, f. Pfarrämter.  
 Censor, f. Pernice.  
 Censur, der philosophischen und bellartrischen Christen . . . . . 22, 93  
 Chausseegeld=Erhebung, von Zipsenborn bis zur Altburgschen Grenze . 160  
 Creidienstzeit, Berechnung derselben, von solchen Beamten, welche im Militair gedient haben . . . . . 210  
 Collecte, für die Abgebrannten zu Hamburg . . . . . 138  
 — für die deutsche evangel. Gend. zu Prag 150  
 — Ertrag der für die durch Hagelschlag beschädigten Gemeinden des Regierungs-Bereichs Erier eingesammelten . . . . . 158  
 — zu Verstellung der in Penzig, Kreis Görlitz, abgebrannten Kirche . . . . . 159  
 — Ertrag der für die Abgebrannten zu Görlitz eingesammelten . . . . . 200  
 — zum Wiederaufbau der abgebrannten evangelischen Kirche zu Dombrowo . 200  
 — für die Verhagelten im Mausfelder Gebirgskreise . . . . . 245  
 — die Hauscollekte für den Verein zur Vesserung entlassener Strafgefangenen wird für dies Jahr ausgesetzt . . . . . 259  
 — für die evangelische Gemeinde zu Lütz 322  
 Colligiren, siehe postzwangspflichtige Sendungen.  
 Communications=Abgaben, siehe Staatsstraßen.  
 Constantin, Patrimonialrichter, verwaltet das mit dem Patrimonial=Ge-

C.

Erste

- richt Falkenhain vereinigte Patrimonial-Gericht Langendorf Teuriger Antheils. 66  
 Correction=Landarmen=re. Anstalt, Resultate der Verwaltung derselben im Jahre 1841 . . . . . 54  
 Cosweda, f. Kröber.  
 Gramer, Oberl. Gerichts-Referendar, ist zum Verwaltungssache entlassen . 252  
 — Pfarrer zu Teicha, ist gestorben . . 300  
 Crawnkel, f. Pfarrämter.  
 Croßen, f. Kröber.

D.

- Dalkowski, ist Oberl. Ger. Auskultat. 300  
 Degenkolbe, ist Schiedsmann in der Stadt Halle. . . . . 76  
 Delbrück, ist Oberl. Ger. Referendar. 236  
 Delisch, f. Rectorat.  
 Denkmale, der Baukunst des Mittelalters, die vom D. Puttrich in Leipzig herausgegebenen, werden empfohlen . 261  
 Deposital=Massen, Anstuf unbekannter . . . . . 58, 212  
 Deposital=unselbständige gerichtliche Zahlungen, f. Quittungsstempel.  
 Diaconat, das zu Seyda, ist erledigt. 60  
 — das zu Gräfenhainichen, ist erledigt. 196  
 Dieckmann, ist Schiedsmann im Merseburger Kreise . . . . . 67  
 Dienstgeschäfte, f. Districts-Steuer-Controllenr.  
 Dieke, ist Justizrath . . . . . 236  
 Dippe, ist Parvubstitut zu Gethischt. 224  
 Districts-Steuer-Controllenr. in Halle, die demselben übertragenen Dienstgeschäfte . . . . . 218  
 Dobb, f. Patente.  
 Domainen=Generalschadenfonds, Einfindung der Beiträge pro 1833 . 116  
 Domainen= und Forstveräußerungsgeld= und Ablassungsgelder, f. Quittungsleistung.  
 Dombrowo, f. Collecte.  
 Döring, ist Oberl. Gerichts-Assessor . 252  
 Domsgen, ist Schulmeister in Pennewitz 224  
 Dormeyer, Licent. a. D., verwaltet das Rentamt Gisleben . . . . . 236  
 Dorn, ist Oberl. Gerichts-Assessor . . 167  
 Dornsdorf, f. Jahranstalt.  
 Dreikuttien, f. Schreier.  
 Drude, ist Rector-Substitut zu Gethischt 226

D.	Seite	E.	Seite
Ducaten, den Annahme- u. Rechnungs- werth derselben . . . . .	309	Engelhardt, ist Schulmeister = Sub- stitut zu Wackra . . . . .	263
Dürking, s. Besobung.		Engelmann, ist Rentamtsdiener . . . . .	256
Dumont, s. Patente.		Enigl, ist Schulmeister = Substitut in Dauhschen . . . . .	225
v. Du Plessis, ist Oberl. Ger. Referd. . . . .	82	Ephorie, die Verwaltung der zu Elster- werda . . . . .	32
Dykenhoff, ist Gerichtsamtman zu Herzberg . . . . .	20	— zu Sangerhausen, die Verkleinerung derselben . . . . .	240
E.		— zu Utern, die Verwaltung derselben . . . . .	272
Eberth, ist Land- u. Stadtyger. Assessor 167		— die Verwaltung der zu Schlenzig . . . . .	318
Eckardt, Oberl. Ger. Assessor, ist als Special-Commissarius der Königl. Ge- neral-Commission in Nordhausen sta- tionirt . . . . .	328	Erbschafts-Stempel-Tabellen, die Termine wegen Einreichung derselben . . . . .	306
Eckler, Pfarrer zu Reinsdorf, verwaltet die Ephorie zu Sangerhausen . . . . .	272	Erfurth, ist Schulmeister und Küster zu Dammendorf . . . . .	225
Eckhardt, ist Gerichtsamt = Actuar . . . . .	66	Erstmannschaften, die Aushebung der diesjährigen im hiesigen Regierungs- Bezirk . . . . .	190, 191, 221, 222
— ist Tertius und Elementarlehrer an der Stadtschule zu Jena . . . . .	225	Eichenbach, Pfarrer zu Reilsling, ist gestorben . . . . .	82
— Actuar, hat den Titel als Land- und Stadtygerichts = Secretair erhalten . . . . .	119	Eichenhagen, ist Pfarrer in Steuden . . . . .	224
Ehrlich, ist Schulmeister zu Wallwitz . . . . .	225	Eichriß, ist Kreis = Doniteur . . . . .	60
Eichapfel, ist Oberl. Ger. Referendar. 167		Eiffette, die Beförderung derselben auf Eisenbahnen . . . . .	69
Eichardt, ist Schulmeister und Küster zu Hohenrode . . . . .	225	F.	
Eichel, ist Schiedsmann im Merseburger Kreis . . . . .	28	Fähre, die Verschließung der zu Culau . . . . .	54
Eichhoff, Obereinnehmer, demselben ist das Prädicat als Vermessner verliehen . . . . .	124	— bei Culau, ist wieder hergestellt . . . . .	138
Einfuhrzoll, s. Handelsverhältnisse.		Fähren, s. Sicherheits-Maassregeln.	
Einschachtel und $\frac{1}{2}$ Thalerstücke, die Coursurung fremdberrlicher . . . . .	241	Fährgele = Tarif, für die Fähranstalt bei Muerena . . . . .	63
Ein- und Ausgangspässe, s. Rei- se-Legitimationen.		— für die Fähranstalt bei Dornsdorf . . . . .	162
Eingewölftheil Thalerstücke, siehe Königl. Säch. $\frac{1}{2}$ Thalerstücke.		— für die Fähranstalt bei Kirchschlei- dungen . . . . .	162
— s. Gräfl. Stolbergische $\frac{1}{2}$ Thalerstücke.		Fehmel, ist Cantor und zweiter Knaben- lehrer zu Gräfenhainichen . . . . .	227
Eisenbahn, Staatsvertrag wegen Anse- hung der Eisenbahn von Halle nach Cassel . . . . .	133	Feldmäuse und Hamster, die Ver- tilgung derselben . . . . .	257
Eisenbahnen, siehe Legitimationsbü- rungen.		Ferber, ist Schiedsmann im Quersur- ther Kreis . . . . .	67
Eisenbahn = Gesellschaft, die Ver- mehrung des Capitals der Magdeburger Leipziger, um 1,100,000 Thlr. . . . .	45	Fetke, ist Gefangenenaufseher . . . . .	67
Elbe, s. Polizei-Reglement.		Feuer-Soeität = Aus schreiben, s. Brandlassen = Veltzage . . . . .	
Eldeua, Königl. staats- und landwirth- schaftliche Academie, die neuen Einrich- tungen und die Unterrichts-Gegegenstände an derselben . . . . .	237		
Ellger, ist Gerichtsamtbote . . . . .	83		
Elsterwerda, s. Ephorie.			

Royal Exchange, deren Agenten sind angewiesen, weder neue Versicherungen abzuschließen, noch alte zu erneuern	235
Feuerwerke, die Vorschriften wegen des Schießens und Abtrennens von Feuerwerken, an bewohnten Orten, werden in Erinnerung gebracht	254
Fiedler, ist Schulmeister zu Belgern	225
Fielsh, ist Schiedsm. im Torgauer Kr.	15
Finsterswalder, ist zweiter Inspector bei der Strafanstalt zu Halle	75
Fischer, ist Schiedsmann im Quersfurter Kreise	67
— ist Oberl. Gerichts-Referendarius	82
Flaminicus, ist Stadtrichter zu Augermünde	82
Fleck, f. Agenten.	
Fleischwaaren, f. Wack- und Fleischwaaren.	
Flemming, Pfarrer zu Ziegelrode, ist gestorben	324
Fleßgen, das unbefugte auf der kleinen Elster oder Dobra, auf dem Neugraben und der schwarzen Elster	306
Florstedt, Registrator, hat den Titel als Land- und Stadiger. Secretair erhalten	319
Flussfahrzeuge, die polizeiliche Bezeichnung der inländischen . 178—183,	237
— die Bezeichnung der inländischen, wird in Erinnerung gebracht	290
Förster, Oberprediger zu Wettin, ist gestorben	8
— Pfarrer zu Großleinungen, ist gestorben	292
Fohlen, das Brennen derselben, auf den Beschäl-Stationen	172
Forstrevolver, die von denselben zu verrichtende Strafarbeit	243
— die Anzeigen über jugendliche	306
Frauke, ist Land- u. Stadtgerichtsrath	236
Fraukensfeld, f. Schäfer-Unterrichtsanstalt.	
Frank, Auditor, ist von dem Königl. Kammergericht zum Oberlandesgericht in Naumburg versetzt	300
Freierklärung, f. Anna-Grube.	
Freitag, ist dritter Lehrer am Waisenhaus zu Langendorf	262
Freiwillige, f. Militärdienst.	
— die rechtseitige Meldung der dreijährigen	158, 313

Frenkel, ist Schulmeister und Küster zu Schleberoda	226
Freund, ist Feldmesser	235
Freyer, ist Schiedsm. im Zeiger Kreise	176
Frick, ist Schiedsmann im Mansfelder Gebirgskreise	152
Friedeburg, f. Pfarrämter.	
Friederici, Pfarrer zu Obersdorf, ist gestorben	76
Friedrich, f. Agenten.	
Friedrichshöhe, die Genehmigung dieses Namens für das Rittergut Berg vor Eisenburg, Jacobischen Antheils	116
v. Friesen, Freiherr, ist Landrath des Mansfelder Gebirgskreises	247
Fritze, Oberl. Ger. Assessor, verwaltet eine Landgerichts-Assessorstelle zu Tilsit	43
Fritzsche, Rentamtsdiener, ist nach Belg versetzt	60, 272
Frühke, ist Schullehrer zu Braunsrode	224
Fromm, ist zweiter Lehrer an der St. Othmarschule zu Naumburg	263
Fürbringer, ist Oberl. Ger. Assessor	236
Fürnrohr, ist Diae. zu Wahrenbrück	223
Fürstehaupt, ist Feldmesser	108
Fuß, f. Patente.	

Gäbler, ist Rentamtsdiener u. Executor	72
Garthe, D., f. Patente.	
Gefälle, die Erhebung derselben, im Bezirke des Domainenamts Roßsch	17
Geistliche u. Schullehrer, f. Klassensteuerpflichtigkeit.	
— Anstellungen und Beförderungen mehrerer derselben	223—227, 262
Geistliche Wanten, zu deren Ausföhrung ein königl. Gnadengesuch bewilligt ist	278
Geläute, eine neu erfundene Verbesserung desselben, durch Stahlstäbe	217
Gelbricht, ist Pfarrer in Marzahn	224
Gelder, f. Kosten.	
Geldsendungen, die Anwendung portofreier Rubriken, bei dergl. Sendungen an Privatpersonen	83
Gelpke, f. Patente.	
Genßsch, ist Land- u. Stadiger. Assessor	82
Gerechtbarkeit, über das Dg. Präsa, ist dem Land- und Stadt. ist zu Eisenburg übertragen	255

G.	Seite	G.	Seite
Gerichte, ist Wegebaumeister . . . . .	76	Gddike, ist Kreisverordneter . . . . .	32
— Aufcultator, ist zum Oberlandesge- richt in Naumburg versetzt . . . . .	83	Gdye, ist Schiedsmann im Zeitzer Kreise	236
— ist Oberbuchhalter . . . . .	124	Gold, f. Silbergeld.	
Gerstenberg, ist Schulmeister und Kü- stler zu Cracau . . . . .	225	Goldmünzen, Verbot der Annahme fremder, zu den gerichtlichen Depositorien	30
Geschäftsübersehten der Patrimo- nialgerichte . . . . .	316	Gorden, f. Pfarrämter.	
Gesessammlung, allgemeine, Inhalt des 22. u. 24. Stücks, Seite 3; des 25. u. 26. Stücks, S. 9, vom Jahre 1841; des 1. u. 2. Stücks vom Jahre 1842, S. 29; des 3. Stücks, S. 37; des 4. Stücks, S. 45; des 5. Stücks, S. 61; des 6. u. 7. Stücks, S. 69; des 8. u. 9. Stücks, S. 73; des 10. Stücks, S. 77; des 11. Stücks, S. 93; des 12. Stücks, S. 125; des 13. u. 14. Stücks, S. 161; des 15. Stücks, S. 169; des 16. u. 17. Stücks, S. 177; des 18. u. 19. Stücks, S. 217; des 20. Stücks, S. 249; des 21. Stücks, S. 253; des 22. Stücks, S. 293; des 23. Stücks, S. 301; des 24. Stücks, S. 305; des 25. Stücks, S. 313; des 26. Stücks, S. 321.		Gräflisch Stollberg'sche Einzwölfs- tel Thalerstücke, die Annahme der- selben in den Königl. Kassen . . . . .	190
— f. Sach- und Namensregister.		Gravert, f. Patente.	
Gesuche von Kaufleuten, Handwerkern und Lieferanten um Ertheilung von Auf- trägen zu Arbeiten etc. für die Armee . .	21	Gratissgewerbscheine, die Ausstel- lung derselben an vereinsländische Un- terthanen im Herzogth. Anhalt-Weimburg	254
Getreide, f. Schiffsladungen.		Griebel, D., Oberlehrer, ist vom Gym- nasium zu Glegau an das Gymnasium zu Reiz versetzt . . . . .	216
Geuſſniß, f. Pfarrämter.		Grees, f. Epyhorie.	
Gewerbe = Institut, die Aufnahme von Zöglingen in dasselbe . . . . .	80	Grimm, ist Schiedsmann im Mersebur- ger Kreise . . . . .	124
Gewerbeschule, die Aufnahme von Zöglingen in die zu Naumburg . . . .	49	Gröschner, ist Land- u. Städter. Secret.	20
Gewerbeweise Anfertigung aus- seregerichtlicher Aufträge, die hiezu zu erforderlichen Concessionen, sind auf Widerruf zu ertheilen . . . . .	322	Grogrenz, ist Schulm. u. Küsterin in Möß	262
Gewerbegehülften, f. Pässe.		Grolod, f. Agenten.	
Geyer, ist Grecurator für die Königl. Do- maine zu Pöthenburg . . . . .	203	Gronau, ist Oberl. Ger. Assessor . . .	43
Giegold, ist Recter an der Stadtschule zu Schlieben . . . . .	225	Große, ist Lehrer an der Armenschule zu Hertzberg . . . . .	202
Giese, ist Schiedsmann im Blitzenber- ger Kreise . . . . .	42	Grosßhelmsdorf, f. Kröber.	
Giesecke, ist zweiter Kassen = Secretair	139	Großmann, ist erster Mädchenlehrer an der Stadtschule in Kemberg . . . . .	225
Glasewald, ist Oberl. Ger. Referend.	43	Grünberg, ist Vice-Berg-Geschwornen	300
Gleich, ist Schiedsmann der Grafschaft Stollberg . . . . .	308	Grüner, ist Oberl. Ger. Assessor . . .	82
		— Oberl. Ger. Assessor, ist zum Oberl. Gericht nach Breslau versetzt . . . . .	140
		Grundbesitz, f. Rechtsverhältnisse.	
		Grunow, ist Registrator und Calcula- tor beim Bergamte Cisleben . . . . .	83
		Grundsteuer = Anlagen, f. Erraete.	
		Grundsteuer = Variationenlisten, die Anstellung derselben, in den ehe- mals wessphälischen Kreisen . . . . .	294
		Güntermann, f. Patente.	
		Güntzer, ist Schiedsm. im Zeitzer Kreise	203
		— ist zweiter Knabenlehrer an der Wüt- terschule in Halle . . . . .	227
		— ist erster Mädchenlehrer an der Stadt- schule zu Gräfenbarnichen . . . . .	227
		Güterbock, f. Patente.	



S.

Seite

S.

Seite

Saaße, Oberl. Ger. Assessor, ist als Special-Commissarius der Königl. General-Commission zu Stendal, nach Liebenwerda deputirt . . . . .	203
Saaße, ist Schiedsm. im Zeitzer Kreise . . . . .	203
Säbide, ist Elementarlehr. zu Demnitzsch . . . . .	226
Säusler, ist Oberl. Ger. Assessor . . . . .	236
Saferland, ist Schulm. u. Küster in Westa . . . . .	226
Sage, f. Agenten.	
Salberstadt, f. Binnenlinie.	
— f. Hauptzollamt.	
Salle, f. Strafaufsicht.	
— f. Dis-Regulativ.	
— f. Regulativ.	
Samann, f. Patente.	
Samburg, f. Collecte.	
Sammer, ist Pfarrer in Pöpsig . . . . .	262
Samster, f. Helmäufe.	
— die Ausrottung derselben . . . . .	305
Handelsverhältnisse, mit Rußland und Pohlen, und die bei dem Einfuhrzoll eingetretenen Erleichterungen . . . . .	314
Handwerker, f. Gesuche.	
Handwerksgesellen, siehe jüdische Handwerksgesellen.	
Harthe, ist Schiedsmann in der Grafschaft Stelberg . . . . .	256
Haseloff, f. Patente.	
Hauptzollamt, das zu Halberstadt, ist in ein Hauptzollamt verwandelt . . . . .	246
Hauterode, f. Pfarrämter.	
Helmathschne, die Zuständigkeit fremdländischer Behörden zur Ertheilung derselben . . . . .	102
Heinrichs, f. du Bois.	
Heinroth, ist Schulmeister und Küster in Pöpsig . . . . .	262
Heinke, ist Schiedsmann im Querfurter Kreise . . . . .	67
Heizer, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	219
v. Helldorff, ist Schiedsmann im Querfurter Kreise . . . . .	67
Helmke, Oberl. Ger. Auscultator, ist von dem Dberl. Gericht in Halberstadt nach Naumburg versetzt . . . . .	252
Hentke, ist Landgerichts-Assessor . . . . .	20
Hennicke, ist Director des Schullehrer-Seminars zu Weisenfels . . . . .	318
Hennig, ist Schulmeister und Küster zu Rehdorf . . . . .	226
Henniges, ist Schiedsm. im Saalkreise . . . . .	67

Herbst, ist Pfarrer zu Göhrwiz . . . . .	223
Hering, f. Belobung.	
Herrmann, Cauter zu Prettich, ist gest. — ist dritter Lehrer an der Schule der Vorstadt Altenburg . . . . .	224
— ist Schiedsmann im Torzauer Kreise . . . . .	252
— ist Schulmeister in Mügeln . . . . .	262
— ist Schiedsmann im Saalkreise . . . . .	308
Herzberg, f. v. Versick.	
Herzog, f. Belobung.	
— Verzeiher, ist gestorben . . . . .	124
— ist Oberl. Gerichts-Referendarius . . . . .	167
Hesse, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	43
— ist Schulmeister in Walbeck . . . . .	262
— Regierungs-Brath, ist zum hiesigen Regierungs-Collegio versetzt . . . . .	324
Heydemüller, ist Schulmeister und Küster zu Lebusa . . . . .	237
v. Heydenreich, f. Censur.	
Heyse, f. Agenten.	
Heyse, ist Regierungs-Secretair . . . . .	72
Hidethier, ist Schulmeister und Küster zu Döblich . . . . .	226
Hilner, Pfarrer zu Krüberg, ist gestorb. v. Hindeldey, ist als Dber-Reg. Rath zum hiesigen Regier. Collegio versetzt . . . . .	130
Höckner, ist Kreisverordneter . . . . .	32
Hofmann, M., Superintendent zu Elsterwerda, ist gestorben . . . . .	32
Hoffmann, ist Verzeiher . . . . .	124
— ist Organist u. Mädchenlehr. in Wippra . . . . .	226
Hohenstein, ist Schulm. in Wismar . . . . .	262
Hohlstedt, f. Schaum.	
v. Hollenstetter, Auscultator, ist von dem Königl. Kammergericht zum Oberl. Landgericht in Naumburg versetzt . . . . .	300
Holz, f. Schiffsladungen.	
Hoppe, f. Patente.	
— ist Schulm. u. Küster zu Niedermöllern . . . . .	226
— ist Schulm. u. Küster zu Wählig . . . . .	262
Hornburg, M., ist Pfarrer zu Spora . . . . .	224
Horst, ist Gerichtsbote und Executor . . . . .	236
Hoyer, f. Agenten.	
Hucke, ist Criminalrath . . . . .	236
Hummel, f. Patente.	
Hypothekentabellen und Hypothekenbücher, deren Vervollständigung für mehrere Güter, Seite 8, 10, 14, 20, 24, 27, 28, 31, 32, 36, 42, 52, 60, 65, 67, 72, 76, 83, 92, 116, 131, 140, 152, 160, 167, 175, 176, 183, 184, 191, 192, 196, . . . . .	

	S.	Seite	R.	Seite
201, 202, 203, 227, 236, 240, 244, 252, 253, 256, 260, 261, 271, 272, 280, 303, 307, 308, 312, 319, 324, 326, 327, 328.			Kammer = Credit = Kassenscheine, die bei der 41. und 42. Verlosung derselben gezogenen Nummern . . . 85; 257	
			Kampf, ist Schiedsman im Querfurter Kreise . . . 67	
	S.		Kamprath, s. Agenten.	
Jacob, Pfarrer zu Wittgendorf, ist gest. 65			Karraß, ist zweiter Mädchenlehrer in Dommlisch . . . 226	
Jacobi, ist Landrath des Naumburger Kreises . . . 116			Kassenaufweisungen, die Versendung derselben und concurrendhabender Papiere, in recommandirten Briefen . . . 197	
— ist unter Beilegung des Namens und Wappens der adelichen Familie v. Wanzgeln in den Adelsstand erheben . . . 192			Kassenbillets, s. Königl. Sächsisch Kassenbillets.	
Jahn, s. Agenten.			Kassen = Revisionen, die gewöhnlichen und außerordentlichen . . . 209	
— ist dritter Knabenlehrer an der Bürgerschule in Halle . . . 227			Kathe, s. Velobung.	
Jahr, ist Pfarrer in Bröda . . . 224			Kaufleute, s. Gesuche.	
Janeß, ist Buchhalter bei der hiesigen Regierangs = Hauptkasse . . . 124			Kawerau, ist Bau = Inspector . . . 76	
Jlberg, ist Hülfsschlichter bei dem Land- und Stadtgericht zu Gröb . . . 66			Kayna, s. Velobung.	
Jlgen, ist zweiter Registrator beim Oberbergamte zu Halle . . . 176			Keglerische Familienlistung, s. Angebot.	
Immediat = Gesuche, das Anbringen unbegründeter . . . 4			Keil, Pfarrer zu Genshitz, ist gestorben 318	
Jost, s. Agenten.			Kindler I., ist Oberl. Ger. Assessor . 263	
Jsing, s. Patente.			Kirchen, s. Process.	
Jüdische Handwerksgelesen aus Dänemark, können auch bei inländischen Meistern in Arbeit treten . . . 74			Kirchscheidungen, s. Fähranstalt.	
Jülich, ist Rector in Liebenwerda . . . 226			Kittel, s. Agenten.	
Junge, s. Agenten.			Klage, ist Schulm. u. Küster zu Golpa . . . 226	
Jungband, ist Oberl. Ger. Assessor . 82			Klassensteuerverpflichtigkeit der Geistlichen und Schullehrer . . . 34	
— Oberl. Ger. Assessor, ist vom Oberl. Gericht zu Naumburg zum Kammergericht in Berlin versetzt . . . 203			Kleine, ist Land- und Stadlger. Votekleinkinder = Verwahranstalten, s. Stempel- und Gebührenfreiheit.	
Jurisdiction, s. Gerichtsbarkeit.			Klingelstein, ist Land- und Stadtgerichtsbote . . . 83	
Justiz = Organisation, in den Bezirken des Landgerichts zu Zergau und Wittenberg . . . 298			Klingemann, ist Schiedsman im Zergauer Kreise . . . 308	
	R.		Klöschner, ist Schulmeister und Küster in Gröb . . . 227	
Kade, s. Agenten.			Kloster = Güldenstern, s. v. Stieglitz.	
Kännichen, s. Agenten.			Klosterschule zu Neusteden, das Kassens = Verwaltungsverwesen bei derselben . . . 163	
Kästner, ist Schiedsman im Witterfelder Kreise . . . 312			Kloh, s. Tamburme.	
Kaiser, Cantor und Organist an der Schule in der Vorstadt Neumarkt vor Halle, ist gestorben . . . 19			Kluge, ist Schulm. u. Küster in Creunme v. Klühow, Reg. Assessor, ist von Potsdam zur hiesigen Regierung versetzt . . . 131	
Kavser, ist Domainen = Rentmeister . 176			Knabe, ist Schullehrer in Biederitz . . . 225	
— ist erster Lehrer und Küster an der Neumarktschule in Halle . . . 227			Kneip, s. Velobung.	
			Knispel, ist zum Divisionsprediger bei der 6ten Division bestellt worden . . . 131	
			Knöppel, ist Land- u. Stadlger. Voteknorr, ist Land- und Stadlger. Rath . 66	
			Knorre, ist 2ter Lehrer in Isachan . . . 262	

	Seite
Knoth, Pfarrer zu Hauerode, ist gest.	263
Kober, ist Justiz-Commiff. u. Notar	167
Koch, f. Belokung.	
— ist Kreis-Doniteur . . . . .	60
— f. Agenten.	
— ist Feldmeffer . . . . .	307
Köbler, ist Pfarrer zu Wuh	224
— ist Lehrer an der gemischten Clemen-	
tarcliffe an der Stadtschule in Remberg	262
— Oberl. Ger. Aufsehtator, ist zum Oberl.	
Gericht in Halberstadt versetzt . . . . .	263
Köhl, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	167
König, ist Ger. Vot. u. Gefangenwärter	67
— <u>M.</u> , Pfarrer zu Welterow, ist gestorben	72
— ist Land- und Stadtger. Secretair	83
Königl. Sächf. Conventions- Thalerstücke, die Einziehung vers.	38
v. Könnert, ist Oberl. Ger. Referend.	66
Köppe, ist Gerichtsbote und Excentor	43
Körbin <u>L.</u> , ist Oberl. Ger. Assessor . . . . .	203
Körbin, verwaltet die 2te Actuarienstelle bei dem Land- und Stadtgericht zu Lie-	
benwerda . . . . .	300
Köfener Floßzell, f. Tarif.	
Köster, ist Schiedsm. im Saalkreise	176
Kösterich, f. Belokung.	
Kösterich, ist Regierungskanzleidner	82
Koppehul, ist Schulmsr. in Altorde	227
Köten, Einfindung derselben, an das Königl. Oberlandesgericht . . . . .	19
Kräger, Oberl. Ger. Aufsehtator, dessen Entlassung aus dem Justizdienste . . . . .	167
Krebs, ist Kreis-Doniteur . . . . .	60
Kreishülfe, das Aufbieten derselben, zur Vertilgung schädlicher Waldinsecten	120
Kreis- oder localpolitische Ver-	
ordnungen, f. Versahren.	
Kreisverordnete, Ernennung mehrerer	32
Kreise, ist Schiedsm. im Zeißer Kreise	167
Kreischmar, Land- u. Stadtgerichts-	
Secretair, ist gestorben . . . . .	20
— ist Gerichtsbote und Excentor . . . . .	43
Krieger, f. Verline.	
Kröber, ist Schiedsm. im Zeißer Kreise	236
— Patrimonialrichter, demselben ist die Verwaltung der Patrimonialgerichte zu Grossen, Cönneda und Großhilmndorf übertragen . . . . .	252
— ist Lehrer an der sogenannten Mittels- schule zu Weissenfels . . . . .	262
Krönert, ist Cantor und Schulsubstitut	

	Seite
zu Großthiemig	226
v. Krosigk, ist Oberl. Ger. Aufsehtator	167
— ist Oberl. Ger. Aufsehtator	167
Krug, ist 4ter Lehrer der 5ten Klasse II.	
Abtheilung an der Bürgerschule in Zeitz	227
Krüger, ist Schullehrer in Friedrichsburga	224
— Justiz-Commiff., ist zum Notar ernannt	263
Küchlering, f. Patente.	
Küchler, ist Oberl. Ger. Referendarius	236
Kühnast, ist Regierungs-Assessor bei der hiesigen Regierung	19
Kühne, ist interimistischer Rentamtsdiener bei den combinirten Rentämtern Naumburg und Carlisberga	42
Künstler, ist erster Lehrer an der Demeisfreiheits-Mädchenschule in Naumburg	227
Kürbisch, ist Votz und Executor.	140
Kulisch, Domänen-Rentmeißter, ist gestorben.	236
v. Kummer, ist Salinen-Inspecteur	83
Kunststraßen, Nachtrag für diejenigen, auf denen der Verbrauch von Mafeselzen unter 4 Zoll Breite verboten ist.	229
Kunth, f. Patente.	
Kunze, f. Patente.	
Kur- und Neumärkische Schuldverschreibungen, Kündigung der in der 1. u. 2. Verloosung gezogenen	21, 198
Kurmärkische Schuldverschreibungen, Auszahlung der zum 1. Mai und 1. November 1842 gekündigten.	77, 249
Kur- u. Neumärkische Zins-Coupon, Ausbringung eines Präklusiv-Termins zur Einlösung der ältern	37, 53, 61
<b>L.</b>	
Laage, Oberl. Ger. Assessor, ist zum Oberlandesgericht in Naumburg und zur Beschäftigung an das Land- und Stadtgericht in Halle versetzt	319
La Baume, f. Agenten.	
Läßig, ist Cantor und erster Lehrer in Drossig.	227
Landbesitz = Stationen, deren Besetzung für dieses Jahr	10, 36
Landes-Deconomie = Collegium, die Errichtung desselben	85, 143
Landgüter, Verfahren der Gerichtshörden, bei Abschätzung verpachteter	163
Landrathsdami, f. v. Vorsehl.	
Landrathswahlen, Instruktion über	

das Verfahren bei denselben in der Provinz Sachsen . . . . .	125
Randmann, ist Pfarrer in Bietrowitz . . . . .	262
Ränge, ist Schulmeister und Künstler zu Rahlwinkler . . . . .	225
Rangenaue, s. Stimm.	
Rangendorf, s. Constantin.	
Rauchstädt, s. Wade und Trinkanstalt.	
Raumdial = Verpflichtungen, s. Verhufchein = Gebühren.	
Randemien, Lehnwaaren re., Erlass dieser Abgaben beim Thronwechsel . . . . .	18
Rauer, s. Belebung.	
Legitimationsführung, bei Reisen auf den Berlin = Anhalt = Magdeburg = Halle = Leipzig = Dresdner Eisenbahnen . . . . .	289
Rehmann, s. Agenten.	
— s. Patente.	
— s. Patente.	
Rehnsbefolgung, den Erlass derselben beim Thronwechsel . . . . .	173
Rehnschein = Gebühren, Erlass derselben bei Abfessungen resp. Reutereiswaudlungen von Landemial = Verpflichtungen . . . . .	130
Reiter, ist Kreisverordneter . . . . .	32
Repsius, ist Oberlandes = Gerichts = Referendarius . . . . .	203
— Oberl. Ger. Referendarius, ist zur Regierung in Bromberg entlassen . . . . .	252
Reiche, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	82
Reuthold, s. Agenten.	
Richtenberger, ist Schiedsmann im Torgauer Kreise . . . . .	42
Riebe, ist Pfarrsubstitut zu Bilsenau . . . . .	224
Rieferanten, s. Gesuche.	
Rille, s. Patente.	
Rinde, ist erster Lehrer an der Petersberger Schule in Halle . . . . .	227
Ripke, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	82
— Oberl. Gerichts = Referendarius, dessen Entlassung . . . . .	140
— s. Patente.	
Röbner, ist Schiedsmann im Torgauer Kreise . . . . .	252
Röbnitz, ist Oberl. Ger. Referendarius . . . . .	66
Röwen = Pomade, Verbot wegen des Verkaufs derselben . . . . .	40
Rommaych, ist Oberl. Ger. Assessor . . . . .	236
Roose einer über die Gewehrsammlung des verstorbenen Herzogs Heinrich von	

Württemberg veranstalteten Lotterie, können deßhalb werden . . . . .	30
Lorenz, ist Katechet in Großkora . . . . .	226
— ist Elementarlehrer an der Bürgerschule zu Tergau . . . . .	226
Loth, s. Belebung.	
Lungenfische, die Anstellung von Versuchen über die Ansteckungsfähigkeit und die Gelegenheits = Ursachen derselben . . . . .	322
Luppenbrände bei Rissen, die Sprengung derselben . . . . .	163
Lust, ist Schulmeister und Künstler zu Kleinsiedstädt . . . . .	227

## M.

Maass, s. Patente.	
Märker, s. Patente.	
Mäuse, s. Feldmäuse.	
Mahlen des Getreides, die deßhalb erlassenen Bestimmungen werden in Erinnerung gebracht . . . . .	242
Mahl- und Schlagssteuer, s. Regulativ.	
Mansfeld, ist Lehrer an der Mädchenschule hier . . . . .	225
March, s. Patente.	
Marktpreis = Tabelle vom Monat December 1841, Seite 16; Januar 1842, S. 44; Februar, S. 68; März, S. 84; April, S. 132; Mai, S. 168; Juni, S. 204; Juli, S. 228; August, S. 248; September, S. 264; October, S. 304; November, S. 320.	
Marpert, ist Land- und Stadiger. Vot . . . . .	67
Martini = Durchschnitts = Marktpreise, welche bei Abfessung der Getreide = Prästationen zum Grunde zu legen sind . . . . .	18, 311, 312, 314
Matthes, ist Vermessungs = Revisor . . . . .	328
Mechnere, s. Agenten.	
Mecke, ist Rechnungs = Rath . . . . .	236
Medicinal = Personen, die Verwendung derselben zu sanitäts = politischen Geschäften . . . . .	286
Medicinish = chirurgish Lehranstalt, s. Verlesungen.	
zur Megede, Regierungs = Assessor, ist von der General = Commission zu Berlin zum hiesigen Reg. Collegio versetzt . . . . .	28
Mehler, Oberlandes = Gerichts = Assessor,	



M.	Seite
ist als Special-Commissarius der Königl. General-Commissär von Mühlhausen nach Calbe a. d. S. versetzt . . . . .	328
Mehlmann, f. Agenten.	
Menschenblattern, den Ausbruch derselben in den Städten Zeitz, Halle und Eisenburg . . . . .	35
Merker, Pfarrer zu Schleibitz, ist gest.	66
Mertz, ist Schiedsmann im Wittenberger Kreise . . . . .	42
Meyer, Pfarrer zu Mühschen, ist gest.	108
— D., ist Pfarrer in Zschackau . . . . .	224
— ist Verweisungs-Revisor . . . . .	328
Militärdienst, Bedingungen der Zulassung zum einjährigen freiwilligen . . . . .	6
Militärdienstpflicht, der Schiffsmannschaften, wird durch Seereisen nach andern Welttheilen abgelöst . . . . .	259
Militair = Gnadengehälter, deren Ueberhebungen, von im Civil angestellten Invaliden . . . . .	178
Militair = Invaliden = Versorgung, f. Anstellung.	
Militairpflichtige, die Verheirathung derselben . . . . .	5, 325
— f. Anruf.	
v. Minnigerode, ist Oberlandesgerichts-Referendarius . . . . .	203
Ministerium des Innern und der Polizei, diese Benennung soll in der Folge weggelassen und dasselbe bloß Ministerium des Innern genannt werden . . . . .	185
Möbius, Oberl. Ger. Referend., ist an das Kammergericht zu Berlin versetzt . . . . .	263
Mooch, erster Land- und Stadtgerichtsbote zu Erfurt, ist gestorben . . . . .	43
Morbotter, f. Patent.	
Moser, Criminal-Rath, ist pensionirt . . . . .	167
Mucrona, f. Fährgehalt-Tarif.	
Müller, Oberl. Ger. Referend., ist an das Kammergericht zu Berlin versetzt . . . . .	66
— ist Kammerfubstitut zu Nürnberg . . . . .	225
— ist zweiter Schullehrer in Weizberg . . . . .	225
— ist Elementarlehrer an der Stadtschule in Gersbädt . . . . .	225
— ist Rector und Organist in Stadt Alsenleben . . . . .	226
— ist Schulmeister in Grödlwitz . . . . .	263
— ist Schulmeister und Küster zu Krositz . . . . .	263
— D. jur., ist Oberlandes-Gerichts-Aufsehtor . . . . .	300

M.	Seite
Müller IV., ist Oberlandes-Gerichts-Referendarius . . . . .	319
Muhlschau, f. Pfarrämter.	
N.	
Natural-Geld, f. Silbergeld.	
Naumburg, f. Orts-Regulativ.	
— f. Pfarrämter.	
Neunkanz, f. Patente.	
Neumärkische Schuld = Verschreibungen, die Auszahlung der zum 1. Juli 1842 und 2. Januar 1843 gekündigten . . . . .	78
Nichtewitz, f. v. Etieglitz.	
Niedner, ist Diaconus zu Gersbädt . . . . .	223
Niehsche, ist Pfarrer in Röden . . . . .	223
— ist Diaconus in Seyda . . . . .	262
Nizsch, ist Schiedsmann im Torgauer Kreise . . . . .	252
Nizschke, ist Schulmeister und Küster zu Mückenberg . . . . .	226
Noack, ist Schullehrer in Friedrichsluga . . . . .	262
Nöldechen, Oberl. Ger. Aufsehtor, ist von Breslau nach Naumburg versetzt . . . . .	167

N.	Seite
Nechelshäuser, f. Patente.	
Nechlig, f. Pfarrämter.	
Nehme, ist Pfarrer in Rothsch . . . . .	224
— ist Elementarlehrer in Jessen . . . . .	262
Nelzen, ist Regierungs-Referendarius . . . . .	124
Nelzner, f. Agenten.	
Nertel, ist Knabenschulmeister und Küster zu Weizsiedt . . . . .	224
Neffermann, f. Patente.	
Nelbricht, ist Pfarrer in Taushardt . . . . .	262
Nppenheim, ist Oberlandes-Gerichts-Affessor . . . . .	236
— Oberl. Ger. Affessor, ist zum Kammergericht in Berlin versetzt . . . . .	263
Nelop, ist Oberlandesgerichts-Referendarius und von Arnberg zum Oberl. Gericht in Naumburg versetzt . . . . .	203
Orts-Regulativ, das für die Stadt Halle vervollständigte . . . . .	174
— das für die Stadt Naumburg vervollständigte . . . . .	174
Dr. v. Drwille von Löwenkian, Referendarius, ist vom Kammergericht zu Berlin zum Oberlandes-Gericht in Naumburg versetzt . . . . .	82

	D.	Seite	P.	Seite
Döle, ist Oberl. Ger. Referendarius	262		Petreins, ist Schullehrer und Küster zu Stangerode	226
Djwalsb, Pfarrer zu Spora, ist gestorb.	42		Petrillo, ist Oberland. Ger. Assessor	140
Dramondra, f. Wunderlich.			— Oberl. Ger. Assessor, ist von Naumburg nach Breslau versetzt	167
Dito, ist Land- und Stadiger. Vot.	83		v. Pfanneberg, ist Landrath des Desslischer Kreises	244
<b>P.</b>			Pfarrämter, erledigte, zu Tiefensee, Seite 20, zu Mulschan, 66, zu Kuersstedt, 139, zu Meyern, 176, zu Catharientrieth, Grabinthel, 233, zu Wettburg, 240, Arzberg, 247, Rothenberga, 256, zu Gauterode, 263, zu Gorden, 292, zu Zeicha, 300, zu Vudau, 303, zu Friedeburg, 307, zu Deshlig, 308, zu Jörbig, 312, zu Gershinig zu St. Moriz vor Naumburg, 319, zu Zieglerode, zu Weischühn, zu Schmerkenbors, 324.	
Paalzw, ist zum Stellvertreter des Präsidenten des Curatoriums der Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt ernannt	299		Pfeiffer, ist Kreis-Verordneter	32
— Ingrossator, hat den Titel als Land- und Stadtgerichts=Secretair erhalten	319		Pfeil, Ober=Psarrer zu Jörbig, ist gestorben	312
Pabst, desgl.	319		Pflaumer, f. Agenten.	
Pässe, f. Reise=Legitimation.			Pflug, Psarrer zu Friedeburg, ist gestorb.	307
— deren Erneuerung für Gewerbsgehülfsen	39		Pfotenbauer, Oberl. Ger. Assessor, ist Hülf Richter bei dem Land- und Stadtgericht zu Minden	252
— die Gültigkeit der Großherzogl. Meklenburg=Schwerinschen in den Königl. Preuss. Staaten	40		Philipp, ist Psarrer auf dem hohen Petersberge	244
— Ertheilung derselben für Handwerker nach Hamburg	189, 245		— Ober=Vergamts=Haupt-Kassen=Buchhalter zu Halle, ist Commissarius der allgemeinen Wittwen = Verpflegungs-Anstalt zu Berlin	272
Papiere, f. Kassen=Anweisungen.			Pieschel I., Oberl. Ger. Referendarius, dessen Entlassung aus dem Justizdienste	43
Parissius, ist Oberl. Ger. Assessor	203.		— II., ist Oberl. Gerichts=Referendarius	82
Patente, Ertheilung von solchen, an den			Plenk, Psarrer zu Deshlig, ist gestorb.	308
re. Schob. Poppe, Seite 25; Grawert, 30; Rocholl, Ulmann, Steinbach, 59; Ostermann, Steiger, 63; Gorman, March, 123; Siemens, Preston, 124; Tren, Kuch, 152; Schleiden, Dehshäuser, 160; Schulz, March, Brees, Gelpke und Auckeling, 166; Wuhlmanns Söhne, 175; Kunth, 176; Brosowsky, Weiß, D. Gariba, 184; Hillev, Morbottier, Weigert, Schelhorn und Friedel, 202; Sundelin, Dasehoff, Güntermann, Hummel, 223; Preston, Märker, Neufhaus, Kunze, 234, 235; Mlaaf, 256; Wirth u. Voss, 299; Wonnardel, Hummel, Rippe, 303; Kengert, Güterbod, Dumont, 307; Esch, Jüng, Ulmann, 323; Zudschwert und Deuschel, 328;			Pohle, ist Schulmeister in Zischken	226
— Aufhebung von solchen, für Preston, Seite 63; Dobbs, 176; Lehmann, 324; Lehmann, 327; Tren, 328;			Polizei=Contraventionen, die Bestrafung der Theilnehmer bei denselben.	163
Patrimonial=Gerichte, f. Geschäfts=Uebersichten.			Polizei=Reglement, für den Schiffsverkehr auf der Elbe	230
Pechmann, ist Landgerichts=Secretair	20.		Pornig, ist Psarrer in Pfiffäblich	224
Pernice, Professor, ist als Censor der juristischen, politischen und zeitgeschichtlichen Werke bestärkt	318		Postwangsplflichtige Sendungen, Verbot des Colligirens und der Vereiniung derselben	118
Peters, ist Schiedsmann im Schweiniger Kreise	140		Präklusiv=Termin, siehe Kur- und Neumärtsche Zins=Coupons.	
			Prebvari, Aufscultator, ist vom Kammergericht zu Berlin, zum Oberlandesgericht in Naumburg versetzt	236

## P.

Seite

- Predigamt = Candidaten, siehe  
 Wahlsfähigkeits = Ateste.  
 Prekon, s. Patente.  
 Prioritäts = Actien, s. Eisenbahn =  
 Gesellschaft.  
 Prozesse, in welchen Kirchen und die  
 den Kirchen gleichstehenden Eistungen  
 re. klagen oder verklagt werden . . . **139**  
 Püschel, ist Oberlandesgerichts = Rese-  
 rendarius . . . **167**  
 Püttmann, Oberl. Ger. Aufsehtator,  
 ist zum Königl. Kammergericht in Ber-  
 lin versetzt . . . **263**  
 Publikerendungen, Zusatz zu §. 14.  
 der im Jahre 1834 bekannt gemachten  
 Vorschrift über das dabei zu beobach-  
 tende Verfahren . . . **288**  
 Putrich, D., s. Denkmale.

## Q.

- Quaaß, ist Regierungs = Secretair . . **152**  
 Quittungen, Umtausch der über im  
 4. Quartal 1841, 1., 2. und 3. Quar-  
 tal 1842 eingezahlte Capitalien, für  
 veräußerte Domänen = und Forstgrunds-  
 stücke . . . 107, 165, 251, **315**  
 Quittungs = Leistung, über Domä-  
 nen = u. Forstveräußerungs = Erbkaufs-  
 und Abkösungsgelder . . . **107**  
 Quittungs = Stempel, bei Depositat = u.  
 sonstigen gerichtlichen Zahlungen . . **312**

## R.

- Realberechtigungen, s. Rechtsver-  
 hältnisse.  
 Rechtsverhältnisse, über den Grund-  
 besitz in den Landestheilen, welche früher  
 zum Königreich Westphalen gehörig haben  
 Recipierenden = Prüfung, bei dem  
 Seminar zu Eisleben . . . **212**  
 Rectorate, erledigte, zu Delitzsch S.  
 76., zu Witten, 196.  
 Regulativ, zur Erhebung und Beauf-  
 sichtigung der Wahl = und Schlacht-  
 steuer in Halle . . . 300. 1 — **32.**  
 Reichel, s. Agenten.  
 v. Reichenbach, Reg. Assessor, ist von  
 Coblenz zur hiesigen Regierung versetzt . **131**  
 Reithard, ist Schulmeister in Döbelitz **225.**  
 Reintke, ist Cantor = Subst. zu Wippa **227.**

## R.

Seite

- Reinwarth, ist Ober = Stadtrichter . **83**  
 Reife n, s. Legitimationsführung.  
 Reissland, ist Oberlandes = Gerichts-  
 Assessor . . . **252**  
 Reife = Legitimationen, die Form  
 derselben . . . **22**  
 Reifig, Aufsehtator, ist vom Kammer-  
 gericht in Berlin zum Oberlandesgericht  
 in Raumburg versetzt . . . **20**  
 Reichenstein, ist Feldmeister . . . **8**  
 Relefs = Erbschaften, die in dem In-  
 stitute des Garnisonschullehrer Adami  
 in Potsdam angefertigten, werden em-  
 pfohlen . . . **17**  
 Reimont = Einkauf, pro 1842 **77, 133, 177**  
 Rengert, s. Patente.  
 Renten = Versicherungs = Anstalt,  
 Auslösung zweier Mitglieder des Cu-  
 ratoriums . . . **13**  
 — — — die Nachweisung von den im Laufe  
 des Jahres 1841 gebuchten Nachtrags-  
 zahlungen auf unvollständige Einlagen  
 — — — s. Agenten.  
 — — — Abschluß derselben, für das Jahr  
 1841 . . . **213**  
 — — — die Wahl zweier Mitglieder des  
 Curatoriums derselben . . . **280**  
 — — — die Besetzung der Stelle eines  
 Stellvertreters des Präsidenten des Cu-  
 ratoriums derselben . . . **299**  
 — — — die Rentensätze nach dem zur Zeit  
 der Gründung des Instituts bestehenden  
 allgemeinen Zinsfuß von 4 Procent . **316**  
 — — — die Wahl der Mitglieder des Cu-  
 ratoriums . . . **326**  
 Reuter, ist Schiedsmann im Querfur-  
 ther Kreise . . . **67**  
 Rhan, Deconomie = Commissarius schei-  
 det aus seinen bisherigen Geschäften . **83**  
 Richelmann, ist Deconomie = Commis-  
 sions = Gehülfe . . . **308**  
 Richter, ist erster Inspector bei der  
 Strafanstalt zu Halle . . . **75**  
 — — — Land- und Stadtrichter, ist Oberl.  
 Gerichtsrath in Coblenz . . . **82**  
 — — — ist Calenlater bei dem Salzamt zu  
 Schönebeck . . . **83**  
 — — — ist Registrator und Calculator beim  
 Salzamt zu Dürrenberg . . . **176**  
 — — — ist Katechet an der Corrections = und  
 Landarmenanstalt zu Zeitz . . . **224**

<b>R.</b>	<b>Seite</b>	<b>S.</b>	<b>Seite</b>
Richter, ist Lehrer an der gemischten Elementarklasse an der Stadtschule zu Remberg . . . . .	223	Saalecker Floßzoll, s. Tarif.	
v. Rippverda, ist Oberlandes-Gerichts-Assessor . . . . .	167	Sach- und Namens-Register, der Gesefsammlung . . . . .	108
— Oberl. Ger. Assessor, ist von Naumburg an das Oberl. Ger. in Ologau versetzt	203	Sächsisch-Kassibilletts, die Einziehung der älteren . . . . .	221
Mischschlenfe, s. Sperrre.		Salz, s. Viehsalz.	
Ritter, ist zum Regierungs- und Bau-rath bei hiesiger Regierung ernannt . . . . .	15	Salzbezug, den rückständigen . . . . .	280
— ist Vete und Crenter . . . . .	140	Salz, Holz, Getreide und andere Schiffsladungen, den verbotenen Anlauf dieser Gegenstände von Schiffern und deren Leuten . . . . .	35
Rittler, ist Justiz-Commissarius und Notar . . . . .	20	Salzwedel, s. Binnenlinie.	
Rochell, s. Patente.		Sangerhausen, s. Ephorie.	
v. Rochow, ist Oberl. Gerichts-Assessor	66	Sanitätspolizeiliche Geschäfte, s. Medicinal-Verseuen.	
Rochsch, ist Oberl. Ger. Referendar.	140	Saß, s. Patente.	
v. Rode, Reg. Rath, ist von Oppeln zum hiesigen Reg. Collegio versetzt . . . . .	42	Sauerteig, Justiz-Commissar, demselben ist die Verlegung seines Wohnsitzes von Ziegenrück nach Weimburg gestattet	202
Röber, ist Schiedsm. im Torgauer Kr.	252	Schäfers-Unterrichts-Anstalt, die zu Frankensfelde . . . . .	45
Röbling, s. Sparoch-Apparat.		Scharfich, Gefangenenaufseher, ist pensionirt . . . . .	67
Röhrer, M., Pfarrer an der Merikirche zu Naumburg, ist gestorben . . . . .	139	— ist Gerichts-Actuar . . . . .	140
Ronsch, ist Pfarrer zu Spröda . . . . .	223	Schaum, Oberl. Gerichts-Assessor, demselben ist die Verwaltung des Patrim. Gerichts über Fohlsiedt übertragen . . . . .	319
Rosfer, Justiz-Commissarius, ist zum Notar ernannt . . . . .	140	Schede, Oberl. Ger. Referend., dessen Entlassung aus dem Justizdienste . . . . .	20
— ist Cantor, Organist und zweiter Lehrer an der Neumarktschule in Halle . . . . .	227	Scheibe, ist Schiedsmann im Quersfurter Kreise . . . . .	67
v. Rohrscheldt, Reg. Assessor, ist dem hiesigen Reg. Collegio zur Beschäftigung überwiesen . . . . .	328	— Registrator, hat den Titel als Land- und Stadtgerichts-Secretair erhalten . . . . .	319
Roigt, ist Schulmeister und Küster in Gröden . . . . .	226	Scheffler, zweiter Lehrer an der Mädchenschule zu Wittenberg, ist gestorben	131
Roisch, s. Gefälle.		— ist zweiter Lehrer an der Schule der Vorstadt Altenburg hier . . . . .	224
Roldisleben, s. Wunderlich.		Schelhorn und Friedel, s. Patente.	
Romeiß, Oberl. Ger. Referend., ist vom Kammergericht in Berlin, nach Naumburg versetzt . . . . .	43	Schiebler, D., ist Pfarrer in Obersdorf	262
Rothe, ist Gerichts-Commissarius zu Wittersfeld . . . . .	20	Schiedsmänner, Ernennung mehrerer, S. 15, 28, 42, 67, 76, 124, 131, 140, 152, 167, 176, 203, 236, 252, 256, 308, 312	
Rothenberga, s. Pfarrämter.		— die Wirksamkeit derselben im Jahre 1841 und Belobung mehrerer . . . . .	70
Rother, ist Oberl. Gerichts-Referendar.	167	— die Einreichung der Nachweisungen über die Wirksamkeit derselben . . . . .	325
Royal Exchange, s. Fetter-Versicherungsgesellschaft.		Schießen, s. Feuerwerke.	
Rudloff L., ist Oberl. Gerichts-Assessor	319	Schiffer, s. Salz.	
Rüdiger, Schulmeister zu Staritz, ist gestorben . . . . .	196	Schiffsladungen, s. Salz.	
Rummel, ist Land- u. Stadtger. Rath	167	Schiffsmannschaften, s. Militär-pflicht.	
Ruprecht, ist Schulmeister und Küster zu Vettin . . . . .	224		



S.	Seite
Schiffverkehr, f. Polizei-Reglement.	
Schiller, Superintendent zu Andern, ist gestorben	272
Schilling, D., Deconomie-Commissarius, ist zu einer anderweiten Bestimmung berufen	72
Schilling, f. Agenten.	
Schirmenich, f. Schreyer.	
Schlaaf, ist Pfarrer an der neu errichteten Strafanstalt zu Halle	224
Schlegel, ist Elementarlehrer an der Stadtschule zu Weiskensfeld	262
Schleiden, f. Patente.	
Schleichner, ist Schulmeister und Küster zu Kleben	225
Schlevoigt, ist Land- und Stadtrichter-Assessor	82
Schmerkendorf, f. Pfarrämter.	
Schmid, ist Regierungs-Secretariats-Assistent	152
Schmidt, f. Belebung.	
— ist zweiter Lehrer an der Domschule zu Mädelshausen	227
— ist Cantor und Schulmeister-Substitut in Frieddorf	262
— Diaconus emerit., ist gestorben	308
Schneider, ist Kreis-Deputierter	60
Schob, f. Patente.	
— ist Schiedsmann im Naumburger Kr.	227
Schöl, Gerichtsambote, ist gestorben	67
v. Schön, Aufseher, ist vom Oberl. Gericht in Königsberg nach Naumburg versetzt	300
v. Schönbach, ist Schiedsmann im Naumburger Kreise	227
Schöneberg, ist Schiedsm. im Querfurter Kreise	67
Schreck, ist Deconomie-Commissarius	76
Schreyer, Patr. Landrichter, demselben ist zugleich die Verwaltung des Patr. Ger. zu Schirmenich u. Dreifalten übertragen	43
— ist Regierungs-Rath	124
Schrist, die unter dem Titel: die Landeskultur-Verfassung Preussens, erscheinende	69
Schröder, Oberl. Gerichts-Assessor, ist Gerichts-Commissarius zu Eisleben	263
— ist Schiedsmann im Mansfelder Gebirgskreise	308
Schröter, ist Justizrath	236
Schröter, ist Pfarrer in Straach	224

S.	Seite
Schüler, ist Schiedsmann im Sangerhäuser Kreise	140
— ist Kinderlehrer in Falkenberg	225
Schulbanten, f. geistliche Wanten.	
Schulenburgsche allgemeine Wittwen-Pensions- u. Unterstützungskasse, die Stempelfreiheit der Aufnahme-Acte	74
Schul- und Künstlerstellen, Erledigung und Besetzung mehrerer, S. 60, 66, 82, 140, 152, 160, 167, 210, 235, 247, 252, 256, 300.	
Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützung-Anstalt, Zustand derselben im Jahre 1841	121
Schulz, ist Gerichtsambote u. Exeutor — f. Patente.	67
Schulze, Kammergerichts-Assessor, ist zum Verwalter des Patrimonial-Ver. über Dörfendorf erwählt	8
— L., ist Oberl. Gerichts-Assessor	43
— Referendarius, ist wieder in den Justizdienst eingetreten	300
Schumann, ist Pfarrer in Schleier	262
Schurffschne, die Ertheilung derselb.	123
Seehandlungs-Prämien-Scheine, die erfolgte Ziehung von 108 Serien	236
— die Liste der am 15. October e. geg. Prämien, liegt bei den Landes- und Stadtgerichten zur Einsicht bereit	303
Seeligmüller, Justiz-Commissarius, demselben ist die Praxis bei dem Landes- und Stadtgericht zu Halle verstatet	203
Segnitz, ist Pfarrer in Tiefensee	224
Seminar-Aspiranten-Prüfung, die in Weiskensfeld	41
Sevin, ist Schiedsmann im Zeiger Kr.	42
Seyda, f. Diaconat.	
v. Seydewitz, Graf, ist Landrath des Torgauer Kreises	12
— ist Regierungs-Referendarius	252
Schaffarth, f. Agenten.	
Sicherheits-Maassregeln, die bei den Fahren zu beobachtenden	169
Siebert, Referend., ist von dem Kammergericht zu Berlin, zum Oberlandes-Gericht in Naumburg versetzt	252
Siemens, f. Patente.	
Siemens, ist Justiz-Commissarius	203
Silbergeld, die Annahme desselben mit 13 pro Centagio, statt Natural-Geld, bei den Staatskassen	112

S.	Seite	S.	Seite
Simon, ist Oberl. Ger. Referendar	140	Stahlschmidt, f. Agenten.	
— ist Oberl. Ger. Assessor	167	Stahlsäbe, f. Geläute.	
Solle, ist dritter Inspektor an der Strafanstalt zu Halle	73	Stange, ist Pfarrer in Pouch	224
Sommer, ist Schulm. in Zobersdorf	262	— ist Schulschlichter in Döberichshausen	227
Sonntag, ist dritter Mädchenlehrer an der Stadtschule zu Belgern	223	Staps, M., Pfarrer an der Dithmarscher Kirche zu Nannenburg, ist gestorben	28
v. Spangenberg, ist Oberlandesgerichts-Referendarius	167	Starke, Schulmeister zu Burgholzhausen, ist gestorben	167
Spangenberg, ist Oberlandesgerichts-Ansultator	232	— ist Oberl. Gerichts-Ansultator	167
Sparkoch = Apparat, der von dem Buch- und Steinrudereibesitzer Möb- ling zu Mühlhausen erfundene	98	Stecker, ist Land- u. Stadiger. Assessor	20
Speißer, ist Schulmeister und Küster zu Döblitz	224	Steiger, f. Patente.	
v. Sperling, ist Oberl. Ger. Referend.	167	Steinbach, f. Patente.	
Sperre, der Mischschleuse bei Merseburg staatsangehörige, die Verleihung des preuß. Untertanenrechts an fremde staatsbeamten, f. Schulenburgsche allgemeine Wittwen = Pensions- und Unterstützungskasse.	298	Steinbrück, ist Kreissecretair	60
— f. Berliner allgemeine Wittwen = Pensions- und Unterstützungskasse.	99	Steinmeier, ist Rector-Substitut in Eichenwalde	262
Staatspapiere, amortisirte	92	Stempel, die Verwendung derselben zu Erkenntnissen	325
Staatspapiere, amortisirte, die zur baaren Auszahlung am 1. Juli gekündigten	62, 86	Stempelfreiheit, f. Schulenburgsche allgemeine Wittwen = Pensions- und Unterstützungskasse.	
— die zum 2. Januar 1843 gekündigten	263	Stempelpapier, den Gebrauch derselben zu Citations- und Protocollen	7
— die Kündigung, Convertirung und den Umtausch derselben	88, 94, 101, 109, 141, 153, 185, 205, 266, 273, 281	Stempels- und Gebührenfreiheit der Kleinkinder-Verabpfandungen	159
— die im Depositorio des Pupillen = Col- legit oder Oberlandesger. befindlichen	107	Steuer = Credit = Kassenscheine, verloren gegangene	30, 81, 173
— abhanden gekommene	172, 211, 245, 280	Steuer = Credit = Kassenscheine = Obliga- tionen, die bei Verlosung derselben gezogenen Nummern	93, 258
Staatsstrafen, Nachtrags-Verzeich- niss derselben, auf welche die Verord- nung vom 16. Juni 1838, die Com- munications-Abgaben betreffend, An- wendung findet	253	Steuervergütung, bei der Ausfuhr von inländischem Brauntwein	92
Stadtverordnete, die Grenzen des Ressorts derselben, hinsichtlich der An- bringung ihrer Beschwerden u. Anträge	39	Stich, ist Pfarrer in Jüdenberg	224
Städtische Haushalts-Stats, die zeitige Aufstellung derselben wird in Erinnerung gebracht	288	v. Stieglitz, Patr. Richter, demselben ist die Uebernahme der Stelle eines Un- tersuchungsrichters bei dem Hauptstewer- amte zu Mühlberg gestattet	43
Städtische Unterbeamtenstellen, das bei Besetzung der 50 Thlr. und we- niger einbringenden zu beobachtende Verfahren	211	— Patrimonialrichter, verwaltet das Pa- trimonialgericht Kloster Gildenstein mit Wendisch Versöh u. zu Nichtenow	66, 140
		Stiftungen, f. Proceße.	
		Strafanstalt, die Eröffnung der zu Halle	75
		Straußel, ist Pfarrer in Neusen	224
		Straßen, f. Staatsstraßen.	
		Strien, ist Deconomie-Commissarius	308
		Striene, ist Schiedsmann im Quer- furter Kreise	67
		Stücker, ist Rector-Substitut in Delitzsch	227
		Sturm, Pfarrer zu Langenau, demsel- ben wird ein Substitut zugeordnet	252
		Sundelin, f. Patente.	

**S.**  
Superintendentur, die zu Schlen-  
dig, ist erledigt . . . . . 300

**T.**  
Tabackspflanzungen, die Anmel-  
dung der diesjährigen . . . . . 151  
Tagelöhner, die Zurückweisung derje-  
nigen, welche in Hamburg Arbeit suchen 160

Tarif, f. Zählgeld = Tarif.  
— für den vereinigten Reiser und Saa-  
leder Floßzoll für die Jahre 1843 bis  
incl. 1845 . . . . . 290

Taubstumme, die in Halle für solche  
bestehende Privat = Unterrichts = Anstalt,  
wird wiederholt empfohlen . . . . . 271

Taners Schmidt, ist Schiedsmann im  
Merseburger Kreise . . . . . 131

Taren, f. Wad = und Fleischwaaren.

Teez, ist Schulmeister und Küster zu  
Neutkirchen . . . . . 226

Teich, f. Pfarrämter.

Teichmann, ist Gerichtsb. u. Greenter 43

— ist Schulmeister u. Küster zu Anthausen 226

Tendich = Köchschauer = Obligationen,  
die bei Verleßung derselben ge-  
zogenen Nummern . . . . . 166, 323

Theilnehmer, f. Polizei = Contraven-  
tionen.

Thiele, ist Land = u. Stadiger. Secretair 83

— Enßes und Mädchenlehrer zu Stadt

Alleben, ist geisterben . . . . . 131

Thieme, ist Schiedsm. in der Stadt Halle 76

Thurm, ist Schiedsmann im Mansfelder  
Gebirgskreise . . . . . 176

Tiedge = Stiftung, f. Actien.

Tiefensee, f. Pfarrämter.

Topographische Landesvermes-  
sungen, die Allerhöchst angeordneten 115

Torgau, f. Justiz = Organisation.

Torges, ist Bureau = Vorsteher für das  
Kassen = und Rechnungswesen der Pro-  
vinzial = Steuer = Direction zu Magdeburg 308

Trebst, ist Schulmeister und Küster in  
Plehnisch . . . . . 225

Treiber, ist Gerichtsbote und Greenter 43

Trepte, ist Land = u. Stadigerichtsbote 83

Tren, f. Patente.

Trenherz, ist Oberl. Ger. Anseuklater 203

Triebel II., ist Oberl. Ger. Referendar 167

Triebisch, ist Land = u. Stadigerichtsbote 319

Truppen, f. Verlegung.

**U.**  
Ulrich, ist Oberlehrer an der 2ten Ab-  
theilung der Bürgerschule in Zeitz . . . 225  
Ulmann, f. Patente.  
Ulrich, f. Agenten.  
Unterthanenrecht, f. Staatsangehö-  
rige.

**V.**  
Vagabonden, die im Jahre 1841 durch  
die Kgl. Gendarmarie aufgegriffenen 41  
Wahsel, Kreis, Justiz und Economie-  
Commissarius, ist nach Wittenberg ver-  
setzt . . . . . 82  
Weit, ist Pfarrer in Auerstedt . . . . . 262  
Vereine, von ehemaligen Kriegen zum  
militairischen Begräbniß verstorbener  
Kameraden . . . . . 78  
Versahren, in Contraventionsfällen  
wider Kreis = oder localpolizeiliche Ver-  
ordnungen . . . . . 7  
Vernan, ist Schiedsmann im Witten-  
berger Kreise . . . . . 42  
Viehsalz, die Vertheilung desselben . . . 241  
Viehsalzanmeldungen, die dazu  
nöthigen Formulare . . . . . 299  
Vogel, f. Agenten.

Vogt, Oberl. Ger. Referendar, ist aus  
dem Justizdienste geschieden . . . . . 203  
Voigt, ist Schulmeister zu Unteröbblingen 225  
— ist dritter Mädchenlehrer an der Stadt-  
armenschule zu Halle . . . . . 226  
Volland, Oberl. Ger. Assessor, dem-  
selben ist die jüngste etatsmäßige Asses-  
sorstelle bei dem Land = und Stadigericht  
zu Eupl übertragen . . . . . 140  
Voos, f. Patente.  
Vorlesungen, bei der medizinisch = chi-  
rurgischen Lehranstalt zu Magdeburg 71, 246  
— f. Elbena.

**W.**  
Wagner, Oekonomie = Commissionsrath,  
ist von Halberstadt nach Halle versetzt . 72  
Wahlfähigkeit = Acte, die an  
Predigamtis = Candidaten ertheilt 60, 131,  
192, 308  
Wahlfähigkeit = Prüfungen, beim  
Schullehrer = Seminar in Weiskensfeld 58, 194  
— beim Schullehrer = Seminar in Elb-  
leben . . . . . 196, 301  
Wahn, ist Land = und Stadigerichtsrath 167

**W.**

Seite

Waldfinfecten, f. Kreishölfe.	
Wamßler, ist vierter Mädchenlehrer an der Bürgerschule in Halle	226
Wappler, Salinen=Factor, hat das Prädicat als Salzamt=Assessor erhalten	83
Warneher, Justiz=Commissarius, ist zum Notar ernannt	319
Wartenberg, ist Cantor, Organist und Knabenl. an der Stadtschule in Seyda	226
Wegener, ist Oberl. Ger. Aufsehtator	300
Welbel, Schulm. zu Lauscha, ist gestorb.	160
Weigert, f. Patente.	
Weighardt, ist interimistischer Vot und Executor	20
— ist Gerichtsbote und Executor	43
Weinmossigewinn, die Anmeldung des dießjährigen	239
Weischütz, f. Pfarrämter.	
Weiske, Pfarrer zu Sachsenburg, ist gestorben	131
Weiß, f. Patente.	
— ist Rector an der Stadtschule zu Lützen	225
Weißenhorn, ist Schulmeister und Küster in Steuden.	225
Weißgerber, ist vierter Mädchenlehrer an der Bürgerschule in Halle	226
Weißte, ist vierter Schullehrer in Pouch.	225
Weller, f. Agenten.	
Wendelin, ist Schulmeister und Küster zu Freist.	227
Wendt, f. Agenten.	
Wenzel, ist Referendarius, und vom Stadtgericht in Berlin nach Naumburg versetzt.	263
Wunzel, Kammerger. Referendar., ist nach Naumburg versetzt	167
Werneberg, Aufsehtator, ist vom Königl. Kammergerichte zu Berlin zum Oberlandesgericht in Naumburg versetzt	319
Wernicke, ist Oberl. Ger. Referendar.	300
— Registrator, hat den Titel als Land= u. Stadtgerichts=Secretair erhalten	319
v. Werthern, Oberlandesger. Referendarius, verwaltet das Landrathsamt zu Sangerhausen	108
Wetteburg, f. Pfarramt.	
Wettig, Oberl. Ger. Aufsehtator, ist vom Landgericht in Torgau zum Oberl. Gericht in Halberstadt versetzt	43

**W.**

Seite

Weyhe, Oberl. Ger. Referend., ist von Magdeburg nach Naumburg versetzt	263
Wiebecke, ist Gerichtsbote und Executor	66
Wiebel, Gerichts=Kanzlist, ist gestorben	20
Wiese, ist vierter Knabenlehrer an der Bürgerschule in Halle	227
— ist Lehrer an der neu errichteten Strafanstalt zu Halle	227
Wilde, D., ist Schiedsmann im Duersther Kreise	67
Willeke, ist Kreis=Boniteur	69
v. Wilmsdorff, ist Oberl. Ger. Ass.	236
Winkelmann, ist Registrator und Calculator beim Bergamt zu Eisleben	176
Winkler, Lehrer an der St. Dismarschule zu Naumburg, ist gestorben	124
Wirth, f. Patente.	
Wittenberg, f. Justiz=Organisation.	
Wittwen=Kassen=Beiträge, die Einbehaltung der rückständigen, von den Pensionen der Civil=Beamten	311
Wolf, ist Schulmeister in Wönnig	262
Wolter, ist erster Registrator beim Oberbergamt zu Halle	176
Wunderlich, Land= u. Stadtgerichts=Assessor, verwaltet das Patrim. Ger. zu Ostramondra und Kolbisleben	140

**3.**

Zander, ist interimistischer Verwalter eizner Landgerichtsboten= u. Executorstelle	43
— ist Gerichtsbote und Executor	43
Zeiger, ist Schulmeister für Mochelwitz, Altscherbig und Bapig	225
Zieglrode, f. Pfarrämter.	
Zimmer, ist zweiter Lehrer in Droschitz	262
Zimmermann, ist Pfarrer in Lindenhagen	224
Zöglings, f. Gewerbe=Institut.	
Zörbig, f. Pfarrämter.	
Zoll=Controlle, wegen Schärfung derselben im Binnenlande, des Herzogthums Braunschweig=Lüneburg	12
Zollverein, die in Folge des Beitritts der Herzogl. Braunschweigischen Hauptlande zum Zollvereine nunmehr gültigen Bestimmungen	8, 33
Zschernig, ist Lehrer an der Bürgersknabens= u. Mädchenschule in Naumburg	262
Zwiebel, ist Schullehrer in Pleda	262









